

**AMERIKA DIENST - Sonderbeilagen 1963**

\*\*\*\*\*

- A. 4. 1. **KENNEDY ERKLAERT STANDPUNKT DER USA ZU WELTPOLITISCHEN FRAGEN**  
Aussuege aus den Fernsehinterview vom 17. 12. 1962.  
  
STANDPUNKT DER USA ZU WELTPOLITISCHEN FRAGEN  
W o r t l a u t des Fernsehinterview vom 17. 12. 1962.
- A. 18. 1. **KENNEDY UNTERBREITET BOTSCHAFT UEBER DIE LAGE DER NATIONEN**  
State of the Union Message
- W. 25. 1. **KENNEDY LEGT NEUEN HAUSHALT VOR**  
Zusammenfassung der wichtigsten Punkte des Budget 1963/64.
- W. 25. 1. **KENNEDY: DIE US-WIRTSCHAFT AM SCHEIDEWEG**  
Aussuege aus dem Wirtschaftsbericht des US-Praesidenten.
- A. 15. 3. **EUROPA: KALEIDOSKOPE ODER GETRUEBTER KRISTALL**  
W o r t l a u t der Ansprache des ehemaligen US-Aussenministers DEAN G. ACHESON vor der Universitaet von Kalifornien, 13. 3. 1963.  
  
EUROPE: KALEIDOSCOPE OR CLOUDED CRYSTAL  
Address by the Honorable Dean Acheson at the University of California, Berkeley, California, March 13, 1963.
- A. 15. 3. **GEORGE C. MCGHEE SOLL NEUER BOTSCHAFTER DER USA IN BONN WERDE**  
Praesident Kennedy hat am Mittwoch seine Absicht bekannt gegeben, den gegenwaertigen Staatssekraetaer fuer Politische Fragen im amerikanischen Aussenministerium, George C. McGhee, zum neuen Botschafter der USA in der Bundesrepublik zu ernennen.
- W. 12. 4. **SONDERBOTSCHAFT PRAESIDENT KENNEDYS ZUR AUSLANDSHILFE**  
W o r t l a u t der Sonderbotschaft zur Auslandshilfe der USA, die Praesident Kennedy am 2. April 1963 dem amerikanischen Kongress unterbreitet hat.
- W. 17. 5. **DIE VEREINIGTEN STAATEN UND DIE VERHANDLUNGEN ZUR AUSWEITUNG DES HANDELS - Eine Hintergrundanalyse.**
- A. 24. 5. **USA WEISEN SOWJETISCHEN PROTEST GEGEN DEN AUFBAU EINER NATO-ATOMSTREITMACHT ZURUECK**  
W o r t l a u t der Antwortnote der Vereinigten Staaten (18.5.1963) auf die Note der UdSSR vom 8.4.1963.
- A. 24. 5. **ABENTEUER DES RAUMFLUGS**  
Cooper - ein idealer Astronaut, Forschungsvorhaben, Verlauf und erste Ergebnisse des Raumflugexperiments MERCURY-ATLAS 9.
- A. 14. 6. **NEUE BEMUEHUNGEN DER USA UM DEN WELTFRIEDEN**  
W o r t l a u t der Rede des US-Praesidenten JOHN F. KENNEDY, vom 10.6.1963 vor Absolventen der Amerikanischen Universitaet in Washington.

25. 6. ANSPRACHE DES PRAESIDENTEN DER VEREINGTEN STAATEN  
JOHN F. KENNEDY in der Paulskirche zu Frankfurt/Main.
25. 6. Remarks of the President of the United States of America  
JOHN F. KENNEDY, in the Assembly Hall of Paulskirche, Frankfurt.
26. 6. Remarks of the President of the United States of America  
JOHN F. KENNEDY, at the Free University Berlin, Germany.
26. 6. Remarks of the President of the United States of America  
JOHN F. KENNEDY, at the City Hall, West Berlin, Germany.
- W. 26. 7. SONDERBOTSCHAFT PRAESIDENT KENNEDYS UEBER US-ZAHLUNGSBILANZ  
W o r t l a u t der Sonderbotschaft, am 18. Juli 1963  
an den US-Kongress.
- A. 27. 9. KENNEDY RUFT ZUR ZUSAMMENARBEIT FUER DEN FRIEDEN AUF  
W o r t l a u t der Rede vom 20. 9. 1963, vor der  
18. Vollversammlung der Vereinten Nationen gehalten.
- A. 27. 9. DIE ROLLE DEUTSCHLANDS IN DER ENTWICKLUNG DER WELTPOLITIK  
W o r t l a u t einer Rede, die der Vorsitzende des Planungs-  
stabs in US-Aussenministerium, WALT W. ROSTOW, am 18.9.1963  
vor der Universitaet von Dayton gehalten hat.
9. 10. BETRACHTUNGEN EINES AMERIKANERS UEBER BERLIN  
Ansprache des Botschafters GEORGE C. MCGHEE, in Amerika Haus,  
Nuernberg, am 9.10. 1963.
- A. 18. 10. TESTSTOPPVERTRAG IN KRAFT GETRETEN  
W o r t l a u t des Vertrages ueber ein Verbot von Kernaffen-  
versuchen in der Atmosphaere, in Weltraum und unter Wasser.
- A. 1. 11. Ansprache Sr. Exzellenz des Aussenministers der Vereinigten  
Staaten DEAN RUSK, gehalten am 27.10.1963, in der Paulskirche  
zu Frankfurt/Main, anlaesslich der Einweihung der  
GEORGE C. MARSHALL - Gedenkstaette am Opernplatz.
- W. 8. 11. HANDELSAUSWEITUNG UND WIRTSCHAFTSWACHSTUM IN DER  
ATLANTISCHEN GEMEINSCHAFT  
W o r t l a u t einer Ansprache von US-Botschafter  
George C. McGhee, gehalten vor der Handelskammer Koblenz, 5.11.
- A. 6. 12. WIR WERDEN IN DEM STREBEN NACH FRIEDEN UNERMUEDLICH SEIN  
Ansprache Praesident JOHNSONS vor beiden Haeusern des  
Kongresses am 27. November 1963.
- A. 6. 12. UNSERE KRAFT UND ENERGIE IST AUF DIE ZUKUNFT GERICHTET  
Botschaft Praesident JOHNSONS zum Erntedanktag 1963.
- A. 13. 12. NATUERLICHE HILFSQUELLEN DER WELT  
Die Situation heute und in der Zukunft  
W o r t l a u t des Vortrags von US-Botschafter GEORGE C.  
MCGHEE, gehalten am 11.12. 63, vor der Arbeitsgemeinschaft  
fuer Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen, Duesseldorf.

PRÄSIDENT JOHN F. KENNEDY

ERLÄUTERT

STANDPUNKT DER USA ZU WELTPOLITISCHEN FRAGEN

Wortlaut des Fernsehinterviews vom

17. Dezember 1962

## STANDPUNKT DER USA ZU WELTPOLITISCHEN FRAGEN

Nachstehend übermitteln wir Ihnen den Wortlaut eines Fernsehinterviews, das Präsident Kennedy den Vertretern dreier amerikanischer Rundfunk- und Fernsehanstalten - William H. Lawrence von der American Broadcasting Company, George Herman vom Columbia Broadcasting System und Sander Vanocur von der National Broadcasting Company - am 16. Dezember 1962 im Weißen Haus gewährt hat und das von den Sendern dieser Anstalten am 17. Dezember ausgestrahlt wurde.

MR. LAWRENCE: Wenn Sie, Herr Präsident, auf die beiden ersten Jahre Ihrer Amtsführung zurückblicken - entsprechen Ihre Erfahrungen in diesem Amt Ihren ursprünglichen Erwartungen? Sie hatten sich ja eingehend über die Machtbefugnisse des Präsidenten und deren Ausübung unterrichtet. Inwieweit sind die Dinge nun so gelaufen, wie Sie es sich im voraus gedacht hatten?

DER PRÄSIDENT: Nun ja, zunächst einmal halte ich die Probleme heute für schwieriger, als ich sie mir vorgestellt hatte. Zweitens sind die Möglichkeiten der Vereinigten Staaten begrenzt, diese Probleme zu lösen. Gegenwärtig sehen wir uns im Kongo einer sehr schwierigen Situation gegenüber. Es ist uns nicht gelungen, die Verwirklichung der von uns vertretenen Politik zu erreichen. Wir sind auch in einer Reihe weiterer Gebiete sehr engagiert. Wir versuchen zu klären, ob sich eine Lösung für den Streit zwischen Pakistan und Indien finden läßt, wollen wir doch zu beiden freundschaftliche Beziehungen unterhalten. Sie aber, sind nicht imstande, zu einem Übereinkommen zu gelangen. Die Macht der Vereinigten Staaten, Lösungen herbeizuführen, hat mit anderen Worten Grenzen.

Ich glaube, unsere Leute werden furchtbar ungeduldig und sind wahrscheinlich auch müde und verdrossen und sagen: "Wir tragen diese Last schon 17 Jahre lang, können wir sie nun niederlegen?" Wir können sie nicht niederlegen, und ich sehe in diesem Jahrhundert, auch keine Chance für uns, sie niederzulegen.

Deshalb möchte ich also sagen, daß die Probleme schwieriger sind, als ich sie mir vorgestellt hatte. Die den Vereinigten Staaten auferlegte Verantwortung ist größer, als ich sie mir vorgestellt hatte, und unsere Möglichkeiten, günstige Resultate zu erzielen, unterliegen größeren Beschränkungen, als ich angenommen hatte. Und das dürfte meiner Meinung nach für jeden Präsidenten gelten, denn es ist nun einmal ein Unterschied zwischen jenen,

jenen, die Ratschläge erteilen, Reden halten oder Gesetze beschließen, und dem Mann, der unter verschiedenen Alternativvorschlägen zu wählen hat und bestimmen muß, welches die Politik der Vereinigten Staaten sei. Es ist viel einfacher, Vorträge zu halten als schließlich ein Urteil zu fällen, denn die Ratgeber sind leider häufig geteilter Meinung. Schlägt man einen falschen Kurs ein, und das habe ich gelegentlich getan, so trägt der Präsident die Last der Verantwortung - und das mit vollem Recht. Die Berater dagegen können auf neue Ratschläge sinnen.

MR. LAWRENCE: Das bringt uns, Herr Präsident, auf eine Frage, die mich schon immer interessiert hat. Wie kommt nun eigentlich eine Entscheidung des Präsidenten wie im Falle Kubas zum Beispiel zustande?

DER PRÄSIDENT: Die jüngste wurde tatsächlich, was den einzuschlagenden Kurs und den Entschluß angeht, innerhalb eines Zeitraums von fünf oder sechs Tagen herausdestilliert. Während dieser Zeit haben die rund 15 Personen, die unmittelbar zu Rate gezogen worden sind, ihre Ansicht mehrfach geändert, da jede Maßnahme, welche auch immer wir ergreifen mochten, mit mehreren Nachteilen behaftet war und da auch jede Maßnahme, die wir ergreifen mochten, die Möglichkeit barg, daß sie sich zu einem Atomkrieg mit der Sowjetunion auswachsen werde. Schließlich aber entwickelte sich eine generelle Übereinstimmung - und eine solche bestand sicherlich nach der Prüfung sämtlicher Alternativen -, daß der am Ende eingeschlagene Kurs des Handelns der richtige sei.

Bei meinen Gesprächen mit Mitgliedern des Kongresses schlugen verschiedene von ihnen eine andere Alternativlösung vor, als wir sie an jenem Montag mit den Tatsachen bekannt machten. Ich habe das Gefühl, daß sie, wären sie diese fünf Tage dagegewesen, die wir mit der Beurteilung der verschiedenen Alternativen und der Vor- und Nachteile etwaiger Maßnahmen zugebracht hatten, wahrscheinlich den gleichen Weg eingeschlagen hätten wir wir. Ich denke, wir haben den richtigen gewählt. Hätten wir am Mittwoch innerhalb der ersten 24 Stunden handeln müssen, so wären wir meiner Meinung nach bei unserer Wahl nicht so vorsichtig verfahren, wie wir es schließlich taten: eine Quarantäne gegen den Einsatz von Offensivwaffen.

Darüber hinaus hatte dies eine weit größere Wirkung, als wir ursprünglich annahmen, weil die Sowjetunion es meines Erachtens äußerst ungerne gesehen hätte, wenn wir Schiffe angehalten hätten, die einige ihrer geheimsten und bestbehüteten Waffentypen mit sich führten. Der Grund für den Abzug der IL-28 durch die Sowjetunion dürfte, wie ich annehme, zu einem Teil in der Tatsache zu suchen sein, daß wir eine sehr intensive Luftbildaufklärung in niedriger Höhe betrieben. Nun, niemand hätte wahrscheinlich geglaubt, daß eine derartige Belästigung möglich wäre. Herr Castro konnte uns nicht gestatten, die ausgedehnten Flüge über seiner Insel in 70 m Höhe tagein, tagaus auf unbestimmte Zeit fortzusetzen; er wußte aber auch, daß er sehr ernste Repressalien zu gewärtigen hätte, wenn er eines unserer Flugzeuge abschießen würde. Es ist somit sehr schwierig,

schwierig, sich jeweils ein Urteil darüber zu bilden, welche Auswirkungen unsere Entscheidungen in anderen Ländern zeitigen werden. In diesem Falle, scheint mir, haben wir die richtige getroffen; 1961 trafen wir bezüglich Kubas die falsche.

MR. HERMAN: Ich möchte auf die Frage der Übereinstimmung und Ihr Verhältnis zu dieser Übereinstimmung zurückkommen. Sie haben erklärt, und auch die Verfassung besagt, die Entscheidung könne nur vom Präsidenten getroffen werden.

DER PRÄSIDENT: Sie kennen ja wohl die alte Geschichte von Abraham Lincoln und seinem Kabinett. Er sprach: "Wer dafür ist, sage 'ja'", und das ganze Kabinett stimmte mit "ja"; und dann, "wer dagegen ist, sage 'nein'", und Lincoln stimmte allein mit "nein" und erklärte: "Das Abstimmungsergebnis lautet 'nein'." Natürlich, denn die Verfassung bürdet die Verantwortung dem Präsidenten auf. Der Kurs, den wir schließlich einschlugen, fand keine ungeteilte Zustimmung; der Kurs aber, den wir schließlich einschlugen, bot den Vorteil, daß er uns auch noch andere Schritte gestattete, falls dieser erfolglos sein sollte. Mit anderen Worten, wir begannen in gewissem Sinne mit einem Minimum. Wäre das alles nämlich ohne Erfolg geblieben, hätten wir allmählich weitergehen können bis zu wesentlich massiveren Aktionen, die notwendig geworden wären, falls der erste Schritt keinen Erfolg gezeitigt hätte. Ich möchte annehmen, daß die Mehrheit das schließlich einsah, wenngleich anfangs sehr scharfe Unterschiede in den Auffassungen bestanden hatten. Das war schon sehr wertvoll, weil die Beteiligten besondere Verantwortung in ihrem eigenen Bereich trugen; Verteidigungsminister McNamara mußte mich demgemäß bezüglich der militärischen Stärke der Vereinigten Staaten in jenem Gebiet beraten, der Außenminister mußte seine Beurteilung der Haltung der Organisation der amerikanischen Staaten (OAS) und der NATO geben. Meiner Meinung nach gelangte die Mehrheit auf diese Weise dahin, den Kurs zu billigen, den wir schließlich einschlugen. Das machte die Dinge leichter. 1961 war die Lagebeurteilung durch die von der Exekutive zugezogenen Berater in der Kuba-Angelegenheit einmütig, und diese Lagebeurteilung war falsch. Und ich trug die Verantwortung. Im Endeffekt läuft es darauf hinaus, daß die Berater, gleichgültig wieviel an der Zahl, häufig geteilter Auffassung sind, und der Präsident schließlich eine Wahl zu treffen hat.

Der andere Gesichtspunkt kommt in Worten zum Ausdruck, die Präsident Eisenhower am 19. Januar (1961) an mich richtete. Er sagte: "Dinge, die man an Sie als Präsident heranträgt, sind niemals belanglos. Handelt es sich um Belanglosigkeiten, dann werden sie auf niedrigerer Ebene geregelt." Die Dinge, die einem als Präsidenten vorgelegt werden, sind also immer schwierige Dinge und damit Dinge, die weitreichende Konsequenzen haben. Das trägt dazu bei, einige der Lasten des Präsidentenamtes zu vergrößern, wozu sich auch schon andere Präsidenten geäußert haben.

MR. VANOCUR:

MR. VANOCUR: Herr Präsident, während der Kuba-Krise bestand ein Problem, mit dem Sie offensichtlich vertraut sind und das Ihnen auch heute Sorge bereitet, die Möglichkeit nämlich, daß ein Präsident in streng vertraulichen und geheimen Besprechungen sich ausspricht und dann etwas davon nach außen dringt. Glauben Sie, daß dies den freien und offenen Fluß an Ratschlägen behindert, die jeder Präsident doch haben muß?

DER PRÄSIDENT: Nein, ich finde es bedauerlich, daß solchermaßen Dinge ausgeplaudert werden, aber allein beim Weißen Haus sind wohl an die 1300 Reporter akkreditiert, und es gibt meines Wissens 100 oder 150 Leute, die mehr oder weniger über das Bescheid wissen, was auf den Tagungen des Sicherheitsrates vorgeht. Da sind einmal die Leute, die selbst dabei sind, und da sind die anderen, die auf Grund der dort getroffenen Entscheidungen Anweisungen erhalten - und ich weiß, Menschen reden nun einmal. Und wie ich zum Zeitpunkt des Kuba-Fehlschlages im April 1961 sagte, hat der Erfolg hundert Väter, und die Niederlage ist ein Waisenkind. Ich glaube, wenn eine Sache gutgeht, dann besteht auf allen Ebenen eine verstärkte Tendenz, darüber zu reden, und solche Berichte sind oft ungenau. Ich möchte sagen, im Nationalen Sicherheitsrat klappt es mit der Geheimhaltung recht gut. Wird sie durchbrochen, ist das bedauerlich.

MR. VANOCUR: Trifft es zu, Herr Präsident, daß Sie sich im ersten Jahr Ihrer Amtszeit verschiedentlich persönlich telephonisch mit dem Außenministerium in Verbindung gesetzt haben, um zu versuchen, eine Antwort auf eine früher gestellte Anfrage zu erhalten?

DER PRÄSIDENT: Ja, das tue ich auch heute noch, wenn es angebracht ist, denn nach meinem Dafürhalten besteht im Staatsdienst eine große Neigung, Akten zu lange auf dem Schreibtisch zu behalten. Und mir scheint, hier handelt es sich um eine echte Funktion: der Präsident kann zwar kein Ministerium verwalten, aber er kann ihm immerhin Impulse geben.

MR. VANOCUR: Erinnern Sie sich an irgendeine bestimmte Antwort, die Sie von einem Gesprächspartner im Außenministerium erhielten, der einen derartigen Anruf nicht erwartet hatte - an irgendeine besondere Antwort, die Ihnen irgendjemand gab?

DER PRÄSIDENT: Nein, sie reagieren immer, sie sagen immer "ja". Es dauert einige Zeit, bis man das raus hat. Sie werden sich erinnern, daß es mich, nachdem ich mit Herrn Chruschtschow in Wien zusammengetroffen war und sie (die Russen) uns ein Aide-mémoire überreicht hatten, mehrere Wochen kostete, um unsere Antwort, koordiniert mit den Briten, den Franzosen und den Deutschen, über das Außenministerium abzuschicken. Das dauerte viel zu lange. Nun, ich habe den Eindruck, daß es uns gelungen ist, diesen Prozeß zu beschleunigen; das Ganze bleibt aber ein ständiges Problem in verschiedenen Ministerien. Von jeder Entscheidung werden so viele Interessen berührt. Ob die Entscheidung Afrika oder Asien betrifft, sie geht auch die Europa-

Europa-Abteilung an, sie geht die zuständige Abteilung an, sie geht das Verteidigungsministerium an, sie kann das Zentralamt für Nachrichten und Abwehr (CIA) berühren, sie geht in den meisten Fällen das Finanzministerium an, sie kann die Weltbank angehen, sie geht die Delegation bei den Vereinten Nationen an. Mir scheint es eine der Funktionen des Präsidenten zu sein, auf eine beschleunigte Erledigung all dieser Dinge zu dringen. Andernfalls kann man warten, während die Welt zusammenstürzt.

MR. VANOCUR: Sie haben einmal gesagt, daß Sie jetzt mehr, aber weniger gerne lesen. Sind Sie immer noch so ein unersättlicher Zeitungs- und Zeitschriftenleser? Ich erinnere mich - wir alle, die wir Sie auf Ihrer Wahlkampagne begleitet haben -, daß damals in Ihrem Umkreis keine Zeitschrift vor Ihnen sicher war.

DER PRÄSIDENT: O ja. Nein, nein, ich glaube, das ist von unschätzbarem Wert, auch wenn es einem - es ist niemals angenehm, wenn man etwas liest, was nicht erfreulich ist, aber ich würde sagen, daß das dem Präsidenten eine unschätzbare Möglichkeit gibt, wirklich zu kontrollieren, was in der Verwaltung passiert, und so erfahre ich mehr Dinge, die für mich von Belang und wissenswert sind. So möchte ich meinen, daß Herrn Chruschtschows totalitäres System, das hinsichtlich der Fähigkeit zu geheimen Maßnahmen usw. viele Vorteile bietet, doch den kolossalen Nachteil hat, daß man selbst und die ganze Regierung nicht täglich der Schmirgelwirkung der Presse ausgesetzt ist, auch wenn es einem nicht paßt und auch wenn man wünschte, sie würden das nicht schreiben; und selbst wenn man das mißbilligt, so gibt es doch keinen Zweifel, daß wir unsere Aufgabe in einer freien Gesellschaft ohne eine sehr, sehr aktive Presse überhaupt nicht erfüllen könnten.

Andererseits ist die Presse dafür verantwortlich, daß die Dinge nicht zu politischen Zwecken entstellt werden, daß man nicht irgendwelche Meldungen herausgreift, um eine politische These zu beweisen. Meiner Meinung nach ist es ihre Pflicht, der Verwaltung so streng wie möglich auf die Finger zu sehen, aber immer in dem Bestreben, der Wahrheit so nahe wie möglich zu kommen, und nicht bloß aus irgendwelchen politischen Beweggründen.

MR. LAWRENCE: Herr Präsident, wie beurteilen Sie im Licht der Wahlergebnisse, die zumindest auf der Kongreßebene sicherlich die republikanischen Hoffnungen zunichte machten, Ihre Aussichten auf bedeutsame innenpolitische Erfolge in der kommenden Kongreßperiode?

DER PRÄSIDENT: Nun, ich denke, unsere Position wird etwa dieselbe sein wie in den letzten zwei Jahren. Ich meine damit, daß kontroverse Dinge sehr hart umkämpft sein werden.

MR. LAWRENCE: Hat sich das Stimmungsbild des Repräsentantenhauses durch die Verschiebungen nicht ein wenig verändert?

DER



DER PRÄSIDENT: Ich würde sagen, ein bißchen zu unseren Ungunsten. Unsere Situation ist nicht ganz so gut wie in den letzten zwei Jahren, aber wir stehen ungefähr wieder dort, wo wir in den letzten zwei Jahren waren, das heißt, daß bei jeder Abstimmung drei bis vier Mehrstimmen auf dieser oder jener Seite über Sieg oder Niederlage entscheiden.

MR. LAWRENCE: Rechnen Sie zum Auftakt wieder mit einer Grundsatzentscheidung in der Auseinandersetzung über den Geschäftsordnungsausschuß?

DER PRÄSIDENT: Ich hoffe, daß es bei der gegenwärtigen Mitgliederzahl des Geschäftsordnungsausschusses bleibt, weil wir andernfalls nicht arbeitsfähig sind. Wir sind unten durch, wenn wir verlieren - wenn sie versuchen, die Geschäftsordnung zu ändern. In diesem Falle käme keine kontroverse Vorlage mehr vor das Plenum, würde meiner Meinung nach unser ganzes Programm ausgehöhlt.

MR. LAWRENCE: Als Sie noch ein junger Abgeordneter waren, haben Sie selbst für die Beschränkung der Amtsdauer der Präsidenten auf zwei Perioden gestimmt. Würden Sie jetzt, nachdem Sie dieses Amt selbst eine Zeitlang bekleidet haben und auch die Auswirkungen auf Präsident Eisenhowers zweite Amtsperiode beobachten konnten, erneut dafür stimmen, auch wenn Sie selbst von der Änderung nicht betroffen wären?

DER PRÄSIDENT: Ja, ich würde es tun, gewiß. Ich weiß, daß 1947 besondere Umstände herrschten, aber ich glaube, acht Jahre sind genug, und ich bin nicht sicher, ob ein Präsident - wie in meinem Falle, wenn ich wiedergewählt würde -, ob man dann so sehr benachteiligt wäre. Es gibt nicht viele Stellen zu besetzen. Das gehört überhaupt nicht zu den Befugnissen der Präsidentschaft, die Ämterpatronage. Sie werden in den ersten Monaten besetzt. Die meisten dieser Stellen sind ohnehin den Kongreßmitgliedern vorbehalten. Somit spielt die Patronage keine Rolle. Ich glaube, es gibt viele andere Befugnisse der Präsidentschaft, die in der zweiten Amtsperiode genauso gehandhabt werden wie in der ersten.

MR. VANOCUR: Herr Präsident, was diesen Punkt betrifft...

DER PRÄSIDENT: Tatsächlich besitzt Präsident Eisenhower heute in der Republikanischen Partei großen Einfluß und deshalb auch im ganzen Lande. Und er hat großen außenpolitischen Einfluß, obwohl er keinerlei Amt bekleidet. In mancher Hinsicht ist sein Einfluß sogar in gewissem Grade gewachsen. Dasselbe gilt effektiv auch für Präsident Truman und Präsident Hoover. Ich glaube nicht, daß es davon abhängt... der Präsident hat auch noch in seiner zweiten Amtsperiode gewichtigen Einfluß - wenngleich ich selbst noch nicht in der zweiten Amtsperiode bin -, das kann man wohl sagen.

MR. VANOCUR: Herr Präsident, was diesen Punkt betrifft, so bedarf ein großer Teil Ihres Programms noch der Zustimmung des Kongresses. Manche Leute meinen, daß Sie das entweder in den kommenden zwei Jahren schaffen oder überhaupt nicht mehr, selbst wenn Sie für eine zweite Amtsperiode wiedergewählt werden. Sind Sie auch dieser Ansicht?

DER

DER PRÄSIDENT: Nein, Erstens glaube ich, daß wir schon eine Menge geleistet haben. Ich habe mir neulich einmal vergegenwärtigt, was wir im Januar 1961 in Angriff genommen hatten, und im Hinblick auf die Steuern, die soziale Sicherheit, die Änderungen in der Sozialgesetzgebung, die Strukturverbesserung in Notstandsgebieten, die Mindestlöhne, das Friedenskorps, die Allianz für den Fortschritt, die Abrüstungsbehörde, die Stärkung der Landesverteidigung und den Ausbau unseres Weltraumprogramms muß ich sagen, wir haben das alles erreicht, auch das Außenhandelsgesetz; vielleicht nicht in jedem Fall in dem ursprünglich von uns vorgeschlagenen Ausmaß, aber doch beträchtliche Fortschritte. Ich meine, wir können in den nächsten zwei Jahren noch mehr schaffen.

Ich möchte meinen, daß es - sollte ich im Jahre 1965 wiedergewählt werden - neue Probleme geben wird, und ich sehe in einer zweiten Amtszeit nicht notwendigerweise einen Niedergang. Ich bin ganz und gar nicht dieser Meinung. Ja, ich glaube, man weiß dann weitaus mehr über das Amt. Es ist ein gewaltiger Wechsel vom Senator zum Präsidenten. In den ersten Monaten ist es überaus schwierig. Aber ich habe keinen Grund, anzunehmen, daß ein Präsident mit den Machtbefugnissen dieses Amtes und der Verantwortung, die diesem Amt auferlegt ist, - falls er befindet, daß dies oder jenes getan werden müsse - es in der zweiten Amtszeit nicht genausogut tun kann wie in der ersten, wobei dies natürlich von der Zusammensetzung des Kongresses abhängt. Tatsache ist, daß mit der Kongreß, von meiner jetzigen Warte aus gesehen, weit mächtiger erscheint als damals, als ich noch selbst im Kongreß saß. Das liegt jedoch daran, daß man als Mitglied des Kongresses einer von 100 im Senat oder einer von 435 im Repräsentantenhaus ist, so daß die Macht also geteilt ist. Aber in meinem jetzigen Amt sehe ich mich einem bestimmten Kongreß gegenüber, der kollektiven Macht des Kongresses, insbesondere der Blockierung von Vorlagen, und das ist eine wesentliche Macht.

MR. VANOCUR: Herr Präsident, wie Sie gesagt haben, beginnt die Macht wie auch die Nächstenliebe zu Hause. Und Sie scheinen nun im Hinblick auf das, was wir hier in den USA tun müssen, eine Ansicht, und der Kongreß scheint eine andere Ansicht zu haben. Für die Verteidigung und die nationale Sicherheit wird eine Menge Geld bewilligt werden, aber es besteht eine gewisse Abneigung, für eine andere Form der Kapitalinvestition - nämlich das Erziehungswesen - und ähnliche innenpolitische Programme Gelder einzusetzen. Ist dies lediglich eine Frage der Mittel oder liegt es an den (mit dieser Angelegenheit verbundenen) kirchlichen Aspekten, daß Sie kein Erziehungsgesetz durchbringen?

DER PRÄSIDENT: Nun, im Hinblick auf das Erziehungswesen ist die Frage zweifellos, wie die Mittel verteilt werden; wie sie aufgeteilt werden, ist einer der Faktoren. Eine weitere Angelegenheit, die hinzukommt, ist die Frage der Integration. Ich glaube, Sie wissen, daß Thomas Jefferson einmal gesagt hat, wolle man erwarten, daß das Volk unwissend und frei sei, so würde man etwas erwarten, was es noch niemals gegeben habe und niemals geben werde. Im Jahre 1970 wird es bei uns doppelt soviel junge Menschen geben, die ein College besuchen wollen, wie im Jahre 1960. Das bedeutet, daß wir in zehn Jahren so viele

so viele Schulgebäude erstellen müssen wie in den 160 Jahren der Geschichte unseres Landes zusammengenommen.

Ferner haben wir diese Millionen junger Menschen, die die Schule verlassen und noch keine Ausbildung haben - und dies zu einem Zeitpunkt, wo geschulte und keine ungelerten Arbeitskräfte benötigt werden. Wir brauchen also Gelder für ihre Ausbildung in Berufsschulen, für die Umschulung von Arbeitern, für Unterstützungsfonds für Colleges, und dann wiederum Gelder, um diejenigen unterstützen zu können, die promovieren oder ein ingenieurwissenschaftliches, naturwissenschaftliches und mathematisches Studium fortführen wollen. Auf diesem Gebiet gibt es bei uns ernste Mängel, und doch streben wir nach dem Weltenraum, der Verteidigung und allem übrigen. Die Sowjetunion konzentriert sich hierauf. Für alle diese Dinge sind also Geldmittel erforderlich, aber dies alles ist umstritten, Einige Leute sind der Ansicht, daß die Bundesregierung hierbei keine Rolle spielen sollte. Und doch hat gerade die Bundesregierung - seit dem Gesetz über die Landschenkung an Hochschulen (Land-grant Act) und zurück bis zu dem Gesetz über die Schaffung des Nordwest-Territoriums (Northwest Ordinance) - hierbei eine wichtige Rolle gespielt. Meiner Ansicht nach hat die Bundesregierung auf dem Gebiet des Erziehungswesens eine große Verantwortung. Wir können nicht unsere Stärke auf industriellem, militärischem, wissenschaftlichem und sozialem Gebiet aufrechterhalten, wenn wir nicht über eine gebildete Bürgerschaft verfügen. Und ich bin der Überzeugung, daß die Bundesregierung eine Rolle spielen muß. Wir werden also dem Kongreß ein Programm unterbreiten. Auf Grund der Tatsache, die Sie erwähnten, und auch aus anderen Gründen waren wir zwar nahe daran, das Erziehungsgesetz durchzubringen, hatten dann aber bedauerlicherweise keinen Erfolg.

MR. LAWRENCE: Herr Präsident, wurde das Problem, ein Erziehungsgesetz in diesem Jahre durchzubringen, durch die Ereignisse in Oxford, Mississippi, und durch den Einsatz von Bundestruppen dort noch erschwert?

DER PRÄSIDENT: Ja, ich denke schon.

MR. LAWRENCE: Wie wollen Sie ankämpfen gegen diese neue...?

DER PRÄSIDENT: Wie ich schon sagte, ist dies ein Fall, bei dem wir es fast geschafft haben; auch Präsident Eisenhower hatte es beinahe geschafft, und wir waren einmal nahe daran, wir konnten eine Gesetzesvorlage durch das Repräsentantenhaus bringen, durch den Senat, beinahe durch das Haus, und schafften es doch nicht. In einem weiteren Versuch, der dem höheren Schulwesen galt, erhielten wir die Zustimmung des Senats und des Hauses, und dann scheiterte er, scheiterte am Vermittlungsausschuß. Nun, Oxford, Mississippi, wodurch das ganze Problem Bundesregierung und Erziehungswesen noch heikler geworden ist - ja, ich nehme schon an, daß es in einigen Teilen der Vereinigten Staaten als Faktor gelten wird, der nachteilig für uns sein wird. Ich weiß aber wirklich nicht, wie der Präsident der Vereinigten Staaten Ihrer Meinung nach anders hätte handeln sollen. Das Gericht, das sich aus Richtern der Südstaaten zusammensetzte, entschied, daß es im Einklang mit der

der Verfassung sei, wenn Mr. Meredith an die Universität von Mississippi gehe. Der Gouverneur von Mississippi widersetzte sich dem, es gab Tumult und Aufruhr um Mr. Meredith, wodurch sein Leben gefährdet wurde. Wir entsandten daraufhin die Bundesvollstreckungsbeamten (Marschälle), und es wurden immerhin von den vier- oder fünfhundert Beamten - von denen wenigstens Drei Viertel selber aus dem Süden kamen - 150 oder 160 auf die eine oder andere Weise verwundet. Als es so aussah, als ob diese Beamten überrannt werden würden, entsandten wir schließlich Truppen. Ich glaube nicht, daß jemand, der die Situation überdenkt, glauben kann, daß uns irgendeine andere Möglichkeit blieb. Andererseits freilich gebe ich zu, daß dies viel Bitterkeit mir und der Bundesregierung gegenüber in Mississippi und anderen Teilen der USA verursacht hat. Man erwartet doch von mir, daß ich gemäß meinem auf die Verfassung geleisteten Eid handle, was wir auch tun werden. Aber es macht es noch schwieriger, sein Erziehungsgesetz durchzubringen. Aus all diesen Gründen aber dürfen wir diesen großen Kraftquell unserer Jugend nicht vernachlässigen. Vielmehr müssen wir uns an die Arbeit machen und sehen, daß diese Schulen gebaut werden, die Lehrer ein entsprechendes Gehalt bekommen und die höhere Schulbildung all diesen Jungen und Mädchen ermöglicht wird. Jedesmal, wenn ich durch unser Land fahre, sehe ich da die vielen Sechs-, Sieben- und Acht- und Neunjährigen, die sich in unsere Schulen und Colleges drängen, und jeder Gouverneur wird Ihnen dann sagen, daß der Bau von Schulen und Ausbildungsstätten eines seiner Hauptprobleme ist, (und) wo die Bundesregierung eine Verantwortung hat.

MR. VANOCUR: Glauben Sie, daß wir uns einen Augenblick dem Thema der Aufgabe und Verantwortung des Präsidenten in der Außenpolitik zuwenden könnten? Als damals, an jenem Montag ein Kongreßmitglied mit den von Ihnen getroffenen Maßnahmen in bezug auf Kuba nicht einverstanden war - ist die Aufgabe, die Ihnen auf Grund der Verfassung zukommt, sehr klar, aber in Fragen der Innenpolitik ist diese Aufgabe und Verantwortung geteilt. Wie nutzen Sie die Präsidentschaft - diese 'Antreiber-Kanzel', um mit Theodore Roosevelt zu sprechen -, um diese Leute dort auf dem Kapitol, die wirklich so etwas wie Barone und Souveräne sind, in Bewegung zu bringen? Haben Sie Möglichkeiten, sie zu einer Aktion zu veranlassen, die Ihrer Überzeugung nach unbedingt notwendig ist?

DER PRÄSIDENT: Nun ja, die Verfassung und die Entwicklung des Kongresses begünstigen eine Verzögerung. Es ist sehr leicht, eine Gesetzesvorlage im Kongreß zu Fall zu bringen. Viel schwieriger ist es dagegen, eine durchzubringen. Durch einen Ausschuß durchzukommen, sagen wir mal, durch den Ausschuß für Haushaltsfragen, durch den Unterausschuß, und dort eine Mehrheit zu erlangen, dann durch den Gesamtausschuß und wieder eine Mehrheit zu erlangen, zu dem Geschäftsordnungsausschuß zu gehen und die Sache auf die Tagesordnung zu bringen; dann vor das Repräsentantenhaus zu kommen und wieder eine Mehrheit zu erzielen, das Ganze noch einmal von neuem im Senat zu beginnen, mit Unterausschuß und Gesamtausschuß - und dabei ist die Debatte im Senat nicht begrenzt, so daß man eine Sache nie zur Abstimmung bringen kann, wenn auf Seiten der Gegner genügend Entschlossenheit vorhanden ist, selbst wenn sie sich in der Minderheit befinden -, die Gesetzesvorlagen durch den Senat zu bringen und dann einstimmig im Vermittlungsausschuß zwischen Haus und Senat eine Kompromißfassung zustande zu bringen oder aber, wenn

wenn ein Mitglied Einspruch dagegen erhebt, die Vorlage wieder zurückzuleiten durch den Geschäftsordnungsausschuß, durch den Kongreß, und dies alles bei einer umstrittenen Gesetzesvorlage, bei der machtvolle Gruppen opponieren, das ist eine außerordentlich schwierige Aufgabe. Dies ist also der Kampf, den ein Präsident führen muß, der ein Programm im Kongreß durchbringen will, und besonders dann, wenn auf Grund des Anciennitätsprinzips bestimmte Personen Schlüsselpositionen innehaben, die diesem Programm in keiner Weise aufgeschlossen gegenüberstehen und die vielleicht sogar, obwohl sie Mitglieder der eigenen Partei sind, in politischer Opposition zum Präsidenten stehen - aber dies ist ein Kampf, den jeder Präsident durchstehen mußte, der ein Programm im Kongreß durchzubringen versucht hat. So ist zum Beispiel Franklin D. Roosevelt 1936 mit der größten Mehrheit in der Geschichte gewählt worden und erlitt seine schwerste Niederlage wenige Monate später mit dem Gesetz über den Obersten Bundesgerichtshof.

Der Kongreß und das Präsidialamt verkörpern also zwei verschiedene Institutionen und zwei verschiedene Gewalten. Sie müssen zwangsläufig in Konflikt miteinander geraten, aber sie müssen auch so gut wie möglich zusammenarbeiten. Das ist aber auch der Grund, warum kein Programm eines Präsidenten jemals angenommen wurde. Nur dann ist ein Programm eines Präsidenten schnell und leicht angenommen worden, wenn es unwesentlich war. Aber wenn es von Bedeutung ist, wichtige Interessen berührt und umstritten ist, dann kommt es zum Kampf, und der Präsident ist dabei niemals ganz erfolgreich.

MR. VANOCUR: Herr Präsident, ist es richtiger, ein Gesetz, das völlig verwässert ist, an dem Sie aber großes Interesse nehmen, zu akzeptieren oder seine Ablehnung hinzunehmen in der Hoffnung, dadurch die öffentliche Meinung zur Unterstützung dieses Gesetzes zu einem späteren Zeitpunkt zu mobilisieren?

DER PRÄSIDENT: Nun, ich möchte sagen, daß es unter den von Ihnen genannten Bedingungen meines Erachtens besser ist, die Niederlage hinzunehmen. Was aber gewöhnlich eintritt und was in den vergangenen zwei Jahren auch geschehen ist, war, daß eine ganze Menge unserer Gesetze in einer annehmbaren Form verabschiedet wurde, doch nicht so, wie wir sie vorgelegt hatten. Der Kongreß hat ebenseinen eigenen Willen, seine eigenen Ansichten und sein eigenes Urteil, und er steht dem Volk nahe. Das gesamte Repräsentantenhaus ist gerade erst neu gewählt worden. So ist es nur natürlich, wenn die Abgeordneten die Dinge aus anderer Sicht sehen als ich. Ich möchte also sagen, was wir tun müssen, ist, es so gut wie möglich zu machen. Aber wenn ein Gesetz völlig verwässert ist, wäre es sinnlos, ein Fünkchen Erfolg haben zu wollen statt eines gehaltvollen Gesetzes.

MR. LAWRENCE: Herr Präsident, zur Ausübung der Ihnen als Präsident zur Verfügung stehenden Macht - und ich glaube, dafür war vielleicht das bekannteste, in weitesten Kreisen erörterte Beispiel die Zurücknahme der von den Stahlgesellschaften bereits verkündeten Stahlpreiserhöhung - haben einige Leute angedeutet, daß Sie, nun rückschauend, vielleicht doch nicht so energisch gehandelt haben würden. Inwieweit ist diese Annahme richtig?

DER

DER PRÄSIDENT: Ich muß sagen - wenn ich auch nicht gern an alte Wunden rühre - daß daraus eine sehr ernste Situation hätte werden können. Die Situation, denke ich, wäre, eben weil ein Vertrauensfaktor mit im Spiele war, sehr ernst geworden, hätte ich nicht versucht, meinen ganzen Einfluß geltend zu machen, um die Stahlpreiserhöhung rückgängig zu machen. Die Stahlarbeitergewerkschaft hatte die für sie rigoroseste Regelung seit dem Ende des zweiten Weltkrieges akzeptiert; das war drei oder vier Monate vorher geschehen. Sie tat es wohl auch zum Teil deshalb, weil ich gesagt hatte, wir könnten uns ein weiteres Hochschrauben der inflationistischen Spirale nicht leisten, dies gefährdete unsere Wettbewerbsfähigkeit gegenüber dem Ausland. So unterzeichneten sie. Unmittelbar nachdem ihr jüngstes Abkommen unterschrieben war - das war am Freitag oder am Sonnabend davor - setzte auf einmal die Stahlindustrie ihre Preise herauf. Mir schien, daß jetzt Treu und Glauben auf dem Spiele standen und daß die Gewerkschaft, nachdem ich sie gebeten hatte, die nichtinflationistische Regelung zu akzeptieren, zu Recht den Eindruck bekommen könnte, getäuscht worden zu sein, wenn ich bei der Stahlindustrie nicht meinen Einfluß dahin geltend machte, ihre Preise stabil zu halten. Meiner Ansicht nach wären jegliche Tarifverhandlungen zwischen den Sozialpartnern gefährdet worden, wäre uns jede künftige Einflußnahme - vom Standpunkt der Öffentlichkeit - auf große Auseinandersetzungen zwischen den Sozialpartnern, die wahrlich öffentliche Interessen berühren, unmöglich gemacht worden. Deshalb bedaure ich nichts. Tatsache ist jedenfalls, daß wir Erfolg hatten.

Angenommen, wir hätten versucht, dies in einer Rede des langen und breiten zu behandeln, und wären dann gescheitert. Ich meine, das hätte einen schweren Rückschlag für das Ansehen des Amtes des Präsidenten bedeutet. Wenn ich heute zurückdenke - ich glaube, ich würde ein zweites Mal nicht anders handeln, als ich damals gehandelt habe. Es hat keinen Sinn, erst großen Krach zu schlagen, wenn man mit seinen Ansichten dann doch nicht durchdringt. Es hat keinen Sinn, bei einer Streitfrage das Ansehen des Amtes des Präsidenten in die Waagschale zu werfen, wenn man dann doch klein begeben muß. Nun, eine unglückliche Rückwirkung dieser ganzen Angelegenheit war die Überzeugung, daß sich die Regierung in eine Reihe von Angelegenheiten der Sozialpartner oder überhaupt in die Frage der Organisation des freien Unternehmertums einmischen könnte. Es war bedauerlich, daß aus diesem besonderen Fall allgemeine Schlußfolgerungen gezogen wurden. Aber ich muß sagen, daß wir angesichts des Problems, dem ich mich an jenem Dienstagabend gegenüber sah, alles unternehmen mußten, um den Gang der Ereignisse umzukehren.

MR. LAWRENCE: Herr Präsident, Ihr Vorgänger, Präsident Eisenhower, warnte in seiner Abschiedsbotschaft an das amerikanische Volk unmittelbar vor der Übergabe seines Amtes vor den Gefahren eines möglichen militärisch-industriellen Übergewichts, das die Demokratie in ihrem ureigensten Wesen gefährden könne. Sind Sie sich dieser Gefahr in Ihrer bisherigen Amtszeit überhaupt bewusst geworden?

DER PRÄSIDENT: Nun, davon war vielleicht vor Monaten mehr zu spüren als heute, möchte ich sagen. Natürlich werden bei der Einstellung der Produktion eines Waffensystems immer Tausende von Menschen, die Interessen

eines

eines Gemeinwesens, die Interessen von Mitgliedern des Kongresses, die Interessen des betreffenden Bundesstaates berührt. So dauert beispielsweise das Tauziehen um die Bomber vom Typ B-70 schon eine ganze Weile an. Sie sind unserer Ansicht nach als Waffe einfach nicht wert, was sie kosten würden. Aber es ist ein sehr mühsames Ringen mit dem Kongreß. Zweimal hat der Kongreß schon die Mittel für das Programm bewilligt, zweimal haben wir dieses Geld nicht ausgegeben. Aber ich muß sagen, daß wir, so wie die Lage heute ist, auch keinem übermäßigen Druck ausgesetzt sind.

MR. LAWRENCE: Nun, Sir, ich las in dieser Woche in einem unserer großen Magazine mit besonderem Interesse eine Annonce, eine zweiseitige farbige Anzeige, die für die Skybolt-Rakete warb.

DER PRÄSIDENT: Ja, die Anzeige habe ich gesehen.

MR. LAWRENCE: Und darin wurde die Rakete als besonders erfolgreich gepriesen - kein Wort von Mißerfolgen, obgleich Sie auf fünf Fehlschläge hingewiesen hatten. Und es hieß weiter darin, daß mit diesem Waffensystem, würde es weiterentwickelt, Milliarden Dollar an Steuergeldern eingespart würden. Sahen Sie darin den Versuch, Druck auf Sie auszuüben?

DER PRÄSIDENT: Ich glaube schon, daß man damit versuchte, unsere Entscheidung zu beeinflussen. Daran ist nichts Verwerfliches. Tatsache ist, daß die Skybolt für die Zukunft der Douglas Company von größter Bedeutung ist. Tausende von Betriebsangehörigen arbeiten daran. Viele Leute in den Vereinigten Staaten sind der Ansicht, daß dieses Programm nützlich sei, und natürlich sind die Briten sehr daran interessiert. So meine ich schon, daß die Annonce ein Versuch war, mich und Mr. McNamara auf die Tatsachen oder das, was nach Ansicht der Douglas Company die Tatsachen sind, anderweitig aufmerksam zu machen. Ich habe erst heute die Anzeige gesehen. Das einzige, worauf wir hinweisen sollten, ist, daß es um zweieinhalb Milliarden Dollar geht, um damit eine Waffe zu bauen, mit der unsere B-52-Bomber ausgerüstet werden sollen - zu einer Zeit, wo wir bereits Milliarden in POLARIS und MINUTEMAN investiert haben und wo schon von der Entwicklung der TITAN III und anderer Raketen die Rede ist. Es gibt einfach eine Grenze dafür, wieviel wir brauchen, und auch wieviel wir uns leisten können für ein erfolgreiches Abschreckungsmittel. Wir haben unsere U-Boote, wir haben MINUTEMAN-Raketen auf dem Kontinent, wir haben B-52-Bomber und zum Teil noch B-47 im Einsatz, und wir haben die taktischen Streitkräfte in Europa. Wenn es um die Frage geht, mit wieviel Megatonnen Schlagkraft wir für einen Atomkrieg gerüstet sind, so würde ich sagen, daß das, was uns zur Verfügung steht, einfach Vernichtung bedeutet. Wie oft, meinen Sie, muß man ein Ziel mit Atomwaffen treffen? Wenn nun von diesen 2,5 Milliarden Dollar die Rede ist, so glauben wir einfach nicht, daß wir dafür etwas Gleichwertiges für die nationale Sicherheit eintauschen. Nun, ich weiß, daß manche anderer Meinung sind als wir, aber das ist nun einmal unsere Ansicht.

MR. HERMAN: Im Zuge des technischen Fortschritts, Herr Präsident, scheinen neue Waffensysteme und neue Geräte, die für die Zukunft des Landes lebenswichtig sein können, immer aufwendiger zu werden und immer mehr Arbeitskräfte zu absorbieren. Steuern wir auf einen Punkt zu, an dem wir, ist die Produktion eines neuen Waffensystems erst einmal angelaufen, uns bereits soweit engagiert haben, daß wir fast gezwungen sind, es

es weiterzuführen, weil ein Aufhören unsere Wirtschaft aus den Fugen brächte, Tausende arbeitslos würden und so fort?

DER PRÄSIDENT: Nun ja, es ist ein Problem, zumal solche Systeme in der Regel zwei-, drei- oder viermal so kostspielig sind, als es anfangs scheint. Eines der Probleme, mit denen wir uns jetzt befassen, ist die Frage, ob wir mit dem Nike-Zeus-System, einem Anti-Raketen-System, herauskommen sollten. Wir hoffen nämlich eines Tages ein System zu entwickeln, das es uns erlaubt, einfliegende Projektile im Flug abzufangen und unschädlich zu machen und damit einen atomaren Angriff auf die Vereinigten Staaten ganz auszuschalten. Aber das wird Milliarden kosten. Und es ist sinnlos, eine Produktion voranzutreiben, solange das System nicht vollkommen ist. Manche denken, der Zeitpunkt sei jetzt gekommen, aber wir wollen noch weitere Untersuchungen abwarten. Doch gibt es keinen Zweifel, daß, wenn man keine B-70 oder keine Skybolts baut, davon Tausende Arbeitsstellen, das Wohlergehen von Gemeinden, betroffen werden, und das ist eines unserer schwierigsten Probleme. Andererseits, können wir nicht zulassen, daß unser Verteidigungsbudget uns über den Kopf wächst. Wir geben jetzt 52 Milliarden Dollar pro Jahr aus, eine ungeheure Summe, und wir könnten 60 oder 65 Milliarden ausgeben, wenn wir uns nicht beschränken, so gut wir können.

MR. HERMAN: Erhielt das Nike-Zeus-Programm durch Herrn Chruschtschows Prahlerei, er könne jederzeit und überall eine Fliege in der Luft treffen, neuen Auftrieb?

DER PRÄSIDENT: Mag er eine Fliege treffen - ob er aber tausend Fliegen mit Ködern treffen könnte... Sehen Sie, jedes einfliegende Projektil kann vier oder fünf Projektile mit sich führen. Jedenfalls könnten sie als Projektile erscheinen, und der Radarschirm muß diese aufspüren und bei Fluggeschwindigkeiten von Tausenden von Kilometern in der Stunde und bei Hunderten ankommender Flugobjekte herausfinden, welches nun das echte Projektil ist und welches die Köder sind. Das ist eine unerhört schwierige Aufgabe. Man kann eines treffen, man versucht im Grunde, eine Gewehrkuugel mit einer Gewehrkuugel abzuschießen. Wenn nun Tausende Gewehrkuugeln auf einen zukommen, so ist dies eine ungemein schwere Aufgabe, die wir noch nicht gemeistert haben - und ich glaube nicht, daß er sie bereits gemeistert hat. In der günstigeren Position ist der, der angreift.

MR. HERMAN: Sie meinen, er hat die Kunst, eine Kugel zu treffen, gemeistert?

DER PRÄSIDENT: Ja. Das haben wir auch.

MR. LAWRENCE: Herr Präsident, Sie sprachen neulich von den Gefahren und Schwierigkeiten unzulänglicher Nachrichtenverbindungen zwischen uns und der Sowjetunion, wie die Kubakrise sie deutlich gemacht hat. Ich meine, es wäre ein noch ernsteres Problem, wenn Ihr Radarschirm Projektile, oder was als solche erscheint, in größerer Zahl aufzeigen würde?

DER



DER PRÄSIDENT: Ja. Gut, es gibt - Eines der Argumente dafür, das Flugzeug weiter zu bauen, ist, daß, wenn Sie einfliegende Projektile ausgemacht haben, Sie Ihre Flugzeuge starten lassen und in der Luft halten könnten. Wenn sich das Ganze als falscher Alarm herausstellen sollte, könnten Sie sie zurückbeordern. Mit Projektilen, können Sie das nicht, und der Präsident könnte ohne umfassende Informationen zu haben gezwungen sein, eine Entscheidung innerhalb von 15 Minuten zu treffen. Sie erinnern sich an den Fall, wo der aufgehende Mond eine Vielzahl von einfliegenden Projektilen vortäuschte? Natürlich ist das mehrere Jahre her. Doch dies scheint mir eine allzugroße Vereinfachung. Tatsache ist, daß die Vereinigten Staaten ziemlich lange warten könnten, weil wir Raketen in festen Stellungen haben, und diese Raketen könnten immer noch abgefeuert werden und die Sowjetunion vernichten, ebenso wie die U-Boot-Polarisraketen es könnten. So besteht keine Gefahr, denke ich, daß wir auf Grund unvollständiger und ungenauer Informationen Feuerbefehl geben würden, weil uns nur fünf oder sechs Minuten Zeit für eine Entscheidung zur Verfügung steht. Ich meine, allein die Polaris macht es uns möglich, so lange abzuwarten, bis wir genügend Informationen an der Hand haben, und daß er weiß, daß wir die Sowjetunion vernichten könnten. Gerade darin liegt die Abschreckung. Wenn er seine Raketen einmal abgefeuert hat, ist sowieso alles vorüber, weil wir genügend Reserven haben, um zurückzufeuern und die Sowjetunion zu vernichten. Wenn dieser Tag kommt, wenn es zu einem massiven Feuerwechsel kommt, dann bedeutet dies das Ende, weil wir dann von Westeuropa, der Sowjetunion, den Vereinigten Staaten, von 150 Millionen Toten in den ersten 18 Stunden sprechen. Und Sie könnten weiter gehen: wenn jede Seite auf Städte zielt, um so viele Menschen wie nur möglich in allen diesen Gemeinwesen mit allen zur Verfügung stehenden Waffen zu töten. Sie könnten weiter töten und weiter feuern. Das ist es, was das atomare Zeitalter zu einer so gefährvollen Zeit macht, und warum ich so oft diese Reden lese darüber, wer dieses oder jenes tun müsse; ich aber meine, sie sollten auf das achten, was zur Debatte steht.

MR. LAWRENCE: Wie dringend ist die Notwendigkeit einer schnelleren Nachrichtenverbindung zu uns und der Sowjetunion?

DER PRÄSIDENT: Sie wäre wünschenswert. Es ist nicht - Wenn er seine Projektile abgefeuert hat, hilft es uns wenig, einen direkten Draht zum Kreml zu haben und ihn zu fragen, ob es wirklich wahr sei. Aber ich denke, daß es besser sei, wir wären schneller als wir es heute sind. Es dauerte mehrere Stunden im Falle Kubas, und ich denke, eine Nachrichtenverbindung ist wichtig. Ebenso wie mit dem Kreml sind auch unsere Nachrichtenverbindungen mit einem großen Teil Lateinamerikas unzulänglich, und wir wissen häufig nicht, was sich dort abspielt. Eben weil Informiertsein wesentlich für eine Entscheidung ist, versuchen wir unsere Nachrichtenverbindungen in der ganzen Welt zu verbessern.

MR. VANOCUR: Herr Präsident, haben Sie, seit Sie Ihr Amt übernommen haben, feststellen können, daß diese furchtbare Verantwortung für das Schicksal der Menschheit Sie und Ministerpräsident Chruschtschow - trotz aller Differenzen, die Sie trennen - im Bewusstsein dieser gemeinsamen Verantwortung, einander nähergebracht hat? Er schien dies anzudeuten, vor allem in seiner Rede vor dem Obersten Sowjet.

DER

DER PRÄSIDENT: Ich glaube, in dieser Rede hat Chruschtschow gezeigt, daß er sich über das Atomzeitalter im klaren ist. Aber das kubanische Unternehmen hat es für uns natürlich noch schwieriger gemacht, irgendwelche erfolgreichen Verhandlungen zu führen, weil hier versucht worden ist, doch ganz wesentlich das Gleichgewicht der Kräfte zu ändern. Dies geschah in aller Heimlichkeit, Es wurde alles, was nur möglich war, unternommen, um uns zu täuschen; und die Sowjets planten, im November vor aller Welt die Tatsache mitzuteilen, daß diese Raketen in solch unmittelbarer Nähe der Vereinigten Staaten stationiert worden seien. Es bestand nicht etwa die Absicht, sie abzufeuern, weil die Sowjets, sollten sie in eine nukleare Auseinandersetzung geraten, auf ihre eigenen Raketen in der Sowjetunion zurückgreifen können. Aber politisch hätte dies das Gleichgewicht der Kräfte geändert... So dürfte es also noch einige Zeit dauern, bevor es für uns möglich ist, zu einem wirklichen Einvernehmen mit Herrn Chruschtschow zu gelangen. Aber ich bin doch der Meinung, daß seine Rede deutlich werden läßt, daß er erkannt hat, in welcher gefährlichen Welt wir leben. Das wirkliche Problem liegt in dem Wunsch der Sowjets, ihre Macht und ihren Einfluß zu erweitern. Würde sich Herr Chruschtschow mit den wahren Interessen der Bevölkerung der Sowjetunion befassen - höherem Lebensstandard und Gewährleistung der eigenen Sicherheit -, dann gäbe es keinen realen Grund, warum die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion - getrennt durch so viele tausend Meilen Land und Wasser, beide reiche Länder, beide mit einer sehr tatkräftigen Bevölkerung - nicht miteinander in Frieden leben sollten. Immer wieder aber wird diese Entschlossenheit sichtbar, die die Chinesen in der militantesten Form zeigen und die die Sowjets ebenfalls gezeigt haben, nämlich, sich nicht mit einer friedlichen Welt dieser Art abzufinden, sondern auf einer kommunistischen Welt zu bestehen. Daraus erwächst die wirkliche Gefahr: ein Konflikt dieser beiden Systeme auf weltweiter Ebene im Atomzeitalter ist, was die sechziger Jahre so gefährlich macht.

MR. VANOCUR: Botschafter Kennan, der ein guter Kenner der Sowjetunion ist, schrieb in einem seiner letzten Bücher, daß wir es hier mit einem konditionierten Denken, das die Möglichkeit des Mißverständnisses ausschließt, zu tun haben, daß das einzige, was die Sowjets wirklich verstehen, dieses ist: daß man sie vor Tatsachen stellt und ihnen sagt, "das ist es, was wir tun werden". Das verstehen sie. Sind Sie der Ansicht, daß es irgendeinen Weg gibt, an Herrn Chruschtschow heranzukommen, um ihm wirklich begreiflich zu machen, daß es Ihnen ernst ist und daß Sie entschlossen sind zu tun, was Sie sagen, Sir, oder ist dies gänzlich...?

DER PRÄSIDENT: Nun, es ist schwer. Zurückschauend auf Kuba möchte ich annehmen, daß die Tatsache des mangelnden Kontaktes zwischen den beiden Regierungen zu denken gibt. Ich meine, daß wir nicht erwartet haben, er werde Raketen auf Kuba stationieren, weil es für ihn eine so unkluge Handlungsweise zu sein schien, dies zu tun, wie sich später auch herausgestellt hat. Er muß offenbar gedacht haben, er könnte es insgeheim machen, und die Vereinigten Staaten würden sich damit abfinden. Nun, er hat unsere Absichten nicht richtig beurteilt.

Und wenn Sie die Geschichte unseres Jahrhunderts überblicken, so entstand der erste Weltkrieg aus einer Reihe von Fehlurteilen über die

die Absichten anderer - gewiß auch der zweite Weltkrieg, wo Hitler dachte, daß er Polen an sich reißen könnte, daß die Briten nicht in den Kampf eingreifen und nach der Niederlage Polens den Kampf nicht fortsetzen würden; Korea, wo die Nordkoreaner offensichtlich nicht mit uns gerechnet hatten und wir nicht mit der Einmischung der Chinesen; und wenn Sie alle diese Fehlschlüsse bedenken, die zum Kriege trieben, und dann die Kluft in Betracht ziehen, die zwischen den Überzeugungen der Vereinigten Staaten und denen der Sowjetunion klafft - wir glauben an eine Welt unabhängiger Regierungen und Staaten, sie an eine monolithische, kommunistische Welt - und in diesen Kampf noch die nukleare Gleichung einbeziehen, so ist es das, was unsere Zeit, wie ich bereits zuvor sagte, so gefahrenvoll macht. Wir müssen unseren Weg mit Festigkeit weiterverfolgen, an Hand der besten Informationen, die wir erhalten können, und mit Umsicht. Ein Fehler kann alles vernichten - ein grober Fehler von Herrn Chruschtschow oder von uns hier. Und darum ist es viel leichter, Reden zu halten über einige der Dinge, die wir tun sollten; ich meine aber, daß jeder, der sich die Liste der verhängnisvollen Möglichkeiten von Atomwaffen vor Augen hält, der sich bewußt ist, daß die Kommunisten ein vollständig verzerrtes Bild von den Vereinigten Staaten haben und daß wir sie nicht verstehen, weiß: das ist es, was das Leben in den sechziger Jahren so gefahrenvoll macht.

MR. HERMAN: Ihre Unterredung über den Kontakt mit der Sowjetunion, über ein sorgfältiges Vorgehen und Handeln zwingt mir unwiderstehlich das Bild des Herrn Gromyko auf, der hier sitzend, vielleicht auf dieser Couch...

DER PRÄSIDENT: Genau da.

MR. HERMAN: Hier. Gerade vor -

DER PRÄSIDENT: Direkt neben Mr. Vanocur.

MR. VANOCUR: Er ist nicht mein Freund.

MR. HERMAN: Das war eine Gelegenheit, da Sie in Verbindung standen, er sprach mit Ihnen, er erzählte Ihnen seine sehr interessante Version, daß es auf Kuba keine Raketenwaffen gäbe, ja überhaupt keine Offensivwaffen gäbe. Jetzt hatten Sie Kontakt. Was mußten Sie nun tun? Mußten Sie die Zähne zusammenbeißen, um den Stuhl herumgehen?

DER PRÄSIDENT: Nein, ich las ihm meine Septembererklärung vor, daß wir Maßnahmen ergreifen würden, wenn sie Offensivwaffen auf Kuba stationierten. Er antwortete nicht. Darum sagte ich, daß wir noch weit davon entfernt sind - Herr Chruschtschow und ich befinden uns im gleichen Boot, insofern als wir beide über diese atomare Macht verfügen und darum beide daran interessiert sind, unsere Gemeinwesen zu bewahren. Wir fahren indes insofern nicht auf gleichem Kurs, als die Sowjets ihre Macht ständig vergrößern wollen und dazu entschlossen sind; in der Kubakrise haben sie außerdem klarwerden lassen, daß sie gewillt sind, große Risiken einzugehen, die nur zu einer direkten Kollision führen können. Nun, ich habe einen

einen ganzen Tag in Wien damit zugebracht, zu seiner Rede vom 6. Januar 1961 Stellung zu nehmen, in der er erklärte, er werde Befreiungskriege unterstützen, und ich sagte ihm, daß dies ein Weg sei, der für die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion mit einer direkten Konfrontation enden würde, was im Fall Kuba tatsächlich geschah. Man kann nicht viele solche Fälle riskieren, denn wir wissen nicht genau, ob die Sowjetunion in jedem Falle zurückweichen wird, wie eben im Falle Kuba. Und für die Vereinigten Staaten wird es schwer sein, sich dort abzusetzen, wo es um lebenswichtige Interessen unserer Nation geht.

MR. LAWRENCE: Herr Präsident, waren Sie, während Gromyko hier saß und einfach erklärte, daß es auf Kuba keine Offensivwaffen gäbe, zu irgendeinem Zeitpunkt versucht aufzustehen, an Ihren Schreibtisch zu gehen und eine Luftaufnahme hervorzuholen?

DER PRÄSIDENT: Nein. Denn unsere Informationen waren noch unvollständig, und wir hatten auch noch nicht endgültig darüber entschieden, welchen Kurs wir einschlagen würden. Wir erhielten die Information am Dienstag, unser Gespräch fand am Donnerstag statt. Wir führten eine intensive Aufklärung durch, und wir erwogen noch, ob es ratsam sei, einen anderen Aktionskurs einzuschlagen. Und deshalb wäre es sehr unklug von uns gewesen, ihm im einzelnen darzulegen, was wir wußten. Wir wollten ihm auch nicht die Genugtuung geben, seine Schritte anzukündigen. Deshalb war es überaus wichtig, daß die Vereinigten Staaten dies bekanntgaben, bevor er es tat.

MR. LAWRENCE: Wir hätten damit die Initiative verlieren können?

DER PRÄSIDENT: Genau das. Er hätte dies bekanntgeben können, und dann hätten wir auf eine Initiative ihrerseits reagieren müssen. Auf diese Weise behielten wir die Initiative. Daher war es sehr wichtig, Gromyko nicht ins Bild zu setzen, obwohl ich ihn nicht irreführte, denn wie ich bereits sagte, verlas ich meine Erklärung vom September, und er muß sich gefragt haben, warum ich dies tat. Aber er erwiderte nichts darauf.

MR. VANOCUR: Herr Präsident, viele Leute sagen... daß ein amerikanischer Präsident Chruschtschow schützen müsse, denn Chruschtschow sei der beste sowjetische Ministerpräsident, den wir jemals haben könnten. Glauben Sie, daß dies wirklich die Aufgabe eines amerikanischen Präsidenten ist, oder hat ein amerikanischer Präsident die Pflicht, die nationalen Interessen zu wahren?

DER PRÄSIDENT: Nein, ich glaube nicht, daß es unsere Aufgabe ist, Herrn Chruschtschow zu schützen. Dieses Argument, daß sein Nachfolger schlimmer sein würde - nun, ich weiß nicht, wie sein Nachfolger sein wird. Aber ich glaube, daß es unsere Pflicht ist, zu versuchen, unsere lebenswichtigen Interessen zu schützen, die Sicherheit der freien Welt zu wahren und Chruschtschow unsere Absichten eindeutig genug wissen zu lassen, damit er seinen Angelegenheiten in einer Weise nachgehen kann, die unsere Sicherheit nicht gefährdet und die nicht zum Kriege führt. Wir möchten nicht gezwungen werden, unsere Sicherheit mit kriegerischen Mitteln zu erhalten. Aber Chruschtschow muß wissen, daß es für die Vereinigten Staaten lebenswichtige

lebenswichtige Interessen gibt, für die sie kämpfen werden. Und wenn er und die Kommunisten und die Sowjetunion jetzt ihre Kraft darauf verwenden wollen, zu demonstrieren, wie sich ihr System in der Sowjetunion bewährt, so bin ich der Ansicht, daß seine lebenswichtigen Interessen leicht mit der ihm zur Verfügung stehenden Macht geschützt werden können und wir eine lange Zeit des Friedens haben könnten. Dann könnten wir ein Urteil darüber fällen, welches System bessere Dienste leistet. Wir glauben, daß das unser System ist. Er hat argumentiert, seines wäre besser. Demgegenüber, scheint mir, ist es gerade dieses ständige Streben, das Gleichgewicht der Kräfte auf der Welt zu ändern, welches das Element der Gefahr heraufbeschwört.

Nun, ich glaube wirklich, wenn Sie die Rede Chruschtschows von vergangener Woche lesen, so werden Sie feststellen, daß wir - und die Welt - in einer noch viel schlechteren Lage wären, wenn die Chinesen die kommunistische Bewegung beherrschen würden, denn die Chinesen glauben an den Krieg als Mittel zur Verwirklichung der kommunistischen Welt. Chruschtschows Mittel sind Vernichtung, aber er glaubt, daß eine friedliche Koexistenz und diese Befreiungskriege, kleine Kriege unsere Niederlage bringen werden. Die chinesischen Kommunisten glauben, dies durch ständige Schläge zu erreichen, und daß sie es im Falle eines Krieges, eines atomaren dritten Weltkrieges mit ihren 750 Millionen Menschen überstehen werden. So sind für uns ganz offensichtlich die von Chruschtschow vertretenen Ansichten besser als die der chinesischen Kommunisten. Aber leider will uns auch Chruschtschow nicht wohl.

**MR. VANOCUR:** Gibt es irgendeine Möglichkeit, wie wir auf die wachsende Spaltung innerhalb des kommunistischen Blocks einwirken können, oder sollten wir es einfach bei der Welt belassen, die wir jetzt haben, und sicherstellen, daß sie nicht reif für eine kommunistische Durchdringung wird?

**DER PRÄSIDENT:** Ich meine zu diesem Disput, der sich weiter verstärkt, daß wir, wie Sie vorschlagen, weiterhin unsere Aufmerksamkeit jenem großen Teil der Welt widmen sollten, der sich in einer wirklich verzweifelten Lage befindet. In Lateinamerika, Afrika, Asien gibt es Länder, die unsere Hilfe, unsere Unterstützung dringend brauchen. Wenn wir unsere Aufgabe, die freie Welt zu stärken, erfüllen, dann werden wir, so scheint es mir, einen Druck, einen Gegendruck gegen den kommunistischen Vormarsch auslösen, und dann wird der Kommunismus feststellen, daß die Lage im Innern unter diesem Druck noch viel schwieriger geworden ist.

Ich glaube, wir neigen dazu, die Welt in eine kommunistische und eine freie zu unterteilen, sie als zweigeteilt zu betrachten. Tatsache ist, daß die Welt so geteilt, so von Armut heimgesucht und in vieler Hinsicht in einer so verzweifelten Lage ist, daß wir bereits voll damit ausgelastet sind, den Teil der Welt, der nichtkommunistisch ist, ganz Afrika, die jungen unabhängigen und von Armut heimgesuchten Länder, zu stärken. Da besuchte uns kürzlich der Ministerpräsident von Somaliland, wo das Jahreseinkommen pro Kopf der Bevölkerung bei 45 Dollar liegt. Der durchschnittliche Wochenlohn in der amerikanischen

amerikanischen Industrie beträgt etwa 94 Dollar - gegenüber 45 Dollar im Jahr! Nun, er hat erschütternde Probleme zu lösen. Sie können auch Lateinamerika nehmen, zum Beispiel Nordostbrasilien, wo die Leute von 100 Dollar im Jahr leben. So haben wir in unserem eigenen Raum eine große Aufgabe zu verrichten. Wenn wir dieses Gebiet stärken können - dann der Kommunismus ist meiner Meinung nach ein völlig trügerisches System, das den Wünschen des einfachen Mannes gar nicht entspricht - dann, glaube ich, werden wir auch erfolgreich sein.

MR. HERMAN: Als Ministerpräsident Chruschtschow während der Kuba-Krise ein Angebot für eine Inspektion auf Kuba machte, hatten Sie da irgendeine Hoffnung, daß dies ein Durchbruch sein könnte, ein Beginn, um eine Art von Frieden zwischen unseren beiden Systemen zu erreichen, so daß wir an unseren eigenen Problemen arbeiten können?

DER PRÄSIDENT: Nein, Ich glaube nicht, daß es das schon ist. Aber es kann vielleicht mit der Zeit dazu kommen.

MR. HERMAN: Hatten Sie, als dieses Angebot gemacht wurde, die Hoffnung, daß es tatsächlich verwirklicht werden könnte?

DER PRÄSIDENT: Nein. Aber ich denke doch zumindest, daß Kuba - wie auch aus der Rede in der vergangenen Woche hervorgeht, die eine wichtige Rede war - Chruschtschow die Gefahren hat erkennen lassen, die ein Zusammenstoß zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion in einem Gebiet von großer Bedeutung mit sich bringt. Das, meine ich, ist eine sehr heilsame Tatsache. Aber ich glaube nicht, daß wir jetzt einen Gesamtwechsel in der kommunistischen Politik erleben werden.

MR. HERMAN: Wäre es Ihrer Ansicht nach ein Durchbruch gewesen, falls eine internationale Inspektion Kubas gestattet worden wäre - ein Anfang, ein erster Beginn?

DER PRÄSIDENT: Nein, ich glaube nicht, daß dies die Dinge im wesentlichen berührt hätte, da ich nicht annehme, daß wir jene Art von Inspektion erreicht hätten, die wirklich notwendig ist, weil ein totalitäres System die Form der Inspektion, die wirklich wünschenswert ist, nicht akzeptieren kann. Was Sie praktisch sagen, bedeutet, daß Kuba geöffnet wird, daß die Sowjetunion geöffnet wird. Sie werden es nicht tun, weil ein totalitäres System nur unter Geheimhaltung existieren kann.

MR. HERMAN: Haben die Inspektionen, die anderswo in der Welt stattgefunden haben, beispielsweise in Nordkorea, Ihnen irgendeine Hoffnung gegeben, daß dies als System funktionieren wird?

DER PRÄSIDENT: Nein. Ich glaube, die Kamera wird tatsächlich unser bester Inspektor sein.

MR. LAWRENCE:

MR. LAWRENCE: Herr Präsident, sehen Sie in der Art, wie die Kuba-Krise beendet oder doch praktisch beendet wurde, in der Art, wie sie zumindest vom Höhepunkt der Fieberkurve herunterkam, sowie in der Entwicklung anderer weltweiter Probleme irgendwelche Anzeichen, die Sie zu der Annahme führen könnten, daß eine Gipfelkonferenz zu irgendeinem Zeitpunkt in der nahen Zukunft nützlich sein würde?

DER PRÄSIDENT: Nein, nicht gerade zu diesem Zeitpunkt. Ich glaube, daß das Treffen in Wien von Nutzen war. Es war nützlich für mich - aber ich glaube nicht, daß wir bis dahin zurückgehen sollten, es sei denn, daß wir den Weg wirklich frei sehen, ein Abkommen über die Atomversuche oder die Abrüstung zu erreichen oder in Europa selbst zu einer gewissen Verständigung zu gelangen. Das ist wirklich unser Wunsch. Wie ich schon sagte, leben wir jetzt in einer Zeit, die zu gefährlich ist, als daß wir Spannungen zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten haben oder solche wünschen sollten. Und daher sollten wir meines Erachtens alles fördern, was ihre Politik, die uns abträglichen Dinge zu unterstützen, mildern kann. Aber solange wir nicht einen gewissen Durchbruch auf irgendeinem Gebiet sehen, halte ich ein Treffen zwischen Herrn Chruschtschow und mir nicht für sehr vorteilhaft, auch wenn wir miteinander in Verbindung standen... und über unsere Beauftragten in New York Verhandlungen führen. Aber ich glaube nicht, daß für uns eine Notwendigkeit besteht, jetzt zusammenzukommen. Ich glaube, daß Chruschtschow wahrscheinlich genauso denkt.

MR. LAWRENCE: "Viele haben erwartet, Herr Präsident, daß sich die Berlin-Krise unmittelbar nach den amerikanischen Wahlen wieder "verschärfen" würde. Dies scheint zumindest, auch wenn dies dann nicht ganz zutraf, der Zeitplan gewesen zu sein. Glauben Sie nun, daß die Vorgänge auf Kuba die sowjetische und die ostdeutsche Regierung in bezug auf Berlin zu größerer Vorsicht veranlaßt haben?

DER PRÄSIDENT: Nun, ich glaube, weder Ministerpräsident Chruschtschow noch sonst jemand möchte das öfter durchmachen, was wir in Kuba durchgemacht haben. Und ich glaube, sie sind sich darüber im klaren, daß West-Berlin für uns von lebenswichtigem Interesse ist, daß wir uns dort gebunden haben und daß wir dort bleiben werden. Auf der anderen Seite hat er ein sehr lebenswichtiges Interesse in Ostdeutschland; er versucht dieses Regime zu stützen und seine eigene Stellung in Osteuropa zu festigen. Berlin ist eine sehr gefährliche Position, besonders auf Grund seiner geographischen Lage, denn wir müssen die Verbindungen zu einem Gebiet aufrechterhalten, das 120 Meilen hinter ihren Linien liegt. So besteht für sie immer die Möglichkeit, uns dort die Luft abzuschneiden. Aber ich möchte glauben, daß Chruschtschow mit einiger Vorsicht vorgehen wird, weil er meines Erachtens weiß, daß es dort nicht nur um ein lebenswichtiges Interesse geht, sondern daß dort auch die Möglichkeit eines direkten Aufeinanderprallens besteht. So zeigt meiner Ansicht nach die Rede Chruschtschows, wie ich bereits sagte, daß er dies weiß. Und im Gegensatz zu denjenigen im kommunistischen Lager, im besonderen den Chinesen, die Chruschtschow wegen seiner Nachgiebigkeit angreifen, glaube ich, daß Chruschtschow erkannt hat, daß er jetzt mit Vorsicht vorgehen muß, so wie wir.

MR. HERMAN:

MR. HERMAN: Würden Sie erläutern, Herr Präsident, warum Sie in Ihrem Trinkspruch auf Bundeskanzler Adenauer gesagt haben, daß dies ein Wendepunkt, eine neue Ära in der Geschichte sei?

DER PRÄSIDENT: Nach meiner Ansicht ist dies eine der Entscheidung zustrebende Zeit. Wir haben verschiedene derartige Perioden gehabt. Aber es ist nicht dies allein. In Kuba war es das erstemal, daß sich die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten direkt gegenüberstanden und daß die Aussicht bestand, die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion könnten Truppen einsetzen, was sich dann leicht zu einem Atomkrieg hätte ausweiten können. Dies ist eine wichtige Tatsache. Zweitens ist da der chinesisch-indische Konflikt, zwischen diesen beiden riesigen Ländern, den beiden größten Ländern der Welt. Wenn die Sowjetunion so viele Jahre auf den Aufbau ihrer Politik der Freundschaft gegenüber Indien verwandt hat, so ist es jetzt eine Tatsache, daß China die Inder angegriffen hat. Und drittens sind da die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und China als Folge des chinesisch-indischen Konflikts und als Folge des Disputs zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion über Kuba. Ich möchte sagen, daß alles das diese Zeit zu einer sehr wichtigen Epoche macht.

MR. VANOCUR: Wie können Sie als der Führer der westlichen Allianz, des stärksten Mitgliedlandes, die europäischen Länder, die immer unabhängiger, immer wohlhabender werden - was genau dem entspricht, was Sie, wie Sie sagten, erhofften -, wie können Sie diese Länder dazu bringen, Ihrer Führung zu folgen? Offensichtlich sind doch Verteidigungsminister McNamara und Außenminister Rusk nicht mit einem alles in allem zufriedenstellenden Bericht von der NATO-Tagung zurückgekommen. Die Europäer scheinen nicht gewillt zu sein, die konventionellen Streitkräfte auszubauen. Haben Sie große Machtbefugnisse, zu bestimmen?

DER PRÄSIDENT: Nein, zunächst einmal kann man das seine tun. Wir tun unseren Teil. Wir haben unsere Truppen in Westeuropa stehen. Es sind die am besten ausgerüsteten. Wir haben dort sechs Divisionen, ein Viertel aller Divisionen an der westlichen Front. Sie sind sehr gut ausgerüstet. Sie können morgen bereits zum Einsatz kommen, was bei den meisten anderen Verbänden nicht der Fall ist. So leisten wir dort unseren Beitrag. Wir stellen ferner die größte Kriegsflotte der Welt. Wir stellen außerdem die Atomstreitkräfte für die (freie) Welt, und wir führen ferner ein umfassendes Weltraumprogramm für die freie Welt durch. Ebenso tragen wir in Südvietnam die gesamte Last. So tun die Vereinigten Staaten mehr als nur ihren Teil. Wir hoffen, daß Westeuropa größere eigene Anstrengungen machen wird - sowohl hinsichtlich der Aufstellung konventioneller Streitkräfte als auch bei der Hilfe an die Entwicklungsländer.

Nun können wir sie natürlich nicht zwingen, dies zu tun. Wir können nicht sagen, "gut, wenn Sie das nicht tun wollen, dann werden wir unsere Truppen zurückziehen und Europa schutzlos lassen". Aber



Aber ich glaube, daß die Vereinigten Staaten sehr viel getan und ihre Lasten getragen haben, und wir hoffen, daß Westeuropa, da es jetzt aufblüht, auch seinen Teil beitragen wird. Wir haben in vier Jahren, von 1948 bis 1952, zwölf Milliarden Dollar nach Westeuropa hineingepumpt. Der Betrag an Hilfe, die wir Lateinamerika im Rahmen der "Allianz für den Fortschritt" gewährt haben, ist nur ein Bruchteil dessen.

So haben wir, scheint mir, ein Recht, da wir in bezug auf Europa gezeigt und bewiesen haben, daß wir keine Paradesoldaten sind. Es gibt wohl kaum ein Land in Europa - unter den Ländern, von denen wir sprechen -, das so viele Männer und einen so großen Prozentsatz seiner Bevölkerung und seines Bruttosozialprodukts für die Verteidigung einsetzt wie wir.

MR. VANOCUR: Glauben Sie, Herr Präsident, daß Sie einmal den Punkt erreichen werden, an dem Sie sagen müßten: "Macht, was ihr wollt, ich kann nicht vor das amerikanische Volk treten und von ihm verlangen, diese Last auf sich zu nehmen..." Nehmen wir als Beispiel einmal die Skybolt-Rakete.

DER PRÄSIDENT: Gut, nehmen wir einmal die Skybolt. Die Vereinigten Staaten haben die Skybolt-Rakete entwickelt. Wir haben 350 Millionen Dollar in die Skybolt-Rakete investiert. Kein anderes Land hat etwas für die tatsächliche Produktion der Skybolt-Rakete ausgegeben. Wenn wir sie fertig entwickelt gehabt hätten, würden die Engländer uns hundert Raketen abgekauft, wir vielleicht tausend gekauft haben. Das hätte uns 2,5 Milliarden Dollar gekostet. Wir bestreiten heute 30 Prozent der Infrastruktur-Kosten der NATO, der Versorgungslinien zu den Depots in Europa. Dies kostet uns etwa 3 Milliarden Dollar in unserer Zahlungsbilanz. Da ist die Hilfe, die wir überall in der Welt gewähren - Sie wissen, die amerikanischen Bürger sind sehr kritisch, und die amerikanische Presse druckt eine Menge negativer Berichte, denn negative Berichte geben Schlagzeilen, positive Berichte dagegen nicht, so daß sie stets den Eindruck erhalten, die Vereinigten Staaten täten nicht ihren Teil. Wenn ich an das denke, was wir 15 Jahre lang - seit 1945 - getan haben, an die Länder, die wir unterstützt haben, die Bündnisse, deren Kern und Mittelpunkt wir sind, die Bereitwilligkeit der Vereinigten Staaten, überall in der Welt Lasten auf sich zu nehmen, so halte ich das schon für eine phantastische Sache. Eine Million Amerikaner tun heute außerhalb des Gebietes der Vereinigten Staaten Dienst. Es gibt kein anderes Land in der Geschichte, das ähnliche Last auf sich nahm. Andere Länder hatten auch Truppen außerhalb ihres Landes stehen, aber nur zu Eroberungszwecken. Wir haben zwei Divisionen in Südkorea, nicht um Südkorea zu kontrollieren, sondern um es zu verteidigen. Eine große Zahl, von Amerikanern befindet sich in Südvietnam. Nun gut, kein anderes Land der Erde hat dies seit Beginn der Welt getan; Griechenland, Rom, Napoleon und alle anderen waren stets auf Eroberung aus. Wir haben eine Million Amerikaner im Ausland, und sie suchen diese Länder zu verteidigen. Nun, was wir hier sagen wollen, ist, daß das reiche Westeuropa seinen Teil beitragen muß, und ich hoffe, daß es das tun wird.

MR. HERMAN:

MR. HERMAN: Nichts von dem, was ein Präsident jemals sagt, bleibt ohne Wirkung. Glauben Sie nicht, daß die von Ihnen soeben gemachten Ausführungen auf Sie zurückkommen werden, wenn der Kongreß das neue Bewilligungsgesetz erörtert, und Sie dann Ihre eigenen Zitate wieder hören werden?

DER PRÄSIDENT: Nein, ich glaube, daß die Amerikaner wissen sollten, was sie tun, und ich glaube, daß Westeuropas Erfolg letztlich der größte Erfolg der amerikanischen Außenpolitik seit dem zweiten Weltkrieg, seit dem Wiederaufbau Europas ist. Es ist genau das, was wir wollten. Ganz zwangsläufig werden die Europäer Meinungsverschiedenheiten mit uns haben. Aber alles, was wir von Westeuropa fordern, ist, sich nicht abzuschließen, nicht nur eine reiche, sorgfältige abgeschirmte Gruppe von Ländern zu werden, sondern vielmehr seine Rolle in dieser großen, weltweiten Auseinandersetzung zu übernehmen, so wie wir dies getan haben...

MR. HERMAN: Aber können sie ihre Rolle ohne die Entwicklung eigener nuklearer Waffen und einer eigenen nuklearen Abschreckung spielen, und würde eine weitere Verbreitung der Atomwaffen nicht unserer Politik zuwiderlaufen?

DER PRÄSIDENT: Nun, wir wollen nicht sechs oder sieben Atommächte in Europa, die ihre Mittel für Kernwaffen ausgeben, zumal die Vereinigten Staaten dieses riesige Waffenarsenal haben. Aber wenn diese Länder das wünschen, so halten wir sie nicht davon ab. Wenn die Franzosen beschließen, selbst eine Atommacht zu werden, dann ist dies ihre Entscheidung. Die Frage ist, ob die Vereinigten Staaten sich daran beteiligen und mithelfen sollen, Frankreich zu einer Atommacht zu machen, und dann Italien, Westdeutschland, Belgien. Wie kann es die Sicherheit stärken, wenn wir zehn, zwanzig, dreißig Atommächte haben, die ihre Atomwaffen unter verschiedenen Bedingungen abfeuern können? Das liegt nicht in unserem Interesse und ist meines Erachtens auch nicht im Interesse des Friedens oder im Interesse Westeuropas. Und es ist äußerst kostspielig. Warum etwas duplizieren, was wir bereits getan haben und heute noch in Westeuropa tun, solange unsere Garantien gut sind?

MR. VANOCUR: Herr Präsident, ehe Sie gewählt wurden, beliebte Ihr Herr Vater den Reportern die kleine Geschichte zu erzählen, daß er Sie einmal gefragt habe, warum Sie diesen Job denn wollten, und er Ihnen erläuterte, warum Sie ihn sich nicht wünschen sollten, und Sie gaben ihm offensichtlich eine Antwort... ich weiß nicht, ob sie ihn befriedigt hat, Sie anscheinend aber doch. Würden Sie ihm heute, nach zwei Jahren Amtszeit noch dieselbe Antwort geben?

DER PRÄSIDENT: Ach, Sie meinen, daß irgend jemand es tun würde?

MR. VANOCUR: Yes, Sir.

DER PRÄSIDENT:

DER PRÄSIDENT: Ja. Ich bin der Meinung, daß die Präsidentschaft in vieler Hinsicht befriedigend sein kann, zumal, wie ich sage, sie uns alle angeht, als Bürger und als Eltern und so weiter, samt all den Problemen, über die wir heute abend hier gesprochen haben. Lauter Probleme, über die ich mir, wenn ich nicht Präsident wäre, als Vater oder als Bürger Gedanken machen würde. So hat man zumindest eine Möglichkeit, etwas dagegen zu tun. Und wenn das, was man tut, nützlich und erfolgreich ist, dann bringt es natürlich eine große Befriedigung mit sich. Wenn das Resultat der Entscheidung aber ein Fehlschlag ist oder wenn man erfolglos bleibt, dann ist das freilich ein großer Rückschlag. Ich muß aber nach zwei Jahren in diesem Amt und mit den Erfahrungen als Präsident - keine Erfahrungen, auf die man sich auch nur einigermaßen angemessen vorbereiten könnte - ich muß sagen, daß ich ziemlich zuversichtlich bin, was die Vereinigten Staaten anbelangt. Eben weil dieses Land selbstkritisch ist und von aller Welt kritisiert wird, mit 180 Millionen Einwohnern seit 17 Jahren - eigentlich sind es mehr als das - seit fast 20 Jahren, weil es dasjenige ist, das zuerst die Welt vor den Gefahren des Nazismus bewahrt und seither gegen die kommunistische Gefahr verteidigt hat, und wenn wir nicht gewesen wären... wir sind in einer starken Position. Ich möchte meinen, daß es ein gutes Resultat für unser Land ist, das nur sechs Prozent der Weltbevölkerung stellt und das diese Belastungen nur sehr widerstrebend auf sich nimmt. Ich meine, wir sollten an diesen Weihnachten mit uns selbst ganz zufrieden sein.

\* \* \* \* \*

KENNEDY ERLÄUTERT STANDPUNKT DER USA ZU

WELTPOLITISCHEN FRAGEN

- Auszüge aus dem Fernsehinterview vom 17. Dezember 1962 -

KENNEDY ERLÄUTERT STANDPUNKT DER USA ZU  
WELTPOLITISCHEN FRAGEN

WASHINGTON - (AD) - In einem einstündigen Fernsehinterview mit den drei großen amerikanischen Rundfunk- und Fernsehgesellschaften ABC, CBS und NBC hat Präsident Kennedy am 17. Dezember 1962 den Standpunkt der USA zu den wichtigsten weltpolitischen Fragen dargelegt.

Der Präsident benutzte diese Gelegenheit, um einen Rückblick auf die zwei Jahre seiner Amtszeit zu geben und gleichzeitig auf die großen Aufgaben hinzuweisen, denen sich die freie Welt in den kommenden Jahren gegenübersehen wird. Neben innenpolitischen Fragen, denen ein großer Teil des Interviews gewidmet war, ging Kennedy vor allem auf das amerikanisch-sowjetische Verhältnis, die Berlin-Frage, das Kuba-Problem sowie die Verteidigung Europas und der freien Welt ein.

Der amerikanische Präsident wies eingangs des Interviews darauf hin, daß die Probleme, mit denen er sich im Laufe seiner bisherigen Amtszeit auseinandersetzen mußte, schwieriger und die den USA auferlegte Verantwortung größer gewesen seien, als er sich dies ursprünglich vorgestellt habe. In vielen weltpolitischen Fragen wie beispielsweise der Kongo-Frage oder in dem Streitfall zwischen Pakistan und Indien sei die Fähigkeit der Vereinigten Staaten, diese Probleme zu lösen, begrenzt. Dennoch dürfe man nicht ungeduldig oder gleichgültig werden, betonte der Präsident, wobei er sich gegen die Ansicht wandte, daß die USA die Bürde, die sie nunmehr seit 17 Jahren tragen, niederlegen sollten. "Wir können diese Bürde nicht niederlegen", so erklärte er wörtlich, "und ich sehe auch keine Möglichkeit, dies in diesem Jahrhundert zu tun." Kennedy unterstrich dabei die große Verantwortung, die der Präsident der USA zu tragen habe. Werde eine falsche Entscheidung getroffen, und dies sei auch bei ihm der Fall gewesen, dann laste die Bürde der Verantwortung auf dem Präsidenten allein.

Berlin und Europa

Die Ausführungen Kennedys zu Berlin und zur Verteidigung Europas haben folgenden Wortlaut:

Frage:

## "AMERIKA DIENST"

Frage: "Viele haben erwartet, Herr Präsident, daß sich die Berlin-Krise unmittelbar nach den amerikanischen Wahlen wieder 'verschärfen' würde. Dies scheint zumindest, auch wenn dies dann nicht ganz zutraf, der Zeitplan gewesen zu sein. Glauben Sie nun, daß die Vorgänge auf Kuba die sowjetische und die ostdeutsche Regierung in bezug auf Berlin zu größerer Vorsicht veranlaßt haben?"

Antwort: Nun, ich glaube, weder Ministerpräsident Chruschtschow noch sonst jemand möchte das öfter durchmachen, was wir in Kuba durchgemacht haben. Und ich glaube, sie sind sich darüber im klaren, daß West-Berlin für uns von lebenswichtigem Interesse ist, daß wir uns dort gebunden haben und daß wir dort bleiben werden. Auf der anderen Seite hat er ein sehr lebenswichtiges Interesse in Ostdeutschland; er versucht dieses Regime zu stützen und seine eigene Stellung in Osteuropa zu festigen. Berlin ist eine sehr gefährliche Position, besonders auf Grund seiner geographischen Lage, denn wir müssen die Verbindungen zu einem Gebiet aufrechterhalten, das 120 Meilen hinter ihren Linien liegt. So besteht für sie immer die Möglichkeit, uns dort die Luft abzuschneiden. Aber ich möchte glauben, daß Chruschtschow mit einiger Vorsicht vorgehen wird, weil er meines Erachtens weiß, daß es dort nicht nur um ein lebenswichtiges Interesse geht, sondern daß dort auch die Möglichkeit eines direkten Aufeinanderprallens besteht. So zeigt meiner Ansicht nach die Rede Chruschtschows, wie ich bereits sagte, daß er dies weiß. Und im Gegensatz zu denjenigen im kommunistischen Lager, im besonderen den Chinesen, die Chruschtschow wegen seiner Nachgiebigkeit angreifen, glaube ich, daß Chruschtschow erkannt hat, daß er jetzt mit Vorsicht vorgehen muß, so wie wir.

Frage: Würden Sie erläutern, Herr Präsident, warum Sie in Ihrem Trinkspruch auf Bundeskanzler Adenauer gesagt haben, daß dies ein Wendepunkt, eine neue Ära in der Geschichte sei?

Antwort: Nach meiner Ansicht ist dies eine der Entscheidung zustrebende Zeit. Wir haben verschiedene derartige Perioden gehabt. Aber es ist nicht dies allein. In Kuba war es das erstemal, daß sich die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten direkt gegenüberstanden und daß die Aussicht bestand, die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion könnten Truppen einsetzen, was sich dann leicht zu einem Atomkrieg hätte ausweiten können. Dies ist eine wichtige Tatsache. Zweitens ist da der chinesisch-indische Konflikt, zwischen diesen beiden riesigen Ländern, den beiden größten Ländern der Welt. Wenn die Sowjetunion so viele Jahre auf den Aufbau ihrer Politik der Freundschaft gegenüber Indien verwandt hat, so ist es jetzt eine Tatsache, daß China die Inder angegriffen hat. Und drittens sind da die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und China als Folge des chinesisch-indischen Konflikts und als Folge des Disputs zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion über Kuba. Ich möchte sagen, daß alles das diese Zeit zu einer sehr wichtigen Epoche macht.

Frage: Wie können Sie als der Führer der westlichen Allianz, des stärksten Mitgliedlandes, die europäischen Länder, die immer unabhängiger, immer wohlhabender werden, - was genau dem entspricht, was Sie, wie Sie sagten, erhofften -, wie können Sie diese Länder

## "AMERIKA DIENST"

Länder dazu bringen, Ihrer Führung zu folgen? Offensichtlich sind doch Verteidigungsminister McNamara und Außenminister Rusk nicht mit einem alles in allem zufriedenstellenden Bericht von der NATO-Tagung zurückgekommen. Die Europäer scheinen nicht gewillt zu sein, die konventionellen Streitkräfte auszubauen. Haben Sie große Machtbefugnisse, zu bestimmen?

Antwort: Nein, zunächst einmal kann man das seine tun. Wir tun unseren Teil. Wir haben unsere Truppen in Westeuropa stehen. Es sind die am besten ausgerüsteten. Wir haben dort sechs Divisionen, ein Viertel aller Divisionen an der westlichen Front. Sie sind sehr gut ausgerüstet. Sie können morgen bereits zum Einsatz kommen, was bei den meisten anderen Verbänden nicht der Fall ist. So leisten wir dort unseren Beitrag. Wir stellen ferner die größte Kriegsflotte der Welt. Wir stellen außerdem die Atomstreitkräfte für die (freie) Welt, und wir führen ferner ein umfassendes Weltraumprogramm für die freie Welt durch. Ebenso tragen wir in Südvietnam die gesamte Last. So tun die Vereinigten Staaten mehr als nur ihren Teil. Wir hoffen, daß Westeuropa größere eigene Anstrengungen machen wird - sowohl hinsichtlich der Aufstellung konventioneller Streitkräfte als auch bei der Hilfe an die Entwicklungsländer.

Nun können wir sie natürlich nicht zwingen, dies zu tun. Wir können nicht sagen, 'gut, wenn Sie das nicht tun wollen, dann werden wir unsere Truppen zurückziehen und Europa schutzlos lassen'. Aber ich glaube, daß die Vereinigten Staaten sehr viel getan und ihre Lasten getragen haben, und wir hoffen, daß Westeuropa, da es jetzt aufblüht, auch seinen Teil beitragen wird. Wir haben in vier Jahren, von 1948 bis 1952, zwölf Milliarden Dollar nach Westeuropa hineingepumpt. Der Betrag an Hilfe, die wir Lateinamerika im Rahmen der "Allianz für den Fortschritt" gewährt haben, ist nur ein Bruchteil dessen.

So haben wir, scheint mir, ein Recht, da wir in bezug auf Europa gezeigt und bewiesen haben, daß wir keine Paradesoldaten sind. Es gibt wohl kaum ein Land in Europa - unter den Ländern, von denen wir sprechen -, das so viele Männer und einen so großen Prozentsatz seiner Bevölkerung und seines Bruttosozialprodukts für die Verteidigung einsetzt wie wir.

Frage: Glauben Sie, Herr Präsident, daß Sie einmal den Punkt erreichen werden, an dem Sie sagen müßten: 'Macht, was ihr wollt, ich kann nicht vor das amerikanische Volk treten und von ihm verlangen, diese Last auf sich zu nehmen...' Nehmen wir als Beispiel einmal die Skybolt-Rakete.

Antwort: Gut, nehmen wir einmal die Skybolt. Die Vereinigten Staaten haben die Skybolt-Rakete entwickelt. Wir haben 350 Millionen Dollar in die Skybolt-Rakete investiert. Kein anderes Land hat etwas für die tatsächliche Produktion der Skybolt-Rakete ausgegeben. Wenn wir sie fertig entwickelt gehabt hätten, würden die Engländer uns

## "AMERIKA DIENST"

uns hundert Raketen abgekauft , wir vielleicht tausend gekauft haben. Das hätte uns 2,5 Milliarden Dollar gekostet. Wir bestreiten heute 30 Prozent der Infrastruktur-Kosten der NATO, der Versorgungslinien zu den Depots in Europa. Dies kostet uns etwa 3 Milliarden Dollar in unserer Zahlungsbilanz. Da ist die Hilfe, die wir überall in der Welt gewähren - Sie wissen, die amerikanischen Bürger sind sehr kritisch, und die amerikanische Presse druckt eine Menge negativer Berichte, denn negative Berichte geben Schlagzeilen, positive Berichte dagegen nicht, so daß sie stets den Eindruck erhalten, die Vereinigten Staaten täten nicht ihren Teil. Wenn ich an das denke, was wir 15 Jahre lang - seit 1945 - getan haben, an die Länder, die wir unterstützt haben, die Bündnisse, deren Kern und Mittelpunkt wir sind, die Bereitwilligkeit der Vereinigten Staaten, überall in der Welt Lasten auf sich zu nehmen, so halte ich das schon für eine phantastische Sache. Eine Million Amerikaner tun heute außerhalb des Gebietes der Vereinigten Staaten Dienst. Es gibt kein anderes Land in der Geschichte, das ähnliche Last auf sich nahm. Andere Länder hatten auch Truppen außerhalb ihres Landes stehen, aber nur zu Eroberungszwecken. Wir haben zwei Divisionen in Südkorea, nicht um Südkorea zu kontrollieren, sondern um es zu verteidigen. Eine große Zahl von Amerikanern befindet sich in Südvietsnam. Nun gut, kein anderes Land der Erde hat dies seit Beginn der Welt getan; Griechenland, Rom, Napoleon und alle anderen waren stets auf Eroberung aus. Wir haben eine Million Amerikaner im Ausland, und sie suchen diese Länder zu verteidigen. Nun, was wir hier sagen wollen, ist, daß das reiche Westeuropa seinen Teil beitragen muß, und ich hoffe, daß es das tun wird.

Frage: Nichts von dem, was ein Präsident jemals sagt, bleibt ohne Wirkung. Glauben Sie nicht, daß die von Ihnen soeben gemachten Ausführungen auf Sie zurückkommen werden, wenn der Kongreß das neue Bewilligungsgesetz erörtert, und Sie dann Ihre eigenen Zitate wieder hören werden?

Antwort: Nein, ich glaube, daß die Amerikaner wissen sollten, was sie tun, und ich glaube, daß Westeuropas Erfolg letztlich der größte Erfolg der amerikanischen Außenpolitik seit dem zweiten Weltkrieg, seit dem Wiederaufbau Europas ist. Es ist genau das, was wir wollten. Ganz zwangsläufig werden die Europäer Meinungsverschiedenheiten mit uns haben. Aber alles, was wir von Westeuropa fordern, ist, sich nicht abzuschließen, nicht nur eine reiche, sorgfältige abgeschirmte Gruppe von Ländern zu werden, sondern vielmehr seine Rolle in dieser großen, weltweiten Auseinandersetzung zu übernehmen, so wie wir dies getan haben...

Frage: Aber können sie ihre Rolle ohne die Entwicklung eigener nuklearer Waffen und einer eigenen nuklearen Abschreckung spielen, und würde eine weitere Verbreitung der Atomwaffen nicht unserer Politik zuwiderlaufen?

Antwort:



## "AMERIKA DIENST"

Antwort: Nun, wir wollen nicht sechs oder sieben Atommächte in Europa, die ihre Mittel für Kernwaffen ausgeben, zumal die Vereinigten Staaten dieses riesige Waffenarsenal haben. Aber wenn diese Länder das wünschen, so halten wir sie nicht davon ab. Wenn die Franzosen beschließen, selbst eine Atommacht zu werden, dann ist dies ihre Entscheidung. Die Frage ist, ob die Vereinigten Staaten sich daran beteiligen und mithelfen sollen, Frankreich zu einer Atommacht zu machen, und dann Italien, Westdeutschland, Belgien. Wie kann es die Sicherheit stärken, wenn wir zehn, zwanzig, dreißig Atommächte haben, die ihre Atomwaffen unter verschiedenen Bedingungen abfeuern können? Das liegt nicht in unserem Interesse und ist meines Erachtens auch nicht im Interesse des Friedens oder im Interesse Westeuropas. Und es ist äußerst kostspielig. Warum etwas duplizieren, was wir bereits getan haben und heute noch in Westeuropa tun, solange unsere Garantien gut sind?

### Das amerikanisch-sowjetische Verhältnis und Kuba

Frage: Herr Präsident, haben Sie, seit Sie Ihr Amt übernommen haben, feststellen können, daß diese furchtbare Verantwortung für das Schicksal der Menschheit Sie und Ministerpräsident Chruschtschow - trotz aller Differenzen, die Sie trennen - im Bewußtsein dieser gemeinsamen Verantwortung, einander nähergebracht hat? Er schien dies anzudeuten, vor allem in seiner Rede vor dem Obersten Sowjet.

Antwort: Ich glaube, in dieser Rede hat Chruschtschow gezeigt, daß er sich über das Atomzeitalter im klaren ist. Aber das kubanische Unternehmen hat es für uns natürlich noch schwieriger gemacht, irgendwelche erfolgreichen Verhandlungen zu führen, weil hier versucht worden ist, doch ganz wesentlich das Gleichgewicht der Kräfte zu ändern. Dies geschah in aller Heimlichkeit. Es wurde alles, was nur möglich war, unternommen, um uns zu täuschen; und die Sowjets planten, im November vor aller Welt die Tatsache mitzuteilen, daß diese Raketen in solch unmittelbarer Nähe der Vereinigten Staaten stationiert worden seien. Es bestand nicht etwa die Absicht, sie abzufeuern, weil die Sowjets, sollten sie in eine nukleare Auseinandersetzung geraten, auf ihre eigenen Raketen in der Sowjetunion zurückgreifen können. Aber politisch hätte dies das Gleichgewicht der Kräfte geändert... So dürfte es also noch einige Zeit dauern, bevor es für uns möglich ist, zu einem wirklichen Einvernehmen mit Herrn Chruschtschow zu gelangen. Aber ich bin doch der Meinung, daß seine Rede deutlich werden läßt, daß er erkannt hat, in welcher gefährlichen Welt wir leben. Das wirkliche Problem liegt in dem Wunsch der Sowjets, ihre Macht und ihren Einfluß zu erweitern. Würde sich Herr Chruschtschow mit den wahren Interessen der Bevölkerung der Sowjetunion befassen - höherem Lebensstandard und Gewährleistung der eigenen Sicherheit -, dann gäbe es keinen realen Grund, warum die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion - getrennt durch so viele tausend Meilen Land und Wasser, beide reiche Länder, beide mit einer sehr tatkräftigen Bevölkerung - nicht miteinander in Frieden leben sollten. Immer wieder aber wird diese Entschlossenheit sichtbar, die die Chinesen in der militantesten Form zeigen und die die Sowjets ebenfalls gezeigt haben, nämlich, sich nicht mit einer friedlichen Welt dieser Art abzufinden, sondern auf einer kommunistischen Welt zu bestehen. Daraus erwächst die wirkliche Gefahr: ein Konflikt dieser beiden Systeme auf weltweiter Ebene im Atomzeitalter ist, was die sechziger Jahre so gefährlich macht."

## "AMERIKA DIENST"

Frage: Botschafter Kennan, der ein guter Kenner der Sowjetunion ist, schrieb in einem seiner letzten Bücher, daß wir es hier mit einem konditionierten Denken, das die Möglichkeit des Mißverständnisses ausschließt, zu tun haben, daß das einzige, was die Sowjets wirklich verstehen, dieses ist: daß man sie vor Tatsachen stellt und ihnen sagt, 'das ist es, was wir tun werden'. Das verstehen sie. Sind Sie der Ansicht, daß es irgendeinen Weg gibt, an Herrn Chruschtschow heranzukommen, um ihm wirklich begreiflich zu machen, daß es Ihnen ernst ist und daß Sie entschlossen sind zu tun, was Sie sagen, Sir, oder ist dies gänzlich...?

Antwort: Nun, es ist schwer. Zurückschauend auf Kuba möchte ich annehmen, daß die Tatsache des mangelnden Kontaktes zwischen den beiden Regierungen zu denken gibt. Ich meine, daß wir nicht erwartet haben, er werde Raketen auf Kuba stationieren, weil es für ihn eine so unkluge Handlungsweise zu sein schien, dies zu tun, wie sich später auch herausgestellt hat. Er muß offenbar gedacht haben, er könnte es insgeheim machen, und die Vereinigten Staaten würden sich damit abfinden, Nun, er hat unsere Absichten nicht richtig beurteilt.

Und wenn Sie die Geschichte unseres Jahrhunderts überblicken, so entstand der erste Weltkrieg aus einer Reihe von Fehlurteilen über die Absichten anderer - gewiß auch der zweite Weltkrieg, wo Hitler dachte, daß er Polen an sich reißen könnte, daß die Briten nicht in den Kampf eingreifen und nach der Niederlage Polens den Kampf nicht fortsetzen würden; Korea, wo die Nordkoreaner offensichtlich nicht mit uns gerechnet hatten und wir nicht mit der Einmischung der Chinesen; und wenn Sie alle diese Fehlschlüsse bedenken, die zum Kriege trieben, und dann die Kluft in Betracht ziehen, die zwischen den Überzeugungen der Vereinigten Staaten und denen der Sowjetunion klafft - wir glauben an eine Welt unabhängiger Regierungen und Staaten, sie an eine monolithische, kommunistische Welt - und in diesen Kampf noch die nukleare Gleichung einbeziehen, so ist es das, was unsere Zeit, wie ich bereits zuvor sagte, so gefahrenvoll macht. Wir müssen unseren Weg mit Festigkeit weiterverfolgen, an Hand der besten Informationen, die wir erhalten können, und mit Umsicht. Ein Fehler kann alles vernichten - ein grober Fehler von Herrn Chruschtschow oder von uns hier. Und darum ist es viel leichter, Reden zu halten über einige der Dinge, die wir tun sollten; ich meine aber, daß jeder, der sich die Liste der verhängnisvollen Möglichkeiten von Atomwaffen vor Augen hält, der sich bewußt ist, daß die Kommunisten ein vollständig verzerrtes Bild von den Vereinigten Staaten haben und daß wir sie nicht verstehen, weiß: das ist es, was das Leben in den sechziger Jahren so gefahrenvoll macht."

Das Interview leitete dann zu dem Kuba-Problem und dem Gespräch über, das kurz vor Ausbruch der Kuba-Krise zwischen Präsident Kennedy und dem sowjetischen Außenminister Gromyko stattgefunden hatte. Der sowjetische Außenminister hatte dabei erklärt, daß sich weder Raketen noch andere Offensivwaffen auf Kuba befänden.

Präsident Kennedy sagte in diesem Zusammenhang folgendes:

"Ich las ihm meine Erklärung vom September vor, in der wir betont

## "AMERIKA DIENST"

betont hatten, daß wir Maßnahmen ergreifen würden, falls Raketen nach Kuba geschafft würden. Er erwiderte daraufhin nichts... Herr Chruschtschow und ich befinden uns in demselben Boot, insofern als wir beide über diese nukleare Kapazität verfügen und ebenso beide unsere Gesellschaften verteidigen wollen. Wobei wir uns allerdings nicht auf der gleichen Linie befinden, ist, daß die Sowjets ihre Macht ausdehnen und auf Kuba ihre Entschlossenheit und Bereitschaft gezeigt haben, große Risiken einzugehen, die eigentlich nur zu einem direkten Zusammenstoß führen können. Ich habe in Wien einen ganzen Tag damit zugebracht, über seine Rede zu sprechen, die er am 6. Januar 1961 gehalten und in der er ausgeführt hatte, daß er Befreiungskriege unterstütze. Ich erklärte, daß dies der Weg sei, der schließlich zu einer direkten Konfrontation der USA und der Sowjetunion führen würde; und genau das war auf Kuba der Fall. Sie können nicht zu viele solcher Situationen erwarten, weil man nicht in jedem Falle sicher sein kann, daß die Sowjetunion sich zurückzieht, wie sie dies im Fall Kubas tat. Und für die Vereinigten Staaten ist es schwer, sich zurückzuziehen, wenn lebenswichtige Interessen auf dem Spiel stehen.

Frage: Herr Präsident, waren Sie, während Gromyko hier saß und einfach erklärte, daß es (auf Kuba) keine Offensivwaffen gäbe, zu irgendeinem Zeitpunkt versucht aufzustehen, an Ihren Schreibtisch zu gehen und eine Luftaufnahme hervorzuholen - ?

Antwort: Nein. Denn unsere Informationen waren noch unvollständig, und wir hatten auch noch nicht endgültig darüber entschieden, welchen Kurs wir einschlagen würden. Wir erhielten die Information am Dienstag, unser Gespräch fand am Donnerstag statt. Wir führten eine intensive Aufklärung durch, und wir erwogen noch, ob es ratsam sei, einen anderen Aktionskurs einzuschlagen. Und deshalb wäre es sehr unklug von uns gewesen, ihm im einzelnen darzulegen, was wir wußten. Wir wollten ihm auch nicht die Genugtuung geben, seine Schritte anzukündigen. Deshalb war es überaus wichtig, daß die Vereinigten Staaten dies bekanntgaben, bevor er es tat.

Frage: Wir hätten damit die Initiative verlieren können?

Antwort: Genau das. Er hätte dies bekanntgeben können, und dann hätten wir auf eine Initiative ihrerseits reagieren müssen. Auf diese Weise behielten wir die Initiative. Daher war es sehr wichtig, Gromyko nicht ins Bild zu setzen, obwohl ich ihn nicht irreführte, denn wie ich bereits sagte, verlas ich meine Erklärung vom September, und er muß sich gefragt haben, warum ich dies tat. Aber er erwiderte nichts darauf.

Frage: Herr Präsident, viele Leute sagen... daß ein amerikanischer Präsident Chruschtschow schützen müsse, denn Chruschtschow sei der beste sowjetische Ministerpräsident, den wir jemals haben könnten. Glauben Sie, daß dies wirklich die Aufgabe eines amerikanischen Präsidenten ist, oder hat ein amerikanischer Präsident die Pflicht, die nationalen Interessen zu wahren?

Antwort:

## "AMERIKA DIENST"

Antwort: Nein, ich glaube nicht, daß es unsere Aufgabe ist, Herrn Chruschtschow zu schützen. Dieses Argument, daß sein Nachfolger schlimmer sein würde - nun, ich weiß nicht, wie sein Nachfolger sein wird. Aber ich glaube, daß es unsere Pflicht ist, zu versuchen, unsere lebenswichtigen Interessen zu schützen, die Sicherheit der freien Welt zu wahren und Chruschtschow unsere Absichten eindeutig genug wissen zu lassen, damit er seinen Angelegenheiten in einer Weise nachgehen kann, die unsere Sicherheit nicht gefährdet und die nicht zum Kriege führt. Wir möchten nicht gezwungen werden, unsere Sicherheit mit kriegerischen Mitteln zu erhalten. Aber Chruschtschow muß wissen, daß es für die Vereinigten Staaten lebenswichtige Interessen gibt, für die sie kämpfen werden. Und wenn er und die Kommunisten und die Sowjetunion jetzt ihre Kraft darauf verwenden wollen, zu demonstrieren, wie sich ihr System in der Sowjetunion bewährt, so bin ich der Ansicht, daß seine lebenswichtigen Interessen leicht mit der ihm zur Verfügung stehenden Macht geschützt werden können und wir eine lange Zeit des Friedens haben könnten. Dann könnten wir ein Urteil darüber fällen, welches System bessere Dienste leistet. Wir glauben, daß das unser System ist. Er hat argumentiert, seines wäre besser. Demgegenüber, scheint mir, ist es gerade dieses ständige Streben, das Gleichgewicht der Kräfte auf der Welt zu ändern, welches das Element der Gefahr heraufbeschwört.

Nun, ich glaube wirklich, wenn Sie die Rede Chruschtschows von vergangener Woche lesen, so werden Sie feststellen, daß wir - und die Welt - in einer noch viel schlechteren Lage wären, wenn die Chinesen die kommunistische Bewegung beherrschen würden, denn die Chinesen glauben an den Krieg als Mittel zur Verwirklichung der kommunistischen Welt. Chruschtschows Mittel sind Vernichtung, aber er glaubt, daß eine friedliche Koexistenz und diese Befreiungskriege, kleine Kriege unsere Niederlage bringen werden. Die chinesischen Kommunisten glauben, dies durch ständige Schläge zu erreichen, und daß sie es im Falle eines Krieges, eines atomaren dritten Weltkrieges mit ihren 750 Millionen Menschen überstehen werden. So sind für uns ganz offensichtlich die von Chruschtschow vertretenen Ansichten besser als die der chinesischen Kommunisten. Aber leider will uns auch Chruschtschow nicht wohl.

Frage: Gibt es irgendeine Möglichkeit, wie wir auf die wachsende Spaltung innerhalb des kommunistischen Blocks einwirken können, oder sollten wir es einfach bei der Welt belassen, die wir jetzt haben, und sicherstellen, daß sie nicht reif für eine kommunistische Durchdringung wird?

Antwort: Ich meine zu diesem Disput, der sich weiter verstärkt, daß wir, wie Sie vorschlagen, weiterhin unsere Aufmerksamkeit jenem großen Teil der Welt widmen sollten, der sich in einer wirklich verzweifelten Lage befindet. In Lateinamerika, Afrika, Asien gibt es Länder, die unsere Hilfe, unsere Unterstützung dringend brauchen. Wenn wir unsere Aufgabe, die freie Welt zu stärken, erfüllen, dann werden wir, so scheint es mir, einen Druck, einen Gegendruck gegen den kommunistischen Vormarsch auslösen, und dann wird der Kommunismus feststellen, daß die Lage im Innern unter diesem Druck noch viel schwieriger geworden ist.

Ich

## "AMERIKA DIENST"

Ich glaube, wir neigen dazu, die Welt in eine kommunistische und eine freie zu unterteilen, sie als zweigeteilt zu betrachten. Tatsache ist, daß die Welt so geteilt, so von Armut heimgesucht und in vieler Hinsicht in einer so verzweifelten Lage ist, daß wir bereits voll damit ausgelastet sind, den Teil der Welt, der nicht-kommunistisch ist, ganz Afrika, die jungen unabhängigen und von Armut heimgesuchten Länder, zu stärken. Da besuchte uns kürzlich der Ministerpräsident von Somaliland, wo das Jahreseinkommen pro Kopf der Bevölkerung bei 45 Dollar liegt. Der durchschnittliche Wochenlohn in der amerikanischen Industrie beträgt etwa 94 Dollar - gegenüber 45 Dollar im Jahr! Nun, er hat erschütternde Probleme zu lösen. Sie können auch Lateinamerika nehmen, zum Beispiel Nordostbrasilien, wo die Leute von 100 Dollar im Jahr leben. So haben wir in unserem eigenen Raum eine große Aufgabe zu verrichten. Wenn wir dieses Gebiet stärken können - denn der Kommunismus ist meiner Meinung nach ein völlig trügerisches System, das den Wünschen des einfachen Mannes gar nicht entspricht - dann, glaube ich, werden wir auch erfolgreich sein.

Frage: Als Ministerpräsident Chruschtschow während der Kuba-Krise ein Angebot für eine Inspektion auf Kuba machte, hatten Sie da irgendeine Hoffnung, daß dies ein Durchbruch sein könnte, ein Beginn, um eine Art von Frieden zwischen unseren beiden Systemen zu erreichen, so daß wir an unseren eigenen Problemen arbeiten können?

Antwort: Nein, ich glaube nicht, daß es das schon ist. Aber es kann vielleicht mit der Zeit dazu kommen.

Frage: Hatten Sie, als dieses Angebot gemacht wurde, die Hoffnung, daß es tatsächlich verwirklicht werden könnte?

Antwort: Nein. Aber ich denke doch zumindest, daß Kuba - wie auch aus der Rede in der vergangenen Woche hervorgeht, die eine wichtige Rede war - Chruschtschow die Gefahren hat erkennen lassen, die ein Zusammenstoß zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion in einem Gebiet von großer Bedeutung mit sich bringt. Das, meine ich, ist eine sehr heilsame Tatsache. Aber ich glaube nicht, daß wir jetzt einen Gesamtwechsel in der kommunistischen Politik erleben werden.

Frage: Wäre es Ihrer Ansicht nach ein Durchbruch gewesen, falls eine internationale Inspektion Kubas gestattet worden wäre - ein Anfang, ein erster Beginn?

Antwort: Nein, ich glaube nicht, daß dies die Dinge im wesentlichen berührt hätte, da ich nicht annehme, daß wir jene Art von Inspektion erreicht hätten, die wirklich notwendig ist, weil ein totalitäres System die Form der Inspektion, die wirklich wünschenswert ist, nicht akzeptieren kann. Was Sie praktisch sagen, bedeutet, daß Kuba geöffnet wird, daß die Sowjetunion geöffnet wird. Sie werden es nicht tun, weil ein totalitäres System nur unter Geheimhaltung existieren kann.

Frage:

## "AMERIKA DIENST"

Frage: Haben die Inspektionen, die anderswo in der Welt stattgefunden haben, beispielsweise in Nordkorea, Ihnen irgendeine Hoffnung gegeben, daß dies als System funktionieren wird?

Antwort: Nein. Ich glaube, die Kamera wird tatsächlich unser bester Inspektor sein.

Frage: Herr Präsident, sehen Sie in der Art, wie die Kuba-Krise beendet oder doch praktisch beendet wurde, in der Art, wie sie zumindest vom Höhepunkt der Fieberkurve herunterkam, sowie in der Entwicklung anderer weltweiter Probleme irgendwelche Anzeichen, die Sie zu der Annahme führen könnten, daß eine Gipfelkonferenz zu irgendeinem Zeitpunkt in der nahen Zukunft nützlich sein würde?

Antwort: Nein, nicht gerade zu diesem Zeitpunkt. Ich glaube, daß das Treffen in Wien von Nutzen war. Es war nützlich für mich - aber ich glaube nicht, daß wir bis dahin zurückgehen sollten, es sei denn, daß wir den Weg wirklich frei sehen, ein Abkommen über die Atomversuche oder die Abrüstung zu erreichen oder in Europa selbst zu einer gewissen Verständigung zu gelangen. Das ist wirklich unser Wunsch. Wie ich schon sagte, leben wir jetzt in einer Zeit, die zu gefährlich ist, als daß wir Spannungen zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten haben oder solche wünschen sollten. Und daher sollten wir meines Erachtens alles fördern, was ihre Politik, die uns abträglichen Dinge zu unterstützen, mildern kann. Aber solange wir nicht einen gewissen Durchbruch auf irgendeinem Gebiet sehen, halte ich ein Treffen zwischen Herrn Chruschtschow und mir nicht für sehr vorteilhaft, auch wenn wir miteinander in Verbindung standen... und über unsere Beauftragten in New York Verhandlungen führen. Aber ich glaube nicht, daß für uns eine Notwendigkeit besteht, jetzt zusammenzukommen. Ich glaube, daß Chruschtschow wahrscheinlich genauso denkt."

\* \* \* \* \*

KENNEDY UNTERBREITET BOTSCHAFT ÜBER

DIE LAGE DER NATION

(State of the Union Message)

KENNEDY UNTERBREITET BOTSCHAFT ÜBER DIE LAGE DER NATION

Nachstehend übermitteln wir Ihnen den Wortlaut der Botschaft über die Lage der Nation (State of the Union Message), die Präsident John F. Kennedy am 14. Januar 1963 auf einer gemeinsamen Sitzung des US-Kongresses verlesen hat. Er legt darin sein innen- und außenpolitisches Regierungsprogramm für das dritte Jahr seiner Amtszeit dar.

Herr Vizepräsident,  
Herr Sprecher des Repräsentantenhauses,  
Sehr verehrte Mitglieder des 88. Kongresses:

Ich beglückwünsche Sie alle - nicht nur zu Ihrem Wahlsieg, sondern auch zu der bevorzugten Rolle, die Sie in der Geschichte spielen werden. Denn Sie und ich sind privilegiert, der großen Republik in einer Zeit dienen zu dürfen, die sich leicht als das entscheidendste Jahrzehnt ihres Bestehens erweisen kann. Die Entscheidungen, die wir treffen, zum Guten oder zum Bösen, mögen das Wohlergehen der Nation auf Generationen hinaus beeinflussen.

Vor wenig mehr als 100 Wochen habe ich das Amt des Präsidenten übernommen. Als ich den Kongreß und meine Landsleute um ihre Mithilfe ersuchte, versprach ich keine leichten Lösungen. Ich versprach und forderte nur Mühe und Hingabe. Diese haben der Kongreß und das Volk in hohem Maße aufgebracht. Und heute kann ich, nachdem ich in den letzten Monaten Zeuge einer gesteigerten Hochachtung vor unseren nationalen Zielsetzungen und unserer Macht als Nation war, nachdem ich die mutige Ruhe eines einigen Volkes in einer gefährlichen Stunde erlebt und eine ständige Verbesserung der Aufstiegsmöglichkeiten und des Wohlstandes unserer Bürger beobachtet habe, Ihnen berichten, daß die Lage dieser alten, aber jugendlichen Nation im 175. Jahr ihres Bestehens gut ist.

In der Welt jenseits unserer Grenzen sind ständige Fortschritte beim Aufbau einer Welt der Ordnung gemacht worden. Die Bevölkerung von West-Berlin bleibt frei und sicher. In Laos ist eine Lösung, die zwar immer noch prekär ist, erreicht worden. In Südvietnam wurde der Aggression die Spitze genommen. Im Kongo dürfte das Ende der qualvollen Wirren in Sicht sein. Die Troika-Doktrin ist tot. Und wenn die Gefahr auch noch nicht ganz beseitigt ist, wurde dennoch eine tödliche Bedrohung von Kuba abgewendet.

Hier



## "AMERIKA DIENST"

Hier bei uns in den USA liegt die Rezession hinter uns. Heute sind über eine Million mehr Männer und Frauen beschäftigt, als dies vor zwei Jahren der Fall war. Die durchschnittliche Arbeitswoche in den Fabriken beträgt erneut über 40 Stunden. Unsere Industrien produzieren mehr Güter als jemals zuvor, und über die Hälfte der Produktionskapazität, die noch vor hundert Wochen still und ungenutzt dalag, läuft wieder auf vollen Touren.

Um es kurz zu sagen, sowohl hier bei uns als auch im Ausland ist man jetzt vielleicht versucht, sich auszuruhen. Denn der Weg war lang, die Last schwer, und das Tempo immer angespannt.

Aber wir können uns nicht damit zufriedengeben, hier stehen-zubleiben. Dies ist der Anstieg, nicht der Gipfel. Das bloße Fehlen von Krieg bedeutet nicht Frieden. Keine Rezession bedeutet noch nicht Wachstum. Wir haben einen Anfang gemacht - aber wir haben erst begonnen.

Jetzt ist die Zeit gekommen, um unsere Erfolge voll und ganz auszunutzen - um aus der Erneuerung unserer nationalen Stärke heraus die Verwirklichung unserer nationalen Ziele zu erreichen.

Amerika hat sich 22 Monate einer ununterbrochenen wirtschaftlichen Erholung erfreuen können. Aber Erholung ist nicht genug. Wenn wir auf lange Sicht Erfolg haben wollen, dann müssen wir die Stärke unserer Wirtschaft auf lange Sicht ausbauen. Wir müssen den Weg zu einer höheren Wachstumsrate und zur Vollbeschäftigung verfolgen.

Denn dies würde in jedem Jahr ein Mehr von vielen zehn Milliarden Dollar an Produktion, Gewinnen, Löhnen, öffentlichen Einnahmen bedeuten. Dies würde das Ende der hartnäckigen Flaute bedeuten, die die Arbeitslosigkeit in 61 von 62 Monaten auf einer Rate von fünf Prozent oder mehr gehalten hat - und auch ein Ende des wachsenden Druckes in Richtung auf solche restriktiven Maßnahmen wie die 35-Stunden-Woche, die allein unsere Arbeitskosten pro Stunde bis zu 14 Prozent erhöhen, eine neue inflationistische Lohn-Preis-Spirale auslösen und unsere Bemühungen, mit anderen Ländern zu konkurrieren, unterminieren könnte.

Um diese größeren Erfolge zu erreichen, ist vor allem anderen ein Schritt notwendig: die Verwirklichung einer wesentlichen Senkung und Revision der Bundeseinkommensteuer noch in diesem Jahr.

Denn es wird - für alle diejenigen in der Regierung, in der Wirtschaft und in den Gewerkschaften, die die Verantwortung für unseren wirtschaftlichen Erfolg tragen - immer deutlicher, daß unser veraltetes Steuersystem auf die Kaufkraft, die Gewinne und die Beschäftigung hemmend wirkt. Es wurde einst mit dem Ziel geschaffen, der Inflation Einhalt zu gebieten, behindert heute aber statt dessen das Wirtschaftswachstum. Es entmutigt jede zusätzliche Anstrengung und Risikobereitschaft. Es bringt Verwirrung in die Nutzung unserer

## "AMERIKA DIENST"

unserer Hilfsquellen und begünstigt immer wieder neue Rezessionen, verringert die Staatseinnahmen und führt zu chronischen Haushaltsdefiziten.

Heute, da der inflationistische Druck der Kriegs- und Nachkriegszeit nicht mehr länger droht und der Dollar wieder neues Ansehen gewonnen hat und keine militärische Krise unsere Hilfsquellen überfordert - heute ist die Zeit zum Handeln. Wir können es uns nicht leisten, ängstlich und langsam vorzugehen. Denn es handelt sich hier um die vordringlichste Aufgabe, vor die sich der Kongreß im Jahre 1963 gestellt sieht.

Schon bald werde ich in einer Botschaft an den Kongreß eine ständige Senkung der Steuersätze vorschlagen, die die Steuerbelastung um 13,5 Milliarden Dollar verringern wird. Hiervon entfallen 11 Milliarden Dollar auf die Senkung der Einkommensteuersätze, die gegenwärtig zwischen 20 und 91 Prozent liegen, auf einen vernünftigeren Satz von 14 bis 65 Prozent bei gleichzeitiger Teilung der derzeitigen ersten Steuergruppe. 2,5 Milliarden Dollar entfallen auf die Senkung des Körperschaftssteuersatzes von 52 Prozent - der dem Staat gegenwärtig den Hauptanteil am Gewinn zuspricht - auf den vor der Korea-Krise üblichen ständigen Satz von 47 Prozent. Dies geschieht zusätzlich zu der Senkung der Körperschaftsteuerbelastung um über 2 Milliarden Dollar auf Grund der im vergangenen Jahr eingeführten Steuererleichterungen für Investitionen und der erweiterten Abschreibungsmöglichkeiten.

Um diese Steuersenkungen innerhalb der Grenzen eines noch tragbaren Haushaltsdefizits vornehmen zu können, fordere ich: erstens diese Steuersenkungen innerhalb von drei Kalenderjahren stufenweise vorzunehmen, beginnend 1963 mit einer Jahresrate von rund 6 Milliarden Dollar; zweitens diese Steuersenkungen - beginnend 1964 - mit ganz bestimmten Strukturänderungen zu koppeln, die die Steuerbasis verbreitern, ungerechtfertigte oder unnötige Begünstigungen aufheben, gewisse Härten beseitigen oder mildern und im Endeffekt rund 3,5 Milliarden der entgangenen Steuern wettmachen werden; und drittens die Haushaltseinnahmen von vornherein - ohne irgendwelche Änderung der Steuerbelastung - um jährlich 1,5 Milliarden Dollar über eine allmähliche Vorverlegung der Steuertermine der großen Kapitalgesellschaften durch raschere Veranlagung zu erhöhen. Dieses Gesamtprogramm wird durch Steigerung des Volkseinkommens zu gegebener Zeit auch zu höheren Staatseinnahmen führen. Es ist ein von fiskalischer Verantwortung getragenes Programm, der sicherste und vernünftigste Weg, um möglichst bald einen ausgeglichenen Haushalt bei einer ausgeglichenen vollbeschäftigten Wirtschaft zu erzielen.

Diese Senkung der Steuerbelastung um Netto 10 Milliarden Dollar wird zu einer Vermehrung der Kaufkraft der amerikanischen Familien und Wirtschaftsunternehmen in jeder Steuergruppe führen, wobei die Verbraucher der unteren Einkommensgruppen am meisten profitieren werden. Außerdem wird sie die Initiative und die Risikobereitschaft fördern, von

## "AMERIKA DIENST"

von denen unser freies Wirtschaftssystem abhängig ist, höhere Investitionen, eine höhere Produktionskapazität und eine bessere Ausnutzung der vorhandenen Kapazität bewirken, mit zur Schaffung der zwei Millionen neuen Arbeitsplätze beitragen, die wir jährlich brauchen, sowie das amerikanische Prinzip der zusätzlichen Belohnung für zusätzliche Anstrengungen stärken. Ich will damit nicht sagen, daß Maßnahmen für eine Senkung der Steuern und eine Steuerreform der einzige Weg sind, um diese Ziele zu erreichen.

- Ohne Zweifel könnte eine massive Erhöhung der öffentlichen Ausgaben ebenfalls Arbeitsplätze und wirtschaftliches Wachstum schaffen - aber in Anbetracht der heutigen Verhältnisse sollte den privaten Verbrauchern, Arbeitgebern und Investoren zuerst eine ausreichende Chance gegeben werden.

- Ohne Zweifel könnte eine vorübergehende Steuersenkung unserer Wirtschaft einen Impuls geben - aber ein langfristiges Problem erfordert eine langfristige Lösung.

- Ohne Zweifel würde auch eine Herabsetzung entweder der Einkommen- oder der Körperschaftssteuer allein schon eine große Hilfe darstellen - aber die Wirtschaftsunternehmen brauchen Kunden und die Arbeitssuchenden Arbeitsplätze.

- Ohne Zweifel würde eine Herabsetzung der Steuern ohne eine Reform vielen einfacher und attraktiver erscheinen - aber unser wirtschaftliches Wachstum wird ebenfalls durch eine Vielzahl von steuerlichen Ungerechtigkeiten und Präferenzen gehemmt, die den Fluß der Investitionsgelder in falsche Bahnen gelenkt haben.

- Und schließlich gibt es ohne Zweifel einige, die eine Herabsetzung der Steuern lieber in der Hoffnung aufschieben würden, daß letztlich ein Ende des kalten Krieges einen entsprechenden Schnitt bei den Ausgaben ermöglichen könnte - aber dieses Ende ist nicht in Sicht, und sich diesem Wunsche hinzugeben wäre kostspielig und widersinnig.

Mit der Vorlage eines Steuerprogramms, das selbstverständlich das Defizit vorübergehend erhöhen wird, es aber letzten Endes ausgleichen kann, und in Anbetracht der Notwendigkeit einer Kontrolle der Ausgaben werde ich in Kürze ein Regierungsbudget für das Haushaltsjahr 1964 vorlegen, das die erforderlichen Erhöhungen für Verteidigung, Raumfahrt und den Zinsendienst berücksichtigt und das die Gesamtausgaben für alle anderen Posten unter dem Niveau für das laufende Jahr hält.

Dies erfordert die Reduzierung oder den Aufschub vieler wünschenswerter Programme - Auffangen eines großen Teils der Gehaltserhöhungen für Bundesbedienstete im vergangenen Jahr durch Personaleinsparungen und andere Sparmaßnahmen, Stilllegung gewisser Einrichtungen und Beendigung gewisser Produkte sowie für mehrere Programme die Aufbringung

## "AMERIKA DIENST"

Aufbringung von Anleihen von privater Seite anstatt durch die öffentliche Hand. Aber ich bin überzeugt, daß die Verabschiedung der Steuersenkung und -reform in diesem Jahr alle anderen innenpolitischen Probleme, die dieser Kongreß zu lösen hat, überschattet. Denn wir können nicht auf die Dauer die Sache des Friedens und der Freiheit anführen, wenn wir nicht im eigenen Lande Vorbild sind.

Eine Steuersenkung allein ist jedoch nicht genug, um unsere Gesellschaft zu stärken, um für die vier Millionen Amerikaner, die in jedem Jahr geboren werden, neue Möglichkeiten zu schaffen und um das Leben der 32 Millionen Amerikaner zu verbessern, die immer noch am Rande der Armut leben.

Die Qualität des amerikanischen Lebens muß Schritt halten mit der Quantität der amerikanischen Güter.

Unser Land kann es sich nicht leisten, einerseits reich und andererseits bitter arm zu sein.

Dadurch, daß wir die Budgetkosten der gegenwärtigen Programme niedrig halten, damit sie in den von mir genannten Grenzen bleiben, ist es sowohl möglich als auch dringend notwendig, weitere neue Maßnahmen zu ergreifen, die aufzuschieben wir uns nicht leisten können.

Diese Maßnahmen sind auf eine Reihe fundamentaler Voraussetzungen gegründet, die unter vier miteinander in Beziehung stehende Sparten fallen:

Erstens müssen wir unsere Nation dadurch stärken, daß wir mehr für unsere Jugend tun:

- Die Zukunft eines jeden Landes, das von dem Willen und der Weisheit seiner Bürger getragen wird, leidet Schaden - und zwar nicht wieder gutzumachenden Schaden - wenn von seinen Kindern nicht alle - von der Grundschule über die höhere Schule - die Erziehung erhalten, die eine volle Entfaltung ihrer Fähigkeiten ermöglicht. Heute beenden schätzungsweise vier von zehn Schülern des fünften Schuljahres nicht einmal die Oberschule - und das ist eine Vergeudung, die wir uns nicht leisten können.

- Ferner ist nicht einzusehen, weshalb eine Million junger Amerikaner nach der Schulzeit keine Arbeit finden, nicht gebraucht werden und oft als Ungelernte auf der Straße bleiben müssen, obwohl ihre Kräfte nutzbringend eingesetzt werden könnten.

- Schließlich läßt der Erfolg unserer Freiwilligen vom Friedenskorps in Übersee - die meisten von ihnen junge Männer und Frauen mit echtem Können und dem Idealismus zur Hilfeleistung für Völker, die solcher Hilfe bedürfen - die Einrichtung eines ähnlichen Korps für den Dienst in unseren eigenen Gemeinwesen als verdienstvoll erscheinen: in

## "AMERIKA DIENST"

in Heilanstalten, in Indianerreservaten, in Altersheimen und Jugendhaftanstalten, in Schulen für Analphabeten oder für geistig Behinderte. So wie der Idealismus unserer Jugend dem Weltfrieden bereits gedient hat, so kann er auch zu Ruhe und Frieden in der Heimat beitragen.

Zweitens müssen wir unsere Nation stärken, indem wir ihre Gesundheit schützen:

- Unsere arbeitenden Männer und Frauen sollten, anstatt Unterstützung von der öffentlichen Wohlfahrt in Anspruch nehmen zu müssen, sobald sie alt und krank sind, jetzt damit beginnen, im Rahmen des Sozialversicherungssystems Vorsorge für Krankheit im Alter zu treffen.

- Außerdem werden alle Wunder medizinischer Forschung nur wenig ins Gewicht fallen, wenn wir den gegenwärtigen Zustand, nämlich den wachsenden Mangel an Ärzten, Zahnärzten und Schwestern und den weitverbreiteten Mangel an Pflegeheimen und modernen städtischen Krankenhauseinrichtungen, nicht beheben können. Nur um zu verhindern, daß der gegenwärtige Prozentsatz an Ärzten und Zahnärzten weiter absinkt, müssen wir die Kapazität unserer medizinischen Hochschulen in den nächsten zehn Jahren um 50 Prozent, die unserer zahnärztlichen Hochschulen um 100 Prozent erhöhen.

- Schließlich - und ich sage dies aus tiefer Besorgnis - bin ich der Überzeugung, daß das Ausgeliefertsein der Geisteskranken und der geistig Behinderten an die Gnade und Barmherzigkeit geschlossener Anstalten nur zu oft eine unnötige Grausamkeit für diese selbst und ihre Familien bedeutet, die unser Volk nicht dulden dürfte. Geistige Behinderung ist bei uns dreimal häufiger als beispielsweise in Schweden - und diese Zahl kann und muß verringert werden.

Drittens müssen wir unsere Nation durch den Schutz der Grundrechte ihrer Bürger stärken:

- Das Recht auf sachgemäße Beratung muß jedem Angeklagten vor Gericht zustehen, gleichgültig, in welcher wirtschaftlichen Lage er sich befindet.

- Und das kostbarste und gewichtigste Recht auf der Welt, das Recht auf Teilnahme an einer freien amerikanischen Wahl, darf keinem Bürger auf Grund seiner Hautfarbe oder Rasse verweigert werden. Ich wünsche, daß alle politisch mündigen Amerikaner, die wählen dürfen, auch zur Wahl gingen - auf jeden Fall aber sollte in diesem Gedenkjahr für die Emanzipationserklärung vor hundert Jahren allen, die wählen wollen, dies stets auch gestattet sein.

Viertens müssen wir unsere Nation stärken, indem wir unsere natürlichen Hilfsquellen und Einrichtungen auf wirtschaftlichste Weise nutzen:

- Das

## "AMERIKA DIENST"

- Das Wohlergehen unserer Wirtschaft ist von intakten Verkehrsadern abhängig, und ich glaube, daß wir uns durch verstärkten Wettbewerb und den Abbau von Verordnungen eine zeitgemäßere und wirtschaftlichere Art der Dienstleistungen innerhalb des amerikanischen Transportwesens schaffen können. Der örtliche Berufsverkehr, der noch schlechter daran ist, ist eine kommunale Dienstleistung, die ebenso notwendig ist wie Krankenhäuser und Autobahnen. Fast Dreiviertel unserer Bevölkerung lebt in Städten, die nur zwei Prozent der Bodenfläche unseres Landes einnehmen, und wenn der örtliche Verkehr nicht zusammenbrechen soll und unsere verstopften Städte entlastet werden sollen, muß die Bundesregierung ermutigend und helfend einschreiten.

- Ferner muß sich unsere Regierung um die Nahrungsmittel- und Rohstoffbevorratung kümmern, mit einem bedauerlichen Aufwand von über 16 Milliarden Dollar. Wir müssen das Einkommen der Farmer auch weiterhin stützen, wir sollten aber nicht die Bestände an Agrarerzeugnissen in Höhe von 7,5 Milliarden Dollar, die wir bereits besitzen, noch vermehren. Wir müssen einen Vorrat an strategisch wichtigen Rohstoffen halten, doch die Rohstoffe im Werte von 8,5 Milliarden Dollar, die wir aus gutem und schlechtem Grund - bereits aufgekauft haben, sind mehr als ausreichend; und wir sollten ermächtigt werden, überschüssige Bestände so abzustößen, daß der Markt nicht gestört wird.

- und als Letztes, unsere heute bereits überlaufenen Nationalparks und Erholungsgebiete werden in zehn Jahren doppelt soviel Besucher zählen wie jetzt. Wenn wir nicht heute schon auf die künftige Mehrung dieser und anderer großer Schätze unserer Natur - nicht nur der Parks und Waldungen, sondern auch der Wild- und Naturschutzgebiete, der Wasserbauprojekte aller Art - bedacht sind, dann werden unsere Kinder und Kindeskinde im wahrsten Sinne des Wortes einmal ärmer sein. Dem Kongreß werden in Kürze Vorschläge unterbreitet werden, um diesen großen Aufgaben gerecht zu werden.

Das sind nicht allein innenpolitische Angelegenheiten. Denn von der größeren Dynamik und Stärke im eigenen Lande hängen unser Schicksal und unsere Zukunft in der Welt ab - unsere Fähigkeit, die Sicherheit freier Menschen und Staaten aufrechtzuerhalten und zu gewährleisten - unsere Fähigkeit, ihre Respektierung unserer Führungsrolle zu erlangen - unsere Fähigkeit, unseren Handel auszuweiten, ohne unsere Zahlungsbilanz zu gefährden - unsere Fähigkeit, uns den wechselnden Anforderungen des Wettbewerbs und der Herausforderung des kalten Krieges anzupassen.

Wir werden mehr nach dem beurteilt werden, was wir im eigenen Hause vollbringen, als nach dem, was wir im Ausland predigen. Nichts von dem, was wir für die Entwicklungsländer tun könnten, würde diesen auch nur halb soviel helfen wie eine blühende Wirtschaft in den USA, die die Rohstoffe aus diesen Ländern verbraucht; und nichts könnte den Ehrgeiz unserer Gegner auch nur halb so stark anstacheln wie eine chronisch kränkelnde Wirtschaft in den USA. Diese innenpolitischen Aufgaben würden die Kraftreserven unserer Sicherheit nicht anzapfen - sie sind das eigentliche Fundament für den Fortbestand und den Erfolg der Freiheit.

Wenden

## "AMERIKA DIENST"

Wenden wir uns jetzt der Welt draußen zu. Noch vor wenigen Jahren suchte der Kommunismus in Südostasien, in Afrika, in Osteuropa, in Lateinamerika, ja sogar im Weltraum das Bild eines einheitlichen, auf sich vertrauenden und sich ausweitenden Imperiums zu vermitteln, das ein träges Amerika und eine sich in Unordnung befindliche freie Welt immer mehr einengte. Aber heute würden wohl nur wenige Menschen an ein solches Bild glauben.

In den vergangenen Monaten haben wir erneut die wissenschaftliche und militärische Überlegenheit der Freiheit bekräftigt. Wir haben unsere Weltraumbemühungen verdoppelt, um sicherzustellen, daß wir in Zukunft die ersten sind. Wir haben die weitestreichenden Verteidigungsverbesserungen getroffen, die unser Land jemals in Friedenszeiten unternommen hat. Und wir haben die Grenzen der Freiheit von Vietnam bis nach West-Berlin aufrechterhalten.

Aber Beschaulichkeit oder Selbstgefälligkeit können unsere Sicherheit genauso gefährden wie die Waffen unserer Gegner. Eine kurze Atempause ist noch nicht mit Frieden gleichzusetzen. Gefährvolle Probleme bestehen weiterhin von Kuba bis zum Südchinesischen Meer. Die Aussichten der Welt verheißen, kurz gesagt, nicht ein Jahr der Erholung, sondern ein Jahr der Verpflichtungen und der Möglichkeiten.

Vier besondere große Möglichkeiten zeichnen sich hier ab: die Atlantische Allianz, die Entwicklungsländer, die neuen chinesisch-sowjetischen Schwierigkeiten und das Bemühen um einen weltweiten Frieden.

Wie steht es erstens um die große Allianz? Das freie Europa tritt in eine neue Phase seiner langen und glanzvollen Geschichte ein. Die Ära der kolonialen Expansion ist vorüber, die Ära der nationalen Rivalitäten schwindet, und eine neue Ära der Interdependenz und der Einheit gewinnt Gestalt. Den alten Marx'schen Prophezeiungen zum Trotz haben sich die freien Nationen Europas bereitgefunden, zu tun, was kein Eroberer erzwingen konnte; eine einheitliche Zielsetzung und Macht und Politik in jedem Aufgabenbereich herzustellen.

Seit siebzehn Jahren haben wir diese Entwicklung sowohl politisch als auch wirtschaftlich konsequent unterstützt. Weit davon entfernt, an dem neuen Europa Anstoß zu nehmen, betrachten wir es als willkommenen Partner, nicht als Rivalen. Denn der Weg zum Frieden und zur Freiheit der Welt ist noch sehr lang, und es gibt Lasten, die nur vollgültige Partner zu teilen vermögen - in der Vorsorge für die gemeinsame Verteidigung, in der Ausweitung des Welt Handels, in der Ausglei chung unserer Zahlungsbilanz, in der Unterstützung der mündig werdenden Nationen, in der Abstimmung politischer und wirtschaftlicher Direktiven und in der Einbeziehung anderer Industriestaaten in unsere gemeinsamen Anstrengungen, namentlich Japans, dessen bemerkenswerte wirtschaftliche und politische Entwicklung in den fünfziger Jahren ihm jetzt gestattet, in der Welt politik eine gewichtige konstruktive Rolle zu übernehmen.

## "AMERIKA DIENST"

Zweifellos wird man auch weiterhin den Meinungsverschiedenheiten mehr Aufmerksamkeit widmen als den Vereinbarungen über künftiges Handeln, während Europa den Übergang von der Unabhängigkeit zu einer präziser formulierten Interdependenz vollzieht. Doch sind diese ehrliche Differenzen zwischen redlichen Bundesgenossen - und sie treten tatsächlich konkreter und häufiger unter unseren westeuropäischen Verbündeten auf als zwischen ihnen und den Vereinigten Staaten. Denn die freiheitliche Einigkeit hat noch nie auf der Uniformität der Ansichten beruht. Aber nach wie vor herrscht innerhalb dieses Bündnisses prinzipielle Übereinstimmung in den Grundsatzfragen.

Die erste Aufgabe des Bündnisses bleibt die gemeinsame Verteidigung. Im letzten Monat legten Premierminister Macmillan und ich Pläne für einen neuen Abschnitt unserer langjährigen gemeinschaftlichen Bemühungen fest, wobei es darum geht, bei der umfassenderen Aufgabe des Aufbaus einer gemeinsamen Kernwaffenverteidigung für die gesamte Allianz Hilfestellung zu leisten.

In der Vereinbarung von Nassau wird anerkannt, daß die Sicherheit des Westens unteilbar ist und daß wir dementsprechend unsere Verteidigung einrichten müssen. Aber sie stellt auch fest, daß unser Bündnis ein Bündnis stolzer und souveräner Nationen ist, das am besten funktioniert, wenn wir dies nicht vergessen. Sie stellt ferner fest, daß die Kernwaffenverteidigung des Westens keine Angelegenheit ist, für die nur die gegenwärtigen Atomkräfte allein zuständig sind, daß Frankreich demnächst eine solche Macht sein wird und daß wir - ohne die Risiken der Kernwiffenausbreitung zu vergrößern - Wege finden müssen, um die Mitwirkung unserer anderen Partner bei der Planung, Bemannung und Leitung einer wirklich multilateralen Kernwaffenstreitmacht innerhalb eines sich immer enger gestaltenden NATO-Bündnisses zu verstärken. Schließlich stellt das Übereinkommen von Nassau fest, daß die Kernwaffenverteidigung nicht ausreicht, daß die vereinbarten NATO-Ziele für die konventionellen Streitkräfte verwirklicht werden müssen und daß die NATO-Bündnispartner es nicht darauf ankommen lassen dürfen, in eine Lage zu geraten, in der sie jede Drohung nur noch mit Kernwaffen oder aber überhaupt nicht beantworten könnten.

Wir stehen den Entscheidungen von Nassau noch zu nahe und sind von ihrer endgültigen Verwirklichung noch zu weit entfernt, um sagen zu können, welchen Platz sie in der Geschichte einnehmen werden. Ich glaube jedoch, daß die nukleare Verteidigung zum ersten Mal angefangen hat zu einer Quelle des Vertrauens statt zu einem Streitobjekt zu werden.

Das nächste dringende Anliegen der Allianz sind unsere gemeinsamen wirtschaftlichen Ziele auf dem Gebiet des Handels und der Expansion. Die amerikanische Nation ist weiterhin um das Defizit in ihrer Handelsbilanz besorgt, das zwar kleiner geworden ist, aber trotzdem ein hartnäckiges und unangenehmes Problem bleibt. Wir sind darüber hinaus überzeugt, daß engere wirtschaftliche Beziehungen



## "AMERIKA DIENST"

Beziehungen zwischen allen freien Nationen für Prosperität und Frieden entscheidend wichtig sind. Weder wir noch die Mitglieder des Gemeinsamen Marktes sind so reich, daß wir es uns auf die Dauer leisten könnten, landwirtschaftliche Betriebe oder Fabriken vor dem frischen Wind der ausländischen Konkurrenz abzuschirmen oder die Handelsbeziehungen mit anderen Nationen der freien Welt einzuschränken. Wenn sich der Gemeinsame Markt jetzt auf Protektionismus und Restriktionen verlegen sollte, würde er seine eigenen Grundprinzipien untergraben. Die amerikanische Regierung will die ihr vom Kongreß im vergangenen Jahr übertragene Vollmacht dazu benutzen, um die Ausweitung des Handels auf beiden Seiten des Atlantik und auf der ganzen Welt zu ermutigen.

Wie steht es nun zweitens mit den Entwicklungsländern und bündnisfreien Nationen? Sie waren, so glaube ich, über den plötzlichen und geheimen Versuch der Sowjets, Kuba zu einer nuklearen Aggressionsbasis zu machen, und über die anmaßende Invasion Chinas in Indien überaus bestürzt. Sie sind durch unsere sofortige Hilfe für Indien, durch unsere über die Vereinten Nationen geleistete Unterstützung für die Wiedervereinigung des Kongo, durch unser geduldiges Bemühen um die Abrüstung und durch unsere bessere Behandlung von Bürgern und Besuchern, deren Hautfarbe zufällig nicht weiß ist, beruhigt. Und in dem Maße, in dem der alte Kolonialismus schwindet und der Neokolonialismus der kommunistischen Mächte krasser denn je in Erscheinung tritt, erkennen sie immer klarer, daß es in der Auseinandersetzung der Welt nicht um die Frage Kommunismus gegen Kapitalismus geht, sondern um die Frage Zwang gegen Entscheidungsfreiheit.

Sie erkennen, daß die Sehnsucht nach Unabhängigkeit in der ganzen Welt die gleiche ist, ob es sich nun um die Unabhängigkeit von West-Berlin oder von Vietnam handelt. Sie erkennen, daß eine solche Unabhängigkeit allen kommunistischen Ambitionen zuwiderläuft, aber in Übereinstimmung mit den unsrigen steht, und daß unsere Haltung gegenüber ihren Nöten beweglich und einfallreich ist, während die Kommunisten sich auf alte Doktrinen und Dogmen stützen.

Dennoch ist es für jedes Land schwer, sich auf eine von außen kommende oder subversive Bedrohung seiner Unabhängigkeit einzustellen, wenn seine Energien im täglichen Kampf mit den Kräften der Armut und Verzweiflung aufgezehrt werden. Es ist wenig sinnvoll für uns, in Reden und Resolutionen die Schrecken des Kommunismus anzugreifen, 50 Milliarden Dollar pro Jahr zur Verhinderung seines militärischen Vormarsches aufzuwenden und dann über die Ausgaben - hauptsächlich für amerikanische Erzeugnisse - zu nörgeln, die weniger als ein Zehntel jener Summe ausmachen und die anderen Nationen helfen, ihre Unabhängigkeit zu festigen und das soziale Chaos zu beseitigen, in dem der Kommunismus seit je gedieh.

Ich bin stolz - und ich glaube, auch die meisten Amerikaner sind stolz - auf das gemeinsame Verteidigungs- und Hilfsprogramm, daß mit Unterstützung beider Parteien unter drei verschiedenen Präsidenten

## "AMERIKA DIENST"

Präsidenten ausgebaut wurde und das, mit all seinen bekannten Problemen, wesentlich dazu beigetragen hat, daß nicht ein einziges der fast 50 Mitglieder der Vereinten Nationen, die seit dem Ende des zweiten Weltkrieges ihre Unabhängigkeit gewonnen haben, dem Kommunismus anheimfiel.

Ich bin stolz auf ein Programm, das dazu beigetragen hat, Millionen von Menschen an der Front der Freiheit mit Waffen, Nahrung und Kleidung zu versorgen.

Ich bin besonders stolz darauf, daß dieses Land ein riesiges gemeinsames Vorhaben für die sechziger Jahre in Angriff genommen hat, um wirtschaftliches Wachstum und sozialen Fortschritt im gesamten amerikanischen Raum zu schaffen - die Allianz für den Fortschritt.

Ich unterschätze die Schwierigkeiten nicht, denen wir uns bei dieser gemeinsamen Anstrengung zusammen mit unseren nächsten Nachbarn gegenübersehen. Die freien Nationen dieser Hemisphäre haben jedoch in enger Zusammenarbeit damit begonnen, dieser Allianz Gestalt zu geben. Durch dieses Programm erhält gegenwärtig jedes vierte Kind im schulpflichtigen Alter in Lateinamerika eine Sonderration an Lebensmitteln aus unseren Überschußbeständen, wurden ferner 1,5 Millionen Schulbücher verteilt; und es werden 17 000 Klassenräume erstellt. Es hat dazu beigetragen, Zehntausende von Bauernfamilien auf Grund und Boden anzusiedeln, den sie ihr eigen nennen können. Es hat unsere Nachbarn zu größerer Selbsthilfe und Reformen angeregt - zu fiskalischen, sozialen, institutionellen und Landreformen. Es bringt Millionen, die bisher vergessen waren, Heime, Hoffnung und Gesundheit. Die Männer und Frauen dieser Hemisphäre wissen, daß die Allianz keinen Erfolg haben würde, wenn sie nur eine andere Bezeichnung für Geschenke aus den Vereinigten Staaten wäre - und daß sie nur dann Erfolg haben kann, wenn die lateinamerikanischen Staaten selbst ihre ganze Kraft zur Erfüllung dieser Aufgabe einsetzen.

Das gleiche gilt für Afrika, für den Mittleren Osten und Asien. Wo immer Nationen bereit sind, sich selbst zu helfen, sind wir bereit, sie beim Aufbau neuer Bollwerke der Freiheit zu unterstützen. Wir kaufen keine Stimmen für den kalten Krieg; wir sind den gefährdeten Nationen zu Hilfe geeilt, und zwar den Neutralen genauso wie unseren Verbündeten. Was wir aber verlangen - und es ist alles, was wir verlangen - ist, daß unsere Unterstützung so verwendet wird, daß sie größtmöglichen Nutzen bringt, und daß durch nutzlose Streitigkeiten mit anderen unabhängigen Ländern die eigenen Bemühungen dieser Länder nicht verzettelt werden.

Trotz aller Erfolge in der Vergangenheit dürfen wir uns um des weiteren Fortschrittes des gemeinsamen Hilfsprogramms willen mit dem bisher Erreichten keinesfalls zufriedengeben. Wir haben dieses Programm reorganisiert, um es zu einem wirksameren, schlagkräftigeren Instrument zu machen, und dieser Prozeß wird in diesem Jahr weiter andauern.

Aber

## "AMERIKA DIENST"

Aber im Kampf um die Entwicklung der freien Welt werden wir auch weiterhin bergan schreiten müssen. Regierungshilfe kann die Funktion der Privatinvestition, der Ausweitung des Handels, der Stabilisierung der Rohstoffpreise und vor allem der Eigenbemühungen um die Verbesserung der Verhältnisse nur ergänzen. Der Prozeß des Wachstums geht stufenweise vor sich - und trägt Früchte erst in einem Jahrzehnt und nicht in einem Tag. Unsere Erfolge werden weder über Nacht kommen noch aufsehenerregend sein. Aber wenn diese Programme jemals eingestellt werden sollten, dann würden unsere Fehlschläge in einem Dutzend Länder auf einen Schlag und mit Sicherheit spürbar sein.

In dem Kampf gegen die Armut dürfen jedoch Geld und technische Hilfe nicht unsere einzigen Waffen sein. Letztlich ist die entscheidende Anstrengung eine Sache der Zielsetzung - die nicht nur den Brennstoff des Geldes, sondern die Flamme des Idealismus erfordert. Und niemand trägt den Geist des amerikanischen Idealismus wirksamer in die entfernten Winkel der Erde und verleiht unseren Hoffnungen besseren Ausdruck als das Friedenskorps.

Vor einem Jahr arbeiteten im Friedenskorps noch weniger als 900 Freiwillige, Heute in einem Jahr werden es über 9000 Männer und Frauen sein, im Alter zwischen 18 und 79, die bereit sind, zwei Jahre ihres Lebens zu geben, um Menschen in anderen Ländern zu helfen.

Tatsächlich sind es nahezu eine Million Amerikaner, die ihrem Lande und der Sache der Freiheit in Übersee dienen - eine Zahl, die kein anderes Volk aufweisen kann. Ohne Frage sollten diejenigen von uns, die hier in der Heimat bleiben, froh sein, indirekt helfen zu können, indem sie unsere Hilfsprogramme unterstützen, indem sie den fremden Besuchern, Studenten und Diplomaten unsere Türen öffnen und indem sie Tag für Tag sowohl mit Taten als auch mit Worten beweisen, daß wir ein gerechtes und großherziges Volk sind.

Drittens, was können wir uns von den wachsenden Belastungen und Spannungen innerhalb des kommunistischen Blockes erhoffen? Hier muß Hoffnung mit Vorsicht verbunden werden. Denn bei den sowjetisch-chinesischen Meinungsverschiedenheiten geht es um die Mittel, nicht um die Ziele. Ein Disput darüber, wie die freie Welt begraben werden kann, ist kein Anlaß, über den der Westen sich freuen kann.

Wenn ein Druck auch noch keinen Bruch bedeutet, so ist es dennoch klar, daß die verschiedensten Kräfte innerhalb des kommunistischen Lagers am Werke sind, und zwar trotz aller eisernen Disziplin der Reglementierung und trotz aller eisernen ideologischen Dogmen. Marx ist erneut des Irrtums überführt worden, denn es sind die geschlossenen kommunistischen Gesellschaften und nicht die freien und offenen Gesellschaften, die den Keim der inneren Auflösung in sich tragen.

Die

## "AMERIKA DIENST"

Die Unordnung innerhalb des kommunistischen Imperiums wurde noch durch zwei weitere gewaltige Kräfte vergrößert. Eine ist die historische Kraft des Nationalismus und der Sehnsucht aller Menschen nach Freiheit. Die andere ist die offenkundige Erfolglosigkeit der kommunistischen Volkswirtschaften. Denn eine geschlossene Gesellschaft steht den Fortschrittsideen nicht aufgeschlossen gegenüber. Und auch ein Polizeistaat wird herausfinden, daß er das Wachsen des Getreides nicht befehlen kann.

Neue Nationen, die aufgefordert werden, zwischen den beiden konkurrierenden Systemen zu wählen, brauchen nur die Verhältnisse in Ost- und Westdeutschland, in Ost- und Westeuropa, in Nord- und Südvietnam zu vergleichen. Sie brauchen nur die Enttäuschung des kommunistischen Kuba den Verheißungen der Allianz für den Fortschritt für die westliche Hemisphäre gegenüberzustellen. Und alle Welt weiß, daß kein erfolgreiches System eine Mauer errichtet, um seine Bevölkerung ein- und die Freiheit auszusperrern, und daß die Mauer, die Berlin teilt, ein Symbol des kommunistischen Versagens ist.

Und als Letztes: Was können wir tun, um aus der gegenwärtigen Atempause heraus zu einem dauerhaften Frieden zu gelangen? Ich möchte wiederum zur Vorsicht mahnen. Ich sehe keine augenfällige Änderung der Methoden und Ziele der Kommunisten voraus. Wenn aber alle diese Tendenzen und Entwicklungen die Sowjetunion dazu bewegen können, den Pfad des Friedens zu wandeln, dann wollen wir ihr zu verstehen geben, daß alle freien Völker sie begleiten werden. Bis sie sich aber zu dieser Wahl entschließt und bis die Welt ein verlässliches System der internationalen Sicherheit entwickeln kann, haben die freien Völker keine andere Wahl, als ihre Waffen griffbereit zu halten.

Unser Land wird deshalb auch weiterhin die beste Verteidigung der Welt nötig haben - eine Verteidigung, die den sechziger Jahren angemessen ist. Das bedeutet bedauerlicherweise einen steigenden Verteidigungshaushalt, denn es gibt keinen Ersatz für eine ausreichende Verteidigung; und zu Discountladepreisen ist sie nicht zu haben. Es bedeutet die Aufwendung von über 15 Milliarden Dollar in diesem Jahr. allein für unsere Kernwaffenrüstung - eine Summe, die etwa ebenso groß ist wie die Verteidigungshaushalte unserer europäischen Alliierten zusammen.

Aber es bedeutet auch eine verbesserte Luft- und Raketenverteidigung, eine verbesserte zivile Verteidigung, den Ausbau der Einheiten zur Partisanenbekämpfung und, was von höchster Wichtigkeit ist, die Schaffung schlagkräftigerer und elastischerer nicht-nuklearer Streitkräfte. Denn Drohungen mit massiven Vergeltungsmaßnahmen mögen vor kleineren Aggressionen nicht abschrecken - und eine Sperrkette von Zerstörern in Quarantäne oder eine Division gutausgerüsteter Soldaten an einer Grenze können unserer wirklichen Sicherheit nützlicher sein als eine Anhäufung furchterregender Waffen über jede denkbare Notwendigkeit hinaus.

Unsere

## "AMERIKA DIENST"

Unsere Verpflichtung gegenüber der nationalen Sicherheit ist jedoch keine Verpflichtung, den Ausbau unserer militärischen Einrichtungen ins Unendliche fortzusetzen. Wir tun die Abrüstung nicht als einen schönen Traum ab. Denn wir sind davon überzeugt, daß dies letztlich der einzige Weg ist, die Sicherheit aller ohne Gefährdung der Interessen des einzelnen zu gewährleisten. Auch verwechseln wir ehrenhafte Verhandlungen nicht mit Beschwichtigung. So wie wir in der Verteidigung der Freiheit niemals müde werden, so werden wir auch niemals das Streben nach Frieden aufgeben.

In diesem Bemühen bedürfen die Vereinten Nationen unserer vollen und fortdauernden Unterstützung. Wie wertvoll sie im Dienst der Sache des Friedens sind, zeigte sich erneut in ihrer Rolle bei der Regelung in Westneuguinea, ihrer Inanspruchnahme als Forum zur Beilegung der Kuba-Krise und in ihrer Aufgabe bei der Vereinigung des Kongo. Heute sind die Vereinten Nationen in erster Linie Beschützer der Kleinen und Schwachen und ein Sicherheitsventil für die Starken. Morgen können sie den Rahmen für eine Welt des Rechts bilden - eine Welt, in der keine Nation über das Geschick einer anderen bestimmt und in der die riesigen Hilfsquellen, die jetzt für Zwecke der Zerstörung genutzt werden, konstruktiven Zielen dienen.

Mit einem Wort, unsere Gegner mögen also wählen. Entscheiden sie sich für den friedlichen Wettbewerb, so sollen sie ihn haben. Falls sie sich darüber klar werden, daß ihre ehrgeizigen Pläne nicht zu verwirklichen sind - wenn sie erkennen, daß ihre 'Befreiungskriege' und ihre Wühlarbeit letzten Endes scheitern - wenn sie erkennen, daß die Akzeptierung einer Inspektion mehr Sicherheit gewährleistet, als wenn noch mehr Nationen die Möglichkeit gegeben wird, sich in der schwarzen Kunst der Kernwaffen und des Atomkrieges zu üben - und wenn sie, so wie wir, tatsächlich willens sind, ihre Energien den großen unvollendeten Aufgaben der eigenen Völker zuzuwenden - dann kann die Übereinstimmung ganz gewiß sehr weite Gebiete umfassen: eine klare Einigung im Falle Berlin, Stabilität in Südostasien, Beendigung der Kernwaffenversuche, neue Sicherungen gegen Überraschungsangriffe oder Angriffe auf Grund eines Irrtums, und endlich auch eine allgemeine und vollständige Abrüstung.

Denn wir wollen nicht den weltweiten Sieg eines Landes oder Systems, sondern den weltweiten Sieg des Menschen. Die moderne Welt ist zu klein, ihre Waffen sind zu zerstörerisch - sie vermehren sich zu rasch - und das Übel ist zu groß, als daß irgendeine andere Form des Sieges in Frage käme.

Die Vereinigten Staaten werden, um dieses Ziel zu erreichen, auch weiterhin einen größeren Teil ihres Bruttosozialprodukts als jedes andere Volk der freien Welt aufwenden. Fünfzehn Jahre lang hat keine andere freie Nation sich so viel abverlangt. Durch heiße und kalte Kriege, durch Rezession und Wohlstand, durch das Atom- und Weltraumzeitalter hindurch hat das amerikanische Volk weder gezögert, noch ist es jemals in seinem Glauben ermattet. Wenn es zuzeiten scheint, als ob unsere Handlungen dazu angetan seien, das Leben anderer zu erschweren, so nur, weil die Geschichte das Leben für uns alle schwer gemacht hat.

Schwere

## "AMERIKA DIENST"

Schwere Tage müssen aber nicht unbedingt dunkle Tage sein. Ich glaube, wir leben - was die Sache des Friedens und der Freiheit angeht - in einer stolzen und denkwürdigen Zeit. Wir sind beispielsweise stolz auf Major Rudolf Anderson, der sein Leben über der Insel Kuba gelassen hat. Wir neigen uns vor dem Spezialisten James Allen Johnson, der an der Grenze von Südkorea sein Leben gab. Wir gedenken in Ehrfurcht Sergeant Gerald Pendells, der in Vietnam gefallen ist. Sie gehören zu den vielen, die in diesem Jahrhundert fern der Heimat für unser Land gestorben sind. Unsere Aufgabe und die Aufgabe aller Amerikaner ist es nunmehr, uns ihres Opfers würdig zu erweisen.

Meine Freunde, Ich schließe mit einem Wort der Hoffnung. Wir lassen uns durch die augenblickliche Windstille oder den etwas helleren Himmel über uns nicht einschläfern. Wir wissen um das, was darunter brodelte, um die Stürme, die in diesem Jahr hinter dem Horizont auf uns warten. Aber die Winde, die einen Wandel bewirken, scheinen nunmehr stärker zu wehen als je zuvor - in der kommunistischen Welt ebenso wie in unserer eigenen. Seit 175 Jahren segeln wir mit diesen Winden im Rücken und getragen von der Strömung der menschlichen Freiheit. Wir steuern unser Schiff, erfüllt von Hoffnung, wie Thomas Jefferson sagte, 'die Furcht hinter uns lassend'.

Auch heute heißen wir diese Winde willkommen - und wir haben allen Grund zu der Annahme, daß die uns tragende Strömung stark ist. Wir danken dem allmächtigen Gott, daß er uns durch eine gefährliche Enge geleitet hat, und erbitten abermals seine Hilfe in unserem Bemühen, das 'gute Schiff Union' zu steuern."

\* \* \* \* \*

Wi./XV-4

## KENNEDY LEGT NEUEN HAUSHALT VOR

Zusammenfassung der wichtigsten Punkte des Budgets 1963/64

WASHINGTON - (AD) - Präsident Kennedy hat dem amerikanischen Kongreß am 17. Januar 1963 den neuen Haushalt für das am 1. Juli beginnende Finanzjahr 1964 vorgelegt, der mit Einnahmen in Höhe von 86,9 Mrd. Dollar und Ausgaben von 98,8 Mrd. Dollar ein Defizit von 11,9 Mrd. Dollar aufweist.

In seiner Botschaft an den Kongreß, die auf 1182 Seiten eine detaillierte Aufschlüsselung der einzelnen Regierungsprogramme im Finanzjahr 1964 (1963/64) gibt, unterstreicht Kennedy, daß die von ihm vorgeschlagene Haushalts- und Finanzpolitik "den dringendsten Erfordernissen unseres Volkes Rechnung tragen, die wirksame Durchführung der Regierungsaufgaben fördern und die Wachstumsrate unserer Wirtschaft hemmenden Bremsen beseitigen helfen wird. Wir haben nicht zwischen einem Defizit und einem Haushaltsüberschuß zu wählen, sondern vielmehr zwischen zwei Arten von Defiziten: einem chronischen Defizit der Trägheit auf Grund eines unzureichenden wirtschaftlichen Wachstums und einem temporären Defizit auf Grund eines Steuer- und Ausgabenprogramms, das unsere nationale Sicherheit gewährleisten, die Wirtschaftstätigkeit beleben, die Steuereinnahmen steigern und künftige Haushaltsüberschüsse schaffen soll. Die erste Art von Defizit ist ein Zeichen der Vergeudung und der Schwäche, die zweite stellt eine Investition in die Zukunft dar. Es ist von größter Wichtigkeit für die kommenden Jahre, daß wir jetzt mutig handeln, wenn wir für eine ständig steigende Zahl von Arbeitsfähigen mehr Arbeitsplätze sicherstellen, wenn wir einen höheren Lebensstandard erreichen und wenn wir weiterhin die von uns innerhalb der Gemeinschaft der freien Welt geforderte führende Rolle ausüben sollen. Ich bin fest davon überzeugt, daß das in diesem Haushalt niedergelegte Programm eine richtige Anwendung der fiskalischen Mittel zur Verwirklichung dieser wichtigen Ziele verkörpert".

### Beträchtliche ungenutzte Kapazitäten

Kennedy betont, daß sich das wirtschaftliche Klima in den beiden letzten Jahren wesentlich gebessert habe und daß eine weitere bedeutende Besserung möglich sei. In den beiden vergangenen Jahren habe die Bereitstellung von Gütern und Dienstleistungen um 9 Prozent zugenommen; die Lohn- und Gehaltszahlungen seien um 10 Prozent und

## "AMERIKA DIENST" - WIRTSCHAFT UND ARBEIT

und die Gesellschaftsgewinne um 18 Prozent gestiegen; und es seien über eine Million neue Arbeitsplätze in der Wirtschaft geschaffen worden. Dabei sei jedoch das Preisniveau in den USA mit am stabilsten gewesen, und das Zahlungsbilanzdefizit habe beträchtlich abgebaut werden können.

Damit, so unterstreicht Kennedy, dürften sich die USA jedoch nicht zufriedengeben. Im vergangenen Jahr sei die wirtschaftliche Entwicklung hinter den Erwartungen zurückgeblieben, und die Kluft zwischen den tatsächlichen und den potentiellen Leistungen der Wirtschaft, die sich 1957 zu öffnen begann, sei bisher noch nicht geschlossen worden. Die ungenutzten Produktionskapazitäten seien zu groß, die Arbeitslosigkeit sei zu hoch, und die Wachstumsrate bleibe hinter den Möglichkeiten zurück. Die in den vergangenen zwei Jahren erzielten Fortschritte dürften nicht die Tatsache verschleiern, daß die amerikanische Wirtschaft mehr Arbeitsplätze bereitstellen und mehr Güter erzeugen könne, als dies gegenwärtig der Fall sei.

Seit mehr als fünf Jahren, so führt der Präsident aus, habe die Gesamtnachfrage nach Gütern und Dienstleistungen von seiten der Verbraucher und der Unternehmen nicht mehr zur vollen Ausnutzung der in der Wirtschaft vorhandenen Kapazitäten ausgereicht. Ein wesentlicher Grund hierfür sei in den hohen Steuern und Abgaben - bei Bund, Einzelstaaten und Kommunen - zu sehen, die gegenwärtig insgesamt über 150 Mrd. Dollar im Jahr ausmachen. Wenn die Wirtschaft wieder auf Hochtouren laufen solle, dann müsse die die Verbraucher- ausgaben und die Unternehmerinitiative hemmende Wirkung der Steuern beseitigt werden. Aus diesem Grunde enthalte der neue Haushalt als wichtigen Bestandteil ein Steuersenkungs- und Reformprogramm, das die Wirtschaftstätigkeit beleben und Vollbeschäftigung sowie eine höhere Wachstumsrate bei stabilen Preisen bringen solle. Wenn auch die durch eine Senkung der Steuern bewirkte Wirtschaftsexpansion später zu höheren Haushaltseinnahmen führen werde, so sei die unmittelbare Auswirkung zunächst jedoch ein Einnahmeausfall. Aus diesem Grunde seien in dem neuen Haushalt auch die Ausgaben stark eingeschränkt worden.

### Höhere Aufwendungen für Verteidigung und Weltraumprogramme

Für die Verteidigung und die Weltraumprogramme, so betont Kennedy, "wo eine falsche Sparsamkeit die nationalen Interessen, ja selbst das Fortbestehen der USA als Nation ernstlich gefährden könnte", seien die Ausgabenansätze erhöht worden. Desgleichen seien auch die Aufwendungen zur Bedienung der Staatsschuld gestiegen. Dagegen sei der Gesamtbetrag der Ausgaben für alle übrigen Programme mit 29,4 Mrd. Dollar um 300 Millionen Dollar niedriger als in diesem (Finanz-)Jahr, wobei Erhöhungen bei einzelnen Programmen durch Kürzungen bei anderen ausgeglichen werden.

Der Präsident weist darauf hin, daß bei der Vorlage des neuen Finanzplanes der Regierung für das Haushaltsjahr 1964 mehr Nachdruck



## "AMERIKA DIENST" - WIRTSCHAFT UND ARBEIT

Nachdruck auf die Darlegung eines Gesamtzahlungsplanes gelegt worden ist, der nicht nur die tatsächlichen Einnahmen und Ausgaben des Bundeshaushalts, sondern auch die Einnahmen und Ausgaben der Treuhandfonds und anderweitiger Programme ausweist.

### Gesamtzahlungsplan

Finanzjahr	1962	1963	1964
	in Milliarden Dollar		
	Tatsächlich	geschätzt	
Gesamteinnahmen einschließlich Treuhandfonds (Trust Funds)	101,9	108,5	112,2
Gesamtausgaben einschließlich Treuhandfonds (Trust Funds)	107,7	116,8	122,5
Defizit einschließlich Treuhandfonds (Trust Funds)	5,8	8,3	10,3
Haushaltseinnahmen	81,4	85,5	86,9
Haushaltsausgaben	87,8	94,3	98,8
Haushaltsdefizit	6,4	8,8	11,9

### Keine Inflationsgefahr

Kennedy betont, daß niemand auf Grund des Defizits im neuen Haushalt Furcht vor einer inflationistischen Entwicklung oder Besorgnisse hinsichtlich der Zahlungsbilanz zu haben brauche. Das Programm für eine stetige Wirtschaftsexpansion und steigende Produktivität stehe durchaus im Einklang mit der Aufrechterhaltung einer relativen Preisstabilität, wie sie bereits in den letzten Jahren bestanden habe. Dies sei von besonderer Wichtigkeit für den Außenhandel. Eine nachhaltige Wirtschaftsexpansion werde sich günstig auf die Inlandsinvestitionen sowie die Produktivität der Industrie auswirken und zusammen mit den Maßnahmen zum Ausgleich der Zahlungsbilanz zu einer Stärkung des Dollars beitragen, was von den Freunden der USA im Ausland in immer stärkerem Maße erkannt werde.

### Steuersenkungen und strukturelle Änderungen

Das neue Steuerprogramm, so führt Kennedy aus, bringe eine beträchtliche ständige Senkung der Einkommen- und Körperschaftssteuersätze sowie verschiedene wichtige strukturelle Änderungen, um die wirtschaftliche Expansion zu fördern, die Gleichheit in der Besteuerung zu verbessern und die Steuergesetze sowie die Verwaltung zu vereinfachen. Ein Teil der Steuersenkungen solle bereits dieses Jahr wirksam werden,

## "AMERIKA DIENST" - WIRTSCHAFT UND ARBEIT

werden, während eine weitere Senkung der Steuersätze sowie die strukturellen Änderungen für 1964 und 1965 vorgesehen seien. Das gesamte Programm, das er dem Kongreß in Kürze unterbreiten werde, stelle eine Einheit und einen wichtigen Schritt in den Bemühungen zur Stärkung und Verbesserung des Steuersystems dar. Unter Zugrundelegung der Einkommen in diesem Jahr dürfte das Steuerprogramm insgesamt für den Steuerzahler eine Entlastung von Netto 10 Mrd. Dollar bringen. Da diese Steuersenkung jedoch zu einer Beschleunigung der Wirtschaftsexpansion und damit zu höheren Einkommen und Unternehmergewinnen führen werde, werde innerhalb weniger Jahre ein erhöhter Fluß an Steuereinnahmen einsetzen.

### Haushaltsansätze berücksichtigen Auswirkungen der Steuersenkung

Bei dem Ansatz für die Haushaltseinnahmen, so erklärt Kennedy, sei von der Voraussetzung ausgegangen worden, daß das Bruttosozialprodukt 1963 auf 578 Mrd. Dollar ansteigen werde, wobei diese Zahl einen Mittelwert mit möglichen Abweichungen von 5 Mrd. Dollar nach beiden Seiten darstelle. Dabei seien auch die wirtschaftlichen Auswirkungen des vorgeschlagenen Steuerprogramms berücksichtigt worden. Die in diesem Jahr vorgesehenen Steuersenkungen würden insgesamt einen Einnahmeausfall im neuen Haushaltsjahr von 5,3 Mrd. Dollar bringen, der jedoch, da die zu erwartende Wirtschaftsexpansion eine Einnahmensteigerung bewirken werde, zum Teil wieder ausgeglichen werde, so daß sich aus dem neuen Steuerprogramm lediglich eine Minderung des Steueraufkommens um netto 2,7 Mrd. Dollar ergeben dürfte. Trotz dieses Steuer ausfalls könne jedoch auf Grund des zu erwartenden höheren Bruttosozialprodukts sogar mit einer Zunahme der Einnahmen um 1,4 Mrd. Dollar im Finanzjahr 1964 gerechnet werden.

### Ausgaben stellen ein Minimum dar

Die von ihm vorgeschlagenen Ausgaben, so unterstreicht der Präsident, stellen ein Minimum dar, das zur Erfüllung der dringend notwendigen Aufgaben einer vielseitigen und expandierenden Gesellschaft in einer Zeit des kalten Krieges unbedingt notwendig sei.

Ausgaben

"AMERIKA DIENST" - WIRTSCHAFT UND ARBEIT

AUSGABEN (Zusammenfassung)

Finanzjahr	1962	1963	1964
Haushaltsausgaben	in Milliarden Dollar tatsächlich . geschätzt		
Nationale Verteidigung	51,1	53,0	55,4
Weltraumforschung und Technik	1,3	2,4	4,2
Zinsendienst	9,2	9,8	10,1
Zwischensumme	61,6	65,2	69,7
Übrige Programme:			
Internationale Angelegenheiten	2,8	2,9	2,7
Landwirtschaft	5,9	6,7	5,7
Bodenschätze	2,1	2,4	2,5
Handel und Transportwesen	2,8	3,3	3,4
Wohnungsbau und Städteentwicklung	0,3	0,5	0,3
Gesundheits- und Sozialprogramme	4,5	4,9	5,6
Erziehungswesen	1,1	1,4	1,5
Kriegsveteranen	5,4	5,5	5,5
Allgemeine Regierungsausgaben	1,9	2,0	2,2
Zwischensumme	26,8	29,6	29,4
Sonstiges	-	0,1	0,4
abzüglich Posten der Rechnungs- angleichung	0,6	0,6	0,7
Haushaltsausgaben-Gesamtsumme:	87,8	94,3	98,8
Treuhandfonds:			
Gesundheits- und Sozialprogramme	20,4	21,8	22,8
Handel und Transportwesen	2,7	2,9	3,2
Wohnungsbau und Städteentwicklung	1,5	0,5	1,0
Kriegsveteranen	0,7	0,9	0,6
Andere	0,4	1,7	1,3
Abzüglich Posten der Rechnungs- angleichung	0,5	0,5	0,5
Gesamtsumme Treuhandfonds:	25,2	27,3	28,4
Abzüglich interministerielle Transaktionen	5,3	4,8	4,7
Gesamtsumme:	107,7	116,8	122,5

## "AMERIKA DIENST" - WIRTSCHAFT UND ARBEIT

### Wohin der Haushalts-Dollar rollt

Von jedem Dollar, den der amerikanische Steuerzahler aufgebracht hat, sind in dem neuen US-Haushalt 55 Cent für die nationale Verteidigung, 4,2 Cent für die Weltraumprogramme, 10,1 Cent für den Schuldendienst, 5,6 Cent für die Landwirtschaft, 5,5 Cent für Gesundheits- und Sozialprogramme, 5,4 Cent für Kriegsveteranen-Programme und 14,2 Cent für alle übrigen Regierungsaufgaben zusammen bestimmt. Die zur Bestreitung der Haushaltsausgaben erforderlichen Mittel werden zu 47 Prozent durch die Einkommensteuer, zu 24 Prozent durch die Körperschaftssteuer, zu 12 Prozent durch die Verbrauchssteuern, zu 10 Prozent über den Kapitalmarkt und zu 7 Prozent durch andere Einnahmequellen aufgebracht.

### Verteidigung nicht zu Discount-Preisen

Für die nationale Verteidigung fordert Präsident Kennedy 55,4 Mrd. Dollar an. Dieser Betrag liegt um 10 Mrd. Dollar über dem Ausgabenniveau des Jahres 1960 und um 2,4 Mrd. Dollar höher als im laufenden Haushaltsjahr. In der Botschaft wird in diesem Zusammenhang auf die Gefahren hingewiesen, denen sich die freie Welt heute gegenüber sieht, und betont, daß es für die Verteidigung keine Discount-Preise gebe.

Wörtlich erklärt der amerikanische Präsident zum Thema internationale Verteidigung:

"Für die Verteidigung gibt es keine Discount-Preise. Die freie Welt muß jederzeit darauf vorbereitet sein, den Gefahren eines globalen Atomkrieges, einem begrenzten konventionellen Konflikt und der heimlichen Guerilla-Tätigkeit entgegenzutreten.

Das Budget des Jahres 1964 führt die Politik der Regierung fort, die zum Schutz gegen jede dieser Gefahren benötigten flexiblen und ausgewogenen Streitkräfte aufzustellen und zu stärken und sie zu den niedrigstmöglichen Kosten auszurüsten und aufrechtzuerhalten. Die gesamten Ausgaben für die nationale Verteidigung werden für das kommende Jahr auf 56 Mrd. Dollar veranschlagt, wovon 55,4 Milliarden Dollar auf den Ordentlichen Haushalt entfallen. Dieser Betrag liegt um rund 10 Mrd. Dollar über dem Ausgabenniveau des Jahres 1960 und hat zusammen mit der Erweiterung des Weltraumprogramms in erster Linie die Ausweitung des Haushalts seit dem Amtsantritt meiner Regierung bewirkt.

Die im Budget für 1964 enthaltenen Vorschläge für die nationale Verteidigung legen - wie in den letzten Jahren - auch weiterhin den Nachdruck auf:

eine starke strategische Vergeltungsmacht, die einen Überraschungsangriff überstehen und in kontrollierter und flexibler Weise wirksam gegen den Aggressor zurückschlagen kann. Eine weitere Anzahl von im Inland stationierten Minuteman-Raketen wird bereitgestellt und in sicheren und über das Land verteilten Anlagen untergebracht. Sechs

## "AMERIKA DIENST" - WIRTSCHAFT UND ARBEIT

Sechs weitere Polaris-U-Boote werden zur Verfügung stehen, und die Arbeiten an den verbesserten Ausführungen der Minuteman- und der Polaris-Raketen werden fortgesetzt;

verbesserte Luft- und Raketen-Verteidigungstreitkräfte. Unser Verteidigungssystem für die Bomberabwehr und unser ballistisches Raketen-Warnsystem werden verstärkt. Große Anstrengungen werden weiterhin auf die Entwicklung einer Verteidigung gegen Raketen verwendet werden, wozu auch die weitere Erprobung der Nike-Zeus-Raketenabwehrrakete sowie die Anfangsentwicklung der moderneren Nike-X-Boden-Luft-Rakete gehören;

schlagkräftigere und beweglichere konventionelle Erd-, See- und Luftstreitkräfte, um den Bereich einer nicht-nuklearen Reaktion auf einen Angriff zu erweitern. Die Bereitstellung konventioneller Waffen, Ausrüstungen, Munition, Hubschrauber sowie taktischer Jagd- und Aufklärungsflugzeuge der Luftstreitkräfte für eine wirksamere Unterstützung der Erdkampfeinheiten wird beschleunigt werden. Die Haushaltsansätze sehen 16 einsatzbereite Armeedivisionen, 3 Divisionen und Luftgeschwader des Marinekorps, eine weitere Modernisierung der Flotte sowie zusätzliche 15 000 Mann für die Armee zur Erprobung der Konzeption einer Luftangriffsdivision und andere neue Lufteinheiten vor;

ein Strahlenschutz-Programm der Zivilverteidigung, mit dessen Hilfe die Chancen, daß ein großer Teil unserer Bevölkerung einen eventuellen Atomangriff überleben würde, verbessert werden;

verstärkte Einheiten zur Abwehr der Subversion, um unseren Verbündeten zu helfen, mit kommunistischer Unterwanderung und insgeheim betriebener bewaffneter Aggression innerhalb ihrer Landesgrenzen fertig zu werden."

### 3,75 Milliarden Dollar für die Auslandshilfe

In dem Abschnitt der Botschaft, in dem Präsident Kennedy die internationalen Programme und ihre Finanzierung behandelt, wird auf die Entschlossenheit der USA hingewiesen, die Sicherheit der freien Welt weiterhin zu fördern und zu stärken - nicht nur durch die Verpflichtungen, die die USA zur Verteidigung der Freiheit eingegangen seien, sondern auch durch die Zusicherung, zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der weniger bevorzugten unabhängigen Völker beizutragen. "Der Angriff des kommunistischen China auf Indien sowie der anhaltende Kampf Vietnams gegen eine massive, von außen unterstützte bewaffnete Subversion sind die jüngsten Beispiele für die Notwendigkeit und Bedeutung unserer Unterstützung", heißt es in der Botschaft wörtlich. "Das ständig zunehmende Tempo der Modernisierung sowie die wachsenden Bemühungen um Reformen und Selbsthilfe in zahlreichen Nationen verdienen unsere Unterstützung und Förderung."

Die

## "AMERIKA DIENST"

Wenden wir uns jetzt der Welt draußen zu. Noch vor wenigen Jahren suchte der Kommunismus in Südostasien, in Afrika, in Osteuropa, in Lateinamerika, ja sogar im Weltraum das Bild eines einheitlichen, auf sich vertrauenden und sich ausweitenden Imperiums zu vermitteln, das ein träges Amerika und eine sich in Unordnung befindliche freie Welt immer mehr einengte. Aber heute würden wohl nur wenige Menschen an ein solches Bild glauben.

In den vergangenen Monaten haben wir erneut die wissenschaftliche und militärische Überlegenheit der Freiheit bekräftigt. Wir haben unsere Weltraumbemühungen verdoppelt, um sicherzustellen, daß wir in Zukunft die ersten sind. Wir haben die weitestreichenden Verteidigungsverbesserungen getroffen, die unser Land jemals in Friedenszeiten unternommen hat. Und wir haben die Grenzen der Freiheit von Vietnam bis nach West-Berlin aufrechterhalten.

Aber Beschaulichkeit oder Selbstgefälligkeit können unsere Sicherheit genauso gefährden wie die Waffen unserer Gegner. Eine kurze Atempause ist noch nicht mit Frieden gleichzusetzen. Gefährvolle Probleme bestehen weiterhin von Kuba bis zum Südchinesischen Meer. Die Aussichten der Welt verheißen, kurz gesagt, nicht ein Jahr der Erholung, sondern ein Jahr der Verpflichtungen und der Möglichkeiten.

Vier besondere große Möglichkeiten zeichnen sich hier ab: die Atlantische Allianz, die Entwicklungsländer, die neuen chinesisch-sowjetischen Schwierigkeiten und das Bemühen um einen weltweiten Frieden.

Wie steht es erstens um die große Allianz? Das freie Europa tritt in eine neue Phase seiner langen und glanzvollen Geschichte ein. Die Ära der kolonialen Expansion ist vorüber, die Ära der nationalen Rivalitäten schwindet, und eine neue Ära der Interdependenz und der Einheit gewinnt Gestalt. Den alten Marx'schen Prophezeiungen zum Trotz haben sich die freien Nationen Europas bereitgefunden, zu tun, was kein Eroberer erzwingen konnte: eine einheitliche Zielsetzung und Macht und Politik in jedem Aufgabenbereich herzustellen.

Seit siebzehn Jahren haben wir diese Entwicklung sowohl politisch als auch wirtschaftlich konsequent unterstützt. Weit davon entfernt, an dem neuen Europa Anstoß zu nehmen, betrachten wir es als willkommenen Partner, nicht als Rivalen. Denn der Weg zum Frieden und zur Freiheit der Welt ist noch sehr lang, und es gibt Lasten, die nur vollgültige Partner zu teilen vermögen - in der Vorsorge für die gemeinsame Verteidigung, in der Ausweitung des Welt Handels, in der Ausglei chung unserer Zahlungsbilanz, in der Unterstützung der mündig werdenden Nationen, in der Abstimmung politischer und wirtschaftlicher Direktiven und in der Einbeziehung anderer Industriestaaten in unsere gemeinsamen Anstrengungen, namentlich Japans, dessen bemerkenswerte wirtschaftliche und politische Entwicklung in den fünfziger Jahren ihm jetzt gestattet, in der Welt politik eine gewichtige konstruktive Rolle zu übernehmen.

## "AMERIKA DIENST"

Zweifellos wird man auch weiterhin den Meinungsverschiedenheiten mehr Aufmerksamkeit widmen als den Vereinbarungen über künftiges Handeln, während Europa den Übergang von der Unabhängigkeit zu einer präziser formulierten Interdependenz vollzieht. Doch sind diese ehrliche Differenzen zwischen redlichen Bundesgenossen - und sie treten tatsächlich konkreter und häufiger unter unseren westeuropäischen Verbündeten auf als zwischen ihnen und den Vereinigten Staaten. Denn die freiheitliche Einigkeit hat noch nie auf der Uniformität der Ansichten beruht. Aber nach wie vor herrscht innerhalb dieses Bündnisses prinzipielle Übereinstimmung in den Grundsatzfragen.

Die erste Aufgabe des Bündnisses bleibt die gemeinsame Verteidigung. Im letzten Monat legten Premierminister Macmillan und ich Pläne für einen neuen Abschnitt unserer langjährigen gemeinschaftlichen Bemühungen fest, wobei es darum geht, bei der umfassenderen Aufgabe des Aufbaus einer gemeinsamen Kernwaffenverteidigung für die gesamte Allianz Hilfestellung zu leisten.

In der Vereinbarung von Nassau wird anerkannt, daß die Sicherheit des Westens unteilbar ist und daß wir dementsprechend unsere Verteidigung einrichten müssen. Aber sie stellt auch fest, daß unser Bündnis ein Bündnis stolzer und souveräner Nationen ist, das am besten funktioniert, wenn wir dies nicht vergessen. Sie stellt ferner fest, daß die Kernwaffenverteidigung des Westens keine Angelegenheit ist, für die nur die gegenwärtigen Atomkräfte allein zuständig sind, daß Frankreich demnächst eine solche Macht sein wird und daß wir - ohne die Risiken der Kernwaffenausbreitung zu vergrößern - Wege finden müssen, um die Mitwirkung unserer anderen Partner bei der Planung, Bemanning und Leitung einer wirklich multilateralen Kernwaffenstreitmacht innerhalb eines sich immer enger gestaltenden NATO-Bündnisses zu verstärken. Schließlich stellt das Übereinkommen von Nassau fest, daß die Kernwaffenverteidigung nicht ausreicht, daß die vereinbarten NATO-Ziele für die konventionellen Streitkräfte verwirklicht werden müssen und daß die NATO-Bündnispartner es nicht darauf ankommen lassen dürfen, in eine Lage zu geraten, in der sie jede Drohung nur noch mit Kernwaffen oder aber überhaupt nicht beantworten könnten.

Wir stehen den Entscheidungen von Nassau noch zu nahe und sind von ihrer endgültigen Verwirklichung noch zu weit entfernt, um sagen zu können, welchen Platz sie in der Geschichte einnehmen werden. Ich glaube jedoch, daß die nukleare Verteidigung zum ersten Mal angefangen hat zu einer Quelle des Vertrauens statt zu einem Streitobjekt zu werden.

Das nächste dringende Anliegen der Allianz sind unsere gemeinsamen wirtschaftlichen Ziele auf dem Gebiet des Handels und der Expansion. Die amerikanische Nation ist weiterhin um das Defizit in ihrer Handelsbilanz besorgt, das zwar kleiner geworden ist, aber trotzdem ein hartnäckiges und unangenehmes Problem bleibt. Wir sind darüber hinaus überzeugt, daß engere wirtschaftliche Beziehungen

## "AMERIKA DIENST"

Beziehungen zwischen allen freien Nationen für Prosperität und Frieden entscheidend wichtig sind. Weder wir noch die Mitglieder des Gemeinsamen Marktes sind so reich, daß wir es uns auf die Dauer leisten könnten, landwirtschaftliche Betriebe oder Fabriken vor dem frischen Wind der ausländischen Konkurrenz abzuschirmen oder die Handelsbeziehungen mit anderen Nationen der freien Welt einzuschränken. Wenn sich der Gemeinsame Markt jetzt auf Protektionismus und Restriktionen verlegen sollte, würde er seine eigenen Grundprinzipien untergraben. Die amerikanische Regierung will die ihr vom Kongreß im vergangenen Jahr übertragene Vollmacht dazu benutzen, um die Ausweitung des Handels auf beiden Seiten des Atlantik und auf der ganzen Welt zu ermutigen.

Wie steht es nun zweitens mit den Entwicklungsländern und bündnisfreien Nationen? Sie waren, so glaube ich, über den plötzlichen und geheimen Versuch der Sowjets, Kuba zu einer nuklearen Aggressionsbasis zu machen, und über die anmaßende Invasion Chinas in Indien überaus bestürzt. Sie sind durch unsere sofortige Hilfe für Indien, durch unsere über die Vereinten Nationen geleistete Unterstützung für die Wiedervereinigung des Kongo, durch unser geduldiges Bemühen um die Abrüstung und durch unsere bessere Behandlung von Bürgern und Besuchern, deren Hautfarbe zufällig nicht weiß ist, beruhigt. Und in dem Maße, in dem der alte Kolonialismus schwindet und der Neokolonialismus der kommunistischen Mächte krasser denn je in Erscheinung tritt, erkennen sie immer klarer, daß es in der Auseinandersetzung der Welt nicht um die Frage Kommunismus gegen Kapitalismus geht, sondern um die Frage Zwang gegen Entscheidungsfreiheit.

Sie erkennen, daß die Sehnsucht nach Unabhängigkeit in der ganzen Welt die gleiche ist, ob es sich nun um die Unabhängigkeit von West-Berlin oder von Vietnam handelt. Sie erkennen, daß eine solche Unabhängigkeit allen kommunistischen Ambitionen zuwiderläuft, aber in Übereinstimmung mit den unsrigen steht, und daß unsere Haltung gegenüber ihren Nöten beweglich und einfallreich ist, während die Kommunisten sich auf alte Doktrinen und Dogmen stützen.

Dennoch ist es für jedes Land schwer, sich auf eine von außen kommende oder subversive Bedrohung seiner Unabhängigkeit einzustellen, wenn seine Energien im täglichen Kampf mit den Kräften der Armut und Verzweiflung aufgezehrt werden. Es ist wenig sinnvoll für uns, in Reden und Resolutionen die Schrecken des Kommunismus anzugreifen, 50 Milliarden Dollar pro Jahr zur Verhinderung seines militärischen Vormarsches aufzuwenden und dann über die Ausgaben - hauptsächlich für amerikanische Erzeugnisse - zu nörgeln, die weniger als ein Zehntel jener Summe ausmachen und die anderen Nationen helfen, ihre Unabhängigkeit zu festigen und das soziale Chaos zu beseitigen, in dem der Kommunismus seit je gedieh.

Ich bin stolz - und ich glaube, auch die meisten Amerikaner sind stolz - auf das gemeinsame Verteidigungs- und Hilfsprogramm, daß mit Unterstützung beider Parteien unter drei verschiedenen Präsidenten



## "AMERIKA DIENST"

Präsidenten ausgebaut wurde und das, mit all seinen bekannten Problemen, wesentlich dazu beigetragen hat, daß nicht ein einziges der fast 50 Mitglieder der Vereinten Nationen, die seit dem Ende des zweiten Weltkrieges ihre Unabhängigkeit gewonnen haben, dem Kommunismus anheimfiel.

Ich bin stolz auf ein Programm, das dazu beigetragen hat, Millionen von Menschen an der Front der Freiheit mit Waffen, Nahrung und Kleidung zu versorgen.

Ich bin besonders stolz darauf, daß dieses Land ein riesiges gemeinsames Vorhaben für die sechziger Jahre in Angriff genommen hat, um wirtschaftliches Wachstum und sozialen Fortschritt im gesamten amerikanischen Raum zu schaffen - die Allianz für den Fortschritt.

Ich unterschätze die Schwierigkeiten nicht, denen wir uns bei dieser gemeinsamen Anstrengung zusammen mit unseren nächsten Nachbarn gegenübersehen. Die freien Nationen dieser Hemisphäre haben jedoch in enger Zusammenarbeit damit begonnen, dieser Allianz Gestalt zu geben. Durch dieses Programm erhält gegenwärtig jedes vierte Kind im schulpflichtigen Alter in Lateinamerika eine Sonderration an Lebensmitteln aus unseren Überschußbeständen, wurden ferner 1,5 Millionen Schulbücher verteilt; und es werden 17 000 Klassenräume erstellt. Es hat dazu beigetragen, Zehntausende von Bauernfamilien auf Grund und Boden anzusiedeln, den sie ihr eigen nennen können. Es hat unsere Nachbarn zu größerer Selbsthilfe und Reformen angeregt - zu fiskalischen, sozialen, institutionellen und Landreformen. Es bringt Millionen, die bisher vergessen waren, Heime, Hoffnung und Gesundheit. Die Männer und Frauen dieser Hemisphäre wissen, daß die Allianz keinen Erfolg haben würde, wenn sie nur eine andere Bezeichnung für Geschenke aus den Vereinigten Staaten wäre - und daß sie nur dann Erfolg haben kann, wenn die lateinamerikanischen Staaten selbst ihre ganze Kraft zur Erfüllung dieser Aufgabe einsetzen.

Das gleiche gilt für Afrika, für den Mittleren Osten und Asien. Wo immer Nationen bereit sind, sich selbst zu helfen, sind wir bereit, sie beim Aufbau neuer Bollwerke der Freiheit zu unterstützen. Wir kaufen keine Stimmen für den kalten Krieg; wir sind den gefährdeten Nationen zu Hilfe geeilt, und zwar den Neutralen genauso wie unseren Verbündeten. Was wir aber verlangen - und es ist alles, was wir verlangen - ist, daß unsere Unterstützung so verwendet wird, daß sie größtmöglichen Nutzen bringt, und daß durch nutzlose Streitigkeiten mit anderen unabhängigen Ländern die eigenen Bemühungen dieser Länder nicht verzerrt werden.

Trotz aller Erfolge in der Vergangenheit dürfen wir uns um des weiteren Fortschrittes des gemeinsamen Hilfsprogramms willen mit dem bisher Erreichten keinesfalls zufriedengeben. Wir haben dieses Programm reorganisiert, um es zu einem wirksameren, schlagkräftigeren Instrument zu machen, und dieser Prozeß wird in diesem Jahr weiter andauern.

Aber

## "AMERIKA DIENST"

Aber im Kampf um die Entwicklung der freien Welt werden wir auch weiterhin bergan schreiten müssen. Regierungshilfe kann die Funktion der Privatinvestition, der Ausweitung des Handels, der Stabilisierung der Rohstoffpreise und vor allem der Eigenbemühungen um die Verbesserung der Verhältnisse nur ergänzen. Der Prozeß des Wachstums geht stufenweise vor sich - und trägt Früchte erst in einem Jahrzehnt und nicht in einem Tag. Unsere Erfolge werden weder über Nacht kommen noch aufsehenerregend sein. Aber wenn diese Programme jemals eingestellt werden sollten, dann würden unsere Fehlschläge in einem Dutzend Länder auf einen Schlag und mit Sicherheit spürbar sein.

In dem Kampf gegen die Armut dürfen jedoch Geld und technische Hilfe nicht unsere einzigen Waffen sein. Letztlich ist die entscheidende Anstrengung eine Sache der Zielsetzung - die nicht nur den Brennstoff des Geldes, sondern die Flamme des Idealismus erfordert. Und niemand trägt den Geist des amerikanischen Idealismus wirksamer in die entfernten Winkel der Erde und verleiht unseren Hoffnungen besseren Ausdruck als das Friedenskorps.

Vor einem Jahr arbeiteten im Friedenskorps noch weniger als 900 Freiwillige, Heute in einem Jahr werden es über 9000 Männer und Frauen sein, im Alter zwischen 18 und 79, die bereit sind, zwei Jahre ihres Lebens zu geben, um Menschen in anderen Ländern zu helfen.

Tatsächlich sind es nahezu eine Million Amerikaner, die ihrem Lande und der Sache der Freiheit in Übersee dienen - eine Zahl, die kein anderes Volk aufweisen kann. Ohne Frage sollten diejenigen von uns, die hier in der Heimat bleiben, froh sein, indirekt helfen zu können, indem sie unsere Hilfsprogramme unterstützen, indem sie den fremden Besuchern, Studenten und Diplomaten unsere Türen öffnen und indem sie Tag für Tag sowohl mit Taten als auch mit Worten beweisen, daß wir ein gerechtes und großherziges Volk sind.

Drittens, was können wir uns von den wachsenden Belastungen und Spannungen innerhalb des kommunistischen Blockes erhoffen? Hier muß Hoffnung mit Vorsicht verbunden werden. Denn bei den sowjetisch-chinesischen Meinungsverschiedenheiten geht es um die Mittel, nicht um die Ziele. Ein Disput darüber, wie die freie Welt begraben werden kann, ist kein Anlaß, über den der Westen sich freuen kann.

Wenn ein Druck auch noch keinen Bruch bedeutet, so ist es dennoch klar, daß die verschiedensten Kräfte innerhalb des kommunistischen Lagers am Werke sind, und zwar trotz aller eisernen Disziplin der Reglementierung und trotz aller eisernen ideologischen Dogmen. Marx ist erneut des Irrtums überführt worden, denn es sind die geschlossenen kommunistischen Gesellschaften und nicht die freien und offenen Gesellschaften, die den Keim der inneren Auflösung in sich tragen.

Die

## "AMERIKA DIENST"

Die Unordnung innerhalb des kommunistischen Imperiums wurde noch durch zwei weitere gewaltige Kräfte vergrößert. Eine ist die historische Kraft des Nationalismus und der Sehnsucht aller Menschen nach Freiheit. Die andere ist die offenkundige Erfolglosigkeit der kommunistischen Volkswirtschaften. Denn eine geschlossene Gesellschaft steht den Fortschrittsideen nicht aufgeschlossen gegenüber. Und auch ein Polizeistaat wird herausfinden, daß er das Wachsen des Getreides nicht befehlen kann.

Neue Nationen, die aufgefordert werden, zwischen den beiden konkurrierenden Systemen zu wählen, brauchen nur die Verhältnisse in Ost- und Westdeutschland, in Ost- und Westeuropa, in Nord- und Südvietnam zu vergleichen. Sie brauchen nur die Enttäuschung des kommunistischen Kuba den Verheißungen der Allianz für den Fortschritt für die westliche Hemisphäre gegenüberzustellen. Und alle Welt weiß, daß kein erfolgreiches System eine Mauer errichtet, um seine Bevölkerung ein- und die Freiheit auszusperrern, und daß die Mauer, die Berlin teilt, ein Symbol des kommunistischen Versagens ist.

Und als Letztes: Was können wir tun, um aus der gegenwärtigen Atempause heraus zu einem dauerhaften Frieden zu gelangen? Ich möchte wiederum zur Vorsicht mahnen. Ich sehe keine augenfällige Änderung der Methoden und Ziele der Kommunisten voraus. Wenn aber alle diese Tendenzen und Entwicklungen die Sowjetunion dazu bewegen können, den Pfad des Friedens zu wandeln, dann wollen wir ihr zu verstehen geben, daß alle freien Völker sie begleiten werden. Bis sie sich aber zu dieser Wahl entschließt und bis die Welt ein verlässliches System der internationalen Sicherheit entwickeln kann, haben die freien Völker keine andere Wahl, als ihre Waffen griffbereit zu halten.

Unser Land wird deshalb auch weiterhin die beste Verteidigung der Welt nötig haben - eine Verteidigung, die den sechziger Jahren angemessen ist. Das bedeutet bedauerlicherweise einen steigenden Verteidigungshaushalt, denn es gibt keinen Ersatz für eine ausreichende Verteidigung; und zu Discountladenpreisen ist sie nicht zu haben. Es bedeutet die Aufwendung von über 15 Milliarden Dollar in diesem Jahr. allein für unsere Kernwaffenrüstung - eine Summe, die etwa ebenso groß ist wie die Verteidigungshaushalte unserer europäischen Alliierten zusammen.

Aber es bedeutet auch eine verbesserte Luft- und Raketenverteidigung, eine verbesserte zivile Verteidigung, den Ausbau der Einheiten zur Partisanenbekämpfung und, was von höchster Wichtigkeit ist, die Schaffung schlagkräftigerer und elastischerer nicht-nuklearer Streitkräfte. Denn Drohungen mit massiven Vergeltungsmaßnahmen mögen vor kleineren Aggressionen nicht abschrecken - und eine Sperrkette von Zerstörern in Quarantäne oder eine Division gutausgerüsteter Soldaten an einer Grenze können unserer wirklichen Sicherheit nützlicher sein als eine Anhäufung furchterregender Waffen über jede denkbare Notwendigkeit hinaus.

Unsere

## "AMERIKA DIENST"

Unsere Verpflichtung gegenüber der nationalen Sicherheit ist jedoch keine Verpflichtung, den Ausbau unserer militärischen Einrichtungen ins Unendliche fortzusetzen. Wir tun die Abrüstung nicht als einen schönen Traum ab. Denn wir sind davon überzeugt, daß dies letztlich der einzige Weg ist, die Sicherheit aller ohne Gefährdung der Interessen des einzelnen zu gewährleisten. Auch verwechseln wir ehrenhafte Verhandlungen nicht mit Beschwichtigung. So wie wir in der Verteidigung der Freiheit niemals müde werden, so werden wir auch niemals das Streben nach Frieden aufgeben.

In diesem Bemühen bedürfen die Vereinten Nationen unserer vollen und fortdauernden Unterstützung. Wie wertvoll sie im Dienst der Sache des Friedens sind, zeigte sich erneut in ihrer Rolle bei der Regelung in Westneuguinea, ihrer Inanspruchnahme als Forum zur Beilegung der Kuba-Krise und in ihrer Aufgabe bei der Vereinigung des Kongo. Heute sind die Vereinten Nationen in erster Linie Beschützer der Kleinen und Schwachen und ein Sicherheitsventil für die Starken. Morgen können sie den Rahmen für eine Welt des Rechts bilden - eine Welt, in der keine Nation über das Geschick einer anderen bestimmt und in der die riesigen Hilfsquellen, die jetzt für Zwecke der Zerstörung genutzt werden, konstruktiven Zielen dienen.

Mit einem Wort, unsere Gegner mögen also wählen. Entscheiden sie sich für den friedlichen Wettbewerb, so sollen sie ihn haben. Falls sie sich darüber klar werden, daß ihre ehrgeizigen Pläne nicht zu verwirklichen sind - wenn sie erkennen, daß ihre 'Befreiungskriege' und ihre Wühlarbeit letzten Endes scheitern - wenn sie erkennen, daß die Akzeptierung einer Inspektion mehr Sicherheit gewährleistet, als wenn noch mehr Nationen die Möglichkeit gegeben wird, sich in der schwarzen Kunst der Kernwaffen und des Atomkrieges zu üben - und wenn sie, so wie wir, tatsächlich willens sind, ihre Energien den großen unvollendeten Aufgaben der eigenen Völker zuzuwenden - dann kann die Übereinstimmung ganz gewiß sehr weite Gebiete umfassen: eine klare Einigung im Falle Berlin, Stabilität in Südostasien, Beendigung der Kernwaffenversuche, neue Sicherungen gegen Überraschungsangriffe oder Angriffe auf Grund eines Irrtums, und endlich auch eine allgemeine und vollständige Abrüstung.

Denn wir wollen nicht den weltweiten Sieg eines Landes oder Systems, sondern den weltweiten Sieg des Menschen. Die moderne Welt ist zu klein, ihre Waffen sind zu zerstörerisch - sie vermehren sich zu rasch - und das Übel ist zu groß, als daß irgendeine andere Form des Sieges in Frage käme.

Die Vereinigten Staaten werden, um dieses Ziel zu erreichen, auch weiterhin einen größeren Teil ihres Bruttosozialprodukts als jedes andere Volk der freien Welt aufwenden. Fünfzehn Jahre lang hat keine andere freie Nation sich so viel abverlangt. Durch heiße und kalte Kriege, durch Rezession und Wohlstand, durch das Atom- und Weltraumzeitalter hindurch hat das amerikanische Volk weder gezögert, noch ist es jemals in seinem Glauben ermattet. Wenn es zuzeiten scheint, als ob unsere Handlungen dazu angetan seien, das Leben anderer zu erschweren, so nur, weil die Geschichte das Leben für uns alle schwer gemacht hat.

Schwere

## "AMERIKA DIENST"

Schwere Tage müssen aber nicht unbedingt dunkle Tage sein. Ich glaube, wir leben - was die Sache des Friedens und der Freiheit angeht - in einer stolzen und denkwürdigen Zeit. Wir sind beispielsweise stolz auf Major Rudolf Anderson, der sein Leben über der Insel Kuba gelassen hat. Wir neigen uns vor dem Spezialisten James Allen Johnson, der an der Grenze von Südkorea sein Leben gab. Wir gedenken in Ehrfurcht Sergeant Gerald Pendells, der in Vietnam gefallen ist. Sie gehören zu den vielen, die in diesem Jahrhundert fern der Heimat für unser Land gestorben sind. Unsere Aufgabe und die Aufgabe aller Amerikaner ist es nunmehr, uns ihres Opfers würdig zu erweisen.

Meine Freunde, Ich schließe mit einem Wort der Hoffnung. Wir lassen uns durch die augenblickliche Windstille oder den etwas helleren Himmel über uns nicht einschläfern. Wir wissen um das, was darunter brodelt, um die Stürme, die in diesem Jahr hinter dem Horizont auf uns warten. Aber die Winde, die einen Wandel bewirken, scheinen nunmehr stärker zu wehen als je zuvor - in der kommunistischen Welt ebenso wie in unserer eigenen. Seit 175 Jahren segeln wir mit diesen Winden im Rücken und getragen von der Strömung der menschlichen Freiheit. Wir steuern unser Schiff, erfüllt von Hoffnung, wie Thomas Jefferson sagte, 'die Furcht hinter uns lassend'.

Auch heute heißen wir diese Winde willkommen - und wir haben allen Grund zu der Annahme, daß die uns tragende Strömung stark ist. Wir danken dem allmächtigen Gott, daß er uns durch eine gefährliche Enge geleitet hat, und erbitten abermals seine Hilfe in unserem Bemühen, das 'gute Schiff Union' zu steuern."

\* \* \* \* \*

Wi./XV-4

## KENNEDY LEGT NEUEN HAUSHALT VOR

Zusammenfassung der wichtigsten Punkte des Budgets 1963/64

WASHINGTON - (AD) - Präsident Kennedy hat dem amerikanischen Kongreß am 17. Januar 1963 den neuen Haushalt für das am 1. Juli beginnende Finanzjahr 1964 vorgelegt, der mit Einnahmen in Höhe von 86,9 Mrd. Dollar und Ausgaben von 98,8 Mrd. Dollar ein Defizit von 11,9 Mrd. Dollar aufweist.

In seiner Botschaft an den Kongreß, die auf 1182 Seiten eine detaillierte Aufschlüsselung der einzelnen Regierungsprogramme im Finanzjahr 1964 (1963/64) gibt, unterstreicht Kennedy, daß die von ihm vorgeschlagene Haushalts- und Finanzpolitik "den dringendsten Erfordernissen unseres Volkes Rechnung tragen, die wirksame Durchführung der Regierungsaufgaben fördern und die Wachstumsrate unserer Wirtschaft hemmenden Bremsen beseitigen helfen wird. Wir haben nicht zwischen einem Defizit und einem Haushaltsüberschuß zu wählen, sondern vielmehr zwischen zwei Arten von Defiziten: einem chronischen Defizit der Trägheit auf Grund eines unzureichenden wirtschaftlichen Wachstums und einem temporären Defizit auf Grund eines Steuer- und Ausgabenprogramms, das unsere nationale Sicherheit gewährleisten, die Wirtschaftstätigkeit beleben, die Steuereinnahmen steigern und künftige Haushaltsüberschüsse schaffen soll. Die erste Art von Defizit ist ein Zeichen der Vergeudung und der Schwäche, die zweite stellt eine Investition in die Zukunft dar. Es ist von größter Wichtigkeit für die kommenden Jahre, daß wir jetzt mutig handeln, wenn wir für eine ständig steigende Zahl von Arbeitsfähigen mehr Arbeitsplätze sicherstellen, wenn wir einen höheren Lebensstandard erreichen und wenn wir weiterhin die von uns innerhalb der Gemeinschaft der freien Welt geforderte führende Rolle ausüben sollen. Ich bin fest davon überzeugt, daß das in diesem Haushalt niedergelegte Programm eine richtige Anwendung der fiskalischen Mittel zur Verwirklichung dieser wichtigen Ziele verkörpert".

### Beträchtliche ungenutzte Kapazitäten

Kennedy betont, daß sich das wirtschaftliche Klima in den beiden letzten Jahren wesentlich gebessert habe und daß eine weitere bedeutende Besserung möglich sei. In den beiden vergangenen Jahren habe die Bereitstellung von Gütern und Dienstleistungen um 9 Prozent zugenommen; die Lohn- und Gehaltszahlungen seien um 10 Prozent und

## "AMERIKA DIENST" - WIRTSCHAFT UND ARBEIT

und die Gesellschaftsgewinne um 18 Prozent gestiegen; und es seien über eine Million neue Arbeitsplätze in der Wirtschaft geschaffen worden. Dabei sei jedoch das Preisniveau in den USA mit am stabilsten gewesen, und das Zahlungsbilanzdefizit habe beträchtlich abgebaut werden können.

Damit, so unterstreicht Kennedy, dürften sich die USA jedoch nicht zufriedengeben. Im vergangenen Jahr sei die wirtschaftliche Entwicklung hinter den Erwartungen zurückgeblieben, und die Kluft zwischen den tatsächlichen und den potentiellen Leistungen der Wirtschaft, die sich 1957 zu öffnen begann, sei bisher noch nicht geschlossen worden. Die ungenutzten Produktionskapazitäten seien zu groß, die Arbeitslosigkeit sei zu hoch, und die Wachstumsrate bleibe hinter den Möglichkeiten zurück. Die in den vergangenen zwei Jahren erzielten Fortschritte dürften nicht die Tatsache verschleiern, daß die amerikanische Wirtschaft mehr Arbeitsplätze bereitstellen und mehr Güter erzeugen könne, als dies gegenwärtig der Fall sei.

Seit mehr als fünf Jahren, so führt der Präsident aus, habe die Gesamtnachfrage nach Gütern und Dienstleistungen von seiten der Verbraucher und der Unternehmen nicht mehr zur vollen Ausnutzung der in der Wirtschaft vorhandenen Kapazitäten ausgereicht. Ein wesentlicher Grund hierfür sei in den hohen Steuern und Abgaben - bei Bund, Einzelstaaten und Kommunen - zu sehen, die gegenwärtig insgesamt über 150 Mrd. Dollar im Jahr ausmachen. Wenn die Wirtschaft wieder auf Hochtouren laufen solle, dann müsse die die Verbraucher- ausgaben und die Unternehmerinitiative hemmende Wirkung der Steuern beseitigt werden. Aus diesem Grunde enthalte der neue Haushalt als wichtigen Bestandteil ein Steuersenkungs- und Reformprogramm, das die Wirtschaftstätigkeit beleben und Vollbeschäftigung sowie eine höhere Wachstumsrate bei stabilen Preisen bringen solle. Wenn auch die durch eine Senkung der Steuern bewirkte Wirtschaftsexpansion später zu höheren Haushaltseinnahmen führen werde, so sei die unmittelbare Auswirkung zunächst jedoch ein Einnahmeausfall. Aus diesem Grunde seien in dem neuen Haushalt auch die Ausgaben stark eingeschränkt worden.

### Höhere Aufwendungen für Verteidigung und Weltraumprogramme

Für die Verteidigung und die Weltraumprogramme, so betont Kennedy, "wo eine falsche Sparsamkeit die nationalen Interessen, ja selbst das Fortbestehen der USA als Nation ernstlich gefährden könnte", seien die Ausgabenansätze erhöht worden. Desgleichen seien auch die Aufwendungen zur Bedienung der Staatsschuld gestiegen. Dagegen sei der Gesamtbetrag der Ausgaben für alle übrigen Programme mit 29,4 Mrd. Dollar um 300 Millionen Dollar niedriger als in diesem (Finanz-)Jahr, wobei Erhöhungen bei einzelnen Programmen durch Kürzungen bei anderen ausgeglichen werden.

Der Präsident weist darauf hin, daß bei der Vorlage des neuen Finanzplanes der Regierung für das Haushaltsjahr 1964 mehr Nachdruck

## "AMERIKA DIENST" - WIRTSCHAFT UND ARBEIT

Nachdruck auf die Darlegung eines Gesamtzahlungsplanes gelegt worden ist, der nicht nur die tatsächlichen Einnahmen und Ausgaben des Bundeshaushalts, sondern auch die Einnahmen und Ausgaben der Treuhandfonds und anderweitiger Programme ausweist.

### Gesamtzahlungsplan

Finanzjahr	1962	1963	1964
	in Milliarden Dollar		
	Tatsächlich	geschätzt	
Gesamteinnahmen einschließlich Treuhandfonds (Trust Funds)	101,9	108,5	112,2
Gesamtausgaben einschließlich Treuhandfonds (Trust Funds)	107,7	116,8	122,5
Defizit einschließlich Treuhandfonds (Trust Funds)	5,8	8,3	10,3
Haushaltseinnahmen	81,4	85,5	86,9
Haushaltsausgaben	87,8	94,3	98,8
Haushaltsdefizit	6,4	8,8	11,9

### Keine Inflationsgefahr

Kennedy betont, daß niemand auf Grund des Defizits im neuen Haushalt Furcht vor einer inflationistischen Entwicklung oder Besorgnisse hinsichtlich der Zahlungsbilanz zu haben brauche. Das Programm für eine stetige Wirtschaftsexpansion und steigende Produktivität stehe durchaus im Einklang mit der Aufrechterhaltung einer relativen Preisstabilität, wie sie bereits in den letzten Jahren bestanden habe. Dies sei von besonderer Wichtigkeit für den Außenhandel. Eine nachhaltige Wirtschaftsexpansion werde sich günstig auf die Inlandsinvestitionen sowie die Produktivität der Industrie auswirken und zusammen mit den Maßnahmen zum Ausgleich der Zahlungsbilanz zu einer Stärkung des Dollars beitragen, was von den Freunden der USA im Ausland in immer stärkerem Maße erkannt werde.

### Steuersenkungen und strukturelle Änderungen

Das neue Steuerprogramm, so führt Kennedy aus, bringe eine beträchtliche ständige Senkung der Einkommen- und Körperschaftssteuersätze sowie verschiedene wichtige strukturelle Änderungen, um die wirtschaftliche Expansion zu fördern, die Gleichheit in der Besteuerung zu verbessern und die Steuergesetze sowie die Verwaltung zu vereinfachen. Ein Teil der Steuersenkungen solle bereits dieses Jahr wirksam werden,



## "AMERIKA DIENST" - WIRTSCHAFT UND ARBEIT

werden, während eine weitere Senkung der Steuersätze sowie die strukturellen Änderungen für 1964 und 1965 vorgesehen seien. Das gesamte Programm, das er dem Kongreß in Kürze unterbreiten werde, stelle eine Einheit und einen wichtigen Schritt in den Bemühungen zur Stärkung und Verbesserung des Steuersystems dar. Unter Zugrundelegung der Einkommen in diesem Jahr dürfte das Steuerprogramm insgesamt für den Steuerzahler eine Entlastung von netto 10 Mrd. Dollar bringen. Da diese Steuersenkung jedoch zu einer Beschleunigung der Wirtschaftsexpansion und damit zu höheren Einkommen und Unternehmergewinnen führen werde, werde innerhalb weniger Jahre ein erhöhter Fluß an Steuereinnahmen einsetzen.

### Haushaltsansätze berücksichtigen Auswirkungen der Steuersenkung

Bei dem Ansatz für die Haushaltseinnahmen, so erklärt Kennedy, sei von der Voraussetzung ausgegangen worden, daß das Bruttosozialprodukt 1963 auf 578 Mrd. Dollar ansteigen werde, wobei diese Zahl einen Mittelwert mit möglichen Abweichungen von 5 Mrd. Dollar nach beiden Seiten darstelle. Dabei seien auch die wirtschaftlichen Auswirkungen des vorgeschlagenen Steuerprogramms berücksichtigt worden. Die in diesem Jahr vorgesehenen Steuersenkungen würden insgesamt einen Einnahmeausfall im neuen Haushaltsjahr von 5,3 Mrd. Dollar bringen, der jedoch, da die zu erwartende Wirtschaftsexpansion eine Einnahmensteigerung bewirken werde, zum Teil wieder ausgeglichen werde, so daß sich aus dem neuen Steuerprogramm lediglich eine Minderung des Steueraufkommens um netto 2,7 Mrd. Dollar ergeben dürfte. Trotz dieses Steuer- ausfalls könne jedoch auf Grund des zu erwartenden höheren Bruttosozialprodukts sogar mit einer Zunahme der Einnahmen um 1,4 Mrd. Dollar im Finanzjahr 1964 gerechnet werden.

### Ausgaben stellen ein Minimum dar

Die von ihm vorgeschlagenen Ausgaben, so unterstreicht der Präsident, stellen ein Minimum dar, das zur Erfüllung der dringend notwendigen Aufgaben einer vielseitigen und expandierenden Gesellschaft in einer Zeit des kalten Krieges unbedingt notwendig sei.

Ausgaben

"AMERIKA DIENST" - WIRTSCHAFT UND ARBEIT

AUSGABEN (Zusammenfassung)

Finanzjahr	1962	1963	1964
Haushaltsausgaben	in Milliarden Dollar tatsächlich . geschätzt		
Nationale Verteidigung	51,1	53,0	55,4
Weltraumforschung und Technik	1,3	2,4	4,2
Zinsendienst	9,2	9,8	10,1
Zwischensumme	61,6	65,2	69,7
Übrige Programme:			
Internationale Angelegenheiten	2,8	2,9	2,7
Landwirtschaft	5,9	6,7	5,7
Bodenschätze	2,1	2,4	2,5
Handel und Transportwesen	2,8	3,3	3,4
Wohnungsbau und Städteentwicklung	0,3	0,5	0,3
Gesundheits- und Sozialprogramme	4,5	4,9	5,6
Erziehungswesen	1,1	1,4	1,5
Kriegsveteranen	5,4	5,5	5,5
Allgemeine Regierungsausgaben	1,9	2,0	2,2
Zwischensumme	26,8	29,6	29,4
Sonstiges	-	0,1	0,4
abzüglich Posten der Rechnungs- angleichung	0,6	0,6	0,7
Haushaltsausgaben-Gesamtsumme:	87,8	94,3	98,8
Treuhandfonds:			
Gesundheits- und Sozialprogramme	20,4	21,8	22,8
Handel und Transportwesen	2,7	2,9	3,2
Wohnungsbau und Städteentwicklung	1,5	0,5	1,0
Kriegsveteranen	0,7	0,9	0,6
Andere	0,4	1,7	1,3
Abzüglich Posten der Rechnungs- angleichung	0,5	0,5	0,5
Gesamtsumme Treuhandfonds:	25,2	27,3	28,4
Abzüglich interministerielle Transaktionen	5,3	4,8	4,7
Gesamtsumme:	107,7	116,8	122,5

## "AMERIKA DIENST" - WIRTSCHAFT UND ARBEIT

### Wohin der Haushalts-Dollar rollt

Von jedem Dollar, den der amerikanische Steuerzahler aufgebracht hat, sind in dem neuen US-Haushalt 55 Cent für die nationale Verteidigung, 4,2 Cent für die Weltraumprogramme, 10,1 Cent für den Schuldendienst, 5,6 Cent für die Landwirtschaft, 5,5 Cent für Gesundheits- und Sozialprogramme, 5,4 Cent für Kriegsveteranen-Programme und 14,2 Cent für alle übrigen Regierungsaufgaben zusammen bestimmt. Die zur Bestreitung der Haushaltsausgaben erforderlichen Mittel werden zu 47 Prozent durch die Einkommensteuer, zu 24 Prozent durch die Körperschaftssteuer, zu 12 Prozent durch die Verbrauchssteuern, zu 10 Prozent über den Kapitalmarkt und zu 7 Prozent durch andere Einnahmequellen aufgebracht.

### Verteidigung nicht zu Discount-Preisen

Für die nationale Verteidigung fordert Präsident Kennedy 55,4 Mrd. Dollar an. Dieser Betrag liegt um 10 Mrd. Dollar über dem Ausgabenniveau des Jahres 1960 und um 2,4 Mrd. Dollar höher als im laufenden Haushaltsjahr. In der Botschaft wird in diesem Zusammenhang auf die Gefahren hingewiesen, denen sich die freie Welt heute gegenüber sieht, und betont, daß es für die Verteidigung keine Discount-Preise gebe.

Wörtlich erklärt der amerikanische Präsident zum Thema internationale Verteidigung:

"Für die Verteidigung gibt es keine Discount-Preise. Die freie Welt muß jederzeit darauf vorbereitet sein, den Gefahren eines globalen Atomkrieges, einem begrenzten konventionellen Konflikt und der heimlichen Guerilla-Tätigkeit entgegenzutreten.

Das Budget des Jahres 1964 führt die Politik der Regierung fort, die zum Schutz gegen jede dieser Gefahren benötigten flexiblen und ausgewogenen Streitkräfte aufzustellen und zu stärken und sie zu den niedrigstmöglichen Kosten auszurüsten und aufrechtzuerhalten. Die gesamten Ausgaben für die nationale Verteidigung werden für das kommende Jahr auf 56 Mrd. Dollar veranschlagt, wovon 55,4 Milliarden Dollar auf den Ordentlichen Haushalt entfallen. Dieser Betrag liegt um rund 10 Mrd. Dollar über dem Ausgabenniveau des Jahres 1960 und hat zusammen mit der Erweiterung des Weltraumprogramms in erster Linie die Ausweitung des Haushalts seit dem Amtsantritt meiner Regierung bewirkt.

Die im Budget für 1964 enthaltenen Vorschläge für die nationale Verteidigung legen - wie in den letzten Jahren - auch weiterhin den Nachdruck auf:

eine starke strategische Vergeltungsmacht, die einen Überraschungsangriff überstehen und in kontrollierter und flexibler Weise wirksam gegen den Aggressor zurückschlagen kann. Eine weitere Anzahl von im Inland stationierten Minuteman-Raketen wird bereitgestellt und in sicheren und über das Land verteilten Anlagen untergebracht. Sechs

## "AMERIKA DIENST" - WIRTSCHAFT UND ARBEIT

Sechs weitere Polaris-U-Boote werden zur Verfügung stehen, und die Arbeiten an den verbesserten Ausführungen der Minuteman- und der Polaris-Raketen werden fortgesetzt;

verbesserte Luft- und Raketen-Verteidigungstreitkräfte. Unser Verteidigungssystem für die Bomberabwehr und unser ballistisches Raketen-Warnsystem werden verstärkt. Große Anstrengungen werden weiterhin auf die Entwicklung einer Verteidigung gegen Raketen verwendet werden, wozu auch die weitere Erprobung der Nike-Zeus-Raketenabwehrrakete sowie die Anfangsentwicklung der moderneren Nike-X-Boden-Luft-Rakete gehören;

schlagkräftigere und beweglichere konventionelle Erd-, See- und Luftstreitkräfte, um den Bereich einer nicht-nuklearen Reaktion auf einen Angriff zu erweitern. Die Bereitstellung konventioneller Waffen, Ausrüstungen, Munition, Hubschrauber sowie taktischer Jagd- und Aufklärungsflugzeuge der Luftstreitkräfte für eine wirksamere Unterstützung der Erdkampfeinheiten wird beschleunigt werden. Die Haushaltsansätze sehen 16 einsatzbereite Armeedivisionen, 3 Divisionen und Luftgeschwader des Marinekorps, eine weitere Modernisierung der Flotte sowie zusätzliche 15 000 Mann für die Armee zur Erprobung der Konzeption einer Luftangriffsdivision und andere neue Lufteinheiten vor;

ein Strahlenschutz-Programm der Zivilverteidigung, mit dessen Hilfe die Chancen, daß ein großer Teil unserer Bevölkerung einen eventuellen Atomangriff überleben würde, verbessert werden;

Verstärkte Einheiten zur Abwehr der Subversion, um unseren Verbündeten zu helfen, mit kommunistischer Unterwanderung und insgeheim betriebener bewaffneter Aggression innerhalb ihrer Landesgrenzen fertig zu werden."

### 3,75 Milliarden Dollar für die Auslandshilfe

In dem Abschnitt der Botschaft, in dem Präsident Kennedy die internationalen Programme und ihre Finanzierung behandelt, wird auf die Entschlossenheit der USA hingewiesen, die Sicherheit der freien Welt weiterhin zu fördern und zu stärken - nicht nur durch die Verpflichtungen, die die USA zur Verteidigung der Freiheit eingegangen seien, sondern auch durch die Zusicherung, zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der weniger bevorzugten unabhängigen Völker beizutragen. "Der Angriff des kommunistischen China auf Indien sowie der anhaltende Kampf Vietnams gegen eine massive, von außen unterstützte bewaffnete Subversion sind die jüngsten Beispiele für die Notwendigkeit und Bedeutung unserer Unterstützung", heißt es in der Botschaft wörtlich. "Das ständig zunehmende Tempo der Modernisierung sowie die wachsenden Bemühungen um Reformen und Selbsthilfe in zahlreichen Nationen verdienen unsere Unterstützung und Förderung."

Die

## "AMERIKA DIENST" - WIRTSCHAFT UND ARBEIT

Die militärische und wirtschaftliche Unterstützung der USA für andere Länder wird für das Haushaltsjahr 1964 mit 3,75 Mrd. Dollar veranschlagt. Dieser Betrag liegt um 100 Millionen Dollar unter der Summe für das gegenwärtige Haushaltsjahr. Während die Aufwendungen für die Wirtschaftshilfe um 200 Millionen Dollar auf 2,3 Mrd. Dollar erhöht werden, sollen die Ausgaben für die militärische Auslandshilfe gekürzt werden, Kennedy weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß die USA bei der Bereitstellung dieser Mittel sehr selektiv verfahren werden, wobei vor allem solche Projekte und Programme berücksichtigt werden sollen, die für die rasche Entwicklung von Ländern entscheidend sind, denen bei der Aufrechterhaltung der Sicherheit der freien Welt Bedeutung zukommt und die die Bereitschaft und Fähigkeit zum Einsatz ihrer eigenen Hilfsquellen in wirksamer Weise demonstriert haben.

Kennedy geht in diesem Zusammenhang vor allem auf die Allianz für den Fortschritt - das Hilfsprogramm für Lateinamerika - ein und empfiehlt ein Programm, das für diese Länder über 1 Milliarde Dollar vorsieht. Diese Hilfe soll über das Amt für Internationale Entwicklung, die Interamerikanische Entwicklungsbank, die Export-Import-Bank und durch das Lebensmittel-für-den-Frieden-Programm erfolgen. Auch das überaus erfolgreiche Programm des Friedenskorps soll in Lateinamerika mit Vorrang fortgeführt werden.

### Bundesausgaben im Ausland

Kennedy weist in seiner Haushaltsbotschaft weiter darauf hin, daß bei der Vorbereitung des neuen Budgets alle vorgesehenen Ausgaben, die sich auf die Zahlungsbilanz auswirken, eine besondere Überprüfung erfahren hätten. Man sei vor allem bemüht gewesen, die Bundesausgaben im Ausland zu reduzieren, ohne dabei die Verteidigung der freien Welt zu gefährden.

Auf die Kosten der Entwicklungshilfe hinweisend, appellierte Kennedy erneut an die europäischen Länder, einen größeren Kostenanteil zu übernehmen. Wörtlich heißt es hierzu in der Botschaft:

"Wir werden auch weiterhin nachdrücklich unser Bemühen fortsetzen, andere Länder, vor allem die europäischen Länder und Japan, zu ermutigen, einen größeren Anteil der Kosten der Wirtschaftshilfe für die Entwicklungsländer zu übernehmen und die Unterstützung der militärischen Verteidigung innerhalb ihrer eigenen Grenzen zu verstärken..."

### Weltraumforschung

Für die amerikanische Raumforschung und Raumfahrt sieht das Budget eine Erhöhung der Mittel des US-Bundesamtes für Luft- und Raumfahrt vor, die es ermöglichen soll, das Projekt höchster Dringlichkeit, der Landung eines bemannten amerikanischen Raumschiffes auf dem Mond, weiter durchzuführen, sowie die vielfältigen Programme

## "AMERIKA DIENST" - WIRTSCHAFT UND ARBEIT

Programme für die Entwicklung verbesserter Forschungs- und Nachrichtensatelliten zu verwirklichen. Die Ausgaben für die Raumforschung und Raumfahrt werden Schätzungen zufolge im Jahr 1964 auf 4,2 Mrd. Dollar steigen - eine Summe, die um 1,8 Mrd. Dollar über den Ausgaben des derzeitigen Haushaltsjahres liegt und einen Anstieg von 75 Prozent bedeutet. Durch Konzentration der Kräfte soll vor allem sichergestellt werden, daß die Entwicklung des Apollo-Raumschiffs für den bemannten Mondflug und der Saturn-Rakete, die das Raumschiff zum Mond tragen wird, ohne Verzögerung vorangeht.

In der Botschaft des Präsidenten wird der Erfolg der amerikanischen Venus-Raumsonde Mariner II als Beispiel für die Fortschritte angeführt, die die Vereinigten Staaten in der Raumfahrt erzielen konnten. Auch die Entwicklung weiterer Satelliten für geophysikalische, astronomische und meteorologische Forschungen sowie für die Nachrichtenübermittlung soll mit Nachdruck vorangetrieben werden. Das Budget sieht außerdem Mittel für Forschungsprojekte vor, durch die die technischen Voraussetzungen für unbemannte Flüge zum Mars und zur Venus sowie für bemannte Raumflüge weiter vervollkommen werden sollen.

### 15 Mrd. Dollar für die wissenschaftliche Forschung

Für die wissenschaftliche Forschung und Entwicklung werden in dem neuen Haushalt 14,933 Mrd. Dollar ausgewiesen; das sind 2,693 Mrd. Dollar mehr als im laufenden Haushaltsjahr und 4,585 Mrd. Dollar mehr als im Haushaltsjahr 1962. Die amerikanische Bundesregierung stellt im allgemeinen über zwei Drittel der für diese Zwecke in den USA aufgewendeten Mittel zur Verfügung.

Sofern der Kongreß diesen Ansatz billigt, werden hiervon das Verteidigungsministerium 7,653 Mrd. Dollar, das US-Amt für Luft- und Raumfahrt 4,2 Mrd. Dollar, die US-Atomenergie-Kommission 1,503 Mrd. Dollar, das Ministerium für Gesundheits-, Erziehungs- und Sozialfragen 778 Millionen Dollar, die Amerikanische Stiftung für die Wissenschaft 193 Millionen Dollar, das Landwirtschaftsministerium 187 Millionen Dollar und andere Dienststellen 419 Millionen Dollar erhalten.

\* \* \* \* \*

Wi./XV-4

## KENNEDY: DIE US-WIRTSCHAFT AM SCHEIDEWEG

WASHINGTON - (AD) - Nachstehend übermitteln wir Ihnen Auszüge aus dem Wirtschaftsbericht, den Präsident Kennedy am 21. Januar 1963 dem amerikanischen Kongreß vorgelegt hat.

Die Teile des Wirtschaftsberichts Präsident Kennedys, die sich mit den grundlegenden Zielen der amerikanischen Wirtschaftspolitik sowie mit den wirtschaftspolitischen Maßnahmen im Jahre 1963 befassen, haben folgenden Wortlaut:

"Den Bestimmungen des Employment Act von 1946 entsprechend berichte ich Ihnen heute:

daß die 'wirtschaftliche Lage' der Vereinigten Staaten im Jahre 1962 durch stetige Fortschritte auf dem Gebiet der Beschäftigung, der Gütererzeugung und der Kaufkraftsteigerung gekennzeichnet wurde;

daß 'die sich abzeichnenden Trends' für 1963 weitere Fortschritte verheißen;

daß eine noch nachhaltigere Expansion unserer Wirtschaft unbedingt erforderlich ist, um das in dem Gesetz geforderte hohe Niveau 'der Beschäftigung, der Gütererzeugung und der Kaufkraft' zu erreichen und um die seit 1957 vorhandene Lücke zwischen dem 'bestehenden Niveau' und dem für die Durchführung der in diesem Gesetz aufgezeigten Politik 'erforderlichen Niveau' zu schließen;

daß der Kern meines Programms für 1963 zur 'Verwirklichung der in dem Gesetz aufgezeigten Politik' eine umfassende Steuersenkung und Revision ist, die zeitlich und strukturell sorgfältig abgestimmt wurde, um den Fortschritt in Richtung auf eine Vollbeschäftigung und ein schnelleres wirtschaftliches Wachstum zu beschleunigen, während gleichzeitig die Preisstabilität der letzten Monate erhalten bleibt und die Zahlungsbilanz weiter verbessert wird.

Die

## "AMERIKA DIENST" - WIRTSCHAFT UND ARBEIT

Die Lage der Wirtschaft stellt das amerikanische Volk vor eine Vielzahl von schwierigen Aufgaben. Die Expansion dauerte im ganzen Jahre 1962 an, wobei die Gesamtlohn- und Gehaltssumme, die Gewinne, der Verbrauch und die Gütererzeugung neue Höchststände erreichten. Dies strafte die Befürchtungen jener Lügen, die vorausgesagt hatten, daß wir der unheilvollen Kette von Rezessionen, die immer häufiger unsere wirtschaftliche Expansion unterbrachen - 1953/54 nach 45 Monaten der Expansion, 1957/58 nach 35 Monaten der Expansion, 1960/61 nach 25 Monaten der Expansion - nur mehr eine weitere hinzufügen würden... Doch die 22 Monate einer stetigen Erholung haben bereits diese traurige Folge unterbrochen, und die Aussichten deuten auf eine weitere Expansion im Jahr 1963 hin.

Aber obwohl die Wirtschaftstätigkeit ~~rege~~ ist, trachtet das amerikanische Volk in seinen Bestrebungen doch nach mehr - und das mit Recht. Denn alle die Fortschritte, die die USA erzielt haben, bleiben beträchtlich hinter den Möglichkeiten zurück, die die Wirtschaft verheißt - Möglichkeiten, die wir ausschöpfen müssen, um unseren Wohlstand im eigenen Lande zu heben und der Sache der Freiheit im Ausland zu dienen...

Gerade in den beiden vergangenen Jahren haben die Regierung und der Kongreß eine Reihe wichtiger Schritte zur Förderung der Erholung und zur Stärkung der Wirtschaft getan...

Diese Politik ermöglichte 1961 eine schnelle Erholung nach der Rezession und brachte 1962 eine stetige Expansion - einen Fortschritt, der die gesamte Wirtschaftstätigkeit auf ein neues hohes Niveau hob. Die Rekordrate des Bruttosozialprodukts im letzten Quartal des vergangenen Jahres von 562 Mrd. Dollar lag, unter Berücksichtigung eingetretener Preisveränderungen, um 10 Prozent höher als im ersten Quartal des Jahres 1961 und um 8 Prozent über dem Höchststand der letzten Erholungsperiode im zweiten Quartal 1960. Der Index der industriellen Produktion lag im vergangenen Monat um 16 Prozent über dem Tiefststand im Januar 1961 und um 7 Prozent über dem bisherigen Monatshöchststand vom Januar 1960.

Diese Produktionsausweitung brachte eine Vielzahl von Verbesserungen bei den Einkommen, auf dem Arbeitsmarkt und bei den Gewinnen mit sich, während das Preisniveau stabil blieb und unsere Zahlungsbilanz sich verbesserte. Im Verlauf der Expansion der Jahre 1961/62

stieg erstens das Personaleinkommen um 46 Mrd. Dollar auf 450 Mrd. Dollar an und lag damit um 12 Prozent über seinem Höchststand während der vorangegangenen Expansionsperiode. Das Nettoeinkommen pro Farm erhöhte sich um 330 Dollar, während das Nettoeinkommen der in der Landwirtschaft Beschäftigten um 800 Millionen Dollar anstieg. Das Gesamteinkommen der amerikanischen Verbraucher nach Abzug der Steuern erhöhte sich um 8 Prozent; dies bedeutet für eine vierköpfige Familie eine Verbesserung des Lebensstandards (unter Zugrundelegung der Preise von 1962) um 400 Dollar pro Jahr;

erhöhte



## "AMERIKA DIENST" - WIRTSCHAFT UND ARBEIT

erhöhte sich zweitens die Zahl der Beschäftigten in der Industrie um 2 Millionen, während die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit in der Industrie von 39,3 auf 40,3 Stunden anstieg;

erreichten drittens die Unternehmergewinne, wie bereits betont wurde, im Jahre 1962 einen Rekordstand von 51 Mrd. Dollar;

blieben viertens die Großhandelspreise außerordentlich stabil, während die Verbraucherpreise lediglich um 1,1 Prozent pro Jahr anzogen - kein anderes großes Industrieland der Welt, Kanada ausgenommen, kann sich einer größeren Preisstabilität erfreuen;

verbesserte sich fünftens die Wettbewerbslage, was zusammen mit einer engeren internationalen Zusammenarbeit auf finanziellem Gebiet und umfassenden Maßnahmen zur Einschränkung der Devisenkosten der Verteidigung, der Entwicklungshilfe sowie anderer Programme zu einer wesentlichen Verringerung unseres Zahlungsbilanzdefizits - von 3,9 Mrd. Dollar im Jahre 1960 auf 2,5 Mrd. Dollar im Jahre 1961 und etwa 2 Milliarden Dollar jetzt, im Jahre 1962 - beigetragen hat.

### Ausblick für 1963

Die Aussichten für eine anhaltende mäßige Expansion im Jahre 1963 sind jetzt günstig:

1. Die Investitionen der Wirtschaft dürften, zum Teil infolge des Anreizes, den die Abschreibungsreform vom vergangenen Jahr und die Steuerstundung bei Investitionen gaben, sowie auf Grund der Aussicht auf eine baldige Steuersenkung und -reform, im Jahre 1963 insgesamt zumindest leicht ansteigen.
2. Der Wohnungsbau sollte etwa den Stand des Jahres 1962 halten.
3. Die Regierungskäufe - der Bundesregierung, der Einzelstaaten sowie der Kommunen zusammengenommen - dürften um jeweils 2 Mrd. Dollar pro Quartal steigen.
4. Die Verbraucherkäufe dürften sich in dem durch die Erfolge der Wirtschaft sowie durch Regierungsmaßnahmen gesetzten Rahmen ausweiten.

Diese Aussichten lassen - unter Berücksichtigung der vorgeschlagenen Steuersenkung - einen Ansatz des Bruttosozialprodukts für 1963 mit 578 Mrd. Dollar berechtigt erscheinen, wobei diese Zahl als Mittelwert eines 10-Mrd.-Dollar-Bereichs zu betrachten ist.

Ich rechne nicht mit einer fünften Nachkriegsrezession, die unseren Fortschritt im Jahre 1963 aufhalten würde. Es ist nicht die Angst vor der Rezession, sondern es sind vielmehr fünf Jahre einer zu großen Arbeitslosigkeit, ungenutzte Kapazitäten und rückläufige Gewinne - und die daraus resultierende Drosselung unserer Wachstumsrate -

## "AMERIKA DIENST" - WIRTSCHAFT UND ARBEIT

Wachstumsrate -, welche die Steuersenkung und -reform zu einer so dringenden Sache machen. Die wirtschaftliche Expansion im Jahre 1963 wird, soweit dies einigermaßen abzusehen ist, die Wirtschaft weit hinter dem hohen Stand der maximalen Beschäftigung, Produktion und Kaufkraft zurückbleiben lassen, den der Employment Act vorsieht...

Die Wiedergesundung, die kurz nach meiner Amtsübernahme vor zwei Jahren eingeleitet wurde, hängt jetzt in einem Augenblick der Entscheidung in der Schwebe. Ich glaube nicht, daß das amerikanische Volk lediglich damit zufrieden sein wird - oder sollte -, neue Rekorde aufzustellen. Die private Initiative und die Politik des Staates müssen Hand in Hand arbeiten, um die Hindernisse einzureißen, die in den Jahren nachlassender Wirtschaftstätigkeit seit 1957 aufgebaut wurden, und die Nation in eine neue Periode stetiger Vollbeschäftigung und raschen wirtschaftlichen Wachstums zu führen. Dies kann nicht über Nacht erreicht werden, aber es ist zu schaffen. Das Haupthindernis auf dem Wege zur Vollbeschäftigung ist eine unrealistisch schwere Steuerlast. Die Zeit ist gekommen, diese zu beseitigen...

### Steuersenkung und -reform im Jahre 1963

Lassen Sie mich darlegen, warum in der heutigen Wirtschaft fiskalische Klugheit und Verantwortungsbewußtsein eine Steuersenkung fordern, selbst wenn dadurch zeitweilig das Haushaltsdefizit größer wird -, warum die Steuersenkung der beste uns zur Verfügung stehende Weg ist, um die Staatseinkünfte zu erhöhen.

Wir haben nicht die Wahl - wie dies manchmal übermäßig vereinfacht dargestellt wird - zwischen Steuersenkung und Defizit auf der einen und einem durch kluge Haushaltsgebarung spielend ausgeglichenen Budget auf der anderen Seite... Wenn wir in die Rezession hereinschlittern sollten, weil wir keine Entscheidung über die Steuern getroffen haben, dann wäre das Haushaltsdefizit im nächsten Jahr ohne Steuersenkung größer als das zu erwartende Defizit mit Steuersenkung. Tatsächlich könnte eine neue Rezession alle Rekorde von Defiziten in Friedenszeiten brechen. Und wenn wir versuchen sollten, den Ausgleich des Haushalts durch drastische Kürzung der Ausgaben zu erreichen - notwendigerweise auf Kosten der Verteidigung und anderer lebenswichtiger Programme -, würden wir nicht nur die Sicherheit unseres Landes gefährden, sondern wir würden auch Nachfrage, Produktion und Beschäftigungsstand so herabdrücken, daß das Steueraufkommen sinken und der Regierungshaushalt erst recht ins Defizit geraten würde. Dies zu versuchen, verbietet sich daher von selbst.

Solange wir also nicht die volle Prosperität mit den daraus resultierenden, den Haushalt ausgleichenden Staatseinnahmen wiederhergestellt haben, liegt unsere Wahl in der Praxis nicht zwischen Defizit und Überschuß, sondern zwischen zwei Arten von Defiziten: zwischen einem Defizit aus Verschwendung und Schwäche heraus und einem Defizit, dem wir ausgesetzt sind, während wir unsere künftige Stärke aufbauen...

Solange

## "AMERIKA DIENST" - WIRTSCHAFT UND ARBEIT

Solange wir in großer Zahl Arbeiter ohne Arbeitsplätze und Produzenten ohne Absatzmärkte haben, werden wir als Nation immer wieder in ein Defizit der Trägheit und der Schwäche geraten. Wenn wir jedoch statt dessen das Defizit als Nebenprodukt unserer positiven Steuerpolitik zur Expansion unserer Wirtschaft vorübergehend erhöhen, dann wird sich dies als eine Quelle der Stärke und nicht als ein Zeichen der Schwäche auswirken...

In dem Maße, in dem die Wirtschaft zur Vollbeschäftigung zurückkehrt, wird das Budget zu einem konstruktiven Gleichgewicht zurückfinden.

Dies wäre natürlich nicht der Fall, wenn wir laufend die Grenzen unserer Produktionskapazität anspannten, wenn die durch die Steuersenkung freigewordenen Dollar auf starre Engpässe in der Industrie und bei den Facharbeitern stoßen würden. Dann würde eine Steuersenkung eine offene Einladung für die Inflation, für eine neuerliche Lohn-Preis-Spirale sein und unsere mühsam erreichte Besserung der Zahlungsbilanz gefährden. Wir haben heute jedoch nicht nur brachliegende Arbeitskräfte und ungenutzte Produktionskapazitäten, auch neue, zusätzliche Arbeitskräfte und Produktionskapazitäten vergrößern ständig unser Produktionspotential. Wir verfügen über eine Wirtschaft, die voll und ganz in der Lage und bereit ist, auf den Anreiz einer Steuersenkung zu reagieren.

### Wege zu rascherem Wachstum

Das von mir umrissene Steuerprogramm erstreckt sich über drei Jahre. Seine belebenden Auswirkungen werden jedoch noch viel länger spürbar sein. Denn der Preis langanhaltender abgeschwächter Wirtschaftstätigkeit ist unter anderem langsames Wachstum. Eine Wirtschaft, die nicht in der Lage ist, ihr Produktionspotential voll zu nutzen, sieht keine Notwendigkeit, dieses rasch zu erhöhen. Der Investitionsanreiz wird von dem Gewicht der Überkapazität erdrückt. Der Mangel an Arbeitsplätzen verlangsamt das Anwachsen der Beschäftigtenzahl. Wenn eingeschränkte Märkte, Arbeitsmöglichkeiten und Anreize den Umfang der Anstrengungen und des Einfallsreichtums einengen, dann blühen defensive, restriktive Praktiken - angefangen von Manipulationen mit Arbeitskräften bis zu Marktabsprachen. Wenn jedoch die Wirtschaft aus der Lethargie der vergangenen fünf bis sechs Jahre erwacht, dann wird schon das Ende der abgeschwächten Wirtschaftstätigkeit zu einem rascheren Wachstum führen. Die Vollbeschäftigung wird den Würgegriff restriktiver Praktiken lockern und das Tor zu Neuerung und Wandel weiter öffnen.

Wenn auch Programme zur vollen Nutzung vorhandener Hilfsquellen der unbedingt notwendige erste Schritt einer positiven Politik für ein rascheres Wachstum sind, so ist es doch nicht zu früh, andere Programme zur Stärkung der Wachstumskapazität der Nation zugrunde liegenden Hilfsquellen voranzutreiben. Niemand zweifelt daran, daß die Grundlagen der wirtschaftlichen Größe Amerikas in der Erziehung, Ausbildung und Anpassungsfähigkeit unserer Bevölkerung und in unserer fortschrittlichen und fortschreitenden industriellen Technik liegen.

Tief

## "AMERIKA DIENST" - WIRTSCHAFT UND ARBEIT

Tief verwurzelte Grundlagen lassen sich nicht über Nacht erneuern und verbreitern. Aber die Erreichung der nationalen wirtschaftlichen Zielsetzung ist auch nicht eine Aufgabe für heute oder morgen, für dieses oder das nächste Jahr. Wenn wir nicht jetzt etwas tun, um die menschlichen und materiellen Grundlagen für das Wachstum zu verstärken, dann werden wir später in diesem Jahrzehnt und im nächsten den Preis dafür in Form eines langsameren Wachstums bezahlen müssen. Wir müssen also jetzt beginnen.

Die Bundesregierung ist bereits die Hauptquelle der finanziellen Unterstützung für Forschung und Entwicklung in den Vereinigten Staaten. Die meisten Mittel, die gegenwärtig für Forschungszwecke aufgewendet werden, fließen über das Verteidigungsministerium, das Bundesamt für Luft- und Raumfahrt und die Atomenergie-Kommission an private Unternehmen...

Da eine steigende Produktivität eine Hauptquelle wirtschaftlichen Wachstums ist und Forschung und Entwicklung wiederum notwendige Quellen des Produktivitätszuwachses sind, muß die Bundesregierung meiner Meinung nach jetzt damit beginnen, das Gleichgewicht im Einsatz der wissenschaftlichen Kräfte wiederherzustellen. Zu diesem Zweck werde ich eine Anzahl von Maßnahmen vorschlagen, um die zivile Forschung und Entwicklung zu fördern und die Nebenprodukte der militärischen und der Weltraumforschung der zivilen Industrie leichter zugänglich zu machen. Zu diesen Maßnahmen gehören:

1. Schaffung eines bundesstaatlich-einzelstaatlichen technischen Beratungsdienstes;
2. neue Mittel und Wege, um der zivilen Industrie die Nutzung der Ergebnisse der von der Regierung finanzierten Forschung zu erleichtern;
3. Unterstützung der industriellen Forschung und Entwicklung und der technischen Informationsdienste auf selektiver Basis;
4. Unterstützung von Forschungsverbänden der Industrie;
5. Anpassung der Einkommensteuergesetze, um den Firmen einen zusätzlichen Anreiz für Investitionen in Forschungseinrichtungen zu geben;
6. Anreize für die Ausbildung von Forschungspersonal der Industrie an Universitäten...

Die Geschichte wird die amerikanische Verpflichtung zu einer umfassenden Erziehung einmal als einen unserer größten Beiträge zur Zivilisation werten. In immer stärkerem Maße häufen sich auch eindrucksvolle Beweise dafür daß die Erziehung und Ausbildung eine der am tiefsten reichenden Wurzeln des wirtschaftlichen Wachstums ist. Durch ihre direkten Auswirkungen auf die Qualität und Anpassungsfähigkeit der arbeitenden Bevölkerung und durch ihre indirekten Auswirkungen auf den Fortschritt von Wissenschaft und Wissen bildet die Erziehung letzten Endes die Quelle eines großen Teiles unserer gesteigerten Produktivität...

In

## "AMERIKA DIENST" - WIRTSCHAFT UND ARBEIT

In unserer Gesellschaft muß die Hauptverantwortung für die Bewältigung der erzieherischen Aufgaben und Erfordernisse bei den einzelstaatlichen Regierungen und den Kommunen, bei privaten Institutionen und bei den einzelnen Familien liegen. Aber heute, wo die Erziehung entscheidend wichtig für die Bewältigung von Aufgaben und Pflichten des Bundes in bezug auf die nationale Sicherheit und das wirtschaftliche Wachstum ist, bedarf es einer zusätzlichen Unterstützung und Hilfe des Bundes. Die Dollar-Beiträge, die die Bundesregierung leisten würde, sind gering im Vergleich zu den 30 Mrd. Dollar, die unser Land gegenwärtig für das Erziehungswesen aufwendet; aber sie sind dringend erforderlich, wenn wir uns die großen Möglichkeiten zunutze machen wollen, die vor uns liegen.

In einer Botschaft zum Erziehungswesen, die demnächst unterbreitet wird, werde ich eine Anzahl spezifischer Vorschläge machen. Sie alle sind dazu bestimmt, unser Erziehungssystem zu stärken. Sie werden die Qualität verbessern, die Möglichkeiten vergrößern und zur Erweiterung der vorhandenen Kapazitäten führen...

Die Erziehung darf nicht im Klassenzimmer aufhören. In einer expandierenden Wirtschaft steht der arbeitende Mensch vor der Notwendigkeit, seine Kenntnisse fortgesetzt der jeweiligen technischen Entwicklung anzupassen. Der einzelne und der Betrieb haben die Hauptverantwortung für die Umschulung auf sich genommen, die erforderlich ist, um mit dem technischen Fortschritt gleichauf zu bleiben - und ihre Fähigkeit hierzu wächst, wenn die Marktlage sich bessert und die Gewinne steigen. Aber die Regierung muß diese privaten Bemühungen unterstützen und ergänzen, wenn den Erfordernissen in vollem Umfang genügt werden soll.

Um das Wachstum zu erleichtern, müssen wir beständig die Hindernisse abbauen, die der vollen Entfaltung der Möglichkeiten unserer arbeitenden Bevölkerung im Wege stehen. Eine bessere Unterrichtung wird hierbei von Nutzen sein - aber es wird noch mehr verlangt. Einrichtungen, die Arbeiter an ihre Arbeitsplätze fesseln oder ein vorzeitiges Eintreten in den Ruhestand fördern, müssen kritisch überprüft werden. Eine Beendigung der rassistischen und religiösen Diskriminierung, die nicht nur einen Affront gegenüber unseren grundlegenden Idealen darstellt, sondern auch mit ihrem Leerlauf unsere Wirtschaft belastet, bietet einen verpflichtenden Beitrag zum Wachstum. Genauso wie wir bemüht sind, den Anreiz für Investitionen in Sachwerten zu erhöhen, müssen wir auch bestrebt sein, den Anreiz zur Entwicklung der Fähigkeiten und Möglichkeiten des Menschen und zur Förderung ihres wirksamen Einsatzes zu verstärken.

Es wird nicht einfach sein, die Wachstumsrate in den USA zu steigern. Wir verfügen nicht mehr über eine zahlenmäßig starke Landbevölkerung, die in die Industrie abwandern könnte. Wir haben nicht die Möglichkeit, aus der im Laufe einer Generation anderswo entwickelten modernen Technik für uns Kapital zu schlagen. Das einzige uns leicht erreichbare Wachstum ist ein Wachstum, das dem Erfolg unserer Bemühungen entspringt, der bis 1957 zurückreichenden Periode nachlassender Wirtschaftstätigkeit ein Ende zu setzen - dieses Wachstum müssen wir erreichen, schon weil es nicht zu verantworten ist, daß die amerikanische Wirtschaft in einer Zeit der Krisen auf zu niedrigen Touren läuft.

Über

## "AMERIKA DIENST" - WIRTSCHAFT UND ARBEIT

Über die Vollbeschäftigung hinaus müssen wir uns jedoch auf die Hauptquellen allen langfristigen Wachstums stützen: auf Menschen, Maschinen und Wissen. Wir müssen eine Vielzahl von Maßnahmen - sowohl einfallsreiche wie routinemäßige - ausfindig machen und anwenden, um unser Volk in die Lage zu versetzen, alle die Verheißungen unserer Technik und unserer Wirtschaft zu verwirklichen. In einem Rahmen der Vollbeschäftigung können diese Maßnahmen dazu beitragen, unsere Wachstumsrate auf vier Prozent und mehr anzuheben, das amerikanische Volk zu größerem Wohlstand und die freie Welt zu größerer Sicherheit zu führen."

\* \* \* \* \*

EUROPE: KALEIDOSCOPE OR CLOUDED CRYSTAL

Address by  
The Honorable Dean Acheson

at the  
University of California  
Berkeley, California

March 13, 1963

Our meeting today is one postponed by the crisis before last. In accordance with the principle of the conservation of energy, so I am told, nothing is ever lost; though it sometimes seems to me that it would be well if some things were. For instance, the address I was to have made here appeared in January in Foreign Affairs, while the one I was to have made at the California Institute of Technology was brought forth at West Point in December with devastating effect upon the regard in which the land of my ancestors had previously held me. At any rate, after the crises of October and January my two speeches have gone the way of all speeches, and we must start over.

Some of my closest friends and severest critics will doubtless observe that, in order to take a fresh look at the world situation, I have -- like Lord Nelson -- put the telescope to my blind eye. In a way they will be right, since one can never take a wholly fresh look. External impressions must go through some brain.

With that caveat, let us have a look, after the high wind of last January, at the state of well- or ill-being of what has been probably the most long continued, enlightened, extensive, and successful endeavor in history. What has been done since the end of the last war, a period of less than twenty years, is nothing less than the restoration of allies, friends, and former enemies alike after shattering experiences, and the building of a Western European-North American nexus to deal with the worldwide dangers and problems of an entirely new world.

At the outset let me remind you that success has its problems too. Crises and difficulties are with us not because the right policy or action eludes us, but from the very nature of human life and of the situation we have faced. The idea that a right course exists which will prevent difficulties from arising or remove them if they do, rests on the assumption that all is controllable if only we knew how. But it is not true that all is controllable, or that difficulties come only from errors. There are times in history when a wise and highly successful course appears to, and often does, result in almost as many difficulties as it has resolved. A convalescing patient well on the road to recovery, may be irritatingly cantankerous in asserting his new sense of strength and independence, as well as resentment at his former dependence. Yet recovery marks success, not failure.

By the January crisis, I mean General deGaulle's manifesto declaring French policy, his vetoing of British entry into the Common Market, the Franco-German Treaty, and his reaffirmation of France's aim for an independent nuclear capability. Some American press comment treats these events as a heavy blow to common policy in Europe, as previously conceived, at least, in this country. Many voices seem to counsel making what they call compromises with General deGaulle, since they see his star in the ascendant. This analysis and advice seem to me not only thoroughly mistaken, but to be as unfair to General deGaulle as they are to the United States.

Much as I disagree with many of General deGaulle's policies and ideas, I defer to no one in my admiration of his character, especially his serenity, and his intelligence. No one, now living and active, occurs to me whose own personality makes as great, and generally beneficial, an impact on his environment as the General's. That is as good a definition of greatness as I know.

But to advise making a compromise with the General is another matter. It is not possible to persuade, bribe or coerce General deGaulle from following a course upon which he is set. But he can and does in time recognize the inevitable and adjust his conduct to it, as he did in Algeria. It has been wisely said that "the mode by which the inevitable comes to pass is effort." The power of the United States to shape the inevitable for General deGaulle is immense. To urge either him or this country to depart from policies in which each deeply believes does both an injustice, and is a waste of time.

One point of view is that General deGaulle's actions in January presented Europe and North America with a wholly changed situation. From another point of view these events are said to have revealed much, but changed little. Both views present facets of the truth. The same thing happens when a couple which has been getting along badly has a blazing public row. It reveals what was already known, but, perhaps, a little more -- the depth of incompatibility.

It would be a mistake to press similes too far. General deGaulle has not declared war on the Anglo-Saxons, as he calls the British and ourselves. He has not even proposed that Europe seek a divorce from its marriage to America, which for twenty years has been one of both convenience and necessity. He has evidenced a growing distaste for it and a desire for separation from bed and board; if not a judicial separation, at least a judicious separation.

Why is this so? The General may be deeply, indeed tragically, mistaken -- as I think he is in this case -- but he is neither unintelligent nor sinister. If we are to oppose his course, we must understand it. The convictions on which he is now acting he has held and expressed for some time. The place to begin is with what he said in January as he excluded the British from the Common Market. He began this way:

" . . . The Treaty of Rome was concluded between six continental states. As a whole, these states are, economically speaking, alike. . . . Because this grouping and these ties are so pronounced what they have to produce, to buy, to sell, to consume, they prefer to produce, buy, sell, and consume within their own complex. This, then, is in accordance with the realities of the situation.



"Furthermore, it should be added that from the point of view of their economic development, their social progress, and their technical capacity, they are all in step and march in a very similar manner. Also, there is no political disagreement between them, no boundary questions, no domination or power rivalries. On the contrary, they are united in the first place because of their awareness that together they possess a large part of the sources of our civilization and also with respect to their security, because they are continentals and are faced with a single identical menace from one end to the other of their territorial complex.

"In short, they are united because not one of them is tied to an outside power by any special political or military pact."

Please note carefully the last paragraph. The six nations referred to, France, Germany, Italy, and the Benelux countries, are united because, he said, not one of them is tied to any outside power by any special political or military pact. But all of them are signatories of the North Atlantic Treaty which provides:

". . . an armed attack against one or more of them (the member states) in Europe or North America shall be considered an attack against them all; and consequently . . . if such an armed attack occurs, each of them . . . will assist the Party or Parties so attacked by taking forthwith, individually and in concert with the other Parties, such action as it deems necessary, including the use of armed force, to restore and maintain the security of the North Atlantic area."

Both Great Britain and the United States are signatories of the same treaty. One would, therefore, suppose it plain that all the signatores were "tied" to one another by a very "special political (and) military pact." This treaty had not escaped the General's attention. He simply chose to ignore it, so far as the six countries were concerned, leaving Great Britain and the United States as "outside powers" tied by this special relationship.

Then came Britain to alloy this incomposite unity.

"England, in fact," said the General, "is insular, maritime, linked by its trade, its markets, its supply needs, to the most diverse and often the most remote countries. Its activities are essentially of an industrial and commercial nature and it carries on very little agricultural activity. All of its activities are characterized by very singular and distinctive practices and traditions . . .

"It must be admitted that the entry of Great Britain first and then that of those states will completely change the arrangements as a whole . . . Hence we should envisage the setting up of another Common Market. But the one that would be established, consisting of eleven countries and later of thirteen and later, perhaps, of eighteen, would, doubtless, bear little resemblance to the one that the six have constructed.

"Moreover this Community, growing in this manner, would find itself confronted with all the problems of its economic relations with a host of other countries and primarily with the United States.

"It is to be anticipated that this would soon destroy the coherence existing between all the members, which would be very numerous, and that in the final analysis a colossal Atlantic Community subject to and directed by America would appear, which would make short work of absorbing the European Community.

"This is a hypothesis which may be perfectly justified in the eyes of some people but that is not at all what France intended and what France is doing and which represents an absolutely European setup."

Here the General comes back again to the basically disqualifying characteristic of the British application -- its tendency to involve the continental elite with America. deGaulle's nightmare is the broader American-led Atlantic Community "which would make short work of absorbing the European Community." Soon, again, he returns to this obsession.

At Athens the United States gave clear assurances that it would react with nuclear weapons to a Soviet nuclear attack or to a Soviet conventional attack which could not otherwise be resisted. Nevertheless, the General said:

" . . . no one in the world, and particularly no one in America, can say whether, where, when, how, or to what extent American nuclear weapons would be used to defend Europe. This does not of course prevent American nuclear arms, which are the most powerful of all, from remaining the essential guarantee of world peace . . . .

"Thus, principles and realities are in accord in leading France to provide itself with an atomic force of its own. This of course by no means excludes the possibility of the action of that force being combined with that of similar forces of its allies. But, for us, in this situation, integration is something that cannot be imagined . . . .

"In the Bahamas, the United States and Great Britain concluded an agreement, and we were asked to adhere to it . . . . It is a matter of establishing an atomic force, called multilateral . . . . This multilateral force would be used to defend Europe and would be under American command of NATO. . . ."

Here it is not the supposed uncertain availability of American nuclear power in the defense of Europe which really bothers the General. Indeed, he refers to that power as "the essential guarantee of world peace." What the General finds objectionable is what he calls "the American command of NATO." What the General says that France wants, certainly what he wants, is what he has called "an absolutely European setup." Before considering whether this is wise, possible, or desired by any of France's partners in the Six, let us consider for a moment General deGaulle's conception of Europe. For he has one, and it is not a mere cloak for French parochialism or for illusions of "grandeur."

To some the French veto of the British application was a classic example of those European enmities against which the Father of our Country so eloquently warned us in his Farewell Address:

"Europe," he said, "has a set of primary interests, which to us have none, or a very remote relation. Hence, she must be engaged in frequent controversies, the causes of which are essentially foreign to our concerns. Hence, therefore, it must be unwise in us to implicate ourselves, by artificial ties, in the ordinary vicissitudes of her politics, or the ordinary combinations and collusions of her friendships or enmities."

Far be it from me to say that enmities, ancient or modern, have no effect in General deGaulle's thoughts or decisions. But here I do not think that he is motivated by ancient European enmities. Rather, I believe that General deGaulle is turning General Washington's advice around and giving it to his European partners. Only a small paraphrase of the Farewell Address is necessary to state General deGaulle's advice to Europe. "The great rule of conduct for us in regard to (non-European) nations is to have with them as little political connection as possible. Why, by interweaving our destiny in any connection with the (United States), entangle our peace and prosperity in the toils of (American) ambition, rivalry, interest, humor, or caprice? It is our true policy to steer clear of permanent alliance with any portion of the world (beyond Europe.)"

This, I think, is what he is saying. The question remains, why? Why, in a world where terrestrial space has all but been eliminated, in a century when all Europe, combined to defend itself against the then most powerful European nation, twice called for the aid of America -- why, now, when Europe has no adequate defense apart from America, should General deGaulle preach so suicidal a doctrine? If there is any answer, it must lie in his conception of a Europe from the Atlantic to the Urals.

So far as I know, the phrase crops up first in 1959, when he observed that disarmament held no security for France unless it applied "from the Atlantic to the Urals" -- an eminently sensible idea. On May 31, 1960, it appeared in a wholly new setting:

" . . . it is only in the equilibrium of the universe that one shall find peace. On our old continent the organization of a Western group, more or less equal to that which exists in the East, could one day make possible an understanding (entente) from the Atlantic to the Urals without risking the independence of anyone. . . . Then Europe, the whole of it, no longer cut in two by the ambitions of ideologies . . . shall again become the home and center of civilization . . . and obligate the great countries which on other continents march toward power to take to cooperation rather than the temptations of war."

By December 29, 1961, enthusiasm and rhetoric had receded to the sober statement that the General would be sympathetic to negotiations between the "major Western powers and Soviet Russia," provided the Kremlin ceased its threats and that "the discussion be that of reestablishing a balance in Europe, not of extending Moscow's hold over our continent."

But by the press conference of May 15, 1962, the idea was again full blown. Speaking of three principal goals which he had set for himself, he described the second in this way:

" . . . To contribute to the construction of Europe in the fields of politics, of defense and of economy, so that the expansion and action of this ensemble may aid French prosperity and security and, at the same time, re-establish the possibility of a European balance vis-a-vis the European Countries."

(On the solidarity between Germany and France depends not only the security of the two peoples but also) "the destiny of the whole of Europe, from the Atlantic to the Ural Mountains; for if a structure, a firm, prosperous and attractive organization, can be created in Western Europe -- then there reappear the possibilities of a European balance with the Eastern states and the prospect of a truly European cooperation, particularly if, at the same time, the totalitarian regime ceased to poison the springs."

In these passages the deGaulle conception of Europe from the Atlantic to the Urals is set out with admirable clarity. It is simply this: resting upon the solidarity of Germany and France, Western Europe can become so organized and powerful as to balance the Eastern satellites and European Russia and open the possibility of a truly European cooperative system extending from the Atlantic to the Ural Mountains. This contemplates an internal equilibrium wholly within the area. To achieve this equilibrium it is not enough that power factors should not invite disequilibrium. It is necessary that inducements to harmonization of policies within this Europe outweigh the inducements to conflict. How does General deGaulle's Europe meet these criteria?

Some factors support the deGaulle appraisal -- the population of NATO Europe (larger than the Six) is slightly larger and, probably, more industrially competent than that of the Soviet Union; its raw material resources and industrial productive potential are as large or larger; its agriculture is infinitely superior. But here important factors shift to the East.

The present armaments of the Soviet part of this Europe, conventional and nuclear, are today so superior to those of Western Europe as to defy any realistic hope of equalization within this confined area. This is so, not only because of the quantitative and qualitative disparity, but because no possibility exists within this proposed society to change this disparity. The Soviet Union is directed by a monolithic autocracy, which will not be susceptible to any attempt by General deGaulle to reduce its power. In Western Europe the difficulty now, and in the future as in the past, lies in stimulating and coordinating the wills of separate peoples and governments. Each government has its own difficulties; when those are put together, they increase geometrically. Western Europe cannot and will not be stimulated within Gaullist Europe to increase its power without destroying Gaullist Europe. If the General attempts to stimulate it, his Russian colleagues will stop it; if they stimulate it, they will dispose of him -- and, perhaps more. Gaullist Europe must, therefore, be a Europe under Soviet hegemony.

The General's partners see this as plainly as we do, and most of them want no part of it. Perhaps, some of them, but only a few, nourish the hope, which I discern now and then in French official utterances, that they might have the best of both worlds by terminating, or attenuating, the American presence in Europe but still retaining the guarantee of American defensive protection. This would mean that they would do nothing to face the Russians, instead of ourselves, with the alternative of resorting to nuclear war to deter the pressure of conventional power. Instead, by the development of a small national nuclear force, they would hope to be able to outdo ours. Thus, so the argument runs, without the burden of either conventional or nuclear forces of any size, they could protect themselves from the disconcertingly powerful eastern portion of a Europe extending from the Atlantic to the Urals.

If by some such method General deGaulle seeks the best of all worlds, he surely allocates to the United States the worst. For we would be assigned to defend Europe against the inevitable consequences of his policy -- domination by the Soviet Union -- while being excluded from any part or influence in establishing in Western Europe what General Washington called "a respectable defensive posture." Our task under those circumstances would require the mutual incineration of the Soviet Union and the United States. It is difficult to conceive of any government in this country undertaking so unpromising a commitment. A relatively simple effort by a Western Europe defense integrated with power of the United States could deny the Soviet Union conventional superiority in Europe and face it with the necessity to resort to nuclear war to impose its will by force.

So it seems to me plain that the conception of a Europe from the Atlantic to the Urals is a conception wholly at variance with the North Atlantic Treaty so long as the Soviet Union maintains anything like its present purposes and attitudes. If it should cease to maintain them, the treaty would cease to be of importance. General deGaulle cannot have both the Europe of his conception and the treaty of his conception. Not because he does not want both, but because the risks and hazards to the United States under those circumstances of assuming the treaty obligations as he would conceive them are too great. One would hope that this truth is well and widely understood.

The weakness of General deGaulle's position in the eyes of his European partners will lie not only in its basic fallacy which we have just examined, but in the vast difficulty of France's achieving what she must to fulfill specific portions of the program. Let us have a brief look at the French military situation. This requires an entirely new conventional force and an entirely new nuclear establishment.

The conventional goal is to have at least as large and well armed a force in Europe as the Germans have. At present the Germans have twelve divisions, which could, and doubtless will, be much better than they are. They certainly will have more. The French troop uprisings in Algeria, the O.A.S., the desertions and trials of senior officers are only the most dramatic indication that the French army, which since the war has been fighting losing guerrilla wars in Asia and Africa, must be reorganized, remanned, reofficered, reequipped, and redeployed. This is not because NATO or Washington wants it, but because it is a pressing necessity for France. It is also a lengthy, difficult, and very costly process, as German experience (ahead of France's) has so poignantly reminded us through "Der Spiegel" affair. General deGaulle must sometimes be tempted to repeat the Duke of Wellington's wryly ironic remark, provoked by a draft of troops sent to him in the Peninsula, "I don't know what impression these men may make on the enemy, but, by God, they terrify me!"

On top of this heavy and inescapable budget demand, must be imposed the bill for the nuclear deterrent, the Force de Frappe -- or, as the London Economist put it, "More Frappe for a Franc." General deGaulle, with characteristic candor, does not overstate what a French Force de Frappe could do, but I think he does overestimate its significance.

"It is perfectly true," he said in January, "that the quantity of nuclear arms we can furnish ourselves will far from equal the mass of those of the two giants of today . . . ."

"In 1945 two bombs, which were elementary, caused the capitulation of Japan, which could not retaliate . . . . The French atomic force will, from the beginning of its organization, have the sinister and terrible capacity to destroy millions and millions of men in a few instants. This fact cannot but influence, at least somewhat, the intentions of such a possible aggressor."

We have already discussed the conception of the independent French forces as a trigger to fire the U.S. strategic nuclear force; and pointed out why this idea is unacceptable to us. We must now consider the utility of the force, as the General is doing in the passage quoted, wholly apart from any involvement of American Power. All that is claimed is that it could affect the intentions of a possible aggressor "at least somewhat." In the strict sense of the words this is difficult and useless to deny. But the General surely means more than this. He expects that his force will have a measurable and, indeed, significant deterrent effect. The question is, will it? And under what circumstances?

The French force can have very little deterrent effect if its weapons would have little chance of reaching any targets. When French atomic war-heads are developed, they will be bomber-borne; thermonuclear ones are not scheduled until the 1970's and missile vehicles may be a long way off. Moreover, while General deGaulle says modestly that the French force will be far from equal to those of either of the giants, the fact is that it would be unlikely to amount to 2% of either. This would be no threat to the Soviet air force. Indeed, the General clearly thinks of it as an anti-city weapon. The chance that so small a force, or any of it, would be able to penetrate defenses to populous centers ("to destroy millions and millions of men in a few instants") is not good. The desirability to Soviet Russia of destroying it before it left the ground would be great enough to suggest that, on balance, the risks of destruction which such a force might pose would be considerably greater in France than in the Soviet Union.

At any rate, the opportunity to contribute to the creation of this French force would not seem to be over-alluring to France's European neighbors; and the financial effort it would impose upon the French economy might well reverse the happily strong position which it has only just attained after so many years of internal and external strain and drain. The fact of the matter is that France's military position is very weak, indeed, and is likely to remain so for a considerable period. This is not only unfortunate for the NATO alliance, but it is disastrous to any design of General deGaulle to convince his European neighbors that he can lead them to any purely European-provided security, or further any such deeply held political purposes as the German one to protect Berlin and reunite Germany.

From an even broader point of view, General deGaulle's Europe offers little promise of either strength or beneficial contribution to free world strength. While the veto of the British application was put primarily on the danger of the American Trojan Horse, it was also put on the ground of the differentness of Great Britain from the continental societies. It was an island. It looked outward, linked by trade with "the most remote countries," its "activities . . . characterized by very singular and distinctive practices and traditions." Contrasted with this the General attributes to the six continental countries a preference "to produce, buy, sell, and consume within their own complex." In this contrast General deGaulle was quick to see a conflict of leadership and conception, deeply rooted in history.

Some months ago a German friend said to me, "The Six are too parochial for their own and the general good. What we need is an infusion of salt water." When General deGaulle looks beyond the continent, what does he see? Only former French African colonies which he wishes to bring into a community for which Britain was too exotic. The Common Market, like the United States, is too large a producer and consumer to buy, sell, and consume within its own complex. To attempt this will have the most harmful consequences within its own area and to the vast external area of the free world which must live by trade with these two great markets. American policy toward the Common Market from its inception has been that such an arrangement with low external tariffs and other barriers was good; with high ones, bad. It was welcomed not as an instrument to constrict the trade of Europe within a club under French hegemony, but as a new great market designed to expand trade with a sense of outward-looking responsibilities. The Trade Expansion Act, passed in the last session of the Congress, is founded on this conception. No one has stated it better than the father of the Common Market, M. Jean Monnet:

"There are urgent problems which neither Europe nor America can settle alone. These are, to my mind, the monetary stability of the West, the organization of agriculture in an increasingly industrial world, help to the developing countries to speed their growth and, of course, the freeing of trade to be negotiated between yourselves and the Common Market." \*/

The contrast between this statement and the narrow preference for a Europe seeking an economic existence within its own complex gives some measure of the harm which the announced policy of the press conference portends.

In the light of this analysis, what should be the response of the United States policy to the events of January? To begin with, it should be a calm response, keeping a sense of proportion, avoiding the acrimonious and spiteful. It should not assume, as some of the press has, that all is lost because General deGaulle has starkly revealed long-standing opposition to commonly favored policy. It should be based on the knowledge that the General's position will not find favor with our common allies because it is not in the common interests. It should rest on the further fact that the United States is strong, and is regarded as strong by friends and opponents alike, while France, though happily much healthier than recently, is still far from being a robust leader. In short, General deGaulle's *démarche* has changed very little, though it has shown the intention and capacity to slow some things up.

Our present European defense policy is right and should be continued. This consists in constant pressure toward developing a conventional defensive position which, as it grows in strength, constantly makes clear to the Soviets that to attain their ends by threat or pressure of force increasingly faces them with resort to nuclear war. No doors should be closed to French participation and cooperation. If French attitudes unduly delay or frustrate agreements through NATO channels to get on with the common defense, efforts should go forward directly with nations able and willing to make progress.

---

\*/ Address by Jean Monnet, January 21, 1963, on receiving the 1962 Freedom Award in New York.



We should understand that France, because of troubles in Asia and Africa, has made a mighty little contribution for a decade; and, under the best circumstances, could not have been expected to make much more for another decade. Furthermore, whatever is done to remake the French armed forces is a necessary prelude to any effective participation. Whatever the General does to develop a nuclear capability he will do anyway, and the less time we spend worrying about it the better.

As for a strategic nuclear force in Europe, a multinational approach is the best one in principle. But it does seem to me a waste of time to chase its distant implications of control and command to drily logical extremes before there is anything to control or command. Our allies can hardly have very solid ideas about how they want to participate in nuclear defense until they know something about it. This they have been prevented from learning by self-defeating, excessive secrecy. These barriers should be removed. Carefully selected officers and civilians should be given every opportunity to learn the detailed costs of a nuclear establishment, the intricacies of the deployment, protection, targeting, and control of strategic nuclear weapons, and something of the operation of various types of weapons. If this were done, the discussion of what is popularly called a "NATO" or "European" nuclear force would be revolutionized. Only then can we hope for really wise planning with our allies for the common defense, with the function and deployment of the various arms determined in relation to the problem and not to national prestige, pride, or suspicion.

In the political field, the events of January carry a clear and stern warning of the penalty we pay in our relations with Germany for failure to face up to unequivocal decisions on policy toward Central Europe and the reunification of Germany. This, of course, lies at the heart of policy toward Berlin. American and European interests, when seen free from the fog of illusion, require reunification within a united Europe, within a closely knit Atlantic alliance. Since the disastrous Camp David meeting Germans have been disturbed over our constant negotiations with the Russians under Russian threats. Fruitless as they have been, with no real concessions made, they seemed to Germans to edge toward increasing recognition of the East German regime; they kept German politics continuously upset and moved German sympathy toward General deGaulle's support of German ambitions which is, perhaps, more strongly stated than unreserved. Our flirtation with Moscow, like many which have no serious purpose, has succeeded only in embittering more legitimate relationships. The time has come to stop it and state our intentions unequivocally.

While the January offensive began on the supposedly economic front, and did a good deal of damage, I see no reason why the war should go on there. The occasion for it all, the British application to the Common Market, is now in unpredictable limbo. The Five would gladly, and, in time, might successfully, overbear France, if British politics were not to intervene and change the British position. No one can see clearly at present what will happen. But, if tempers and resentments are not exacerbated, there should be enough common interest in important areas to push on in the directions which M. Monnet has pointed out.

In the freeing of trade, the Treaty of Rome will by 1966 prevent any one country from blocking a course desired by the others. If we and the Five move vigorously toward the lowering of barriers into the great markets of Europe and America, we can shape the sort of inevitability which General deGaulle will accept. Recently Mr. Per Jacobsson, the Managing Director of the International Monetary Fund observed that "perhaps the best thing that can happen to the underdeveloped countries is the pursuit of active expansionary policies in the more industrial countries" and suggested that this be done cooperatively through the Fund and the Organization for Economic Cooperation and Development in Paris. M. Monnet has urged that the leading financial countries get on with the closely related task of improving the monetary stability of the West. Here are endeavors in which General deGaulle can join without embarrassment or inconsistency. They are wholly in accord with French interests as he sees them.

In short, January was not a good month. General deGaulle did the West a bad turn in vetoing the British application. He disclosed some long-range plans which must be opposed and which, if intelligently opposed by pressing on with better ones, have not much chance of getting very far. In other directions there is room and need for cooperation with him in important work. The writer of Ecclesiastes has told us that there is "a time to every purpose. . . a time to break down and a time to build up." January last was, apparently, a time to break down in the midst of a long time of building up. It did some damage. It is now time to repair that and get on again with building up.

Allg./XVI - 11

EUROPA: KALEIDOSKOP ODER GETRÜBTER KRISTALL

von

Dean G. Acheson

A N S P R A C H E

gehalten vor der Universität von Kalifornien in Berkeley

am Mittwoch, dem 13. März 1963

(Wortlaut)

## EUROPA: KALEIDOSKOP ODER GETRÜBTER KRISTALL

Unser heutiges Zusammentreffen ist die Nachholung einer Veranstaltung, die angesichts der vorletzten Krise verschoben worden war. Nach dem Grundsatz von der Erhaltung der Energie geht, wie ich mich belehren ließ, nichts je wirklich verloren; manchmal jedoch möchte ich meinen, es wäre ganz gut, wenn manche Dinge doch verlorengingen. Die Ansprache beispielsweise, die ich hier halten sollte, erschien im Januar in "Foreign Affairs", während eine andere, die ich an der Technischen Hochschule von Kalifornien hätte halten sollen und die dann in West Point im Dezember von mir vorgetragen wurde, verheerende Auswirkungen auf die Achtung hatte, die mir das Land meiner Vorfahren bis dahin entgegengebracht hatte. Jedenfalls sind meine beiden Reden nach den Krisen vom Oktober und Januar den Weg aller Reden gegangen, und wir müssen ganz von vorn beginnen.

Einige meiner engsten Freunde und schärfsten Kritiker werden zweifellos bemerken, daß ich, um einen neuen Blick auf die Weltlage zu werfen, das Fernrohr - wie Lord Nelson - an mein blindes Auge halte. In gewissem Sinne werden sie damit recht behalten, denn niemand wird schon beim zweiten Blick mehr völlig unbefangen sein. Äußere Eindrücke müssen erst das Hirn passieren.

Eingedenk dieser Vorwarnung wollen wir nun, nach dem Windstoß vom Januar, einen Blick auf das Wohl oder Wehe dessen werfen, was die bisher am beharrlichsten fortgesetzte, die weitestblickende, die umfassendste und die erfolgreichste geschichtliche Bestrebung darstellen dürfte. Was seit Ende des letzten Krieges in einem Zeitraum von noch nicht einmal zwanzig Jahren bewerkstelligt wurde, ist nicht weniger als die Wiederaufrichtung von Verbündeten, Freunden und früheren Feinden nach erschütternden Erfahrungen und der Aufbau einer westeuropäisch-nordamerikanischen Verbindung mit dem Ziel, den weltweiten Gefahren und Problemen einer völlig neuen Welt zu begegnen.

Ich

Ich darf Sie von vornherein daran erinnern, daß auch der Erfolg mit Problemen verbunden ist. Krisen und Schwierigkeiten tauchen auf, nicht weil uns die rechte Politik abgeht oder weil es an richtigen Maßnahmen mangelt; sie entspringen vielmehr dem ureigenen Wesen menschlichen Lebens und der Lage, der wir uns gegenüber sehen. Die Vorstellung, daß ein richtiger Kurs möglich sein müsse, der keine Schwierigkeiten aufkommen läßt oder diese beseitigt, sobald sie auftauchen, beruht auf der Annahme, daß alles regelbar ist, sofern man nur weiß, wie. Es trifft aber nicht zu, daß alles regelbar ist oder daß Schwierigkeiten nur aus Irrtümern herrühren. Es gibt Zeiten in der Geschichte, in denen ein weiser und höchst erfolgreicher Kurs ebenso viele Schwierigkeiten hervorzurufen scheint und oft auch tatsächlich hervorruft, wie er zu beseitigen vermochte. Ein Rekonvaleszent auf dem Weg der Besserung kann sehr wohl in lästiger und streitsüchtiger Weise auf sein neues Gefühl der Stärke und Unabhängigkeit pochen und dabei gleichzeitig nichts mehr von seiner früheren Abhängigkeit wissen wollen. Und doch ist die Genesung ein Zeichen von Erfolg und nicht von Mißerfolg.

Mit der Januar-Krise meine ich die Erklärung General de Gaulles zur französischen Politik, sein Veto gegen den Beitritt Großbritanniens zum Gemeinsamen Markt, den deutsch-französischen Vertrag und die Bekräftigung des Strebens Frankreichs nach einem unabhängigen nuklearen Potential. Verschiedene amerikanische Pressekommentare werten diese Ereignisse als einen schweren Schlag für eine gemeinsame Politik in Europa, wie man sie vorher, zumindest in unserem Land, ins Auge gefaßt hatte. Viele scheinen den Ratschlag zu geben, mit General de Gaulle, wie man es nennt, Kompromisse zu schließen, da sie seinen Stern als im Steigen begriffen erachten. Diese Lagebeurteilung und diese Ratschläge scheinen mir nicht nur von Grund auf irrig, sondern gegenüber General de Gaulle wie auch gegenüber den Vereinigten Staaten unfair zu sein.

So sehr ich auch vieles an der Politik und den Ideen General de Gaulles mißbillige, so stehe ich doch in meiner Bewunderung für seinen Charakter, besonders seine Gelassenheit, und seine Intelligenz

Intelligenz hinter niemandem zurück. Ich wüßte keinen unter den derzeitig Lebenden und Tätigen, dessen Persönlichkeit einen so großen und im allgemeinen wohltuenden Eindruck auf seine Umgebung macht wie die des Generals. Das ist die beste mir bekannte Definition von Größe.

Zu Kompromissen mit dem General zu raten, ist eine andere Sache. General de Gaulle ist weder durch Geld, gute Worte noch Zwang von einem Kurs abzubringen, den er einmal eingeschlagen hat. Er vermag aber sehr wohl im rechten Zeitpunkt das Unvermeidbare zu erkennen und sein Verhalten darauf abzustellen, und er tut dies auch, wie Algerien zeigte, Es geht das kluge Wort, die beste Methode, das Unvermeidbare herbeizuführen, sei die Anstrengung. Die Fähigkeit der Vereinigten Staaten, das Unvermeidbare für General de Gaulle zu gestalten, ist gewaltig. Ihn oder unser Land zur Preisgabe von politischen Konzeptionen drängen zu wollen, an die beide fest glauben, wäre sowohl ungerecht als auch Zeitverschwendung.

Eine Ansicht besagt, der Schritt General de Gaulles vom Januar habe Europa und Nordamerika vor eine gänzlich veränderte Lage gestellt. Einer anderen Ansicht zufolge sollen diese Geschehnisse viel enthüllt, aber wenig geändert haben. Beide Ansichten sind Facetten der Wahrheit. Es ist nichts anderes passiert, als daß ein Ehepaar, das seit langem schlecht miteinander auskommt, einen lautstarken Streit in aller Öffentlichkeit ausgetragen hat. Er enthüllt nur, was ohnehin schon bekannt war, vielleicht aber auch ein bißchen mehr - die Tiefe der Gegensätzlichkeiten.

Es wäre falsch, die Parallelen zu weit zu ziehen. General de Gaulle hat den Angelsachsen, wie er die Briten und uns nennt, nicht den Krieg erklärt. Er hat noch nicht einmal vorgeschlagen, daß Europa die Scheidung seiner Ehe mit Amerika beantragen solle, die zwanzig Jahre hindurch eine Verbindung aus Gründen der Bequemlichkeit und Notwendigkeit war. Er hat eine zunehmende Abneigung für sie dokumentiert und den Wunsch nach Trennung von Tisch und Bett; wohl keine juristische Scheidung, zumindest aber eine Trennung aus Vernunftgründen.

Weshalb

Weshalb ist das so? Der General mag in einem tiefen, ja tragischen Irrtum befangen sein - wie meiner Meinung nach in diesem Falle -, aber er ist weder unintelligent noch böswillig. Wenn wir uns seinem Kurs widersetzen, müssen wir ihn zuerst verstehen. Die Überzeugungen, nach denen er jetzt handelt, hat er bereits seit geraumer Zeit gehegt und zum Ausdruck gebracht. Der Punkt, an dem wir ansetzen müssen, ist seine im Januar abgegebene Erklärung, als er die Briten vom Gemeinsamen Markt ausschloß, Er begann folgendermaßen:

"...Der Vertrag von Rom wurde zwischen sechs kontinentalen Staaten geschlossen - Staaten, die, wirtschaftlich betrachtet, gleich geartet sind ...Wenn man sie so zusammenfaßt und miteinander verbindet, daß das, was sie produzieren, kaufen, verkaufen und verbrauchen, vorzugsweise in ihrem eigenen Verband produziert, gekauft, verkauft und verbraucht wird, so entspricht das den wirklichen Gegebenheiten.

Hinzu kommt außerdem, daß sie sich hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen Entwicklung, ihres sozialen Fortschritts und ihrer technischen Fähigkeiten alle im Gleichschritt befinden und in sehr ähnlicher Weise vorgehen. Ferner gibt es zwischen ihnen keinerlei politische Streitfragen, keine Grenzprobleme und keine Herrschafts- oder Machtrivalitäten. Im Gegenteil, sie fühlen sich solidarisch vor allem in dem Bewußtsein, einen bedeutenden Teil der Quellen unserer Zivilisation gemeinsam zu besitzen, und hinsichtlich ihrer Sicherheit auch deshalb, weil sie Kontinentalstaaten sind und sich vom einen Ende ihres Gesamtgebiets zum anderen ein und derselben Bedrohung ausgesetzt sehen.

Schließlich sind sie solidarisch auf Grund der Tatsache, daß keiner von ihnen nach außen hin durch irgendeinen politischen oder militärischen Sondervertrag gebunden ist."

Widmen Sie bitte dem letzten Absatz besondere Aufmerksamkeit. Die sechs Länder, von denen hier die Rede ist - Frankreich, Deutschland, Italien und die Benelux-Staaten -, sind solidarisch, weil, wie er sagt, keines von ihnen nach außen hin durch irgendeinen politischen oder

oder militärischen Sondervertrag gebunden ist. Aber sie gehören sämtlich zu den Signatarstaaten des Nordatlantikpaktes, der bestimmt

"...daß ein bewaffneter Angriff gegen einen oder mehrere von ihnen (den Vertragspartnern) in Europa oder Nordamerika als ein Angriff gegen sie alle angesehen wird; sie vereinbaren daher, daß im Falle eines solchen bewaffneten Angriffs jeder von ihnen ... dem Vertragsstaat oder den Vertragsstaaten, die angegriffen werden, Beistand leistet, indem jeder von ihnen unverzüglich für sich und im Zusammenwirken mit den anderen Vertragsstaaten die Maßnahmen, einschließlich der Anwendung von Waffengewalt, trifft, die er für erforderlich erachtet, um die Sicherheit des nordatlantischen Gebiets wieder herzustellen und zu erhalten."

Sowohl Großbritannien als auch die Vereinigten Staaten sind Signatarstaaten desselben Vertrages. Demnach sollte man meinen, es sei klar, daß sämtliche Signatarstaaten durch eben diesen "politischen (und) militärischen Sondervertrag" aneinander "gebunden" sind. Dieser Vertrag ist der Aufmerksamkeit des Generals nicht entgangen. Er zog es einfach vor, ihn zu ignorieren, soweit die sechs Länder angesprochen waren, und dafür Großbritannien und den Vereinigten Staaten die Rolle von "nach außen hin" durch dieses Sonderverhältnis gebundenen Mächten zu überlassen.

Dann kam Großbritannien, um diese lautere Einheit zu vergällen.

"England ist genaugenommen", sagt der General, "ein Inselstaat, auf die See ausgerichtet, durch seinen Handel, seine Märkte und seine Versorgung an die verschiedensten, oftmals an die entlegensten Länder gebunden. Es ist in erster Linie ein Industrie- und Handelsstaat, der nur wenig Landwirtschaft betreibt. Alles, was es tut, wird bestimmt von sehr ausgeprägten, ganz eigenartigen Gewohnheiten und Traditionen..."

Man muß verstehen, daß der Beitritt erst Großbritanniens und dann jener anderen Staaten die Gesamtheit der Anpassungen... völlig verändern würde... Es müßte dann die Schaffung eines ganz anderen Gemeinsamen Marktes in Erwägung gezogen werden. Aber dieser



dieser Markt der Elf und dann der Dreizehn und dann vielleicht der Achtzehn würde zweifellos in keiner Weise demjenigen gleichen, den die Sechs aufgebaut haben.

Übrigens hätte eine derartig anwachsende Gemeinschaft zu gewärtigen, daß sich ihr auch alle jene Probleme ihrer Wirtschaftsbeziehungen zu einer Vielzahl anderer Länder und vor allem zu den Vereinigten Staaten stellen würden.

Es ist vorauszusehen, daß der Zusammenhalt zwischen all diesen zahlreichen und verschiedenartigen Mitgliedern nicht von langer Dauer wäre und daß dann schließlich eine riesige, von Amerika abhängige und geführte atlantische Gemeinschaft entstünde, die binnen kurzem die europäische Gemeinschaft aufsaugen würde.

Das ist eine hypothetische Entwicklung, die man nach Ansicht gewisser Leute durchaus rechtfertigen könnte, aber es ist keineswegs das, was Frankreich gewollt hat und betreibt, nämlich eine ausgesprochen europäische Konstruktion zu schaffen."

Hier kommt der General wieder auf das Merkmal des britischen Aufnahmegesuchs zurück, das im Grunde seine Ablehnung veranlaßte - seine Tendenz, die kontinentale Elite mit Amerika zu verstricken. De Gaulles Alptraum ist die umfassendere atlantische Gemeinschaft unter amerikanischer Führung, "die binnen kurzem die europäische Gemeinschaft aufsaugen würde". Kurz darauf wendet er sich abermals dieser Zwangsvorstellung zu.

In Athen hatten die Vereinigten Staaten klare Zusicherungen gegeben, daß sie einen sowjetischen Kernwaffenangriff oder einen sowjetischen Angriff mit konventionellen Waffen, dem kein anderer Widerstand entgegengesetzt werden könnte, mit Kernwaffen beantworten würden. Gleichwohl erklärte der General:

"... Niemand in der Welt und niemand in Amerika kann sagen, ob, wo, wann, wie und in welchem Umfang die amerikanischen Kernwaffen zur Verteidigung Europas eingesetzt würden. Das ändert im übrigen überhaupt nichts daran, daß die amerikanische Kernwaffenrüstung als die mächtigste der Welt die ausschlaggebende

ausschlaggebende Garantie für den Weltfrieden bleibt...

So haben Grundsätze und Realitäten Frankreich gleichermaßen veranlaßt, sich eine eigene Atomstreitmacht zu schaffen. Das schließt natürlich keineswegs aus, daß der Einsatz dieser Streitmacht mit dem Einsatz der entsprechenden Machtmittel seiner Alliierten kombiniert wird. Aber für uns ist die Integration in dieser Frage völlig unvorstellbar...

Nun haben Amerika und Großbritannien auf den Bahama-Inseln ein Abkommen geschlossen, und man hat uns aufgefordert, ihm beizutreten... Es handelt sich um die Aufstellung einer sogenannten multilateralen Atomstreitmacht ... Diese multilaterale Streitmacht ist für die Verteidigung Europas bestimmt, und sie untersteht dem amerikanischen NATO-Kommando..."

Hier stört den General in Wirklichkeit nicht die angeblich ungewisse Verfügbarkeit der amerikanischen Kernwaffen für die Verteidigung Europas. Vielmehr bezeichnet er diese als "die ausschlaggebende Garantie für den Weltfrieden". Woran der General Anstoß nimmt, ist das, was er "das amerikanische NATO-Kommando" nennt. Was nach den Worten des Generals Frankreich wünscht und was er bestimmt selber wünscht, ist andererseits das, was er als "ausgesprochen europäische Konstruktion" bezeichnet hat. Bevor wir überlegen, ob dies klug, möglich oder für irgendeinen der Partner Frankreichs im Zusammenschluß der sechs EWG-Länder wünschenswert ist, wollen wir uns für einen Augenblick mit der Europa-Konzeption des Generals de Gaulle beschäftigen. Denn er hat eine solche, und sie ist keineswegs ein Deckmantel für französische Kirchturmpolitik oder für Illusionen französischer "Größe". Für manche Beobachter war das französische Veto gegen den britischen Aufnahmeantrag ein klassisches Beispiel jener europäischen Zwistigkeiten, vor denen der Vater unseres Vaterlandes uns mit so beredten Worten in seiner Abschiedsbotschaft gewarnt hat:

"In Europa", führte er aus, "gibt es eine Anzahl vordringlicher Interessen, die mit unseren Interessen in keiner oder nur sehr entfernter Beziehung stehen. Es wird demgemäß zwangsläufig in häufige Streitigkeiten verwickelt werden, deren Ursachen im

im wesentlichen in keinem Zusammenhang mit unseren Belangen stehen. Es wäre somit unklug, uns durch künstliche Bindungen in die üblichen Wechselfälle seiner Politik oder die häufigen Bündnisse und Machenschaften seiner Freundschaften oder Feindschaften zu verstricken."

Ich will damit keineswegs sagen, daß die Feindschaften, die alten und neueren, keinen Einfluß auf die Gedanken oder Entscheidungen General de Gaulles haben. Aber in diesem Fall glaube ich nicht, daß er sich von früheren europäischen Feindschaften leiten läßt. Ich bin vielmehr der Ansicht, daß General de Gaulle General Washingtons Ratschlag umkehrt und ihn seinen europäischen Partnern gibt. Es bedarf nur eines kurzen Zitats aus Washingtons Abschiedsbotschaft, um General de Gaulles Ratschlag an Europa darzulegen. "Die Hauptregel unseres Verhaltens gegenüber den (nicht-europäischen) Völkern besteht darin..., mit ihnen so wenig wie möglich politische Verbindungen zu unterhalten... Warum sollten wir, indem wir unser Schicksal mit den (Vereinigten Staaten) verflechten, unseren Frieden und unser Gedeihen in die Wirrungen des (amerikanischen) Ehrgeizes, seiner Rivalitäten, Interessen, Stimmungen oder Launen verstricken? Es ist unsere aufrichtige Politik, uns aus dauernden Allianzen mit irgendeinem Teil der (außereuropäischen) Welt herauszuhalten."

Dies ist, glaube ich, das, was er sagt. Die Frage bleibt, weshalb? Warum sollte - in einer Welt, in der die räumlichen Entfernungen so gut wie aufgehoben sind, in einem Jahrhundert, in dem ganz Europa, geeint in der Verteidigung gegen die damals mächtigste europäische Nation, Amerika zweimal um Hilfe ersucht hat -, warum sollte General de Gaulle jetzt, wo Europa ohne die Vereinigten Staaten über keine ausreichende Verteidigung verfügt, solche selbstmörderischen Thesen verkünden? Wenn es hierauf überhaupt eine Antwort gibt, so muß sie in seiner Konzeption eines Europas vom Atlantik bis zum Ural zu suchen sein.

Soweit mir bekannt ist, tauchte diese Wendung erstmals 1959 auf, als er feststellte, daß eine Abrüstung Frankreich keine Sicherheit gewährt, solange sie nicht "vom Atlantik bis zum Ural" reiche - ein äußerst vernünftiger Gedanke. Am 31. Mai 1960 tauchte sie dann in einem vollkommen neuen Zusammenhang erneut auf:

"...Nur in einem Gesamtgleichgewicht ist der Frieden zu finden. Auf unserem alten Kontinent könnte durch die Bildung einer westlichen Gruppe, die etwa der im Osten gleichkommt, eines Tages ein Einvernehmen (Entente) vom Atlantik bis zum Ural herbeigeführt werden, ohne die Unabhängigkeit irgendeines Landes aufs Spiel zu setzen ... Dann wird Europa, das ganze Europa, nicht mehr länger durch den Ehrgeiz von Ideologien gespalten, wieder Hort und Mittelpunkt der Kultur werden... und die Großmächte, die auf anderen Kontinenten zur Macht emporsteigen, zwingen, sich zur Zusammenarbeit bereitzufinden statt den Verlockungen des Krieges zu erliegen."

Am 29. Dezember 1961 machten Enthusiasmus und Rhetorik der nüchternen Erklärung Platz, daß der General für Verhandlungen zwischen den "westlichen Großmächten und Sowjetrußland" sei, vorausgesetzt, daß der Kreml seine Drohungen einstellt und daß "die Diskussion darum geht, das Gleichgewicht in Europa wieder herzustellen und nicht Moskaus Macht über den Kontinent weiter auszudehnen".

Aber auf der Pressekonferenz vom 15. Mai 1962 wurde die Idee erneut hochgespielt. Bei der Erörterung von drei Hauptzielen, die er sich gesetzt habe, umriß er das zweite Ziel wie folgt:

"...Zum Aufbau Europas auf dem Gebiet der Politik, der Verteidigung und der Wirtschaft beizutragen, so daß die Expansion und das Vorgehen dieses Ganzen die Prosperität und Sicherheit Frankreichs mehren und gleichzeitig wieder Möglichkeiten zur Schaffung eines europäischen Gleichgewichts im Verhältnis zwischen den europäischen Staaten eröffnet werden."

(Von der Solidarität zwischen Deutschland und Frankreich hängt nicht nur die Sicherheit dieser beiden Völker ab, sondern auch) "das Schicksal ganz Europas, vom Atlantik bis zum Uralgebirge; gelingt es, eine Konstruktion, eine feste, prosperierende und attraktive Organisation in Westeuropa zu schaffen, dann ergeben sich auch wieder Möglichkeiten eines europäischen Gleichgewichts mit den östlichen Staaten, und die Aussicht auf eine wirkliche europäische Zusammenarbeit, insbesondere dann, wenn gleichzeitig das totalitäre Regime seine Brunnenvergiftung einstellt."

In

In diesen Passagen wird die Konzeption de Gaulles von einem Europa vom Atlantik bis zum Ural mit bewundernswerter Klarheit zum Ausdruck gebracht. Sie lautet ganz einfach: Auf der Basis der Solidarität zwischen Deutschland und Frankreich kann Westeuropa so straff organisiert und mächtig werden, daß es ein Gegengewicht zu den östlichen Satelliten und dem europäischen Rußland darstellt und die Möglichkeit zur Schaffung eines echten kooperativen europäischen Systems vom Atlantik bis zum Uralgebirge eröffnet. Dies setzt ein inneres Gleichgewicht innerhalb dieses Gebietes voraus. Um dieses Gleichgewicht zu erreichen, genügt es nicht, daß die Machtkomponenten nicht einer Störung des Gleichgewichts hier Vorschub leisten. Es ist vielmehr notwendig, daß die Anreize zur Harmonisierung der Politik innerhalb dieses Europa die Anreize zum Konflikt überwiegen. Wie will das Europa des Generals de Gaulle diesen Kriterien gerecht werden?

Einige Faktoren sprechen für die Auffassung de Gaulles: Die Bevölkerung NATO-Europas (das über die Sechs hinausgeht) ist etwas größer und wahrscheinlich industriell besser geschult als die der Sowjetunion; seine Rohstoffquellen und sein industrielles Produktionspotential sind ebenso groß, wenn nicht größer; seine Landwirtschaft ist weit überlegen. Andere einschlägige wichtige Faktoren geben dem Osten aber ein Übergewicht:

Der Rüstungsstand des sowjetischen Teils dieses Europa ist, auf nuklearem wie auf konventionellem Gebiet, dem Westeuropas so weit überlegen, daß jede realistische Hoffnung auf einen Ausgleich innerhalb dieses begrenzten Gebietes einfach hinfällig ist. Und dies nicht nur auf Grund der qualitativen und quantitativen Ungleichheit, sondern auch auf Grund der Tatsache, daß innerhalb des vorgeschlagenen Gemeinwesens keine Möglichkeit besteht, dieses ungleiche Kräfteverhältnis zu ändern. Die Sowjetunion wird von einer monolithischen Autokratie beherrscht, die sich von etwaigen Versuchen General de Gaulles, ihre Macht zu verringern, nicht beeindrucken lassen wird. In Westeuropa liegt die Schwierigkeit heute - und in der Zukunft ebenso wie in der Vergangenheit - darin, das Wollen verschiedener Völker und Staaten zu wecken und zu koordinieren. Jeder Staat hat seine eigenen Schwierigkeiten; wenn diese Schwierigkeiten nun zusammenkommen, nehmen sie in geometrischer Reihe zu.

Westeuropa kann und wird im Rahmen eines gaullistischen Europa nicht dazu gebracht werden, seine Macht zu vergrößern, ohne dieses gaullistische Europa zu zerstören. Versucht der General, es dahin zu bringen, dann werden ihm seine russischen Kollegen Einhalt gebieten; machen diese den Versuch, werden sie sich seiner entledigen - und es vielleicht damit noch nicht bewenden lassen. Das gaullistische Europa muß somit ein Europa unter sowjetischer Hegemonie sein.

Die Partner des Generals sehen dies ebenso klar wie wir selbst, und die meisten von ihnen möchten sich an so etwas nicht beteiligen. Manche, aber sicherlich nur wenige von ihnen, nähren vielleicht die Hoffnung, die ich hier und da aus offiziellen französischen Verlautbarungen herauslese, daß sie mit beiden Seiten am besten fahren würden, wenn sie die Präsenz der USA in Europa beenden oder abschwächen, dabei aber die Garantie defensiven amerikanischen Schutzes beibehalten könnten. Dies liefe darauf hinaus, daß sie nichts tun würden, um die Russen an unserer Stelle mit der Alternative eines Atomkrieges zu konfrontieren, um sie vor dem Druck mit konventioneller Gewalt abzuschrecken. Statt dessen würden sie hoffen, durch die Aufstellung einer kleinen nationalen Kernwaffenstreitmacht in der Lage zu sein, die unsrige zum Einsatz zu bringen. Damit, so wird argumentiert, könnten sie sich, ohne die Bürde einer größeren konventionellen oder nuklearen Streitmacht auf sich zu nehmen, vor dem unverhältnismäßig mächtigen östlichen Teil eines vom Atlantik bis zum Ural reichenden Europa schützen.

Wenn General de Gaulle mit solchen Methoden das Beste beider Seiten zu erlangen sucht, so überläßt er den Vereinigten Staaten sicherlich den schlechtesten Teil. Uns würde nämlich die Aufgabe zugeteilt, Europa gegen die unausweichlichen Konsequenzen seiner Politik - die Beherrschung durch die Sowjetunion - zu verteidigen, ohne daß man uns gestatten würde, an der Schaffung einer, wie General Washington es nannte, "achtunggebietenden Verteidigungsstellung" in Westeuropa mitzuwirken oder Einfluß darauf zu nehmen. Unsere Aufgabe würde es unter diesen Umständen erforderlich machen, daß sich die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten gegenseitig in Schutt und Asche legen. Man kann sich schwerlich vorstellen, daß eine Regierung in unserem Lande je eine so wenig verlockende Verpflichtung übernehmen werde. Eine

Eine relativ geringe Anstrengung seitens einer mit der Macht der Vereinigten Staaten integrierten Verteidigung Westeuropas könnte der Sowjetunion die konventionelle Überlegenheit in Europa verwehren und sie vor die Notwendigkeit stellen, ihre Zuflucht zu einem Atomkrieg zu nehmen, um ihren Willen mit Gewalt durchzusetzen.

Somit scheint mir auf der Hand zu liegen, daß die Konzeption eines Europa vom Atlantik bis zum Ural eine Konzeption ist, die völlig von der des Nordatlantikpaktes abweicht, so lange die Sowjetunion auch nur im entferntesten an ihren gegenwärtigen Zielsetzungen und Auffassungen festhält. Sollte sie diese aufgeben, verlöre der Pakt seine Bedeutung. General de Gaulle kann nicht sowohl das Europa seiner Konzeption als auch den Vertrag seiner Konzeption haben. Nicht, weil er nicht beides wünscht, sondern weil unter diesen Umständen die Risiken und Gefahren für die Vereinigten Staaten im Falle der Übernahme der Vertragsverpflichtungen, wie er sie sich vorstellt, zu groß wären. Man kann nur hoffen, daß diese Wahrheit allgemein wohl verstanden wird.

In den Augen seiner europäischen Partner dürfte die Schwäche der Position General de Gaulles nicht nur in seinem grundlegenden Irrtum liegen, den wir soeben untersucht haben, sondern auch darin, daß es Frankreich überaus schwerfallen wird, das zu erreichen, was es zur Erfüllung bestimmter Teile des Programms erreichen muß. Werfen wir einen kurzen Blick auf die militärische Situation Frankreichs. Diese erfordert den Aufbau völlig neuer konventioneller Streitkräfte und eines völlig neuen Kernwaffenpotentials.

Das konventionelle Ziel besteht darin, zumindest ebenso große und gut ausgerüstete Streitkräfte in Europa zu haben wie die Deutschen. Zur Zeit verfügen die Deutschen über zwölf Divisionen, die noch viel besser sein könnten - und zweifellos bald sein werden -, als es augenblicklich der Fall ist. Ihre Zahl wird sicherlich noch erhöht. Die französischen Militärrevolten in Algerien, die O.A.S., die Desertionen und die Prozesse gegen hohe Offiziere sind nur die dramatischsten Anzeichen dafür, daß die französische Armee, die nach dem Weltkrieg in Asien und in Afrika einen Guerillakrieg nach dem anderen verlor, reorganisiert werden, neue Mannschaften, Offiziere und Ausrüstungen erhalten und neu gegliedert werden muß. Dies muß nicht deshalb geschehen,

geschehen, weil die NATO oder Washington es wünschen, sondern weil es für Frankreich eine zwingende Notwendigkeit ist. Das ist ein ebenso langwieriger wie schwieriger und sehr kostspieliger Prozeß, woran uns die deutschen Erfahrungen (die die französischen vorweggenommen haben) anlässlich der "Spiegel"-Affäre so eindringlich erinnerten. General de Gaulle müssen wohl manchmal die sarkastischen Worte des Herzogs von Wellington auf die Lippen kommen, der angesichts eines Truppenkontingents, das man ihm auf die iberische Halbinsel geschickt hatte, trocken bemerkte: "Ich weiß nicht, welchen Eindruck diese Leute auf den Feind machen werden; aber mir jagen sie, weiß Gott, einen Schrecken ein!"

An erster Stelle unter den hohen und unausweichlichen Haushaltsanforderungen steht der Ansatz für die nukleare Abschreckungswaffe, für die "force de frappe" oder, wie der Londoner "Economist" schrieb, die Forderung "mehr Frappe für einen Franc". General de Gaulle übertreibt dabei in seiner charakteristischen Offenheit keineswegs, was eine französische "force de frappe" bewirken könnte, aber ich glaube, er überschätzt ihre Bedeutung.

"Es trifft durchaus zu", sagte er im Januar, "daß die Menge an Atomkampfmitteln, mit der wir uns ausrüsten können, bei weitem nicht an die Massenvorräte der heutigen beiden Giganten heranreichen wird... 1945 führten zwei damals noch sehr einfache Bomben zur Kapitulation Japans, das ihnen nichts entgegenzusetzen hatte... Die französische Atomstreitmacht wird vom Beginn ihres Aufbaus an die Grimme und schreckliche Fähigkeit besitzen, in wenigen Augenblicken Millionen und Abermillionen Menschen zu vernichten. Diese Tatsache wird bestimmt - wenigstens in einem gewissen Umfang - nicht ohne Einfluß auf die Absichten eines etwaigen Angreifers bleiben."

Wir



Wir haben bereits die Konzeption erörtert, nach der unabhängige französische Streitkräfte als Abzugshebel den Abschluß amerikanischer strategischer Atomwaffen auslösen könnten, und dargelegt, weshalb diese Idee für uns nicht akzeptabel ist. Wir müssen jetzt die Nützlichkeit solcher Streitkräfte erörtern, wie es der General in dem zitierten Absatz tut, und zwar völlig unabhängig von einer Einbeziehung der amerikanischen Macht. Behauptet wird lediglich, daß diese Streitkräfte auf die Absichten eines etwaigen Angreifers "wenigstens in einem gewissen Umfang" nicht ohne Einfluß bleiben werden. Nimmt man diese Behauptung wörtlich, so ist es schwierig und nutzlos, ihre Richtigkeit zu bestreiten. Aber der General meint sicher mehr damit. Er erwartet, daß seine Streitkräfte einen meßbaren, ins Gewicht fallenden Abschreckungseffekt haben werden. Die Frage ist, wird dies der Fall sein? Und unter welchen Bedingungen?

Die französischen Streitkräfte hätten nur einen sehr geringen Abschreckungseffekt, falls ihre Waffen nur wenig Aussicht haben, irgendwelche Ziele zu erreichen. Wenn französische Atomsprengköpfe entwickelt werden, dann solche, die von Flugzeugen befördert werden; thermonukleare Sprengköpfe sind bis in die siebziger Jahre nicht vorgesehen, und es dürfte noch lange dauern, bis Raketengeschosse verfügbar sind. Und weiter: Während General de Gaulle bescheiden meint, daß die französischen Kampfmittel bei weitem nicht an diejenigen der beiden Giganten heranreichen werden, verhält es sich so, daß sie wahrscheinlich noch nicht einmal auf zwei Prozent der einen oder anderen kommen dürften. Dies wäre für die sowjetischen Luftstreitkräfte keine Bedrohung. Tatsächlich denkt der General ganz eindeutig an eine städtevernichtende Waffe. Die Aussicht, daß eine so kleine Streitmacht oder ein Teil davon die Abwehr dichtbevölkerter Zentren durchbrechen könnte, "um in wenigen Augenblicken Millionen und Abermillionen Menschen zu vernichten", ist nicht groß. Da Sowjetrußland immerhin bestrebt sein müßte, diese Kampfmittel zu vernichten, bevor sie noch den Boden verlassen haben, ist anzunehmen, daß die Vernichtungsrisiken, die eine solche Streitmacht heraufbeschwört, in der Bilanz für Frankreich beträchtlich größer als für die Sowjetunion sein würden.

Auf jeden Fall wäre die Möglichkeit, zur Schaffung dieser

dieser französischen Streitmacht beizutragen, für die europäischen Nachbarn Frankreichs nicht allzu verlockend. Und die finanzielle Belastung, die sie der französischen Wirtschaft auferlegen würde, könnte die erfreulich starke Position, die diese nach so vielen Jahren innerer und äußerer Spannungen und Aderlässe gerade erst gewonnen hat, leicht wieder ins Gegenteil verkehren. Tatsache ist, daß die militärische Position Frankreichs sehr schwach ist und wahrscheinlich noch eine beträchtliche Zeitlang schwach bleiben dürfte. Das ist nicht nur für das NATO-Bündnis bedauerlich, sondern es muß sich auch katastrophal auf die Absichten General de Gaulles auswirken, seine europäischen Nachbarn davon zu überzeugen, daß er sie zu einer ausschließlich von den Europäern gewährleisteten Sicherheit führen kann oder daß er die Verwirklichung so sehnlich erstrebter politischer Ziele wie der deutschen Zielsetzung, Berlin zu schützen und Deutschland wiederzuvereinigen, zu fördern vermag.

Sieht man die Dinge in einem noch größeren Rahmen, so bietet sich dem Europa General de Gaulles wenig Aussicht, eigene Stärke zu gewinnen oder einen positiven Beitrag zur Stärke der freien Welt zu leisten. Zwar wurde das Veto gegen den Aufnahmeantrag der Briten hauptsächlich mit der Gefahr begründet, daß die Amerikaner sie als Trojanisches Pferd benutzen könnten, doch kam als weiterer Grund zur Sprache, daß Großbritannien ganz anders als die kontinentalen Gesellschaften geartet sei. Es sei eine Insel. Es blicke nach außen, sei durch seinen Handel mit "den entlegensten Ländern" verbunden; was es tue, werde "bestimmt von sehr ausgeprägten, ganz eigenartigen Gewohnheiten und Traditionen". Demgegenüber bescheinigt der General den sechs Kontinentalstaaten, sie zögen es vor, "innerhalb ihres eigenen Verbandes zu produzieren, zu kaufen, zu verkaufen und zu verbrauchen". General de Gaulle war rasch bereit, in diesem Gegensatz einen geschichtlich tief verwurzelten Konflikt der Führungskräfte und Konzeptionen zu erblicken.

Vor einigen Monaten erklärte mir ein deutscher Freund: "Die Sechs haben einen zu engen Horizont, um dem eigenen und dem allgemeinen Wohl zu dienen. Was wir brauchen, ist ein Schuß Salzwasser." Was sieht General de Gaulle, wenn er über den Kontinent hinausschaut? Nur die ehemaligen afrikanischen Kolonien Frankreichs, die er in eine Gemeinschaft

Gemeinschaft einbeziehen möchte, für welche ihm Großbritannien zu fremdartig war. Der Gemeinsame Markt ist genau wie die Vereinigten Staaten ein zu bedeutender Produzent und Verbraucher, um nur innerhalb seines eigenen Verbandes kaufen, verkaufen und verbrauchen zu können. Wenn man dies versuchen wollte, würde es die schlimmsten Konsequenzen für das eigene Gebiet und für die weiten Außenzonen der freien Welt haben, die vom Handel mit diesen beiden großen Märkten leben müssen. Die amerikanische Politik gegenüber dem Gemeinsamen Markt ging seit seiner Gründung davon aus, daß ein solches Arrangement unter der Voraussetzung niedriger Außenzölle und anderer Schranken gut, bei hohen Barrieren dagegen schlecht sei. Der Gemeinsame Markt wurde nicht als ein Instrument für die Abkapselung des europäischen Handels innerhalb eines geschlossenen Vereins unter französischer Hegemonie begrüßt, sondern als ein neuer großer Markt, der der Ausweitung des Handels auch aus weltoffenem Verantwortungsbewußtsein dient. Das vom Kongreß in der vergangenen Sitzungsperiode verabschiedete Gesetz über die Ausweitung des Außenhandels (Trade Expansion Act) fußt auf dieser Konzeption. Niemand hat dies besser formuliert als Jean Monnet, der Vater des Gemeinsamen Marktes:

"Es gibt dringende Probleme, die weder Europa noch Amerika allein lösen kann. Dabei handelt es sich nach meiner Auffassung um die Währungsstabilität des Westens, um die Organisation der Landwirtschaft in einer sich zunehmend industrialisierenden Welt, um die Hilfe für die Entwicklungsländer, die deren Wachstum beschleunigen soll, und selbstverständlich um die Freigabe des Handels, die zwischen Ihnen (den Amerikanern) und dem Gemeinsamen Markt ausgehandelt werden muß."

Der Gegensatz zwischen dieser Feststellung und der kurzsichtigen Vorliebe für ein Europa, das sein wirtschaftliches Auskommen innerhalb des eigenen Verbandes sucht, ist ein gewisser Maßstab dafür, welcher Schaden aus der auf der Pressekonferenz angekündigten Politik erwachsen kann.

Wie sollen nun die Vereinigten Staaten im Lichte dieser Analyse auf die Ereignisse des Januar reagieren? Zunächst einmal sollten sie

sie eine besonnene Antwort geben, die Sinn für die richtigen Proportionen erkennen läßt und Schärfe und Groll vermeidet. Sie darf nicht, wie es zum Teil in der Presse der Fall war, auf der Annahme basieren, daß alles verloren sei, weil General de Gaulle unumwunden einen schon seit langem bestehenden Widerstand gegen eine allgemein befürwortete Politik aufgedeckt hat. Sie sollte auf dem Wissen basieren, daß die Haltung des Generals von unseren gemeinsamen Verbündeten nicht gebilligt werden wird, weil sie nicht im gemeinsamen Interesse liegt. Sie sollte des weiteren auf der Tatsache basieren, daß die Vereinigten Staaten stark sind und von Freund und Feind gleichermaßen als stark angesehen werden, während Frankreich zwar glücklicherweise wesentlich gesündere Verhältnisse als noch vor kurzem aufzuweisen hat, aber noch immer weit davon entfernt ist, kraftvoll die Führung zu übernehmen. Kurzum, die Demarche de Gaulles hat sehr wenig geändert, wenn sie auch die Absicht und die Fähigkeit aufgezeigt hat, den Gang der Dinge in einigen Fällen zu bremsen.

Unsere gegenwärtige Verteidigungspolitik in Europa ist richtig und sollte fortgeführt werden. Sie besteht in dem beständigen Drängen auf die Entwicklung einer konventionellen Verteidigungsposition, die, während ihre Stärke wächst, den Sowjets beständig klarmacht, daß sie der Versuch, ihre Ziele durch Drohung oder gewaltsamen Druck zu erreichen, in zunehmendem Maße mit der Notwendigkeit konfrontiert, zum Atomkrieg Zuflucht zu nehmen. Einer französischen Beteiligung und Mitarbeit sollten die Türen nicht verschlossen werden. Wenn die Haltung Frankreichs Abmachungen, die im Rahmen der NATO hinsichtlich des weiteren Aufbaus der gemeinsamen Verteidigung getroffen werden, über Gebühr hinaus verzögert oder hintertreibt, dann sollten die diesbezüglichen Bemühungen eben direkt auf die Nationen verwandt werden, die fähig und willens sind, Fortschritte zu machen. Wir sollten uns darüber im klaren sein, daß Frankreich wegen der Schwierigkeiten in Asien und Afrika ein Jahrzehnt lang einen ungemein geringen Beitrag geleistet hat und daß von ihm im günstigsten Fall auch für ein weiteres Jahrzehnt nicht viel mehr zu erwarten ist. Ferner ist alles das, was zur Reorganisation der französischen Streitkräfte unternommen wird, ein notwendiges Vorspiel für jedwede wirksame Beteiligung. Was

Was immer der General für die Entwicklung eines nuklearen Potentials unternimmt, unternimmt er ohnehin, und je weniger Zeit wir daran verschwenden, uns deshalb Sorgen zu machen, desto besser.

Was eine strategische Atomstreitmacht in Europa anbelangt, so ist das multinationale Konzept im Prinzip das beste. Es dürfte meines Erachtens aber Zeitverschwendung sein, den noch in ferner Zukunft liegenden Problemen der Kontroll- und Befehlsgewalt bis in die letzten logischen Extreme nachzuspüren, ehe es überhaupt etwas zu kontrollieren oder zu befehligen gibt. Unsere Verbündeten können ja gar keine sehr konkreten Vorstellungen davon haben, wie sich ihre Beteiligung an der nuklearen Verteidigung gestalten soll, solange sie nichts darüber wissen. Darüber etwas zu erfahren, hat ihnen eine zum eigenen Schaden übertriebene Geheimhaltung verwehrt. Diese Barrieren sollten beseitigt werden. Sorgfältig ausgewählten Offizieren und Zivilpersonen sollte jede erdenkliche Gelegenheit gegeben werden, im Detail die Kosten einer Atomrüstung, die Schwierigkeiten der Bereitstellung, des Schutzes, der Einsatzplanung und der Kontrolle strategischer Atomwaffen und einiges über die Bedienung verschiedener Waffentypen zu erfahren. Dadurch würde die Diskussion über das, was gemeinhin als "NATO"- oder "europäische" Atomstreitmacht bezeichnet wird, radikal verwandelt. Nur dann können wir für die gemeinsame Verteidigung eine wirklich kluge Planung im Verein mit unseren Verbündeten erhoffen, bei der Aufgaben und Bereitstellung der verschiedenen Waffen von dem zu lösenden Problem, nicht aber von nationalem Prestige, Stolz oder Mißtrauen bestimmt werden.

Im politischen Bereich laufen die Ereignisse des Januar auf eine deutliche und ernste Warnung hinaus, welche Strafe in unseren Beziehungen zu Deutschland für das Versäumnis zu zahlen ist, uns zu unzweideutigen politischen Entschlüssen hinsichtlich Mitteleuropas und der Wiedervereinigung Deutschlands durchzuringen. Dies berührt natürlich auch den Kern der Berlin-Politik. Amerikanische und europäische Interessen erfordern, wenn man sie frei vom Nebel der Illusion betrachtet, die Wiedervereinigung innerhalb eines vereinten Europa, innerhalb einer eng geknüpften atlantischen Allianz. Seit

Seit dem verhängnisvollen Treffen in Camp David sind die Deutschen über unsere beständigen Verhandlungen mit den Russen unter russischen Drohungen beunruhigt. Ergebnislos und ohne echte Zugeständnisse, wie sie bisher verliefen, schienen sie den Deutschen auf eine zunehmende Anerkennung des ostdeutschen Regimes hinzudeuten; sie versetzten die deutsche Politik fortlaufend in Aufregung und lenkten die Sympathie der Deutschen auf die Unterstützung der deutschen Ambitionen durch General de Gaulle, die nachdrücklicher zugesagt als vorbehaltlos gegeben worden sein dürfte. Unser Flirt mit Moskau vermochte, wie viele andere, die ohne ernste Absichten begonnen worden sind, weiter nichts, als weit engere Beziehungen zu vergiften. Es ist an der Zeit, dem ein Ende zu machen und unsere Absichten unzweideutig darzulegen.

Wenn die Januar-Offensive auch dort begann, wo man die Wirtschaftsfrent vermuten darf, und allerlei Schaden angerichtet hat, so sehe ich doch keinen Grund, weshalb der Krieg dort weitergehen sollte. Der Anlaß dafür, nämlich der britische Aufnahmeantrag, ist jetzt auf unbestimmte Zeit ad acta gelegt. Die Fünf würden Frankreich gerne - mit der Zeit vielleicht auch mit Erfolg - umstimmen, sofern die britische Politik nicht einen Weg einschlägt, der die Haltung Großbritanniens ändert. Niemand kann gegenwärtig klar erkennen, wie sich die Dinge entwickeln werden. Aber wenn die Erregung und der Groll nicht angefacht werden, sollten sich in wichtigen Bereichen genügend gemeinsame Interessen ergeben, um in den von Jean Monnet gewiesenen Richtungen weiter vorzustoßen.

Was die Liberalisierung des Handels betrifft, so wird der Vertrag von Rom ab 1966 jeden Einzelpartner daran hindern, einen von den anderen gewünschten Kurs zu blockieren. Wenn wir und die Fünf tatkräftig auf den Abbau der Schranken rings um die großen Märkte Europas und Amerikas hinarbeiten, können wir das Unvermeidbare so gestalten, wie es General de Gaulle akzeptieren wird. Der geschäftsführende Direktor des Weltwährungsfonds, Per Jacobsson, hat kürzlich erklärt, es sei "vielleicht das Beste, was den Entwicklungsländern passieren kann, wenn die industriell fortgeschrittenen Länder eine aktive

aktive expansive Handelspolitik betreiben", und er regte an, daß dies in gemeinschaftlicher Weise über den Fonds und die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) in Paris geschehen könnte. Jean Monnet forderte mit Nachdruck, die führenden Finanzländer sollten sich weiter der damit eng verknüpften Aufgabe widmen, die Stabilität der westlichen Währungen zu erhöhen. An diesen Bemühungen kann sich General de Gaulle ohne Verlegenheit und inneren Widerspruch beteiligen. Sie stehen in vollem Einklang mit den französischen Interessen, wie er sie sieht.

Kurzum, der Januar war kein guter Monat. General de Gaulle hat dem Westen mit der Ablehnung des britischen Aufnahmegesuchs einen schlechten Dienst erwiesen. Er enthüllte dabei einige langfristige Pläne, denen man entgegentreten muß und die, wenn man ihnen durch kluges Vorantreiben besserer Pläne entgegentritt, keine großen Entwicklungsaussichten haben. Auf anderen Gebieten besteht die Möglichkeit und die Notwendigkeit, bei bedeutenden Aufgaben mit ihm zusammenzuarbeiten. Der Ecclesiastes-Verfasser hat uns gesagt: "Ein jegliches hat seine Zeit..."brechen und bauen". Der vergangene Januar war anscheinend eine Zeit des Brechens inmitten einer langen Aufbauperiode. Dabei ist einiger Schaden angerichtet worden. Jetzt ist es an der Zeit, ihn wieder zu reparieren und den Aufbau weiter fortzusetzen.

\* \* \* \* \*

Allg./XVI - 11

GEORGE C. MCGHEE

SOLL NEUER BOTSCHAFTER DER USA IN BONN WERDEN

WASHINGTON - (AD) - Präsident Kennedy hat am Mittwoch seine Absicht bekanntgegeben, den gegenwärtigen Staatssekretär für Politische Fragen im amerikanischen Außenministerium, George C. McGhee, zum neuen Botschafter der USA in der Bundesrepublik zu ernennen. McGhee, der bisherige dritte Mann im State Department, wird Botschafter Walter C. Dowling nach Ablauf seiner Amtszeit in Bonn - wahrscheinlich Ende August oder Anfang September - ablösen.

In einer Erklärung des Weißen Hauses würdigte Präsident Kennedy die Verdienste McGhees, der seit nahezu siebzehn Jahren auf verschiedenen Posten wertvolle Arbeit geleistet habe. "Meine Entscheidung, ihn zu bitten, seinen gegenwärtigen wichtigen Posten zu verlassen, um Botschafter der USA in der Bundesrepublik zu werden", so heißt es in der Erklärung wörtlich, "spiegelt die große Bedeutung wider, die ich der Aufrechterhaltung enger und kooperativer Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland im Rahmen der Atlantischen Allianz beimesse."

Wie aus der Erklärung Kennedys weiter hervorgeht, soll Botschafter Dowling nach Beendigung seiner Tätigkeit in Bonn einen anderen wichtigen Posten übernehmen. Kennedy würdigte in der genannten Erklärung auch die Leistungen Dowlings und führte wörtlich aus: "Sein Beitrag zur Entwicklung enger Bindungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik Deutschland während der vergangenen dreieinhalb Jahre war besonders wichtig zu einer Zeit, in der die Rolle Deutschlands in der europäischen Gemeinschaft und in der Atlantischen Allianz nach Umfang und Bedeutung immer größer wurde."

George C. McGhee wurde am 10. März 1912 in Waco im Staate Texas geboren. Schon bei seinem Studium an den Universitäten Dallas (Texas) und Oklahoma hatte er sich vornehmlich auf Geologie und Geophysik konzentriert. Um sein Studium bestreiten zu können, hatte er ein Jahr lang als Geologe für eine Ölgesellschaft in Dallas gearbeitet. Kurz nach seinem Abgang von der Oklahoma-Universität erhielt er ein Rhodes-Stipendium, das ihm die Fortführung



## "AMERIKA DIENST"

Fortführung seiner Studien in Oxford gestattete, wo er 1937 zum Doktor promovierte, ehe er für kurze Zeit an die Londoner Universität übersiedelte.

Noch vor Beendigung seiner dreijährigen Studienzzeit in Oxford hatte McGhee ein eigenes Verfahren zur Bestimmung geologischer Formationen entwickelt. Obwohl er schon damals den Entschluß gefaßt hatte, später in den Staatsdienst zu treten, begann er nach seiner Rückkehr in die Vereinigten Staaten eine nur kurze, aber um so erfolgreichere Karriere als Ölsucher. Sie stellte seine finanzielle Unabhängigkeit sicher, noch ehe er das dreißigste Lebensjahr vollendet hatte. Im Januar 1938 wurde er Teilhaber einer Erdölfirma, und 1940 konnte er, begünstigt durch große Ölfunde, im Staate Louisiana eine eigene Ölgesellschaft aufbauen.

Damit war der Zeitpunkt für den Beginn einer Laufbahn im Staatsdienst gekommen. McGhee nahm eine Stellung in der Kriegsproduktionsbehörde, dem War Production Board, an. Im weiteren Verlauf des Krieges ging er als Offizier zur US-Marine und wurde vornehmlich auf dem pazifischen Kriegsschauplatz eingesetzt. Für die Leitung eines kombinierten See- und Lufteinsatzes, bei dem 600 Menschen aus Seenot gerettet werden konnten, wurde er mit dem Orden "Legion of Merit", dem Tapferkeitsorden, ausgezeichnet.

Kurz nach Kriegsende kehrte McGhee wieder in den Regierungsdienst zurück, zunächst als Sonderreferent des Unterstaatssekretärs für Wirtschaftsfragen im US-Außenministerium. 1947, als die kommunistischen Versuche einer Infiltration Griechenlands ihrem Höhepunkt zustrebten, wurde er Koordinator der Griechenland- und Türkei-Hilfe. Zwei Jahre später ernannte ihn Präsident Truman zum Unterstaatssekretär für Nahost-, Südasien- und Afrika-Fragen; in dieser Position war er maßgeblich an der Planung und Abwicklung des Punkt-4-Programms zur technischen Hilfeleistung beteiligt. Von 1951 bis 1953 vertrat er die Vereinigten Staaten in der Türkei als Botschafter und Direktor der Amerika-Hilfe.

In den folgenden acht Jahren widmete sich Botschafter McGhee vornehmlich privaten geschäftlichen Angelegenheiten und der Mitarbeit in einer Reihe von wissenschaftlichen und gemeinnützigen Vereinigungen und Gesellschaften.

Nachdem McGhee bereits seit 1958 verschiedentlich vom Nationalen Sicherheitsrat als Berater herangezogen worden war, brachte das Jahr 1961 seine Rückkehr in den Staatsdienst, als ihn Präsident Kennedy als Unterstaatssekretär für politische Planung und Vorsitzter des Rates für politische Planung in das State Department berief. 1961 war er maßgeblich an den Vorbereitungen für die Berlin-Verhandlungen mit den Sowjets beteiligt. Während der Kongo-Krise spielte er eine aktive Rolle in den amerikanischen Bemühungen um eine geeignete Lösung und machte in einer Sondermission eine einmonatige Reise nach Afrika.

Im

## "AMERIKA DIENST"

Im November 1961 rückte McGhee im Zusammenhang mit einer Umbesetzung der Führungsspitze des State Department auf den Posten des Staatssekretärs für Politische Fragen auf und nahm damit die dritte Position im US-Außenministerium ein.

Die Berufung zum Botschafter in Bonn bringt für George McGhee die Erfüllung des lang gehegten Wunsches, wieder in den diplomatischen Außendienst zurückzukehren. Mit ihm kommt ein Mann als Vertreter der amerikanischen Regierung nach Bonn, der die Grundzüge und Zielsetzungen der US-Außenpolitik wie kaum ein anderer kennt und seit Jahren selbst aktiv an ihrer Gestaltung mitgearbeitet hat.

Botschafter McGhee ist verheiratet und hat sechs Kinder. Er ist ein Freund der Künste, photographiert gerne und spielt Tennis. Er geht, wenn Zeit und Umstände es gestatten, viel auf Reisen. Während seiner Tätigkeit in Washington verbrachte er seine Freizeit zumeist auf einem Gut, das er in Virginia, unweit der amerikanischen Hauptstadt, besitzt.

\* \* \* \* \*

Wi./XV-15

## SONDERBOTSCHAFT PRÄSIDENT KENNEDYS ZUR AUSLANDSHILFE

WASHINGTON - (AD) - Nachstehend übermitteln wir Ihnen den Wortlaut der Sonderbotschaft zur Auslandshilfe der USA, die Präsident Kennedy am 2. April 1963 dem amerikanischen Kongreß unterbreitet hat.

Das Weiße Haus

Botschaft über die Verteidigungs- und Hilfeprogramme der freien Welt

An den Kongreß der Vereinigten Staaten:

"Der Frieden hat seine Siege, die nicht weniger rühmlich sind als die des Krieges", so schrieb Milton. Und kein Sieg in Friedenszeiten in unserer Geschichte hat eine weiter reichende Auswirkung gehabt oder hat der Sache des Friedens besser gedient als die Siege, die wir während der letzten 17 Jahre durch die Programme für gegenseitige Hilfe und Verteidigung unserer Nation errangen. Diese Siege wurden im wesentlichen in aller Stille und nicht mit lauten Fanfaren errungen. Sie zielten nicht darauf ab, Territorien für die Vereinigten Staaten oder Unterstützung in den Vereinten Nationen zu gewinnen, sondern Dutzenden von Staaten in aller Welt, die eine Schlüsselstellung einnehmen, Freiheit und Hoffnung zu bewahren und Tyrannei und Subversion zu ersparen.

Die Vereinigten Staaten geben heute über 10 Prozent ihres Bruttosozialprodukts für Programme aus, die hauptsächlich der Verbesserung unserer nationalen Sicherheit dienen. Etwas weniger als ein Zwölftel dieses Betrages und weniger als 0,7 Prozent unseres Bruttosozialprodukts werden für das Programm für gegenseitige Hilfe aufgewandt, davon etwa die Hälfte für wirtschaftliche Entwicklung und die andere Hälfte für militärische und andere kurzfristige Hilfe. Vom Standpunkt unserer nationalen Interessen überwiegt der Wert dieses Programms seine Kosten bei weitem. Es ist sicherlich gerechtfertigt, wenn die reichste Nation der Welt knapp ein Prozent

## "AMERIKA DIENST" - WIRTSCHAFT UND ARBEIT

Prozent ihres Bruttosozialproduktes für die Unterstützung der weniger vom Glück begünstigten Schwesternationen ausgibt, allein schon auf Grund ihrer internationalen Verantwortung. Aber da diese Programme nicht nur das sind, was ohnehin rechtens ist, sondern eindeutig in unserem nationalen Interesse liegen, muß alle Kritik in diesen Rahmen gerückt werden. Daß unsere Hilfsprogramme verbesserungsfähig sind, steht hier nicht zur Debatte. Daß sie aber sowohl unserer nationalen Tradition entsprechen als auch unseren nationalen Interessen dienen, steht gänzlich außer Zweifel.

Die Geschichte zeigt, daß unsere Hilfsprogramme für die Türkei und für Griechenland die entscheidenden Faktoren waren, die die Türkei in die Lage versetzten, sich gegen nachhaltigen sowjetischen Druck zu behaupten, Griechenland, eine kommunistische Aggression niederzuwerfen, und beide, wieder stabile Verhältnisse herzustellen und auf dem Wege zu wirtschaftlichem und sozialem Wachstum voranzuschreiten.

Die Geschichte zeigt, daß der Marshall-Plan es den Ländern Westeuropas, einschließlich Großbritanniens, ermöglicht hat, sich von den Verwüstungen des schrecklichsten Weltkrieges zu erholen, eine neue militärische Stärke aufzubauen, dem expansionistischen Druck des stalinistischen Rußland zu widerstehen und eine wirtschaftliche Wiedergeburt einzuleiten, die Westeuropa zum zweitgrößten und -reichsten Industriegebiet der heutigen Welt gemacht hat, zu einem pulsierenden Zentrum der Stärke der freien Welt, das jetzt selbst zum Wachstum und zur Stärke der Entwicklungsländer beiträgt.

Die Geschichte zeigt, daß unsere militärische und wirtschaftliche Hilfe für die Länder an den Grenzen der kommunistischen Welt - wie Persien, Pakistan, Indien, Vietnam und das freie China - es bedrohten Völkern ermöglicht hat, da frei und unabhängig zu bleiben, wo sie sonst entweder von der aggressiven kommunistischen Macht überrannt worden oder dem völligen Chaos, der Armut und der Verzweiflung anheimgefallen wären.

Die Geschichte zeigt, daß unsere Beiträge zur Auslandshilfe der entscheidende Faktor bei dem Entstehen und Wachsen einer ganzen Familie internationaler Finanzinstitutionen und -behörden waren, die in dem unaufhörlichen Krieg gegen die Not und in dem Kampf um Wachstum und Freiheit eine immer wichtigere Rolle spielen.

Und schließlich wird die Geschichte zeigen, daß heute unsere Anleihen im Rahmen der technischen und Entwicklungshilfe dort Hoffnung geben, wo diese Hoffnung fehlte, dort die Initiative wecken, wo es an Dynamik mangelte, und daß sie überall auf der Erde zum Fortschritt anspornen - daß sie gleichzeitig die militärische Sicherheit der freien Welt fördern und damit mithelfen, dort Barrieren gegen die Ausbreitung des Kommunismus zu errichten, wo sie am meisten zählen, mithelfen, jene Weltgemeinschaft unabhängiger und selbständiger Nationen aufzubauen, in der wir leben möchten, und schließlich auch dem aus tiefstem Herzen kommenden amerikanischen Drang Genüge leisten, jenen eine hilfreiche Hand hinzustrecken, die hart arbeiten, um sich und ihren Kindern ein besseres Leben zu schaffen.

Trotz

## "AMERIKA DIENST" - WIRTSCHAFT UND ARBEIT

Trotz lautstarker Opposition von allem Anfang an, trotz düsterer Voraussagen, daß die Auslandshilfe unser Land in den Bankrott führen werde, trotz der Warnungen, daß wir unser Geld mit dem Marshall-Plan und den darauf folgenden Programmen "in ein Rattenloch werfen", und trotz der großen Schwierigkeiten in der Praxis sowie einiger Fehler und Enttäuschungen ist es eine Tatsache, daß unsere Hilfsprogramme generell durchweg das erreicht haben, was sie erreichen sollten.

Nirgendwo auf der Welt befindet sich die Freiheit auf dem Rückzug - weder in Europa, Asien und Afrika noch in Lateinamerika -, wie es ohne amerikanische Hilfe sehr wohl hätte der Fall sein können. Wir wissen jetzt, daß diese Freiheit - die Freiheit insgesamt, unsere eigene eingeschlossen - geschmälert wird, wenn andere Länder unter kommunistische Herrschaft fallen, wie China im Jahre 1949, Nordvietnam und die nördlichen Provinzen von Laos im Jahre 1954 und Kuba im Jahre 1959. Die Freiheit, jegliche Freiheit, wird durch die versteckten, vielgestaltigen und unaufhörlichen kommunistischen Subversionsbemühungen in Lateinamerika, Afrika, im Mittleren Osten und in Asien bedroht. Und ebenso werden die Aussichten der Freiheit in Ländern gefährdet oder untergraben, denen die Hoffnung fehlt, die Hoffnung auf ein besseres Leben, das sich auf wirtschaftlichen Fortschritt, Erziehung, soziale Gerechtigkeit und auf die Entwicklung stabiler Institutionen stützt. Hier liegen die vorgeschobenen Grenzposten der Freiheit, die wir durch unsere militärischen und wirtschaftlichen Hilfsprogramme zu festigen versuchen; und indem das geschieht, dienen sie unserem tiefsten nationalen Interesse.

Diese Auffassung wurde nacheinander von drei Präsidenten - Demokraten sowohl als auch Republikanern - vertreten.

Sie ist in neun aufeinanderfolgenden Kongressen mit überparteilicher Mehrheit gebilligt worden.

Sie hat seit 17 Jahren die Unterstützung einer überparteilichen Mehrheit des amerikanischen Volkes gefunden.

Und sie ist erst kürzlich von einem Ausschuß aus hervorragenden amerikanischen Bürgern, der unter der Leitung von General Lucius D. Clay steht und dem die Herren Robert Anderson, Eugene Black, Clifford Hardin, Robert Lovett, Edward Mason, L.F. McCollum, George Meany, Herman Phleger und Howard Rusk angehören, erneut bekräftigt worden. In ihrem Bericht heißt es: "Wir sind der Überzeugung, daß diese Programme, richtig geplant und durchgeführt, von entscheidender Bedeutung für die Sicherheit unserer Nation und für die Erfüllung unserer weltweiten Pflichten notwendig sind."

Es besteht also, kurz gesagt, seit vielen Jahren eine nationale Übereinstimmung bezüglich der entscheidenden Bedeutung dieser Programme. Grundsatz und Zielsetzung der amerikanischen Hilfe für die weniger gesicherten und weniger vom Glück begünstigten Nationen werden und können nicht ernsthaft in Zweifel gestellt werden.

Die

Die Erfordernisse der Gegenwart

Die Frage ist nun: Wie steht es um die Zukunft? Wie groß ist angesichts dieser Fortschritte der Vergangenheit das Ausmaß der gegenwärtigen Erfordernisse, welche Möglichkeiten haben wir, und mit welchen Veränderungen müssen wir an diesem Scheideweg der Weltgeschichte rechnen?

Ich glaube, wir stehen an einem wirklichen Scheideweg. Unsere Welt steht vor dem Höhepunkt einer historischen Umwälzung. Eine Woge der nationalen Unabhängigkeit hat fast alle Entwicklungsländer erfasst, in denen rund ein Drittel der Menschheit lebt; die industrielle und wissenschaftliche Revolution breitet sich bis in die entlegensten Gebiete der Erde aus. Die Völker der Erde stehen vor zwei unvereinbaren Auffassungen vom Wert, von den Rechten und der Rolle des Einzelmenschen.

In den etwa 80 Entwicklungsländern werden in den kommenden Tagen, Monaten und Jahren zahllose große und kleine Entscheidungen getroffen werden - Entscheidungen, die zusammengenommen das wirtschaftliche und soziale System errichten, die politische Führung und Form und die politische Praxis bestimmen und die Gestalt der Institutionen prägen werden, die für ein Drittel der Menschheit entweder Entscheidungsfreiheit oder Zwang bringen werden. Und diese Entscheidungen werden gewaltige Auswirkungen auf die Gestalt der Welt haben, in der unsere Kinder heranwachsen.

Afrika ist in unruhiger Bewegung, um seine Unabhängigkeit zu festigen und diese Unabhängigkeit durch wirtschaftliche und soziale Entwicklung für seine Völker sinnvoll zu machen. Das amerikanische Volk hat seine Sympathie für diese Ziele zum Ausdruck gebracht und immer wieder bekräftigt.

Das freie Asien wendet sich entschlossen gegen die politische, wirtschaftliche und militärische Herausforderung der unablässigen Versuche des kommunistischen China, den Kontinent zu beherrschen.

Lateinamerika ist dabei, entscheidende Schritte in Richtung auf eine wirkliche Demokratie zu tun - und das inmitten eines turbulenten, raschen sozialen Wandels und angesichts der drohenden Gefahr der kommunistischen Unterwanderung.

Die Vereinigten Staaten können - als die reichste und mächtigste Nation und als die Nation, die für die Unabhängigkeit der Völker und ein besseres Leben für alle Menschen eintritt - auf diesem Höhepunkt des Zeitalters der Entscheidung ebensowenig abseits stehen wie sie sich aus der Gemeinschaft der freien Nationen lösen können. Unsere Anstrengung ist nicht nur symbolisch: sie ist auf unsere lebenswichtigen Sicherheitsinteressen gerichtet.

Ich hoffe, daß das amerikanische Volk durch seine Vertreter im Kongreß in diesem Jahr unseren Antrag auf Mittel für die Auslandshilfe aus diesem Zusammenhang heraus prüfen wird, einen Antrag, der sorgfältig und ausdrücklich darauf abgestimmt ist, diesen spezifischen Aufgaben gerecht zu werden. Es handelt sich nicht um eine lästige Bürde. Es handelt sich vielmehr um ein neues Kapitel unseres Anteils an einem unausgesetzten

## "AMERIKA DIENST" - WIRTSCHAFT UND ARBEIT

unausgesetzten lebenswichtigen Kampf - um die konstruktivste, größte Anforderungen stellende Aufgabe, die größte Aufgabe, die Menschen jemals um der Freiheit und ihrer Mitmenschen willen auf sich genommen haben.

### Geplante Verbesserungen

In einer sich ständig ändernden Welt müssen unsere gemeinsamen Verteidigungs- und Hilfeprogramme laufend überprüft werden. Meine in dieser Botschaft enthaltenen Empfehlungen spiegeln die Arbeit des Clay-Ausschusses, die von dem neuen Leiter des Amtes für Internationale Entwicklung durchgeführte Untersuchung sowie die Erfahrungen wider, die im ersten vollen Jahr der Durchführung des vom Kongreß 1961 verabschiedeten neuen und verbesserten Programms gesammelt wurden. In diesen Untersuchungen besteht grundsätzliche Übereinstimmung, daß diese Hilfeprogramme von großem Wert für unsere eigensten nationalen Interessen sind, daß ihre grundlegenden Konzeptionen sowie ihre Durchführung, wie sie in der bestehenden Gesetzgebung verankert sind, richtig sind, daß bei der Verwirklichung dieser Konzeptionen Fortschritte erzielt wurden und weiterhin erzielt werden, daß aber noch viel zu tun übrig bleibt, um unsere Leistungen zu verbessern und den bestmöglichen Nutzen aus diesen Programmen zu ziehen.

Ferner besteht in all diesen Untersuchungen grundsätzliche Übereinstimmung hinsichtlich sechs Hauptempfehlungen für die Zukunft.

Ziel Nr. 1: Die Anwendung strengerer Maßstäbe hinsichtlich der Förderungswürdigkeit und Bereitschaft zur Selbsthilfe bei der Unterstützung der Entwicklungsländer. Diesem Ziel wurde von dem Ausschuß zur Stärkung der Sicherheit der freien Welt (Clay-Bericht), der die Meinung vertritt, daß die Anwendung solcher Kriterien zu wesentlichen Einsparungen bei ausgewählten Programmen im Laufe der nächsten ein bis drei Jahre führen könnte, besondere Aufmerksamkeit gewidmet.

In dieser Richtung sind bereits beträchtliche Fortschritte erzielt worden. Während die Anzahl früherer Kolonien, die ihre Unabhängigkeit erlangt haben, die Gesamtliste der unterstützten Länder vergrößert hat, gehen 80 Prozent der gesamten Wirtschaftshilfe gegenwärtig nur an 20 Länder; und die Militärhilfe ist sogar noch enger konzentriert. Der Anteil der Entwicklungsanleihen gegenüber den ausgesprochenen Zuwendungen hat sich von 10 Prozent auf 60 Prozent erhöht. Wir haben unsere gesamten Entwicklungsanleihen auf eine "Rückzahlbar-in-Dollar-Basis" gestellt, und in diesem Jahr verstärken wir - wie der Clay-Ausschuß dies empfahl - unsere Bemühungen, die Anleihebedingungen so zu formulieren, daß die Zinssätze und Fälligkeitstermine mehr als bisher der unterschiedlichen Finanzkraft der verschiedenen Länder angepaßt sind.

Insbesondere im Rahmen der Allianz für den Fortschritt - und in zunehmendem Maße auch bei anderen Hilfeprogrammen - wird der Nachdruck von den Empfängerländern selbst auf Selbsthilfe und auf eigene Reformen

Reformen gelegt, indem unsere Hilfe als Katalysator für den Fortschritt und nicht als Almosen verwendet wird. Schließlich geben wir nicht nur - wo immer die Verhältnisse dies gestatten - der Wirtschafts- gegenüber der Militärhilfe den Vorzug, sondern sehen uns neuerdings auch Umfang und Zweck der örtlichen Streitkräfte, die unsere Hilfe empfangen, sehr kritisch an. Die Tatsache, daß wir bei unserer Militärhilfe eine stärkere Betonung auf die innere Sicherheit sowie auf den zivilen Einsatz legen, steht im Einklang mit der Erfahrung, daß militärische Streitkräfte in Entwicklungsländern eine ebenso bedeutende wirtschaftliche wie auch schützende Rolle spielen können. So wurden beispielsweise in Lateinamerika im Finanzjahr 1963 die Militärhilfemittel, die für die Unterstützung von technischen, medizinischen und anderen für Zivilprojekte eingesetzten Einheiten bereitgestellt wurden, mehr als verdoppelt.

Ziel Nr. 2: Das Streben nach einer Reduzierung und schließlich Einstellung der amerikanischen Unterstützung dadurch, daß die einzelnen Nationen so schnell wie möglich in die Lage versetzt werden, auf eigenen Füßen zu stehen. Sowohl den USA als auch den von uns unterstützten Ländern muß daran gelegen sein, den Punkt zu erreichen, wo sie aus eigener Kraft wachsen können, den Punkt, wo sie Hilfe von außen nicht mehr länger benötigen, um ihre Unabhängigkeit zu wahren. Unser Ziel ist nicht ein willkürlicher Termin für die Einstellung der Hilfe, sondern eine möglichst weitgehende Vorverlegung des "Starttermins", des Zeitpunkts also, wo ihre Volkswirtschaften genügend Schwung gewonnen haben, um sich selbständig weiterzuentwickeln, und wo sie zur Deckung des wachsenden Kapitalbedarfs nur der gleichen normalen Quellen der Finanzierung von außen bedürfen, die auch unser Land viele Jahrzehnte lang in Anspruch genommen hat.

Für einige ist dieses Ziel, was die Wirtschaftshilfe betrifft, in greifbare Nähe gerückt. Bei anderen wird es länger dauern. Aber in allen Fällen sollten besondere zur Selbständigkeit führende Programme und Dringlichkeitsstufen festgesetzt werden, einschließlich jener Maßnahmen, die von den Empfängerländern und allen anderen, die diesen Ländern zu helfen bereit sind, ergriffen werden müssen.

Die bisherige Entwicklung zeigt deutlich, daß die Auslandshilfe kein endloser oder unwandelbarer Prozeß ist. Vor fünfzehn Jahren ging unsere Unterstützung nahezu ausschließlich an die fortgeschrittenen Länder Europas und an Japan; heute wird sie fast ausschließlich in die Entwicklungsländer gelenkt. Vor zehn Jahren wurde der größte Teil unserer Hilfe zur Stärkung der militärischen Streitkräfte und labilen Volkswirtschaften verwendet; inzwischen wurde diese Hilfe auf die Hälfte reduziert, und unsere Unterstützung kommt in zunehmendem Maße der wirtschaftlichen Entwicklung zugute. Es gibt jedoch noch wichtige Fälle, in denen sich die militärische Drohung des Kommunismus nicht verringert hat und sowohl Militär- als auch Wirtschaftshilfe noch erforderlich ist. Die Reihe solcher Fälle reicht von relativ stabilen Grenzen wie in Korea und der Türkei bis zu Gebieten aktiver Aggression wie Vietnam.

Ziel



## "AMERIKA DIENST" - WIRTSCHAFT UND ARBEIT

Ziel Nr. 3: Sicherstellung einer größeren Beteiligung anderer Industrienationen an den Kosten der internationalen Entwicklungshilfe. Die Vereinigten Staaten stehen bei der Unterstützung der Entwicklungsländer nicht mehr allein, und ihr anteilmäßiger Beitrag zu den Kosten verringert sich. Der Fluß der Geldmittel aus anderen Industrieländern - der sich gegenwärtig auf insgesamt 2 Milliarden Dollar im Jahr beläuft - dürfte anhalten; und wir rechnen mit einer noch engeren Zusammenarbeit mit diesen Ländern, um unsere gemeinsamen Bemühungen in wirksamster Weise zum Tragen zu bringen. Ferner haben die internationalen Kreditinstitutionen sowie die für die technische Unterstützung zuständigen Einrichtungen, für die wir große Beiträge leisten, das Programm sowie den Umfang ihrer Tätigkeit erweitert; und wir rechnen mit einer Ergänzung dieser Hilfsquellen von Fall zu Fall in Verbindung mit größeren Beiträgen seitens anderer Länder. Wir werden weiterhin mit unseren Verbündeten zusammenarbeiten und sie auffordern, ihre Hilfestrebungen zu intensivieren und ihre Unterstützung zu Bedingungen zu gewähren, die für die Entwicklungsländer weniger beschwerlich sind.

Ziel Nr. 4: Abschwächung nachteiliger Auswirkungen des Hilfeprogramms auf unsere eigene Zahlungsbilanz und auf unsere eigene Wirtschaft. Noch vor wenigen Jahren wurde mehr als die Hälfte der Mittel der amerikanischen Wirtschaftshilfe im Ausland ausgegeben, was zum Abfluß unserer Dollar und unseres Goldes beitrug. Über achtzig Prozent der für die Einhaltung unserer bis dato gegebenen Zusicherungen erforderlichen Mittel werden nun in den Vereinigten Staaten ausgegeben werden, was zum Wachstum unserer Wirtschaft und der Beschäftigungsmöglichkeiten beitragen wird. Dieser Anteil wird in dem Maße steigen, in dem weitere Maßnahmen zu diesem Zweck ergriffen werden. Ich möchte hinzufügen, daß unsere Zahlungsbilanzsituation heute durch die Rückzahlung von Anleihen, die den europäischen Ländern im Rahmen des Marshall-Plans und seitens der Export-Import-Bank gewährt wurden, günstig beeinflusst wird. Ich bin überzeugt, daß wir in Zukunft, wenn das Einkommen in den Entwicklungsländern ansteigt, ähnlichen Nutzen aus den Anleihen ziehen werden, die wir jetzt diesen Ländern gewähren.

Unsere Wirtschaft wird ebenfalls durch die Ausweitung kommerzieller Exporte auf Länder geholfen, deren gegenwärtiges Wachstum und deren Prosperität durch die amerikanische Wirtschaftshilfe in früheren Jahren angespornt wurde. Im Laufe der vergangenen zehn Jahre haben sich unsere Exporte nach Westeuropa und Großbritannien mehr als verdoppelt, und unsere Exporte nach Japan haben um das Vierfache zugenommen. Ebenso können wir damit rechnen, daß sich die Handelsmöglichkeiten mit denjenigen Ländern in Zukunft ausweiten werden, deren wirtschaftliche Entwicklung wir im Augenblick fördern.

Überdies verwenden wir unsere Agrarprodukte in steigendem Maße im Rahmen des Lebensmittel-für-den-Frieden-Programms, um das wirtschaftliche Wachstum der Entwicklungsländer anzuregen und zur Verwirklichung anderer außenpolitischer Ziele der USA beizutragen. In dem Maße, wie sich die Volkswirtschaften dieser Länder aufwärtsentwickeln, ermutigen wir sie, bei diesen Waren von Verkäufen in ausländischer Währung zu Bar- oder Dollarkreditverkäufen überzugehen.

Die

## "AMERIKA DIENST" - WIRTSCHAFT UND ARBEIT

Die anteilmäßige Last unserer Unterstützungsprogramme ist ständig vermindert worden - von rund 2 Prozent unseres Brutto-sozialprodukts bei Anlaufen des Marshall-Plans auf 0,7 Prozent heute, von 11,5 Prozent des Bundeshaushalts im Jahre 1949 auf gegenwärtig 4 Prozent.

Obwohl diese Zahlen erkennen lassen, daß unsere Hilfeprogramme - relativ gesehen - heute beträchtlich weniger Kosten als noch vor zehn oder fünfzehn Jahren, setzen wir dennoch unsere Bemühungen fort, um sie wirksamer zu gestalten und den Gewinn aus jedem investierten Dollar zu vergrößern. Das Personal, die Verfahren und die Durchführung werden ständig verbessert. Eine Anzahl von Außenstellen sind geschlossen, verkleinert oder mit den Botschaften oder regionalen Dienststellen zusammengelegt worden. Diese Bemühungen um größere Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit werden unter dem neuen Administrator noch beschleunigt werden.

Ziel Nr. 5: Fortsetzung der Verteidigungsunterstützung für die von einem kommunistischen Angriff von innen oder außen her bedrohten Länder. Unser Militärhilfeprogramm war ein entscheidender Faktor, um die sowjetische und chinesische Militärmacht über zehn Jahre lang verhältnismäßig fest in ihren Grenzen zu halten. Ohne den Schutz dieses Programms wäre der erhebliche wirtschaftliche Fortschritt der an den sino-sowjetischen Bereich grenzenden Entwicklungsländer kaum möglich gewesen. Mit dem Aufbau ihrer wirtschaftlichen Stärke werden diese Länder auch einen größeren Teil der Lasten ihrer Verteidigung übernehmen können. Wir dürfen jedoch nicht annehmen, daß die Militärhilfe für diese Länder - oder für andere, die vor allem einem subversiven Angriff von innen her ausgesetzt sind - in absehbarer Zukunft eingestellt werden kann. Im Gegenteil: wenn es auch möglich sein wird, das eine oder andere Programm zu reduzieren oder einzustellen, so müssen wir doch mit der Notwendigkeit neuer und erweiterter Programme rechnen.

Indien ist ein Modellfall. Es kann kaum noch bezweifelt werden, daß es klug war, die bemerkenswerten und erfolgreichen Bemühungen des indischen Subkontinents um Fortschritt und Stabilität durch amerikanische Hilfeleistungen zu unterstützen. Die Bedrohung, die durch den chinesischen Angriff auf Indien im vergangenen Herbst offenbar wurde, wird vielleicht weitere Anstrengungen unsererseits erforderlich machen, um die Sicherheit dieses entscheidend wichtigen Gebietes zu stärken, unter der Voraussetzung, daß diese Anstrengungen durch entsprechende Leistungen Indiens und Pakistans ergänzt werden.

Im großen und ganzen ist jedoch der Umfang der Militärhilfe gering im Verhältnis zu den Ausgaben für unsere nationale Sicherheit; in diesem Finanzjahr beläuft sie sich auf rund 3 Prozent unseres Verteidigungsbudgets. "Dollar für Dollar", so erklärte der Clay-Ausschuß unter besonderer Bezugnahme auf die Grenzgebiete, "tragen diese Programme mehr zur Sicherheit der freien Welt bei als entsprechende Posten in unseren Verteidigungsbewilligungen... Diese Länder stellen

## "AMERIKA DIENST" - WIRTSCHAFT UND ARBEIT

stellen mehr als zwei Millionen Soldaten, die zum überwiegenden Teil für jeden Notfall gerüstet sind." Ohne Zweifel würde - wenn es dieses Programm nicht gäbe - unser Verteidigungsbudget erheblich erhöht werden müssen, um einen gleichwertigen Beitrag zur Verteidigung der freien Welt zu leisten.

Ziel Nr. 6: Stärkere Heranziehung privater Investitionen sowie anderer nichtstaatlicher Hilfsquellen bei der Unterstützung der Entwicklungsländer. In den vergangenen Monaten sind eine Reihe neuer Maßnahmen ergriffen worden, um Erfahrung und Können einer Vielzahl von privaten Organisationen und Einzelpersonen hier in den USA für dieses Programm zu mobilisieren. Genossenschaften sowie Spar- und Darlehensverbände haben sich sehr aktiv für die Schaffung ähnlicher Einrichtungen im Ausland, insbesondere in Lateinamerika, eingesetzt. Unsere landwirtschaftlichen Hochschulen und die Universitäten schalten sich zunehmend in unsere verschiedenen Programme ein, um bei der Entwicklung von Agrargebieten in Übersee zu helfen. In Lateinamerika sind beispielsweise bereits 37 amerikanische Universitäten und landwirtschaftliche Hochschulen am Werk - und eine weitere erhebliche Steigerung dieser Arbeit ist im kommenden Jahr zu erwarten. Führende Persönlichkeiten des öffentlichen und privaten Lebens aus dem Staat Kalifornien beraten mit den zuständigen Stellen in Chile, wie die Möglichkeiten und Hilfsmittel eines bestimmten Bundesstaates besser auf die Unterstützung eines bestimmten Landes ausgerichtet werden können. Die Gewerkschaften, Stiftungen, Handelsverbände, Berufsvereinigungen und viele andere Institutionen verfügen ebenfalls über Wissen und Hilfsmittel, die wir in immer stärkerem Maße heranziehen, um den ganzen Komplex privater und öffentlicher Einrichtungen, von denen unser eigenes nationales Leben abhängt, systematischer und sinnvoller bei diesem wichtigen Prozeß des nationalen Aufbaues einzusetzen. Dem Modernisierungsprozeß liegt das zentrale Problem der Schaffung, Anpassung und Verbesserung der Institutionen zugrunde, ohne die keine moderne Gesellschaft auskommen kann.

### Privatinvestitionen

Die wichtigste neue Initiative im diesjährigen Programm erstreckt sich auf unsere verstärkten Bemühungen, die Investition von Privatkapital in den Entwicklungsländern zu ermutigen. Bei der Förderung amerikanischer Privatinvestitionen durch die Gewährung von Investitions Garantien - bisher in Höhe von 900 Millionen Dollar -, durch Kostenbeteiligung an Investitionsprüfungen, Anleihen in Landeswährung und andere nach den gegenwärtigen Gesetzen mögliche Maßnahmen ist bereits ein beachtlicher Fortschritt erzielt worden. Allein während der ersten Hälfte des laufenden Haushaltsjahres wurden privaten Firmen 7,7 Millionen Dollar in Landeswährung als Anleihen zur Verfügung gestellt.

Ich glaube jedoch, daß sowohl von seiten der Regierung durch eine verstärkte Tätigkeit des Amtes für Internationale Entwicklung (AID) als auch auf gesetzgeberischem Gebiet durch den Kongreß noch viel mehr getan werden müßte. Von Regierungsseite werden unsere Botschafter und Missionen im Ausland angewiesen, bei ihren Verhandlungen mit den

## "AMERIKA DIENST" - WIRTSCHAFT UND ARBEIT

den Entwicklungsländern nachdrücklicher darauf hinzuweisen, wie wichtig es ist, die privaten Hilfsquellen voll auszuschöpfen und das Klima sowohl für einheimische wie auch für ausländische Privatinvestitionen zu verbessern. Insbesondere bin ich darüber besorgt, daß das Investitionsgarantieprogramm in einigen Ländern nicht in vollem Umfang durchgeführt werden kann, da es die dortigen Regierungen versäumen, die normalen, zwischenstaatlichen Zusicherungen bezüglich der Investitions Garantien zu geben.

Darüber hinaus wird auch das Amt für Internationale Entwicklung (AID) seine eigene Tätigkeit bezüglich der Förderung der privaten Wirtschaftstätigkeit verstärken und ausweiten - sowohl hinsichtlich der Bemühungen, den Entwicklungsländern beim Aufbau einer starken Privatwirtschaft zu helfen, als auch hinsichtlich der Einrichtungen, durch die Kapital und technisches Können der Privatwirtschaft für die wirtschaftliche Entwicklung mobilisiert werden.

Auf gesetzgeberischem Gebiet empfehle ich folgendes:

a. Eine Änderung der Steuerbestimmungen für einen Versuchszeitraum, um amerikanischen Steuerzahlern die Möglichkeit zu geben, Neuinvestitionen in Entwicklungsländern abzusetzen, was auch in gewissem Umfang für Reinvestitionen ihrer Gewinne in diesen Ländern gelten sollte. Eine solche Steuererleichterung dürfte durch die Ermöglichung höherer Kapitalerträge wesentlich dazu beitragen, daß weitere Privatinvestitionen in den Entwicklungsländern getätigt werden. Der Ausschuß amerikanischer Geschäftsleute für die Allianz für den Fortschritt hat eine solche Maßnahme empfohlen.

b. Eine Änderung der Bestimmungen für Investitions Garantien im Auslandshilfegesetz, um das Garantieprogramm zu erweitern und klar zu umreißen.

Der wirtschaftliche und soziale Fortschritt kann nicht von den Regierungen allein erreicht werden. Die wirksame Beteiligung des fortschrittlichen amerikanischen Geschäftsmannes, insbesondere in Verbindung mit Privatinteressen in dem Entwicklungsland selbst, bringt im Entwicklungsprozeß nicht nur die finanzielle Investition, sondern auch seine technischen und betriebswirtschaftlichen Kenntnisse ins Spiel. Seine erfolgreiche Beteiligung trägt wiederum dazu bei, das Klima des Vertrauens zu schaffen, das so entscheidend wichtig ist, um das lebensnotwendige ausländische und inländische Kapital anzuziehen und zu halten. Wir begrüßen und ermutigen jede Initiative, die in Lateinamerika auf dem privaten Sektor ergriffen wird, um das industrielle Wachstum zu beschleunigen, und hoffen, daß auch in anderen Entwicklungsländern ähnliche kooperative Anstrengungen gemacht werden.

### Die Allianz für den Fortschritt

Die Erfolge der Allianz für den Fortschritt in den kommenden Jahren werden - in einem ganz besonderen Sinne - Maßstab unserer

## "AMERIKA DIENST" - WIRTSCHAFT UND ARBEIT

unserer Entschlossenheit, unserer Ideale und unserer Klugheit und Besonnenheit sein. In diesem vergangenen Jahr ist unsere Fähigkeit und Findigkeit als Volk gerade hier in der westlichen Hemisphäre in ganz eindeutiger Weise auf die Probe gestellt worden. Wir handelten unverzüglich, um der Bedrohung durch aggressive Kernwaffen auf Kuba zu begegnen, und wir fanden die Nationen Lateinamerikas auf unserer Seite. Ihnen wurde ebenso wie uns erneut bewußt, welche Gefahr darin liegt, zuzulassen, daß die Armut und Hoffnungslosigkeit eines ganzen Volkes irgendwo hier auf diesem Kontinent lange währt.

Hätte man die Bedürfnisse des kubanischen Volkes in der Zeit vor Castro befriedigt - seinen Wunsch nach Nahrungsmitteln, Wohnraum, Bildung und Arbeit sowie, allem voran, sein Verlangen nach demokratischer Mitbestimmung in der Erfüllung seiner eigenen Hoffnungen - dann hätte es weder einen Castro noch Raketen auf Kuba gegeben und die Nachbarn Kubas hätten sich nicht dem gewaltigen Risiko des Widerstands gegen eine drohende Aggression von seiten dieser Insel auszusetzen brauchen.

Es gibt nur einen einzigen Weg, um zu vermeiden, in Zukunft einem ähnlichen Dilemma gegenüber zustehen. Man muß in allen Ländern Lateinamerikas die Hoffnung wecken und den Völkern dieses Kontinents zu verstehen geben, daß sie für sich eine bessere Zukunft gestalten können - nicht dadurch, daß sie den unmenschlichen Geboten einer fremden und zynischen Ideologie folgen, sondern dadurch, daß sie ihrem eigenen Willen Ausdruck verleihen, sich ein eigenes Urteil bilden und verantwortungsbewußt als Bürger handeln.

Als Amerikaner haben wir seit langem die Rechtmäßigkeit dieser Bestrebungen anerkannt. In den vergangenen Monaten haben wir - wie nie zuvor - erkennen können, welche Dringlichkeit ihnen zukommt und, wie ich meine, durch welche konkreten Maßnahmen sie sich verwirklichen lassen.

In weniger als zwei Jahren ist aus dem Zehnjahresprogramm der Allianz für den Fortschritt mehr geworden als eine Idee, mehr als eine Verpflichtung von Regierungen. Die notwendige erste Anstrengung, um Pläne auszuarbeiten, Institutionen zu errichten, zu erproben und zu prüfen - haben eine neue Hingabe und Bereitschaft erforderlich gemacht und wachgerufen - eine neue Bereitschaft zum klugen Kompromiß zwischen alten und neuen Lebensformen. Auf lange Sicht wird diese Anstrengung und nicht die Drohung des Kommunismus das Schicksal der Freiheit in der westlichen Hemisphäre bestimmen.

Diese Jahre waren für keine Gruppe in Lateinamerika leicht. Eine ähnliche Änderung der grundlegenden Ausrichtung unserer eigenen Gesellschaft wäre gewiß nicht leichter gewesen. Die Schwierigkeit der herbeizuführenden Veränderungen läßt den Erfolg vieler Nationen in Lateinamerika bei der Durchführung von Reformen, die ihren fundamentalen wirtschaftlichen und sozialen Aufbau gesünder und auch gerechter gestalten helfen, in einem noch helleren Licht erscheinen.

Einige

## "AMERIKA DIENST" - WIRTSCHAFT UND ARBEIT

Einige eindrucksvolle Erfolge sind bereits sichtbar geworden. In den meisten Ländern dieses Gebietes werden immer mehr neue Wohnungen gebaut. Die Ausbildungsmöglichkeiten wachsen rasch. Der Straßenbau schreitet insbesondere in landwirtschaftlichen Gebieten schnell voran. Mit Hilfe von amerikanischen Geldern werden über zwei Millionen Schulbücher verteilt, um dem Analphabetentum bei etwa der Hälfte der 210 Millionen Bewohner Lateinamerikas zu Leibe zu rücken. In den Ländern der Allianz für den Fortschritt wird die Ernährung von 8 Millionen Kindern und Müttern durch Lebensmittel aus dem Programm "Nahrungsmittel für den Frieden" ergänzt, und diese Zahl dürfte im nächsten Jahr auf fast 16 Millionen anwachsen.

In dem von Unruhen heimgesuchten Nordosten Brasiliens wird im Rahmen eines Abkommens mit dem Land Rio Grande do Norte ein Programm in Angriff genommen, um 3000 Lehrer auszubilden, 1000 Klassenräume, zehn Berufsschulen, acht Volksschulen und vier Lehrerbildungsstätten zu errichten. In Venezuela ist ein 30-Millionen-Dollar-Projekt zur Beseitigung von Elendsvierteln in Angriff genommen worden. In Bogotá in Kolumbien wächst auf dem Gebiet des ehemaligen Flugplatzes eine neue Stadt für 71 000 Menschen, die sich mit Unterstützung des Treuhandfonds für Sozialen Fortschritt ihre Wohnungen selbst bauen.

In diesem Jahr habe ich einen Brief von Senor Argemil Plazas Garcia erhalten, den ich bei der Einweihung eines Wohnungsbauprojekts im Rahmen der Allianz für den Fortschritt in Bogotá traf. Er schreibt mir: "Heute lebe ich mit meinen dreizehn Kindern in diesem Haus, und wir sind sehr glücklich, daß wir solche Armut nicht mehr kennen und nicht mehr wie Ausgestoßene von Ort zu Ort ziehen müssen. Wir wissen jetzt, was Würde und Freiheit ist... Meine Frau, meine Kinder und ich schreiben Ihnen diesen einfachen Brief, um Ihnen den herzlichsten Dank der kolumbianischen Freunde auszusprechen, die nunmehr ein Heim haben, in dem sie glücklich leben können." Zahlreiche Anfänge der Selbsthilfe und der Reformen zeichnen sich jetzt ab, die von noch größerer und weitreichender Bedeutung sind. Seit 1961 haben elf lateinamerikanische Länder - Argentinien, Brasilien, Bolivien, Kolumbien, Chile, Costa Rica, die Dominikanische Republik, El Salvador, Mexiko, Panama und Venezuela - strukturelle Reformen in ihren Steuersystemen vorgenommen. Zwölf Länder haben ihre Einkommensteuergesetzgebung und ihre Steuerverwaltung verbessert. In Venezuela, der Dominikanischen Republik und zwei Staaten Brasiliens sind umfassende Programme zur besseren Bodennutzung und zur Landreform in Angriff genommen worden. Verhältnismäßig begrenzte Pläne werden gegenwärtig in Chile, Kolumbien, Panama, Uruguay und Mittelamerika durchgeführt.

Sechs lateinamerikanische Länder - Kolumbien, Chile, Bolivien, Honduras, Mexiko und Venezuela - haben dem Expertenausschuß der Organisation Amerikanischer Staaten Entwicklungsprogramme unterbreitet. Dieses Gremium hat die Pläne der ersten drei Länder analysiert und darüber Bericht erstattet; zu den Plänen der restlichen Länder soll in Kürze berichtet werden.

Wenn

## "AMERIKA DIENST" - WIRTSCHAFT UND ARBEIT

Wenn man berücksichtigt, was in Jahrzehnten versäumt worden ist, oder daß die grundlegenden Probleme nur gelegentlich Aufmerksamkeit fanden, dann ist der Anfang, der gemacht worden ist, ermutigend. Vielleicht am bedeutsamsten von alledem aber ist der Wandel, der sich im Fühlen und Denken der Menschen vollzogen hat - ein zunehmender Wille, ihr Land zu entwickeln. Wir können den Lateinamerikanern nur helfen, sich selbst zu helfen. Aus diesem Grunde ist die zunehmende Entschlossenheit der Völker dieses Gebietes, moderne Gesellschaften aufzubauen, so erfreulich. Und aus diesem Grunde müssen auch die verantwortlichen Politiker in Lateinamerika auf den Willen des Volkes mit einem größeren Verständnis für die dringenden Aufgaben und Ziele reagieren, damit aus Erwartungen nicht Enttäuschung, aus Hoffnung nicht Verzweiflung wird. Die anstehenden Reformgesetze müssen verabschiedet werden, aus Worten müssen Taten werden, und der Mechanismus zur Durchführung der Programme muß aufgebaut und verstärkt werden. Das sind keine leichten Schritte, wie wir aus eigener Erfahrung wissen, aber sie müssen getan werden.

Wir selbst beabsichtigen, unsere Unterstützung in Lateinamerika auf jene Länder zu konzentrieren, die sich an die in der Charta von Punta del Este niedergelegten Prinzipien halten, und mit unseren Nachbarn zusammenzuarbeiten, um genauer die besonderen politischen Fluktuationen, Reformen und andere Maßnahmen der Selbsthilfe aufzuzeigen, die notwendig sind, um unsere Hilfe wirksam zu gestalten und der Allianz zum Erfolg zu verhelfen. Die Empfehlung des Clay-Ausschusses, unsere Bemühungen um die Förderung einer wirtschaftlichen Integration innerhalb dieses Gebietes und die Ausweitung des Handels zwischen den lateinamerikanischen Ländern zu verstärken, ist überaus wertvoll. Die Entschlossenheit der mittelamerikanischen Präsidenten, sich kühn in dieser Richtung zu bewegen, hat mich während meines jüngsten Zusammentreffens mit ihnen in San José, Costa Rica, sehr beeindruckt; und das Amt für Internationale Entwicklung hat bereits ein Regionalbüro in Mittelamerika eröffnet, unterstützt eine regionale Entwicklungsbank und beteiligt sich an regionalen Handelskonferenzen.

In den ersten zwei Jahren der Allianz für den Fortschritt ist ein Anfang gemacht worden, aber die Arbeit, die noch vor uns liegt, muß fortlaufend schnellstens in Angriff genommen werden. Zahlreiche Voraussetzungen für ein erfolgreiches Jahrzehnt sind vorhanden, und der grundsätzliche Kurs für die Zukunft ist klar. Es liegt nun bei allen Partnern der Allianz, stetig die Kräfte und den Willen aufzubieten, die notwendig sind, um unerschütterlich diesen Kurs zu verfolgen.

### Die gesetzgeberischen Maßnahmen für dieses Jahr

Wenn man die vorerwähnten Tatsachen und Grundsätze in Programmkosten und Bewilligungen umsetzt, und zwar auf der Grundlage der Anwendung der vorher dargelegten und vom Clay-Ausschuß bekräftigten Maßstäbe, dann ergibt sich folgendes Bild:

1.

## "AMERIKA DIENST" - WIRTSCHAFT UND ARBEIT

1. Mehr als 200 Millionen Dollar an Mitteln der Wirtschaftshilfe, die gegenwärtig verfügbar sind, dürften im laufenden Finanzjahr eingespart und nicht verwendet werden; und mehr als 100 Millionen Dollar dieser nicht verwendeten Mittel werden für künftige Anleihezwecke verfügbar sein;

2. Zusätzlich zu den eingesparten Mitteln, die in das nächste Jahr hinübergenommen werden, hat eine genaue Prüfung ergeben, daß eine Anzahl von Reduzierungen der ursprünglichen Haushaltsvoranschläge für die Wirtschafts- und Militärhilfe vorgenommen werden können, ohne daß die nationalen Interessen dadurch ernstlich in Mitleidenschaft gezogen werden.

Diese Faktoren zusammengenommen erlauben eine Kürzung des ursprünglichen Haushaltsvoranschlages von 4,9 Milliarden Dollar auf 4,5 Milliarden Dollar. Dieser Betrag bringt - in Übereinstimmung mit den Maßstäben und Empfehlungen - die erwarteten Reduzierungen der Militär- und Wirtschaftshilfe für eine Reihe von Ländern sowie unvermeidbare Erhöhungen für andere zum Ausdruck. Die wesentlichen für die Bewilligungen des Jahres 1964 vorgeschlagenen Netto-Erhöhungen sind folgende:

- zusätzliche 325 Millionen Dollar für Anleihen in Lateinamerika - davon 125 Millionen Dollar durch das Amt für Internationale Entwicklung (AID) und 200 Millionen Dollar durch den Treuhandfonds für Sozialen Fortschritt, der von der Interamerikanischen Entwicklungsbank für die Vereinigten Staaten verwaltet wird (wofür im Haushaltsjahr 1963 keine Bewilligung notwendig war, da im Jahr zuvor eine zweijährige Bewilligung ausgesprochen wurde);

- zusätzliche 85 Millionen Dollar für Anleihen in der übrigen Welt, vor allem für Länder wie Indien, Pakistan und Nigeria, die jenem Höheniveau der Selbsthilfe und des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts gerecht werden, das es ermöglicht, unsere Hilfe auf die schließliche volle Selbständigkeit abzustellen;

- zusätzliche 80 Millionen Dollar für die Militärhilfe, einschließlich der erhöhten Anforderungen für Indien (wobei die Summe noch weit unter dem Stand im Haushaltsjahr 1961 liegt); und

- zusätzliche 50 Millionen Dollar für den Nothilfe-Fonds, der die für unsere eigene Sicherheit notwendige Flexibilität gewährleistet. Wir können und dürfen die Möglichkeit nicht außer acht lassen, daß in Gebieten, die heute ruhig erscheinen, neue Bedrohungen - ähnlich denen in Laos oder Vietnam - auftreten oder daß sich neue Chancen bieten, große Erfolge für die Sache der Freiheit zu erzielen. Die Auslandshilfepolitik kann ebensowenig unbeweglich sein wie die Außenpolitik selbst.

Ich halte es für notwendig und wünschenswert, daß diese Mittel vom Kongreß zur Verfügung gestellt werden, um den Anforderungen des Programms gerecht zu werden und für neue Möglichkeiten des Programms



## "AMERIKA DIENST" - WIRTSCHAFT UND ARBEIT

Programms zur Verfügung zu stehen. Mittel, die auf Grund der verschärften Maßstäbe für die Auswahl und Durchführung von Projekten, unseres Hilfeprogramms nicht benötigt werden, sollen, wie auch im laufenden Jahr, nicht ausgegeben oder bereitgestellt werden.

Die Änderungen in der Gesetzgebung, die ich hiermit vorschlage, berühren die Grundzüge des Aufbaus und der Zielsetzung des Auslandshilfegesetzes von 1961 in seiner geänderten Form nicht. Grundsätzliche Änderungen dieser Gesetzgebung scheinen heute nicht notwendig.

Eine relativ geringfügige Änderung, die ich vorschlage, betrifft die getrennte Ausgabeermächtigung für die Bewilligung der Mittel zur Unterstützung amerikanischer Schulen und Krankenhäuser im Ausland. Eine Reihe dieser von Amerikanern geförderten Schulen sind in den Entwicklungsländern sehr erfolgreich gewesen, indem sie eine nach amerikanischen Maßstäben ausgerichtete Ausbildung boten. Bisher ist ihnen eine gewisse Unterstützung aus den allgemeinen Mitteln für die Wirtschaftshilfe zugeflossen, aber das hat sich in zunehmendem Maße als unzweckmäßig erwiesen. Getrennte Ausgabeermächtigungen und Bewilligungen würden dazu dienen, diesen Schulen die Durchführung eines langfristigen Ausbildungsprogramms zu ermöglichen, und es ihnen erleichtern, sich auf eine gesunde finanzielle Basis zu stellen und, soweit überhaupt möglich, eines Tages von amerikanischer Regierungsunterstützung unabhängig zu werden.

Schließlich ersuche ich den Kongreß, im Rahmen dieser Gesetzgebung den Abschnitt des Gesetzes über die Ausweitung des Handels zu ändern, der verlangt, daß Importe aus Polen und Jugoslawien nicht die gleiche Zollbehandlung erfahren dürfen wie andere. Es wäre zweckmäßig, diese Änderung in dieses (Auslandshilfe-) Gesetz einzubauen, zumal ich davon überzeugt bin, daß der Handel und andere Formen normaler Beziehungen für unsere künftigen Beziehungen zu diesen Ländern eine gesündere Basis darstellen als die Hilfe.

### Zusammenfassung

Lassen Sie mich abschließend noch einmal die überragende Bedeutung der Bemühungen unterstreichen, denen wir uns verschrieben haben.

An diesem Punkt der Geschichte können wir auf zahlreiche Erfolge in dem Kampf um die Erhaltung der Freiheit zurückblicken. Tag für Tag erringt unser Land in den Elendsvierteln und den kleinen Dörfern, in den Krankenhäusern und Schulen sowie in den Regierungsämtern einer Welt, die entschlossen ist, sich emporzuarbeiten, unbemerkte Siege im Kampf gegen die kommunistische Subversion. Zwei Jahrhunderte der Pionierarbeit und des Wachstums müssen auf Jahrzehnte, ja sogar Jahre zusammengedrängt werden. Es ist dies ein Tätigkeitsbereich, für den uns unsere Geschichte prädestiniert, zu dem uns unsere Aspirationen drängen und auf den uns unsere nationalen Interessen hinlenken.

Überall

## "AMERIKA DIENST" - WIRTSCHAFT UND ARBEIT

Überall auf der Welt zeigen sich - für alle sichtbar - Risse in dem monolithischen Block unseres Gegners. Für das amerikanische Volk ist dies eine Zeit, in der es gilt, mit Weitblick, Geduld, Fleiß und Klugheit zu handeln. Ob zum Guten oder Schlechten: wir geben das Tempo an. Die Führungsmacht der Freiheit darf nicht nachlassen oder zögern, soll nicht ein anderer das Tempo bestimmen.

Wir haben es gewagt, die sechziger Jahre das Jahrzehnt der Entwicklung zu nennen. Doch nicht die Ausdruckskraft unserer Schlagworte, sondern das Maß an Beharrlichkeit, das wir aufbringen, wird darüber entscheiden, ob diese Generation von Amerikanern die führende Rolle verdient, die die Geschichte uns übertragen hat.

\* \* \* \* \*

Wi./17.5.1963

## DIE VEREINIGTEN STAATEN UND DIE VERHANDLUNGEN

### ZUR AUSWEITUNG DES HANDELS

#### Hintergrundanalyse

Das amerikanische Gesetz über die Ausweitung des Handels (Trade Expansion Act) und die in den Vereinigten Staaten angekauften Vorbereitungen, seine Bestimmungen so weitgehend wie möglich auszuschöpfen, basieren auf der Überzeugung, daß eine Ausweitung des Welthandels die Prosperität aller Völker mehren wird. Das Gesetz leitet sich direkt aus dem Gesetz über gegenseitige Handelsabmachungen von 1934 (Reciprocal Trade Agreements Act) her und soll die Bemühungen der Vereinigten Staaten um den Abbau internationaler Handelsschranken nicht nur fortführen, sondern noch intensivieren. Die Vereinigten Staaten erhoffen von einer internationalen Arbeitsteilung, welche die damit verbundenen wirtschaftlichen Vorteile nahelegen, nicht nur für sich selbst, sondern auch für ihre Handelspartner (darunter insbesondere die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft - EWG) und Drittländer in allen Teilen der Welt günstige Auswirkungen. Diese liberale Einstellung zum Weltmarkt hat ihren Ursprung in den politischen und wirtschaftlichen Reformen der dreißiger Jahre, die eine Abkehr von dem aus der Depression geborenen Protektionismus einleiteten. Sie war das ausschlaggebende Moment, das die Vereinigten Staaten zur Mitarbeit im Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (General Agreement on Tariffs and Trade - GATT) und bei allen während der Nachkriegszeit geführten Verhandlungen bestimmte, die auf den Abbau der Handelsschranken abzielten. Den ausländischen Produzenten eröffnete sie den Zutritt zum größten und reichsten einheitlichen Markt der Erde in bisher einmaligem Umfang.

Der Erfolg der Bemühungen der USA um die Ausweitung des Weltmarktes läßt sich an der zu verzeichnenden Senkung der US-Zölle und auch an der Erhöhung der Einfuhren gegenüber dem Zeitraum von 1931 bis 1935 ablesen. Damals beliefen sich die amerikanischen Zölle ad valorem im Durchschnitt auf 50 Prozent, 1961 nur noch auf 12 Prozent; im gleichen Zeitraum stiegen die amerikanischen Einfuhren von durchschnittlich 1,7 Mrd. Dollar im Jahr auf 14,6 Mrd.

Die Regierung Kennedy hat klar zu verstehen gegeben, daß sie das neue Handelsgesetz, das die Voraussetzung für eine einschneidende und umfassende Senkung der Zölle auf der Basis der Gegen-

## "AMERIKA DIENST" - WIRTSCHAFT UND ARBEIT

Gegenseitigkeit schafft, als die wichtigste gesetzgeberische Maßnahme der beiden ersten Jahre ihrer Amtstätigkeit ansieht. Unmittelbar nachdem Präsident Kennedy die Zustimmung des Kongresses zu diesem Gesetz erwirkt hatte, gab er den Anstoß zur Aufnahme von Verhandlungen mit dem Ziel, die nunmehr gegebenen Möglichkeiten zum Abbau der Zölle voll zu nutzen.

Die vorliegende Analyse soll die wichtigsten Bestimmungen des Trade Expansion Act zusammenfassend darstellen, das Verfahren erläutern, durch das die Vereinigten Staaten die Änderungen der US-Zollsätze zu erreichen suchen, die Haltung der USA zu den Fragen umreißen, die voraussichtlich bei den Verhandlungen auf Grund des Trade Expansion Act zur Sprache kommen werden, und die amerikanische Ansicht auch zu anderen Formen der Behinderung des Handels umreißen.

### I. Das Gesetz über die Ausweitung des Handels (Trade Expansion Act)

#### Die Zielsetzungen

Sinn und Zweck des Trade Expansion Act lassen sich vielleicht am besten an den Motiven ablesen, die Präsident Kennedy bewegen haben, sich für seine Annahme einzusetzen.

1. Die Industriestaaten unter den Handelspartnern der Vereinigten Staaten haben sich während der GATT-Verhandlungen des Jahres 1961 (der sog. Dillon-Runde) darüber beklagt, daß die Vereinigten Staaten viel zu geringe Zollkonzessionen anzubieten haben, um weiter gehende Konzessionen von ihrer Seite zu rechtfertigen. Diese Beschränkung war eine Folge der Bestimmungen des damals geltenden Reciprocal Trade Agreements Act. In der Erkenntnis, daß dieser keine Möglichkeit zu Senkungen der amerikanischen Außenhandelszölle über den erreichten Punkt hinaus bot, entschloß sich die Regierung Kennedy, den Kongreß um weiter gehende diesbezügliche Vollmachten zu ersuchen.

2. Präsident Kennedy war zu der Auffassung gelangt, daß die amerikanische Wirtschaft dringend des Anreizes bedürfe, den ein verschärfter Wettbewerb auf den heimischen und ausländischen Märkten mit sich bringen mußte. Im Sinne der genannten liberalen Grundkonzeption der Wirtschaftspolitik der Vereinigten Staaten will Präsident Kennedy die amerikanische Industrie dem Wettbewerb mit der ausländischen Konkurrenz unter dem geringstmöglichen Schutz durch Zollmauern aussetzen. Gleichzeitig will er damit erreichen, daß die Weltmärkte den amerikanischen Exportgütern mehr als bisher geöffnet werden.

3. Die Vereinigten Staaten hoffen, mit dem wachsenden Gemeinsamen Markt in Europa eine Regelung aushandeln zu können, die die Gewähr für einen expandierenden Güteraustausch mit diesem wichtigen Markt bietet. Vor den Zollverhandlungen von 1961 betragen die EWG-Zölle im arithmetischen Mittel etwa 14 Prozent, die Zölle der Vereinigten Staaten 12 Prozent. Geht man von den Einfuhren aus, so lagen die Gemeinsamen Außenzolltarife der EWG bei etwa 5,7 Prozent, die der USA bei 7,1 Prozent. Wegen der Vielschichtigkeit der Zollstruktur ist solchen Angaben als Maßstab nur ein relativer Wert beizumessen.

Um

## "AMERIKA DIENST" - WIRTSCHAFT UND ARBEIT

Um ihre eigenen Exportaussichten zu verbessern, mußten die Vereinigten Staaten - darüber war man sich durchaus im klaren - dem Gemeinsamen Markt und anderen wichtigen Handelspartnern, die eine Erhöhung ihres Absatzes auf dem aufnahmefähigen amerikanischen Markt erstreben, sehr umfangreiche Konzessionen anbieten. Aus diesem Grund ermächtigt der Trade Expansion Act den Präsidenten zu Zollsenkungen, die weit über das bisherige Maß hinausgehen.

4. Die Außenpolitik der Vereinigten Staaten ist um die Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse in den weniger entwickelten Ländern der Erde bemüht. Voraussetzung für diese ist es aber, daß die Entwicklungsländer die Möglichkeit erhalten, ihre Produkte in den hochindustrialisierten Ländern abzusetzen. Der Trade Expansion Act verfolgt deshalb auch das Ziel, diesen Exporten die Märkte der Industriestaaten zu öffnen, und zwar ohne von den Entwicklungsländern als Gegenleistung ähnliche Konzessionen zu verlangen.

5. Eine Ausweitung des Welthandels bei rationellerer Nutzung der Rohstoffquellen und die daraus resultierende Verbesserung des Loses der Menschen in allen Teilen der Welt lassen sich nur durch einen weitgehenden Abbau der Zollschranken bewerkstelligen.

### Die Bestimmungen

Die Verwirklichung seiner Zielsetzungen sucht der Trade Expansion Act vornehmlich durch folgende Schlüsselbestimmungen sicherzustellen:

1. Die amerikanischen Zollsätze können, auf der Basis der Gegenseitigkeit, gesenkt werden
  - a) um bis zu generell 50 Prozent, bei nur wenigen Ausnahmen;
  - b) um bis zu 100 Prozent
    - i) bei Gütern, bei denen auf die USA und die EWG zusammen ein Anteil von mindestens 80 Prozent am Ausfuhrhandel der freien Welt entfällt (eine Bestimmung, die nach dem Abbruch der Verhandlungen zwischen der EWG und Großbritannien vorläufig kaum zur Anwendung gelangen dürfte);
    - ii) bei bestimmten Agrar- und Tropenprodukten;
    - iii) bei Waren mit einem Zollsatz von 5 Prozent und darunter (denn Zölle in dieser Höhe machen gewöhnlich mehr Verwaltungsarbeit als sie zum Schutz der Wirtschaft beitragen).
2. Die Zollsenkungen sind über einen Zeitraum von fünf Jahren auf der Basis der Meistbegünstigung vorzunehmen.
3. Das Gesetz enthält einige wenige bindende, dabei aber variable Ausnahmenvorschriften, z.B. bezüglich Teppichen, Glaswaren, Uhren, Blei und Zink, Erdöl usw. Auf die betreffenden Waren entfällt jedoch nur ein sehr geringer Prozentsatz der amerikanischen Gesamteinfuhr. Es dürften so ziemlich alle Länder

## "AMERIKA DIENST" - WIRTSCHAFT UND ARBEIT

Länder einige besondere Waren haben, bei denen eine Sonderregelung zu treffen ist. Um die Verhandlungen aber zu einem erfolgreichen Abschluß bringen zu können, muß die Zahl derartiger Sonderfälle auf ein Minimum beschränkt bleiben.

4. Als Novum in der amerikanischen Gesetzgebung erhält der Präsident die Vollmacht, von Zollsenkungen hart betroffenen Industrien und Arbeitnehmern zeitlich begrenzte Hilfe zu gewähren. Diese Hilfe, die für besondere Fälle als Kompensation für den Fortfall bisher wirksamer Vergünstigungen gedacht ist, soll die betroffenen Industrien in die Lage versetzen, sich dem Wettbewerb anzupassen, und den Arbeitern Gelegenheit bieten, neue Fertigkeiten zu erwerben und sich für neue Arbeitsplätze zu qualifizieren. Es handelt sich auch insofern um ein Novum, als der Anpassung an Veränderungen Vorrang gegenüber dem Schutz vor ihnen eingeräumt wird. Die Anpassungshilfe wird die Fälle, in denen andere Schutzbestimmungen zur Anwendung gebracht werden, auf ein Mindestmaß reduzieren. Es ist damit zu rechnen, daß sie zur hauptsächlichsten Sicherheitsvorkehrung überhaupt wird, deren sich die Vereinigten Staaten bedienen.
5. Andere Vorschriften des Gesetzes sehen Verhandlungen mit dem Ziel vor, internationale Absatzvereinbarungen zu treffen, um schädliche Nebenwirkungen zu verringern. Unter ganz bestimmten Umständen, wenn die Senkung von Zollsätzen erwiesenermaßen einen Industriezweig schwer schädigt, ist auch eine Heraufsetzung des Zolls um maximal 50 Prozent des Standes von 1934 zulässig.

Obwohl der Trade Expansion Act aus diesem Grund die Aufhebung von Zollvergünstigungen auch weiterhin gestattet, bedeutet dies nicht, daß die USA von dieser Bestimmung häufigen Gebrauch machen werden, wie sie dies ja auch bisher nicht getan haben.

In Zukunft wird sie aus zwei Gründen sogar noch seltener angewandt werden. Erstens besitzt der Präsident nunmehr die Vollmacht, geschädigten Industrien Anpassungshilfe zu gewähren (und er hat bereits klar zu verstehen gegeben, daß er diese Bestimmung als Hauptinstrument zu gebrauchen gedenkt). Zweitens sind die im Gesetz niedergelegten Voraussetzungen für den Widerruf von Zollvergünstigungen weit schwieriger zu erfüllen als früher.

Selbst unter der bisherigen gesetzlichen Regelung haben die Vereinigten Staaten wie kaum ein anderes GATT-Mitglied die einmal gewährten Zollkonzessionen aufrechterhalten, und dies trotz des starken Drucks auf ihre Zahlungsbilanz. Während die Vereinigten Staaten ihre Zölle auf 3000 bis 4000 Positionen senkten, wurde bei lediglich 130 Gütern ein Widerruf der Vergünstigungen erwogen. Nur in 35 Fällen

## "AMERIKA DIENST" - WIRTSCHAFT UND ARBEIT

Fällen wurde die Aufhebung für gesetzlich zulässig erklärt, und bei wiederum mehr als der Hälfte dieser Fälle wurde sie vom Präsidenten abgelehnt.

6. Das Gesetz gestattet für den Fall, daß andere Staaten andere als Zollbeschränkungen gegen amerikanische Exporte verhängen, die Anwendung von Repressalien, um sicherzustellen, daß Zollsenkungen nicht durch andere Maßnahmen null und nichtig gemacht und amerikanische Agrar- und Industrieexporte keiner ungerechtfertigten Diskriminierung ausgesetzt werden.

### Die Verfahrensregelung

Die amerikanische Verfassung ermächtigt den Kongreß, Einfuhrabgaben festzusetzen. Im Trade Expansion Act hat der Kongreß jedoch dem Präsidenten Vollmacht erteilt, innerhalb der vorstehend aufgezeigten Grenzen Zollsenkungen auszuhandeln und ihnen zuzustimmen. Die von ihm ausgehandelten Vereinbarungen bedürfen nicht der späteren Zustimmung des Kongresses, der sich lediglich ausbedungen hat, daß je zwei Vertreter des Senats und des Repräsentantenhauses den US-Verhandlungsdelegationen als Berater beigegeben werden.

Bezüglich der Führung der Verhandlungen über die angestrebten Zollsensenkungen verfügt der Trade Expansion Act die Einsetzung eines Sonderbeauftragten (des Präsidenten) für Handelsverhandlungen (Special Representative for Trade Negotiations) mit dem Rang eines Botschafters. Auf diesen Posten wurde Christian Herter, Außenminister unter Präsident Eisenhower, berufen; zu seinem Stellvertreter wurde William Gosset ernannt, ehemaliger Vizepräsident der Ford Motor Company.

Mr. Herter kam zu dem Entschluß, nur einen kleinen Mitarbeiterstab aufzubauen und die eigentlichen Verhandlungen dem Außenministerium zu überlassen. Verhandlungsführer ist W. Michael Blumenthal, stellvertretender Unterstaatssekretär für wirtschaftliche Angelegenheiten im US-Außenministerium. Er hat direkten Vortrag beim Sonderbeauftragten, der seinerseits unmittelbar dem Präsidenten Bericht erstattet.

Die Koordinierung der Tätigkeit der in Handelsverhandlungen eingeschalteten Regierungsstellen wurde dem Beratungsausschuß für das Gesetz zur Ausweitung des Handels (Trade Expansion Act Advisory Committee) übertragen, dessen Vorsitz Mr. Herter führt. Ihm gehören ferner Außen-, Finanz-, Verteidigungs-, Innen-, Landwirtschafts-, Handels- und Arbeitsminister an.

Das Gesetz verpflichtet den Sonderbeauftragten, 1. die Stellungnahme der US-Zollkommission (einer selbständigen Bundesbehörde) bezüglich aller für derartige Verhandlungen in Aussicht genommenen Waren einzuholen; 2. die Stellungnahme des Arbeits-, Finanz-, Handels-, Innen-, Landwirtschafts- und Verteidigungsministeriums vor Abschluß jedes Abkommens anzuhören; und 3. öffentliche Informationssitzungen bezüglich der für Verhandlungen in Aussicht genommenen Waren zu veranstalten.

Diese

## "AMERIKA DIENST" - WIRTSCHAFT UND ARBEIT

Diese Konsultation soll dem Präsidenten die Entscheidung darüber erleichtern, welche Waren zum Gegenstand von Verhandlungen zu machen und welche Konzessionen während der Verhandlungen anzubieten sind.

Die ersten Schritte zur Durchführung des im Oktober 1962 erlassenen Gesetzes wurden innerhalb kürzester Frist unternommen. Mr. Herter unterbreitete bereits im Januar 1963 der EWG-Kommission, der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), dem GATT und den Regierungen der wichtigsten Länder in Europa seine ersten Vorstellungen bezüglich seiner Aufgabe. Die Vereinigten Staaten regten kurz nach Jahresbeginn 1963 an, die Eröffnung der offiziellen GATT-Verhandlungen zum frühestmöglichen Zeitpunkt im Jahre 1964 ins Auge zu fassen.

Der Präsident drängt zur Eile, um die Bestimmungen des Trade Expansion Act so rasch und weitgehend wie möglich ausschöpfen zu können.

### II. Der amerikanische Standpunkt zu den vorgesehenen GATT-Zollverhandlungen

Die Vereinigten Staaten haben den Wunsch, mit möglichst vielen GATT-Mitgliedern sowie allen Ländern gegenseitige Handelsgespräche zu führen, die bereit sind, sich dem Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen anzuschließen.

Die USA vertreten die Ansicht, daß eine bedeutende Ausweitung des Welthandels nur dann erreicht werden kann, wenn eine möglichst große Zahl von Handelsnationen an dieser Zollrunde teilnimmt, darunter vor allem die großen Export- und Importstaaten und auch die Niedriglohn- und Niedrigpreisländer z.B. in Asien.

Die Vereinigten Staaten wünschen ferner, daß über eine möglichst große Zahl von Positionen verhandelt wird. Sie hoffen, daß sich die Zahl der Waren, über die gesonderte Verhandlungen nötig sind, auf ein Minimum reduzieren läßt.

In dem ernsthaften Bemühen, dem Welthandel einen starken Auftrieb zu geben, befürworten die USA eine allgemeine Senkung der Zölle um 50 Prozent. Ziel dieses Vorschlages ist es, zeitraubende positionsweise Verhandlungen von vornherein auszuschalten, die sich bei früheren Versuchen als ungeeignet erwiesen haben, umfangreichere Zollsenkungen zu erreichen. Die Vereinigten Staaten sind bereit, über Zollsenkungen zu verhandeln, die rund 95 Prozent ihres gesamten Außenhandels betreffen. Das ist ein sehr viel höherer Prozentsatz als bei sämtlichen bisherigen Verhandlungen.

Obwohl in der Vergangenheit mehrere europäische Staaten in vorbereitenden Gesprächen ein lineares Zollsenkungsverfahren mit dem Ziel der Verhandlungsvereinfachung befürwortet hatten, sind jetzt Bedenken



## "AMERIKA DIENST" - WIRTSCHAFT UND ARBEIT

Bedenken laut geworden, daß eine lineare Senkung der Zölle für die EWG weniger vorteilhaft wäre als für die Vereinigten Staaten. Da die EWG-Tarife auf einer mittleren Höhe angeglichen wurden, sind die Unterschiede zwischen den höchsten und den niedrigsten Sätzen nicht mehr sehr groß, während die amerikanischen Zollsätze, die bei null Prozent beginnen, untereinander stark variieren. Aus diesem Grunde befürchteten einige Länder, daß bei einer linearen Senkung der Zölle die bereits relativ niedrigen EWG-Sätze weiter reduziert werden, während einige amerikanische Zölle selbst bei einer Halbierung nach wie vor verhältnismäßig hoch bleiben müßten.

Diese Furcht ist völlig unbegründet. Von den 5000 Gütern der amerikanischen Zollliste weisen nämlich rund 1000 einen Zollsatz von null Prozent auf. Im Vergleich zur Zollliste der EWG ist dieser Anteil erheblich größer. Von den restlichen 4000 Positionen weisen nur rund 900 Zollsätze auf, die über 30 Prozent hinausgehen. Nur bei einigen wenigen Gütern übersteigt der Tarif 50 Prozent. Es ist also nur ein Bruchteil aller in den USA zollpflichtigen Güter, der zur Gruppe der Waren mit hohen Zöllen gehört.

Zudem aber vertreten die Vereinigten Staaten die Ansicht, daß nicht die Zollhöhe das entscheidende Kriterium ist, sondern vielmehr die Rolle, die ein zollpflichtiges Gut im Außenhandel spielt. So kann z.B. ein Zollsatz von 20 Prozent durchaus die Absatzchancen für das Produkt "A" zunichte machen, während das Produkt "B" trotz eines Zollsatzes von 90 Prozent gehandelt wird. Tatsächlich werden Güter mit hohen Zollsätzen in erheblichen Mengen in die USA importiert. Niedrigere Zölle könnten daher in solchen Fällen zu einer wesentlichen Zunahme der Einfuhren nach den Vereinigten Staaten führen und wären somit als wertvolle Konzession anzusprechen. Güter mit hohen Zollsätzen sind bei früheren Verhandlungen von den USA vielfach ausgeklammert worden, da niedrigere Zollsätze höhere Importe nach sich gezogen hätten. Die von den Vereinigten Staaten jetzt vorgeschlagene lineare Zollsenkung eröffnet den nach den USA exportierenden Ländern große Marktchancen und dürfte zudem wesentliche strukturelle Veränderungen in der amerikanischen Wirtschaft nach sich ziehen. Daher werden die Vorteile, die ausländischen Exporteuren auf dem amerikanischen Markt aus einer linearen Zollsenkung erwachsen, größer sein als die, die die amerikanischen Exporteure im EWG-Raum infolge der Senkung der bereits mäßigen EWG-Zölle einhandeln.

Das Eintreten der Vereinigten Staaten für eine lineare Zollsenkung um 50 Prozent stellt keineswegs einen Versuch dar, eine Freihandelszone zu schaffen. Das Meistbegünstigungsverfahren, das bei den GATT-Verhandlungen in Anwendung kommt, macht einen solchen Versuch von vornherein unmöglich. Ebenso stehen die Vorschläge der USA nicht im Widerspruch zu einer Gemeinsamen Agrarpolitik der EWG. Die Vereinigten Staaten erkennen durchaus an, daß ein Gemeinsamer Außenzoll und eine Gemeinsame Agrarpolitik eine wesentliche Voraussetzung für den Aufbau der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft darstellen, die von den USA voll und ganz unterstützt wird. Die Vereinigten Staaten sind viel mehr wegen des Umfangs des Schutzes besorgt als wegen des Prinzips des Schutzes selbst.

Die

## "AMERIKA DIENST" - WIRTSCHAFT UND ARBEIT

Die USA sind der Ansicht, daß die Agrarfragen mit in die Verhandlungen einbezogen werden müssen. Der Anteil der landwirtschaftlichen Produkte an den gesamten amerikanischen Exporten nach den Ländern des Gemeinsamen Marktes beträgt rund 40 Prozent. Da die EWG im Begriff ist, eine Gemeinsame Agrarpolitik und mit ihr ein neues System zum Schutze der Landwirtschaft der EWG zu entwickeln, das auf die Erhöhung der derzeitigen Schutzwälle hinauslaufen könnte, haben die Vereinigten Staaten die EWG um die vorherige Zusicherung ersucht, daß ihnen der Zugang zum Gemeinsamen Markt nicht wesentlich erschwert werde, solange die Verhandlungen über den Abschluß einer langfristigen Regelung fortgeführt werden.

In diesem Zusammenhang ist auch die Frage aufgetaucht, ob es überhaupt sinnvoll sei, über Agrarzölle zu verhandeln, wenn sich die Gemeinsame Agrarpolitik zur Abschirmung der EWG anderer Schutzmaßnahmen als Zölle bedient. Die USA sind der Auffassung, daß die Gemeinsame Agrarpolitik kein unüberwindliches Hindernis für ernsthafte Verhandlungen darstellt und daß durch solche Verhandlungen die Schaffung oder das Funktionieren einer Gemeinsamen Agrarpolitik nicht präjudiziert zu werden braucht. Erstens sind und werden zahlreiche landwirtschaftliche Erzeugnisse durch herkömmliche Zölle geschützt; zweitens könnten die Zollsätze für Agrarprodukte beispielsweise genauso gut im Rahmen der normalen GATT-Verfahren ausgehandelt werden; und schließlich könnten für solche Produkte, die sich für derartige Verfahren nicht eignen, internationale Warenabkommen abgeschlossen werden.

Die Vereinigten Staaten haben als Beitrag zur Lösung der internationalen Probleme auf dem Agrarsektor angeboten, eine Modifizierung ihrer agrarpolitischen Richtlinien in Betracht zu ziehen, durch die Importe begrenzt oder Exporte subventioniert werden.

Die Vereinigten Staaten sind gegenüber den Entwicklungsländern zu speziellen Konzessionen bereit und hoffen, daß andere Industrieländer ein Gleiches tun werden. Neben der Herabsetzung aller Zölle um 50 Prozent schlagen die USA auch die Abschaffung sämtlicher Zölle für eine Anzahl tropischer Produkte vor. Obgleich diese Produkte in den Ländern der gemäßigten Klimazonen nicht erzeugt werden, treffen sie doch häufig auf den Wettbewerb mit Ersatzprodukten, die in den Industrieländern hergestellt werden - wie dies z.B. bei tierischen und pflanzlichen Fetten und Ölen der Fall ist.

Es ist wichtig, in diesem Zusammenhang darauf hinzuweisen, daß die Vereinigten Staaten gefordert haben, bei Zollverhandlungen mit Entwicklungsländern nicht auf dem Prinzip der vollen Reziprozität zu bestehen. Sie sind der Meinung, daß die Entwicklungsländer vielfach der Hilfe bedürfen, um ihre Exporte absetzen zu können und daß ein gewisser Schutz der aufstrebenden jungen Volkswirtschaften durchaus angebracht ist.

III.

III. Andere Handelsbeschränkungen

Die Vereinigten Staaten haben außerdem den Wunsch, auch über jene Handelsbeschränkungen zu verhandeln, die nicht zollpolitischer Art sind. Wo immer Mittel und Wege für den Abbau solcher Handelsschranken gefunden werden können, sind die USA bereit, die erforderlichen gesetzgeberischen Maßnahmen zwecks Änderung ihrer nationalen Gesetze einzuleiten.

Diese Hindernisse - in der Regel Gesetze und Bestimmungen, die den Handel selbst dann noch hemmen, wenn keine Zölle erhoben werden - bereiten den USA ebenso ernste Sorgen wie anderen Ländern. Die große Bedeutung, die die Vereinigten Staaten der Beseitigung gerade dieser Handelsschranken für ihre eigenen Exporte beimessen, ist schon daran zu ersehen, daß der Trade Expansion Act dem Präsidenten verschiedene Möglichkeiten an die Hand gibt, Repressalien zu ergreifen - Möglichkeiten, die hoffentlich niemals angewendet werden müssen.

In den vorbereitenden Gesprächen zwischen den Vereinigten Staaten und ihren wichtigsten Handelspartnern wurde auch durch letztere allgemein gefördert, daß derartige Handelsbeschränkungen bei eventuellen Handelsgesprächen Gegenstand von Erörterungen sein müßten.

Die USA erklärten sich sofort damit einverstanden, diesen Fragenkomplex zu diskutieren. Sie sind der Meinung, daß die amerikanischen Exporte unter diesen Beschränkungen mindestens ebenso zu leiden haben wie die Exporte anderer Länder in die USA. Dennoch verdienen die Zölle die größte Beachtung, und die Verhandlungen über andere Handelsfragen dürfen keinesfalls den Bemühungen um eine Senkung der Zölle im Wege stehen.

Zu den wichtigsten nicht zollpolitischen Handelsbeschränkungen gehören:

Mengenmäßige Einfuhrbeschränkungen. Die Vereinigten Staaten haben sich seit langem gegen dieses Überbleibsel aus den wirtschaftlichen Krisen der Kriegs- und Nachkriegsjahre gewandt, bildet es doch ein schwerwiegendes Hindernis auch für zahlreiche amerikanische Ausfuhren. Die mengenmäßigen Einfuhrbeschränkungen der Vereinigten Staaten, die im Einklang mit den GATT-Verfahren bisher aufrechterhalten wurden, betreffen lediglich Blei, Zink, Baumwolle, Weizen und Weizenprodukte, einige Milchprodukte und Erdnüsse.

Vorschriften über Präferenzkäufe. In vielen GATT-Ländern bestehen Gesetze oder interne Anweisungen, wonach Regierungskäufe nicht bei ausländischen Lieferanten getätigt werden dürfen. Der amerikanische "Buy American Act" betrifft nur die Beschaffungskäufe der Bundesregierung. Er enthält kein Verbot des Erwerbs ausländischer Erzeugnisse und räumt amerikanischen Produzenten lediglich einen gewissen Preisvorteil ein, ohne Auslandskäufe in praxi zu unterbinden.

Hygienische

## "AMERIKA DIENST" - WIRTSCHAFT UND ARBEIT

Hygienische und gesundheitliche Vorschriften. Die Hygiene- und Gesundheitsvorschriften eines jeden Landes können dazu benutzt werden, die Einfuhren zu blockieren. Amerikanische Exporteure beklagen sich darüber, daß sie trotz Gewährleistung einwandfreier hygienischer Produktionsverhältnisse ständig gegen dieses Problem anzukämpfen haben. Vielfach haben ausländische Exporteure auch behauptet, daß die amerikanischen Vorschriften, die den US-Produzenten zur Einhaltung anderer als im Ausland üblicher Normen zwingen, diskriminierend seien. Die Vereinigten Staaten sind bereit, diese Vorwürfe in dem Wunsch zu prüfen, eine für beide Seiten zufriedenstellende Lösung zu finden.

Zollberechnungsgrundlagen. Die Höhe der Zölle hängt eindeutig von der Erhebungsbasis ab. Es gibt kein allgemein anerkanntes System zur Ermittlung des Zollwertes. Der Gemeinsame Markt berechnet den Zoll nach dem Cif-Wert des importierten Gutes, die USA dagegen legen den Fob-Wert als Basis zugrunde, der in der Regel um 10 bis 15 Prozent niedriger ist als der Cif-Wert.

Um sicherzustellen, daß die Importe in zolltechnischer Hinsicht nicht unterbewertet werden, haben die Zollbehörden - einschließlich der amerikanischen - ihre eigenen Methoden zur Wertbestimmung der Importgüter entwickelt. Diese voneinander abweichenden Verfahren stehen ebenfalls zur Verhandlung an.

Anti-Dumping-Maßnahmen. Alle Staaten suchen zu verhindern, daß ausländische Dumping-Verkäufe ihren Binnenmarkt aus dem Gleichgewicht bringen. Maßnahmen zur Bekämpfung des Dumpings werden von allen Industrieländern angewendet. Verfahrenstechnische Schutzvorkehrungen gegen ein Dumping sind auch im GATT-Protokoll enthalten, und der Gemeinsame Markt selbst hat Bestimmungen zur Unterbindung von Dumping-Verkäufen eines Partnerstaates auf den Märkten eines anderen erlassen. Auch die Vereinigten Staaten besitzen ein derartiges Gesetz, das den GATT-Bestimmungen entspricht. Die Anwendung dieses Gesetzes und seine Bestimmungen bezüglich der vorübergehenden Aussetzung der Zollberechnung nach Einleitung einer Untersuchung sind von einigen Exporteuren von Industrieerzeugnissen kritisiert worden. Die Vereinigten Staaten untersuchen diese Frage gegenwärtig gemeinsam mit anderen Mitgliedstaaten der OECD. Sie sind bereit, diese Frage ebenso wie andere Vorwürfe bezüglich handelsdiskriminierender Praktiken im Gesamtrahmen von Zollverhandlungen zu erörtern.

\* \* \* \* \*

Allg./24.5.1963

USA WEISEN SOWJETISCHEN PROTEST GEGEN DEN AUFBAU  
EINER NATO-ATOMSTREITMACHT ZURÜCK

WASHINGTON - (AD) - Die Vereinigten Staaten haben am 18. Mai 1963 in einer in Moskau überreichten Note den Protest der Sowjetregierung vom 8. April 1963 zurückgewiesen, in dem diese gegen die Modernisierung der nuklearen Verteidigungsstreitmacht der NATO Einspruch erhebt. Ähnliche Noten überreichten am gleichen Tage Großbritannien und die Bundesrepublik Deutschland. In allen drei Noten wird nachdrücklich darauf hingewiesen, daß die Nordatlantikpaktorganisation ein reines Defensivbündnis sei, das angesichts der sowjetischen Bedrohung nach dem Kriege allein zu dem Zwecke geschlossen wurde, um die Freiheit und die Unabhängigkeit der Völker des atlantischen Raumes zu erhalten.

Die amerikanische Note hat folgenden Wortlaut:

"Die Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika erweist dem Außenministerium der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken ihre Hochachtung und hat die Ehre, auf die Note des Außenministeriums vom 8. April 1963 Bezug zu nehmen, in der die Ansichten der sowjetischen Regierung im Zusammenhang mit den Plänen dargelegt werden, die gegenwärtig innerhalb der Nordatlantikpaktorganisation erörtert werden und die in der Entwicklung begriffene Organisation nuklearer Verteidigungsstreitkräfte der NATO betreffen.

Die sowjetische Regierung erhebt in ihrer Note im Hinblick auf die Maßnahmen, die die freien Länder Europas und Nordamerikas zur Gewährleistung ihrer Sicherheit ergreifen mußten, eine Reihe grundloser Anschuldigungen. Sie erklärt, daß diese Maßnahmen jeder Rechtfertigung entbehrten, die Gefahr des Ausbruchs eines thermonuklearen Krieges vergrößerten und von vornherein jeden Fortschritt auf dem

## "AMERIKA DIENST"

dem Gebiet der Abrüstungsverhandlungen zunichte machten.

Die Vereinigten Staaten weisen diese Beschuldigungen zurück. Es ist wichtig, erneut darauf hinzuweisen, daß die Tätigkeit der NATO im Lichte jener Umstände beurteilt werden muß, die seinerzeit zur Gründung der westlichen Allianz und ihrem - sowohl in der Konzeption wie auch in der Wirklichkeit - rein defensiven Charakter führten. Die Tatsachen der Nachkriegsgeschichte zeigen unwiderlegbar auf, daß die NATO im Jahre 1949 auf Grund eines freien und spontanen Entschlusses der freien Länder Europas geschaffen wurde, gemeinsam zusammen mit den Vereinigten Staaten und Kanada ihre Selbstverteidigung zu organisieren. Die Länder wollten sichergehen, daß sie nicht das Schicksal jener Staaten erleiden würden, die in der Zeit vor Gründung der NATO eines nach dem anderen unter sowjetische Herrschaft gefallen waren. Seither haben die Länder Westeuropas und der NATO sich mit Erfolg ihre Freiheit und nationale Unabhängigkeit erhalten, ohne den rein defensiven und nicht-aggressiven Charakter der Allianz dadurch zu verändern.

Die Vereinigten Staaten sind der Ansicht, daß die NATO-Allianz sowohl das Recht als auch die Pflicht hat, die Erhaltung der Freiheit und Unabhängigkeit ihrer Mitglieder weiterhin zu gewährleisten. Dieses Recht und diese Pflicht schließen die Aufrechterhaltung der modernen Rüstungen ein, die erforderlich sind, um jeder Drohung seitens eines oder mehrerer Länder zu begegnen, die über gleichartige Rüstungen verfügen. Die Vereinigten Staaten weisen jede Vorstellung zurück, daß einer Allianz, zu der Länder Europas gehören, die innerhalb der Reichweite Hunderter sowjetischer Atomraketen und Atombomber liegen, entsprechende Streitkräfte verwehrt werden sollten. Es ist absurd, darauf zu bestehen, daß die Sowjetunion selbst das Vorrecht zur Stationierung nuklearer Waffen in Positionen haben müsse, die die Städte Westeuropas bedrohen, und daran festzuhalten, daß eigentlich von seiten der NATO keine dementsprechenden Verteidigungsmaßnahmen ergriffen werden dürfen.

Die 1957 gefaßten Beschlüsse der NATO, eine eigene Atomstreitmacht aufzustellen, waren lediglich die Antwort auf wiederholte Drohungen der Sowjetunion, Kernwaffen einzusetzen, und erfolgten im Hinblick auf die gewaltigen Anstrengungen der sowjetischen Regierung, ihr Kernwaffen- und Raketenarsenal weiter auszubauen. Die sowjetische Regierung hat seitdem in keiner Weise zu erkennen gegeben, daß sie beabsichtigt, den Ausbau ihrer nuklearen Stärke zu verlangsamen; und sie hat ihre ungerechtfertigten und gefährlichen Drohungen, ihr nukleares Potential einzusetzen und die NATO-Länder zu vernichten, fortgesetzt. Um nur ein Beispiel zu erwähnen, möchten die Vereinigten Staaten die Aufmerksamkeit der sowjetischen Regierung auf die von ihrem Verteidigungsminister, Marschall Malinowski, anläßlich des 45. Jahrestages der Roten Armee am 22. Februar 1963 gehaltene Rede lenken. Seine Rede ist ein Beispiel, das die Anstrengungen der NATO-Länder, ihre Verteidigungsstärke zur Sicherung des Friedens und zum Schutze ihrer Freiheit auszubauen, rechtfertigt. Die Note der sowjetischen Regierung scheint anzudeuten, daß lediglich die Sowjetunion das Recht habe, ihre

## "AMERIKA DIENST"

ihre militärische und vor allem ihre nukleare Stärke auszubauen, während entsprechende Anstrengungen der NATO-Länder zur Verbesserung ihres Verteidigungspotentials eine 'Bedrohung des Weltfriedens' und einen Ausdruck 'der Politik des Kalten Krieges' darstellten. Es liegt auf der Hand, daß die Vereinigten Staaten eine derartige Argumentation, die im Widerspruch zu dem vorgegebenen Wunsche der sowjetischen Regierung steht, zu den NATO-Ländern Beziehungen der Zuversicht und des gegenseitigen Vertrauens herzustellen, nicht akzeptieren können.

Die Ausführungen in der sowjetischen Note hinsichtlich der Politik der Vereinigten Staaten in der Frage der nuklearen Waffen entbehren genauso jeder Grundlage wie die Beschuldigungen in bezug auf die westlichen Verteidigungsmaßnahmen im allgemeinen. Die Vereinigten Staaten haben sich der Ausbreitung nuklearer Waffen auf den Besitz einzelner Nationen konsequent widersetzt und im Zusammenhang mit den Abrüstungsverhandlungen, der Verteidigungspolitik und der internationalen Zusammenarbeit für die friedliche Nutzung der Atomenergie zahlreiche Schritte eingeleitet, um eine solche Entwicklung zu verhindern. Leider sind die von den Vereinigten Staaten im Rahmen der Abrüstungsverhandlungen unternommenen Bemühungen, die Möglichkeiten eines Krieges durch Zufall oder Irrtum zu verringern, bisher von der UdSSR zum größten Teil zurückgewiesen worden, obgleich die Vereinigten Staaten sich durch die Annahme des Vorschlages einer direkten Nachrichtenverbindung seitens der Sowjets ermutigt fühlen. Die Versuche, über die Internationale Atomenergiebehörde Garantien für die Atomprogramme zu schaffen, sind jedoch von der UdSSR abgelehnt worden. Was indessen die von seiten der Vereinigten Staaten und ihrer Verteidigungspartner unternommenen Schritte zur Reduzierung des Kriegsriskos anbelangt, sind die schärfsten Sicherheitsvorkehrungen getroffen worden, um den unbefugten oder zufälligen Einsatz von Kernwaffen auszuschalten und eine zu allen Zeiten von Verantwortung getragene Kontrolle der Atomwaffen zu gewährleisten.

Alle Verteidigungsprogramme, denen sich die Vereinigten Staaten angeschlossen haben oder anschließen werden, sei es innerhalb der NATO oder irgendeiner anderen Allianz der freien Welt, stehen voll und ganz mit diesen seit langem bestehenden Zielsetzungen in Einklang. Die sowjetische Regierung hat die Frage der multilateralen Streitmacht aufgeworfen, die gegenwärtig innerhalb der NATO erörtert wird. Eine solche Streitmacht würde voll und ganz mit dem Ziel in Einklang stehen, die Entwicklung neuer nationaler nuklearer Waffenprogramme zu verhindern. Eine solche Streitmacht würde multilateraler Besitz sein, multilaterale Besatzungen haben und keiner einzelnen Regierung zur Verfügung stehen. Die Schaffung einer solchen Streitmacht würde der Vermehrung unabhängiger nuklearer Potentiale eher hinderlich als förderlich sein. Sie würde, um einen unbefugten Einsatz oder einen Einsatz auf Grund eines Zufalls zu verhindern, den gleichen Sicherheitsbestimmungen unterworfen sein wie die übrigen nuklearen Streitkräfte der NATO. In diesem Zusammenhang ist es notwendig, klarzustellen, daß die Schiffe - im Gegensatz zu den sowjetischen Behauptungen - nicht als Handelsschiffe 'getarnt' wären. Es würden de jure und de facto Kriegsschiffe sein, die eindeutig als Teil der westlichen

## "AMERIKA DIENST"

westlichen Verteidigungsstreitmacht gekennzeichnet wären, und es würde kein Versuch unternommen werden, diese Schiffe als Handelsschiffe zu tarnen.

Die Vereinigten Staaten vermerken, daß die Sowjetunion wieder einmal eine Reihe haltloser und unbegründeter Anschuldigungen gegen die Bundesrepublik Deutschland erhoben hat, deren in demokratischer Form frei gewählte Regierung sich den anderen freien Staaten in der kollektiven Selbstverteidigung angeschlossen hat. Die Verteidigungsstruktur der Bundesrepublik wurde innerhalb der Struktur der NATO konzipiert und gestaltet und dient allein dem Zweck, einen Beitrag zu den Verteidigungserfordernissen der Atlantischen Allianz zu leisten, um jeder möglichen Bedrohung von Mitgliedern der Allianz begegnen zu können. Jeder objektive Beobachter erkennt, daß die Spannungen und Gefahren in Europa ihren Ursprung nicht in der Politik der Bundesrepublik haben, sondern vielmehr in der unnatürlichen Teilung Deutschlands, wie sie in der mitten durch Berlin führenden Mauer in ihrer grotesksten und unmenschlichsten Form zum Ausdruck kommt, sowie in der Weigerung der sowjetischen Regierung, zuzulassen, daß dem deutschen Volk sein natürliches Recht auf Selbstbestimmung gewährt wird. Wenn die sowjetische Regierung wirklich eine Normalisierung der Situation in Mitteleuropa anstrebt, sollte sie sich vor allem um die Beseitigung dieser Ungerechtigkeiten bemühen.

Die sowjetische Regierung führt eine Reihe von Problemen an, an deren Lösung sie, wie sie zugibt, interessiert ist. Der sowjetischen Regierung ist eine Vielfalt von Möglichkeiten zur Demonstration einer echten Bereitschaft geboten, gerechte Lösungen für die internationalen Probleme herbeizuführen. Um nur ein Beispiel zu nennen: Ein Übereinkommen zur Einstellung der Kernwaffenversuche würde auf die internationale Lage tiefgreifende Auswirkungen haben, es würde auf konkrete Weise zur Verlangsamung des Wettrüstens und dazu beitragen, eine weitere Ausbreitung der Kernwaffen zu verhindern. Die Vereinigten Staaten ihrerseits werden nicht nachlassen in ihren Bemühungen, Fortschritte in der Frage der Abrüstung und des Kernwaffenverbots zu erzielen.

Die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten können und werden sich nicht durch Drohungen davon abbringen lassen, alle zum Schutz ihrer Sicherheit notwendigen Maßnahmen zu treffen. Gleichzeitig aber bleiben die Vereinigten Staaten entschlossen, alle Wege zu beschreiten, die Hoffnung auf eine Verminderung der Spannung und eine Vergrößerung der Friedensaussichten bieten."

\* \* \* \* \*



# A M E R I K A D I E N S T



Allg./24.5.1963

## ABENTEUER DES RAUMFLUGS

### Cooper - ein idealer Astronaut

Als der ideale Astronaut, der sein Raumfahrzeug auch in kritischer Situation zu führen versteht und der unter den besonderen Bedingungen im Weltraum als aufmerksamer wissenschaftlicher Beobachter fungiert, erwies sich Luftwaffenmajor Leroy Gordon Cooper. Sein Flug vom 15./16. Mai 1963, bei dem er 22mal die Erde umkreiste, bildet die Krönung des MERCURY-Programms der NASA (US-Amt für Luft- und Raumfahrt). Das Experiment ist von allen Raumflügen, die von den Vereinigten Staaten bisher überhaupt unternommen worden sind, als eines der ergiebigsten zu werten. Was inzwischen über den Flug selbst, die Erlebnisse Coopers und die Ausbeute an wissenschaftlichen Daten bekannt wurde, ist verständlicherweise noch sehr lückenhaft und nicht viel mehr als "rohes Material". Die Auswertung im Detail wird Wochen und Monate in Anspruch nehmen. Dennoch lohnt es sich, auf die bereits bekanntgewordenen Einzelheiten jetzt schon näher einzugehen.

Bei dem Experiment MERCURY-ATLAS 9, wie die offizielle Bezeichnung für die Flugmission Major Coopers mit seinem Raumschiff "Faith 7" lautete, ging es weniger darum, ein Fluggerät zu testen, als Forschungsaufgaben zu erfüllen und die Reaktionen des Menschen und seine Leistungsfähigkeit unter der Einwirkung relativ lang dauernder Schwerelosigkeit zu untersuchen. Cooper befand sich nahezu viermal länger in diesem Zustand als sein Vorgänger Schirra. Er hatte dabei ein un- gemein reichhaltiges Arbeitsprogramm zu absolvieren, und er selbst besaß anscheinend noch den besonderen Ehrgeiz, mit seinen Vorräten an Sauerstoff, Treibstoff und Strom so sparsam wie nur möglich umzu- gehen. Die Beobachter auf den Bodenstationen vermerkten diese Diszi- plin mit größter Bewunderung; sein Kamerad Shepard sah sich im Funk- spruchverkehr mit Cooper sogar einmal zu der scherzhaften Bemerkung veranlaßt: "Nun kannst du ruhig damit aufhören, die Luft anzuhalten - atme doch mal Sauerstoff!"

Die wenigen Beschwerden, die sich bei Major Cooper nach der Landung zeigten, klangen sehr bald wieder ab. Die erste äußerte sich in einem Schwindelanfall von 15 Sekunden Dauer, unmittelbar nachdem er an Bord des Flugzeugträgers "Kearsarge" aus seiner Raumkapsel geklettert war. Die Raumflugmediziner hatten dies erwartet und

## "AMERIKA DIENST"

und hätten selbst einen Ohnmachtsanfall nicht als etwas Ungewöhnliches empfunden. Der Astronaut sprach mit etwas heiserer Stimme, seine Augen waren leicht gerötet; das letztgenannte Symptom schreibt sein Arzt dem lang dauernden "Bespülen" des Gesichts mit reinem Sauerstoff zu. Nichts Ungewöhnliches war ferner das Absinken des Blutdrucks bei gleichzeitiger Beschleunigung des Herzschlags beim Aufstehen aus der Ruhelage. 48 Stunden nach der Landung waren sämtliche Beschwerden verschwunden. Gebräunt, entspannt und frisch wie eh und je stellte sich Cooper in Cape Canaveral, vier Tage nach seinem "Start nach dem Lehrbuch", den rund 300 Journalisten aus 50 Ländern.

### Physiologische Daten

Die medizinischen Kontrollen sind allerdings noch lange nicht abgeschlossen; Cooper wird noch mehrere Wochen lang unter gründlicher Beobachtung stehen. Das US-Amt für Luft- und Raumfahrt hatte insgesamt 71 Raumflugmediziner bei den Bodenstellen rund um den Erdball stationiert, die gemeinsam mit Ärzten der verschiedensten Fachrichtungen den Flug Coopers beobachteten. Sie hatten die mit den Telemetriesignalen übermittelten physiologischen Meßdaten zu überwachen, die Flugleitung bei Auftreten erkennbarer Störungen sofort zu informieren und über Funk dem Astronauten notfalls Anweisungen zu geben. In dieses System hatte man erstmals einen auf den Bermudas stationierten Elektronenrechner eingeschaltet, der so programmiert war, daß er den jede Minute gemessenen Puls laufend mit dem "Normalpuls" Coopers verglich. Bei einer anomalen Abweichung wurden sofort Warnungen über eine angeschlossene elektrische Schreibmaschine ausgedruckt.

Coopers Puls, der in der Startphase unter dem ungeheuren Beschleunigungsdruck auf über 150 angestiegen war, fiel nach dem Eintritt in die Umlaufbahn bald auf den Normalwert von 75 bis 92 Schlägen pro Minute zurück. Während der Schlafperiode zwischen dem 9. und 15. Umlauf - Cooper selbst schätzt die Zeit, in der er fest schlief, auf sechseinhalb bis sieben Stunden - wurden für den Pulsschlag 55 bis 58, für die Atmung 16 Frequenzen in der Minute gemessen.

Kurz nach Beginn des 13. Umlaufs wurden die Beobachter auf den Bodenstationen alarmiert. Der Puls des Astronauten war plötzlich auf über 100 gestiegen, ging dann aber bald wieder auf einen normalen Wert zurück. Später stellte sich heraus, daß es Cooper infolge eines Ansteigens der Temperatur im Raumanzug ungemütlich geworden war. Dadurch war er auch in seinem Schlaf gestört worden. Nachdem er aber die Temperatur reguliert hatte, schlief er wieder ein. Die Bodenstationen waren angewiesen, ihn nicht zu stören und den Funksprechverkehr mit der Kapsel vorübergehend einzustellen. Am späten Vormittag des 16. Mai, rund 21 Stunden nach dem Start Coopers mit "Faith 7" in Cape Canaveral, meldete sich in Muchea (Australien) eine wohlbekannte Stimme. Cooper berichtete, daß er gut ausgerüht sei und sich sehr wohl fühle.

Nach seiner Rückkehr erzählte Cooper, daß er beim Aufwachen zunächst gar nicht gewußt habe, wo er sich befinde. Die Schwerelosigkeit habe sich insofern unangenehm ausgewirkt, als seine Arme in der Kabine "schwebten", die Hände gefährlich nahe an den Schaltern und Hebeln. Schleunigst habe er sie daraufhin unter den Gurten "verstaut",

## "AMERIKA DIENST"

"verstaut", mit denen er angeschnallt war.

Die Kontrollmessungen 22 Stunden nach dem Start ergaben: "Alles an Bord O.K." 18,2 Grad Celsius betrug die Temperatur im Raumanzug, 33,7 Grad Celsius in der Kabine. Eine übermäßige Erhöhung der Temperatur im Raumanzug, der ein von der Kabinenkühlung unabhängiges Kühlsystem besitzt, wurde nicht nur von den üblichen Thermometern, sondern bei einem Ansteigen auf mehr als 24 Grad Celsius auch von dem neuen, bei Cooper erstmals verwendeten Körperthermometer zur zusätzlichen Kontrolle registriert. Dieses kleine elektronische Gerät enthält ein Halbleitermaterial, das seinen elektrischen Widerstand mit der Temperatur verändert und so sehr zuverlässig Zehntelgrade von Temperaturen zwischen 24° und 65° C meldet. Es war im Helm vor dem rechten Ohr des Astronauten befestigt. Cooper brauchte es zum Temperaturmessen nur unter die Zunge zu schieben, mußte dazu jedoch das Visier öffnen, weshalb er angewiesen war, insgesamt nur viermal die Temperatur zu nehmen.

Rund 20 Mal hatte Cooper auch seinen Blutdruck zu messen, und zwar durch Aufpumpen einer an ein Spezialgerät angeschlossenen, mit einem kleinen Mikrofon ausgestatteten Manschette am linken Oberarm. Er brauchte dazu nur einen Knopf auf dem linken Instrumentenbord zu drücken.- alles andere, einschließlich der Übermittlung des Meßwerts zu den Bodenstellen, verlief automatisch.

Die Stromkurven für das EKG, das die Herztätigkeit anzeigt, lieferten vier Elektroden am Körper, die so geschaltet waren, daß jeder Herzschlag in den Beobachtungsstationen registriert wurde. Zwei weitere Elektroden auf der Brust gaben ihre Impulse an einen sogenannten Pneumographen, ein Gerät, das die Atemtätigkeit laufend kontrolliert und registriert.

Cooper hat nach Angaben seiner Ärzte während seines Raumflugs von 34 Stunden und 21 Minuten (22 Erdumkreisungen) 3,17 kg abgenommen. Dies ist relativ wenig im Vergleich zu dem Gewichtsverlust, der bei seinen Vorgängern Schirra (6 Erdumkreisungen - 2,04 kg), Carpenter (3 Erdumkreisungen - 2,72 kg) und Glenn (3 Erdumkreisungen - 2,42 kg) festgestellt wurde. Wie diese war auch Cooper schon drei Tage vor dem Starttermin (14. Mai 1963) auf eine Spezialkost gesetzt worden, die bei hoher Energiezufuhr nur geringe Rückstände bildet. An dem zuerst vorgesehenen Starttag hatte er schon mehr als fünf Stunden in der Kabine seiner Raumkapsel zugebracht - umsonst, wie sich zeigte, als dann wenige Minuten vor dem geplanten Abschluß feststand, daß wegen technischer Mängel in der Radarstation auf den Bermudas der Start verschoben werden mußte. "Eine recht realistische Simulatorübung", meinte Cooper lakonisch, als er wieder herauskletterte. Als er am nächsten Morgen wieder gewogen wurde, zeigte die Waage 1 Pfund weniger an als am Vortage.

Über den Wasserhaushalt seines Körpers und die Nierenfunktion während des Weltraumflugs versuchten die Wissenschaftler durch eine genau geregelte Wasserzufuhr und die Anweisung zur regelmäßigen Entnahme von Urinproben, die nach der Rückkehr auch auf die Ausscheidung

## "AMERIKA DIENST"

Ausscheidung von Salzen, u.a. Calcium aus dem Skelett, untersucht wurden, einen exakten Überblick zu bekommen. Das erste, wonach Cooper nach seiner Rückkehr verlangte, war Ananassaft, von dem er gleich vier große Gläser zu sich nahm; drei Stunden später, zur ersten regulären Mahlzeit, folgten sechs Glas Milch. Mit dem Trinken während der Weltraumreise hatte es etwas gehapert, weil der Astronaut mit der Druckschlauchverbindung am Wasserbehälter (Fassungsvermögen rund 2,5 l) Schwierigkeiten bekam. Die Eiserne Ration griff er jedoch nicht an. Er hatte offenbar auch gar kein ausgesprochenes Durstgefühl empfunden.

Die Kontrolle des Wasserhaushalts ist überaus wichtig. Drei Fünftel des menschlichen Körpergewichts entfallen auf Wasser, von dem der Körper täglich 2,5 bis 3,5 l in Form von Flüssigkeiten und mit der Nahrung zugeführt bekommt. Nahezu die Hälfte davon ist in den Muskeln gespeichert, die zu 75 Prozent aus Wasser bestehen, während das Skelett nur 34 Prozent Wasser enthält. Eine Wasserverarmung des Körpers führt zu schweren Störungen, vor allem zum Zerfall von Eiweiß.

### Nur nichts verschütten!

An Nahrungsmitteln waren mundgerecht abgepackte Fertiggerichte und dehydrierte Speisen, die einige Minuten nach Hinzufügen von Wasser eßfertig und sehr wohlschmeckend sind, an Bord; ihr Kalorienwert betrug insgesamt 2376. Die Erprobung der in kleinen Plastikbehältern mitgeführten dehydrierten Nahrungsmittel erfolgte bereits im Hinblick auf die Versorgung der GEMINI-Astronauten, die bis zu zwei Wochen um die Erde kreisen sollen.

Essen und Trinken bereitete Cooper keinerlei Schwierigkeiten. Pflichtgemäß hielt er die Mahlzeiten ein, brachte aber von den Speisen mehr als erwartet wieder mit, einfach deshalb, weil er trotz der anstrengenden Tätigkeit keinen Hunger verspürte. Ärger gab es mit Wasser, das er verschüttet hatte. Es schwebte in Tropfen, manchmal zu einer lockeren Masse geballt, in der Kabine herum, nahm ihm die Sicht aus dem Kabinenfenster und verdeckte gelegentlich sogar die Anzeigewerte von einigen der mehr als 100 Instrumente, die er laufend zu kontrollieren hatte.

Über solche Schwierigkeiten ließ er aber kein Sterbenswort verlauten, als er mit den Bodenstellen sprach. Nur einmal machte er seinem Ärger Luft mit den Worten: "Da fotografiere ich schon am laufenden Band, und nun muß ich auch noch am laufenden Band aufräumen!" Daß er dabei auch Wassertropfen nachjagen mußte, ahnte am Boden niemand. Nachdem sie seinen Handschuhen immer wieder entschlüpfen, fing er sie endlich mit dem Taschentuch. Dies hatte letztlich sogar sein Gutes. Mit dem feuchten Tuch kühlte er sich das Gesicht und empfand dies als äußerst angenehm. Cooper meint, bei künftigen Raumflügen sollten die Astronauten auf jeden Fall feuchte Taschentücher zur Verfügung haben.

### "Willkommen daheim auf der guten alten Erde"

So lautete die Inschrift eines der vielen Transparente, mit denen Cape Canaveral, der Ort, von dem aus er zu seiner Expedition von

## "AMERIKA DIENST"

von 34 Stunden und 21 Minuten gestartet war, Fliegermajor Cooper festlich empfing. Der Pilot des Raumschiffes "Faith 7" berichtete den Journalisten, daß von ihm aus der Flug noch länger hätte ausgedehnt werden können, sofern keine ernstesten technischen Störungen zum Abbruch zwingen. Das Versagen der zwei Umrichter, mit denen Gleichstrom zur Erzielung höherer Spannungen in Wechselstrom umgewandelt wird, betrachtet er nicht als einen solchen Anlaß, obgleich dadurch die automatische Steuerung vollkommen unbrauchbar geworden war. Schließlich sei er ja im Gebrauch der Handsteuerung genügend geübt gewesen, erklärte Cooper.

Die körperliche und geistige Verfassung des Astronauten hätte nach Ansicht von Dr. Charles A. Berry, dem Leiter der Abteilung Flugmedizin am NASA-Forschungszentrum für bemannten Raumflug in Houston (Texas), eine Ausdehnung der Flugdauer ohne weiteres zugelassen. Auch angesichts der Bordvorräte an Sauerstoff, Treibstoff für die Lageregelungsdüsen, Trinkwasser und Nahrung wäre eine längere Flugdauer vertretbar gewesen. Mit einem frischen Kohlendioxid-Filter, entsprechend mehr Wasser und Betriebsstrom für die Apparaturen hätte sich Cooper sogar sechs Tage lang mit seiner Raumkapsel "Faith 7" im Weltraum aufhalten können.

### In Zukunft mehr "Mitspracherecht" der Raumschiffpiloten

Das disziplinierte Verhalten Coopers, seine Fähigkeit, sich stets auf das Wichtige voll und ganz zu konzentrieren, seine gleichbleibende Ruhe und Besonnenheit auch in Augenblicken, in denen ein anderer den Atem anhält und kaum zu reagieren, geschweige denn richtig zu reagieren vermag, haben die Verantwortlichen des MERCURY-Programms davon überzeugt, daß man einem zuvor aufs sorgfältigste auf seine Eignung geprüften Raumschiffpiloten ein größeres Mitspracherecht bei der Durchführung eines Flugexperiments einräumen müsse. Damit würde auch den Wünschen entsprochen, die schon die anderen amerikanischen Astronauten geäußert haben.

Nach Meinung von NASA-Flugdirektor Christopher Kraft sollte in Zukunft überhaupt keine bestimmte Zahl von Erdumkreisungen vorgeschrieben werden. Vielmehr müßte entsprechend dem Ablauf des Fluges und der Funktionsfähigkeit von Mensch und Maschine während des Experiments die Flugdauer bestimmt werden.

Ob es überhaupt noch einmal zu einem Raumflug mit einer MERCURY-Kapsel kommt, der dann allerdings eine Woche und vielleicht sogar noch länger dauern dürfte, wird erst nach Auswertung der Ergebnisse von MERCURY-ATLAS 9 entschieden. Aus jedem Flug, der bisher unternommen wurde, haben die NASA-Leute und alle anderen an den Versuchen beteiligten Spezialisten unendlich viel gelernt. Den Erfahrungsschatz durch weitere, der Mission von "Faith 7" ähnliche Flüge zu vergrößern, wäre nach Meinung vieler Mitarbeiter der NASA nur wünschenswert, denn dies alles käme auch dem GEMINI-Projekt zugute, bei dem in etwa 18 Monaten der erste Testflug mit einer bemannten Kapsel zu erwarten ist.

Aber

## "AMERIKA DIENST"

Aber das Ganze ist auch eine Geldfrage. Für das seit fünf Jahren laufende MERCURY-Programm, ein 500-Millionen-Dollar-Projekt, sind vorläufig keine weiteren Flüge genehmigt, obgleich noch Raumkapseln und die anderen erforderlichen Ausrüstungen zur Verfügung stehen.

### Visuelle Experimente und Wahrnehmungen

Ein von Nichtfachleuten wenig beachtetes, für künftige Operationen im Weltraum aber außerordentlich wichtiges Experiment war die Beobachtung eines kleinen Blinklicht-Satelliten. Dieser war an der Unterseite der Kapsel montiert und von Cooper während des 3. Umlaufs 15 Minuten vor Sonnenuntergang durch einen Federmechanismus in einem bestimmten Winkel abgestoßen worden. Hierdurch wollte man erreichen, daß er eine etwas andere Umlaufbahn erhält als das Raumschiff "Faith 7". Die 4,5 kg schwere Kugel von 14,6 cm Durchmesser trug an den Seiten zwei Xenonlampen, die in kurzen Lichtblitzen die Helligkeit einer ganzen Batterie von 100-Watt-Lampen entwickelten.

Zunächst glaubte Cooper, daß dieses Experiment fehlgeschlagen sei, weil er den Blinklicht-Satelliten nicht ausmachen konnte. Im 5. Umlauf aber entdeckte er ihn plötzlich - überraschenderweise auf der Tagseite der Erde - infolge der Reflexion des Sonnenlichts am Kugelkörper. Von da an vermochte ihm Cooper dank der in Abständen von 1 Sekunde aufblitzenden Blinklichter in den Erdschatten zu folgen. Der Abstand seines Raumschiffs zu dem Zweitsatelliten vergrößerte sich dabei seiner Meinung nach allmählich von 16 auf 21 km. Als er zum letzten Mal die Lichtzeichen sichtete - die Batterien der Xenonlampen waren nach 10 Stunden erschöpft -, hatte sich der Blinkkörper nach Schätzung des Astronauten inzwischen 27 bis 29 km von "Faith 7" entfernt. Die Helligkeit der Lichtblitze sollte bei einem Abstand von 11 bis 15 km von der MERCURY-Kapsel ungefähr der des Polarsterns entsprechen. Cooper ist jedoch der Ansicht, daß die tatsächliche Helligkeit geringer war.

Derartige optische Hilfen spielen bei späteren Rendezvous-Manövern zwischen Raumschiffen eine außerordentlich wichtige Rolle und können nicht durch Radar ersetzt werden. Um ein Zusammentreffen mit einem anderen Raumschiff herbeizuführen, muß der Pilot zunächst einmal das Blinklicht gegen den Sternenhintergrund fixieren. Die einzige Information, die er dann benötigt, ist die Geschwindigkeit, mit der sich die beiden nunmehr auf einer Bahn befindlichen Raumfahrzeuge einander nähern. Diese kann mit Hilfe mehrerer Methoden, beispielsweise durch die Messung der Laufzeit von Radarsignalen, ermittelt werden.

Die MERCURY-Astronauten haben drei Möglichkeiten, ihre Position zu bestimmen. Aus dem periodisch vorgenommenen Vergleich zwischen Bordzeit und Bodenzeit können sie ihre Position einmal mit Hilfe einer Karte finden, auf der die Umläufe und die für jeden einzelnen Umlauf vorausberechneten Zeiten eingetragen sind. Die zweite Navigationshilfe ist eine Sternkarte in Verbindung mit dem Sternnavigationsgerät, die dritte die Berechnung der Position nach bestimmten

## "AMERIKA DIENST"

Landmarken, z.B. Küste, Gebirge usw.

Cooper nutzte die Gelegenheit reichlich, um die Erdoberfläche nach geeigneten Landmarken abzusuchen. Er hatte dabei besonderes Glück, weil die Sicht größtenteils außerordentlich gut war. Es erschien ihm beinahe unglaublich, aus seiner Flughöhe zwischen 160 und 265,2 km nicht nur das Himalaja-Massiv in Einzelheiten, sondern auch Dörfer, Straßen, Eisenbahnlinien und unter besonderen Bedingungen sogar Wohnhäuser mit rauchenden Schornsteinen zu erkennen. Die Ostküste der Vereinigten Staaten konnte er von Florida bis hinauf nach Washington oder New York - darüber war er sich nicht ganz sicher - ausmachen. Dallas und seinen neuen Wohnort Houston in Texas fand er ohne Schwierigkeit.

Bodenmarken als Navigationshilfen sind jedoch, ebenso wie starke Lichtquellen auf der Erdoberfläche - ein sehr erfolgreicher Versuch in dieser Hinsicht wurde während Coopers Weltraumflug mit starken Scheinwerfern in Südafrika unternommen -, unbrauchbar, sobald eine dichte Wolkendecke dazwischen liegt. Für Kursmanöver auf einer Erdsatellitenbahn oder gar für den Einflug in eine Bahn zum Mond oder in den interplanetaren Raum ist jedoch größte Navigationsgenauigkeit von entscheidender Bedeutung. Cooper sollte deshalb im Auftrag eines Instituts der Technischen Hochschule Massachusetts, das das Steuerungs- und Navigationssystem für die APOLLO-Raumschiffe entwickelt, durch photographische Aufnahmen ermitteln, inwieweit der Erdhorizont in Verbindung mit dem Mond als zweitem Bezugspunkt für die Navigation beim Flug zum Mond benutzt werden kann.

Im besonderen ging es bei diesem Versuch darum, eine geeignete unveränderliche Horizontlinie in der Atmosphäre nahe der Erdoberfläche zu finden, die von den jeweiligen atmosphärischen Bedingungen nicht beeinflusst wird. Bei Tageslicht und in der Dämmerung machte Cooper unter den verschiedensten Blickwinkeln zur Erde Hunderte von Aufnahmen mit verschiedenen Filmen und Filtern.

Dies war jedoch nur einer von den vielen Aufträgen, die er für weitere amerikanische Forschungsinstitute, u.a. für das Zentralamt des US-Wetterdienstes zur Vorbereitung der Flüge von Wetterbeobachtungssatelliten vom Typ NIMBUS, zu erfüllen hatte.

### Das grüne Lämpchen

Bis zum 19. Umlauf ging alles wie am Schnürchen, was die Flugleitung zu Kommentaren wie "Unglaubliche Präzision" oder "Ein Flug nach dem Lehrbuch" veranlaßt hatte. Auch die technischen Experimente klappten ausgezeichnet. Eines davon war ein Versuch, zur Einsparung von Strom das Kabinenkühlsystem abzuschalten und die Einregulierung des Temperaturgleichgewichts in der Kabine zu beobachten. Im 4. Umlauf hatte Cooper die Kabinenkühlung abgestellt und versuchte, nur noch mit der Kühlung seines Raumanzugs auszukommen. Dies funktionierte so ausgezeichnet, daß er erst im 21. Umlauf die Kabinenkühlung wieder einschaltete, auf die er während der Rückkehrphase wegen der starken Erhitzung der Kapselwandung nicht verzichten durfte.

Bin



## "AMERIKA DIENST"

Ein weiterer Test war die Erprobung drei verschiedener weißer Farbpigmente auf der Basis von Titanoxyd, Zirkonoxyd und Zinkoxyd als eines möglichen Außenanstrichs für künftige Raumschiffe, der infolge seiner geringeren Absorption von Sonnenenergie, als sie ein dunkler Anstrich aufweist, die Innentemperatur um 6 bis 8,3 Grad Celsius niedriger halten würde. Auch das Experiment mit der kleinen Fernsehkamera verlief zufriedenstellend. Alles in allem schien es ein Routineflug zu sein, bei dem eine Menge Forschungsaufgaben zu erfüllen waren, aber sonst nichts passierte.

Das Aufleuchten eines grünen Lämpchens am Instrumentenbord - 28 Stunden und 59 Minuten nach dem Start - änderte plötzlich die ganze Situation. Die Lampe leuchtet normalerweise nach dem Zünden der Bremsraketen auf, sobald die Raumkapsel nicht mehr schwerelos ist, sondern sich mit einer Erdbeschleunigung von mindestens 0,05 g schon in der Abstiegsbahn befindet. Die Bremsraketen sollten ja auch erst nach drei weiteren vollen Umläufen gezündet werden. Cooper, der sofort die Bodenstationen von dem Vorfall unterrichtete, bekam von dort die Bestätigung, daß sich "Faith 7" weiterhin bei gleicher Geschwindigkeit auf normalem Kurs befindet.

Der Pilot hatte im ersten Augenblick die Sache gar nicht ernst genommen, ebensowenig die Flugleitzentrale. Die Erkenntnis, daß in der Automatik ein Fehler aufgetreten sein müsse und Cooper nur mit der Handsteuerung sicher zurückkommen könne, setzte sich erst nach Durchführung verschiedener Tests durch, die die Ursache für das Aufleuchten zutage bringen sollten.

Darüber waren eineinhalb Stunden vergangen. Cooper hatte festgestellt, daß die Gleichrichter für das automatische Stabilisierungs- und Kontrollsystem ausgefallen waren. Es blieb tatsächlich keine andere Wahl als den Astronauten anzuweisen, das Landemanöver selbst durchzuführen. Mit optischer Orientierung an den Sternen und am Erdhorizont drehte er durch Aktivierung der kleinen Schubdüsen die Kapsel über Asien in die Position, die für die Zündung der Bremsraketen erforderlich war. Dann folgte mit Assistenz von John H. Glenn, der auf einem amerikanischen Beobachtungsschiff vor der japanischen Küste stationiert war, das Countdown für die Zündung der drei Bremsraketen.

Der Astronaut drückte den Zündknopf. Unmittelbar darauf verspürte er einen heftigen Ruck: der Abstieg auf einer fast 6400 km langen Bahn bis zum vorgesehenen Landepunkt hatte begonnen. Die Hitze in der Kapsel nahm merklich zu, draußen flogen rot- und weißglühende Teile vom abgeworfenen Bremsraketenatz vorbei. Die Vibrationen, die beim Eintritt in die dichteren Luftschichten auftreten, hatte sich Cooper schlimmer vorgestellt; auch die Schwerebelastung infolge des starken Abbremsens sei überhaupt kein Problem gewesen. Als er in 6300 m Höhe den kleinen Stabilisierungsfallschirm auslöste, bemerkte er ein "Knattern, Tosen und einen heftigen Ruck". Im gleichen Augenblick, in dem er in 3000 m Höhe den Hauptfallschirm auslöste, entdeckte er die Hubschrauber in der Luft, die ihn schon erwarteten. In knapp 7 km Entfernung vom Flugzeugträger "Kearsarge" ging er auf dem Wasser nieder. Schon 38 Minuten später befand er sich mit "Faith 7" an Bord.

Bildunterschriften:

"AMERIKA DIENST"

Bildunterschriften:

- 1) Unter Assistenz von Joe Schmitt, der schon die Vorgänger Leroy Gordon Coopers betreute, legt der 6. amerikanische MERCURY-Astronaut im Hangar S (Cape Canaveral) den Druckanzug an. (63-1698)
  
- 2) Start! Nach übereinstimmenden Berichten des Astronauten und der Bodenbeobachtungsstellen war noch kein Start einer ATLAS-Rakete so perfekt und nahezu frei von allen Vibrationen wie der von MERCURY-ATLAS 9 mit Fliegermajor Leroy Gordon Cooper in seinem Raumschiff "Faith 7".  
  
Ort: Cape Canaveral, Areal 14  
Zeit: 15. Mai 1963, 14<sup>04</sup>Uhr MEZ (63-2507)
  
- 3) Die Aufnahme zeigt die Anordnung der 18 Reaktionsdüsen zur Lageregelung der MERCURY-Kapsel. Cooper mußte in der Endphase seines Fluges wegen Ausfalls zweier Gleichumrichter, mit denen Gleichstrom zur Erzielung höherer Spannungen in Wechselstrom umgewandelt und dann wieder gleichgerichtet wird, die Lageregelung über die Handsteuerung betätigen und so sein Raumschiff "Faith 7" in die richtige Position zur Zündung der Bremsraketen manövrieren. (H-42778)

(Bilder: AD)

\* \* \* \* \*

Allg./14.6.63

## NEUE BEMÜHUNGEN DER USA UM DEN WELTFRIEDEN

WASHINGTON - (AD) - Präsident Kennedy bezeichnete am 10. Juni 1963 in einer Rede vor der Amerikanischen Universität in Washington den totalen Krieg im Atomzeitalter als "sinnlos" und kündigte neue Bemühungen der Vereinigten Staaten um den Weltfrieden an. Bei allen Anstrengungen zur Sicherung der eigenen Lebensinteressen, so führte Kennedy aus, müßten Konfrontationen vermieden werden, die einem Gegner nur die Wahl zwischen Demütigung oder Atomkrieg ließen.

Der Präsident betonte fernerhin, daß die amerikanische Verpflichtung zur Verteidigung Westeuropas und West-Berlins unverändert weiterbestehe und daß die USA sich niemals mit der Sowjetunion auf Kosten anderer Nationen arrangieren würden.

Die Vereinigten Staaten, so führte der Präsident aus, würden sich im Gespräch auf hoher Ebene mit den Sowjets um einen Vertrag über die Einstellung der Kernwaffenversuche bemühen. Die USA würden keine Versuche in der Atmosphäre durchführen, wenn die anderen Atom-mächte ebenfalls auf solche Versuche verzichteten. Die Gespräche zwischen den USA, Großbritannien und der Sowjetunion über ein Kernwaffenversuchsverbot sollen, wie Kennedy ankündigte, in Kürze in Moskau beginnen.

Die Rede des Präsidenten hat folgenden Wortlaut:

"'Es gibt wenige irdische Dinge, die schöner sind als eine Universität', schrieb John Masefield in seiner Würdigung der englischen Universitäten - und seine Worte haben hier in gleicher Weise Gültigkeit. Er bezog sich damit nicht auf die Türme und Spitzen, nicht auf die Grünanlagen des Universitätsgeländes und auf die efeubewachsenen Mauern. Er bewunderte die großartige Schönheit der Universität, weil sie, wie er sagte, 'ein Platz ist, wo diejenigen, die die Unwissenheit hassen, nach Wissen streben können, wo diejenigen, die die Wahrheit sehen, danach streben können, auch andere sehend zu machen'.

Ich

## "AMERIKA DIENST"

Ich habe daher diesen Zeitpunkt und diesen Ort gewählt, um ein Thema zu erörtern, über das zu oft Unwissenheit herrscht und bei dem die Wahrheit zu selten gesehen wird - und doch ist es eines der wichtigsten Themen auf Erden: der Weltfrieden.

Welche Art Frieden meine ich? Nach welcher Art Frieden streben wir? Nicht nach einer Pax Americana, die der Welt durch amerikanische Kriegswaffen aufgezwungen wird. Nicht nach dem Frieden des Grabes oder der Sicherheit des Sklaven. Ich spreche hier von dem echten Frieden, jenem Frieden, der das Leben auf Erden lebenswert macht, jenem Frieden, der Menschen und Nationen befähigt, zu wachsen und zu hoffen und ein besseres Leben für ihre Kinder aufzubauen - nicht nur Frieden für Amerikaner, sondern Frieden für alle Menschen, nicht nur Frieden in unserer Generation, sondern Frieden für alle Zeiten.

Ich spreche vom Frieden, weil der Krieg ein neues Gesicht trägt. Ein totaler Krieg ist sinnlos in einem Zeitalter, in dem Großmächte starke und verhältnismäßig unverwundbare Atomstreitkräfte unterhalten können und sich weigern, zu kapitulieren ohne vorher auf diese Streitkräfte zurückgegriffen zu haben. Er ist sinnlos in einem Zeitalter, in dem eine einzige Atomwaffe fast das Zehnfache der Sprengkraft aller Bomben aufweist, die von den gesamten alliierten Luftstreitkräften während des zweiten Weltkrieges abgeworfen wurden. Er ist sinnlos in einem Zeitalter, in dem die bei einem Atomkrieg freigesetzten tödlichen Giftstoffe durch Wind und Wasser und Boden und Saaten bis in die entferntesten Winkel des Erdballs getragen und sich selbst auf die noch ungeborenen Generationen auswirken würden. Es ist heute, wenn der Friede gewahrt werden soll, unerlässlich, jedes Jahr Milliarden Dollar für Waffen auszuwerfen, die lediglich zu dem Zweck geschaffen werden, sicherzustellen, daß wir sie niemals einzusetzen brauchen. Aber zweifellos ist die Anlage solcher unnützen Arsenale, die nur der Vernichtung und niemals dem Aufbau dienen können, nicht der einzige, geschweige denn der wirksamste Weg zur Gewährleistung des Friedens.

Ich spreche deshalb vom Frieden als dem notwendigen vernünftigen Ziel vernünftiger Menschen. Ich bin mir bewußt, daß das Streben nach Frieden nicht so dramatisch ist wie das Kriegsstreben - und oft treffen die Worte desjenigen, der nach Frieden strebt, auf taube Ohren. Aber es gibt keine Aufgabe für uns, die dringlicher wäre.

Manche sagen, es sei zwecklos, von Weltfrieden, internationalem Recht oder internationaler Abrüstung zu sprechen, und daß alles nutzlos sein wird, solange nicht die Führer der Sowjetunion eine aufgeschlossenerere Haltung einnehmen. Ich hoffe, sie werden dies tun. Ich glaube, wir können ihnen dabei helfen. Aber ich glaube auch, daß wir unsere eigene Haltung überprüfen müssen - als Einzelpersonen und als Nation -, denn unsere Einstellung ist genauso wichtig wie die ihre. Und jeder Absolvent dieser Universität, jeder denkende Bürger, der den Krieg verabscheut und mithelfen will, den Frieden zu schaffen,

## "AMERIKA DIENST"

schaffen, sollte zunächst in sich gehen und seine eigene Einstellung zu den Möglichkeiten des Friedens, zur Sowjetunion, zum Verlauf des Kalten Krieges, zur Freiheit und zum Frieden hier im eigenen Lande überprüfen.

Lassen Sie uns zunächst unsere Einstellung zum Frieden selbst überprüfen. Zu viele von uns halten ihn für unmöglich. Zu viele von uns halten ihn für nicht realisierbar. Aber das ist ein gefährlicher, defaitistischer Glaube. Er führt zu der Schlußfolgerung, daß der Krieg unvermeidlich ist, daß die Menschheit zum Untergang verurteilt ist, daß wir uns in der Gewalt von Kräften befinden, die wir nicht kontrollieren können.

Wir brauchen diese Ansicht nicht zu akzeptieren. Unsere Probleme sind von Menschen geschaffen; deshalb können sie auch von Menschen gelöst werden. Und die Größe, die der menschliche Geist erreichen kann, bestimmt der Mensch selbst. Kein Schicksalsproblem der Menschheit liegt außerhalb der Reichweite des Menschen. Die menschliche Vernunft und der menschliche Geist haben oftmals das scheinbar Unlösbare gelöst - und wir glauben, daß sie dies erneut tun können.

Ich spreche jetzt nicht von der absoluten, nicht mehr faßbaren Idee des Weltfriedens und des guten Willens, von der einige Phantasten und Fanatiker immer noch träumen. Ich leugne nicht den Wert von Hoffnungen und Träumen, aber wir würden lediglich Entmutigung und Ungläubigkeit Tür und Tor öffnen, machten wir dies zu unserem einzigen und unmittelbaren Ziel.

Wir sollten uns statt dessen auf einen praktischeren, leichter erreichbaren Frieden konzentrieren, der nicht auf einer plötzlichen Revolutionierung der menschlichen Natur, sondern auf einer allmählichen Evolution der menschlichen Institutionen basiert - auf einer Reihe von konkreten Maßnahmen und wirksamen Übereinkünften, die im Interesse aller Betroffenen liegen.

Für diesen Frieden gibt es keinen einzelnen einfachen Schlüssel, keine großartige oder magische Formel, die sich eine oder zwei Mächte anzueignen hätten. Der echte Friede muß das Produkt vieler Nationen sein, die Summe vieler Maßnahmen. Er muß dynamisch, nicht statisch sein, er muß flexibel sein, um den großen Aufgaben einer jeden Generation zu entsprechen. Denn der Friede ist ein Prozeß - ein Weg, Probleme zu lösen.

Bei einem solchen Frieden wird es Streitigkeiten und Interessengegensätze geben, wie sie innerhalb von Familien und Nationen vorkommen. Der Weltfriede, wie auch der Friede in Stadt und Land, erfordert nicht, daß jeder seinen Nachbarn liebt. Er erfordert lediglich, daß man in gegenseitiger Toleranz miteinander lebt, seine Auseinandersetzungen einer gerechten und friedlichen Lösung zuführt. Und die Geschichte lehrt uns, daß Feindschaften zwischen Nationen - wie zwischen Einzelnen - nicht ewig dauern. Wie starr unsere Neigungen und Abneigungen auch immer erscheinen mögen, der Gang der Zeit und der Ereignisse wird oft überraschende Wendungen in den Beziehungen zwischen Nationen und Nachbarn bringen.

So

## "AMERIKA DIENST"

So wollen wir unermüdlich weiter arbeiten. Der Friede braucht nicht unerreichbar und der Krieg nicht unvermeidlich zu sein. Indem wir unser Ziel klarer definieren, indem wir es greifbarer und weniger fern erscheinen lassen, können wir dazu beitragen, daß alle Völker es erkennen, Hoffnung daraus schöpfen und sich unbeirrt darauf zubewegen.

Lassen Sie uns zweitens unsere Haltung gegenüber der Sowjetunion überprüfen. Es ist entmutigend, zu denken, daß die sowjetischen Führer wirklich glauben könnten, was ihre Propagandisten unablässig schreiben. Es ist entmutigend, eine kürzlich erschienene autoritative sowjetische Veröffentlichung über militärische Strategie zu lesen und Seite um Seite völlig haltlose und unglaubliche Behauptungen zu finden - wie die, daß sich amerikanische imperialistische Kreise darauf vorbereiten, verschiedene Arten von Kriegen auszulösen... daß die sehr reale Gefahr eines Präventivkrieges besteht, der von amerikanischen Imperialisten gegen die Sowjetunion gestartet wird... daß die politischen Ziele der amerikanischen Imperialisten in der wirtschaftlichen und politischen Versklavung der europäischen und anderen kapitalistischen Länder... und in der Erreichung der Weltherrschaft... durch Angriffskriege bestehen'.

Sicher ist es so, wie es in der Schrift heißt, daß 'der Gottlose flieht und niemand jagt ihn...' Dennoch ist es betrüblich, diese sowjetischen Erklärungen zu lesen - und die Größe der Kluft zu erkennen, die uns trennt. Es ist aber auch eine Warnung - eine an das amerikanische Volk gerichtete Warnung, nicht in die gleiche Falle hineinzutappen wie die Sowjets, sich nicht nur ein verzerrtes hoffnungsloses Bild von der anderen Seite zu machen, den Konflikt nicht als etwas Unvermeidliches und den Ausgleich nicht als unmöglich anzusehen und nicht jede Kommunikation lediglich als Austausch von bloßen Worten und Drohungen zu betrachten.

Keine Regierung und kein Gesellschaftssystem ist so schlecht, daß man das unter ihm lebende Volk als bar jeglicher Tugend ansehen kann. Wir Amerikaner finden den Kommunismus als eine Verneinung der persönlichen Freiheit und Würde im tiefsten Grunde abstoßend. Dennoch aber können wir das russische Volk zu vielen seiner vollbrachten Leistungen - in der Wissenschaft und im Weltraum, in der wirtschaftlichen und industriellen Entwicklung, in der Kultur und auf Grund seines mutigen Handelns - beglückwünschen.

Unter den vielen Eigenschaften, die den Völkern unserer beiden Länder gemeinsam sind, ist keine ausgeprägter als unsere beiderseitige Abscheu vor dem Krieg. Unter den großen Weltmächten haben wir - und das ist beinahe einzigartig - noch nie gegeneinander im Krieg gestanden, und kein anderes Volk in der Geschichte der Kriege hat wohl mehr gelitten als das russische Volk im Verlauf des zweiten Weltkrieges. Wenigstens zwanzig Millionen verloren ihr Leben. Unzählige Millionen Häuser und Bauernhöfe brannten nieder oder wurden zerstört, Ein Drittel des russischen Gebiets - darunter nahezu zwei Drittel der Industriegebiete - wurde verwüstet - ein Verlust, dem die Verwüstung unseres gesamten Landes östlich von Chicago entspräche.

Sollte

## "AMERIKA DIENST"

Sollte heute - wie auch immer - ein totaler Krieg ausbrechen, dann würden unsere beiden Länder die Hauptziele darstellen. Es ist eine Ironie, aber auch eine harte Tatsache, daß die beiden stärksten Mächte zugleich auch jene sind, die in der größten Gefahr einer Zerstörung schweben. Alles, was wir aufgebaut haben, alles, wofür wir gearbeitet haben, würde vernichtet werden. Und selbst im Kalten Krieg - der für so viele Länder, unter ihnen die engsten Verbündeten der USA, Lasten und Gefahren bringt - tragen unsere beiden Länder die schwersten Lasten. Denn wir werfen beide für gigantische Waffen riesige Beträge aus - Beträge, die für den Kampf gegen Unwissenheit, Armut und Krankheit besser verwendet werden könnten. Wir sind beide in einem unheilvollen und gefährlichen Kreislauf gefangen, in dem Argwohn auf der einen Seite Argwohn auf der anderen auslöst und neue Waffen wieder neue Abwehrwaffen hervorbringen.

Kurz gesagt, sowohl die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten als auch die Sowjetunion und ihre Verbündeten haben ein gemeinsames tiefes Interesse an einem gerechten und wahren Frieden und der Einstellung des Wettrüstens. Abkommen, die zu diesem Ziel führen, sind im Interesse der Sowjets wie auch in unserem. Und selbst bei den feindseligsten Ländern kann man damit rechnen, daß sie solche - wenn auch nur solche - vertraglichen Verpflichtungen akzeptieren und einhalten, die in ihrem eigenen Interesse sind.

Wir wollen unseren Meinungsverschiedenheiten gegenüber nicht die Augen verschließen - wir wollen aber unser Augenmerk auch auf unsere gemeinsamen Interessen und auf jene Möglichkeiten richten, durch die diese Differenzen sich beseitigen lassen. Und wenn wir sie auch jetzt nicht bereinigen können, so können wir doch wenigstens dazu beitragen, daß die Vielfalt in der Welt erhalten bleibt. Denn letztlich bildet die Tatsache, daß wir alle Bewohner dieses Planeten sind, das uns im tiefsten gemeinsame Band. Wir alle atmen die gleiche Luft, uns allen liegt die Zukunft unserer Kinder am Herzen, und wir alle sind sterblich.

Lassen Sie uns drittens unsere Einstellung zum Kalten Krieg überprüfen. Wir wollen uns daran erinnern, daß wir nicht in eine Debatte verwickelt sind, bei der es darum geht, Pluspunkte zu sammeln. Wir sind nicht hier, um Lob und Tadel zu verteilen oder mit dem Finger auf andere zu zeigen. Wir müssen uns mit der Welt, wie sie ist, auseinandersetzen, und nicht, wie sie hätte sein können, wäre die Geschichte der letzten 18 Jahre anders gelaufen.

Wir dürfen daher in der Suche nach Frieden nicht nachlassen, hoffend, daß konstruktive Veränderungen innerhalb des kommunistischen Blocks Lösungen herbeiführen könnten, die heute noch unerreichbar scheinen. Wir müssen unsere Politik so betreiben, daß es schließlich im Interesse der Kommunisten liegt, einem echten Frieden zuzustimmen. Vor allem müssen Atommächte, bei steter Verteidigung der eigenen Lebensinteressen, solche Konfrontationen vermeiden, die einem Gegner nur die Wahl eines demütigenden Rückzugs oder eines Atomkriegs lassen. Wollte man im Atomzeitalter diesen Kurs einschlagen, so wäre dies nur der Beweis für den Bankrott unserer Politik oder, für die Welt, einer kollektiven Todesbereitschaft.

Daher

## "AMERIKA DIENST"

Daher sind die Waffen Amerikas keine provozierenden, sie sind sorgfältig kontrolliert, für die Abschreckung bestimmt und für den selektiven Einsatz geeignet. Unsere Streitkräfte sind dem Frieden verpflichtet und in Zurückhaltung geschult. Unsere Diplomaten sind angewiesen, unnötigen Ärger und rein rhetorische Feindseligkeit zu vermeiden. Wir können uns um ein Nachlassen der Spannungen bemühen, ohne deshalb in unserer Wachsamkeit nachzulassen. Und wir bedürfen unsererseits nicht der Drohungen, um unsere Entschlossenheit zu zeigen. Wir haben es nicht nötig, ausländische Rundfunksendungen zu stören, aus Furcht, unser Glaube könnte durch sie entwurzelt werden. Wir wollen unser System keinem Volk gegen seinen Willen aufzwingen. Wir sind aber willens und in der Lage, mit jedem anderen System auf der Erde in einen friedlichen Wettstreit einzutreten.

In der Zwischenzeit suchen wir die Vereinten Nationen zu stärken, ihre finanziellen Probleme lösen zu helfen, sie zu einem wirksameren Instrument des Friedens zu machen, sie zu einem echten Sicherheitssystem für die Welt zu entwickeln - einem System, das in der Lage ist, Streitfragen auf der Basis des Rechts beizulegen, die Sicherheit der Großen und Kleinen zu garantieren und Bedingungen zu schaffen, unter denen die Waffen schließlich abgeschafft werden können.

Gleichzeitig bemühen wir uns, den Frieden innerhalb der nicht-kommunistischen Welt zu erhalten, wo viele Nationen - alle unsere Freunde - über Fragen uneinig sind, die die westliche Einheit schwächen, die eine kommunistische Intervention begünstigen oder die zum Kriege zu führen drohen. Wir sind in unseren Bemühungen in Westneuguinea, im Kongo, im Mittleren Osten und auf dem indischen Subkontinent trotz Kritik von beiden Seiten beharrlich und geduldig geblieben. Wir haben gleichzeitig versucht, anderen ein Beispiel zu geben, indem wir kleine, aber doch nicht unwichtige Differenzen mit unseren eigenen nächsten Nachbarn in Mexiko und in Kanada beizulegen suchten.

Wenn ich von anderen Nationen spreche, dann möchte ich einen Punkt klarstellen. Wir sind durch Allianzen an viele Nationen gebunden. Diese Bündnisse bestehen, weil ihre und unsere Belange sich im wesentlichen decken. An unserer Verpflichtung zum Beispiel, Westeuropa und West-Berlin zu verteidigen, hat sich nichts geändert, weil unsere lebenswichtigen Interessen nach wie vor die gleichen sind. Die Vereinigten Staaten werden sich mit der Sowjetunion nicht auf Kosten anderer Nationen und anderer Völker arrangieren, nicht allein, weil sie unsere Partner sind, sondern weil ihre und unsere Interessen konvergieren.

Unsere Interessen stimmen jedoch nicht nur bei der Verteidigung der Grenzen der Freiheit überein, sondern auch in dem Vorwärtsstreben auf den Wegen des Friedens. Es ist unsere Hoffnung - und das Ziel der alliierten Politik -, die Sowjetunion überzeugen zu können, daß auch sie jede Nation ihre eigene Zukunft bestimmen lassen sollte, solange diese Wahl nicht die anderer beeinträchtigt. Das Streben der Kommunisten, anderen ihr politisches und wirtschaftliches System aufzuzwingen, ist der Hauptgrund für die Spannungen in unserer heutigen Welt. Denn es ist außer Zweifel, daß der Friede weitaus gesicherter wäre, wenn alle



## "AMERIKA DIENST"

alle Nationen davon Abstand nähmen, sich in die Selbstbestimmungsrechte anderer einzumischen.

Dies wird neue Anstrengungen zur Schaffung eines Weltrechts - einen neuen Rahmen für weltweite Gespräche - erfordern. Es wird eine bessere Verständigung zwischen uns und der Sowjetunion voraussetzen. Und eine bessere Verständigung wird vermehrte Kontakte und Verbindungen erfordern. Ein Schritt in dieser Richtung ist die vorgeschlagene Vereinbarung für die Schaffung eines direkten Drahts zwischen Moskau und Washington, durch den auf beiden Seiten die gefährlichsten Verzögerungen, Mißverständnisse und Fehldeutungen der Maßnahmen des anderen vermieden werden sollen, wie sie in Krisenzeiten leicht auftreten könnten.

Wir haben ferner in Genf über andere erste Maßnahmen der Rüstungskontrolle gesprochen, die die Intensität des Wettrüstens einschränken und die Risiken eines Zufallskrieges verringern sollen. Unser Hauptziel in Genf bleibt auf lange Sicht jedoch die allgemeine und vollständige Abrüstung - die in Phasen stattfinden und gleichlaufende politische Entwicklungen beim Aufbau der neuen Institutionen des Friedens, die an die Stelle der Rüstungen treten würden, zulassen soll.

Die Abrüstung war seit den zwanziger Jahren ein Anliegen der amerikanischen Regierung. Die letzten drei Regierungen haben sich intensiv darum bemüht. Und so ungewiß die Aussichten auch heute noch sein mögen, so haben wir doch die Absicht, diese Bemühungen fortzusetzen, - fortzusetzen, damit alle Länder, einschließlich unseres eigenen Landes, besser erfassen können, welche Probleme und Möglichkeiten tatsächlich in der Abrüstung liegen.

Der eine große Verhandlungskomplex, der vor dem Abschluß steht - der aber dringend eines neuerlichen Anstoßes bedarf - betrifft den Vertrag zur Ächtung der Kernwaffenversuche. Der Abschluß eines solchen Vertrages - so nah und doch noch so fern - würde die Schraube des Wettrüstens auf einem seiner gefährlichsten Gebiete zum Stillstand bringen. Dadurch würden die Atomkräfte in die Lage versetzt, auf wirksamere Weise mit einer der größten Gefahren fertig zu werden, die die Menschheit bedrohen - der weiteren Ausbreitung der Kernwaffen.

Er würde unsere Sicherheit erhöhen - er würde die Gefahr eines Krieges herabsetzen. Dieses Ziel ist wichtig genug, um unser ständiges Bemühen zu verdienen, wobei wir weder der Versuchung erliegen dürfen, die ganzen Bemühungen aufzugeben, noch der Versuchung, von unserem Beharren auf den entscheidend wichtigen Sicherheitsgarantien abzugehen.

Ich benutze daher diese Gelegenheit, um zwei wichtige Entscheidungen in dieser Hinsicht bekanntzugeben.

Erstens: Ministerpräsident Chruschtschow, Premierminister Macmillan und ich sind übereingekommen, daß in Kürze Erörterungen auf hoher Ebene in Moskau beginnen werden - mit dem Ziel eines baldigen Abkommens über einen umfassenden Vertrag über die Einstellung

## "AMERIKA DIENST"

Einstellung der Kernwaffenversuche. Die Erfahrungen der Geschichte lehren uns, daß wir unsere Hoffnungen zügeln müssen, aber unsere Hoffnungen werden von den Hoffnungen der gesamten Menschheit begleitet sein:

Zweitens: Um unseren guten Willen und unsere aufrechte Gesinnung in dieser Angelegenheit zu demonstrieren, erkläre ich hiermit, daß die Vereinigten Staaten nicht beabsichtigen, Kernwaffenversuche in der Atmosphäre durchzuführen, solange andere Staaten es nicht tun. Wir werden nicht die ersten sein, die diese Versuche wieder aufnehmen. Eine solche Erklärung ist kein Ersatz für einen formalen, bindenden Vertrag - aber ich hoffe, daß sie zum Abschluß eines solchen beitragen wird. Noch würde ein solcher Vertrag Ersatz für die Abrüstung sein - ich hoffe aber, daß er uns helfen wird, die Abrüstung zu erreichen.

Lassen Sie uns, meine amerikanischen Mitbürger, schließlich unsere Haltung gegenüber dem Frieden und der Freiheit hier im eigenen Lande überprüfen. Der Wert und der Geist unserer eigenen Gesellschaft müssen unsere Anstrengungen im Ausland rechtfertigen und sie unterstützen. Sie müssen sich im eigenen Einsatz zeigen - zu dem viele von Ihnen, die heute ihr Studium abschließen, eine einzigartige Gelegenheit haben werden, indem sie ohne Bezahlung im Friedenskorps im Ausland oder in dem geplanten Nationalen Hilfsdienst hier im eigenen Land Dienst tun.

Aber wo immer wir auch sind, müssen wir alle in unserem täglichen Leben dem jahrhundertealten Glauben gerecht werden, daß Frieden und Freiheit Hand in Hand gehen. In zu vielen unserer Städte ist der Friede heutzutage nicht gesichert, weil die Freiheit unvollkommen ist.

Die Exekutive hat auf allen Verwaltungsebenen - kommunalen, einzelstaatlichen und nationalen - die Verantwortung, mit allen Mitteln im Rahmen ihrer Autorität für die Freiheit aller Bürger zu sorgen und sie zu schützen. Die Legislative hat die Verantwortung, diese Autorität, wo sie heute noch unzureichend ist, entsprechend zu festigen. Und alle Bürger in allen Bereichen haben die Verantwortung, die Rechte aller anderen und das Gesetz des Landes zu respektieren.

All dies steht im Zusammenhang mit dem Weltfrieden. 'Wenn jemandes Wege dem Herrn wohlgefallen', so heißt es in der Heiligen Schrift, 'macht Er auch seine Feinde mit ihm zufrieden'.

Und ist nicht letztlich der Friede im Grunde eine Sache der Menschenrechte - des Rechts, unser Leben ohne Furcht vor Vernichtung ganz zu leben, des Rechts künftiger Generationen auf ein gesundes Dasein?

So wie wir uns um den Schutz unserer nationalen Interessen bemühen, so wollen wir auch die menschlichen Interessen schützen. Und die Abschaffung des Krieges und der Waffen dient eindeutig den einen wie den anderen. Kein Vertrag, so sehr er auch zum Vorteil aller sein

## "AMERIKA DIENST"

sein und so genau er auch formuliert sein mag, kann eine absolute Sicherheit gegenüber den Gefahren der Täuschung und der Umgehung bieten. Aber er kann - wenn er in seiner Durchführung nur wirksam genug ist und weitestgehend im Interesse seiner Unterzeichner liegt - weitaus mehr Sicherheit bieten und weniger Risiken bergen als ein unvermindertes, unkontrolliertes und unberechenbares Wettrüsten.

Wie die Welt weiß, werden die Vereinigten Staaten niemals einen Krieg beginnen. Wir wollen keinen Krieg. Wir rechnen jetzt nicht mit einem Krieg. Die gegenwärtige Generation von Amerikanern hat bereits genug - mehr als genug - von Krieg, Haß und Unterdrückung erlebt. Wir werden auf den Krieg vorbereitet sein, wenn andere ihn wünschen. Wir werden jederzeit bemüht sein zu versuchen, ihn zu unterbinden. Aber wir werden ebenfalls unseren Teil dazu beitragen, eine Welt des Friedens aufzubauen, in der die Schwachen sicher und die Starken gerecht sind. Wir stehen nicht hilflos vor dieser Aufgabe und sind nicht ohne Hoffnung im Hinblick auf ihren Erfolg. Voller Vertrauen und ohne Furcht werden wir weiterarbeiten, nicht in Richtung auf eine Strategie der Vernichtung, sondern in Richtung auf eine Strategie des Friedens."

\* \* \* \* \*

T H E W H I T E H O U S E

Remarks of the President of the United States of America

JOHN F. KENNEDY

in the Assembly Hall of Paulskirche, Frankfurt, Germany

June 25, 1963

One hundred and fifteen years ago a most learned Parliament was convened in this historic hall. Its goal was a united German Federation. Its members were poets and professors, lawyers and thinkers, doctors and clergymen, freely elected in all parts of the land. No nation applauded its endeavors as warmly as my own. No assembly ever strove more ardently to put perfection into practice. And though in the end it failed, no other building in Germany more deserves the title of "cradle of German democracy."

But can there be such a title? In my own home city of Boston, Faneuil Hall - once the meeting-place of the authors of the Revolution - has long been known as the "cradle of American liberty." But when, in 1852, the Hungarian patriot Kossuth addressed an audience there, he criticized the name. "It is, he said, "a great name - but there is something in it which saddens my heart. You should not say 'American liberty.' You should say 'liberty in America.' Liberty should not be either American or European - it should just be 'liberty.'"

Kossuth was right. For unless liberty flourishes in all lands, it cannot flourish in one. Conceived in one hall, it must be carried to many. Thus the seeds of the American Revolution had been brought earlier from Europa, and they later took root around the World. And the German Revolution of 1848 transmitted ideas and idealists to America and other lands. Today, in 1963, democracy and liberty are more international than ever. And the spirit of the Frankfurt Assembly, like the spirit of Faneuil Hall, must live in many hearts and nations if it is to live at all.

For we live in an age of interdependence as well as independence - an age of internationalism instead of nationalism. In 1848 many countries were indifferent to the goals of the Frankfurt Parliament. It was, they said, a German problem. Today there are no exclusively German problems, or American problems, or even European problems. There are world problems - and our two countries and continents are inextricably bound together on the tasks of peace as well as war.

We are partners for peace - not in a narrow bilateral context but in a framework of Atlantic Partnership. The ocean divides us less than the Mediterranean divided the ancient world of Greece and Rome. Our Constitution is old and yours is young - our culture is young and yours is old - but in our commitment to freedom, we can and must speak with but one voice. Our roles are distinct but complementary - and our goals are the same: peace and freedom for all men, for all men, for all time, in a world of abundance and justice.

That is why our nations are working together to strengthen NATO, to expand trade, to assist the developing countries, to align our monetary policies and to build the Atlantic Community. I would not diminish the miracle of West Germany's economic achievements. But the true German miracle has been your rejection of the past for the future - your reconciliation with France, your participation in the building of Europe, your leading role in NATO, and your growing support for constructive undertakings throughout the world.

Your

Your economic institutions, your constitutional guarantees, your confidence in civilian authority, are all harmonious with the ideals of older democracies. And they form a firm pillar of the democratic European community.

But Goethe tells us in his greatest poem that Faust lost the liberty of his soul when he said to the passing moment: "Stay, thou are so fair." And our liberty, too, is endangered if we pause for the passing moment, if we rest on our achievements, if we resist the pace of progress. For time and the world do not stand still. Change is the law of life. And those who look only to the past are certain to miss the future.

The future of the West lies in Atlantic Partnership - a system of cooperation, interdependence and harmony whose peoples can jointly meet their burdens and opportunities throughout the world. Some say that is only a dream, but I do not agree. A generation of achievement - the Marshall Plan, NATO, the Schuman Plan, and the Common Market - urges us up the path to greater unity.

There will be difficulties and delays. There will be doubts and discouragement. There will be differences of approach and opinion. But we have the will and the means to serve three related goals - the heritage of our countries, the unity of our continents and the interdependence of the Western Alliance.

Some say that the United States will neither hold to these purposes nor abide by its pledges - that we will revert to a narrow nationalism. But such doubts fly in the face of history. For eighteen years the United States has stood its watch for freedom all around the world. The firmness of American will, and the effectiveness of American strength, have been shown, in support of free men and free governments, in Asia, in Africa, in the Americas, and, above all, here in Europe. We have undertaken, and sustained in honor, relations of mutual trust and obligation with more than forty allies. We are proud of this record, which more than answers all doubts. But, in addition, these proven commitments to the common freedom and safety are assured, in the future as in the past, by one great fundamental fact - that they are deeply rooted in America's own self-interest. Our commitment to Europe is indispensable - in our interest as well as yours.

It is not in our interest to try to dominate the European councils of decision. If that were our objective, we would prefer to see Europe divided and weak, enabling the United States to deal with each fragment individually. Instead we look forward to a Europe united and strong - speaking with a common voice - acting with a common will - a world power capable of meeting world problems as a full and equal partner.

This is in the interest of us all. For war in Europe, as we learned twice in 40 years, destroys peace in America. A threat to the freedom of Europe is a threat to the freedom of America. That is why no administration in Washington can fail to respond to such a threat - not merely from good will but from necessity. And that is

is why we look forward to a united Europe in an Atlantic Partnership - an entity of interdependent parts, sharing equally both burdens and decisions, and linked together in the tasks of defense and the arts of peace.

This is no fantasy. It will be achieved by concrete steps to solve the problems that face us all: military, economic and political. Partnership is not a posture but a process - a continuous process that grows stronger each year as we devote ourselves to common tasks.

The first task of the Atlantic Community was to assure its common defense. That defense was and still is indivisible. The United States will risk its cities to defend yours because we need your freedom to protect ours. Hundreds of thousands of our soldiers serve with yours on this continent, as tangible evidence of that pledge. Those who would doubt our pledge or deny this indivisibility - those who would separate Europe from America or split one ally from another - would only give aid and comfort to the men who make themselves our adversaries and welcome any Western disarray.

The purpose of our common military effort is not war but peace - not the destruction of nations but the protection of freedom. The forces that West Germany contributes to this effort are second to none among the Western European nations. Your nation is in the front line of defense - and your divisions, side by side with our own, are a source of strength to us all.

These conventional forces are essential; and they are backed by the sanction of thousands of the most modern weapons here on European soil and thousands more, only minutes away, in posts around the world. Together our nations have developed for the forward defense of free Europe a deterrent far surpassing the present or prospective force of any hostile power.

Nevertheless, it is natural that America's nuclear position has raised questions within the Alliance. I believe we must confront these questions - not by turning the clock backward to separate nuclear deterrents - but by developing a more closely unified Atlantic deterrent, with genuine European participation.

How this can best be done, and it is not easy - in some ways more difficult to split the atom physically - how this can best be done is now under discussion with those who may wish to join in this effort. The proposal before us is for a new Atlantic force. Such a force would bring strength instead of weakness, cohesion instead of division. It would belong to all members, not one, with all participating on a basis of full equality. And as Europe moves towards unity, its role and responsibility, here as elsewhere, would and must increase accordingly.

Meanwhile, there is much to do. We must work more closely together on strategy, training and planning. European officers from NATO are being assigned to Strategic Air Command Headquarters in Omaha, Nebraska. Modern weapons are being deployed here in Western Europa.

And

And America's strategic deterrent - the most powerful in history - will continue to be at the service of the whole Alliance.

Second: Our partnership is not military alone. Economic unity is also imperative - not only among the nations of Europe, but across the wide Atlantic.

Indeed, economic cooperation is needed throughout the entire Free World. By opening our markets to the developing countries of Africa, Asia and Latin America, by contributing our capital and our skills, by stabilizing basic prices, we can help assure them of a favorable climate for freedom and growth. This is an Atlantic responsibility. For the Atlantic nations themselves helped to awaken these peoples. Our merchants and traders ploughed up their soils - and their societies as well - in search of minerals and oil and rubber and coffee. Now we must help them gain full membership in the 20th Century, closing the gap between rich and poor.

Another great economic challenge is the coming round to trade negotiations. Those deliberations are much more important than a technical discussion of trade and commerce. They are an opportunity to build common industrial and agricultural policies across the Atlantic. They are an opportunity to open up new sources of demand to give new impetus to growth, and make more jobs and prosperity, for our expanding populations. They are an opportunity to recognize the trading needs and aspirations of other Free World countries, including Japan.

In short, these negotiations are a test of our unity. While each nation must naturally look out for its own interests, each nation must also look out for the common interest - the need for greater markets on both sides of the Atlantic - the need to reduce the imbalance between developed and underdeveloped nations - and the need to stimulate the Atlantic economy to higher levels of production rather than to stifle it by higher levels of protection.

We must not return to the 1930's when we exported to each other our own stagnation. We must not return to the discredited view that trade favors some nations at the expense of others. Let no one think that the United States - with only a fraction of its economy dependent on trade and only a small part of that with Western Europe - is seeking trade expansion in order to dump our goods on this Continent. Trade expansion will help us all. The experience of the Common Market - like the experience of the German Zollverein - shows an increased rise in business activity and general prosperity resulting for all participants in such trade agreements, with no member profiting at the expense of another. As they say on my own Cape Cod, a rising tide lifts all the boats. And a partnership, by definition, serves both partners, without domination or unfair advantage. Together we have been partners in adversity - let us also be partners in prosperity.

Beyond development and trade is monetary policy. Here again our interests run together. Indeed there is no field in which the wider interest of all more clearly outweighs the narrow interest of one. We have lived by that principle, as bankers to freedom, for a generation. Now that other nations - including West Germany - have found new



new economic strenght, it is time for common efforts here, too. The great free nations of the world must take control of our monetary problems if those problems are not to take control of us.

Third and finally, our partnership depends on common political purpose. Against the hazards of division and lassitude, no lesser force will serve. History tells us that disunity and relaxation are the great internal dangers of an alliance. Thucydides reports that the Peloponnesians and their allies were mighty in battle but handicapped by their policy-making body - in which, he related "each presses its own ends... which generally results in no action at all... they devote more time to the prosecution of their own purposes than to the consideration of the general welfare - each supposes that no harm will come of his own neglect, that it is the business of another to do this or that - and so, as each separately entertains the same illusion, the common cause imperceptibly decays."

Is that also to be the story of the Grand Alliance? Welded in a moment of imminent danger, will it disintegrate in complacency, with each member pressing its own ends to the neglect of the common cause? This must not be the case. Our old dangers are not gone beyond return, and any division among us would bring them back in doubled strength.

Our defenses are now strong - but they must be made stronger. Our economic goals are now clear - but we must get on with their performance. And the greatest of our necessities, the most notable of our omissions, is progress toward unity of political purpose.

For we live in a world in which our own united strength and will must be our first reliance. As I have said before, and will say again, we work toward the day when there may be real peace between us and the Communists. We will not be second in that effort. But that day is not yet here.

We in the United States and Canada are 200 million, and here on the European side of the Atlantic Alliance are nearly 300 million more. The strength and unity of this half-billion human beings are and will continue to be the anchor of all freedom, for all nations. Let us from time to time pledge ourselves again to the common purposes. But let us go on, from words to actions, to intensify our efforts for still greater unity among us, to build new associations and institutions on those already established. Lofty words cannot construct an alliance or maintain it - only concrete deeds can do that.

The great present task of construction is here on this continent where the effort for a unified free Europe is underway. It is not for Americans to prescribe to Europeans how this effort should be carried forward. Nor do I believe that there is any one right course or any single final pattern. It is Europeans who are building Europe.

Yet the reunion of Europe, as Europeans shape it - bringing a permanent end to the civil wars that have repeatedly wracked the world - will continue to have the determined support of the United States. For that reunion is a necessary step in strengthening the community of freedom. It would strengthen our alliance for its defense. And it would be in our national interest as well as yours. It

It is only a fully cohesive Europe that can protect us all against fragmentation of the alliance. Only such a Europe will permit full reciprocity of treatment across the ocean, in facing the Atlantic agenda. With only such a Europe can we have a full give-and-take between equals, an equal sharing of responsibilities, and an equal level of sacrifice. I repeat again - so that there may be no misunderstanding - the choice of paths to the unity of Europa is a choice which Europe must make. But as you continue this great effort, undeterred by either difficulty or delay, you should know that this new European greatness will be not an object of fear, but a source of strength, for the United States of America.

There are other political tasks before us. We must all learn to practice more completely the art of consultation on matters stretching well beyond immediate military and economic questions. Together, for example, we must explore the possibilities of leashing the tensions of the Cold War and reducing the dangers of the arms race. Together we must work to strengthen the spirit of those Europeans who are now not free, to reestablish their old ties to freedom and the West, so that their desire for liberty and their sense of nationhood, and their sense of belonging to the Western Community will survive for future expression. We ask those who would be our adversaries to understand that in our relations with them we will not bargain one nation's interest against another's and that the commitment to the cause of freedom is common to us all.

All of us in the West must be faithful to our conviction that peace in Europe can never be complete until everywhere in Europe, and that includes Germany, men can choose, in peace and freedom, how their countries shall be governed, and choose - without threat to any neighbor - reunification with their countrymen.

I preach no easy liberation and I make no empty promises; but my countrymen, since our country was founded, believe strongly in the proposition that all men shall be free and all free men shall have this right of choice.

As we look steadily eastward in the hope and purpose of new freedom, we must also look - and evermore closely - to our trans-Atlantic ties. The Atlantic community will not soon become a single overarching super-state. But practical steps toward stronger common purpose are well within our means. As we widen our common effort in defense, and our threefold cooperation in economics, we shall inevitably strengthen our political ties as well. Just as your current efforts for unity in Europe will produce a stronger voice in the dialogue between us, so in America our current battle for the liberty and prosperity of all citizens can only deepen the meaning of our common historic purposes. In the far future there may be a new great union for us all. But for the present, there is plenty for all to do in building new and enduring connections.

In short, the words of Thucydides are a warning, not a prediction. We have it in us, as 18 years have shown, to build our defenses, to strengthen our economies, and to tighten our political bonds, both in good weather and in bad. We can move forward with the confidence that is born of success and the skill that is born of experience. And

And as we move, let us take heart from the certainty that we are not only united by danger and necessity, but by hope and purpose as well.

For we know now that freedom is more than the rejection of tyranny - that prosperity is more than an escape from want - that partnership is more than a sharing of power. These are all, above all, great human adventures. They must have meaning and conviction and purpose - and because they do, in your country now and in mine, in all the nations of the Alliance, we are called to a great new mission.

It is not a mission of self-defense alone - for that is a means, not an end. It is not a mission of arbitrary power - for we reject the idea that one nation should dominate another. The mission is to create a new social order, founded on liberty and justice, in which men are the masters of their fate, in which states are the servants of their citizens, and in which all men and women can share a better life for themselves and their children. That is the object of our common policy.

To realize this vision, we must seek, above all, a world of peace - a world in which peoples dwell together in mutual respect and work together in mutual regard - a world where peace is not a mere interlude between wars, but an incentive to the creative energies of humanity. We will not find such a peace today, or even tomorrow. The obstacles to hope are large and menacing. Yet the goal of a peaceful world must - today and tomorrow - shape our decisions and inspire our purposes.

So we are all idealists. We are all visionaries. Let it not be said of this Atlantic generation that we left ideals and visions to the past, nor purpose and determination to our adversaries. We have come too far, we have sacrificed too much, to disdain the future now. And we shall ever remember what Goethe told us - that the "highest wisdom, the best that mankind ever knew" was the realization that "he only earns his freedom and existence who daily conquers them anew." Thank you.

\* \* \* \* \*

T H E W H I T E H O U S E  
Frankfurt, Germany

Ansprache des Präsidenten der Vereinigten Staaten

JOHN F. KENNEDY

in der Paulskirche zu Frankfurt am Main

Dienstag, 25. Juni 1963

Vor 115 Jahren hat in diesem historischen Saal ein Parlament der erlauchtesten Geister Deutschlands getagt. Sein Ziel war ein geeinter deutscher Bundesstaat. Dieses Parlament bestand aus Dichtern und Professoren, aus Rechtsgelehrten und Philosophen, aus Ärzten und Geistlichen, die in allen Teilen des Landes frei gewählt worden waren. Und keine Nation spendete seiner Arbeit wärmeren Beifall als meine eigene. Keine parlamentarische Versammlung hat jemals größere Anstrengungen unternommen, etwas Vollkommenes ins Werk zu setzen. Und obwohl ihre Bemühungen letzten Endes scheiterten, kann kein anderes Gebäude in Deutschland begründeteren Anspruch auf den Ehrentitel der "Wiege der deutschen Demokratie" erheben.

Aber wie steht es überhaupt mit der Berechtigung eines solchen Titels? In meiner eigenen Heimatstadt Boston ist die Faneuil Hall, in der einst die Urheber unserer Revolution zusammenkamen, seit langem als "Wiege der amerikanischen Freiheit" bekannt. Als jedoch im Jahre 1852 der ungarische Patriot Kossuth dort eine Ansprache hielt, übte er an dieser Bezeichnung Kritik. "Das ist ein schöner Name", sagte er, "obgleich daran etwas auszusetzen ist, was mein Herz betrübt. Man sollte nicht von der 'amerikanischen Freiheit' sprechen. Man sollte vielmehr von der 'Freiheit Amerikas' sprechen. Die Freiheit darf weder amerikanisch noch europäisch, sondern sie muß schlicht und einfach 'die Freiheit' sein."

Kossuth hatte recht. Denn so lange die Freiheit nicht in allen Ländern blüht, kann sie in einem einzelnen nicht gedeihen. Aus dem Saale, von dem sie ihren Ausgang nahm, muß sie zu vielen anderen weitergetragen werden. So ist die Saat der amerikanischen Revolution von 1776 schon vorher aus Europa herübergebracht worden und hat später in aller Welt Wurzeln geschlagen. Und auch die deutsche Revolution von 1848 sandte Ideen und Idealisten nach Amerika und anderen Ländern aus. Heute, im Jahre 1963, haben Demokratie und Freiheit internationalere Verbreitung gewonnen als je zuvor. Und der Geist der Frankfurter Nationalversammlung muß genau wie der Geist von Faneuil Hall in vielen Herzen und Nationen lebendig sein, wenn er überhaupt lebendig bleiben soll.

Denn wir leben sowohl in einem Zeitalter wechselseitiger Abhängigkeit als auch in einem solchen der Unabhängigkeit - im Zeitalter des Internationalismus, nicht mehr des Nationalismus. Im Jahre 1848 verhielten sich viele Länder gleichgültig gegenüber den Zielen der Frankfurter Nationalversammlung. Das war, ihrer Meinung nach, ein deutsches Problem. Heute gibt es keine ausschließlich deutschen Probleme oder amerikanischen Probleme oder europäischen Probleme mehr. Wir haben es mit Weltproblemen zu tun - und unsere beiden Länder und Kontinente sind hinsichtlich der Aufgaben des Friedens wie des Krieges unauflöslich miteinander verbunden.

Wir sind Partner bei der Sicherung des Friedens - nicht in einem engumschriebenen, zweiseitigen Verhältnis, sondern im Rahmen der Atlantischen Partnerschaft. Der Ozean trennt uns weniger noch, als früher das Mittelmeer die antike Welt der Griechen und Römer

Römer zu trennen vermochte. Wir besitzen eine alte und Sie eine junge Verfassung - wir haben eine junge und Sie eine alte Kultur -, aber was unsere Verpflichtung auf die Freiheit betrifft, so können und müssen wir alle ein und dieselbe Sprache sprechen. Unsere Rollen sind verschieden, doch ergänzen sie einander - und unsere Ziele sind die gleichen: Friede und Freiheit für alle Menschen, für alle Zeiten, in einer Welt des Überflusses und der Gerechtigkeit.

Aus diesem Grunde arbeiten unsere Nationen zusammen: um die NATO zu festigen, um den Handel auszuweiten, um den Entwicklungsländern beizustehen, um eine gemeinsame finanzpolitische Linie zu finden und um die Atlantische Gemeinschaft aufzubauen. Ich möchte das Wunder der wirtschaftlichen Leistungen Deutschlands nicht verkleinern. Aber das wahre deutsche Wunder war Ihre Abkehr von der Vergangenheit um der Zukunft willen - war Ihre Aussöhnung mit Frankreich, Ihre Beteiligung an der Schaffung Europas, Ihre führende Rolle in der NATO und Ihre wachsende Unterstützung konstruktiver Vorhaben in allen Teilen der Welt.

Ihr Wirtschaftsgefüge, Ihre Verfassungsgarantien, Ihr Vertrauen in die Autorität ziviler Instanzen, das alles steht im Einklang mit den Idealen älterer Demokratien. Und sie bilden einen festen Pfeiler der demokratischen europäischen Völkergemeinschaft.

Doch wie uns Goethe in seinem größten Werke berichtet, sollte Faust die Freiheit seiner Seele verspielt haben, sobald er zum flüchtigen Augenblicke sagte: "Verweile doch, du bist so schön." So ist auch unsere Freiheit in Gefahr, wenn wir beim flüchtigen Augenblick verweilen, wenn wir uns auf unseren Leistungen ausruhen, wenn wir das Tempo des Fortschritts bremsen. Denn die Zeit und die Welt stehen nicht still. Der Wandel ist das Gesetz des Lebens. Und wer nur auf die Vergangenheit blickt, verpaßt mit Sicherheit die Zukunft.

Die Zukunft des Westens beruht auf der Atlantischen Partnerschaft - einem System der Zusammenarbeit, der wechselseitigen Abhängigkeit und der Übereinstimmung zwischen Völkern, die ihre Lasten gemeinsam tragen und ihre Chancen in aller Welt gemeinsam nutzen können. Mancher mag sagen, das sei lediglich ein Traum, doch ich bin anderer Meinung. Eine ganze Kette großer Leistungen - Marshallplan, NATO, Schumanplan und Gemeinsamer Markt - drängt uns auf dem Weg zu größerer Einheit immer weiter voran.

Wir müssen mit Schwierigkeiten und Hindernissen rechnen. Es werden sich Zweifel und Enttäuschungen einstellen. Es werden methodische und Meinungsverschiedenheiten auftreten. Aber wir haben den Willen und auch die Mittel, drei eng miteinander verbundenen Zielen zu dienen: dem Erbe unserer Länder, der Einheit unserer Kontinente und der Interdependenz der Bündnispartner des Westens.

Manche behaupten, die Vereinigten Staaten würden weder an diesen Zielsetzungen festhalten, noch ihre Verpflichtungen einlösen - wir würden vielmehr zu einem beschränkten Nationalismus zurückkehren. Aber solche Zweifel verflüchtigen sich angesichts der geschichtlichen

geschichtlichen Tatsachen. Seit 18 Jahren haben die Vereinigten Staaten in aller Welt für die Freiheit Wache gehalten. Die Festigkeit des amerikanischen Willens und der wirksame Einsatz amerikanischer Stärke zur Unterstützung freier Menschen und freier Regierungen sind in Asien, Afrika, auf dem amerikanischen Kontinent und vor allem auch hier in Europa unter Beweis gestellt worden. Wir haben zu über 40 Verbündeten Beziehungen auf der Basis gegenseitigen Vertrauens und wechselseitiger Verpflichtungen hergestellt und in Ehren aufrechterhalten. Wir sind stolz auf diesen Sachverhalt, der alle Zweifel mehr als ausreichend beantwortet. Außerdem wird diese nachweisliche Erfüllung unserer Verpflichtungen gegenüber der gemeinsamen Freiheit und Sicherheit nach wie vor durch eine wichtige, grundlegende Tatsache verbürgt: sie wurzelt nämlich tief im eigenen amerikanischen Interesse. Unsere Verpflichtung gegenüber Europa ist unerlässlich - in unserem eigenen wie in Ihrem Interesse.

Wir haben kein Interesse an dem Versuch, die beschlußfassenden europäischen Gremien zu beherrschen. Wäre dies unser Ziel, so würden wir ein gespaltenes und schwaches Europa bevorzugen, das den Vereinigten Staaten die Möglichkeit böte, mit den Einzelteilen getrennt zu verhandeln. Statt dessen setzen wir unsere Hoffnungen auf ein einiges und starkes Europa - das eine gemeinsame Sprache spricht und mit einem gemeinsamen Willen handelt -, in eine Weltmacht, die imstande ist, die Weltprobleme als vollgültiger und gleichberechtigter Partner anzupacken.

Das liegt in unser aller Interesse. Denn ein Krieg in Europa zerstört, wie wir in 40 Jahren zweimal erfahren haben, auch den Frieden in Amerika. Eine Bedrohung der Freiheit Europas ist eine Bedrohung der Freiheit Amerikas. Deshalb kann keine Regierung in Washington eine solche Drohung unbeantwortet lassen - das ist nicht nur eine Frage des guten Willens, sondern eine Notwendigkeit. Und deshalb hoffen wir auch auf ein vereintes Europa im Rahmen einer Atlantischen Partnerschaft - als Gesamtheit interdependenter Teile, die an Lasten und Entscheidungen gleichermaßen beteiligt und sowohl durch die Aufgaben der Verteidigung als auch durch die Werke des Friedens miteinander verknüpft sind.

Diese Vorstellung ist keine Phantasie. Sie wird Wirklichkeit werden durch konkrete Maßnahmen zur Lösung der Probleme, vor die wir uns alle gestellt sehen: im militärischen, im wirtschaftlichen und im politischen Bereich. Partnerschaft ist kein Zustand, sondern ein Prozeß - ein fortlaufender Prozeß, der sich von Jahr zu Jahr um so stärker auswirkt, je mehr wir uns den gemeinsamen Aufgaben widmen.

Die erste Aufgabe der Atlantischen Gemeinschaft bestand in der Sicherung der gemeinsamen Verteidigung. Diese Verteidigung ist nach wie vor unteilbar. Amerika setzt seine Städte aufs Spiel, um Ihre Städte zu verteidigen, weil wir Ihrer Freiheit bedürfen, um unsere Freiheit schützen zu können. Hunderttausende unserer Soldaten dienen gemeinsam mit den Ihrigen auf diesem Kontinent als konkretes Unterpfand jener Verpflichtung. Wer diese unsere Verpflichtung in Zweifel zieht oder ihre Unteilbarkeit leugnet - wer einen Keil zwischen

zwischen Europa und Amerika treiben oder die Verbündeten einander entfremden möchte -, der unterstützt und stärkt damit nur jene Leute, die sich selbst als unsere Gegner betrachten und denen jede Verwirrung des Westens willkommen ist.

Das Ziel unserer gemeinsamen militärischen Anstrengungen ist nicht der Krieg, sondern der Friede, nicht die Vernichtung von Nationen, sondern die Sicherung der Freiheit. Die Streitkräfte, die die Bundesrepublik Deutschland zu diesem Zweck beisteuert, werden von denen keines anderen europäischen Landes übertroffen. Ihr Land steht in der ersten Verteidigungslinie - und Ihre Divisionen sind, Schulter an Schulter mit den unsrigen, eine Quelle der Stärke für uns alle.

Diese konventionell bewaffneten Streitkräfte sind von entscheidender Bedeutung, und dahinter stehen Tausende der modernsten Waffen hier auf europäischem Boden sowie weitere Tausende, nur Minuten entfernt, rund um die Welt in Bereitschaft. Zusammen haben unsere Länder für die Vorwärtsverteidigung des freien Europas ein Abschreckungspotential entwickelt, das die gegenwärtige oder voraussichtliche Stärke jedes Gegners bei weitem übertrifft.

Dennoch liegt es in der Natur der Sache, daß Amerikas nukleare Position innerhalb des Bündnisses Fragen aufgeworfen hat. Ich glaube, wir müssen uns mit diesen Fragen auseinandersetzen, nicht indem wir die Uhr auf die Zeit der separaten nationalen Abschreckung zurückdrehen, sondern indem wir eine noch einheitlichere atlantische Abschreckungsmacht mit echter europäischer Beteiligung schaffen.

Wie sich dies am besten bewerkstelligen läßt, wird gegenwärtig mit jenen erörtert, die an diesem Vorhaben teilzunehmen wünschen. Der zur Diskussion stehende Vorschlag zielt auf eine neue atlantische Streitmacht ab. Eine solche Streitmacht würde Stärke statt Schwäche und Zusammenhalt statt Spaltung hervorbringen. Sie würde allen Mitgliedern und nicht einem einzigen gehören, wenn alle auf der Basis der Gleichberechtigung beteiligt sind. Und je weiter Europa auf dem Wege zur Einheit voranschreitet, desto größer wird und muß demgemäß seine Rolle und Verantwortung hier und anderswo werden.

Vorläufig aber gibt es noch viel zu tun. Auf den Gebieten der Strategie, der Ausbildung und der Planung müssen wir noch enger zusammenarbeiten. Europäische NATO-Offiziere werden dem Hauptquartier des Strategischen Luftkommandos in Omaha zugeteilt. Moderne Waffen werden in Westeuropa bereitgestellt. Und Amerikas strategische Abschreckungsmacht - die stärkste der Geschichte - wird weiterhin im Dienste des gesamten Bündnisses stehen.

Zweitens ist unsere Partnerschaft nicht nur militärischer Art. Die wirtschaftliche Einheit - und zwar nicht nur zwischen den Nationen Europas, sondern auch über den Atlantik hinweg - ist eine ebenso gebieterische Notwendigkeit.

Tatsächlich



Tatsächlich ist eine wirtschaftliche Zusammenarbeit innerhalb der gesamten freien Welt vonnöten. Indem wir den Entwicklungsländern in Afrika, Asien und Lateinamerika unsere Märkte öffnen, ihnen unser Kapital und unsere Erfahrungen zur Verfügung stellen und die Rohstoffpreise stabilisieren, können wir die Schaffung eines Klimas fördern, das die Freiheit und das Wirtschaftswachstum begünstigt. Dies ist eine atlantische Aufgabe, denn die atlantischen Nationen trugen dazu bei, diese Völker zu erwecken. Unsere Kaufleute und Händler begannen auf der Suche nach Mineralstoffen, Öl, Kautschuk und Kaffee, ihren Boden und gleichzeitig ihre Gesellschaftsformen umzupflügen. Jetzt müssen wir ihnen dabei helfen, vollgültige Mitglieder der Gesellschaft des 20. Jahrhunderts zu werden und die Kluft zwischen arm und reich zu überbrücken.

Eine andere große wirtschaftliche Aufgabe stellt uns die bevorstehende Verhandlungsrunde der Handelsgespräche. Diese Beratungen stellen sehr viel mehr dar als nur technische Diskussionen über Zoll- und Handelsfragen. Sie bieten die Möglichkeit zur Schaffung einer gemeinsamen Industrie- und Agrarpolitik über den Atlantik hinweg. Sie bieten ferner eine Gelegenheit, neuen Bedarf zu wecken, um dem wirtschaftlichen Wachstum neuen Auftrieb zu geben und mehr Arbeitsplätze und größeren Wohlstand für unsere wachsende Bevölkerung zu schaffen. Sie geben uns auch Gelegenheit, die Handelswünsche und Erwartungen der anderen freien Völker einschließlich Japans kennenzulernen.

Kurzum, diese Verhandlungen sind ein Prüfstein für unsere Einigkeit. Wenngleich jedes Land selbstverständlich seine eigenen Interessen im Auge hat, muß es doch seinen Blick auch auf die gemeinsamen Interessen richten - auf die Notwendigkeit, die Märkte auf beiden Seiten des Atlantiks auszuweiten, auf die Notwendigkeit, das Gefälle zwischen hoch- und minderentwickelten Ländern zu verringern, und auf die Notwendigkeit, die atlantischen Volkswirtschaften auf ein höheres Produktionsniveau zu bringen, statt sie durch höhere Schutzwälle zu ersticken.

Wir dürfen nicht in die dreißiger Jahre zurückfallen, als wir uns gegenseitig die eigene Stagnation exportierten. Wir dürfen nicht zurückkehren zu der überholten Auffassung, daß der Handel einige Nationen auf Kosten der anderen begünstige. Niemand soll glauben, daß die Vereinigten Staaten, deren Wirtschaft nur zum kleinen Teil vom Außenhandel und zu einem noch geringeren Teil vom Handel mit Westeuropa abhängt, eine Ausweitung des Handels anstreben, um den europäischen Kontinent mit amerikanischen Waren zu überschwemmen. Die Ausweitung des Handels wird uns allen zugute kommen. Die Erfahrungen des Gemeinsamen Marktes verheißen - ähnlich wie die des Deutschen Zollvereins - allen Partnerstaaten solcher Handelsabmachungen eine erhöhte wirtschaftliche Aktivität und Prosperität, ohne daß sich einzelne Mitglieder auf Kosten anderer bereichern. In meiner Heimat, an der Cape-Cod-Küste, sagt man: Die steigende Flut macht alle Boote flott. Und eine Partnerschaft dient laut Begriffsbestimmung beiden Partnern, ohne Bevormundung oder Übervorteilung. Wir waren

waren Partner in der Not - so lassen Sie uns auch Partner in der Prosperität sein.

Über der Wirtschaftsentwicklung und Handelsausweitung steht die Finanzpolitik. Auch hier laufen unsere Interessen wieder zusammen. Tatsächlich gibt es keinen Bereich, in dem die umfassenderen Interessen aller Beteiligten die engeren Einzelinteressen eindeutiger überwiegen. Als Sachwalter der Freiheit haben wir seit einer Generation nach diesem Prinzip gehandelt. Jetzt, nachdem andere Länder einschließlich der Bundesrepublik Deutschland von neuem erstarkt sind, ist auch hier die Zeit für weitere, gemeinsame Anstrengungen gekommen. Die großen freien Nationen der Erde müssen ihre Währungsprobleme bewältigen, damit sie nicht von diesen überwältigt werden.

Drittens und letztens beruht die Atlantische Partnerschaft auf einer gemeinsamen politischen Zielsetzung. Gegen die Gefahren der Spaltung und Erschlaffung ist mit geringeren Kräften nichts auszurichten. Die Geschichte lehrt, daß Uneinigkeit und Ermüdung die großen inneren Gefahren sind, die einem Bündnis drohen. Thukydides berichtet, die Peloponnesier und ihre Verbündeten seien mächtig in der Schlacht, doch gehemmt durch eine politische Führung gewesen, in der "jeder seine eigenen Absichten verfolgt..., was im allgemeinen dazu führt, daß jede Aktion unterbleibt... Sie verwenden mehr Zeit auf die Besorgung ihrer eigenen Geschäfte als auf die Sorge für das Gemeinwohl... Jeder glaubt, daß aus seinen eigenen Versäumnissen kein Schaden erwachse und daß es die Aufgabe anderer sei, dies oder jenes zu tun - und da somit jeder für sich die gleiche Illusion hegt, gerät die gemeinsame Sache unmerklich immer mehr in Verfall."

Soll unsere Große Allianz etwa das gleiche Schicksal erleiden? Wird sie, die im Augenblick höchster Gefahr geschmiedet wurde, in Selbstgefälligkeit zerfallen, weil jedes Mitglied seine eigenen Ziele zum Nachteil der gemeinsamen Sache verfolgt? Das darf nicht geschehen. Die alten Gefahren sind keineswegs ein für allemal gebannt, und jede Spaltung in unseren Reihen könnte sie mit doppelter Macht wieder auf den Plan rufen.

Unsere Verteidigung ist jetzt stark - doch muß sie noch stärker werden. Unsere wirtschaftlichen Aufgaben sind jetzt klar - doch müssen wir ihre Erfüllung weiter vorantreiben. Das größte Erfordernis und unsere bemerkenswerteste Unterlassung ist freilich der Fortschritt zu wahrer politischer Gemeinschaft.

Denn wir leben in einer Welt, in der wir uns in erster Linie auf unsere eigene vereinte Stärke verlassen müssen. Wie ich schon gesagt habe und hier erneut betonen möchte, arbeiten wir auf den Tag hin, da es einen wirklichen Frieden zwischen uns und den Kommunisten geben kann; und wir werden uns in diesem Bemühen von niemandem übertreffen lassen. Aber dieser Tag ist noch nicht angebrochen.

Wir haben in den Vereinigten Staaten und in Kanada 200 Millionen Menschen, und hier auf der europäischen Seite des Atlantischen Bündnisses kommen noch nahezu 300 Millionen hinzu. Die Stärke und

und Einigkeit dieser halben Milliarde Menschen sind jetzt und in Zukunft der Anker aller Freiheit für alle Nationen. Wir wollen uns von Zeit zu Zeit der gemeinsamen Ziele versichern. Aber lassen wir den Worten Taten folgen, indem wir unsere Bemühungen um noch mehr Einigkeit zwischen uns verstärken und neue Verbindungen und Institutionen schaffen, die auf den bereits vorhandenen aufbauen. Durch schöne Worte läßt sich keine Allianz errichten, sondern nur durch konkrete Taten.

Die große konstruktive Aufgabe der Gegenwart liegt hier auf diesem Kontinent, wo Bemühungen um die Schaffung eines geeinten Europas im Gange sind. Es ist nicht Sache der Amerikaner, den Europäern vorzuschreiben, wie diese Bemühungen voranzutreiben sind. Ebenso wenig glaube ich, daß es nur einen einzigen richtigen Kurs oder nur eine alleingültige Form dafür gibt. Die Europäer selbst sind es, die Europa bauen.

Doch der Zusammenschluß Europas wird, wenn Europäer ihn vollziehen, auch weiterhin die entschlossene Unterstützung der Vereinigten Staaten finden - und für immer die Bruderkriege beenden, die wiederholt die Welt verwüstet haben. Denn dieser Zusammenschluß ist ein notwendiger Schritt für die Stärkung der Gemeinschaft der Freiheit. Er würde unser Bündnis zu ihrer Verteidigung stärken. Und er läge sowohl in unserem wie auch in Ihrem nationalen Interesse.

Nur ein in sich gefestigtes Europa kann uns alle vor der Zersplitterung des Bündnisses bewahren. Nur ein solches Europa ermöglicht eine echte Reziprozität in allem Tun und Trachten über den Ozean hinweg, angesichts unseres wahrhaft atlantischen Arbeitsprogramms. Nur mit einem solchen Europa ist ein uneingeschränktes Geben und Nehmen zwischen Gleichberechtigten möglich und eine gleichmäßige Verteilung der Verantwortung wie auch der Opfer. Ich möchte - damit keine Mißverständnisse aufkommen - noch einmal wiederholen; die Wahl der Wege zur Einheit Europas muß von den Europäern getroffen werden. Wenn Sie aber, unbeeindruckt durch Schwierigkeiten oder Verzögerungen, dieses große Werk fortsetzen, sollen Sie wissen, daß die Vereinigten Staaten von Amerika in dieser neuen Größe Europas keinen Anlaß zur Furcht, sondern einen Quell der Stärke sehen.

Es werden Ihnen noch weitere politische Aufgaben gestellt werden. Wir alle müssen die Kunst der Konsultation in Fragen, die weit über die direkte militärische und wirtschaftliche Zusammenarbeit hinausgehen, noch besser beherrschen lernen. So müssen wir beispielsweise gemeinsam die Möglichkeiten einer Lockerung der Spannungen im Kalten Kriege und einer Verringerung der Gefahren des Wettrüstens erkunden. Wir müssen gemeinsam alles tun, um jenen Europäern Mut zu machen, die gegenwärtig nicht frei sind, ihre alten Verbindungen zur Freiheit und zum Westen wiederherzustellen, auf daß der Wunsch nach Freiheit und das Gefühl der nationalen Zusammengehörigkeit für spätere Zeiten lebendig bleiben.

Möchten

Möchten doch jene, die sich als unsere Gegner betrachten, endlich begreifen, daß wir, in unseren Beziehungen zu ihnen, nicht die Interessen anderer Staaten gegeneinander ausspielen werden, und daß wir uns alle gleichermaßen der Sache der Freiheit verschrieben haben.

Wir alle hier im Westen müssen treu zu unserer Überzeugung stehen, daß der Friede in Europa nie vollständig sein kann, solange nicht überall in Europa die Menschen in Frieden und Freiheit darüber befinden können, wie ihre Länder regiert werden sollen, und - ohne Bedrohung irgendeines Nachbarn - die Wiedervereinigung mit ihren Landsleuten erwählen können.

Ich predige keine leichte Befreiung, und ich mache keine leeren Versprechungen. Meine Landsleute sind jedoch fest von dem Grundsatz überzeugt, daß alle Menschen frei sein sollen und alle freien Menschen Anspruch auf Entscheidungsfreiheit haben.

So wie wir ständig in der Hoffnung und zielstrebigen Erwartung neuer Freiheit nach dem Osten blicken, so müssen wir auch unsere Aufmerksamkeit - und zwar immer nachdrücklicher - auf unsere transatlantischen Bindungen richten. Die Atlantische Gemeinschaft wird sicher nicht schon in Kürze zu einem einheitlichen, alles überwölbenden Überstaat werden. Aber praktische Schritte auf dem Weg zu einer entschiedeneren gemeinsamen Zielsetzung liegen durchaus im Bereich unserer Möglichkeiten. Je mehr wir unsere gemeinsamen Verteidigungsanstrengungen und unsere wirtschaftliche Zusammenarbeit in den drei erwähnten Bereichen intensivieren, werden sich zwangsläufig auch unsere politischen Bindungen festigen. Genauso wie Ihre gegenwärtigen Bemühungen um Einheit in Europa Europas Stimme im Zwiegespräch mit uns nachdrücklicher zur Geltung bringen werden, so kann unser gegenwärtiges Ringen um Freiheit und Wohlfahrt aller amerikanischen Bürger die Bedeutung unserer gemeinsamen historischen Zielsetzungen nur stärken. Die fernere Zukunft mag für uns alle vielleicht einen neuen großen Bund bereithalten. Doch hier und heute schon gibt es für jeden genug zu tun, um neue und dauerhafte Verbindungen zu schaffen.

Kurzum, die Worte des Thukydides sind eine Warnung, keine Voraussage. Wie die letzten 18 Jahre beweisen, sind wir sehr wohl imstande, unsere Verteidigungssysteme auszubauen, unsere Volkswirtschaften zu festigen und unsere politischen Bindungen in guten wie in schlechten Tagen noch enger zu gestalten. Wir können mit jener Zuversicht weiter voranschreiten, die aus dem Erfolg erwächst, gepaart mit jenem Können, das die Erfahrung verleiht. Und auf unserem Weg wollen wir Mut aus der Gewißheit schöpfen, daß nicht nur Gefahr und Notwendigkeit, sondern ebenso auch Hoffnung und Zielstrebigkeit uns einen.

Denn wir wissen jetzt, daß Freiheit mehr bedeutet als Ablehnung der Tyrannei - daß Prosperität mehr bedeutet als Erlösung von der Not - daß Partnerschaft mehr bedeutet als Beteiligung an der Macht. All das sind in erster Linie große Menschheitsabenteuer. Sie müssen Sinn und Überzeugungskraft und Zielstrebigkeit haben, und weil das so ist - heute in Ihrem Land und in meinem und in allen Nationen des Bündnisses -, sind wir zu einer großen neuen Mission aufgerufen.

Es

Es ist nicht allein eine Mission der Selbstverteidigung - denn sie ist ein Mittel, kein Endzweck. Es ist nicht eine Mission aus eigener Machtvollkommenheit, denn wir lehnen die Vorstellung ab, daß eine Nation eine andere bevormunden dürfe. Unsere Mission ist die Schaffung einer neuen Gesellschaftsordnung, die auf Freiheit und Gerechtigkeit fußt, wo der Mensch Herr seiner Geschicke, wo der Staat der Diener seiner Bürger ist und wo alle Männer und Frauen eines besseren Lebens für sich und ihre Kinder teilhaftig werden können.

Um diese Vision Wirklichkeit werden zu lassen, müssen wir vor allem eine Welt des Friedens erstreben - eine Welt, in der die Völker in gegenseitiger Achtung zusammen leben und in gegenseitiger Wertschätzung zusammenarbeiten, eine Welt, in der der Friede nicht mehr nur eine Pause zwischen zwei Kriegen ist, sondern den schöpferischen Kräften der Menschheit Auftrieb gibt. Wir werden einen solchen Frieden nicht heute finden, auch nicht morgen. Große, dräuende Hindernisse stehen der Erfüllung der Hoffnung im Wege. Dennoch muß das Ziel der Schaffung einer friedlichen Welt - heute wie morgen - unsere Entscheidungen leiten und unser Wollen beflügeln.

Insofern sind wir alle Idealisten. Insofern sind wir alle Visionäre. Man soll dieser atlantischen Generation nicht nachsagen können, daß sie Ideale und Visionen der Vergangenheit und Zielstrebigkeit und Entschlußkraft ihren Widersachern überlassen habe. Wir haben bereits zu viel erreicht und zu große Opfer gebracht, um jetzt die Zukunft preiszugeben. Und wir sollten immer des Goetheworts eingedenk bleiben: "Dies ist der Weisheit letzter Schluß - Nur der verdient sich Freiheit wie das Leben, der täglich sie erobern muß".

\*

T H E W H I T E H O U S E

Remarks of the President of the United States of America

JOHN F. KENNEDY

at the Free University Berlin, Germany

June 26, 1963

Mr. Mayor, Mr. Chancellor, distinguished Ministers, Members of the Faculty and Fellows of this University, Fellow Students,

I am honored to become an instant graduate of this distinguished University. The fact of the matter is, of course, that any university, if it is a university, is free. So one might think the words "Free University" are redundant but not in West Berlin. So I am proud to be here today and I am proud to have this association on behalf of my fellow countrymen in this great center of learning. Prince Bismarck once said that one third of the students of German universities broke down from overwork, another third broke down from dissipation, and the other third ruled Germany. I do not know which third of the student body is here today, but I am confident that I am talking to the future rulers of this country and also of other free countries stretching around the world who have sent their sons and daughters to this center of freedom in order to understand what the world struggle is all about.

I know that when you leave this school, you will not imagine that this institution was founded by citizens of the world, including my own country, and was developed by citizens of West Berlin, that you will not imagine that these men who teach you have dedicated their lives to your knowledge in order to give this school's graduates an economic advantage in the life struggle. This school is not interested in turning out merely corporation lawyers or skilled accountants. What it is interested in, and this must be true of every university, it must be interested in turning out citizens of the world - men who comprehend difficult, sensitive tasks that lie before us as free men and women, and men who are willing to commit their energies to the advancement of a free society. That is why you are here and that is why this school was founded, and all of us benefit from it.

It is a fact that in my own country in the American Revolution, that revolution, and the society that developed thereafter, was built by some of the most distinguished scholars in the history of the United States who were at the same time among our foremost politicians. They did not believe that College was merely for the study, they thought it was for the market place as well. And Madison and Jefferson and Franklin and all the others who built the United States, who built our Constitution, who built it on a sound framework, I believe set an example for us all. And what is true of my country has been true of your country and the countries of Western Europe.

As an American said a hundred years ago, was John Milton to conjugate Greek verbs in his library when the freedom of Englishmen was imperilled? The duty of the scholar, of the educated man, of the man or woman whom society has developed talents in, the duty of that man or woman is to help build the society which has made their own advancement possible. You understand it. And I understand it, and I am proud to be with you.

Goethe,

Goethe, whose home city I visited yesterday, believed that education and culture were the answer to international strife. With sufficient learning, he wrote, "a scholar forgets national hatreds, stands above nations, and feels the well-being or troubles of a neighboring people as if they happened to his own."

That is the kind of scholar that this University is training. In the turbulent years, since this institution was founded, dedicated to the motto "Truth, Justice, and Liberty", much has changed. The University enrollment has increased seven-fold, and related colleges have been founded. West Berlin has been blockaded, threatened, harassed - but it continues to grow in industry, and culture, and size, and in the hearts of free men. Germany has changed. Western Europe and indeed the entire world have changed. But this University has maintained its fidelity to these three ideals - truth, justice and liberty.

I choose, therefore, to discuss the future of this city briefly in the context of these three obligations. Speaking a short time ago in the center of the city I reaffirmed my country's commitments to West Berlin's freedom and restated our confidence in its people and their courage. The shield of the military commitment with which we in association with two other great powers guard the freedom of West Berlin will not be lowered or put aside so long as its presence is needed. But behind that shield, it is not enough to mark time - to adhere to a status quo while awaiting a change for the better. In a situation fraught with challenge, and the last four years in the world have seen the most extraordinary challenge, the significance of which we cannot even grasp today, and only when history and time have passed can we realize the significant events that happened at the end of the fifties and the beginning of the sixties - in a situation fraught with change and challenge in an era of this kind every resident of West Berlin has a duty to consider where he is, where his city is going, and how best it can get there. The scholar, the teacher, the intellectual have a higher duty than any of the others. For society has trained you to think as well as do. This community has committed itself to that objective, and you have a special obligation to think and to help forge the future of this city in terms of truth and justice and liberty.

First, what does truth require? It requires us to face the facts as they are, not to involve ourselves in self-deception, to refuse to think merely in slogans. If we are to work for the future of this city, let us deal with the realities as they actually are, not as they might have been and not as we wish they were.

Reunification, I believe, will some day be a reality. The lessons of history support that belief, especially the history in the world of the last 18 years. The strongest force in the world today has been the strength of the State, of the idea of nationalism of a people, and in Africa, and Latin America and Asia - all around the globe - new countries have sprung into existence determined to maintain their freedom. This has been one of the strongest forces on the side of freedom, and it is a source of satisfaction to me that so many countries of Western Europe recognized this and chose to move



move with this great tide. And therefore, that tide has served us, and not our adversaries. But we all know that a police state regime has been imposed on the Eastern sector of this city and country. The peaceful reunification of Berlin and Germany will, therefore, not be either quick or easy. We must first bring others to see their own true interest better than they do today.

What will count in the long run are the realities of Western strength, the realities of Western commitment, the realities of Germany as a nation and a people, without regard to artificial boundaries of barbed wire. Those are the realities upon which we rely - and on which history will move, and others, too, would do well to recognize them.

And secondly, what does justice require? In the end, it requires liberty, and I will come to that. But in the meantime, justice requires us to do what we can do, in this transition period, to improve the lot and maintain the hopes of those on the other side. It is important that the people on the quiet streets in the East be kept in touch with Western society - through all the contacts and communication that can be established - through all the trade that Western security permits.

Above all, whether they see much or little of the West, what they see must be so bright as to contradict the daily drum-beat of distortion from the East. You have no higher opportunity, therefore, than to stay here in West Berlin - to contribute your talents and skills to its life - to show your neighbors democracy at work, a growing and productive city offering freedom and a better life for all.

You are helping now by your studies and by your devotion to freedom, and you therefore earn the admiration of your fellow students from wherever they come.

Today I have had a chance to see all this myself. I have seen housing and factories and office buildings; commerce and a vigorous academic and scientific life here in this community. I've seen the people of this city. And I think that all of us who have come here know that the morale of this city is high, the standard of living is high, faith in the future is high, and that this is not merely an isolated outpost cut off from the world, cut off from the West.

Students come here from many countries. And I hope more will come, especially from Africa and Asia. Those of you who may return from study here to other parts of Western Europe will still be helping to forge a society which most of those across the wall yearn to join. The Federal Republic of Germany - as all of us know from our visits better than ever - has created a free and dynamic economy from the disaster of defeat, and a bulwark of freedom from the ruins of tyranny.

West Berlin and West Germany have dedicated and demonstrated their commitment to the liberty of the human mind, the welfare of the community, and peace among nations. They offer social and economic security and progress for their citizens. And all this has

has been accomplished - and this is the important point - not only because of their economic plant and capacity, but because of their commitment to democracy. Because even economic well-being and democracy must go hand-in-hand.

And finally, what does liberty require? The answer is clear: a united Berlin, in a united Germany, united by self-determination - and living in peace. This right of free choice is no special privilege claimed for Germans alone; it is an elemental requirement of human justice. So this is a goal we shall never abandon. And it is a goal which may well be obtainable most readily in the context of a reconstitution of the larger Europe on both sides of the harsh line which now divides it.

This idea is not new in the postwar West. Secretary Marshall, soon after he delivered his famous speech at Harvard University urging aid to the reconstruction of Europe, was asked what area his proposal might cover; and he replied that he was "taking the commonly accepted geography of Europe - west of Asia."

His offer of help and friendship was rejected - but it is not too early to think once again in terms of all of Europe. For the winds of change are blowing across the curtain as well as in the rest of the world. The cause of human rights and dignity, some two centuries after its birth in Europe and the United States, is still moving men and nations with ever-increasing momentum. The Negro citizens of my own country have strengthened their demand for equality and opportunity - and the American people and government are determined to respond. The pace of decolonization has quickened in Africa. The peoples of the developing nations have intensified their pursuit of social and economic justice.

The people of Eastern Europe, even after 18 years of oppression, are not immune to change. The truth doesn't die. The desire for liberty can never be fully suppressed. The people of the Soviet Union, even after 45 years of party dictatorship, feel the forces of historical evolution. The harsh precepts of Stalinism are officially recognized as bankrupt. Economic and political variation and dissent are appearing, for example, in Poland, in Rumania, and the Soviet Union itself. The growing emphasis on scientific and industrial achievement has been accompanied by increased education and by intellectual ferment. Indeed, the very nature of the modern technological society requires human initiative and the diversity of free minds. So history itself runs against the Marxist dogma, not toward it. Nor are such systems equipped to deal with the organization of modern agriculture and the diverse energies of the modern consumer in a developed society.

In short, these dogmatic police states are an anachronism. Like the division of Germany, and of Europe, it is against the tide of history. The new Europe of the West - dynamic, diverse and democratic - must exert an ever-increasing attraction to the peoples to the East. And when the possibilities of reconciliation appear, we in the West will make it clear that we are not hostile to any people or system, provided they choose their own destiny without interfering with the free choice of others. There will be wounds to heal and suspicions to be eased on both sides. The difference in living standards will have

have to be reduced - by leveling up, not down. Fair and effective agreements to end the arms race must be reached. These changes will not come today or tomorrow, but our efforts must continue undiminished.

As I said this morning, I am not impressed by the opportunity open to popular fronts throughout the world. I do not believe that any Democrat can successfully ride that tiger. But I do believe of the necessity of great powers working together to preserve the human race, or otherwise we can be destroyed.

This process can only be helped by the growing unity of the West, and we must all work towards that unity. For in unity there is strength, and that is why I travel to this continent. And any division or weakness only makes our task more difficult. Nor can the West ever negotiate a peaceful reunification of Germany from a divided and uncertain and competitive base.

In short, only if they see over a period of time that we are strong and united, that we are vigilant and determined, are others likely to abandon their course of armed aggression or subversion. Only then would genuine, mutually acceptable proposals to reduce hostility have a chance to succeed.

This is not an easy course. There is no easy course to the reunification of Germany and the reconstitution of Europe. But life is never easy. There is work to be done and obligations are to be met - obligations to truth, to justice and to liberty.

\* \* \* \* \*

T H E W H I T E H O U S E

Remarks of the President of the United States of America

JOHN F. KENNEDY

at the City Hall, West Berlin, Germany

June 26, 1963

I am proud to come to this city as the guest of your distinguished Mayor who has symbolized throughout the world the fighting spirit of West Berlin.

And I am proud to visit the Federal Republic with your distinguished Chancellor who for so many years has committed Germany to democracy and freedom and progress, and to come here in the company of my fellow American, General Clay, who has been in this city during its great moments of crisis and will come again if ever needed.

Two thousand years ago the proudest boast was: "civis Romanus sum." Today, in the world of freedom, the proudest boast is: "Ich bin ein Berliner."

There are many people in the world who really don't understand - or say they don't - what is the great issue between the Free World and the Communist world. Let them come to Berlin.

There are some who say that Communism is the wave of the future. Let them come to Berlin.

And there are some who say - in Europe and elsewhere - : We can work with the Communists. Let them come to Berlin.

And there are even a few who say that it's true that Communism is an evil system, but it permits us to make economic progress. Laßt sie nach Berlin kommen.

Freedom has many difficulties, and democracy is not perfect. But we have never had to put a wall up to keep our people in - to keep them from leaving us.

I want to say on behalf of my countrymen who live many miles away on the other side of the Atlantic - who are far distant from you - that they take the greatest pride that they have been able to share with you, even from a distance, the story of the last 18 years. I know of no town, no city that has been besieged for 18 years that still lives with the vitality and the force and the hope and the determination of the City of West Berlin.

While the wall is the most obvious and vivid demonstration of the failures of the Communist system for all the world to see, we take no satisfaction in it. For it is, as your Mayor said, an offense not only against history, but an offense against humanity - separating families, dividing husbands and wives and brothers and sisters, and dividing up people who wish to be joined together.

What is true of this city is true of Germany. Real lasting peace in Europe can never be assured as long as one German out of four is denied the elementary right of free men, and that is to make a free choice. In 18 years of peace and good faith, this generation of Germans has earned the right to be free, including the right to unite their families and their nation in lasting peace with good will to all people.

You

You live in a defended island of freedom. But your life is part of the main. So let me ask you as I close to lift your eyes beyond the dangers of today to the hope of tomorrow - beyond the freedom merely of this City of Berlin, or your country of Germany - to the advance of freedom everywhere, beyond the wall, to the day of peace with justice; beyond yourselves, and ourselves, to all mankind. Freedom is indivisible, and when one man is enslaved, all are not free. When all are free, then we can look forward to that day when this city will be joined as one - and this country and this great continent of Europe - in a peaceful and hopeful globe.

When that day finally comes - as it will - the people of West Berlin can take sober satisfaction in the fact that they were in the front lines for almost two decades.

All free men, wherever they may be, are citizens of Berlin. Therefore, as a free man, I take pride in the words: "Ich bin ein Berliner."

\* \* \* \* \*

Wi./26.7.1963

SONDERBOTSCHAFT PRÄSIDENT KENNEDYS  
ÜBER US-ZAHLUNGSBILANZ

Washington - (AD) - Nachstehend übermitteln wir Ihnen den Wortlaut der Sonderbotschaft, die Präsident Kennedy am 18. Juli 1963 an den US-Kongreß gerichtet hat.

"An den Kongreß der Vereinigten Staaten:

Kurze Zeit nach meiner Amtseinführung habe ich dem Kongreß über die Probleme berichtet, die das wachsende und von einem starken Goldabfluß begleitete Zahlungsbilanzdefizit seit Ende der fünfziger Jahre für die USA in drei aufeinanderfolgenden Jahren aufgeworfen hatte. Und ich gab damals ein Programm bekannt, durch das sowohl das Vertrauen in den US-Dollar wie auch schließlich der Ausgleich unserer internationalen Konten wiederhergestellt werden sollte. Die Aufgabe, vor die wir uns so zwangsweise gestellt sahen, wurde damals noch durch die Notwendigkeit vergrößert, der zunehmenden Arbeitslosigkeit nicht nur Einhalt zu gebieten, sondern sie mehr und mehr abzubauen und unsere stagnierende Wirtschaft wiederzubeleben. Wir lehnten damals die Wahl zwischen zwei gleichermaßen unannehmbaren Alternativen ab - nämlich die Beschäftigungslage im Inland um den Preis einer Schwächung des Dollars im Ausland zu verbessern oder den Dollar um den Preis einer Schwächung der Wirtschaft und der Nation zu stärken - und suchten nach einem neuen Weg, um gleichzeitig unser Wirtschaftswachstum im Inland zu beschleunigen, die Arbeitslosigkeit zu reduzieren und den Dollar durch die Beseitigung des Defizits in unserer internationalen Zahlungsbilanz zu stärken. Es erscheint jetzt - fast zweieinhalb Jahre später - angebracht, auf die Probleme zurückzublicken, denen wir uns damals gegenübersehen, den inzwischen erzielten Fortschritt zu überprüfen und den neuen Kurs abzustecken.

Da gibt es vieles, aus dem wir Mut schöpfen können. Unsere Wirtschaft hat ihr Wachstum wieder aufgenommen, und die Arbeitslosigkeit konnte gesenkt werden. Der Dollar ist weiterhin stark und wird durch nahezu 40 Prozent der Golddeckungsbestände der freien

## "AMERIKA DIENST" - WIRTSCHAFT UND ARBEIT

freien Welt sowie ein neu aufgebautes Netz bilateraler und multilateraler Finanzvereinbarungen abgesichert. Unser Goldabfluß wurde um die Hälfte vermindert. Es gibt Anzeichen für eine langfristige Verbesserung unserer internationalen Wettbewerbsposition, da unsere Preise und Kosten konstant bleiben, während sie bei den anderen steigen. Das Defizit in unserer Zahlungsbilanz ist gesenkt worden - von 3,9 Milliarden Dollar im Jahre 1960 auf 2,4 Milliarden Dollar im Jahre 1961 und 2,2 Milliarden Dollar im Jahre 1962.

Darüber hinaus ist die grundlegende Stärke unserer Wirtschaft gewaltig, real und von Bestand. Unser Zahlungsbilanzdefizit wurde, was unseren Goldabfluß sowie die Zunahme unserer kurzfristigen liquiden Verbindlichkeiten gegenüber Ausländern betrifft, ständig durch die Zunahme unserer langfristigen, hohe Erträge abwerfenden Auslandsguthaben ausgeglichen oder sogar mehr als ausgeglichen - Guthaben, die in der Vergangenheit eine wachsende Quelle der Stärke für unsere Zahlungsbilanz waren und die es auch weiterhin sein werden. Heute besitzen Amerikaner über 60 Milliarden Dollar in privaten Auslandsinvestitionen, und die an die amerikanische Regierung zurückzuzahlenden Dollaranleihen belaufen sich auf insgesamt mehr als 11 Milliarden Dollar. Ende 1962 überstiegen alle diese Guthaben zusammen unsere Verbindlichkeiten gegenüber Ausländern um schätzungsweise 27 Milliarden Dollar. Und die Guthaben zeigten im Laufe der Jahre eine wachsende Tendenz: Unsere Gesamteinnahmen aus diesen Guthaben betragen 1959 rund 3 Milliarden Dollar; 1962 stiegen die Einnahmen auf 4,3 Milliarden Dollar, und für die kommenden Jahre rechnen wir abermals mit einem weiteren erheblichen Zuwachs.

Dies alles sind Zeichen des Fortschritts. Doch noch immer ist die Arbeitslosigkeit zu hoch, die Wachstumsrate zu niedrig, und es muß - wiewohl auf lange Sicht günstig wirkende Kräfte am Werk sind - heute noch mehr geschehen, um das fortwährende Zahlungsbilanzdefizit zu beseitigen.

Ein wesentlicher Teil unseres Fortschrittes war bisher auf besondere Abmachungen mit anderen befreundeten Ländern zurückzuführen - über vorzeitige Schuldentilgungsleistungen, Vorauszahlungen für militärische Lieferungen und über Geldaufnahmen im Ausland durch die USA. Wenngleich sich ähnliche Abmachungen auch 1963 wieder als geeignet erweisen könnten, um einen wesentlichen Teil des Brutto-Defizits abzudecken, so darf man sich doch nicht auf unbegrenzte Zeit auf derartige spezielle Transaktionen verlassen. Während darüber hinaus bei unserer Handelsbilanz und bei den Auslandsausgaben der Regierung bescheidene Verbesserungen festzustellen waren, hat der Kapitalabfluß, sowohl an kurzfristigen wie an langfristigen Mitteln, weiter zugenommen.

Obwohl weitere Anstrengungen dringend notwendig sind, möchte ich ganz eindeutig klarstellen, daß die USA auch bei der Lösung ihrer internationalen Zahlungsprobleme weiterhin an ihrer historischen Politik des Eintretens für freieren Handel und Kapitalverkehr festhalten und auch weiterhin zu ihren Verpflichtungen stehen werden, einen fairen



## "AMERIKA DIENST" - WIRTSCHAFT UND ARBEIT

fairen Anteil an der Verteidigung und der Entwicklung der freien Welt zu tragen. Gleichzeitig werden wir die Politik fortsetzen, durch die die Arbeitslosigkeit gesenkt und das Wirtschaftswachstum hier im Inland beschleunigt werden soll - denn der Wohlstand aller freien Völker ist unlösbar verflochten mit dem Fortschritt, der von unserem eigenen Volke erzielt wird. Und ich möchte genauso eindeutig klarstellen, daß die USA weiterhin den Goldwert des Dollars erhalten werden, der zu einem Satz von 35 Dollar pro Unze frei in Gold konvertierbar ist und nach wie vor den Grundstein des Handels- und Zahlungssystems der freien Welt bildet.

Die Erhaltung des Vertrauens im Inland und die Fortführung der Zusammenarbeit mit dem Ausland erfordern jedoch weitere administrative und legislative Schritte, die den Kern unseres anhaltenden Zahlungsbilanzdefizits berühren - Schritte zur Steigerung unserer langfristigen Bemühungen um eine Verbesserung der Leistung unserer Wirtschaft über Jahre hinweg, um den Ausgleich gegenüber dem Ausland zu erreichen und die Expansion im Inland sicherzustellen - Schritte zur Intensivierung unserer kurzfristigen Bemühungen um einen Abbau des Zahlungsbilanzdefizits, während die langfristigen Kräfte am Werke sind - sowie Schritte zur Erweiterung der Zahl der Abmachungen, durch die unser Defizit bis zur Wiederherstellung eines Ausgleichs auf eine Weise finanziert werden soll, daß ein kontinuierliches, reibungsloses Funktionieren der internationalen Währungs- und Handelssysteme gewährleistet ist.

Bevor wir uns nun den auf diesen beiden letzteren Gebieten erforderlichen Maßnahmen zuwenden, möchte ich erneut die Notwendigkeit einer Verbesserung des Gesamtwirtschaftsbildes der USA auf lange Sicht unterstreichen - dies schließt erhöhte Investitionen und verstärkte Maßnahmen zur Modernisierung mit dem Ziel der Steigerung der Produktivität und der Gewinne, die Aufrechterhaltung der Stabilität der Kosten und Preise sowie die Vollbeschäftigung und eine schnellere Expansion ein. Sie sind der Schlüssel zur Verbesserung unserer internationalen Wettbewerbsfähigkeit, zur Steigerung unseres Handelsüberschusses sowie zur Verringerung unseres Kapitalabflusses.

Aus diesem Grund ist eine baldige Verabschiedung des bereits früher vorgelegten umfassenden Programms für eine Steuersenkung und Revision des Steuersystems der wichtigste Schritt, der zur Erzielung des Ausgleichs gegenüber dem Ausland wie auch der Expansion im Inland getan werden kann. Die größeren Investitionsanreize und die vermehrte Kaufkraft, die die Senkung der Einkommen- und Körperschaftssteuer mit sich bringen wird, dürfte - zusammen mit den im vergangenen Jahr gewährten Vergünstigungen für Investitionen und den erweiterten Abschreibungsmöglichkeiten - den Arbeitsmarkt, die Produktion, die Umsätze und die Investitionstätigkeit beleben, vor allem wenn ständig ausreichende Kredite zu vernünftigen langfristigen Zinssätzen verfügbar sind. Eine blühende Wirtschaft mit hohen Investitionen führt zu den schnellen Fortschritten in bezug auf Produktivität und Leistung, die zur Verbesserung unserer Wettbewerbsposition gegenüber dem Ausland so dringend erforderlich sind.

Um

## "AMERIKA DIENST" - WIRTSCHAFT UND ARBEIT

Um neue Auslandsmärkte erschließen und die im eigenen Lande erzielten Wachstums- und Leistungssteigerungen erhalten zu können, müssen wir die in den letzten Jahren erreichte Kosten-Preis-Stabilität aufrechterhalten und Lohn- und Gewinnerhöhungen auf einen angemessenen Anteil an unserer steigenden Produktivität beschränken. Aus diesem Grunde ermahnen wir die Arbeitgeber und Arbeitnehmer seit zwei Jahren, sich bei der Lösung von Streitfragen im Rahmen von Kollektivverhandlungen von dem Gesichtspunkt einer vernünftigen Lohn-Preis-Relation leiten zu lassen. Der Erfolg unserer Bemühungen, unser Preisniveau gegenüber dem unserer wichtigsten Konkurrenten niedrig zu halten, stellt einen gewichtigen Faktor dar, der auf einen langfristigen Ausgleich unserer Zahlungsbilanz hinwirkt. Diese Tatsache sollte man über den augenblicklichen kurzfristigen Entwicklungen nicht übersehen.

Bis sich diese langfristigen Kräfte voll auszuwirken beginnen, müssen wir eine Reihe von Sofortmaßnahmen in besonderen Bereichen treffen, um das Defizit in unseren internationalen Transaktionen zu verringern und unsere Goldreserven zu erhalten.

### 1. Ausweitung der Ausfuhr

Unsere kommerziellen Exporte an Waren und Dienstleistungen nach anderen Ländern überstiegen 1962 unsere Importe um 4,3 Milliarden Dollar, und sie bewegen sich in diesem Jahr bisher auf etwa gleicher Höhe. Darin liegt unsere größte Stärke, doch können wir es nicht dabei bewenden lassen. Unsere Warenexporte haben sich in den letzten drei Jahren nur mäßig erhöht und mit der raschen Zunahme der Importe, die mit der Expansion der heimischen Wirtschaft einherging, nicht Schritt gehalten. Die Folge war, daß der Überschuß im kommerziellen Handel 1962 zurückging, statt in zunehmendem Maße zu einer Stütze für unsere übrigen Transaktionen zu werden.

Das wichtigste langfristige Korrektiv für diese Situation ist die Durchführung des Gesetzes über die Ausweitung des Handels von 1962. Der Sonderbeauftragte für Handelsverhandlungen schickt sich an, die mir in diesem Gesetz übertragenen Vollmachten im höchstmöglichen Maße auszuschöpfen, indem er auf lineare Zollsenkungen und die Beseitigung anderer Handelshindernisse hinarbeitet. Damit dürften sich den amerikanischen Ausfuhren neue Märkte eröffnen, während die bestehenden Märkte eine Ausweitung erfahren.

Wie bereits erwähnt, soll unser langfristiges Programm für die heimische Wirtschaft - darunter die Steigerung der Investitionstätigkeit, die Erhöhung der Produktivität und die Aufrechterhaltung der Lohn-Preis-Stabilität - die Wettbewerbsposition unserer Produkte im In- und Ausland verbessern. Die Fortdauer der Preisstabilität im Inland wird, bei Anhalten des Preisauftriebs im Ausland, ein immer günstigeres Klima für den amerikanischen Export schaffen; meine Regierung konzentriert sich auf sechs Sofortmaßnahmen, um die amerikanische Wirtschaft in die Lage zu versetzen, unser Exportpotential zu nutzen.

Erstens:

## "AMERIKA DIENST" - WIRTSCHAFT UND ARBEIT

Erstens: Die Export-Import-Bank hat ein völlig neues Export-Finanzierungsprogramm eingeleitet, das der amerikanischen Wirtschaft nunmehr Kreditmöglichkeiten einräumt, die denen in anderen Ländern gleichen. Das wichtigste Element dieses neuen Programms ist die Rückversicherung kurz- und mittelfristiger Ausfuhrkredite durch die Foreign Credit Insurance Association, an der über 70 private Versicherungsgesellschaften gemeinsam mit der Export-Import-Bank beteiligt sind. Ich ersuche den Kongreß dringend, umgehend die volle Leistungsfähigkeit dieses Instituts durch Erneuerung seiner Lizenz und Bereitstellung ausreichender Mittel wiederherzustellen.

Zweitens: Das Außen- und das Handelsministerium haben ihre Bemühungen im Ausland zur Sondierung neuer Märkte und zur Förderung des Verkaufs und des Absatzes amerikanischer Produkte verstärkt und ausgeweitet.

Drittens: Das Handelsministerium hat ein umfassendes Programm zur Anleitung und Unterstützung derzeitiger und potentieller amerikanischer Exporteure ausgearbeitet. Für die Unterstützung der Bemühungen des Handelsministeriums zur Belebung unseres Exports habe ich einen relativ geringen Betrag an zusätzlichen Mitteln angefordert. Diese Mittel, die sich auf 6 Millionen Dollar belaufen, sind vom Repräsentantenhaus nicht bewilligt worden. Wenn wir aber unseren Außenhandelsüberschuß vergrößern wollen, ist es notwendig, diese Mittel in das endgültige Bewilligungsgesetz wieder einzubauen. Diese bescheidene Summe wird sich vielfach auszahlen, in Form höherer Exporte, eines geringeren Zahlungsbilanzdefizits und eines verstärkten Schutzes unserer Goldreserven.

Viertens: Das Landwirtschaftsministerium hat im März ein neues Auktionsprogramm für den direkten Verkauf von Baumwolle im Ausland bekanntgegeben. Es ist zu erwarten, daß diese neue Absatztechnik eine dem Wettbewerb angepaßte Preisgestaltung für unsere Baumwolle auf den Exportmärkten gewährleisten und unseren Export um rund 100 Millionen Dollar gegenüber dem Vorjahr steigern wird.

Fünftens: Die derzeitigen Seefrachtraten benachteiligen unseren Export gegenüber dem Import. Die Atlantik-Frachtraten für Güterverschiffungen in östlicher Richtung sind weitaus höher als die für vergleichbare Frachten in umgekehrter Richtung. Eine ähnliche Situation herrscht auf anderen Frachtrouten. Wenn auch diese beträchtlichen Unterschiede in der unmittelbaren Nachkriegsperiode der Dollar-Knappheit vertretbar waren, zu einer Zeit also, als Europa darum kämpfte, wieder auf die Beine zu kommen, so ist ihr Ausmaß heute jedoch völlig ungerechtfertigt. Aus diesem Grunde habe ich den Handelsminister angewiesen, durch die Seeschiffahrtsverwaltung eine Korrektur vornehmen zu lassen; und ich fordere das Bundesamt für die Seeschifffahrt auf, in seiner Eigenschaft als unabhängige Aufsichtsbehörde die Frage der spezifischen Export-Frachtraten zu untersuchen, die ungebührlich hoch erscheinen. Sollten gesetzliche Maßnahmen sich als notwendig erweisen, so wird um solche ersucht werden.

Sechstens:

## "AMERIKA DIENST" - WIRTSCHAFT UND ARBEIT

Sechstens: Um unseren Bestrebungen zur Ausweitung des Exports weiteren Nachdruck zu verleihen, werde ich zum 17. und 18. September eine "White House"-Konferenz über die Ausweitung der Exporte mit dem Ziel einberufen, amerikanische Firmen, ob sie gegenwärtig im Export-Geschäft tätig sind oder nicht, auf die Möglichkeiten und Vorteile der Aufnahme oder Ausweitung von Export-Bemühungen hinzuweisen. Wir werden diese Gelegenheit benutzen, die amerikanischen Geschäftsleute mit Nachdruck darauf hinzuweisen, daß verstärkte Anstrengungen zur Erhöhung ihrer Exporte sowohl in ihrem eigenen als auch im Interesse unseres Landes liegen.

### 2. Tourismus

Ein anderes Element in unseren kommerziellen Transaktionen, dem wir unsere Aufmerksamkeit zuwenden müssen, ist die sich immer mehr zu unseren Ungunsten entwickelnde Netto-Bilanz im Touristenverkehr. Mit wachsendem Wohlstand, der Reisen amerikanischer Touristen ins Ausland begünstigt, haben sich die Ausgaben der Touristen in anderen Ländern im vergangenen Jahr um weitere 10 Prozent auf fast 2 1/2 Milliarden Dollar erhöht. Dieser Anstieg wurde zum Teil durch die höheren Ausgaben ausländischer Touristen in den Vereinigten Staaten wieder ausgeglichen. Aber das Ergebnis war letztlich ein Abfluß von 1,4 Milliarden Dollar, was etwa zwei Dritteln des Gesamt-Zahlungsbilanzdefizits des vergangenen Jahres entspricht. Dieses Jahr dürften die Ausgaben noch weit größer sein. Aus diesem Grunde mußten wir die Zoll-Freigrenze für zurückkehrende Touristen auf 100 Dollar pro Person herabsetzen. Im vergangenen Jahr wurden durch diese Maßnahme Einsparungen von über 100 Millionen Dollar erzielt, und ich bin froh, daß der Kongreß diese Einschränkung um weitere zwei Jahre verlängert hat. Wir haben ferner durch die Errichtung des US-Reisedienstes versucht, unsere Einnahmen über Besuchsreisen nach den USA zu erhöhen. Zur Unterstützung dieser Bemühungen empfehle ich nachdrücklich, daß der Kongreß die für den US-Reisedienst angeforderten Bewilligungen voll billigt.

Darüber hinaus ersuche ich im Einvernehmen mit den zuständigen Regierungsbehörden die amerikanische Reise- und Fremdenverkehrswirtschaft, eine gemeinsame Kampagne mit dem Ziel in Angriff zu nehmen, die Amerikaner anzuspornen, ihr eigenes Land und seine ruhmreiche Tradition besser kennenzulernen. Bis zum Frühjahr 1964 soll das Programm "Seht euch Amerika heute an" auf vollen Touren laufen, auf daß unsere gewaltigen Hilfsquellen im höchstmöglichen Ausmaß genutzt und Reisen im eigenen Lande zu einer reizvolleren Alternative zu Auslandsreisen werden.

### 3. Auslandsausgaben der Regierung

Die Ausgaben der Bundesregierung im Ausland erfolgen weitgehend für Verteidigung und Hilfe. Sie sind Ausdruck der Verpflichtungen, die sich für uns aus unserer führenden Position in der Welt und unserer unbestrittenen wirtschaftlichen Stärke ergeben. Nach der Wiedererholung der übrigen Industriestaaten, vor allem unserer

## "AMERIKA DIENST" - WIRTSCHAFT UND ARBEIT

unserer Verbündeten in Westeuropa, haben wir uns nachdrücklich und mit zunehmendem Erfolg bemüht, zusammen mit ihnen eine bessere Verteilung unserer gemeinsamen Verantwortung sicherzustellen. Diese Bemühungen haben es uns zusammen mit einer rigorosen Überprüfung unserer Auslandskäufe ermöglicht, unsere Auslandsausgaben trotz steigender weltweiter Anforderungen und Kosten zu senken, und gleichzeitig die Sicherheit der freien Welt zu vergrößern und die Hilfe für die Entwicklungsländer unvermindert fortzusetzen.

Die laufende Modernisierung unserer bewaffneten Streitkräfte und die Verbesserung ihrer Schlagkraft, die eine Erhöhung unserer Verteidigungsbereitschaft zur Folge hatten, verringern die Notwendigkeit, von Dollarausgaben im Ausland. Weitere Einsparungen dürften sich gleichzeitig dadurch ermöglichen lassen, daß wir unsere Hilfe mehr als bisher an Beschaffungskäufe in den USA knüpfen und die zivilen Ausgaben scharf einschränken. Bis zum Januar 1965 dürfte dies zu einer Kürzung der Staatsausgaben im Ausland gegenüber 1962 um rund 1 Milliarde Dollar führen.

### a) Militärausgaben.

Das Verteidigungsministerium hat seit dem Amtsantritt meiner Regierung nachdrückliche Anstrengungen unternommen, die Auslandsausgaben ohne Minderung der Militärischen Einsatzbereitschaft zu verringern.

Trotz der Berlin-Maßnahmen des Jahres 1961 und der steigenden Kosten im Ausland konnten die Gesamtauslandsausgaben des Verteidigungsministeriums auf diese Weise noch unter dem Stand von 1960 gehalten werden. Auf Grund des Wunsches unserer Verbündeten, die zur Stärkung der Verteidigung der freien Welt benötigten modernen militärischen Ausrüstungen von uns zu erwerben, und zwar zu geringeren Kosten als wenn sie die Ausrüstungen selbst herstellen würden, ergab sich ein beträchtliches Gegengewicht zu diesen Ausgaben, so daß unsere Netto-Verteidigungsausgaben im Ausland von 2,7 Milliarden Dollar im Jahre 1960 auf 1,9 Milliarden Dollar im Jahre 1962 zurückgegangen sind.

Im Rahmen dieser ständigen Bemühungen hat mich der Verteidigungsminister dahin gehend unterrichtet, daß die Jahresrate der Auslandsausgaben des Verteidigungsministeriums durch Maßnahmen, die noch vor Ende des Kalenderjahres 1964 in Kraft treten sollen, gegenüber dem Stand von 1962 um über 300 Millionen Dollar gesenkt werden wird. Gleichzeitig wird das Verteidigungsministerium weiterhin Vereinbarungen mit unseren wichtigsten Verbündeten anstreben, um diese zu veranlassen, ihre militärischen Beschaffungskäufe in den USA zu erhöhen, um so den Nettoabfluß weiter zu verringern. Der Verteidigungsminister hat mir ferner versichert, daß diese Ausgabensenkung ohne jede Schwächung unserer militärischen Position und ohne Beeinträchtigung der Fähigkeit erreicht werden kann, unseren Verpflichtungen gegenüber unseren Verbündeten in allen Teilen der Welt nachzukommen.

Neben

## "AMERIKA DIENST" - WIRTSCHAFT UND ARBEIT

Neben den direkten Ausgaben des Verteidigungsministeriums erhöhten sich unsere Verteidigungsausgaben im Ausland jahrelang durch die Kosten der Programme für den Ankauf strategischer Rohstoffe in anderen Ländern. Die Kosten dieser Programme gehen nunmehr stetig zurück, nachdem ihr Zweck erfüllt ist und sie nicht mehr länger benötigt werden. Binnen zwei Jahren werden sie sich gegenüber dem Stand von 1962 um 200 Millionen Dollar verringern lassen, so daß sich eine Gesamteinsparung an Dollar-Ausgaben für die Verteidigung von über 500 Millionen Dollar ergeben wird.

### b) Amt für Internationale Entwicklung

Im Jahre 1960 wurde nur etwa ein Drittel der Ausgaben im Rahmen der Hilfsprogramme für den Ankauf amerikanischer Güter und Dienstleistungen verwendet. Im vergangenen Jahr ist dieser Anteil auf rund 50 Prozent gestiegen. Während des Haushaltjahres, das im vergangenen Monat auslief, waren volle 80 Prozent der Zusagen des Amtes für Internationale Entwicklung an den Export amerikanischer Güter und Dienstleistungen geknüpft. Der Rest entfiel praktisch auf Käufe in den Entwicklungsländern und nicht in den Industriestaaten, welche die Zahlungsbilanzüberschüsse aufweisen, die eine Ursache unseres Defizits sind. Während des Haushaltjahres 1964, für das die Mittel gegenwärtig im Kongreß geprüft werden, dürften die Zusagen des Amtes für Internationale Entwicklung, die an amerikanische Exporte geknüpft sind, insgesamt die 80-Prozent-Grenze übersteigen. Ich habe den Administrator des Amtes angewiesen, diese Politik fortzusetzen und zu verstärken, so daß sich die Hilfsausgaben, die im Haushaltjahr 1965 unsere Zahlungsbilanz belasten, abermals um etwa 500 Millionen Dollar verringern werden - verglichen mit dem Finanzjahr 1961 von etwa 1 Milliarde Dollar auf höchstens 500 Millionen Dollar, was dem niedrigstmöglichen Stand entspricht.

### c) Andere Ministerien und selbständige Bundesbehörden

Die Auslandsausgaben aller übrigen Regierungsbehörden sind ebenfalls einer besonderen Überprüfung und Kontrolle durch den Direktor des Amtes für Haushaltsplanung unterzogen worden. Die Gesamtauslandsausgaben der Regierung - ausgenommen Verteidigung und Auslandshilfe, Zahlungen des Schatzamtes für Auslandsschulden und Pensionszahlungen des Bundes -, die unter diese Überprüfung fallen, betragen gegenwärtig etwa 600 Millionen Dollar im Jahr. Der Direktor des Amtes für Haushaltsplanung hat mir versichert, daß die rigorose Überprüfung der Auslandsausgaben dieser anderen Ministerien und Bundesbehörden zu weiteren beträchtlichen Einsparungen in der Zahlungsbilanz führen wird. Diese Einsparungen würden zusammen mit denen, die auf Grund von Revisionen der Programme im Rahmen des Gesetzes über die Ausweitung des Handels und der Hilfe mit Agrarerzeugnissen (P.L. 480) zu erwarten sind, pro Jahr einige hundert Millionen Dollar betragen. Dies schließt auch mein Ersuchen an den Kongreß ein, ein Gesetz zu verabschieden, das eine freiere Verwendung unserer gegenwärtigen Guthaben in den Währungen einer Anzahl anderer Länder ermöglicht.

4. Abfluß kurzfristigen Kapitals

Durch geschickte Handhabung der Möglichkeiten, die Schuldenverwaltung und Währungspolitik bieten, haben das Schatzamt und das Zentralbankensystem den Abfluß kurzfristigen Kapitals durch eine Reihe behutsam vorgenommener Erhöhungen der Sätze für kurzfristiges Geld beträchtlich eingeschränkt, während gleichzeitig ein ausreichendes Kreditvolumen erhalten und die Sätze für langfristige Gelder sowie für Bankkredite niedrig gehalten werden konnten und vielfach sogar noch weiter absanken. Die Erfahrungen während der sich seit zweieinhalb Jahren vollziehenden Wiederaufholung berechtigen zu der sicheren Erwartung, daß es uns durch entschlossene Bemühungen gelingen wird, Gelder für langfristige Investitionen und Hypotheken reichlich und billig verfügbar zu halten und gleichzeitig die Zinssätze für kurzfristiges Geld zu erhöhen. Vom Februar 1961 bis zum 12. Juli 1963 zog der Satz für neu aufgelegte Dreimonatspapiere des Schatzamtes um 76 Basispunkte an, während der Anstieg bei langfristigen Bonds des Schatzamtes auf nur 22 Basispunkte beschränkt werden konnte und die Erträge bei erstklassigen Industrieanleihen und Hypotheken praktisch zurückgingen.

Der erfaßte Abfluß kurzfristigen Geldes machte - zusammen mit dem nichtregistrierten Netto-Abfluß, der zweifellos größtenteils auf kurzfristige Kapitalbewegungen zurückzuführen ist - 1962 etwa 1,6 Milliarden Dollar aus und hat sich bisher auch in diesem Jahr in beträchtlicher Höhe fortgesetzt. Eine starke Einschränkung dieses Abflusses würde unsere Gesamtbilanz bedeutend stärken. Aus diesem Grunde haben mehrere Zentralbanken eine Erhöhung des Diskontsatzes von 3 auf 3 1/2 Prozent beschlossen. Gleichzeitig haben der Zentralbankrat und die Bundesrückversicherungsanstalt der Depositenbanken die Höchstgrenze für Zinsen bei Zeiteinlagen, die zwischen 90 Tagen und einem Jahr fällig werden, angehoben, so daß unsere Banken nunmehr wirksamer den Wettbewerb mit den ausländischen Banken aufnehmen und Mittel anziehen können, die anderenfalls aus dem Lande abgezogen würden.

Wenn auch keiner von uns eine Anhebung der Zinssätze in einer Zeit begrüßt, in der unsere Wirtschaft nicht mit voller Kapazitätsausnutzung arbeitet - in einer Zeit, in der liquide Sparguthaben schnell zunehmen und keine gleichzeitige Beschränkung des Kreditvolumens und keine gleichlaufende Erhöhung der Zinssätze für Bankkredite, Hypotheken oder andere langfristige Schuldverschreibungen erfolgt -, dürfte eine Anhebung der Sätze für kurzfristiges Geld wenig oder überhaupt keine nachteilige Auswirkungen auf unsere Wirtschaft haben. Die bisher einmalige Zunahme liquider Sparguthaben dürfte die Märkte für langfristigeres Kapital vor den Auswirkungen der höheren Sätze für kurzfristiges Geld weitgehend abschirmen. Mir ist sowohl von Vertretern des Schatzamtes wie des Zentralbankensystems versichert worden, daß sie alles in ihren Kräften Stehende tun werden, sowohl bei der Schuldenverwaltung wie auch durch Offenmarkt-Geschäfte, um bei Vermeidung einer Inflation zu verhindern, daß die im Lande verfügbaren Kredite zurückgehen oder

## "AMERIKA DIENST" - WIRTSCHAFT UND ARBEIT

oder bei den Zinssätzen für langfristiges Geld ein Druck nach oben entsteht, solange die Wirtschaft nicht mit voller Ausnutzung ihrer Kapazität arbeitet. Andere Bundesbehörden werden sich darum bemühen, daß auch weiterhin genügend private Hypotheken zu stabilen Zinssätzen verfügbar sind. Trotzdem fordert die Situation immer dringlicher, auf fiskalischem Gebiet einen Anreiz zu geben, wie dies durch die prompte Verabschiedung der von mir empfohlenen wesentlichen Steuersenkungen geschehen könnte.

### 5. Abfluß langfristigen Kapitals

Der Abfluß langfristigen Kapitals, soweit er aus Direkt-Investitionen in ausländische Produktionseinrichtungen resultiert, scheint in den letzten Jahren zurückgegangen zu sein, während die Portefeuille-Investitionen in Form von langfristigen Anleihen oder Wertpapier-Käufen stark angestiegen sind. Während unser langfristiges Programm den Anreiz für Investitionen im Inland erhöhen und den Abfluß auf Grund von Direkt-Investitionen weiter verringern dürfte, sind beim zunehmenden Abfluß langfristigen Kapitals für Portefeuille-Investitionen im Ausland bisher noch keinerlei Anzeichen eines Rückganges erkennbar. Dieser Kapitalabfluß ist von 850 Millionen Dollar im Jahre 1960 auf 1,2 Milliarden Dollar im Jahre 1962 gestiegen und liegt bisher in diesem Jahr - auf Jahresbasis umgerechnet - weit über 1,5 Milliarden Dollar.

Angesichts des Fortbestehens direkter Kontrollen und unzureichender Kapitalmarkteinrichtungen in zahlreichen anderen Ländern sowie der großen Differenz bei langfristigen Zinssätzen zwischen den großen Industriestaaten und den USA scheint es nur drei mögliche Lösungen für dieses Problem zu geben, von denen zwei unter den derzeitigen Bedingungen nicht akzeptabel sind:

Eine wesentliche Erhöhung unseres gesamten Zinsgefüges für langfristige Anlagen würde für unsere Wirtschaft einen Rückschlag bedeuten, die Arbeitslosigkeit erhöhen und unseren Import-Bedarf erheblich einschränken, wodurch wiederum die Volkswirtschaften der freien Nationen Schaden erleiden würden.

Die Einführung direkter Kapitalkontrollen, wie sie in den meisten Ländern angewandt werden, ist bei Verhältnissen, wie sie bei uns herrschen, nicht angebracht. Sie stünde im Gegensatz zu unserem grundlegenden Prinzip freier Märkte. Wir können diesen Weg nicht beschreiten.

Eine dritte Alternative, die ich empfehle, würde der Verkaufsflut ausländischer Effekten auf unseren Märkten Einhalt gebieten und stünde voll und ganz in Einklang sowohl mit einer Wirtschaftsexpansion wie auch einem freien Kapitalverkehr. Ich ersuche den Kongreß um die Verabschiedung eines Zinsausgleichssteuergesetzes, das praktisch für Ausländer, die Geld in diesem Land aufnehmen, die Zinskosten um ein Prozent erhöhen und so dazu beitragen würde, die Zinssätze für langfristige Finanzierungen in den USA und im Ausland einander anzugleichen. Die Höhe der Steuer würde von 2,75 Prozent bis auf 15 Prozent des Effektenwertes abgestuft werden, je nach Fälligkeit der Schuldverschreibung,



## "AMERIKA DIENST" - WIRTSCHAFT UND ARBEIT

Schuldverschreibung, und sollte 15 Prozent im Falle von Dividenden-Papieren betragen. Diese Steuer sollte bis 1965 in Kraft bleiben, da bis dahin eine Besserung sowohl bei unserer Zahlungsbilanz als auch der Lage auf den ausländischen Kapitalmärkten ihre Aufhebung gestatten dürfte.

Angesichts dieser Alternative wird die Verwendung von Spareinlagen für Investitionen in Wertpapieren weiterhin das Ergebnis von Entscheidungen sein, die durch die Marktpreise bestimmt werden. Es wird weder Begrenzungen hinsichtlich des Absatzes ausländischer Titel noch eine staatliche Prüfung von Kreditnehmern geben. Wir vertrauen darauf, daß ausschließlich der Preis den Abfluß amerikanischer Gelder durch Erwerb von Aktien, Schuldverschreibungen und langfristigen Anleihen eindämmen wird, ganz gleich, ob es sich um neue oder alte Emissionen handelt, ob sie öffentlich aufgelegt oder privat placiert worden sind.

Auf Direktinvestitionen würde sich die Steuer nicht beziehen - desgleichen nicht auf Wertpapiere oder Anleihen, die in weniger als drei Jahren fällig werden, oder von Geschäftsbanken gewährte Anleihen. Diese Ausnahmen werden sicherstellen, daß Exportkredite im vollem Umfang verfügbar bleiben. Außerdem werden Wertpapiere unterentwickelter Länder oder von Firmen, die hauptsächlich in diesen Ländern tätig sind, nicht dieser Steuer unterliegen.

Ebensowenig wird die Steuer bei Geschäften mit ausländischen Wertpapieren, die sich bereits im Portefeuille von Amerikanern befinden, oder beim Wertpapiererwerb durch Ausländer zur Anwendung kommen. Emissionsfirmen oder Händler werden dann von der Steuer befreit sein, wenn sie bei Neuemissionen Aktien oder Wertpapiere an Ausländer verkaufen. Alle Amerikaner jedoch, die neue oder alte Wertpapiere von ausländischen Emissionären oder Besitzern erwerben, würden der Steuer unterliegen. Um ungerechte Belastungen von Transaktionen zu vermeiden, die nahezu abgeschlossen sind, sollte die Steuer nicht auf Offerten von Wertpapieren angewendet werden, für die ein ordnungsgemäßer Zulassungsantrag bei der Wertpapier- und Börsenkommission bereits läuft. Ebenso sollten bereits eingegangene Abnahmeverpflichtungen davon unberührt bleiben.

Der Finanzminister wird dem Kongreß die Einzelheiten dieses Vorschlages unterbreiten, und es wurde mir versichert, daß der Ausschuß für Haushaltsfragen des Repräsentantenhauses bereit ist, diese Vorlage mit größter Dringlichkeit zu beraten, sobald eine Entscheidung über das gesamte Steuersenkungs- und -reformprogramm, das dem Haus jetzt vorliegt, gefallen ist. Da die Wirksamkeit dieser Steuer von einer schnellen und sofortigen Anwendung abhängt, ersuche ich den Kongreß, diese Gesetzgebung mit dem Datum dieser Botschaft wirksam werden zu lassen. Die Bundesfinanzverwaltung wird sofort eine Übergangsregelung treffen, um die Erfüllung der in dieser Empfehlung vorgesehenen Vorschriften bis zum Erlaß entsprechender gesetzlicher Bestimmungen durch den Kongreß sicherzustellen.

6. Investitionen ausländischer Geldanleger

Die Investitionen ausländischer Anleger in Wertpapiere amerikanischer Privatunternehmen sind im Jahre 1962 sehr schnell auf weniger als 150 Millionen Dollar zurückgegangen. Das bessere Investitionsklima, das die Verabschiedung des dem Kongreß jetzt vorliegenden Steuersenkungs- und -reformprogramms mit sich bringen wird, dürfte zwar viel zur Verbesserung der Situation beitragen; daneben aber brauchen wir ein direktes Aktionsprogramm zur Förderung des Auslandsabsatzes von Wertpapieren amerikanischer Privatunternehmen. Ein derartiges Programm sollte auch die Auslandsbeteiligung an der Finanzierung von neuen oder Ausbauvorhaben von im Ausland tätigen amerikanischen Privatfirmen steigern.

Um diesen beiden Seiten ein und desselben Problems gerecht zu werden, sollte sich ein neues und positives Programm auf die folgenden Tätigkeitsbereiche richten:

a) die Feststellung und kritische Durchleuchtung der juristischen, verwaltungstechnischen und institutionellen Restriktionen, die auf den Kapitalmärkten anderer Industriestaaten der freien Welt fortbestehen und sowohl den Erwerb amerikanischer Wertpapiere unterbinden als auch die amerikanischen Gesellschaften bei der Finanzierung ihrer Auslandstätigkeit aus nicht-amerikanischen Quellen behindern.

b) eine Überprüfung amerikanischer staatlicher und privatwirtschaftlicher Maßnahmen, die den Erwerb von Wertpapieren amerikanischer privater Unternehmen durch Ausländer beeinträchtigen; und

c) umfassende und tatkräftige Anstrengungen seitens der amerikanischen Geldwirtschaft, um Wertpapiere privater amerikanischer Unternehmen an ausländische Geldgeber abzusetzen und die Verfügbarkeit von ausländischem Kapital für im Ausland tätige US-Unternehmen zu verbessern.

Ein solches Programm erfordert zwangsläufig eine Zusammenfassung des technischen Wissens und der Anstrengungen seitens der Regierung und der Geldwirtschaft. Ich habe das Finanzministerium ersucht, in Fühlungnahme mit dem Außenministerium einen entsprechenden Organisationsplan aufzustellen und ein derartiges Programm auszuarbeiten.

Die größere Freizügigkeit des Kapitals und die vermehrte Beteiligung von Ausländern und ausländischen Geldinstituten am Eigentum und an der Finanzierung amerikanischer Unternehmen, auf die diese Anstrengungen gerichtet sind, werden dazu beitragen, die wirtschaftlichen und politischen Bindungen innerhalb der freien Welt und ihres Währungssystems zu verstärken. Wertpapiere privater amerikanischer Unternehmen könnten und sollten zu einem unserer besten Exportartikel werden. Verstärkte Investitionen ausländischer Geldgeber in derartige Wertpapiere werden einen ausgeglicheneren Kapitalverkehr in beiden Richtungen zwischen dem Kapitalmarkt der Vereinigten

## "AMERIKA DIENST" - WIRTSCHAFT UND ARBEIT

Vereinigten Staaten und den ausländischen Kapitalmärkten auslösen und die Auswirkungen des Netto-Abflusses an langfristigem Kapital aus den Vereinigten Staaten auf unsere Zahlungsbilanz abschwächen.

### 7. Besondere Transaktionen

Besondere Transaktionen der Regierung deckten 1,4 Milliarden Dollar unseres Zahlungsbilanzdefizits von 1962 ab. Darunter fielen vorzeitig geleistete Schuldentilgungsraten fremder Staaten, Vorauszahlungen auf Rüstungskäufe in den USA und die Ausgabe von Obligationen mittlerer Laufzeit an ausländische Institutionen, die in staatlichem Auftrag Dollar-Guthaben unterhalten. Weitere vorzeitige Schuldentilgungen sind auch für 1963 zu erwarten - so hat Frankreich eben jetzt die vorzeitige Rückzahlung von 160 Millionen Dollar angekündigt -, doch es ist klar, daß es sich hier um einmalige Zuflüsse handelt, die sich kaum später wiederholen dürften. Es ist auch nicht wahrscheinlich, daß die Vorauszahlungen auf Rüstungskäufe abermals so hoch sein werden, da sich die Lieferfristen verkürzen.

Insofern als unser anhaltendes Zahlungsbilanzdefizit dazu führt, daß ausländische Zentralbanken Dollar-Guthaben ansammeln, die ihren normalen Dollarbestand übersteigen bedeutete es eine gewisse Abhilfe, als eine Anzahl ausländischer Regierungen und Zentralbanken mit dem Ankauf einer neuen Art von nichthandelsfähigen mittelfristigen Papieren des Schatzamtes, die entweder auf Dollar oder auf ihre eigenen Währungen lauten, als einer ihnen genehmen Alternative zu dem Ankauf von Gold begannen, Rund 610 Millionen Dollar sind bisher im Jahre 1963 in solchen Papieren ausgegeben worden.

Weitere vorzeitige Schuldenrückzahlungen sowie der weitere Absatz dieser Papiere während des Restes dieses Jahres werden das noch nie dagewesene Ausmaß an Zusammenarbeit, wie sie gegenwärtig im internationalen Finanzverkehr vorherrscht, sowie die wachsende Erkenntnis widerspiegeln, daß die Korrektur unausgeglichener Zahlungsbilanzen sowohl eine Pflicht der Überschuß- wie auch der Defizitländer ist. In diesem Geiste werden wir weiter auf eine umfassendere und gerechtere Aufteilung der Verteidigungslasten sowie auf den teilweisen oder gänzlichen Abbau von Handelsschranken drängen, die unseren Export behindern.

### 8. Goldverkäufe

Das nach diesen besonderen Regierungstransaktionen verbleibende Defizit wird über Goldverkäufe und erhöhte Dollar-Guthaben abgedeckt. Im Jahre 1962 betrug dieses Defizit rund 2,2 Milliarden Dollar. Es wurde durch Abgabe von Gold für 890 Millionen Dollar, 17 Millionen Dollar aus unseren Devisenbeständen sowie eine Erhöhung der ausländischen Guthaben an US-Dollar und amerikanischen Staatspapieren um 653 Millionen Dollar und eine Zunahme der Dollar-Guthaben des Internationalen Währungsfonds um 626 Millionen Dollar abgedeckt.

Der

## "AMERIKA DIENST" - WIRTSCHAFT UND ARBEIT

Der Gesamtgoldabfluß in den beiden Jahren 1961 und 1962 zusammen war nur geringfügig höher als der Goldabfluß allein im Jahre 1960. Und der Goldabfluß im Jahre 1963 liegt bei einer Jahresrate, die niedriger als die vom vergangenen Jahr ist. Da die Anhebung der kurzfristigen Zinssätze auf Grund der jüngsten Maßnahmen mehrerer Zentralbanken Ausländern einen wesentlich größeren Anreiz geben wird, ihr Geld in Dollar einschließlich kurzfristiger Papiere der US-Regierung anzulegen, besteht jetzt mehr Aussicht, daß ein noch größerer Teil unseres Defizits über steigende ausländische Guthaben statt über den Verkauf von Gold abgedeckt wird.

### 9. Internationaler Währungsfonds

Beim Internationalen Währungsfonds (IWF) liegen die Dinge jedoch anders. Im vergangenen Jahr stiegen die Dollar-Guthaben des IWF an, da andere Länder ihre Dollar-Schulden zurückzahlten und sich bei der Kreditaufnahme, soweit zugänglich, auf andere konvertierbare Währungen konzentrierten. Die Bestimmungen des IWF besagen jedoch, daß das Gesamtguthaben des Fonds in einer bestimmten Währung - außer im Falle der Inanspruchnahme der Ziehungsrechte, d.h. der Kreditaufnahme - die bei der Gründung geleistete Einzahlung (in der Praxis 75 Prozent) nicht überschreiten darf; die Dollarbestände haben aber diese Grenze nunmehr fast erreicht.

Um dieser Situation gerecht zu werden, haben die Vereinigten Staaten den Fonds um die Einräumung eines Standby-Kredits in Höhe von 500 Millionen Dollar ersucht, der es ihnen gestattet, im Laufe des kommenden Jahres von Zeit zu Zeit Kreditmittel in Anspruch zu nehmen. Das Direktorium des IWF hat diesem Ersuchen entsprochen. Wir beabsichtigen, diese Ermächtigung dazu zu benutzen, Rückzahlungen zu ermöglichen, die sich im Laufe der nächsten zwölf Monate auf etwa 500 Millionen Dollar belaufen werden. Wenn ein Land Rückzahlungen an den IWF zu leisten wünscht, werden wir konvertierbare ausländische Devisen abrufen und dafür mit Dollar bezahlen. Das Land, das die Rückzahlung leistet, wird seine eigenen Dollar dazu benutzen, um diese ausländischen Devisen bei uns anzukaufen und sie an den IWF abzuführen. Alle Transaktionen werden zu pari vorgenommen. Auf diese Weise wird der IWF einen weiteren Teil unseres Defizits dadurch abdecken, daß er seine Dollar-Guthaben erhöht; und seine Schuldner werden auch künftig über eine einfache kostenlose Methode verfügen, um ihren Verpflichtungen gegenüber dem IWF nachzukommen. Die Alternative für sie unter den gegenwärtigen Umständen, nachdem sie nicht mehr direkt in Dollar zahlen können, würde sein, entweder in den USA Gold anzukaufen und dieses an den IWF abzuführen oder aber mit ihren Dollar andere konvertierbare Währungen auf dem offenen Markt anzukaufen, was für sie mit zusätzlichen Kosten und Unannehmlichkeiten verbunden wäre.

Abhebungen durch die USA auf Grund dieser neuen Vereinbarung müssen in drei Jahren zurückgezahlt werden, wobei gegebenenfalls eine Verlängerung um zwei Jahre möglich ist. Es müssen keine Zinsen bezahlt werden, aber bei jeder Inanspruchnahme des Kredits wird eine einmalige Verwaltungsgebühr von einem halben Prozent erhoben.

10.

10. Die Entwicklung eines internationalen Währungssystems

Während der beiden vergangenen Jahre sind große Fortschritte bei der Stärkung der Grundlagen für ein internationales Währungssystem gemacht worden, von dem die gesamte freie Welt abhängt. Es wurde eine weit engere Zusammenarbeit zwischen den Zentralbanken der führenden Industriestaaten erreicht. Es wurden gegenseitige Kreditvereinbarungen getroffen, um verhängnisdrohenden Störungen im internationalen Zahlungssystem rasch begegnen zu können - Vereinbarungen, die die monetären Auswirkungen der Berlin-Krise des Jahres 1961, des starken Drucks auf den kanadischen Dollar im Frühjahr 1962, der Kuba-Krise im vergangenen Herbst, der Reaktionen auf den Ausschluß Großbritanniens vom Gemeinsamen Markt sowie einer Anzahl weniger spektakulärer Ereignisse erfolgreich abschwächten, die vielleicht in anderen Jahren gefährliche Wellen von Währungsspekulationen ausgelöst hätten. Informelle und dabei äußerst wirksame Arbeitsbeziehungen haben sich zwischen einer Anzahl der gleichen Länder in bezug auf den Londoner Goldmarkt herausgebildet, durch die für die Zukunft jede Wiederholung des alarmierenden Anstiegs der Goldpreise ausgeschaltet wird, der im Oktober 1960 so große Unsicherheit ausgelöst hatte. Schließlich haben zehn der führenden Industriestaaten eine Zusage gegeben, 6 Milliarden Dollar an zusätzlichen Mitteln für den Internationalen Währungsfonds bereitzustellen, die im Falle einer Gefährdung der Stabilität des internationalen Währungssystems eingesetzt werden könnten.

Alles in allem wurde damit ein starkes Bollwerk als Schutz vor erfolgreichen Angriffen auf die Hauptwährungen geschaffen. Unsere Bemühungen um eine Verstärkung dieses Schutzes werden fortgesetzt. Während dieser Prozeß abläuft, werden die Vereinigten Staaten fortfahren, mit anderen Ländern Maßnahmen zu prüfen und zu erörtern, die zur weiteren Stärkung des internationalen Währungssystems auf lange Sicht ergriffen werden könnten. Das Interesse der USA an der ständigen Weiterentwicklung des seinerzeit in Breton Woods geschaffenen Systems ist keine Folge unseres gegenwärtigen Zahlungsbilanzdefizits; es spiegelt vielmehr unser Streben wider, ausreichende Vorkehrungen für die Erhöhung der internationalen Liquidität zu treffen, um den expandierenden Welthandel in den kommenden Jahren finanzieren zu können. Einer der Gründe, die die Erschließung neuer Quellen liquider Mittel erforderlich machen dürften, ist in eben der Tatsache zu sehen, daß wir der übrigen Welt immer weniger Dollar verfügbar machen werden, je mehr es uns gelingt, unsere Zahlungsbilanzlücke zu schließen.

Im gegenwärtigen Zeitpunkt ist die US-Regierung nicht imstande, irgendwelche spezifischen Maßnahmen für eine langfristige Verbesserung des internationalen Währungssystems zu empfehlen. Wir prüfen diese Frage jedoch eingehend. Wir werden mögliche Verbesserungen mit unseren Freunden im Ausland erörtern. Und wir werden ihren Initiativen gegenüber aufgeschlossen sein. Wir teilen ihre Ansicht, daß das Problem einer Verbesserung des Zahlungsmechanismus sorgfältige gemeinsame Überlegungen erfordert. Zugleich geben wir jedoch nicht vor, daß Gespräche über langfristige Reformen des Systems ein Ersatz für Maßnahmen sind, die wir selbst jetzt ergreifen müssen.

Verheißungen

## "AMERIKA DIENST" - WIRTSCHAFT UND ARBEIT

### Verheißungen für die Zukunft

Eine volle Verwirklichung des von mir heute umrissenen Aktionsprogramms sollte zu einer wesentlichen Verbesserung unserer internationalen Zahlungsbilanz führen. Die Regierungsausgaben im Ausland werden im Laufe der nächsten 18 Monate um 900 Millionen Dollar zurückgehen. Und die Auswirkungen der Anhebung der Zinssätze für kurzfristige Gelder und der Zinsausgleichssteuer werden zusammen diesem Betrag etwa gleichkommen oder ihn, was noch wahrscheinlicher ist, sogar übersteigen. Erfolge in dieser Größenordnung - schätzungsweise 2 Milliarden Dollar - werden uns die Zeit geben, die wir für unser grundlegendes langfristiges Programm benötigen, das darauf gerichtet ist, unsere internationale Wettbewerbsposition zu verbessern und Investitionen in den Vereinigten Staaten attraktiver zu gestalten.

Diese beiden Ziele müssen die Grundlage für jede permanente Schließung der Zahlungsbilanzlücke bilden, und mit diesem Programm werden sie ohne jede Gefährdung unseres Wirtschaftswachstums im Inland erreicht werden. Mit ihm wird sich dies bewerkstelligen lassen, ohne unser Festhalten an den Prinzipien eines freieren Handels und eines freien Kapitalverkehrs in Frage zu stellen. Es wird vielmehr dazu beitragen, dem Drängen auf noch restriktivere Maßnahmen entgegenzuwirken. Kurz gesagt, wenn wir jetzt unsere Anstrengungen intensivieren müssen, so können wir dies in vollem Vertrauen auf die Zukunft tun.

\* \* \* \* \*

# A M E R I K A D I E N S T

Allg./27.9.1963

## DIE ROLLE DEUTSCHLANDS IN DER ENTWICKLUNG DER WELTPOLITIK

DAYTON (Ohio) - (AD) - Nachstehend übermitteln wir Ihnen den Wortlaut einer Rede, die der Vorsitzende des Planungsstabes im US-Außenministerium, Walt W. Rostow, am 18. September 1963 vor der Universität von Dayton gehalten hat.

"Ich bin heute hierhergekommen, um zu Ihnen über die Rolle Deutschlands in der Entwicklung der Weltpolitik zu sprechen.

Wenn man das heutige Deutschland betrachtet und die Geschichte dieses Jahrhunderts überdenkt, dann wird klar, daß die inneren Verhältnisse der Bundesrepublik Deutschland und ihre Rolle im Weltgeschehen Ausdruck einer außerordentlichen Leistung sind - sicherlich einer der größten Leistungen der Nachkriegsgeneration.

Ich meine damit nicht nur das Wunder des deutschen wirtschaftlichen Wiederaufstiegs, durch welches ein verwüstetes Land, dem ein wichtiger Teil seines Territoriums temporär weggenommen wurde, rund elf Millionen Flüchtlinge aufnehmen und dann darangehen konnte, seinen Wiederaufbau zu betreiben und für alle seine Menschen neue Fundamente des wirtschaftlichen und sozialen Lebens zu schaffen.

Ich denke vielmehr an die Bildung einer stabilen, demokratischen Staatsführung, getragen von einer weitgehenden nationalen Übereinstimmung in außen- und innenpolitischen Angelegenheiten, die über die großen Parteien hinausreicht, und nahezu frei von der Bitterkeit und Zersplitterung die die demokratische Politik in Teilen Europas in der Vergangenheit gekennzeichnet haben.

Ich denke an die unerschütterliche Loyalität der Bundesrepublik Deutschland gegenüber den Konzeptionen der europäischen Integration und der atlantischen Partnerschaft.

Ich denke an die wachsende Rolle Deutschlands als einer konstruktiven Kraft in vielen Teilen der Welt außerhalb Europas.

Und

## "AMERIKA DIENST"

Und ich denke auch an die Verbindung von innerer Haltung und Entschlossenheit, mit der das deutsche Volk trotz ständiger kommunistischer Provokationen und angesichts der kommunistischen Versuche, seine berechnete Sorge um seine Landsleute und seinen berechtigten Anspruch auf nationale Selbstbestimmung als einen Wunsch nach blutiger Rache für die Niederlage im zweiten Weltkrieg hinzustellen, seiner endlichen Wiedervereinigung mit friedlichen Mitteln entgegenblickt.

Um das Ausmaß dieser Leistung zu verstehen, muß man auf die neuere Geschichte Deutschlands und die vier Hauptfaktoren zurückgreifen, die zusammen diese Geschichte so schwierig gestaltet haben - schwierig für Deutschland, für seine Nachbarn und für die Welt.

Erstens ist Deutschland, gemessen an den Staaten der Neuzeit, erst spät gegründet worden. Frankreich, England, Rußland und selbst die Vereinigten Staaten hatten bereits ein klares Empfinden für nationale Identität und nationale Einheit entwickelt, als die deutschen Stämme Mitte des 19. Jahrhunderts noch um die Errichtung einer wirklichen nationalen Einheit kämpften. Diese Zufallserscheinung der Geschichte mochte Deutschland das Gefühl geben, daß es in Eile eine Menge nachzuholen hatte, ehe es den ihm zustehenden Platz in Europa und in der Welt einnehmen konnte. Es machte Deutschland bei der Bestimmung seines nationalen Geschicks unsicherer und selbstbewußter zugleich.

Zweitens wurde die deutsche Einheit in ihrer ersten Phase durch das Land Preußen beherrscht, Dieses nordöstliche Gebiet hatte eine lange vom Militarismus geprägte Geschichte hinter sich und stand den liberalen Strömungen des Denkens und Empfindens ziemlich fern, die Ende des 18. Jahrhunderts und insbesondere während der Französischen Revolution und in der Zeit danach Westeuropa, einschließlich Westdeutschland, erfaßten. In gewissem Sinne verkörpert das heutige Deutschland den Sieg - und meiner Überzeugung nach den endgültigen Sieg - jener Männer, die im Jahre 1848 die Frankfurter Nationalversammlung zustande brachten, wengleich die Revolution von 1948 durch Preußen und die deutschen Nationalisten seinerzeit zunichte gemacht wurde.

Drittens ist da die einfache Tatsache der Tatkraft, der Entschlossenheit und Fähigkeit der Deutschen, ihr Nationalgefühl und ihre nationale Identität in der Welt nachdrücklich zum Ausdruck zu bringen. Im Zusammenspiel der politischen Machtinteressen in Europa hat dieses Sich-Vordrängen, sagen wir, zwischen 1860 und 1945 immer wieder die größten Probleme dadurch aufgeworfen, daß die deutschen Ambitionen und die Lebensinteressen anderer Nationen frontal aufeinanderprallten - obschon es lang andauernde Perioden gab, in denen Deutschland friedliche Kanäle für sein Talent und seinen nationalen Ehrgeiz fand, die in vielerlei Hinsicht eine Bereicherung des internationalen Lebens bedeuteten - zum Beispiel auf dem Gebiet der Wissenschaft, der Pädagogik, der Literatur sowie in allen anderen Bereichen der westlichen Kultur.

Und



## "AMERIKA DIENST"

Und schließlich gibt es die Tatsache der geographischen Lage: Deutschland liegt im Scheitelpunkt des Gleichgewichts der Kräfte in Europa. Seine Lage, seine Bevölkerung und die Konzentration seiner Hilfsquellen machen es zu einem entscheidend wichtigen Gebiet zwischen Ost und West. Manche Deutschen konnten einst sogar davon träumen, diese Lage zu nutzen, um Europa zu beherrschen. Vom Standpunkt der Kommunisten aus ist Deutschland im Kampf um die Weltherrschaft nach wie vor der lohnendste Preis.

Das Zusammenwirken dieser Faktoren der Geschichte, der nationalen Kämpfe und der geographischen Lage ist die Ursache ernster Schwierigkeiten gewesen. Den erfahrenen schmerzlichen Lehren aber ist in den Nachkriegsjahren durch das deutsche Volk selbst, durch seine westlichen Nachbarn und bis zu einem gewissen Grade auch durch uns eine Wendung zum Konstruktiven gegeben worden.

Denn wir in den Vereinigten Staaten haben in unserer Europapolitik zwischen den beiden Weltkriegen schwere Fehler gemacht, und auch wir mußten schmerzliche Lehren hinnehmen und zur Anwendung bringen. Dadurch daß wir dem Völkerbund nicht beitraten, und dadurch daß wir unsere Anwesenheit und unser militärisches Potential nicht zu einem festen Faktor in den europäischen Sicherheitskalkulationen machten, trugen wir zur Schaffung einer Situation bei, die es Hitler ermöglichte, von einer deutschen Herrschaft über Europa und einer europäischen Herrschaft über die Welt zu träumen. Wie ich mich erinnere, enthielten die Tagebücher Graf Cianos mit ihren detaillierten Aufzeichnungen der Achsendiplomatie in den dreißiger Jahren praktisch keine Hinweise auf die Vereinigten Staaten. Hitler und Mussolini träumten ihre Träume und machten Pläne, als ob die Vereinigten Staaten als Faktor im europäischen Kräftespiel gar nicht existierten. Unser Isolationismus in der Zeit zwischen den Kriegen ermutigte noch zu dieser tragischen Engstirnigkeit.

Eingedenk dieser Lehren bemühte sich die amerikanische Regierung unmittelbar nach dem Kriege, gegenüber dem europäischen Kontinent eine Politik zu betreiben, durch die die Fehler früherer Zeiten vermieden würden.

Nachdem es im Winter und Frühjahr 1946 klargeworden war, daß die Sowjetunion die Einigung Deutschlands und Europas auf der Basis der politischen Freiheit nicht zulassen würde, begannen wir eine Politik zu entwickeln, die noch immer Gültigkeit hat, nämlich eine Politik, die den Aufbau eines blühenden und vereinigten Westeuropas, das in militärischen und anderen wichtigen Angelegenheiten eng mit den Vereinigten Staaten und Kanada verbunden sein, und das in weitgehender Übereinstimmung mit Nordamerika seine Rolle als Großmacht im Weltgeschehen wieder einnehmen würde, unterstützte.

Vier Faktoren bestimmten die Gestaltung dieser Politik.

Da war erstens Deutschland selbst. Man hielt es für entscheidend wichtig, ein starkes, integriertes europäisches Gefüge zu schaffen, das

## "AMERIKA DIENST"

das ein voraussichtlich noch für einige Zeit gespaltenes Deutschland als gleichberechtigten Partner aufnehmen konnte, ein Gefüge, das den Deutschen die Möglichkeit geben würde, ihre große Tatkraft und ihre Hilfsquellen zu mobilisieren und diese angesichts der unumgänglichen Belastungen, die ihnen durch die Geschichte und die geographische Lage ihres Landes auferlegt wurden, in konstruktive Bahnen zu lenken. Bundeskanzler Adenauer hat sehr richtig gesagt, daß die Mitgliedschaft Deutschlands in einer integrierten europäischen Gemeinschaft den besten Schutz gegen ein Wiederaufleben nationalistischer Tendenzen in Deutschland gewähre.

Zweitens war da Moskau. Europa sah sich einem geeinten Gegner gegenüber, der im Begriff war, sein bis zur Elbe erweitertes Imperium zu konsolidieren, und der jede Uneinigkeit oder Schwäche, die er beim Westen entdecken konnte, für sich auszunutzen suchte. Ein vereintes, mit den Vereinigten Staaten verbundenes Europa schien das einzige leidlich sichere Organisationsgefüge zu sein, das mit diesem zentralisierten und immer mächtiger werdenden Herd aktiver Feindseligkeit fertig zu werden vermochte.

Drittens gab es jene Erkenntnis, in der viele Menschen beiderseits des Atlantik die eigentliche geschichtliche Lehre des zweiten Weltkriegs sahen, daß nämlich in der Welt der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts die einzelnen Nationalstaaten Europas nur dann wirksam eine bedeutendere Rolle im Weltgeschehen spielen könnten, wenn sie sich vereinten und wenn diese Vereinigung in der Form eines echten Zusammenschlusses, nicht aber einer lockeren Gruppierung völlig souveräner Staaten erfolgte. Der Schauplatz der Weltpolitik hatte sich derart erweitert, daß er den gesamten Planeten umfaßte; und die Technologie effektiver Macht hatte den Maßstab der alten Staaten Europas weit übertroffen. Der geschichtliche Wettstreit um Macht und Ansehen unter ihnen ließ sich nur auf Kosten ihrer allgemeinen Bedeutung als einer Stimme in der Weltpolitik und unter dem Risiko für ihre gemeinsame Sicherheit weiter fortführen.

Und schließlich gab es das wirtschaftliche Argument: Das volle wirtschaftliche Potential Europas konnte nur auf der Grundlage eines weiträumigen und äußerst konkurrenzfähigen Festlandmarktes entwickelt werden.

Ich kann mich noch sehr lebhaft daran erinnern, daß Anfang 1946, als diese Fragen zum erstenmal erörtert wurden - ich bekleidete damals eine untergeordnete Stellung im US-Außenministerium -, die Gefahren dieser Politik für die Vereinigten Staaten offen dargelegt wurden: Wie könnten wir sicher sein, daß ein vereintes Europa tatsächlich eine mit den amerikanischen Interessen in Einklang stehende Politik verfolgen würde? Würde es nicht sicherer sein, mit Europa ein bilaterales Beziehungsverhältnis einzugehen, das es uns - auf Grund der aus unserer Verhandlungsposition resultierenden Möglichkeiten - erlauben würde, den Einfluß der Vereinigten Staaten auf die europäischen Angelegenheiten über einen längeren Zeitraum zu sichern?

Wir

## "AMERIKA DIENST"

Wir entschieden uns dafür, daß den umfassenderen Interessen der Vorrang gebührte; und wir setzten uns weiter für die Förderung der europäischen Integration ein. Hinter dieser Entscheidung stand ein Akt des Vertrauens - des Vertrauens darin, daß die elementare Kraft der atlantischen Verbindung, die bereits in zwei Weltkriegen erprobt und unter Stalin einer dritten Prüfung unterzogen worden war, obsiegen würde, und daß ein Vereintes Europa seine Politik auf dem sich in unseren jeweiligen Interessen im Grunde Deckenden, nicht aber auf den möglichen Divergenzen und Antagonismen aufbauen würde - die offenkundig genug waren und sind.

Diese Einstellung gegenüber dem Problem Europas und Deutschlands bildete den Ausgangspunkt für den Ausbau des Marshallplans. Wir trugen unser Teil zum Aufbau der NATO bei, wir setzten uns für die Montanunion und Euratom ein und unterstützten den Gemeinsamen Markt. Im Rahmen dieser Politik - auf die die deutsche Führung schöpferisch reagierte - hat dann die Bundesrepublik den Weg zu einer Rolle der Würde, der Gleichberechtigung und Führung innerhalb Westeuropas selbst, in den Gremien der Atlantischen Gemeinschaft und im Weltgeschehen wiedergefunden.

Ich glaube, das deutsche Volk und seine politischen Führer verstehen besser als die meisten anderen, daß die wirklichen Probleme, denen sie und wir im Westen gegenüberstehen, nur durch eine geschlossene europäische Aktion und atlantische Partnerschaft gelöst werden können.

In geschichtlicher Hinsicht haben sie - mit echter Einsicht und Aufrichtigkeit - die alte Rivalität mit Frankreich aus der Welt geschafft und die französisch-deutsche Wiederannäherung zum Hauptziel einer Politik auf lange Sicht gemacht, die im Rahmen einer integrierten europäischen Gemeinschaft und gesunden atlantischen Partnerschaft zu verwirklichen ist.

In militärischer Hinsicht leben die Deutschen schließlich an einer exponierten Grenze der freien Welt. Sie wissen, daß der Schutz dieser Grenze und West-Berlins nicht durch bloße Gesten oder selbstauferlegte Zurückhaltung der Kommunisten erreicht worden ist, sondern durch eine gewaltige Mobilisierung militärischer Hilfsmittel und den offensichtlichen Willen, sie zu nutzen. Sie wissen ferner, daß die militärische Stärke der Vereinigten Staaten - in der Form unterirdischer Silos, der unter der Meeresoberfläche operierenden POLARIS-Unterseeboote, der Flugzeugträger, der alarmbereiten Flugzeuge auf den über die ganze Welt verstreuten Flugstützpunkten und dereinsatzbereiten Reserve in den Vereinigten Staaten, zusammen mit den Truppen der amerikanischen Garnison in Berlin und den amerikanischen Soldaten, die auf deutschem Boden Seite an Seite mit ihren eigenen stehen, und zusammen mit allen anderen Kontingenten und Zusagen der NATO - ein entscheidend wichtiger und unersetzlicher Bestandteil ihrer Sicherheit ist.

Da

## "AMERIKA DIENST"

Da ihr Wirtschaftsleben eng mit dem anderer Teile Europas verflochten ist, begreifen sie, daß ihr Wohlstand von einer nach außen gerichteten Handelspolitik abhängig ist - von Maßnahmen, deren Ziel die Ausweitung und nicht die Einengung jener Gebiete ist, die sich in einem auf niedrigen Zöllen basierenden Handelssystem zusammengeschlossen haben. Sie haben die Konzeption einer echten wirtschaftlichen Integration in Europa unterstützt - mit gemeinsamen Gremien mit beträchtlichen Entscheidungsbefugnissen -, und sie waren bereit, bedeutende Opfer zu bringen, um sie funktionsfähig zu machen.

Sie haben darüber hinaus in der wirtschaftlichen Integration eine erste Station auf dem Wege zu anderen Formen der europäischen Einheit gesehen, die sowohl die politischen als auch die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den übrigen europäischen Ländern einschließen.

Deutschland war durch die Geschichte seiner Kolonien beraubt worden und war daher in dieser Generation, befreit von der Verpflichtung und der Belastung, seinen Teil zur großen Wandlung des Kolonialismus beizutragen, in der Lage, an die Probleme der Entwicklungsländer auf einer weltweiten Basis und mit neuen Vorstellungen von der Aufgabe und ihren Möglichkeiten heranzugehen.

Angesichts einer Viertelmillion amerikanischer Truppen, die in Deutschland zur Verteidigung einer notwendigerweise gemeinsamen Grenze stationiert sind, hat die deutsche Bundesregierung Verständnis für die Belastung unserer Zahlungsbilanz, die sich aus unserer Verpflichtung zur gemeinsamen Verteidigung der freien Welt ergibt; und sie zeigte sich aufgeschlossen und hilfreich, wenn es darum ging, einen Teil ihrer Auswirkungen zu mildern.

Und schließlich haben die Deutschen, den Blick nach Osten und auf die 18 Millionen Deutschen gerichtet, die gegen ihren Willen im Grunde genommen noch immer unter einem Besatzungsregime stehen, zur gleichen Zeit aber das Wesen des Atomzeitalters wohl begreifend, den Kampf um Selbstbestimmung und nationale Einheit mit friedlichen Mitteln und im Rahmen des westlichen Bündnisses fortgesetzt.

Kurz gesagt, die Deutschen haben aus ihren Erfahrungen sowie den gemeinsamen Erfahrungen dieses Jahrhunderts gelernt; sie betrachten nüchtern ihre Probleme als Nation, sie studieren die moderne Militäertechnik und die Formen moderner Nachrichtenübermittlung, und sie haben begriffen, daß keiner von uns im Westen - und dies gilt natürlich auch für die Vereinigten Staaten - unsere Probleme lösen kann, es sei denn, daß wir gemeinsame Sache machen, es sei denn, daß wir unsere Politik auf der Grundlage uneingeschränkter Loyalität gegenüber den Werten und der großen Tradition des Westens aufbauen, an denen wir alle teilhaben. Sie haben erkannt, daß die Aufgabe, der wir 1945 gegenüberstanden und seither noch immer gegenüberstehen, nicht nur ältere Konzeptionen des Nationalismus, der nationalen Verteidigung und der nationalen Bestimmung einschließt, sondern darüber hinaus geht.

Wir

## "AMERIKA DIENST"

Wir haben allen Grund anzunehmen, daß Form und Art der deutschen Politik in allen großen politischen Parteien und im Denken und Fühlen des deutschen Volkes fest verankert sind - auch in der jetzt heranwachsenden jüngeren Generation, die die Tage Hitlers nicht mehr richtig erlebt hat. Aber die heutige Welt ist so eng ineinander verflochten, daß auch wir in den Vereinigten Staaten einen Teil der Verantwortung für die Erhaltung der Kontinuität der deutschen Politik tragen.

Erstens: Wir müssen Deutschland weiterhin nicht nur ein zuverlässiger Verbündeter sein, sondern ihm auch als treuer Partner dabei helfen, innerhalb der NATO die Verteidigung der westlichen Grenze, einschließlich West-Berlins, aufrechtzuerhalten. Der deutsche Beitrag zur eigenen wie auch zur westlichen Verteidigung ist erweitert und ausgebaut worden. Wir stehen beide im Begriff, zusammen mit einigen unserer NATO-Verbündeten die Errichtung einer multilateralen Atomstreitmacht innerhalb der NATO zu prüfen, die den europäischen Ländern eine annehmbare Beteiligung an der nuklearen Abschreckung bietet, ohne zur Entstehung weiterer nationaler Atomkräfte zu führen. Wir stehen beide im Begriff, gemeinsam mit allen unseren NATO-Verbündeten unsere strategische Konzeption neu zu durchdenken, eine vereinbarte Verteidigungspolitik der NATO für das Atomzeitalter auszuarbeiten und den Kurs abzustecken, der dieser Konzeption dauernde Wirksamkeit verleihen würde.

Die Stabilität der deutschen Politik hängt von dem weiteren Erfolg der kollektiven Verteidigung Westeuropas sowie von der Rolle Deutschlands als einem geachteten Seniorpartner bei diesen Bemühungen ab.

Wir haben in den vergangenen zwei Jahren in Berlin und während der Kuba-Krise bewiesen, daß die Verpflichtung der Vereinigten Staaten zur kollektiven Verteidigung auch weiterhin besteht, obwohl die Sowjetunion Kernwaffen entwickelt hatte und damit in die Lage gekommen war, den Vereinigten Staaten in einem Atomkrieg schweren Schaden zuzufügen. Die sowjetische Taktik der nuklearen Erpressung, die 1958 in Berlin begann und bis 1962 fortgesetzt wurde, schlug fehl. Die erste Voraussetzung für die Stabilität des Westens ist, daß solche Taktiken auch in Zukunft fehlschlagen, sollten sie je wieder versucht werden.

Zweitens: In einer Zeit, in der wir die Gefahren und die Spannungen des kalten Krieges zu verringern trachten und zu ergründen suchen, wie weit wir ohne Gefahr in Richtung auf eine Rüstungskontrolle gehen können, ist es unerlässlich, daß wir unsere Verbündeten so eingehend wie nur möglich dort konsultieren, wo ihre Interessen auf dem Spiele stehen könnten. Aus diesem Grund haben wir uns in Moskau allem Drängen widersetzt, das Atomversuchsverbot mit einem Nichtangriffspakt zwischen der NATO und den Staaten des Warschauer Paktes zu koppeln. Die atlantische Partnerschaft ist mehr als lediglich ein Verteidigungsbündnis. Sie ist eine Gruppe von Nationen mit einem gemeinsamen Erbe und umfassenden bleibenden gemeinsamen Interessen. Wir sind ganz offensichtlich bereit, gemeinsam zu kämpfen. Wir müssen jedoch auch lernen, genauso eng zusammenzuarbeiten, um die Möglichkeiten zu sondieren, allmählich in Richtung auf eine friedlichere Welt voranzukommen.

Wir

## "AMERIKA DIENST"

Wir haben während der Berlin-Krise der Jahre 1961/62 einander fast täglich bis ins kleinste Detail konsultiert. Wir beabsichtigen genauso enge Beratungen wenn wir die Möglichkeiten prüfen, die sich uns vielleicht in den kommenden Monaten für eine Verringerung der Gefahren und der Spannungen des kalten Krieges bieten werden. Und bei diesen Konsultationen muß die Frage des noch immer gespaltenen Deutschland, dessen Bevölkerung das Recht auf Selbstbestimmung noch immer verwehrt wird, von Deutschland und den Verbündeten Deutschlands mit größter Sorgfalt und Ernsthaftigkeit behandelt werden.

Drittens: Wir müssen Deutschland dabei unterstützen, im Rahmen der Einheit Europas, welchen Grad auch immer diese erreichen mag, eine maximale Rolle bei all den schöpferischen Unternehmungen der freien Welt zu spielen, die bereits sehr umfassend sind, jedoch immer noch stärker ausgeweitet werden: bei der kühnen Aufgabe der Hilfe für die Entwicklungsländer, bei der Formulierung der Handelspolitik nicht nur innerhalb Europas und zwischen Europa und den Vereinigten Staaten, sondern auch auf einer weltweiten Basis, auf der wir Wege zur Schaffung eines Handelssystems finden müssen, das sowohl den fortgeschrittenen als auch den weniger entwickelten Ländern der Völkergemeinschaft der freien Welt Nutzen bringt; und auf dem Gebiet der Währung, wo wir in den sechziger Jahren neue Wege zur Stützung eines Warenflusses und eines Kapitalverkehrs finden müssen, die weit rascher anwachsen als die Goldvorräte der Welt.

Obwohl unsere Beziehungen auf bilateraler Basis zu Deutschland sehr eng und umfassend sind - und sie sollten dies auch sein, da wir zusammen einen sehr großen Anteil von den Lasten der europäischen Verteidigung tragen -, so sind wir letztlich doch durch die Loyalität gegenüber einem umfassenderen Zukunftsbild miteinander verbunden. Dieses Zukunftsbild gliedert sich in drei Teile: in die Einheit Europas, in den Aufbau der Atlantischen Gemeinschaft und in die systematische Ausnutzung der Energien und Hilfsquellen der Atlantischen Gemeinschaft für die größeren Ziele des Friedens und des Wohlstandes auf der Welt.

Dieses Zukunftsbild ist aber augenscheinlich noch unvollendet. Die europäische Einheit steht in einem Stadium zwischen Pause und Debatte - keineswegs dem ersten derartigen Zwischenstadium seit 1945. In diese Debatte sind natürlich auch die langfristigen Beziehungen Großbritanniens zum europäischen Kontinent einbezogen. Und weil die europäische Debatte zum Teil auch die geeigneten langfristigen Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und einem geeinten Europa berührt, kommen wir in bestimmten Fragen der transatlantischen Partnerschaft vorläufig nicht weiter - obgleich hier im Stillen mehr Fortschritte erreicht wurden, als die Zeitungen berichten.

Es sollte uns weder überraschen noch enttäuschen, wenn wir auf dem Wege zu diesen Zielen - die von unseren drei Nachkriegspräsidenten in gleicher Weise unterstützt worden sind - nur langsam vorankommen. Dies ist das größte internationale Aufbauwerk, das jemals in Friedenszeiten von souveränen Nationen in Angriff genommen worden ist. Für jedes einzelne Land stehen Fragen von großer Bedeutung auf dem Spiel, die sowohl weit in seine Geschichte als auch in seine derzeitige Politik hineinreichen.

Wie

## "AMERIKA DIENST"

Wie jedoch Präsident Kennedy auf seiner Europa-Reise im Juni dieses Jahres eindeutig klargestellt hat, stehen wir auch weiterhin fest zu unserer Zusage, die Bemühungen um ein Höchstmaß der europäischen Einheit, das die Europäer selbst innerhalb des größeren Rahmens der Atlantischen Partnerschaft schaffen können, zu unterstützen.

Wir bleiben diesem Zukunftsbild, das nunmehr seit fast einer Generation fest in die amerikanische Politik eingebettet ist, verpflichtet, nicht aus Trägheit oder weil wir die damit verbundenen Schwierigkeiten nicht erkennen. Wir bleiben diesem Zukunftsbild fest verpflichtet, weil es den Interessen der Vereinigten Staaten, den Interessen Europas und den Interessen der Freiheit überall auf der Welt am besten dient.

Obwohl diese Politik die Antwort auf den von Stalin unmittelbar nach dem Kriege unternommenen Versuch war, ein verarmtes und entmutigtes Westeuropa an sich zu reißen, ist sie unseres Erachtens keineswegs an eine Fortsetzung der gegen den Westen gerichteten Vorstoßaktivität der Sowjets gebunden, wie wir sie zum Beispiel in Berlin in den Jahren von 1958 bis 1962 erlebt haben. Wir brauchen ein geeintes Europa, das über den Atlantik hinweg als Partner mit uns zusammenarbeitet, aus Gründen, die weit über die Zeit, in der wir leben, und die Probleme, denen wir uns gegenübersehen werden, hinaus reichen.

Das Wesen der militärischen Technik - und das nukleare Potential der Kommunisten - bedingen es, daß die Atlantische Gemeinschaft wohl die kleinste Einheit ist, die den Aufbau einer rationellen und wirksamen Verteidigung Europas möglich macht. Die Aufgabe, eine Gemeinschaft unabhängiger Staaten zu organisieren, die sowohl die fortgeschrittenen Länder des nördlichen Teils der freien Welt als auch die schnell aufstrebenden Länder Asiens, des Mittleren Ostens, Afrikas und Lateinamerikas umfaßt, macht unsere Zusammenarbeit über den Atlantik hinweg notwendig. Die Probleme, die sich für uns aus den mit Moskau geführten Verhandlungen über eine Kontrolle der Atomwaffen ergeben, berühren lebenswichtige Interessen jedes einzelnen Mitgliedsstaates der Atlantischen Gemeinschaft und fordern Entschlossenheit innerhalb der Völkerfamilie; Gleiches gilt auch für das Problem des kommunistischen China, für Chinas aggressive Haltung jetzt und in Zukunft, im besonderen dann, wenn es über eigene Atomwaffen verfügen wird.

Wenn wir mit aller Vorstellungskraft, deren wir fähig sind, in die Zukunft blicken, können wir uns keinen den gegenwärtigen Planungen entsprechenden Zeitraum vorstellen, in dem ein Zusammenschluß und eine Zusammenarbeit mit Nordamerika Europa nicht zum Vorteil gereichen würde.

Oder anders ausgedrückt, es werden sich für uns alle nur Gefahren abzeichnen, wenn sich Europa von den Vereinigten Staaten trennen oder wenn es seinen großen Wohlstand und die jüngste Lockerung der Spannungen mit Moskau zum Anlaß nehmen sollte, dem überhöhten Nationalismus erneut freien Lauf zu lassen.

Die

## "AMERIKA DIENST"

Die kommunistischen Machthaber haben über die jüngste Periode der Entspannung zwei Dinge gesagt, die beachtenswert sind: erstens, daß es keine ideologische Koexistenz geben dürfe. Das bedeutet, daß sie die gegenwärtigen Verhandlungen als eine begrenzte Phase - eine wichtige Phase - im kalten Krieg betrachten, als einen Versuch nämlich, die Gefahr eines Atomkriegs, der weder in ihrem noch in unserem Interesse wäre, zu verringern. Das bedeutet ferner, daß die Kommunisten die Absicht haben - mit allen anderen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln - darauf zu beharren, die Expansion ihrer Macht und ihres Einflusses weiter zu betreiben.

Alle der Regierung - die das Verhalten der Kommunisten in allen Teilen des Erdballs beobachtet - zur Verfügung stehenden Informationen lassen darauf schließen, daß die Kommunisten in keiner Weise in ihren Bemühungen nachgelassen haben, ihre Macht und ihren Einfluß auf Kosten des Westens weiter auszubauen.

Sie haben dann zweitens gesagt, daß sie in einer Periode verminderter Spannung hoffen und erwarten, die - wie sie es nennen - dem Wesen des Westens immanenten Widersprüche werden sich in zunehmendem Maße geltend machen. Sie hoffen und erwarten, daß wir im Westen, wenn die Krisen in Berlin und anderswo etwas weniger akut sind, nicht klug genug sein werden, zusammenzuhalten; und sie haben offensichtlich die Absicht, jede Spaltung, die sich unter uns zeigen könnte, auszunutzen.

Wir sollten diese Warnungen ernst nehmen; und sie stehen in einer Beziehung zu der Aufrechterhaltung jenes politischen Denkens und Handelns in Deutschland, das, wie ich bereits erwähnt habe, eine der größten kollektiven Leistungen der Nachkriegszeit darstellt.

Ich bin überzeugt, daß die Deutschen und die deutsche Politik loyal an den Konzeptionen der europäischen Einheit und der atlantischen Partnerschaft und an der kollektiven Verteidigung der Werte der westlichen Kultur festhalten werden, die dieser Politik zugrunde liegen. Dies bedeutet aber, daß Deutschlands Verbündete in Europa und Nordamerika tätig zu dieser Politik stehen müssen.

Die Probleme auf unserer gemeinsamen Tagesordnung im Westen haben sich in den letzten Monaten geändert, wie sie sich in der Zeitspanne seit etwa 1947, als die gegenwärtige Politik konzipiert wurde, schließlich oft geändert haben. Die Politik der atlantischen Staaten hat in diesen beiden Jahrzehnten eine große Elastizität bewiesen, Wir haben Probleme und Krisen mancherlei Art überstanden, und die Kernstruktur der NATO ist noch immer intakt, und die Impulse für die europäische Einheit sind noch immer lebendig. Wir sind mit den Problemen des wirtschaftlichen Wiederaufbaus und der Auslandshilfe in den Entwicklungsländern und mit einer Fülle von Problemen auf dem Gebiet des Handels und der Währungen fertig geworden. Wir sind mit Vorstößen gegen die Türkei und Griechenland und zweimal mit größeren Vorstößen gegen Berlin fertig geworden. Wir haben unsere gemeinsame Strategie aus einer Zeit, da die Hauptbedrohung die Rote Armee zu Lande war, der wachsenden Kompliziertheit einer Zeit angepaßt, in der die Sowjetunion über ein Arsenal



## "AMERIKA DIENST"

Arsenal nuklearer Waffen und die Mittel zum Einsatz dieser Waffen mit Hilfe von Raketen verfügt. Wir sind mitten im Übergang, aus einer Zeit des nuklearen Monopols der USA in eine Zeit, in der eine Verteilung der Lasten und der Verantwortung der nuklearen Verteidigung zunehmend möglich ist. Wir haben Augenblicke erlebt, da wir kurz vor einem Kriege standen, und wir hatten längere Perioden relativer Ausgeglichenheit in den Spannungen zwischen Moskau und dem Westen. Wir haben erlebt, wie die Beziehungen zwischen West- und Osteuropa aus der düsteren Hoffnungslosigkeit der Zeit Stalins in eine Zeit übergangen, da Männer auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs mit gesteigerter Hoffnung auf größere nationale Unabhängigkeit und menschliche Freiheit im Osten und die Wiederherstellung alter Verbindungen rechnen durften, die sich aus den gemeinsamen religiösen und kulturellen Bindungen Ost- und Westeuropas herleiten.

Wir haben miterlebt, wie Westeuropa eine Reihe schwerer Krisen in den alten Kolonialgebieten überstand und neue Beziehungen der Assoziierung und Partnerschaft mit den früheren Kolonien und mit anderen Nationen fand, die sich unter dem Banner der nationalen Unabhängigkeit und Erneuerung gebildet haben.

Alle diese Anpassungen sind nicht leicht vor sich gegangen; und da es sich um demokratische Gesellschaften handelte, konnten alle die Schwierigkeiten sehen. Unsere Debatten finden in aller Öffentlichkeit statt. Aber wir haben allen Grund zu glauben, daß die Politik, die Maschinerie und die Geisteshaltung, die in der vergangenen Generation gestaltet wurden, sich auf eine Weise fortentwickeln werden, daß sie die Einigkeit des Westens - nicht seine Zersplitterung - fördern.

Dabei hat Deutschland heute eine große Rolle zu spielen. Keine Nation hat ein größeres Interesse am Erfolg einer kollektiven Politik im Westen oder ist mehr befähigt, einer solchen Politik Substanz zu verleihen. Deutschlands Sicherheit nach dem Kriege, seine Prosperität, seine Ruhe im Inneren und seine wachsende Rolle im Weltgeschehen sind in dieser Politik verwurzelt; und was die Deutschen und Deutschland heute bereits erreicht haben, ermöglicht es ihnen, tatkräftig voranzuschreiten, wenn es gilt, ihr den Weg in die nächste Phase der westlichen Geschichte zu ebnen. Die Welt indes, in der wir heute leben, ist so eng miteinander verknüpft, daß die Standhaftigkeit des einen von der Standhaftigkeit aller abhängt. Insbesondere wir in den Vereinigten Staaten - die wir, ob wir es wollen oder nicht, immer noch die Führer des Westens sind, - müssen fest auf dem Kurs bleiben.

Wenn wir als Nation unsere Loyalität gegenüber den großen Zielsetzungen der europäischen Einheit und der atlantischen Partnerschaft bewahren - die der Präsident auf seiner Europa-Reise im Juni so nachhaltig bekräftigt hat -, dann können wir nicht nur der Stabilität der deutschen Politik, sondern auch des stetigen Fortschritts der Sache der Freiheit in jedem Teil unseres Globus sicher sein."

\* \* \* \* \*

Allg./27.9.1963

## KENNEDY RUFT ZUR ZUSAMMENARBEIT FÜR DEN FRIEDEN AUF

NEW YORK - (AD) - Wortlaut der Rede, die der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, John F. Kennedy, am 20. September 1963 vor der 18. Vollversammlung der Vereinten Nationen gehalten hat.

"Herr Präsident, Herr Generalsekretär, Delegierte der Vereinten Nationen, meine Damen und Herren!"

Wir treffen hier erneut in unserem Bemühen um den Frieden zusammen. Vor 24 Monaten, als ich zuletzt die Ehre hatte, vor diesem Gremium zu sprechen, lag der Schatten der Furcht düster über der Welt. Die Freiheit West-Berlins war in unmittelbarer Gefahr. Ein Abkommen über ein neutrales Laos schien weit entfernt. Das Mandat der UN im Kongo wurde angegriffen. Die finanzielle Zukunft der Weltorganisation war in Frage gestellt. Dag Hammarskjöld war tot. Für seinen Posten wurde die Troika-Doktrin gefordert, und die Kernwaffenversuche in der Atmosphäre waren soeben von der Sowjetunion wiederaufgenommen worden.

Dies waren Tage der Angst für die Menschheit - und manche fragten sich laut, ob diese Weltorganisation weiter fortbestehen könnte. Aber die 16. und die 17. Vollversammlung erreichten nicht nur, daß die Weltorganisation weiterbestand, sondern auch daß Fortschritte erzielt wurden. Die Vereinten Nationen zeigten sich ihrer Verantwortung gewachsen und trugen dazu bei, die Spannungen zu verringern, die düstere Zukunft abzuwenden.

Heute haben sich die Wolken etwas gelichtet, so daß neue Hoffnungsstrahlen durchbrechen können. Der Druck auf West-Berlin scheint vorübergehend nachgelassen zu haben. Die politische Einheit im Kongo ist weitgehend wiederhergestellt. In Laos besteht zumindest eine neutrale Koalition - auch wenn sie noch Schwierigkeiten hat. Die Integrität des UN-Sekretariats wurde erneut gefestigt. Ein Jahrzehnt der Entwicklung im Zeichen der Vereinten Nationen ist angebrochen. Und schließlich wurde zum erstenmal nach 17 Jahren der Bemühungen ein spezifischer Schritt unternommen, um das atomare Wettrüsten zu begrenzen.

Ich

## "AMERIKA DIENST"

Ich meine Hiermit den Vertrag über das Verbot von Kernwaffenversuchen in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser, der zwischen der Sowjetunion, Großbritannien und den Vereinigten Staaten abgeschlossen und inzwischen bereits von fast hundert Staaten unterzeichnet wurde. Dieser Vertrag wurde von der Bevölkerung der ganzen Welt, die dankbar ist, von der Furcht vor radioaktiven Niederschlägen befreit zu sein, aus tiefstem Herzen begrüßt, und ich bin fest davon überzeugt, daß er am kommenden Dienstagvormittag um 11.30 Uhr die überwältigende Unterstützung des amerikanischen Senats finden wird.

Die Welt ist dem Dunkel noch nicht entronnen. Die langen Schatten der Auseinandersetzungen und Krisen halten uns noch immer umfangen. Doch kommen wir heute in einer Atmosphäre wachsender Hoffnung in einem verhältnismäßig ruhigen Augenblick zusammen. Daß ich hier zugegen bin, ist nicht ein Zeichen der Krise, sondern der Zuversicht. Ich bin nicht hier, um über eine neue Friedensbedrohung oder über neue Kriegsanzeichen zu berichten. Ich bin vielmehr gekommen, um die Vereinten Nationen zu grüßen und Ihnen die Unterstützung des amerikanischen Volkes bei Ihren täglichen Beratungen zu demonstrieren.

Denn welcher Wert der Arbeit dieser Körperschaft beizumessen ist, das hängt nicht vom Vorhandensein von Notstandssituationen ab, und der Weg zur Gewinnung des Friedens kann auch nicht nur aus dramatischen Siegen bestehen. Der Friede ist ein täglicher, wochen- und monatelanger Prozeß der allmählichen Meinungsänderung, der langsamen Aushöhlung alter Widerstände, des stillen Aufbaus neuer Strukturen. Und so undramatisch solche Friedensbemühungen auch sind, so müssen diese Bemühungen doch ständig fortgesetzt werden.

Heute mögen wir eine Pause im kalten Kriege erreicht haben, aber das ist noch kein dauerhafter Friede. Ein Versuchsstoppvertrag ist ein Meilenstein, aber damit ist noch kein Goldenes Zeitalter angebrochen. Wir sind keineswegs aus unseren Verpflichtungen entlassen, sondern haben nur eine Chance erhalten. Und wenn wir diesen Moment und diesen Schwung nicht voll zu nutzen verstehen, sondern unsere neugewonnenen Hoffnungen und Einsichten in neue Mauern und Waffen der Feindschaft umwandeln lassen - wenn diese Pause des kalten Krieges lediglich zu seiner Erneuerung statt zu seiner Beendigung führt -, dann wird die Nachwelt zu Recht in vorwurfsvoller Anklage mit Fingern auf uns alle weisen. Wenn wir aber diese Pause zu einer Periode fruchtbarer Zusammenarbeit auszudehnen vermögen, wenn beide Seiten jetzt neues Vertrauen und echte Erfahrung im konkreten Zusammenwirken für den Frieden gewinnen, wenn wir jetzt imstande sind, die Kontrolle der tödlichen Waffen ebenso kühn und weitblickend zu betreiben wie vorher ihre Herstellung, dann kann dieser erste kleine Schritt sicherlich zum Beginn einer langen und fruchtbringenden Reise werden.

Die Aufgabe, den Frieden zu schaffen, ist den Führern aller Nationen, der großen wie der kleinen, gestellt, denn die Großmächte

## "AMERIKA DIENST"

Großmächte besitzen kein Monopol auf Konflikte und Ambitionen. Der kalte Krieg ist nicht die einzige Ausdrucksform der Spannungen in der heutigen Welt, und das nukleare Wettrüsten ist nicht der einzige Rüstungswettlauf. Auch kleine Kriege sind gefährlich in einer nuklear bewaffneten Welt. Die mühselige Arbeit für den Frieden ist eine Aufgabe für alle Nationen, und bei dieser Anstrengung kann sich keiner von uns abseits halten. Diesem Ziel darf sich niemand versagen.

Die Verminderung der weltweiten Spannungen darf nicht als Vorwand für die engstirnige Verfolgung selbstsüchtiger Interessen benutzt werden. Wenn die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten trotz all ihrer globalen Interessengegensätze und ideologisch bedingten Auseinandersetzungen - und der immer noch gegeneinander gerichteten Kernwaffen - imstande sind, ein Terrain der gemeinsamen Interessen und des Einvernehmens zu finden, dann sollte dies anderen Nationen sicherlich auch gelingen - Nationen, die von regionalen Konflikten, Rassenkämpfen oder von den Todeszuckungen des alten Kolonialismus in Atem gehalten werden. Chronische Streitigkeiten, die wertvolle Kräfte den notwendigen Aufgaben des Volkes entziehen oder die Energien beider Seiten verschleißern, sind für niemand von Nutzen - und das Erkennungsmerkmal des Verantwortungsbewußtseins ist in der modernen Welt die Bereitschaft, nach friedlichen Lösungen zu suchen.

Für einen Versuch ist es niemals zu früh; für eine Aussprache ist es niemals zu spät; und es ist höchste Zeit, daß viele Dispute, die auf der Tagesordnung dieser Vollversammlung stehen, aus Streitgegenständen zu Verhandlungsgegenständen gemacht werden.

Tatsache ist, daß die Vereinigten Staaten als eine der großen Atomkräfte eine besondere Verantwortung tragen. Es handelt sich faktisch um eine dreifache Verantwortung: eine Verantwortung gegenüber unseren eigenen Mitbürgern, eine Verantwortung gegenüber Menschen in aller Welt, die von unseren Entscheidungen betroffen werden, und eine Verantwortung gegenüber der kommenden Generation der Menschheit. Wir glauben, daß auch die Sowjetunion diese besondere dreifache Verantwortung trägt und daß diese dreifache Verantwortung unsere beiden Länder verpflichtet, das Hauptaugenmerk weniger auf unsere Differenzen und mehr auf die Mittel zu ihrer friedlichen Beilegung zu richten. Viel zu lange schon haben wir beide unsere Militärhaushalte immer weiter erhöht und unsere Kernwaffenvorräte und unsere Fähigkeit zur Zerstörung alles Lebens auf diesem Planeten - alles menschlichen, tierischen und pflanzlichen Lebens - immer weiter vermehrt, ohne damit eine entsprechende Erhöhung unserer Sicherheit zu erreichen.

Unsere Konflikte sind sicherlich realer Natur. Unsere Idealvorstellungen von der Welt sind verschieden. Wir würden niemandem einen Dienst erweisen, wenn wir es versäumten, unsere Meinungsverschiedenheiten klar herauszustellen. Eine der zentralen Meinungsverschiedenheiten erwächst aus dem Glauben des amerikanischen Volkes an das Selbstbestimmungsrecht für alle Völker.

Wir

## "AMERIKA DIENST"

Wir glauben, daß es den Menschen in Deutschland und Berlin freigestellt sein muß, ihre Hauptstadt und ihr Land wiederzuvereinigen.

Wir glauben, daß es den Menschen in Kuba freigestellt sein muß, die Früchte der Revolution einzubringen, die so betrügerisch von innen verraten und von außen ausgebeutet wurde.

Um es kurz zu sagen, wir glauben, daß es den Menschen in der ganzen Welt - in Osteuropa ebenso wie in Westeuropa, in Südafrika ebenso wie in Nordafrika, in den alten Staaten ebenso wie in den jungen - freigestellt sein muß, über ihre eigene Zukunft zu bestimmen, ohne Diskriminierung oder Diktat und ohne Zwang oder Subversion.

Dies sind grundlegende Meinungsverschiedenheiten zwischen uns und der Sowjetunion, und sie lassen sich nicht verheimlichen. Solange sie weiterbestehen, setzen sie einer Übereinkunft Grenzen und verbieten sie ein Nachlassen der Wachsamkeit. Unsere Verteidigungsvorkehrungen rund um den Erdball werden zum Schutze der Freiheit aufrechterhalten werden, und unsere Entschlossenheit, diese Freiheit zu wahren, wird jeder Drohung oder Herausforderung gewachsen sein.

Ich möchte aber den führenden Männern der Sowjetunion und ihrem Volke zurufen, daß wir, wenn unsere beiden Länder vollständige Sicherheit erreichen sollen, einer weit besseren Waffe bedürfen als der Wasserstoffbombe, einer besseren Waffe als Raketen oder Atom-U-Boote - und diese bessere Waffe ist friedliche Zusammenarbeit.

Wir haben uns in den letzten Jahren auf einen Vertrag über die beschränkte Einstellung der Kernwaffenversuche geeinigt, auf eine Nachrichtenverbindung zwischen unseren Hauptstädten für den Dringlichkeitsfall, auf eine Grundsatzerklärung bezüglich der Abrüstung, auf eine Erweiterung des Kulturaustauschs, auf eine Zusammenarbeit im Weltraum, auf die friedliche Erforschung der Antarktis und auf eine Entschärfung der Kuba-Krise des vergangenen Jahres.

Darum glaube ich, daß die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten zusammen mit ihren Verbündeten weitere Abkommen erreichen können - Abkommen, die unserem gemeinsamen Interesse entspringen, die gegenseitige Vernichtung zu verhindern.

Über die Reihenfolge weiterer Schritte kann es keinerlei Zweifel geben. Wir müssen weiterhin nach einem Übereinkommen über Maßnahmen zur Verhinderung eines Krieges durch Zufall oder Fehleinschätzung trachten. Wir müssen weiterhin ein Übereinkommen über Maßnahmen zur Sicherung gegen einen Überraschungsangriff anstreben, wozu die Errichtung von Beobachtungsposten an Schlüsselpunkten gehört. Wir müssen uns weiterhin um ein Abkommen über die Einschränkung des nuklearen Wettrüstens durch eine Kontrolle der Überstellung von Kernwaffen, eine Verwendung spaltbaren Materials für friedliche Zwecke sowie ein Verbot unterirdischer Versuche mit angemessenen Inspektionen und Einhaltungsgarantien bemühen. Wir müssen uns weiterhin um ein Übereinkommen über einen freieren Informationsaustausch und Personenverkehr von Ost nach West und von West nach Ost bemühen.

Wir

## "AMERIKA DIENST"

Wir müssen, ermutigt durch die gestrige positive Antwort des sowjetischen Außenministers auf diesen Vorschlag, weiterhin eine Übereinkunft über ein Abkommen suchen, durch das Massenvernichtungswaffen aus dem Weltraum verbannt werden. Sehen wir zu, daß wir unsere Delegierten wieder an den Verhandlungstisch bringen, damit sie ein durchführbares Abkommen in dieser Richtung ausarbeiten.

Lassen Sie uns auf diese und andere Weise den steilen und schwierigen Pfad zu einer umfassenden Abrüstung beschreiten, das gegenseitige Vertrauen durch gegenseitige Verifizierung festigen und die Institutionen des Friedens schaffen, während wir gleichzeitig unsere Kriegsmaschinen demontieren. Wir dürfen nicht deswegen, weil etwa nicht in allen Punkten eine Übereinstimmung erzielt werden kann, die Übereinkunft dort hinausschieben, wo ein Übereinkommen möglich ist. Und wir dürfen Vorschläge nicht einfach nur aus propagandistischen Gründen unterbreiten.

Schließlich gibt es auf einem Gebiet, auf dem die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion eine führende Stellung einnehmen - dem Gebiet der Raumfahrt - Ansatzpunkte genug für eine neue Zusammenarbeit, für weitere gemeinsame Anstrengungen bei der Ausarbeitung eines Weltraumrechts und der Erforschung des Weltraumes. Zu diesen Möglichkeiten gehört auch eine gemeinsame Expedition zum Mond. Der Weltraum bietet keine Souveränitätsprobleme; in einer Resolution dieser Versammlung haben die Mitglieder der Vereinten Nationen auf jegliche territorialen Rechtsansprüche im Weltraum oder auf Himmelskörpern verzichtet und erklärt, daß das Völkerrecht und die Charta der Vereinten Nationen gültig sein sollen. Warum sollte daher der erste Flug des Menschen zum Mond Gegenstand eines nationalen Wettstreits sein? Warum sollten sich die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion bei der Vorbereitung solcher Expeditionen auf immense Doppelleistungen auf dem Gebiet der Forschung, der Konstruktion und der Ausgaben einlassen? Wir sollten lieber prüfen, ob die Wissenschaftler und Astronauten unserer beiden Länder - ja der ganzen Welt - bei der Eroberung des Weltraumes nicht zusammenarbeiten können, um eines Tages in diesem Jahrzehnt nicht Vertreter einer einzigen Nation, sondern Vertreter der gesamten Menschheit zum Mond zu schicken.

Alle diese und andere neue Schritte in dieser Richtung auf eine friedliche Zusammenarbeit sind möglich. Die meisten von ihnen setzen unsererseits eine umfassende Konsultation mit unseren Verbündeten voraus - denn deren eigene Interessen werden davon genauso berührt wie die unsrigen, und wir werden niemals ein Abkommen auf ihre Kosten abschließen.

Die meisten solcher Abkommen werden lange und sorgfältige Verhandlungen erfordern. Und die meisten von ihnen werden eine neue Einstellung zum kalten Krieg bedingen - den Wunsch, nicht seinen Gegner zu 'beerdigen', sondern sich mit ihm in einer großen Anzahl friedlicher Arenen, in Ideen, in der Produktion und im Dienste an der gesamten Menschheit zu messen.

. Der

## "AMERIKA DIENST"

Der Wettstreit wird weitergehen - der Wettstreit zwischen Menschen, denen eine monolithische Welt vorschwebt, und denen, die an die Mannigfaltigkeit glauben. Aber es sollte ein Wettstreit der Leitbilder und nicht der Zerstörung, ein Wettstreit der Leistungen und nicht der Einschüchterung sein. Im Namen der Vereinigten Staaten von Amerika begrüße ich einen solchen Wettstreit. Denn wir glauben, daß die Wahrheit stärker ist als der Irrtum und die Freiheit dauerhafter als der Zwang. Und im Wettstreit um ein besseres Leben wird die ganze Welt der Sieger sein.

Das Bemühen um die Verbesserung des Loses der Menschen aber ist nicht die Aufgabe einiger weniger. Es ist die Aufgabe aller Völker - handelnd für sich allein, handelnd in Gruppen und handelnd im Rahmen der Vereinten Nationen. Denn Pest und Plage, Verlorenheit und Verderb, Naturkatastrophen und der Hunger der Kinder - sind Feinde eines jeden Volkes. Land und Meer und Luftraum - sie gehen heute alle Völker an. Und Wissenschaft, Technik und Bildung können Verbündete eines jeden Volkes sein.

Nie zuvor besaß der Mensch in so hohem Maße die Fähigkeit, seine Umwelt zu ordnen, Hunger und Durst ein Ende zu setzen, Armut und Krankheit zu besiegen, das Analphabetentum zu beseitigen und das große menschliche Leid zu bannen. Es steht in unserer Macht, diese Generation zur tüchtigsten der Menschheitsgeschichte zu machen - oder zu ihrer letzten.

Die Vereinigten Staaten haben seit Kriegsende Hilfe im Werte von mehr als 100 Milliarden Dollar an Länder geleistet, die eine lebensfähige Wirtschaft aufzubauen suchten. Und vor zwei Jahren, auf die Woche genau, gründeten wir das Friedenskorps, um allen interessierten Ländern zu helfen, den Bedarf an entsprechend geschulten und begeisterungsfähigen Arbeitskräften zu decken. Andere hochindustrialisierte Länder, deren Volkswirtschaften vor noch nicht allzu langer Zeit erst mit unserer Unterstützung wiederaufgebaut worden sind, erkennen nun ihrerseits ihre Verantwortung gegenüber den weniger entwickelten Völkern.

Die Bereitstellung von Entwicklungshilfe durch die einzelnen Länder muß fortgesetzt werden. Aber auch die Vereinten Nationen müssen eine größere Rolle in den Bemühungen spielen, allen Menschen die Früchte der Wissenschaft und Industrie unserer Zeit zukommen zu lassen. Eine Konferenz der Vereinten Nationen zu diesen Fragen, die vor Monaten in Genf stattgefunden hat, eröffnete den Entwicklungsländern neue Ausblicke. Im kommenden Jahr wird eine UN-Konferenz über Handelsfragen die Notwendigkeit prüfen, diesen Ländern neue Märkte zu eröffnen. Und über vier Fünftel des UN-Systems sind heute dabei, die Waffen der Wissenschaft und Technik für das Entwicklungsjahrzehnt der Vereinten Nationen zu mobilisieren.

Es kann aber noch mehr, noch weit mehr geschehen. Es könnten beispielsweise

- eine

## "AMERIKA DIENST"

- eine Weltzentrale für medizinische Nachrichten unter den Auspizien der Weltgesundheitsorganisation (WHO) vor Epidemien und den nachteiligen Folgen bestimmter Drogen warnen und die Ergebnisse neuer Versuche und Entdeckungen verbreiten;

--regionale Forschungszentren unser gemeinsames medizinisches Wissen erweitern und zusätzlich Wissenschaftler und Ärzte für die jungen Staaten heranbilden;

- ein weltumspannendes System von Satelliten die Verbreitung von Nachrichten und Wettermeldungen in allen Teilen der Erde ermöglichen;

- ein weltweites Naturschutzprogramm die Wald- und Wildbestände erhalten helfen, die gegenwärtig von der Gefahr der Vernichtung bedroht sind, die Gewinnung von Nahrungsmitteln aus den Weltmeeren steigern, und die Verseuchung der Luft und des Wassers durch industrielle und nukleare Abfallstoffe verhindern; und schließlich

- ein weltweites Programm zur Ertragssteigerung der Landwirtschaft und Verbesserung der Nahrungsmittelverteilung - ähnlich wie das 'Lebensmittel-für-den-Frieden'-Programm meines Landes - jedem hungernen Kind die Nahrung geben, die es braucht.

Doch der Mensch lebt nicht von Brot allein - und die Mitglieder dieser Organisation sind durch die Charta verpflichtet, die Menschenrechte zu fördern und zu achten. Diese Rechte aber werden nicht geachtet, wenn ein buddhistischer Mönch aus seiner Pagode vertrieben oder eine Synagoge geschlossen wird, wenn einer protestantischen Kirche die Errichtung einer Mission verwehrt oder ein Kardinal gezwungen wird, sich zu verbergen, oder aber wenn in einer überfüllten Kirche während des Gottesdienstes Bomben explodieren.

Die Vereinigten Staaten sind gegen jede Diskriminierung und Verfolgung aus rassistischen oder religiösen Gründen, wo immer sie auftreten mögen, ob in unserem eigenen Lande oder sonstwo auf der Welt. Wir sind bemüht, das Unrecht in unserem eigenen Lande wiedergutzumachen.

Die amerikanische Regierung hat - durch Gesetzes- und Verwaltungsmaßnahmen, durch moralische und rechtliche Verpflichtungen - eine entschlossene Anstrengung unternommen, um unsere Nation von der viel zu lange schon bestehenden Diskriminierung auf den Gebieten des Erziehungswesens, des Wohnungswesens, des Verkehrs, der Beschäftigung, des öffentlichen Dienstes sowie der Erholungs- und der öffentlichen Einrichtungen zu befreien. Und daher zögern wir nicht, weder hier noch vor irgendeinem anderen Forum, alles rassistische und religiöse Unrecht, werde es von Freund oder Feind begangen, zu verdammen.

Ich weiß, daß einige von Ihnen Diskriminierungen in diesem Lande erfahren haben. Ich bitte Sie jedoch, mir zu glauben, daß dies nicht dem Wunsch der meisten Amerikaner entspricht, daß wir Ihren Kummer



## "AMERIKA DIENST"

Kummer und Ihre Empörung teilen und daß wir gewillt sind, derartige Praktiken nicht nur für die Besucher unseres Landes, sondern genauso für seine Bürger für alle Zeit zu beenden.

Ich hoffe, daß nicht nur unsere Nation, sondern auch alle anderen Staaten mit verschiedenen Rassen diesen Normen der Fairness und der Gerechtigkeit entsprechen werden. Wir sind unabänderlich gegen die Apartheid und alle Formen der menschlichen Unterdrückung. Wir vertreten die Rechte der Schwarzen in Afrika nicht, um die Weißen aus Afrika zu vertreiben. Uns geht es um das Recht aller Menschen auf gleichen Schutz und gleiche Chancen - und da die Menschenrechte unteilbar sind, kann diese Organisation nicht beiseite stehen, wenn diese Rechte von einem ihrer Mitglieder mißbraucht oder Vernachlässigt werden.

Neue Anstrengungen sind notwendig, wenn die jetzt 15 Jahre alte Menschenrechtsdeklaration der UN-Vollversammlung ihre volle Bedeutung erlangen soll. Und es sollten neue Mittel zur Förderung der Freiheit der Rede und des Ideenaustauschs gefunden werden - durch bessere Reismöglichkeiten und Nachrichtenverbindungen und durch einen vermehrten Austausch von Besuchergruppen, Büchern und Rundfunksendungen, denn jetzt, da die Welt das Wetttrüsten ablehnt, muß der Wettstreit der Ideen blühen - und dieser Wettstreit muß so umfassend und fair wie möglich sein.

Die amerikanische Delegation ist bereit, UN-Initiativen zur Verfolgung all der Ziele anzuregen, die ich erwähnt habe. Denn dies ist eine Organisation für den Frieden - und der Friede kann nicht ohne Fortschritte kommen.

Die Vereinten Nationen können stolz sein auf die Verdienste, die sie sich bei der Bewahrung des Friedens erworben haben, obwohl noch immer gewaltige Aufgaben zu bewältigen sind. Wir dürfen uns glücklich schätzen, daß wir auf das Geschick unseres ausgezeichneten Generalsekretärs und auf den tapferen Einsatz jener zählen dürfen, die sich in den Dienst der Sache des Friedens am Kongo und im Mittleren Osten, in Korea und Kaschmir, in Westneuguinea und Malaysia gestellt haben. Aber was die Vereinten Nationen in der Vergangenheit vollbrachten, ist weniger wichtig als ihre künftige Aufgabe. Wir können ihren friedensbewahrenden Apparat nicht als selbstverständliche Einrichtung betrachten. Dieser Apparat bedarf einer soliden Finanzierung - und diese ist nicht gegeben, wenn man zuläßt, daß einige Mitglieder sie dadurch an der Erfüllung ihrer Pflichten hindern, daß sie ihren eigenen Verpflichtungen nicht nachkommen. Die Vereinten Nationen müssen von allen unterhalten werden, die hier von ihren Rechten Gebrauch machen, und alle UN-Maßnahmen müssen bis zum Letzten unterstützt werden.

Zu oft läßt das Interesse an einem in Krisenstimmung eingeleiteten Unternehmen nach, sobald sich die Lösung der Probleme hinzieht und sich die Rechnungen stapeln. Aber wir müssen standfest genug sein, jede Unternehmung zu Ende zu führen.

Es

## "AMERIKA DIENST"

Es ist zum Beispiel sehr wichtig, nicht die außerordentlichen Erfolge der Vereinten Nationen im Kongo in Frage zu stellen. Dieses Land, das erst vor drei Jahren um die Hilfe der Weltorganisation nachsuchte, hat jetzt darum gebeten, daß die Vereinten Nationen noch etwas länger dort bleiben. Meines Erachtens sollte diese Vollversammlung alle notwendigen Schritte zur Konsolidierung der bereits erzielten Erfolge unternehmen und das junge Land in seinem Kampf um den Fortschritt schützen. Lassen Sie uns vollenden, was wir begonnen haben, denn 'wer seine Hand an den Pflug legt und sieht zurück', so sagt uns die Heilige Schrift, 'der ist nicht geschickt zum Reich Gottes'.

Ich hoffe ebenso, daß die jüngste Initiative einiger Mitglieder, eine Bereitschaftsfriedenstruppe, die von den UN abgerufen werden kann, vorzubereiten, andere Länder zu ähnlichen Zugeständnissen ermutigen wird. Die Vereinigten Staaten sind auch weiterhin bereit, logistische und andere materielle Unterstützung zu gewähren.

Eine Überwachung ohne spezifische Vorkehrungen für eine friedliche Lösung genügt jedoch nicht. Wir sollten den Aufgabenbereich für Sondermissionen erweitern, die an Ort und Stelle die Verhältnisse prüfen und sich um eine Schlichtung bemühen, und wir sollten in stärkerem Maße den Internationalen Gerichtshof einschalten und die Arbeit der Internationalen Rechtskommission beschleunigen.

Die Vereinten Nationen können als starre, unbewegliche Organisation keinen Bestand haben. Ihre Aufgaben und Verpflichtungen wachsen ebenso wie ihre Größe. Ihre Charta wie auch ihre Verfahren müssen geändert werden. Die Verfasser der Charta hatten nicht im Sinn, ihr ein für allemal eine starre Form zu geben. Die Waffen- und Kriegstechnik hat uns alle - in weitaus stärkerem Maße als vor achtzehn Jahren - in einer Welt und zu einem Menschengeschlecht mit einem gemeinsamen Geschick vereint.

In einer solchen Welt bürgt selbst absolute Souveränität nicht mehr für absolute Sicherheit. Die Friedensvereinbarungen müssen mit den Kriegserfindungen gleichziehen und ihnen sodann den Rang ablaufen. Die Vereinten Nationen müssen auf ihren Erfolgen aufbauen und aus ihren Fehlern lernen und so zu einem wahren Weltsicherheitsystem ausgebaut werden.

Aber der Friede beruht nicht allein auf Chartas und feierlich geschlossenen Verträgen, er ruht in den Herzen und im Denken der Menschen. Wann er daraus vertrieben ist, dann besteht auch keinerlei Hoffnung, daß irgendein Schritt, ein Pakt, ein Vertrag oder eine Organisation den Frieden erhalten kann. So wollen wir nicht alle unsere Hoffnungen auf Pergament und Papier gründen, sondern vielmehr danach streben, Frieden in die Herzen und das Denken der Menschen zu tragen.

Ich

## "AMERIKA DIENST"

Ich glaube, daß die Probleme des Menschenschicksals die Kräfte des Menschen nicht übersteigen.

Vor zwei Jahren habe ich vor diesem Gremium erklärt, daß die Vereinigten Staaten einen Vertrag über einen begrenzten Atomstopp vorgeschlagen hätten und bereit seien, einen solchen zu unterzeichnen. Heute ist dieser Vertrag bereits unterzeichnet. Er wird nicht den Krieg beseitigen. Er wird nicht die grundlegenden Konflikte aus der Welt schaffen. Er wird nicht die Freiheit für alle gewährleisten. Aber er kann als Hebel wirken. Und Archimedes soll, als er das Prinzip der Hebelwirkung erläuterte, zu seinen Freunden gesagt haben: 'Gebt mir einen Standpunkt und ich hebe die Welt aus den Angeln.'

Meine Mitbürger auf diesem Planeten: Lassen Sie uns hier in dieser Versammlung der Nationen unseren Standpunkt beziehen. Und lassen Sie uns sehen, ob wir zu unseren Lebzeiten die Welt einem gerechten und dauerhaften Frieden näherbringen können."

\* \* \* \* \*

BETRACHTUNGEN EINES AMERIKANERS ÜBER BERLIN

ANSPRACHE

Sr. Exzellenz, des Botschafters der Vereinigten Staaten,

GEORGE C. MCGHEE

gehalten im Amerika-Haus zu Nürnberg am 9. Oktober 1963

## BETRACHTUNGEN EINES AMERIKANERS ÜBER BERLIN

Meine Damen und Herren,

es ist mir ein Vergnügen, an der Berlin-Woche des hiesigen Amerika-Hauses teilzunehmen. Das mir heute abend gestellte Thema ist die Politik Amerikas bezüglich Berlins. Es ist dies ein Thema, zu dem Millionen Worte gesprochen und geschrieben worden sind. Dennoch scheinen mir die Fragen, um die es hier geht, nichts an Aktualität einzubüßen. Wenn ich auch in erster Linie über Berlin spreche, so möchte ich doch auch die Bedeutung des Berlin-Problems als eines Aspekts der umfassenderen Frage der deutschen Einheit aufzeigen.

Um meine Ausführungen in die rechte Perspektive zu rücken, dürfte es zweckmäßig sein, daß ich gemeinsam mit Ihnen erst einmal einige der mit der Berlin-Frage verknüpften historischen Tatsachen rekapituliere.

Wir beginnen vielleicht am besten mit der Situation unmittelbar bei Kriegsende. Es lagen gewisse Vereinbarungen vor, die von der Sowjetunion, Großbritannien und den Vereinigten Staaten 1944 innerhalb der Europäischen Beratungskommission unterzeichnet worden waren und die Schaffung von Besatzungszonen in Deutschland und die Verwaltung Groß-Berlins betrafen. Zusätzliche Vereinbarungen bezüglich des gleichen allgemeinen Fragenkomplexes, die eine Mitwirkung auch der Vorläufigen Regierung der Republik Frankreich an der Besetzung Deutschlands vorsahen, wurden im Juni und Juli 1945 unterzeichnet. Diese Dokumente legten im wesentlichen den rechtlichen Status Groß-Berlins fest.

Auf Grund dieser Vereinbarungen wurde Groß-Berlin in vier Sektoren geteilt. Ein Punkt von größter Wichtigkeit ist hierbei, daß die Stadt unter die gemeinsame Verwaltung der vier Mächte gestellt worden ist. Im Einklang mit diesen Abmachungen wurde die Alliierte Kommandantur aus den vier - von den jeweiligen Zonenbefehlshabern ernannten - Stadtkommandanten geschaffen. Den vier Stadtkommandanten stand ein Stab von Fachleuten zur Seite. Der Kommandantur übergeordnet

übergeordnet war der Alliierte Kontrollrat aus den vier Zonenbefehlshabern. Der Kontrollrat übte die oberste Verfügungsgewalt in Deutschland aus - in Angelegenheiten, die Deutschland als Ganzes betrafen.

Die Alliierte Kommandantur trat erstmals am 11. Juli 1945 zusammen und arbeitete bis Juli 1948, als der sowjetische Vertreter seinen wohlbekannten "Ausmarsch" antrat. Die Kommandantur setzte ihre Tätigkeit von diesem Zeitpunkt an bis zum 21. Dezember 1948 aus, als die Kommandanten der Westsektoren die folgende Erklärung abgaben:

"Es kann nicht mehr länger geduldet werden, daß die Weigerung der sowjetischen Behörden, an den Sitzungen der Alliierten Kommandantur teilzunehmen, die ordnungsgemäße und gesetzmäßige Verwaltung Berlins behindert. Die Alliierte Kommandantur wird deshalb unverzüglich ihre Arbeit wiederaufnehmen. Sollten sich die sowjetischen Behörden jetzt oder zu einem späteren Zeitpunkt dazu bereit finden, den Vereinbarungen nachzukommen, an die die vier Mächte gebunden sind, dann kann die Vier-Mächte-Verwaltung Berlins wieder aufgenommen werden. Während ihres Fernbleibens werden die drei westlichen Alliierten die Befugnisse der Alliierten Kommandantur ausüben, wenn sie sich auch darüber im klaren sind, daß sie ihre Entscheidungen im gegenwärtigen Zeitpunkt wegen der sowjetischen Obstruktion lediglich in den westlichen Sektoren durchsetzen können."

Eine Prüfung der verschiedenen einschlägigen Dokumente läßt ganz eindeutig erkennen, daß die Westmächte und die Sowjetunion übereingekommen waren, Groß-Berlin als ein von den vier Besatzungszonen getrenntes und gesondertes Gebiet zu behandeln. Es wurde nicht als Teil irgendeiner der vier Besatzungszonen angesprochen.

Die westlichen Alliierten sind mithin in Berlin kraft ihres Siegerrechts. Wir sind nicht dort auf Grund der Duldung einer anderen Besatzungsmacht. Wir sind und bleiben in Berlin, bis wir nicht mehr gebraucht werden, um die Grundrechte seiner Bürger zu wahren. In diesem Zusammenhang umriß Präsident Kennedy unseren Standpunkt

Standpunkt im Juli 1961 in seinem an das amerikanische Volk gerichteten Bericht sehr klar, als er erklärte:

"Wir können und werden es nicht zulassen, daß die Kommunisten uns - sei es allmählich oder mit Gewalt - aus Berlin vertreiben. Denn die Erfüllung unseres dieser Stadt gegebenen Versprechens ist für die Moral und Sicherheit Westdeutschlands, für die Einheit Westeuropas und den Glauben der gesamten freien Welt wesentlich. Die sowjetische Strategie richtet sich seit langem schon nicht nur auf Berlin, sondern auch auf die Teilung und Neutralisierung ganz Europas, um uns an unsere eigenen Küsten zurückzuwerfen. Wir müssen unser der freien Bevölkerung West-Berlins gegebenes und oft wiederholtes Versprechen halten und unsere Rechte und ihre Sicherheit selbst angesichts der Gewalt wahren, um das Vertrauen der anderen freien Völker in unser Wort und unsere Entschlossenheit nicht zu verlieren. Die Stärke der Allianz, von der unsere Sicherheit abhängt, ist wiederum von unserer Bereitschaft abhängig, unseren Verpflichtungen ihnen gegenüber nachzukommen."

Dies ist eine klare und unzweideutige Bekräftigung unserer Entschlossenheit, in Berlin zu bleiben. Sie dürfte bei niemandem irgendwelche Zweifel an unserem Entschluß aufkommen lassen, die Chance von über zwei Millionen Berlinern, in Freiheit zu leben, offenzuhalten und sie zu verteidigen.

Diese Entschlossenheit erstreckt sich auch auf das Festhalten am Recht auf Zugang nach Berlin. Das Recht auf freien und uneingeschränkten Zugang ist offenkundig Wesensbestandteil des Rechtes der Alliierten auf Anwesenheit in Berlin. Darüber hinaus wurde es durch Vereinbarungen bestätigt, die 1945 unter den Kriegsverbündeten getroffen und 1949 erneut bekräftigt wurden. Diese Zugangsrechte des Westens schließen eindeutig das Recht zum Transport von Nahrungsmitteln und anderen Versorgungsgütern ein, die für die Bevölkerung der Stadt bestimmt sind. Das Recht der Berliner selbst, Güter von Westdeutschland und anderswoher zu beziehen und dorthin zu verschicken,

verschicken, ist ebenso offenkundig Wesensbestandteil des besonderen Status, der Berlin zuerkannt ist.

Ich brauche diesem Zuhörerkreis die Einzelheiten unserer Entgegnung auf die ersten ernsthaften Versuche, unsere Position in Berlin unhaltbar zu machen, nicht erst ins Gedächtnis zurückzurufen. Die Luftbrücke, die wir 1948 einrichteten, nachdem der Landzugang zur Stadt abgeschnitten worden war, führte zum Scheitern der Anstrengungen der Kommunisten, die Alliierten gewaltsam aus Berlin zu verdrängen und die Bevölkerung der Stadt durch Hunger zur Unterwerfung unter den Kommunismus zu zwingen. In einem Zeitraum von etwas mehr als elf Monaten wurden über zweieinviertel Millionen Tonnen Nahrungsmittel und Versorgungsgüter in über einer Viertel-million Flügen von französischen, britischen und amerikanischen Luftwaffenangehörigen nach West-Berlin geschafft. Als die Luftbrücken-Aktion ihren Höhepunkt erreicht hatte, landete, wie Sie sich vielleicht erinnern werden, alle 45 Sekunden eine Maschine in West-Berlin.

Die Luftbrücke ist ein unauslöschliches Kapitel in der Geschichte der Verteidigung der Freiheit, ebenso wie der Mut der Berliner während der Blockade. Sie hielten aus trotz dürftigster Rationen. Die Kommunisten boten ihnen Lebensmittel für den Fall an, daß sie sich in Ost-Berlin registrieren ließen, doch sie schlugen, von einigen tausend abgesehen, dieses Anerbieten aus. Im Winter, als Brennstoffe knapp wurden, froren sie meist ganz erbärmlich. Monatelang gab es nur drei Stunden am Tag elektrischen Strom. Die Berliner haben sich der Brüderschaft der freien Völker würdig erwiesen. Die Bewunderung für ihren Mut und ihre Ausdauer hat erheblich dazu beigetragen, den Namen des deutschen Volkes in den Augen der Welt wieder zu Ansehen zu bringen.

Das gemeinsame Erlebnis der Blockade schmiedete ein dauerhaftes Freundschaftsband zwischen den Berlinern und den Amerikanern und ihren Verbündeten. Das Läuten der Freiheitsglocke im Turm des Westberliner Rathauses mahnt jeden Tag zur Mittagsstunde an die gemeinsame Sache.

Es



Es hat seit dem Fehlschlagen der Blockade im Jahre 1948 auch noch andere Bedrohungen der Freiheit West-Berlins gegeben. Einige dieser Bedrohungen waren mit kommunistischen Ultimaten verknüpft, andere nicht. Frisch im Gedächtnis ist uns noch die sowjetische Herausforderung vom Februar-März 1962 in den Luftkorridoren - einer der lebenswichtigen Verbindungen des freien Berlin mit der Außenwelt. Wie 1948 begegneten die alliierten Behörden und die privaten Luftgesellschaften, deren Piloten den normalen Flugverkehr von und nach Berlin ununterbrochen aufrechterhalten haben, dieser Bedrohung mit ruhiger aber fester Entschlossenheit. Eben erst haben wir eine ausgedehnte Periode harten diplomatischen Drucks auf Berlin durchlebt, die im November 1958 begann. Während dieser ganzen Zeit haben der Mut und die Standhaftigkeit der Berliner niemals nachgelassen. Trotz der grausamen Mauer bewahren die Berliner ihren Gleichmut. Allen Drohungen und Schikanen zum Trotz haben die freien Berliner den Wiederaufbau ihrer Stadt und die Wiederbelebung ihrer Wirtschaft tatkräftig vorangetrieben.

Berlin ist wieder die größte Metropole zwischen Paris und Moskau. Schon bei einem kurzen Besuch kann man sehen, wie aus Ruinen und Trümmern neue Bürogebäude, Appartementshäuser, Hotels und Läden entstanden sind. Hunderttausende neuer Arbeitsplätze wurden in den vergangenen 15 Jahren geschaffen, und alle einschlägigen Indexpfiffern beweisen, daß die Wirtschaft Berlins ständig wächst. Doch das freie Berlin gedeiht nicht nur in materieller Hinsicht, auch das kulturelle Leben hat einen großen Aufschwung genommen. Kunst, Musik, Theater und das akademische Leben - sie alle tragen jetzt wieder dazu bei, Berlins einstigen Ruf als großes europäisches und westliches Kulturzentrum wiederherzustellen. Seine wirtschaftliche Vitalität, die erwiesene Tapferkeit seiner Bevölkerung und das anerkanntermaßen hohe kulturelle Niveau haben alle mitgeholfen, Berlin seinen Platz unter den ersten Städten der Welt wieder zu verschaffen.

Es gibt indessen noch ein anderes Element, das Erwähnung verdient, nämlich, daß Berlin in den vergangenen 15 Jahren auch Schauplatz einer äußerst erfolgreichen westlichen Zusammenarbeit war. In der ersten Zeit nach Beendigung der Blockade wurde der Stadt für

für ihren Wiederaufbau fast eine Milliarde Dollar an direkter oder indirekter Hilfe aus Mitteln des Marshallplans zur Verfügung gestellt. Die anderen westlichen Verbündeten schalteten sich ein, sobald die Erholung von den Kriegsschäden im eigenen Lande einsetzte. Als dann die Bundesrepublik ihrerseits daranging, eine eigene leistungsfähige Wirtschaft aufzubauen, trug auch sie innerhalb der Grenzen ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit in steigendem Maße hierzu bei, bis sie schließlich den Punkt erreichte, von dem an sie die Hauptverantwortung übernahm. Alles dies, gepaart mit der Initiative und Tatkraft Berlins und seiner Bevölkerung, war von unschätzbarem Wert für das Wiedererstarben der Stadt.

Abgesehen von den wirtschaftlichen Aspekten dieser Zusammenarbeit, kommt ihr auch noch eine große politische Bedeutung zu. Was die Berlin-Politik anlangt, gibt es zwischen Frankreich, Großbritannien und den Vereinigten Staaten keine grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten. Die drei Mächte, die eine grundlegende Verantwortung in Berlin haben, sind sich im Hinblick auf ihre Verpflichtung einig, dem freien Berlin Demokratie, Freiheit und Fortschritt zu erhalten.

Diese Einigkeit in den Zielsetzungen teilen die westlichen Bündnispartner nicht nur mit den Bürgern des freien Berlin, sondern mit dem gesamten deutschen Volk. Mit dem ganzen deutschen Volke gemeinsam haben wir den Wunsch, nicht nur Berlin, sondern Deutschland in Frieden und Freiheit wiedervereint zu sehen. Wir wollen die Tatsache niemals aus den Augen verlieren, daß die fortdauernde Prosperität und Lebensfähigkeit des freien Berlin und die Aufrechterhaltung seiner engen Bindungen zu der Bundesrepublik für die schließliche Wiedervereinigung Deutschlands von großer Wichtigkeit sind. Der Präsident der Vereinigten Staaten hat im vergangenen Monat in seiner Rede vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen die amerikanische Einstellung bezüglich Berlins und der Wiedervereinigung Deutschlands kristallklar herausgearbeitet. Auf die Unterschiede zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion eingehend, sagte er:

"Unsere

"Unsere Konflikte sind sicherlich realer Natur. Unsere Idealvorstellungen von der Welt sind verschieden. Wir würden niemandem einen Dienst erweisen, wenn wir es versäumten, unsere Meinungsverschiedenheiten klar herauszustellen. Eine der zentralen Meinungsverschiedenheiten erwächst aus dem Glauben des amerikanischen Volkes an das Selbstbestimmungsrecht für alle Völker.

Wir glauben, daß es den Menschen in Deutschland und Berlin freigestellt sein muß, ihre Hauptstadt und ihr Land wiederzuvereinigen...

Um es kurz zu sagen, wir glauben, daß es den Menschen in der ganzen Welt - in Osteuropa ebenso wie in Westeuropa, in Südafrika ebenso wie in Nordafrika, in den alten Staaten ebenso wie in den jungen - freigestellt sein muß, über ihre eigene Zukunft zu bestimmen, ohne Diskriminierung oder Diktat und ohne Zwang oder Subversion..."

Wir können die Vorstellung nicht akzeptieren, daß die Elementar-begriffe menschlicher Gerechtigkeit wahlweise anwendbar sind. Die sittlichen Überlegungen, die die Selbstbestimmung zum guten Recht der Völker Afrikas erheben, sind gleichermaßen auf den Fall Deutschland und Berlin anwendbar. Ich als Amerikaner darf sagen, daß mein Land ein vereintes, freies und demokratisches Berlin, das seinen rechtmäßigen Platz als großartige Hauptstadt eines freien und geeinten Deutschland einnimmt, weiterhin standhaft als eines seiner Ziele ansehen wird.

Ich weiß, daß es ungeduldige Stimmen gibt, die die sofortige Wiedervereinigung fordern. Ich sage frei und offen, daß ich jedoch gleichzeitig nicht etwa konkrete Vorschläge zu hören bekomme, die aufzeigen, wie dies ohne Anwendung von Gewalt zu bewerkstelligen wäre, auf die wir im Westen als Mittel zur Erreichung dieses Ziels verzichtet haben. Wir dürfen uns weder durch semantische Wortdeutelei oder Schlagworte irreführen lassen, noch der Selbsttäuschung erliegen. Wir müssen uns mit den Realitäten der Welt von heute auseinandersetzen. Jene, die die Bastion Berlin bewachen, die in die täglichen

täglichen Ausfälle und Paraden des Umgangs mit den Kommunisten verwickelt sind, kennen diese Realitäten. Pluspunkte lassen sich in Berlin nicht leicht erzielen.

Dies heißt aber nicht, daß wir deshalb in unserer Entschlossenheit nachlassen. Wir brauchen nicht das künstliche Stimulans des Konflikts und der Spannung, um in unserem Entschluß neu bestärkt zu werden. Wir anerkennen die einfache Wahrheit, daß die Freiheit von der Woge der Zukunft getragen wird, daß die evolutionären Entwicklungsprozesse, die für die Freiheit arbeiten, eine ganz eigene innere Schwungkraft besitzen. Diese Prozesse haben eine größere Chance, sich zu entfalten, wenn keine Spannungen auftreten, die nur dazu angetan sind, den Status quo einzufrieren und sinnvolle friedliche Anpassungen politisch unmöglich zu machen.

Wir können manche Entwicklung im Osten als Vorboten der Zukunft betrachten. Die starren Dogmen des Stalinismus, die in der Vergangenheit Millionen Menschen Not und Tod brachten, werden nun in Osteuropa offiziell als Ketzerei bezeichnet. Wir stoßen auf abweichende Stimmen, auf Zweifel an früher als unumstößlich geltenden Dogmen und auch auf unmißverständliche Beweise einer natürlichen Freiheitssehnsucht der Menschen. Ähnliche Kräfte sind, wenn auch noch stärker gedämpft und strenger überwacht, auch in der Ostzone Deutschlands vorhanden. Ich zähle diese Punkte auf, um meine Überzeugung zu unterstreichen, daß die Teilung Deutschlands dem Strom der Geschichte zuwiderläuft.

Wenn uns vielleicht auch die Geschichte begünstigen mag, so müssen wir dennoch einsehen, daß eine Wiedervereinigung Berlins und Deutschlands nicht schnell und nicht auf leichte Weise zu erreichen ist. Wir müssen einsehen, daß die Zeiten Geduld, Ruhe und Einsicht, gepaart mit Entschlossenheit, fordern. Eine Frage aber, auf die wir heute eine Antwort finden müssen, lautet: Wie können wir den Menschen in Mitteldeutschland helfen, mit den Schwierigkeiten fertig zu werden, die ihnen aus der Existenz der Mauer erwachsen? Diese Frage hat mehrere Aspekte.

Zunächst muß der Westen stark und einig bleiben. Wir hier sind uns der vielen Vorteile voll bewußt, die die Freiheit in ihren im Westen entwickelten Formen mit sich bringt. Wir müssen der Welt aber

aber deutlich vor Augen führen, daß die westlichen Wertbegriffe universale Werte sind und den Aspirationen aller Menschen entgegenkommen. Die marxistischen Dialektiker attackieren eine Karikatur des westlichen Kapitalismus, wie ihn Marx Mitte des 19. Jahrhunderts sah. Wir können der Welt nicht nur beweisen, daß das westliche System einer freien Gesellschaft der beste Weg ist, die geistigen und seelischen Bedürfnisse des Menschen zu befriedigen, sondern auch, daß unser freies Wirtschaftssystem das wirksamste Mittel ist, die materiellen Wünsche der Menschen zu erfüllen. Wir müssen schwer arbeiten, um die Dynamik unseres Systems fortgesetzt unter Beweis zu stellen und um der Welt die mannigfaltigen Vorteile der Entscheidungsfreiheit vor Augen zu führen.

Auf wirtschaftlichem Gebiet sind die Schwierigkeiten, denen sich Osteuropa gegenüber sieht, von einer deutschen Expertengruppe, nämlich dem "Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands", wie folgt charakterisiert worden: "Die Wirtschaft des Ostblocks ist das Opfer der tiefen Kluft zwischen ideologischer Loyalität und den praktischen volkswirtschaftlichen Erfordernissen." Erst kürzlich hat die Presse die Probleme aufgezeigt, mit denen sich die Wirtschaftsplaner des Sowjetblocks im COMECON konfrontiert sehen. Die Opposition rumänischer Stellen zu den für ihr Land ausgearbeiteten Plänen, die seiner industriellen Entwicklung ein Ende gesetzt hätten, ist allgemein bekannt. Vergleichen Sie diese Situation einmal mit jener, die wir in Westeuropa vorfinden. Obwohl wir auch im Westen Meinungsverschiedenheiten antreffen, so besteht doch keinerlei Zweifel darüber, daß der Gemeinsame Markt neue wirtschaftliche Impulse zu einer Zeit hervorgebracht hat, in der sich der Ostblock immer akuter Schwierigkeiten gegenübergestellt sieht. Unser spezifisches Wirtschaftssystem habe ich bereits erwähnt. Hier in der Bundesrepublik, wo Sie von einer freien Marktwirtschaft profitieren, genießen Sie ebenfalls die Segnungen einer fortschrittlichen Sozialpolitik. Ganz eindeutig ist die soziale Gerechtigkeit in den freien Volkswirtschaften des Westens unendlich viel größer als in Osteuropa. Konkret gesprochen können wir sicher sein, daß die Arbeiter in der Ostzone genau wissen, wieviel mehr Annehmlichkeiten ihre Kollegen in der Bundesrepublik unter diesem System

System genießen, als ihnen unter dem dort herrschenden System geboten werden. Trotz der im Osten bestehenden Beschränkungen des Meinungs austausches mit dem Westen sind die offensichtlichen Vorteile des westlichen Systems den Menschen in Osteuropa durchaus bekannt und werden auch in zunehmendem Maße diskutiert. Der Westen wird für den Osten immer mehr zu einem Magnet von mächtiger Anziehungskraft, einer Anziehungskraft, die dort zwangsläufig zu einer Neuorientierung führen und neue Beziehungen zwischen Ost und West möglich machen wird. Wie Präsident Kennedy in seiner Ansprache vor Studenten der Freien Universität in Berlin erklärte: "Ganz gleich, ob sie (die Menschen des Ostens) viel oder wenig vom Westen sehen, was immer sie sehen muß so strahlend sein, daß es den täglichen Propagandawirbel der Entstellung klar widerlegt." Auf eine Zeit eingehend, in der sich Möglichkeiten für eine Aussöhnung zwischen Ost und West abzeichnen, erklärte der Präsident weiter: "Dann gilt es, Wunden zu heilen und das Mißtrauen auf beiden Seiten abzubauen. Es gilt dann die Unterschiede im Niveau des Lebensstandards auszugleichen - das heißt, es nach oben und nicht nach unten anzugleichen. Es gilt, faire und wirksame Abkommen zur Beendigung des Wettrüstens zu treffen. Diese Veränderungen werden nicht heute oder morgen eintreten, aber wir müssen unsere Bemühungen mit unverminderter Kraft fortsetzen."

Daneben gilt es, mit großer Wachsamkeit die westliche Einigkeit zu wahren, die allein unser System in großem Rahmen funktionsfähig machte. Diese Einigkeit wurde in Krisenzeiten glänzend unter Beweis gestellt. Ich brauche nur abermals an die Reaktion des Westens auf die Berliner Blockade zu erinnern und als ein Beispiel aus jüngster Zeit die Solidarität des Westens während der Kuba-Krise im vergangenen Jahr anzuführen. In der Tat wurden zahlreiche Einrichtungen, die unsere Einigkeit hier dokumentieren, in Krisenzeiten geboren. Ich brauche in diesem Zusammenhang nur die NATO zu erwähnen. Dennoch sollten und können wir, wie ich glaube, in Zeiten der relativen Ruhe genauso einig sein wie in Krisenzeiten. Wenn wir unser System für die östliche Welt anziehend machen wollen, müssen wir unsere Ideen und Hilfsquellen zusammenfassen. Einigkeit ist dabei die wesentliche Voraussetzung.

Lassen

Lassen Sie mich das, was ich eben generell gesagt habe, speziell auf Berlin anwenden.

Die amerikanische Verpflichtung gegenüber Berlin wurde erst kürzlich durch Präsident Kennedy anlässlich seines Berlin-Besuches im Juni dieses Jahres erneut bestätigt. Ich brauche wohl nicht zu wiederholen, was er in so beredter Weise bei dieser Gelegenheit zum Ausdruck brachte. Niemand sollte die diesbezügliche feste Entschlossenheit der Amerikaner und ihrer Alliierten anzweifeln.

Wir verstehen und würdigen den Wunsch der Berliner Behörden und der Bevölkerung der Stadt nach normaleren Beziehungen zu ihren Landsleuten in der Bundesrepublik. Ich glaube, die Geschichte wird meine Worte bestätigen, wenn ich behaupte, daß es zahlreiche Beweise unseres Mitempfindens bezüglich dieses natürlichen Wunsches gibt. Seit Jahren bestehen Regelungen, um einem Großteil der Gesetze und Abkommen der Bundesrepublik auf Berlin auszudehnen. Die Vertreter von 2 1/2 Millionen freien Berlinern spielen eine aktive und einflußreiche Rolle im Parlament der Bundesrepublik.

Gleichzeitig haben wir jedoch auf der Aufrechterhaltung des besonderen Status von Berlin bestanden. Wenn wir Berlin verteidigen und weiterhin die Freiheit und Prosperität seiner Bürger gewährleisten sollen, dann ist es ganz klar, daß wir eine starke Basis brauchen, von der aus wir operieren können. Verstehen Sie mich bitte nicht falsch - ich verwende das Wort Basis nicht im militärischen Sinn. Wir halten es für wichtig, unsere rechtlich starke Position in der Stadt beizubehalten, und zwar sowohl im Interesse Berlins als auch in unserem eigenen. Für mich gilt es als erwiesen, daß ein eventueller Mangel an Klarheit hinsichtlich der alliierten Position letzten Endes unser Verantwortungsbewußtsein gegenüber dieser Stadt schwächen und unsere Fähigkeit, eben dieser Verantwortung gerecht zu werden, in Frage stellen könnte. Offensichtlich ist die sowjetische Führung in den letzten Jahren gegenüber der Weltmeinung empfindlicher und rücksichtsvoller geworden. Für Berlin und die Alliierten ist es von lebenswichtiger Bedeutung, daß die Welt ein wohlwollendes Verständnis für die Probleme hat, um die es in der Berlin-Frage geht. Die Überzeugungskraft unserer Argumentation vor dem Forum der Weltmeinung

Weltmeinung hängt aber weitgehend von der Integrität unserer Position ab.

Wir legen es den deutschen Stellen nahe, die von mir hier angeführten Erwägungen bei ihren Überlegungen ernsthaft zu prüfen. Diese Erwägungen sind natürlich nur für die Übergangsperiode von Belang - so lange, bis die gerechte und friedliche Wiedervereinigung Deutschlands, die wir genau so glühend herbeisehnen wie die Deutschen, erreicht werden kann.

Daneben gibt es noch andere Dinge, die wir in diesem Interimszeitraum tun sollten und müssen:

Wir müssen uns ernsthaft darum bemühen, jenen Menschen die Hoffnung zu erhalten, deren Verbindung zu ihren deutschen Landsleuten durch die unmenschliche, mitten durch das Herz Berlins führende Mauer abgeschnitten wurde.

In Einklang mit unseren allgemeinen politischen Zielen müssen wir neue Anstrengungen zur Milderung der menschlichen und physischen Härten unternehmen, die den Ostdeutschen durch die Errichtung der Mauer zugefügt worden sind.

Diese beiden Ziele lassen sich im Rahmen eines friedlichen Wettbewerbs erreichen. Wir haben viele mutige und zuversichtliche Äußerungen von kommunistischen Führern über die Überlegenheit des Kommunismus gehört. Sie waren ausnahmslos begleitet von düsteren Beschreibungen der Unzulänglichkeiten unseres Systems im Westen. Berlin stellt für sie eine Herausforderung dar, ihre zuversichtlichen Worte durch Taten zu bekräftigen. Es fordert sie heraus, sich vor aller Öffentlichkeit dem Wettbewerb der Ideen zu stellen. Wir haben gehört, was sie zur Verteidigung der Mauer vorbringen. Sie geben vor, ihre "Errungenschaften" gegen Übergriffe des Westens verteidigen zu müssen. Wir alle wissen, daß dies nicht der Wahrheit entspricht - daß sie in Wirklichkeit die magnetische Anziehungskraft der Freiheit fürchten, wie sie in West-Berlin zu finden ist.

Wir haben ein Recht, ihnen entgegenzuhalten: "Wenn ihr so vom Wert eurer Ideen überzeugt seid, dann laßt doch die Bevölkerung frei



frei zwischen beiden Systemen wählen! Gestattet den freien Berlinern, Ost-Berlin zu betreten, und erlaubt den Ostdeutschen, nach dem Westen zu kommen!" Wir haben auch das Recht, zu fragen: "Warum muß die Bevölkerung der Sowjetzone noch immer Furcht davor haben, eine andere Meinung zu äußern? Warum wird die Bevölkerung der Sowjetzone durch ihre Behörden von jedem Kontakt mit ihren Brüdern im Westen abgeschnitten? Warum ist ein Gebiet, das für seine Produktivität und seinen Fleiß bekannt war, nicht in der Lage, seine Bevölkerung mit dem Notwendigsten zu versorgen? Warum ist die Produktivität der deutschen Arbeiter oder Bauern im Osten (die sich vom Wesen her in nichts von ihren Kollegen in Westdeutschland unterscheiden) soviel niedriger als im Westen?"

Wir appellieren an die Sowjetführung, die letztlich die Verantwortung für Ostdeutschland trägt, eine Verbesserung der Lebensbedingungen der dortigen Bevölkerung zu gestatten. Die Kommunisten sollen ihr Sperrfeuer lügenhafter Propaganda einstellen und der Bevölkerung erlauben, die Verhältnisse im Westen selbst in Augenschein zu nehmen und sich ihre eigene Meinung zu bilden.

Und weiter: Was soll die endlose Kette kleiner Schikanen, die sowohl den Zugang nach Berlin als auch das Leben in der Stadt selbst berühren? Wenn die kommunistischen Führer so von ihrem Endsieg in Frieden überzeugt sind, warum setzen sie dann ihre Bemühungen fort, Berlin zu isolieren und zu schwächen? Ist dies ein Zeichen von Zuversicht, oder fürchten sie in Wirklichkeit, im freien Wettbewerb der Ideen nicht bestehen zu können?

Wenn wir diesen Fragen auf den Grund gehen, so sollten wir dies nicht in provokativer oder aggressiver Weise tun, denn damit würden wir nur unserer eigenen Sache schaden. Was ich vielmehr vorschlage, ist eine gemeinsame Anstrengung des Westens, um seine Anziehungskraft auf den Osten immer mehr zu verstärken. Wir sollten klar zum Ausdruck bringen, daß wir keinem wie auch immer gearteten System feindselig gegenüberstehen, das den Menschen die Freiheit läßt, ihr Schicksal selbst zu bestimmen. Ich bin überzeugt, daß die Anziehungskraft unseres westlichen Systems so groß ist, daß der Sieg letzten

letzten Endes unser sein wird, wenn sich die Menschen zur frei entscheiden dürfen.

Wie schon Präsident Kennedy in Berlin sagte: "Es gibt keinen einfachen Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands und Wiederherstellung Europas. Aber das Leben ist niemals einfach. Es gibt Arbeit, die getan werden muß, Verpflichtungen, die erfüllt werden müssen - Verpflichtungen gegenüber der Wahrheit, der Gerechtigkeit und der Freiheit."

In diesem Sinne trete ich dafür ein, daß wir alle unsere Anstrengungen, unsere Fähigkeiten und unsere Hilfsquellen vereinen, damit Berlin und Deutschland schließlich in Frieden und Freiheit wiedervereinigt werden.

\* \* \* \* \*

Allg./18.10.1963

## TESTSTOPPVERTRAG IN KRAFT GETRETEN

WASHINGTON - (AD) - Der Vertrag über das Verbot von Kernwaffenversuchen und anderen nuklearen Explosionen in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser ist am 10. Oktober 1963 mit der feierlichen Hinterlegung der Ratifikationsurkunden in Washington, London und Moskau in Kraft getreten. Der Kreis der Vertragspartner, der ursprünglich nur die Vereinigten Staaten, Großbritannien und die Sowjetunion umfaßte, hat sich nach der Unterschriftsleistung der Außenminister dieser drei Staaten am 5. August 1963 in Moskau durch die Beitrittserklärungen anderer Regierungen inzwischen um mehr als hundert Staaten erweitert. In Washington wurden bis zum Tag des Inkrafttretens Beitrittserklärungen von 102 Regierungen abgegeben. Der Vertrag wurde allgemein als ein erster Schritt zum Abbau der internationalen Spannungen begrüßt. Präsident John F. Kennedy versicherte anlässlich des Inkrafttretens des Teststoppvertrages, daß die Vereinigten Staaten "dem Buchstaben und dem Inhalt nach" zu dem Vertrag stehen werden. Der Teststoppvertrag hat folgenden Wortlaut:

### VERTRAG

über ein Verbot von Kernwaffenversuchen in der Atmosphäre,  
im Weltraum und unter Wasser

Die Regierungen der Vereinigten Staaten von Amerika, des Vereinigten Königreiches von Großbritannien und Nordirland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, nachstehend als "die ursprünglichen Vertragspartner" bezeichnet, die

es als ihr Hauptziel verkünden, schnellstmöglich ein Abkommen über eine allgemeine und vollständige Abrüstung unter strikter internationaler Kontrolle im Einklang mit den Zielsetzungen der Vereinten Nationen zu erreichen, das dem Wettrüsten ein Ende machen und den Anreiz zur Produktion und zur Erprobung aller Arten von Waffen, einschließlich Kernwaffen, beseitigen würde,

die

## "AMERIKA DIENST"

die Einstellung aller Versuchsexplosionen nuklearer Waffen für alle Zeiten zu erreichen suchen, entschlossen, die diesbezüglichen Verhandlungen fortzusetzen, und von dem Wunsche beseelt, der Vergiftung der Umwelt des Menschen durch radioaktive Substanzen ein Ende zu setzen,

haben folgendes vereinbart:

### Artikel I

1. Jeder Partner dieses Vertrages verpflichtet sich, jegliche Versuchsexplosion mit Kernwaffen oder jegliche andere nukleare Explosion zu verbieten, zu verhindern und solche an keinem seiner Jurisdiktion oder Kontrolle unterstehenden Platz durchzuführen:

- a) in der Atmosphäre; jenseits ihrer Grenzen, einschließlich des Weltraums; oder unter Wasser, einschließlich der territorialen Gewässer oder auf hoher See; oder
- b) in irgendwelchen anderen Bereichen, falls eine solche Explosion bewirkt, daß radioaktive Rückstände außerhalb der territorialen Grenzen des Staates auftreten, unter dessen Jurisdiktion oder Kontrolle eine derartige Explosion durchgeführt wird. In diesem Zusammenhang herrscht Einvernehmen, daß die Bestimmungen dieses Unterabschnitts den Abschluß eines Vertrages nicht präjudizieren, der zu einem ständigen Verbot aller nuklearen Versuchsexplosionen, einschließlich aller derartigen unterirdischen Explosionen, führt und dessen Abschluß die Partner, wie sie in der Präambel dieses Vertrages erklärten, zu erreichen suchen.

2. Jeder Partner dieses Vertrages verpflichtet sich außerdem, davon Abstand zu nehmen, die Durchführung irgendeiner Kernwaffenversuchsexplosion oder einer anderen Kernexplosion an irgendeinem Ort innerhalb der bezeichneten Bereiche oder von der in Paragraph 1 dieses Artikels beschriebenen Wirkung zu veranlassen, zu unterstützen oder sich in irgendeiner Weise an ihr zu beteiligen.

### Artikel II

1. Jeder Partner kann Zusätze zu diesem Vertrag vorschlagen. Der Wortlaut jedes vorgeschlagenen Zusatzes soll den Depositarregierungen unterbreitet werden, die ihn an alle Partner dieses Vertrages weitergeben werden. Danach sollen die Depositarregierungen, sofern dies von einem Drittel oder mehr der Partner gewünscht wird, eine Konferenz zur Erörterung eines solchen Zusatzes einberufen, zu der alle Partner einzuladen sind.

2. Jeder Zusatz zu diesem Vertrag muß von einer Stimmenmehrheit aller Partner dieses Vertrages, einschließlich der Stimmen aller ursprünglichen Vertragspartner, gebilligt werden. Der Zusatz soll

## "AMERIKA DIENST"

soll für alle Partner mit der Hinterlegung der Ratifikationsurkunden durch eine Mehrheit aller Partner, einschließlich der Ratifikationsurkunden aller ursprünglichen Vertragspartner, in Kraft treten.

### Artikel III

1. Dieser Vertrag soll allen Staaten zur Unterzeichnung offenstehen. Jeder Staat, der diesen Vertrag nicht vor seinem Inkrafttreten gemäß Paragraph 3 dieses Artikels unterzeichnet, kann ihm zu jedem anderen Zeitpunkt beitreten.

2. Dieser Vertrag bedarf der Ratifizierung durch die Signatarstaaten. Die Ratifikationsurkunden und die Beitrittsurkunden sollen bei den Regierungen der ursprünglichen Vertragspartner - den Vereinigten Staaten von Amerika, dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken - hinterlegt werden, die hiermit als Depositarrregierungen bezeichnet werden.

3. Dieser Vertrag soll nach seiner Ratifikation durch alle ursprünglichen Vertragspartner und nach der Hinterlegung der Ratifikationsurkunden in Kraft treten.

4. Für Staaten, deren Ratifikations- oder Beitrittsurkunden nach dem Inkrafttreten dieses Vertrages hinterlegt werden, soll er mit dem Datum der Hinterlegung ihrer Ratifikations- oder Beitrittsurkunden in Kraft treten.

5. Die Depositarrregierungen sollen umgehend alle Signatarmächte sowie alle beitretenden Staaten über den Zeitpunkt jeder Unterzeichnung, den Zeitpunkt der Hinterlegung jeder einzelnen Ratifikations- und Beitrittsurkunde zu diesem Vertrag, über das Datum ihres Inkrafttretens und das Datum des Eingangs jeglicher Ersuchen um eine Konferenz oder anderer Mitteilungen unterrichten.

6. Dieser Vertrag soll von den Depositarrregierungen gemäß Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen registriert werden.

### Artikel IV

Dieser Vertrag soll von unbegrenzter Dauer sein.

Jeder Partner soll in Ausübung seiner nationalen Souveränität das Recht haben, von dem Vertrag zurückzutreten, sofern er entscheidet, daß außergewöhnliche Ereignisse, die im Zusammenhang mit dem Gegenstand dieses Vertrages stehen, die höchsten Interessen seines Landes gefährdet haben. Er soll alle übrigen Partner des Vertrages drei Monate im voraus von einem solchen Rücktritt benachrichtigen.

### Artikel V

"AMERIKA DIENST"

Artikel V

Dieser Vertrag, dessen englischer und russischer Text in gleicher Weise authentisch sind, soll in den Archiven der Depositarreregierungen hinterlegt werden. Ordnungsgemäß beglaubigte Kopien dieses Vertrages sollen von den Depositarreregierungen den Regierungen der Signatar- und der beitretenen Staaten übersandt werden.

Zum Zeugnis dessen haben die Unterzeichneten, ordnungsgemäß bevollmächtigt, diesen Vertrag signiert.

Gegeben in dreifacher Ausfertigung zu Moskau am fünften Tage des August Eintausendneunhundertunddreiundsechzig.

Für die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika

(gez.) Dean Rusk

Für die Regierung des Vereinigten Königreiches von Großbritannien und Nordirland

(gez.) Home

Für die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken

(gez.) A. Gromyko

\* \* \* \* \*

# A M E R I K A D I E N S T

## A N S P R A C H E

Sr. Exzellenz des Außenministers der Vereinigten Staaten

Dean Rusk

gehalten am 27. Oktober 1963 in der Paulskirche zu Frankfurt (Main)

anlässlich der

Einweihung der George C. Marshall-Gedenkstätte am Opernplatz

I. General Marshall

Es ist eine hohe Ehre für mich, Herr Bundeskanzler, Ihnen und dem deutschen Volk hier die Dankbarkeit aller Amerikaner für die Ehrung zu bekunden, die Sie heute General George Catlett Marshall zuteil werden lassen. Es freut mich insbesondere, daß auch Mrs. Marshall hier unter uns weilt. Von besonderer Bedeutung ist ferner, daß einige der prominentesten Mitglieder unseres Senats und Repräsentantenhauses hierhergekommen sind - Männer, die selbst engstens mit General Marshall zusammengearbeitet haben und durch ihre Anwesenheit die Tatsache bezeugen, daß jeder einzelne Amerikaner, der für die als Marshall-Plan bekannte große Partnerschaft zwischen Ihnen und uns gewirkt hat, mit ganzer Einsatzfreude und Hingabe am Werk war. Dieses große Unterfangen wäre ohne das Verständnis und die praktische Mitarbeit vieler unserer Bürger, die heute hier im Geiste mit uns sind, nicht möglich gewesen.

Für diejenigen unter uns, die an seiner Seite tätig waren, stellte General Marshall eine Persönlichkeit olympischer Größe dar. Er führte uns im größten aller Kriege und errang dennoch den Friedensnobelpreis. Er war ein warmherziger Mensch und gleichzeitig ein Mann, der hinsichtlich der Pflichten der Staatsbeamten eine sehr strenge Dienstauffassung vertrat, und er hatte tiefsten Respekt vor den verfassungsmäßigen Gepflogenheiten eines demokratischen Volkes. Einfach und unkompliziert in Geist und Denken, war er, was Klarheit und den Blick für das Wesentliche angeht, selbst noch so gebildeten Kollegen Vorbild. Ich höre ihn förmlich zu seinen Kollegen sagen: "Meine Herren, betrachten Sie unsere Probleme bitte nicht so, als handelte es sich um militärische Probleme - das könnte sie nämlich leicht zu militärischen Problemen machen."

General Marshall hatte zwei wesentliche Eigenschaften, die die Größe eines Staatsmannes ausmachen. Er besaß die Fähigkeit, große Konzeptionen zu formulieren - Ziele, die nach Lord Acton durch ihre Großartigkeit die Vorstellungskraft und durch ihre Einfachheit die



die Vernunft in Bann schlagen. Und er hatte den Willen, an diesen Konzeptionen festzuhalten, bis sie verwirklicht waren.

Nachdem General Marshall von der gescheiterten Moskauer Konferenz von 1947 zurückgekehrt war, begann in seinem Denken die Idee eines umfassenden Plans zur Einigung und zum Wiederaufbau Europas Gestalt anzunehmen. Noch vor Sommeranfang traf er seinen Entschluß. Am 5. Juni 1947 hielt er dann seine Rede vor der Harvard-Universität, in der er den europäischen Ländern für den Fall, daß sie einen gemeinsamen Plan zum wirtschaftlichen Wiederaufbau entwickelten, die Mitwirkung der Vereinigten Staaten an dessen Verwirklichung in Aussicht stellte.

Es fanden sich natürlich allenthalben Menschen, die ihm Rat und Hilfe anboten. Die Verantwortung aber konnte er mit niemandem teilen. Er allein konnte aus der Verpflichtung heraus, die ihm sein Amt auferlegte, dem Präsidenten in einer Zeit wirtschaftlicher Schwierigkeiten im eigenen Lande und angesichts der herannahenden Wahlen empfehlen, vor sein Volk zu treten und um die Bereitstellung von 16 Milliarden Dollar für ein Unternehmen zu ersuchen, das man bestenfalls als ein wohlüberlegtes und notwendiges Wagnis bezeichnen konnte.

Doch er hatte bereits eine klare Konzeption im Sinn, und er war überzeugt, daß sie richtig war. So zauderte er nicht lange.

Und damit sind wir bei dem zweiten Element seiner Größe: der Fähigkeit, eine einmal entwickelte Konzeption mit Beharrlichkeit und Mut der Verwirklichung entgegenzuführen.

Und jenem Mut auch - dem Mut, sich nicht von der Ungewißheit und den Schwierigkeiten einschüchtern zu lassen, denen er sich am Anfang dieses Unternehmens im Sommer 1947 gegenüber fand - verdanken wir die nützliche wirtschaftliche Partnerschaft zwischen Europa und den Vereinigten Staaten, deren Auswirkungen in unseren Tagen in steigendem Maße sichtbar werden.

II.

## II. Die wirtschaftliche Partnerschaft

Diese Partnerschaft ist weit über die Träume des Jahres 1947 hinaus gediehen, ohne sich je von den Grundsätzen gelöst zu haben, die General Marshall seinerzeit aufgestellt hat:

1. daß Europa in dieser Partnerschaft seine Rolle als kollektive Einheit spielen soll, und
2. daß die Vereinigten Staaten die Möglichkeiten zur Zusammenarbeit, die sich aus der Einheit Europas ergeben, voll ausschöpfen sollen.

Der erste dieser beiden Grundsätze fand seinen Niederschlag in der Schaffung dreier großer Institutionen - in der Gemeinschaft für Kohle und Stahl, in EURATOM und im Gemeinsamen Markt.

In diesen Einrichtungen wurde die Vision eines wahrhaft vereinten Europas erstmals Wirklichkeit: eines Europas, das als Einheit handeln konnte, und zwar nicht auf Grund der Hegemonie eines einzelnen Staates oder endloser Verhandlungen von vielen, sondern auf Grund der Übereinkunft der europäischen Staaten, gewisse Fragen als Angelegenheiten von gemeinsamem Interesse zu behandeln, die von gemeinsamen Organen im Namen einer einzigen Gemeinschaft angegangen werden sollten.

Und jedesmal, wenn Europa einen wirklichen Schritt vorwärts in Richtung auf eine größere wirtschaftliche Einheit tat, gingen die Vereinigten Staaten auf die Notwendigkeit und die Möglichkeit der engeren Partnerschaft ein, die dieser Schritt schuf.

Unser als Starthilfe für die Gemeinschaft für Kohle und Stahl gegebener Kredit, unsere Zusammenarbeit mit EURATOM auf dem Gebiet der Atomenergie und die Verabschiedung unseres Gesetzes über die Ausweitung des Handels sind sichtbare Beweise dafür, daß das amerikanische Ziel die Schaffung eines vereinten Europas war, das auf eigenen Füßen stehen konnte und in der Lage war, mit den Vereinigten Staaten als gleichberechtigter und sich seines Eigenwertes bewußter Partner zu verhandeln und seine historische Rolle in der Weltpolitik wieder zu übernehmen.

Auf

Auf wirtschaftlichem Gebiet gibt es für Europa und die Vereinigten Staaten noch viele Dinge zu tun. Sie füllen eine lange Liste: Handel, Entwicklung und das Zahlungsbilanzproblem - ein Problem, das aus den wirtschaftlichen Aufgaben und den Sicherheitsfunktionen der Vereinigten Staaten resultiert, die diese in der freien Welt übernommen haben, und das nach unserer Ansicht wirkungsvoll durch gemeinsame Maßnahmen in der OECD und anderen Gremien gelöst werden kann. Wenn ich auf meine Tätigkeit im öffentlichen Dienst zurückblicke, dann muß ich feststellen, daß die Hälfte der Zeit mit Sorgen über zuviel Gold und die andere Hälfte mit Sorgen über zu wenig Gold ausgefüllt war. Ich wünschte, wir könnten herausfinden, welcher Goldbestand wohl der richtige ist.

Die Fortschritte der letzten 15 Jahre geben uns guten Grund zu der Annahme, daß diese wirtschaftliche Agenda der Partnerschaft mit Erfolg abgewickelt werden kann, wenn wir an den Grundkonzeptionen festhalten, von denen General Marshall in der Harvard-Universität sprach.

Unsere wirtschaftliche Partnerschaft ist mit der tiefgehenden Verpflichtung verknüpft, die Handelsschranken zwischen uns abzubauen - es ist dies eine Linie, die von Bundeskanzler Erhard wohl verstanden und von ihm geschickt verfochten wird. Liberale Handelspraktiken sind lebenswichtig für das Wohlergehen unserer Völker und für die freie Welt als Ganzes. Sie sind nicht minder bedeutsam für die Erreichung unserer gemeinsamen Ziele auf dem Gebiet der Politik und der Sicherheit, denn wirtschaftliche Stärke ist hierfür Voraussetzung. In allen unseren Ländern gibt es jedoch auch Stimmen, die uns - vielfach politisch überzeugend, manchmal aber auch nur lautstark - zu Maßnahmen zu drängen suchen, die in die andere Richtung weisen - zurück zu höheren Zöllen, zu kleinen Märkten und zum wirtschaftlichen Isolationismus. Es wäre gefährlich, würden wir diesen Ratschlägen folgen. Denn die wirtschaftliche Zerplitterung der freien Welt könnte dahin führen, daß alles, was wir zusammen in den vergangenen 15 Jahren so erfolgreich aufgebaut haben, wieder niedergerissen wird.

III.

### III. Politische Partnerschaft

Im Juni sprach Präsident Kennedy in dieser berühmten Stadt von der Notwendigkeit einer engeren Partnerschaft zwischen den Vereinigten Staaten und einem zur Einheit strebenden Europa, nicht allein auf dem Gebiet der Wirtschaft, sondern auch in Fragen der Politik und der Verteidigung. Ich möchte zunächst auf die politische Zusammenarbeit eingehen. Diese Frage gewinnt im gegenwärtigen Stadium der Ost-West-Beziehungen ganz besondere Bedeutung.

An dieser Stelle möchte ich zwei Warnungen einflechten. Erstens: die Sowjetführer haben weder ihr Weltherrschaftsziel noch ihren Entschluß aufgegeben, dieses Ziel mit allen für sie ungefährlichen Mitteln zu verfolgen. Zweitens: die begrenzten Abkommen, die wir jüngst mit der Sowjetunion getroffen haben, stellen keine Détente dar. Der "heiße Draht", der für einen etwaigen Ernstfall zwischen Moskau und Washington eingerichtet wurde, das Verbot der Kernwaffenversuche in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser, die Resolution, den Weltraum von Massenvernichtungswaffen frei zu halten - das alles sind nützliche, wenn auch kleine Schritte auf dem Wege zum Frieden.

Ohne Fortschritt in Richtung auf die Bereinigung solcher kritischer politischer Streitfragen wie Berlin und die Teilung Deutschlands, Vietnam, Laos und Kuba kann es keine echte Entspannung geben, und solange die Einwilligung in eine Inspektion und Überprüfung aussteht, sind in der Frage der Abrüstung nur geringe Fortschritte zu erwarten. Somit haben wir in der freien Welt keinen Grund, in unserer Wachsamkeit nachzulassen.

Innerhalb der kommunistischen Welt aber sind interessante Entwicklungen im Gange. Hier sind der chinesisch-sowjetische Dialog und die Spannungen in den Beziehungen zwischen den beiden Staaten zu nennen. In den kommunistischen Staaten Osteuropas mehren sich die Zeichen eines wachsenden Nationalbewußtseins. Es herrscht offensichtlich eine nüchterne Einschätzung der Gefahren eines

### III. Politische Partnerschaft

Im Juni sprach Präsident Kennedy in dieser berühmten Stadt von der Notwendigkeit einer engeren Partnerschaft zwischen den Vereinigten Staaten und einem zur Einheit strebenden Europa, nicht allein auf dem Gebiet der Wirtschaft, sondern auch in Fragen der Politik und der Verteidigung. Ich möchte zunächst auf die politische Zusammenarbeit eingehen. Diese Frage gewinnt im gegenwärtigen Stadium der Ost-West-Beziehungen ganz besondere Bedeutung.

An dieser Stelle möchte ich zwei Warnungen einflechten. Erstens: die Sowjetführer haben weder ihr Weltherrschaftsziel noch ihren Entschluß aufgegeben, dieses Ziel mit allen für sie ungefährlichen Mitteln zu verfolgen. Zweitens: die begrenzten Abkommen, die wir jüngst mit der Sowjetunion getroffen haben, stellen keine Détente dar. Der "heiße Draht", der für einen etwaigen Ernstfall zwischen Moskau und Washington eingerichtet wurde, das Verbot der Kernwaffenversuche in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser, die Resolution, den Weltraum von Massenvernichtungswaffen frei zu halten - das alles sind nützliche, wenn auch kleine Schritte auf dem Wege zum Frieden.

Ohne Fortschritt in Richtung auf die Bereinigung solcher kritischer politischer Streitfragen wie Berlin und die Teilung Deutschlands, Vietnam, Laos und Kuba kann es keine echte Entspannung geben, und solange die Einwilligung in eine Inspektion und Überprüfung aussteht, sind in der Frage der Abrüstung nur geringe Fortschritte zu erwarten. Somit haben wir in der freien Welt keinen Grund, in unserer Wachsamkeit nachzulassen.

Innerhalb der kommunistischen Welt aber sind interessante Entwicklungen im Gange. Hier sind der chinesisch-sowjetische Dialog und die Spannungen in den Beziehungen zwischen den beiden Staaten zu nennen. In den kommunistischen Staaten Osteuropas mehren sich die Zeichen eines wachsenden Nationalbewußtseins. Es herrscht offensichtlich eine nüchterne Einschätzung der Gefahren eines

eines nuklearen Schlagabtauschs. Es bereitet Schwierigkeiten, die wirtschaftlichen Kraftreserven auf die widerstreitenden Anforderungen der Rüstung, der Industrialisierung, der Verbrauchsdeckung und der Förderung der Weltrevolution zu verteilen. Und es bestehen Anzeichen für ein steigendes Interesse an größerer persönlicher Freiheit.

Es sind eindeutig Wandlungsprozesse hinter dem Eisernen Vorhang im Gange. Es wäre falsch, baldige Veränderungen zu erwarten. Es wäre aber ebenso falsch, die Macht freiheitlicher Ideen zu unterschätzen - Ideen, deren Lebenskraft sich im Lauf der Geschichte mehrfach erwiesen hat und die tief in der menschlichen Natur verwurzelt sind.

Wie Präsident Kennedy vor der Freien Universität in Berlin erklärte, ist unser Hauptziel die Wiederherstellung Europas - nicht des künstlich geteilten Europas, wie es seit 1945 besteht, sondern eines Europas, in dem sich jedes Volk der Selbstbestimmung und Freiheit erfreut.

Solch ein Europa wird gegenwärtig durch die Politik der Sowjetunion unmöglich gemacht, und die Ereignisse der Zeit nach 1945 deuten darauf hin, daß sich dieses Hindernis nicht so ohne weiteres durch schöne Reden oder Überzeugungskraft überwinden läßt. Es kann nur mit Gewalt oder durch einen friedlichen Wandel beseitigt werden. Hier handelt es sich aber um Fragen, die durch Gewalt nicht entschieden werden können, würden durch sie doch eben jene Ziele vernichtet, die wir uns gesetzt haben. Die Ausweitung des Handels und verstärkte Kontakte mit den kommunistischen Staaten sind dem eher dienlich. Als Teil dieser Bemühungen, einen konstruktiven Wandel zu beschleunigen, sollten wir versuchen, zu Vereinbarungen über Maßnahmen zu gelangen, die auf die Beseitigung der Teilung Deutschlands gerichtet sind. Wir müssen den Blick beharrlich auf unser Ziel der Wiedervereinigung des deutschen Volkes in Freiheit richten. Dieses Ziel ist wichtig, nicht nur aus Gründen der Gerechtigkeit und der Menschlichkeit, sondern weil es keinen sicheren und dauerhaften Frieden geben kann, bis daß die aus der unfreiwilligen Spaltung des deutschen Volkes resultierenden Spannungen beseitigt sind.

Es

Es kann kein befriedigendes politisches Abkommen geben, das dieses Ziel außer acht läßt. Folglich dürfen wir bei Verhandlungen mit kommunistischen Staaten nichts tun, das den Anschein erwecken könnte, als setzten wir das Siegel der Zustimmung unter den status quo für das deutsche Volk. Daraus folgt außerdem, daß wir durch solche Verhandlungen die wachsende Stärke und Einheit des Westens nicht in Gefahr bringen dürfen.

Dies sind keine Fragen, die die Vereinigten Staaten oder irgendein anderes Land einseitig entscheiden können oder werden. Aus eben diesem Grunde kommt der Frage der politischen Konsultation ganz besondere Bedeutung zu. Von meinem Lande wird kein Abkommen, das unsere Verbündeten betrifft, ohne derartige Konsultierung geschlossen werden.

Im Nordatlantikrat und durch unsere normalen diplomatischen Verbindungen stehen uns wirksame Konsultationsmöglichkeiten zur Verfügung. Wir haben von diesen Möglichkeiten in den letzten zwei Jahren reichlich Gebrauch gemacht. Nun aber müssen wir in diesen lebenswichtigen Fragen eine noch engere Partnerschaft anstreben.

Alle unsere Länder sollten aus den Möglichkeiten, die die Diskussion im Nordatlantikrat in dieser Hinsicht bietet, größeren Nutzen ziehen. Die Vereinigten Staaten haben ihre Initiative zu solchen Konsultationen innerhalb des Rates erheblich verstärkt und hoffen, daß andere Mitglieder das gleiche tun werden.

Auch hoffe ich, daß die führenden politischen Planer der interessierten Länder unter der Ägide des Rates in den Ad-hoc-Arbeitsgruppen der NATO öfter zusammenkommen können. Auf diese Weise würden die Männer, die in ihren eigenen Hauptstädten die Entscheidungen in diesen Fragen zu treffen haben, zu einem besseren Verständnis der gegenseitigen Ansichten gelangen. Dafür haben wir ein nützliches Vorbild in der Beratergruppe für atlantische Planung, die die NATO-Planer aus den einzelnen Hauptstädten in regelmäßigen Abständen zusammenführt.

Wir alle sind uns durchaus darüber im klaren, daß es in den transatlantischen Beziehungen gewisse Probleme gibt. Mein eigener

eigener Eindruck geht dahin, daß sie nicht wirklich transatlantischer Natur sind, sondern aus dem Fehlen einer Antwort auf die Frage resultieren: Was ist Europa und wer spricht für es? Da aber die grundlegenden Verpflichtungen der Mitglieder der großen atlantischen Gemeinschaft die gleichen sind, hege ich keine Bedenken bezüglich der Lebensfähigkeit einer transatlantischen Partnerschaft zwischen den Vereinigten Staaten und einem starken, kraftvollen und geeinten Europa.

Die Antworten aber müssen die europäischen Staaten - wie schon 1947 - selbst geben.

#### IV. Verteidigungs-Partnerschaft

Ich wende mich nun dem zweiten Gebiet zu, auf dem, wie Präsident Kennedy ausführte, den Grundsätzen der europäischen Einheit und atlantischen Partnerschaft neue Bedeutung gegeben werden kann - dem Gebiet der Verteidigung.

Wir brauchen zum Schutz des atlantischen Raumes eine starke und mannigfaltig gegliederte westliche Streitmacht.

Diese Streitmacht muß sowohl nukleare wie nichtnukleare Komponenten einschließen.

Die Militärbehörden der NATO haben Sollstärken festgesetzt, deren Erreichung dazu beitragen würde, daß wir über eine ausgewogene Gesamtstreitmacht verfügen. Es ist wichtig, daß diese Ziele erreicht werden. Dann könnte auch niemand mehr auf die Idee verfallen, der Westen sei in der Verteidigung seiner lebenswichtigen Interessen lax oder gleichgültig.

Ich hoffe, daß das Bündnis als Ganzes die gesteckten Ziele erreichen wird. In einer echten Partnerschaft müssen die Lasten gerecht verteilt sein; alle Länder müssen ihren fairen Anteil an der Gesamtstärke der Allianz tragen,

Die Vereinigten Staaten leisten ihren vollen Beitrag zu dieser Partnerschaft und werden dies auch weiterhin tun. Wir können stolz auf die Tatsache sein, daß die Vereinigten Staaten im allgemeinen ihre Ziele erreicht oder übertroffen haben, und wir bedauern, daß



daß dies für gewisse andere Mitglieder des Bündnisses nicht zutrifft. Wir sind von der Idee durchdrungen, daß die Allianz als Ganzes ihre Verpflichtungen erfüllen sollte, und wir hoffen zutiefst, daß dies auch geschehen wird.

Da Sie in der Bundesrepublik und wir in den Vereinigten Staaten die schwerste NATO-Bürde tragen, kann ich zu Ihnen ganz offen sprechen. Sie und wir arbeiten in engster Partnerschaft in der NATO zusammen. Wir ziehen einander vertrauensvoll zu Rate. Wenn wir sagen, Ihre Verteidigung ist unsere Verteidigung, dann meinen wir das auch. Das haben wir in der Vergangenheit bewiesen, und wir werden dies auch in Zukunft unter Beweis stellen.

Wir haben sechs Divisionen in Deutschland stehen. Wir haben die Absicht, diese Divisionen hier zu belassen, solange sie gebraucht werden - und unter den gegenwärtigen Umständen werden sie ohne Zweifel auch weiterhin notwendig sein. Unsere Streitkräfte in Deutschland werden durch das größte logistische System der Welt versorgt, das sie mit Hilfe der modernsten und schlagkräftigsten Ausrüstung in höchster Einsatzbereitschaft hält. Und hinter ihnen stehen nukleare Streitkräfte von nahezu unvorstellbarer Schlagkraft.

Ich darf Sie auch daran erinnern, daß die zentrale NATO-Front nicht die einzige Grenze der Freiheit bildet, an der Streitkräfte der Vereinigten Staaten Wache halten. Wir haben über 2 700 000 Mann unter Waffen, von denen fast eine Million fern der Küsten der Vereinigten Staaten zu Lande und zu Wasser stationiert sind.

Als eine Nation mit über vierzig Verbündeten und weltweiten Verteidigungsverpflichtungen sind wir naturgemäß sehr stark an der Beweglichkeit unserer Streitkräfte interessiert.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch ein Wort zum Lufttransport einer US-Panzerdivision nach Deutschland sagen, die hier an Manövern teilnimmt. Diese Übung war ein Experiment und eine Demonstration - gestützt auf die Lufttransportkapazität, zu deren Schaffung wir uns 1961 im Zusammenhang mit der Berlin-Krise

Berlin-Krise verpflichtet haben. Hauptziel war hierbei, den schnellen Aufmarsch von Verstärkungen im Falle einer ernsten Krise zu ermöglichen. Es handelte sich also um die Erprobung einer neuen und wichtigen zusätzlichen Kapazität zur Stärkung der militärischen Partnerschaft zwischen den Vereinigten Staaten und Europa.

Ist dieser Lufttransport einer Panzerdivision gleichbedeutend mit dem Abzug amerikanischer Truppen aus Deutschland? Die Antwort heißt: "Nein" - das Gegenteil ist der Fall. Infolge dieses Lufttransportunternehmens befindet sich zur Zeit vorübergehend eine siebente Division in Europa. Darüber hinaus steht noch die Ausrüstung für eine weitere Division bereit. Auf diese Weise bildet die von den Vereinigten Staaten mit so hohem Kostenaufwand aufgebaute Lufttransportkapazität eine bedeutsame Quelle zusätzlicher Stärke für die Allianz.

Die Partnerschaft zwischen den nordatlantischen Verbündeten muß auch auf die atomare Verteidigung ausgedehnt werden.

Die Gelegenheit dazu ergibt sich, wie im Falle politischer Konsultationen, aus der Notwendigkeit, einem spezifischen Problem zu begegnen. Dieses Problem wird durch eine wachsende sowjetische Atommacht aufgeworfen, die in Hunderten gegen Westeuropa und die Vereinigten Staaten gerichteten sowjetischen Raketen ihren Ausdruck findet.

Die wirksamste Art und Weise, dieser Bedrohung zu begegnen, schien zwei aufeinanderfolgenden Regierungen der Vereinigten Staaten eine Kombination von amerikanischen Fernwaffen und Mittelstreckenraketen, die alliierten Streitkräften mit multilateralen Mannschaften unter multilateralen Kontrollen und Besitzrechten überstellt werden sollten.

Eine solche multilaterale Raketenflotte wäre von militärischer Wirksamkeit. Ihre zielsicheren und wohlgeschützten Raketen wären Teil des Gesamtbedarfs an westlicher Abschreckungsstärke.

Sie würde die atlantische Partnerschaft stärken, indem sie die Vereinigten Staaten und Europa durch ein unauflösbares atomares Band verknüpft. Die Raketen und Sprengköpfe stünden in gemeinsamem

gemeinsamem Besitz und unter gemeinsamer Kontrolle; sie könnten nicht einseitig abgezogen werden.

Sie würde ferner den europäischen Zusammenhalt stärken, indem sie den gegenwärtigen nichtnuklearen Mächten die Gelegenheit böte, sich an dem Besitz, dem Personal und der Kontrolle einer schlagkräftigen Atomstreitmacht auf derselben Grundlage wie andere Mitglieder dieser Streitmacht zu beteiligen.

Sie wäre somit ein wirksames Mittel, um den Prinzipien, von denen General Marshall sprach, im gegenwärtigen politischen Rahmen Europas Wirkung zu verleihen.

Mit zunehmender Ausweitung dieses Rahmens muß natürlich auch auf diesem Gebiet, ebenso wie im Bereich der politischen Konsultation, Raum für eine Weiterentwicklung vorhanden sein. Der Präsident sprach eindeutig von dieser Möglichkeit im Zusammenhang mit der Raketenflotte, als er hier im vergangenen Juni erklärte, daß Europa immer größere Verantwortung auf diesem Gebiet übernehmen könne und solle, je weiter es auf dem Weg zur Einheit voranschreite.

#### V. Die Reaktion Europas und die Rolle Deutschlands

Die atlantische Partnerschaft verdankte ihre Anfänge auf wirtschaftlichem Gebiet sowohl der von den Vereinigten Staaten zum Ausdruck gebrachten Bereitschaft, zu handeln, als auch der Reaktion in Europa selbst. Wie ja auch General Marshall in seiner Rede sagte: "Die Initiative muß von Europa ausgehen."

Vor 16 Jahren konnte Deutschland bei der Formulierung der europäischen Antwort nur eine begrenzte Rolle spielen. Aber in den darauffolgenden Jahren haben wir erlebt, wie die Bundesrepublik ein gesundes politisches System entwickelte, einen bemerkenswerten wirtschaftlichen Aufstieg nahm und einen hervorragenden Platz in der Europa-, Atlantik- und Weltpolitik errang. Sie haben eine geschichtlich bedeutsame Aussöhnung mit Frankreich erreicht. In diesen Bemühungen war es Kanzler Konrad Adenauer, der die Führung übernahm und eine unvergängliche Rolle in der deutschen - und europäischen -

europäischen - Geschichte spielte. Seine Leistung wurde durch Dr. Ludwig Erhards "Wirtschaftswunder" kraftvoll gestützt.

Auf Grund dieser großen Anstrengungen ist Deutschland in der Lage, eine höchst bedeutsame Rolle im Aufbau der europäischen Einheit und der Partnerschaft zwischen Europa und Nordamerika zu spielen. Die Möglichkeiten, die jetzt vor Ihnen liegen, sind mindestens ebenso faszinierend wie diejenigen, denen sich die europäischen Länder vor 16 Jahren gegenübersehen.

Die Notwendigkeit einer solchen Anstrengung wurde vor wenig mehr als einer Woche auch von Bundeskanzler Erhard unterstrichen, als er sein Regierungsprogramm umriß. Es ist ein deutsches Programm, das auf dem basiert, was nach Ansicht des Kanzlers den Interessen Deutschlands am besten dient. Aber es ist auch ein europäisches Programm, ein atlantisches Programm und ein Programm der "freien Welt".

Lassen Sie mich im Hinblick auf die konstruktive Rede des Regierenden Bürgermeisters Brandt vom Dienstag auch beiläufig bemerken, daß es für uns Amerikaner, die wir in den Hauptpunkten unserer Außenpolitik eine gemeinsame Linie beider Parteien anstreben, ermutigend ist, zu sehen, daß bei den führenden Männern Ihrer großen Parteien Einvernehmen in den Grundzügen Ihrer Außenpolitik herrscht.

Wir hoffen, daß wir im Verein mit Bundeskanzler Erhard und seinen fähigen Kollegen im Kabinett weitere Fortschritte in Richtung auf die europäische Einheit und atlantische Partnerschaft erzielen werden.

In diesem Bemühen wird die Standhaftigkeit unserer beiden Länder und anderer Staaten, die unsere Ziele teilen, voll und ganz auf die Probe gestellt werden. Denn wir werden auf unserem Weg auf Hindernisse stoßen.

Es wird in der weiteren Entwicklung der europäischen Integration und atlantischen Partnerschaft nicht an Schwierigkeiten fehlen. Bei einer Bewegung solchen historischen Ausmaßes bleiben sie nicht aus.

Wir

Wir müssen uns auf zeitweilig auftretende Verzögerungen und Enttäuschungen gefaßt machen. Aber wir bewegen uns mit dem Strom der Geschichte, und die Dinge können gar keinen anderen Verlauf nehmen.

Wenn die Freiheit siegen soll, müssen wir mit tiefster innerer Überzeugung und Entschlossenheit voranschreiten.

Ich bin heute hierhergekommen, um erneut die Bereitschaft meines Landes zu bekunden, unserer Partnerschaft eine neue Dimension zu geben.

Bei Ihnen und den anderen, die die Ziele der europäischen Einheit und atlantischen Partnerschaft teilen, liegt die Entscheidung darüber, ob diese Bemühungen fortgeführt werden.

Indem wir auf diesem Weg voranschreiten, ehren wir den Mann, dessentwegen wir hier versammelt sind, in der ihm gemäßen Weise - den Staatsmann, der als erster diesen Ideen Ausdruck und Inhalt verlieh: General George C. Marshall.

\* \* \* \* \*

HANDELSAUSWEITUNG UND WIRTSCHAFTSWACHSTUM

IN DER ATLANTISCHEN GEMEINSCHAFT

ANSPRACHE

Sr. Exzellenz, des Botschafters der Vereinigten Staaten,

GEORGE C. MCGHEE

gehalten vor der Handelskammer Koblenz am 5. November 1963

HANDELSAUSWEITUNG UND WIRTSCHAFTSWACHSTUM  
IN DER ATLANTISCHEN GEMEINSCHAFT

Die Ereignisse unserer eigenen Zeit in historischer Perspektive zu betrachten, ist ein sehr schwieriges Unterfangen - ein Unterfangen aber, dem wir uns unterziehen müssen, wollen wir sinnvoll fuer die Zukunft planen. Es gibt eine Reihe guter Gründe, gerade diesen Zeitpunkt gegen Jahresende dazu auszuersuchen, uns Rechenschaft über uns selbst und die Richtung abzulegen, die die Dinge nehmen.

In Deutschland kennzeichnet das Jahr 1963 das Ende der Ära Adenauer - einer Ära, in der eine Nation aus dem Chaos der Niederlage in eine führende Position innerhalb der Völkerfamilie emporgestiegen ist. Unter Bundeskanzler Erhard fängt nunmehr ein neuer Abschnitt der deutschen Geschichte an.

In Europa brachte 1963 einen vorübergehenden Stillstand auf dem Wege zu einer wirtschaftlichen Integration innerhalb einer erweiterten Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, eine Entwicklung, die zwangsläufig auch den Prozess der politischen Integration verlangsamt.

In der Welt als Ganzes kam es zu weithin wirksamen Veränderungen in den politischen Verhältnissen. Der Übergang von kolonialer Abhängigkeit zu nationaler Unabhängigkeit ist in Asien und Afrika weit fortgeschritten; die Spaltung zwischen der Sowjetunion und dem kommunistischen China hat sich vertieft und ist vielleicht sogar nicht wieder rückgängig zu machen; und ein erster kleiner Schritt wurde unternommen, die Kernwaffen unter Kontrolle zu bringen.

Einige

Einige der Tendenzen und Sachverhalte, die ich hier kurz angeführt habe, leiten sich aus früheren Entscheidungen her, andere werden in Zukunft Entscheidungen von uns verlangen. Ein Gebiet, auf dem uns sicherlich Entscheidungen bevorstehen, ist das des internationalen Handels. Die Möglichkeiten einer weiteren Expansion des Welthandels sind deshalb heute abend mein Thema. Diese Möglichkeiten sind naturgemäß für uns von grosser Bedeutung, nehmen doch unsere beiden Länder in der Rangfolge der Handelsnationen der Erde die beiden ersten Plätze ein. Dabei geht es aber um weit mehr als nur um Handelsinteressen. Wie wir und unsere Partner diese Möglichkeiten nutzen, wird tiefgreifende Auswirkungen nicht nur auf die Prosperität, sondern auch auf die Stärke und den Zusammenhalt der freien Welt haben.

#### Rückblick auf die letzten zehn Jahre

In den letzten zehn Jahren hat sich vieles ereignet, das uns mit Befriedigung erfüllt. Der Warenaustausch unter den Ländern der freien Welt, auf die übrigens über neun Zehntel des gesamten Welthandels entfallen, nahm wertmässig von etwa 75 Milliarden Dollar im Jahre 1953 auf über 130 Milliarden Dollar im Jahre 1963 zu. Im gleichen Zeitraum erhöhte sich der Außenhandel der heute der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft angehörenden sechs Länder um das Zweieinhalbfache, nämlich von rund 15 Milliarden Dollar auf 37 Milliarden Dollar. Und um von der Bundesrepublik zu sprechen, so stieg ihr Außenhandel um mehr als das Dreifache von rund 4 Milliarden auf etwa 13 Milliarden an.

Sie werden mir wohl sicherlich beipflichten, daß dieser eindrucksvollen Ausweitung des Außenhandels, mindestens was Deutschland betrifft, eine ähnlich starke Belebung auch der übrigen Wirtschaftstätigkeit auf dem Fuße folgte. Die nach außen orientierte liberale Handels- und Zahlungspolitik, die Deutschland und andere Länder der freien Welt betreiben, hat uns allen Vorteile gebracht.

Es haben selbstverständlich viele Faktoren zu der bemerkenswerten Entwicklung des Welthandels beigetragen, an der die Bundesrepublik so hervorragenden Anteil gehabt hat. In der Bundesrepublik gebührt das Verdienst der Tüchtigkeit und dem Fleiß des deutschen Arbeiters



Arbeiters, der Tatkraft und Initiative der deutschen Wirtschaftskapitäne und dem Geschick in der Wahl der Mittel der Wirtschaftspolitik seitens des Staates. Natürlich gab es da auch noch ein einflußreiches Moment. In einer Zeit der Erholung, die auf die Zerstörungen des Krieges und die Unterbrechung der Welthandelsverbindungen folgte, war eine Ausweitung der Produktion und des Handels zu erwarten.

Es waren darüber hinaus aber noch drei weitere wichtige Faktoren mitgestaltend am Werk.

Es herrscht hier, wie ich nicht bezweifle, allgemeine Übereinstimmung bezüglich der Wichtigkeit des ersten dieser Faktoren. Ich meine den Schutzschild, den die NATO gegenüber der Bedrohung aus dem Osten darstellt. Die militärische Stärke, die vor einer Aggression abzuschrecken vermag, war und ist unerlässliche Voraussetzung für das wirtschaftliche und politische Wohl Europas. Der Beitrag unserer beiden Länder zur NATO ist hinreichend bekannt.

Ein zweiter Faktor waren die finanziellen Mittel, die über das Auslandhilfeprogramm der Vereinigten Staaten in die Weltwirtschaft gepumpt worden sind. In der Zeit vor Anlaufen des Marshall-Plans und während seiner Laufzeit erhielten die Länder Europas 29 Milliarden Dollar an amerikanischer Wirtschaftshilfe - zum Teil in Form von nicht-rückzahlbaren Beihilfen, zum Teil in Form von Krediten -, um ihre Zahlungsbilanzdefizite während der ersten Nachkriegsjahre ausgleichen zu können. Bei fortschreitender wirtschaftlicher Erholung profitierte Europa darüberhinaus noch von den weiteren 32 Milliarden Dollar an amerikanischer Hilfe, die außereuropäischen Ländern gewährt und von diesen zu einem guten Teil zum Kauf europäischer Waren verwendet wurden.

Der dritte wichtige Faktor, auf den ich hier näher eingehen möchte, ist die Liberalisierung des Zahlungsverkehrs und des Handels. Der Fortschritt in Richtung auf einen freieren Zahlungs- und Handelsverkehr setzte schon kurz nach dem Kriege ein und erhielt in Europa

Europa einen besonderen Auftrieb unter dem Marshall-Plan, sah man doch die Beseitigung der Zahlungs- und Handelsbeschränkungen als eine notwendige Ergänzung der Hilfe an. Ich halte es für sehr instruktiv, hierbei einen Augenblick zu verweilen und einen Überblick über das zu geben, was wir durch gemeinsame Anstrengungen zwischen uns erreicht haben. Richten wir unser Augenmerk zunächst auf den Fortschritt, den wir auf dem Gebiet des Zahlungsverkehrs erzielt haben.

#### Auf dem Weg zur Konvertibilität der Währungen

Am Ende des zweiten Weltkrieges litten die meisten europaischen Währungen unter den Fesseln sehr strenger Devisenkontrollen. Eine Zahlung, gleich welcher Art, an einen Gläubiger in einem anderen Land zu leisten, erforderte eine Genehmigung, und die Erteilung einer solchen Genehmigung wurde häufig wegen Devisenmangel abgelehnt. Der Wert der europäischen Währungen war so unsicher und der Bedarf an Waren aller Art so groß, daß die Länder zögerten, einander nennenswerte Kredite einzuräumen. Zahlungen wollten sie außer in Form von Waren des dringlichsten Bedarfs, die ohnehin knapp waren, nur in Gold oder Dollar annehmen - und das zu einer Zeit, da sowohl die Gold- als auch die Dollar-Reserven in fast allen europäischen Ländern sehr gering waren.

Die Folge war, daß die meisten europäischen Länder bilaterale Abkommen mit jedem einzelnen ihrer Handelspartner abschloßen in dem Versuch, die Zahlungen untereinander auszugleichen. In den meisten Fällen waren die Kreditmöglichkeiten im Rahmen dieser bilateralen Abkommen ohnehin sehr beschraenkt, und war der Kredit ausgeschöpft, hatte die Tilgung entweder in Gold oder konvertierbarer Währung zu erfolgen. Dieses System des bilateralen Zahlungsausgleichs war dazu angetan, den Handel abzuschneiden und zu zerrütten.

Im Jahre 1947 wurde offenkundig, daß sich Produktion und Handel in Europa ohne die Schaffung eines flexibleren Zahlungssystems nicht weiter ausbauen ließen. Um diesem Bedürfnis Rechnung zu tragen, schlossen die Mitgliedstaaten der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa (OEEC) im Zuge des Anlaufens des Marshall-

Marshall-Plans 1948 das Intereuropäische Zahlungsabkommen. Dieses Abkommen gestattete den Mitgliedstaaten zum ersten Male, laufende Verbindlichkeiten und Forderungen auf multilateraler Basis zu verrechnen. Deutschland konnte zum Beispiel Importe aus Italien mit Forderungen gegenüber Frankreich begleichen, Ein bilateraler Ausgleich der Zahlungsverpflichtungen war nicht mehr länger erforderlich.

Dieses System der multilateralen Verrechnung wurde in der Folge durch die 1950 erfolgte Gründung der Europäischen Zahlungsunion - der sogenannten EZU - weiter verbessert, die in Ergänzung der Verrechnungsmöglichkeiten erhebliche Kreditmöglichkeiten auf Gegenseitigkeit bot. Unter dem stimulierenden Einfluß der EZU nahmen Handel und Produktion in Europa rasch zu, wurden in vielen Ländern wieder stabile finanzielle Verhältnisse hergestellt und begann Europas Dollar-Defizit abzunehmen. Die Mehrzahl der Beschränkungen im innereuropäischen Zahlungsverkehr wurde aufgehoben.

Gestützt auf die zusätzliche Stärke, zu der ihnen die EZU verholfen hatte, machten die europäischen Währungen weitere Fortschritte in Richtung auf die Liberalisierung des Geldverkehrs, und Ende 1958 war das unmittelbare Ziel, die Konvertierbarkeit der Währungen im laufenden Zahlungsverkehr, erreicht. Das bedeutete, dass alle Kontrollen oder Beschränkungen des laufenden Zahlungsverkehrs aufhörten. In einigen europäischen Ländern, vor allem in der Bundesrepublik, wurde diese Liberalisierung auch auf den Kapitalverkehr ausgedehnt. Leider halten mehrere Länder, die über große Devisenreserven verfügen, eine Aufhebung ihrer Restriktionen des Kapitalverkehrs noch immer nicht für angebracht. Von dieser relativ unbedeutenden Ausnahme abgesehen, war jedoch Ende 1958 das Ziel eines freien Zahlungsverkehrs im wesentlichen erreicht. Die praktische Bedeutung der annähernden Verwirklichung der Konvertibilität läßt sich kaum überschätzen. Heute kann beispielsweise jedes Land der Erde, das österreichische Schillinge vereinnahmt hat, mit diesen Schillingen seine Importe aus jedem beliebigen Erzeugerland der Welt finanzieren. In den veröffentlichten Gold- und Devisenausweisen führen die Länder der freien Welt auch ihre Bestände an Währungen wie Holländische Gulden und Deutsche Mark auf.

auf. Ein Geschäftsmann in Europa, Asien oder Afrika, der Waren für Deutsche Mark oder italienische Lire einkauft, bezahlt in Devisen, mit denen er praktisch ebensoviel anfangen kann wie mit Dollar oder Gold. Durch die von den europäischen Ländern erreichte freie Konvertierbarkeit ist die Welt gesünder und sind ihre Zukunftsaussichten sehr viel günstiger geworden.

Gewiss hat die Umstellung auf die durch die Konvertibilität geschaffenen Verhältnisse nach 1958 Schwierigkeiten mit sich gebracht. Das ständige Defizit in der Zahlungsbilanz der Vereinigten Staaten erfüllt uns alle mit Besorgnis. Wie Sie wissen, gehen wir dieses Problem von verschiedenen Seiten her an, und wir lassen uns dabei von dem festen Entschluß leiten, dieses Problem nicht nur zu lösen, sondern es so zu lösen, daß keiner unserer Handelspartner dadurch irgendwie geschädigt wird. Wir sind entschlossen, dieses Defizit zu beseitigen, und wir sind bestrebt, dies womöglich auf dem Wege der Ausweitung und nicht der Einengung des privaten Handels und Zahlungsverkehrs zu erreichen.

Wir alle dürfen stolz sein auf den bisher unerreichten Grad enger Zusammenarbeit, den unsere Finanz- und Währungsbehörden bei der Umstellung auf eine Welt der Konvertibilität erreicht haben. Gemeinsam haben sie neue und stärkere Schutzwälle gegen spekulative Geldbewegungen und andere Störungen des Währungsgefüges aufgerichtet. Ich schätze mich glücklich, sagen zu dürfen, daß die zuständigen Stellen der Bundesrepublik dabei Hervorragendes geleistet haben.

Vor zwei Monaten gaben die zehn wichtigsten Industrieländer der Welt auf der Jahrestagung des Internationalen Währungsfonds in Washington bekannt, daß sie das gegenwärtige Währungssystem gemeinsam überprüfen wollen, um festzustellen, ob es der Verbesserung bedarf und die steigende Nachfrage der expandierenden Weltwirtschaft nach liquiden Mitteln zu decken vermag. Diese Überprüfung soll sicherstellen, daß zu jedem Zeitpunkt liquide Mittel in ausreichender Menge verfügbar sind und daß unsere internationalen

internationalen Währungsorgane. auch in Zukunft imstande sind, die Handelswege zwischen den freien Völkern von Hindernissen frei zu halten.

### Handelsliberalisierung und wirtschaftliche Integration

Das andere Hauptelement des in der Nachkriegszeit in der freien Welt zu beobachtenden Drangs nach wirtschaftlicher Freiheit war der Wunsch, den Handel zu liberalisieren. Die Liberalisierung des Handels war dabei schwieriger und ist nicht so weit gediehen wie die Beseitigung der Währungsrestriktionen. Dennoch sind die weitblickenden politischen Führer Europas auf dem Weg über den Abbau von Handelsrestriktionen bis zur wirtschaftlichen Integration und über diese hinaus auch zur politischen Integration ein großes Stück vorangekommen.

Der Prozeß der Liberalisierung des Handels setzte auf multilateraler Basis nach dem Kriege mit der Unterzeichnung des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens - GATT - ein. In Europa erhielt er durch den Marshall-Plan einen besonderen Auftrieb. Die Zug um Zug erreichte Liberalisierung des Zahlungsverkehrs zwischen den OEEC - Mitgliedern war von einem schrittweisen Abbau der mengenmässigen Handelsbeschränkungen begleitet. Später liberalisierten dann die europäischen Länder ihren Außenhandel mit Partnern außerhalb ihres Wirtschaftsraumes. Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft trieb diesen Prozeß in der Folge mit der Senkung der gegenseitigen Zölle weiter voran und eine andere Gruppe europäischer Staaten - die EFTA - ist ebenfalls dabei, die Zölle im Handel zwischen ihren Mitgliedern abzubauen. Die Vielfalt an Institutionen und Abkürzungen - GATT, OEEC (inzwischen in OECD umgewandelt), EWG und EFTA - lässt sowohl die Stärke des Dranges nach mehr Freiheit im Handel deutlich werden als auch die Schwierigkeiten ihrer Verwirklichung.

Im Rahmen des GATT drückt sich der Fortschritt in den Verhandlungen über die Anwendung der von den Beteiligten anerkannten Grundsätze für einen fairen Handel aus, die unter anderen die Zuzfluchtnahme zu mengenmässigen Einfuhrbeschränkungen begrenzen.

begrenzen. Innerhalb der OEEC hatte man nicht nur die quantitativen Handelsrestriktionen beseitigt, sondern auch im Zuge der weiteren Entwicklung die enge Konsultation und Zusammenarbeit zur allgemeinen Praxis erhoben. Die Wirtschaftspolitik der einzelnen Länder wurde zur Diskussion gestellt und in ihren Auswirkungen auf andere Staaten überprüft. Von diesen Ansätzen ausgehend, begannen die weitblickendsten unter den europäischen Staatsmännern in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit einen Weg zu erkennen, ihre Länder einander näherzubringen und schließlich zu einer Union zu vereinigen.

Dieser Weitblick war es, wie wir alle wissen, der 1952 zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl und später, im Jahre 1957, zur Schaffung der EWG und ihrer Schwesterorganisation EURATOM führte.

Die Geschichte der europäischen Integration seit dem Inkrafttreten der europäischen wirtschaftlichen Verträge ist noch in guter Erinnerung. Wir können mit Recht behaupten, dass die EWG in wirtschaftlicher Hinsicht ein Erfolg war und einen verstärkten Güteraus- tausch zwischen den Mitgliedstaaten in Gang brachte. Wie Sie sich erinnern, entschlossen sich die Vereinigten Staaten im Jahre 1957, die EWG zu fördern und ihren Aufbau nach Kräften zu unterstützen. Wir trafen diese Entscheidung, obwohl wir erkannt hatten, daß die EWG im Bereich des reinen Handels angesichts ihrer Binnenhandels- präferenz auf eine Diskriminierung gegenüber Gütern aus Nicht- mitgliedstaaten - einschließlich meines eigenen Landes - hinaus- laufen würde. Nach unserer Meinung rechtfertigte jedoch das größe- re Ziel der europäischen Integration diesen Preis. Natürlich wurden wir damals durch die zu erwartende liberale Orientierung der EWG in diesem Glauben bestärkt. Wir waren überzeugt, daß eine größere nach außen orientierte Gemeinschaft einen expandierenden Absatz- markt auch für Erzeugnisse aus Ländern außerhalb der EWG bilden werde.

Die Verlangsamung des europäischen Integrationsprozesses im Jahre 1963 wird von den meisten unter uns natürlich tief bedauert.

bedauert. Und wenn ich sage, daß unsere beiden Länder aufrichtig auf eine baldige Gelegenheit zu erneuten Gesprächen über die Frage des Beitritts Großbritanniens zum Gemeinsamen Markt hoffen, dann glaube ich, damit die Einstellung hier in Deutschland korrekt wiedergegeben zu haben. Ganz gleich, ob es dazu kommen wird oder nicht, wir beide haben jedenfalls alles Interesse daran, auf dem Weg zur Liberalisierung des Handels weiter voranzuschreiten. Die Fortschritte auf diesem Weg haben uns in den Nachkriegsjahren ein hohes Maß an Prosperität und Stärke beschert, und trotz verschiedener Rückschläge im Jahre 1965 liegen noch bedeutsame Möglichkeiten vor uns.

Eine dieser Möglichkeiten bietet das Gesetz zur Ausweitung des Handels. Dieses Gesetz gibt Präsident Kennedy Vollmachten zur Herabsetzung und vollkommenen Aufhebung von Zöllen; wie sie kein amerikanischer Präsident je besessen hat. Präsident Kennedy hat verfügt, Vorbereitungen für die optimale Nutzung der ihm übertragenen Vollmachten in der neuen GATT-Runde zu treffen, die im kommenden Jahr stattfinden soll.

Diese Politik drückt unsere Anerkennung der Tatsache aus, daß den Vereinigten Staaten in der EWG zum ersten Mal ein Partner von fast gleicher wirtschaftlicher Stärke gegenübersteht. Sowohl die Vereinigten Staaten als auch die EWG besitzen eine hochentwickelte Industrie. Beide haben eine große, im Wohlstand lebende Bevölkerung. Die Außenzölle beider bewegen sich in etwa auf dem gleichen Durchschnittsniveau; bei einigen Gütern werden die Zollsätze der Gemeinschaft über denen der Vereinigten Staaten liegen, bei anderen wird ein umgekehrtes Verhältnis herrschen.

Gerade weil sie einander so ähnlich sind, müssen diese beiden großen Wirtschaftseinheiten zusammenarbeiten, wenn sie sich nicht gegenseitig zerschlagen wollen. Eng miteinander in Harmonie verbunden, können sie zu einem Motor von fast unbegrenzter Stärke für die Umgestaltung der Welt werden.

Wir sind der Überzeugung, daß die Vereinigten Staaten und die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft in den bevorstehenden

bevorstehenden Verhandlungen den gegenseitigen Zugang zu ihren Märkten auf einer Basis erweitern können, die für uns beide vorteilhaft wäre. Durch die Ausdehnung der Meistbegünstigung auf andere Handelspartner können die beiden großen gemeinsamen Märkte die einander eingeräumten Konzessionen dazu benutzen, die Handelsschwierigkeiten und die Besorgnisse der gesamten freien Welt zu vermindern. Ausserdem können umfassende Zollsenkungen durch die Vereinigten Staaten, die EWG und andere Handelsnationen viel zur Verringerung solcher Probleme beitragen, wie sie sich aus der sogenannten "Zollkluft" zwischen der EWG und der EFTA ergeben.

Man muß sich jedoch darüber im klaren sein, daß der Erfolg der Verhandlungen als Ganzes von der Fähigkeit abhängen wird, zu Übereinkünften auch auf dem Gebiet der Agrarerzeugnisse zu gelangen, ebenso wie bezüglich des Handels mit Industrierzeugnissen. In diesem Zusammenhang sind wir bereit, über jeden Aspekt unserer eigenen Landwirtschaftspolitik zu diskutieren. Zum anderen wird es jedoch nötig sein, daß unsere europäischen Freunde ihrerseits Übereinstimmung hinsichtlich einer Reihe wichtiger Aspekte der Landwirtschaftspolitik des Gemeinsamen Marktes erzielen. Wir wissen, daß sie dies vor schwerwiegende Probleme stellt, dennoch sind wir ganz aufrichtig überzeugt, daß dies Probleme sind, mit denen man sich, den Blick auf die Zukunft gerichtet, unbedingt befassen muß.

#### Die Vorbereitungen auf die Kennedy-Runde

Die Handelsverhandlungskonferenz soll im nächsten Frühjahr in Genf beginnen. Die Vorbereitungen auf sie sind sehr umfangreich. Bereits seit Monaten leisten die technischen Experten auf beiden Seiten des Atlantik harte Arbeit. Es dürfte für Sie interessant sein, etwas über einige Schritte zu erfahren, die wir in den Vereinigten Staaten gegenwärtig unternehmen, um unseren gesetzlichen Erfordernissen Genüge zu tun.

Der erste diesbezügliche Schritt wurde von Präsident Kennedy genau vor zwei Wochen unternommen, als er der Zollkommission eine



eine Liste von rund 6000 Positionen vorlegte, über die wir zu verhandeln beabsichtigen. Umfang und Gliederung dieser Liste sämtlicher Importartikel der USA - wenn wir von den wenigen absehen wollen, die auf Grund besonderer gesetzlicher Bestimmungen ausgenommen sind - dürften mehr als ausreichend beweisen, wie stark wir uns einer Liberalisierungspolitik verpflichtet fühlen. Unsere Liste stellt eine Aufforderung an die EWG dar, an diesen Aspekt der Verhandlungen im gleichen Geist heranzugehen.

Das Gesetz zur Ausweitung des Handels verpflichtet die Zollkommission, den Präsidenten über die wahrscheinlichen wirtschaftlichen Auswirkungen sämtlicher vorgeschlagenen Handelsvertragskonventionen auf jeden einzelnen Artikel zu unterrichten. Sie muß ihm ihre Stellungnahme innerhalb von sechs Monaten nach Eingang der Liste unterbreiten. In dieser Zeit ist die Kommission gehalten, Informationsitzungen durchzuführen und allen interessierten Personen Gelegenheit zu geben, ihre Ansichten darzulegen.

Weitere Einvernahmen werden gleichzeitig vom Handels-Informationsausschuß durchgeführt, einem Gremium, das sich aus Vertretern mehrerer Stellen der US-Regierung zusammensetzt. Diesem Ausschuß werden die Stellungnahmen aller interessierten Personen zu allen, das vorgeschlagene Handelsabkommen betreffenden Fragen zugeleitet. Bei diesen Ausschußberatungen geht es in erster Linie um die Klärung der Frage, welche ausländischen Zölle und Handelsrestriktionen die amerikanischen Exporteure am meisten behindern. Diese Formalitäten sind gesetzlich vorgeschrieben. Wenn diese Gesetzespflichten auch leider sehr zeitraubend sind, so bedeutet ihre Erfüllung doch keineswegs, daß die Vereinigten Staaten an den Verhandlungen weniger stark interessiert sind. Lassen Sie mich daher mit Nachdruck betonen, daß wir mit den Verhandlungen so früh beginnen möchten, wie uns dies nach dem Gesetz nur möglich ist.

Bei jeder Zollverhandlung wird es Ausnahmen geben. Und in der Tat haben die EWG-Länder bei den Zollsenkungen untereinander Ausnahmen gemacht. Das Gesetz zur Ausweitung des Handels nimmt ausdrücklich gewisse Erzeugnisse von den Verhandlungen aus. Es läßt

läßt überdies dem Präsidenten vollkommen freie Hand, auf Grund der Empfehlungen der Zollkommission, des Sonderbevollmächtigten für Handelsverhandlungen und anderer von ihm bestimmter Behörden zusätzliche Waren zurückzustellen. Wir beabsichtigen jedoch, diese Ausnahmeparagraphen so selten wie nur möglich anzuwenden, und vertrauen darauf, daß andere Staaten sich gleiche Zurückhaltung auferlegen.

### Erfolgsaussichten

Ich habe die Vorbereitungen umrissen, die die Vereinigten Staaten unternehmen, um zu zeigen, wie ernst wir diese Verhandlungen nehmen und wie entschlossen wir sind, unser Teil zur Mehrung der Erfolgsaussichten beizutragen.

Sind die Aussichten gut? Oder wird dieser Berg von Anstrengungen nur eine Maus an greifbaren Erfolgen hervorbringen?

Manche Kommentatoren haben den Vereinigten Staaten vorgeworfen, sie verfolgten gegenüber der EWG einen, wie sie es nennen, "harten Kurs". Es wäre exakter, unsere Haltung als anpassungsfähig, aber fest zu bezeichnen.

Wir erkennen die berechtigten Bedürfnisse anderer Länder an und wollen nach Mitteln und Wegen suchen, sie dem Rahmen eines Abkommens einzufügen, das allen Teilen gerecht wird. Darin sind wir anpassungsfähig. Wir betrachten diese Verhandlungen nicht als ein Ringen um Vorteile, bei dem die eine Seite verlieren muß, wenn die andere Seite gewinnt.

Nach unserer Meinung können und werden beide Seiten bei gegenseitigen Zugeständnissen gewinnen.

Ich glaube, es gibt viele Gründe, weshalb wir ein gemeinsames Interesse am Gelingen dieser Verhandlungen haben.

Erstens liegt es im gemeinsamen Interesse aller Beteiligten, die Senkung der Zölle und den Abbau auch der anderen Handelsschranken sicherzustellen. Das belebt die Produktion und den Handel, schafft neue Arbeitsplätze und steigert allgemein die Prosperität.

Prosperität.

Zweitens ist das Gelingen dieser Verhandlungen um einer grösseren Gemeinsamkeit innerhalb der freien Welt willen dringend notwendig. Diese Verhandlungen sind notwendigerweise kompliziert und technischer Natur und dennoch mehr als blosser Übungen in der Abfassung von Gutachten. Sie sind, indem sie die Volkswirtschaften vieler Nationen aufeinander abstimmen helfen, die bestmögliche Antwort auf die Bedürfnisse - und Hoffnungen - des größten Teils der Menschheit.

Beide Punkte werden durch die Bedürfnisse und Interessen der EWG selbst illustriert. Seitdem für England - vorläufig nur, wie wir hoffen - die Tür zugeschlagen wurde, ist die Kluft zwischen der EWG und dem anderen großen Handelsblock in Europa, der EFTA, breiter und tiefer geworden. Beide Blöcke hoffen, bis 1967 die Zölle im Inneren beseitigen zu können. Die EWG hat bereits 60 Prozent dieses Weges zurückgelegt, und die EFTA wird den gleichen Punkt Ende dieses Jahres erreichen.

Die auf diese Weise geschaffenen Zolldiskriminierungen werden die traditionellen Handelsverbindungen ganz beträchtlich stören. Um nur ein Beispiel zu nennen: Der Außenhandelsüberschuß der Bundesrepublik für das vergangene Jahr wurde auf insgesamt 900 Millionen Dollar geschätzt, der Überschuß aber im Handel allein mit den EFTA-Ländern auf 1,4 Milliarden Dollar. Ohne diesen riesigen Überschuß im Handel mit den EFTA-Ländern, der durch Zolldiskriminierungen in zunehmendem Maße gefährdet wird, hätte Deutschland im Jahr 1962 ein Handelsdefizit in Höhe von 500 Millionen Dollar zu verzeichnen gehabt.

Auch die EFTA-Länder würden unter einer Verbreiterung der Kluft zu den EWG-Staaten zu leiden haben. So ging beispielsweise der Handel zwischen Schweden und Belgien im vergangenen Jahr schon erheblich zurück. Beide Länder haben darauf hingewiesen, daß die Zolldiskrepanzen zwischen EWG und EFTA einen Punkt erreicht haben, an dem sie den innereuropäischen Handel gefährden.

Erfolge in den Bemühungen um Zellsenkungen in Genf können, bis sich neue Möglichkeiten für Fortschritte in der europäischen Integration ergeben, nicht nur eine Verbreiterung der Kluft zwischen den beiden Hälften Europas verhindern, sondern sogar zu ihrer Beseitigung beitragen.

Auch die Entwicklungsländer sind zutiefst besorgt über die Zukunft ihres Außenhandels. Dieses Problem war, wie Sie wissen, in den letzten Jahren Gegenstand eingehender Untersuchungen, und es wird auch das Hauptthema der im nächsten Jahr stattfindenden UN-Konferenz über Handel und Entwicklung sein. Von größter Bedeutung ist auch die Tatsache, daß man innerhalb des GATT auf Ministerbene übereingekommen ist, dem Problem des Handels der Entwicklungsländer im Rahmen der Kennedy-Runde besondere Beachtung zu schenken. Wir dürfen erwarten, daß die in diesen Verhandlungen anzustrebende Liberalisierung des Handels zu einer Belebung des Warenverkehrs zwischen Industrie- und Entwicklungsländern beitragen und damit unseren Anstrengungen auf dem Gebiet der Auslandshilfe noch größere Wirksamkeit verleihen wird.

Wie die Vereinigten Staaten stellt auch die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft dank ihres Kräftepotentials eine Weltwirtschaftsmacht dar. Das Drängen nach einer stärkeren Liberalisierung des Handels, das allenthalben in der Welt spürbar ist, konzentriert sich deshalb auf die Europäische Gemeinschaft. Und es wird sich in den kommenden Monaten sicher noch verstärken. Ich weiß, daß sich die führenden Männer Europas dieses Drängens bewußt sind. Die EWG ist dabei, ihre weitreichende Verantwortung zu begreifen. So erklärte Professor Walter Hallstein, der Präsident der EWG-Kommission, im Sommer dieses Jahres:

" Die beiden Aspekte unseres Wesens - im Innern verbunden und für die übrige Welt offen und ihr zugewandt - sind nicht voneinander zu trennen. "

Ist die Welt voll von Bedürfnissen, so ist sie doch auch voller Hoffnungen. Auch diese sind auf Genf gerichtet.

Da ist die Hoffnung der großen Mehrheit der Europäer auf einen Zusammenschluß Europas. Da hegen Menschen guten Willens auf beiden Seiten des Atlantik die Hoffnung auf eine fruchtbare Partnerschaft der alten und neuen Heimstatt westlicher Kultur. Da ist die von Völkern in anderen Teilen der Welt leidenschaftlich genährte Hoffnung auf uneingeschränkte Mitwirkung im wirtschaftlichen wie im politischen Konzert der Nationen.

Ich kann mir nicht vorstellen, daß diejenigen, die diese Erfordernisse negieren und diese Sehnsüchte leugnen, eine Mehrheit darstellen oder sich durchsetzen werden. Ihre Stimmen sind Widerhall einer unglücklichen Vergangenheit, aber nicht Prophezeiungen für die Zukunft. Wir haben in den Nachkriegsjahren zuviel getan und sind einander auf dem Wege der internationalen Zusammenarbeit schon zu weit entgegengekommen, um jetzt noch diesen Weg zu verlassen.

Der Abbau von Restriktionen im Zahlungsverkehr und Handelsverkehr hat uns bereits ein beispielloses Maß an Stärke, Prosperität und Zusammenhalt eingebracht. Ich vertraue darauf, daß wir bei wachsendem gegenseitigen Verständnis und zunehmender Gemeinsamkeit der Zielsetzungen auf unserem Weg zu noch größeren Erfolgen gelangen werden.

\*\*\*\*\*

Allg./ XVI-44

"WIR WERDEN IN DEM STREBEN NACH FRIEDEN UNERMÜDLICH SEIN"

Ansprache Präsident Johnsons vor beiden Häusern des Kongresses  
(27. November 1963)

"UNSERE KRAFT UND ENERGIE IST AUF DIE ZUKUNFT GERICHTET"

Botschaft Präsident Johnsons zum Erntedanktag 1963  
(28. November 1963)

Der amerikanische Praesident Lyndon B. Johnson gab am 27. November vor einer gemeinsamen Sitzung beider Haeuser des amerikanischen Kongresses seine erste grosse politische Erklaerung ab, in der er betonte, dass die Ideen und Ideale des verstorbenen Praesidenten John Fitzgerald Kennedy "verwirklicht werden muessen und werden." Johnson forderte, dass der Verkuendung von Hass und Gewalt ein Ende gesetzt und vor allem das Buergerrechtsprogramm des verstorbenen Praesidenten verabschiedet werden sollte.

"Mr. Speaker, Herr Praesident, Mitglieder des Repraesentantenhauses und des Senats, meine amerikanischen Mitbuerger:

Alles, was ich habe, wuerde ich gerne dafuer geben, wenn ich heute nicht hier stehen muesste.

Der groesste Fuehrer unserer Zeit ist durch die niedertraechtigste Tat unserer Zeit niedergestreckt worden. Heute lebt John Fitzgerald Kennedy in den unsterblichen Worten und Werken, die er hinterlassen hat. Er lebt im Herzen und in der Erinnerung der Menschheit fort. Er lebt in den Herzen seiner Landsleute weiter.

Es gibt keine Worte, die die Trauer wiedergeben koennten, die wir ueber den Verlust empfinden. Es gibt keine Worte, die stark genug sind, um unserer Entschlossenheit Ausdruck zu verleihen. den Schwung Amerikas nach vorne, den er eingeleitet hat, fortzufuehren.

Der Traum von der Eroberung der Weiten des Weltraums - der Traum von einer Partnerschaft ueber den Atlantik hinweg - und auch ueber den Pazifik hinweg - der Traum von einem Friedenskorp fuer die weniger entwickelten Laender - der Traum der Erziehung und Ausbildung fuer unsere Jugend - der Traum von Arbeitsplaetzen fuer alle, die Arbeit suchen - der Traum von der Betreuung unserer alten Mitbuerger - der Traum von einem umfassenden Feldzug gegen geistige Erkrankungen - und vor allem der Traum von gleichen Rechten fuer alle Amerikaner, ohne Ruecksicht auf Rasse und Hautfarbe - diese und andere amerikanische Traeume haben durch seinen energischen Willen und seine Hingabe Leben und Gestalt gewonnen.

Die Ideen und Ideale, die er in so edler Form verkoerperte, muessen und werden nunmehr wirksam in die Tat umgesetzt werden.

Unter der Fuehrung John Kennedys hat unser Land gezeigt, dass es den Mut besitzt, nach Frieden zu streben, und auch den inneren Mut besitzt, einen Krieg zu riskieren. Wir haben bewiesen, dass wir denen ein guter und zuverlaessiger Freund sind, die nach Frieden und Freiheit streben. Wir haben gezeigt, dass wir denen genau so ein furchtbarer Gegner sein koennen, die den Weg des Friedens ablehnen, und die uns oder unseren Verbuedeten das Joch der Tyrannei aufzuzwingen suchen.

Unser Land wird zu seinen Verpflichtungen stehen - von Sued-Vietnam bis Westberlin. Wir werden in dem Streben nach Frieden unermuedlich sein; wir werden in unserer Suche nach Gebieten der Uebereinstimmung selbst mit denen, mit denen wir verschiedener Meinung sind, ideenreich sein; und wir werden grosszuegig und loyal zu denen stehen, die sich mit uns in der gemeinsamen Sache zusammenschliessen.

In diesem Zeitalter, in dem es keine Verlierer im Frieden und keine Sieger im Krieg geben kann - muessen wir die Verpflichtung erkennen, nationale Staerke mit nationaler Zurueckhaltung aufzuwiegen - muessen wir gleichzeitig auf beides, die Konfrontation der Staerke und die Beschraenkung der Staerke, vorbereitet sein - muessen wir bereit sein, die nationalen Interessen zu verteidigen und ueber das gemeinsame Interesse zu verhandeln. Dies ist der Weg, den wir weiter verfolgen werden. Diejenigen, die unseren Mut auf die Probe stellen, werden finden, dass er stark ist. Und diejenigen, die unsere Freundschaft suchen, werden finden, dass sie aufrichtig ist. Wir werden erneut beweisen, dass der Starke in der Anwendung der Staerke gerecht und dass der Gerechte in der Verteidigung der Gerechtigkeit stark sein kann. Und alle sollen wissen, dass wir niemand Sonderrechte gewaehren, aber auch niemand mit Hass verfolgen werden.

Wir werden den Kampf gegen Armut und Elend, Unwissenheit und Krankheit weiterfuehren - in anderen Laendern und in unserem eigenen.

Wir werden der gesamten Nation dienen und nicht nur einem Teil oder einem Sektor oder einer Gruppe - sondern allen Amerikanern. Dies naemlich sind die Vereinigten Staaten - ein vereintes Volk mit einheitlicher Zielsetzung.

Unsere amerikanische Einheit haengt nicht von der Einstimmigkeit ab. Wir haben Meinungsverschiedenheiten; aber heute - wie schon in der Vergangenheit - koennen wir aus diesen Meinungsverschiedenheiten Staerke statt Schwaechе - Weisheit statt Verzweiflung fuer uns gewinnen. Beide -- das Volk wie die Regierung -- koennen wir uns in einem Programm vereinen, das klug, gerecht und konstruktiv ist.

Das Kapitol ist seit 32 Jahren meine Heimat. Ich habe gemeinsam mit Ihnen viele stolze Augenblicke erlebt - den Stolz ueber die Faehigkeit des Kongresses der Vereinigten Staaten zu handeln, sich jeder Krise gewachsen zu zeigen und aus unseren Meinungsverschiedenheiten kraftvolle Programme des nationalen Handelns zu gewinnen.

Die Kugel eines Meuchelmoerders hat mir die ungeheure Last der Praesidentschaft aufgebuerdet. Ich stehe hier heute, um Ihnen zu sagen, dass ich Ihre Hilfe brauche; ich kann diese Buerde nicht allein tragen. Ich brauche die Hilfe aller Amerikaner. Unsere Nation hat einen tiefen Schock erlitten, und in diesem kritischen Augenblick ist es unsere Pflicht - die Ihre und die meine - als Regierung der Vereinigten Staaten jede Unsicherheit zu beseitigen und zu zeigen, dass wir zu entschlossenem Handeln faehig sind, dass der grausame Verlust des Fuehrers unserer Nation uns nicht schwaecht, sondern uns stark werden laesst, dass wir handeln koennen und handeln werden, und zwar jetzt.

Hier aus diesem Hause einer repraesentativen Regierung soll alle Welt wissen - und niemand soll uns missverstehen - dass sich diese Regierung erneut verpflichtet zur unerschuetterlichen Unterstuetzung der Vereinten Nationen, zur ehrenhaften und entschlossenen Durchfuehrung unserer Verpflichtungen gegenueber allen unseren Verbuedeten, zur Aufrechterhaltung einer militaerischen Staerke, die keiner anderen unterlegen ist, zur Verteidigung der Staerke und der Stabilitaet des Dollar, zur Erweiterung unseres Aussenhandels, zu einer Verstaerkung unserer Programme der gegenseitigen Unterstuetzung und Zusammenarbeit in Asien und Afrika und zur Foerderung unserer Allianz-fuer-den-Fortschritt in der westlichen Hemisphaere.



Am 20. Januar 1961 hat John F. Kennedy seinen Landsleuten zugerufen, dass unser Werk als Nation 'nicht in den ersten tausend Tagen vollbracht sein wird noch in der Amtszeit dieser Regierung, ja vielleicht noch nicht einmal in der Zeit unseres Lebens auf diesem Planeten. Aber', so sagte er, 'lasst uns trotzdem einen Anfang machen'.

Heute, in diesem Augenblick neuer Entschlossenheit moechte ich meinen amerikanischen Mitbuergern zurufen: Lasst uns fortfahren.

Dies ist unsere Aufgabe - nicht zu zoenern, nicht inne zu halten, uns nicht abzuwenden und nicht ueber diesem ungluecklichen Augenblick zu verweilen, sondern auf unserem Weg fortzuschreiten, damit wir das Schicksal zu erfuellen vermoegen, das die Geschichte uns bestimmt hat. Unsere vordringlichsten Aufgaben liegen hier in diesem Hause.

Als erstes koennte keine Gedenkrede oder Lobpreisung beredter das Andenken Praesident Kennedys ehren als die baldmoegliche Verabschiedung des Buergerrechtsgesetzes, fuer das er gekaempft hat. Wir haben lange genug in unserem Land von gleichen Rechten gesprochen. Wir haben dies hundert Jahre lang oder noch laenger getan. Es ist jetzt wirklich an der Zeit, das naechste Kapitel zu schreiben - und zwar in den Gesetzesbuechern.

Ich fordere Sie nochmals mit allem Nachdruck auf - so wie ich dies schon im Jahre 1957 und erneut 1960 getan habe - ein Gesetz ueber die Buergerrechte zu verabschieden, damit wir voranschreiten koennen, um jede Spur einer Diskriminierung oder Unterdrueckung aufgrund von Rasse oder Hautfarbe in unserem Staatswesen zu beseitigen. Es kann fuer die Vereinigten Staaten im eigenen Lande wie im Ausland keine groessere Kraftquelle geben.

Und zweitens koennte das Werk Praesident Kennedys durch keine Massnahme unsererseits passender fortgefuehrt werden als durch die fruehestmoegliche Verabschiedung der Steuergesetzesvorlage, fuer die er gekaempft hat - ein Gesetz, das dazu bestimmt ist, unser National-einkommen und unsere Bundeseinnahmen sowie unsere Sicherheit vor einer Rezession zu vergroessern. Dieses Gesetz bedeutet - wenn es ohne Saeumen verabschiedet wird - weitere Sicherheit fuer die jetzt in Arbeit Stehenden und weitere Arbeitsplaetze fuer die zur Zeit Arbeitslosen, und einen groesseren Anreiz fuer unsere Wirtschaft.

Kurzum: Es ist jetzt nicht die Zeit zu zoenern. Es ist die Zeit zu handeln - die Zeit fuer energische und vorausschauende Massnahmen hinsichtlich der noch nicht verabschiedeten Gesetze ueber das Erziehungswesen, damit das Licht des Wissens in jedes Heim und jede noch so kleine Gemeinde in Amerika dringt - fuer energische und vorausschauende Massnahmen in bezug auf die Arbeitsplatzbeschaffung fuer Jugendliche; fuer energische und vorausschauende Massnahmen in bezug auf das noch nicht verabschiedete Auslandhilfegesetz, damit wir klarstellen, dass wir unsere Aufgaben und Verantwortungen gegenueber dieser Hemisphaere oder der Welt nicht leichtfertig preisgeben noch unserer Regierung ihre Flexibilitaet in der Behandlung der Aussenpolitik nehmen, - sowie fuer starke und vorausschauende Massnahmen in bezug auf die uebrigen Bewilligungsgesetze.

Wenn der Kongress in diesem neuen Geist handelt, so kann er auf die volle Mitarbeit und Unterstuetzung seitens der Exekutive rechnen. Und im besonderen versichere ich, dass die Regierung sich bei ihren Ausgaben aeusserste Sparsamkeit und Maessigung auferlegen wird. Ich werde darauf bestehen, dass die Regierung fuer jeden Dollar, den sie ausgibt, auch den vollen Gegenwert erhaelt. Die Regierung wird ein Beispiel an Umsicht und Sparsamkeit geben. Dies soll nicht bedeuten, dass wir bestehende Not bei uns nicht beseitigen oder dass wir zu unseren Verpflichtungen nicht stehen werden. Wir werden beides tun.

Ich, der ich lange Zeit beiden Haeusern des Kongresses angehört habe, glaube fest an die Unabhaengigkeit und Unantastbarkeit der Legislative. Ich verspreche Ihnen, dass ich diese stets respektieren werde. Dies ist mir zutiefst in Fleisch und Blut uebergegangen. Genau so fest glaube ich aber auch an das Vermoegen und die Faehigkeit des Kongresses, trotz der fuer unser Land charakteristischen Verschiedenheit der Meinungen zu handeln - und zwar klug, nachdruecklich und schnell zu handeln, wenn dies notwendig ist.

Die Notwendigkeit ist da. Sie ist jetzt gegeben. Ich bitte Sie um Ihre Hilfe. Ich weiss, dass wir uns in unserer gemeinsamen Trauer finden, aber lassen Sie uns auch in erneuter Hingabe und erneuter Kraft zueinander finden - lassen Sie uns im Handeln, in der Toleranz und im gegenseitigen Verstaendnis zusammenfinden.

Was John Kennedy uns vorlebte, das wird uns durch seinen Tod zum Gebot: dass Amerika voranschreiten muss. Fuer die Amerikaner aller Rassen, aller Glaubensrichtungen und aller politischen Ueberzeugungen ist die Zeit gekommen, einander zu verstehen und einander zu achten. Lassen Sie uns dem Lehren und Predigen von Hass, von Boesem und von Gewalt ein Ende bereiten. Wollen wir uns abwenden von den Fanatikern der extremen Linken und der Rechten - von den Aposteln der Bitterkeit und der Bigotterie, von denen, die dem Gesetz Trotz bieten, und von denen, die den Blutstrom unserer Nation vergiften.

Ich hoffe aus tiefstem Herzen, dass die Tragoedie und die Qual dieser schrecklichen Tage uns in neuer Gemeinschaft zusammenschliessen wird, uns in unserem Leid zu e i n e m Volk werden laesst. Lassen Sie uns hier feierlich den Entschluss fassen, dass John Fitzgerald Kennedy nicht umsonst gelebt haben soll oder umsonst gestorben sein soll, und lassen Sie uns heute am Vorabend des Thanksgiving-Tages, da wir zusammenkommen, um um Gottes Segen zu bitten und ihm zu danken, alle einstimmen in jene vertrauten und geliebten Worte:

'America, America,  
God shed his grace on Thee  
and crown Thy good  
with brotherhood  
from sea to shining sea.'

('Amerika, Amerika,  
Gott schenk' Dir seine Gnad'  
und kroen' Dein Werk  
mit Brudergeist  
von Gestade zu Gestad'.')

"UNSERE KRAFT UND ENERGIE IST AUF DIE ZUKUNFT GERICHTET"

WASHINGTON - (AD) - Wir übermitteln Ihnen im folgenden den Wortlaut der Rundfunk- und Fernsehansprache, die Präsident Lyndon B. Johnson zum Erntedanktag 1963 gehalten hat.

'Meine amerikanischen Mitbürger,

gestern trat ich vor den Kongreß, um zum ersten Mal als Präsident der Vereinigten Staaten zu sprechen. Heute, am Erntedanktag, trete ich vor Sie, um Sie um Ihre Hilfe, Ihre Stärke, Ihr Gebet zu bitten, daß Gott unsere Republik schützen und alle meine Arbeit leiten möge.

Wir haben soeben sieben Tage erlebt, die keiner von uns jemals wieder vergessen wird. Wir besitzen nicht die göttliche Weisheit, um die Antwort darauf geben zu können, weshalb dies alles geschehen ist. Aber uns ist als Menschen die Pflicht gegeben, zu entscheiden, was geschehen soll - was in bezug auf Amerika, die Welt, die von uns vertretene Sache und alle in unseren Herzen schlummernden Hoffnungen geschehen soll.

Ein großer Führer ist tot. Für eine große Nation geht das Leben weiter. Das Gestern können wir nicht zurückholen, aber das Morgen können wir gewinnen - oder aber verlieren. Ich bin fest entschlossen, die Zukunft für uns zu gewinnen. Daher bitte ich Sie, sich mit mir in dieser Entschlossenheit zu vereinen, in der festen Absicht, daß wir aus dieser tiefen Nacht der Tragödie Amerika zu neuer Größe führen.

Wir haben mehr als jede andere Generation vor uns allen Grund, dankbar zu sein, so dankbar an diesem "Thanksgiving Day". Unsere Ernte ist reich, unsere Industrie blüht, unsere Heime sind geschützt und unsere Verteidigung ist sicher.

Wir leben in Frieden. Alle Welt bringt uns guten Willen entgegen, aber über alle diese Segnungen hinaus wissen wir heute abend, daß unser System stark ist, stark und sicher.

Eine Tat, die uns auseinanderreißen sollte, hat uns zusammengeführt. Unser System hat die Probe bestanden. Sie alle haben eine große Probe bestanden. Sie haben das bewiesen, was John F. Kennedy in seiner Proklamation zum Erntedanktag von uns gefordert hatte: nämlich jene ehrenhaften Zielsetzungen, jene feste Entschlossenheit und jene Willensstärke, die uns von unseren Vorvätern überkommen sind.

Wodurch könnte überzeugender aufgezeigt werden, was für Amerika am besten ist? Am Sonnabend, als diese schwere Bürde erst wenige

## "AMERIKA DIENST"

wenige Stunden auf mir lastete, waren die ersten beiden Bürger, die mich aufsuchten, um mir ihre ganze Unterstützung anzubieten, Dwight D. Eisenhower und Harry S. Truman.

Nach dem Freitag der vergangenen Woche haben sich die Amerikaner dem Guten zugewandt, den höheren Werten des Lebens. Sie waren uns Hilfe, ja Rettung. Die aufopfernde Hingabe der staatlichen Stellen und aller Männer im öffentlichen Dienst, vom Obersten Bundesgericht bis zu den Bundesstaaten, gab uns allen inneren Halt. Um wieviel besser, um wieviel vernünftiger, um wieviel anständiger und um wieviel amerikanischer wäre es, wenn alle Amerikaner ihr Vermögen, ihre Zeit und ihre Energien darauf verwenden wollten, unser System und seine Diener in den Bemühungen zu unterstützen, unser aller Probleme zu lösen, statt Gift und Haß zu verbreiten, die unseren Fortschritt hemmen.

Ich habe 32 Jahre lang in Washington im Dienste der Öffentlichkeit gestanden - gestern waren es 32 Jahre. Ich habe fünf Präsidenten in diesem so unglaublich schweren Amt erlebt. Ich habe sie alle gut gekannt und habe sie alle zu meinen Freunden gezählt: Präsident Herbert Hoover, Präsident Franklin Roosevelt, Präsident Harry Truman, Präsident Dwight Eisenhower und Präsident John Kennedy.

Noch in jeder Regierung war die größte Last, die der Präsident zu tragen hatte, gedankenloser und unvernünftiger Haß und Uneinigkeit der eigenen Landsleute.

Gerade in diesen Tagen ist das Schicksal dieses Amtes unser aller Schicksal. Ich möchte daher alle Amerikaner an diesem Tag des Gebets und der Andacht aufrufen, dies zu bedenken. Wollen wir alle, die wir Reden halten und lehren, die wir predigen, die wir publizieren, im Rundfunk Sprechen oder lesen und zuhören - wollen wir uns alle auf unsere Pflicht besinnen, unsere Wunden zu verbinden, alte Wunden zu heilen, unsere Gemeinschaft gesund zu machen und sie zu festigen für die kommenden Aufgaben.

Am meisten liegt mir am Herzen, daß wir aus unseren Worten jeden Haß und aus unseren Herzen jeden Groll verbannen, daß wir die von Haß, Intoleranz und Fanatismus genährten Quelle des Gifts versiegen lassen, daß wir unsere Einigkeit im Norden und Süden, im Osten und Westen wahren, daß wir das Herannahen des Tages beschleunigen, da es keine Vorurteile aus rassischen, religiösen und regionalen Gründen mehr gibt, und daß der Tag anbrechen möge, da unsere großen Energien, unsere moralischen und geistigen Kräfte von den Belastungen frei sein werden, die wir zu lange getragen haben.

Wir blicken nach vorn, und unsere Kraft und Energie ist auf die Zukunft gerichtet, aber in unserem Herzen tragen wir das Bild dieses tapferen jungen Mannes, der nun, von uns allen geehrt, jenseits des Potomac zur ewigen Ruhe gebettet liegt. Wir denken an ihn, wir denken an seine wundervolle und tapfere Frau, die wir alle lieben. Wir denken an Caroline und John und an die gesamte große Familie, die der Nation diesen Sohn und Bruder gab. Um

## "AMERIKA DIENST"

Um sein Andenken und das von ihm begonnene Werk zu ehren, habe ich heute bestimmt, daß die wichtigste Station der atlantischen Raketenversuchsstrecke und die Startanlagen der NASA in Florida von nun an John F. Kennedy-Raumflugzentrum heißen werden. Ich habe ferner heute mit Einwilligung und Unterstützung meines Freundes Farris Bryant, des Gouverneurs von Florida, verfügt, daß der Name von Cape Canaveral geändert wird. Von nun an wird es Cape Kennedy heißen.

Wenn wir uns am heutigen Erntedanktag inmitten unserer Familien in gegenseitiger Liebe und Achtung, die wir für einander empfinden, versammeln, und wenn wir unser Haupt in Ehrerbietung vor der göttlichen Vorsehung neigen, dann laßt uns Gott ebenfalls für die Jahre danken, in denen er uns durch seinen Diener John F. Kennedy erleuchtete.

Lassen Sie uns heute unsere Hingabe an die Ideale erneuern, die Amerika bedeuten. Lassen Sie uns, Gott um die Weisheit bitten, damit der Ungerechtigkeit, Intoleranz und Bedrängnis in unserem Land für jeden unserer Mitbürger, gleich welcher Weltanschauung oder Hautfarbe, ein Ende gesetzt wird - denn Gott hat alle, nicht nur einige von uns, nach seinem Ebenbild geschaffen. Wir alle, nicht nur einige von uns, sind seine Kinder.

Und schließlich bitte ich Sie als Ihr Präsident, daß Sie jeden Tag Ihr Land und mich in Ihre Gebete einschließen, und ich versichere feierlich, daß ich mit allen meinen Kräften auf eine neue Größe Amerikas hinarbeiten werde - auf einen neuen Tag, da der Friede mehr gefestigt, da die Gerechtigkeit weiter verbreitet, da die Freiheit überall, wo Menschen wohnen, stärker ist.

\* \* \* \* \*

Allg./XVI-45

## NATÜRLICHE HILFSQUELLEN DER WELT

Die Situation heute und in der Zukunft

Vortrag

Sr. Exzellenz des Botschafters der Vereinigten Staaten von Amerika

GEORGE C. MCGHEE

vor der Arbeitsgemeinschaft für Forschung des Landes  
Nordrhein-Westfalen am 11. Dezember 1963 in Düsseldorf

Das Interesse Botschafter McGhees gilt seit vielen Jahren dem Problem der natürlichen Hilfsquellen. Es beschäftigt ihn nicht nur in seiner Eigenschaft als Politiker und Diplomat, sondern gleichermaßen als Wissenschaftler. Er studierte Geologie und Physik und promovierte mit einer Arbeit aus den genannten Disziplinen als Rhodes-Stipendiat an der Universität Oxford (England) zum Dr. phil. Die Universitäten von Oklahoma und Tulane (USA) verliehen ihm die Ehrendoktorwürde. George C. McGhee hatte ursprünglich die Absicht, nach Abschluß seines Studiums an der Universität Göttingen wissenschaftlich zu arbeiten, konnte jedoch diesen Plan nicht verwirklichen. Seit 1935 ist er Inhaber eines Patents über ein Verfahren zur Bestimmung des Einfallens geologischer Formationen. Als junger Geologe und Geophysiker war er an seismographischen Untersuchungen in England, auf Kuba, in Marokko, in Südamerika und in den Vereinigten Staaten beteiligt.

Bei der Abfassung dieses Referats konnte sich Botschafter McGhee auf Unterlagen stützen, die ihm von der Abteilung für Notstandsplanung im US-Präsidialamt und dem amerikanischen Bundesamt für Geologische Bestandsaufnahme zur Verfügung gestellt wurden.

\* \* \*

# NATÜRLICHE HILFSQUELLEN DER WELT

## DIE SITUATION HEUTE UND IN DER ZUKUNFT

### Einführung:

Viele behaupten, der wirtschaftliche Wohlstand hänge von dem Besitz reicher natürlicher Hilfsquellen ab. Es ist in der Tat viel Wahres an dieser Behauptung. Aber Rohstoffe sind nur ein Teil des Gesamtbildes. Wir können beobachten, daß die Bevölkerung mancher Entwicklungsgebiete in der Welt trotz des Vorhandenseins von Hilfsquellen, die andere als größten Reichtum betrachten würden, in Not lebt. Andererseits erhalten sich viele Nationen trotz relativ begrenzter Hilfsquellen einen hohen Lebensstandard.

Japan und die Schweiz sind zwei hervorragende Beispiele für Länder mit begrenzten natürlichen Hilfsquellen; dennoch erfreut sich die Bevölkerung eines hohen Lebensstandards, indem sie Qualitätswaren produziert, um diese auf den Weltmärkten gegen Rohstoffe einzutauschen. Der Unterschied zwischen solchen Staaten und vielen Entwicklungsländern liegt hauptsächlich in der beruflichen Fertigkeit und im Fachwissen der Bevölkerung und deren Bereitschaft, ihr Können für eine systematische und disziplinierte Nutzung der Hilfsquellen einzusetzen.

Man kann sogar sagen, daß in vieler Hinsicht die Bevölkerung eines Landes dessen wertvollste "Hilfsquelle" darstellt. Die negativen Aspekte von Bevölkerung und Bevölkerungswachstum in Relation zu den natürlichen Hilfsquellen sind durch den Prozeß der Bildung und Erziehung zu überwinden.

Eines der Ziele der Erziehung besteht darin, Erfahrung und Wissen des einzelnen anderen mitzuteilen. Gerade diese Fähigkeit des Menschen, sein Wissen mit seinen Mitmenschen zu teilen, gibt ihm die Möglichkeit, den Wissens- und Erfahrungsschatz früherer Generationen im Verein mit dem eigenen für die Planung der Zukunft zu nutzen. Dem Menschen ist damit ein Mittel an die Hand gegeben, einen Mangel an natürlichen Hilfsquellen und andere Unzulänglichkeiten auszugleichen. Nationen, die zu den Habenichtsen zählen, ist somit die Chance gegeben, am materiellen Fortschritt der Welt teilzuhaben.

Wenn wir das Problem der Naturschätze und des wirtschaftlichen Wohlstands betrachten, so scheint bewiesen, daß die Natur bei all ihrer Freigebigkeit nur teilweise mit dem Menschen zusammengearbeitet hat, um seine materiellen Bedürfnisse zu befriedigen. Die Menschheit verfügt über ein

ein natürliches Erbe an wahrhaft riesigen Mengen nützlicher Rohstoffe an oder nahe der Erdoberfläche, wobei allerdings hinsichtlich Konzentration und Nützlichkeit Unterschiede bestehen. In den meisten Fällen sind sie nicht ersetzbar, wenngleich es möglich sein dürfte, als Folge verbesserter Methoden und verstärkter Anstrengungen immer größere Mengen davon aus immer größeren Tiefen mit besseren Ausbeutungsergebnissen zu gewinnen.

Ebenso stehen dem Menschen regenerierbare Hilfsquellen, wie man sie vielleicht nennen könnte, zur Verfügung - nämlich die kontinuierlich anfallenden tierischen und pflanzlichen Produkte. Sie werden mehr oder minder großzügig durch Luft, Wasser, Licht, klimatische und geographische Vorzüge ergänzt. Diese Faktoren bilden insgesamt die Umwelt des Menschen; der Mensch muß jedoch, um in dieser Welt gut leben zu können, auch weiterhin arbeiten, und zwar in fruchtbringender Weise.

In vielen Gebieten der Erde verläßt sich der Mensch bei einem minimalen Aufwand an eigener Arbeit weitgehend auf die Natur. Wo dies zutrifft, ergibt sich hieraus aus den verschiedensten Gründen gewöhnlich nur ein Leben am Rande des Existenzminimums - ein Leben, das vielfach für das Individuum nur von kurzer Dauer ist und viele Beschwerden mit sich bringt. Wie sehr die Produktivität auch steigen mag - der Gewinn wird durch die wachsende Bevölkerung immer wieder absorbiert.

Versuche, aus dem Existenzminimum herauszukommen, erfordern seitens des Menschen große Anstrengungen. Die damit verbundenen Mühen werden nicht nur durch die ungleiche Verteilung natürlicher Hilfsquellen kompliziert, sondern auch durch die politische Zersplitterung, die der Mensch selbst geschaffen hat und die die Folge der geschichtlichen Entwicklung, geographischer Gegebenheiten, von Glückszufällen und seines eigenen Existenzkampfes und Ringens um Bestätigung ist. Gebietsweise ergeben sich schwerwiegende Belastungen, sofern die Vorräte dem Bedarf nicht entsprechen. Hier herrscht Überfluß, dort Mangel, und Probleme gibt es hier wie dort.

Ich habe mir für heute viel vorgenommen. Ich möchte einen Überblick über die natürlichen Hilfsquellen unserer Erde und eine Prognose ihrer künftigen Bedeutung für den menschlichen Fortschritt geben. Wenn wir aus unserem Gedächtnis und an Hand des Überlieferten einen Blick in die Vergangenheit werfen sollten, so könnten wir, beschränkten wir unsere



unsere Untersuchung auf die Rolle der natürlichen Hilfsquellen allein, ein faszinierendes Bild von ihrer Beziehung zum Wohlergehen der Menschheit bis zum heutigen Tage entwerfen. Versuchen wir aber in die Zukunft zu blicken, so kompliziert sich unsere Frage ganz erheblich durch die Schwierigkeit, die sich ergibt, wenn man einzig und allein die Rolle der natürlichen Hilfsquellen von anderen Faktoren isoliert betrachtet.

Man kann fünf Hauptfaktoren unterscheiden, die weitgehend das wirtschaftliche Wohl des einzelnen und der Nationen bestimmen, nämlich Bevölkerung, natürliche Hilfsquellen, Energie (die ebenfalls von Hilfsquellen abhängig ist), Stand von Wissenschaft und Technik sowie Staats- und Gesellschaftsform. Überlegungen in bezug auf den Faktor Bevölkerung schließen nicht nur statistische Zahlen ein, sondern auch politische Führung, soziale Einrichtungen, allgemeines Bildungsniveau und Beweggründe menschlichen Handelns. Es dürfte nützlich sein, zunächst einmal diese Faktoren einzeln kurz unter dem Gesichtspunkt zu erörtern, daß sie alle auch eng miteinander in Wechselbeziehung stehen.

### Bevölkerung

Die Weltbevölkerung zählt heute etwa drei Milliarden und nimmt gegenwärtig um schätzungsweise 120 000 Menschen täglich zu. Nach den statistischen Darstellungen von Publikationen der Vereinten Nationen ergibt die Kurve des Wachstums der Weltbevölkerung offenbar eine Exponentialfunktion - das heißt, sie steigt immer steiler an. Nach Schätzungen der Vereinten Nationen dürfte die Weltbevölkerung, die im Jahre 1900 etwa 1,6 Milliarden Menschen zählte, bis zum Jahre 2000 auf mehr als sechs Milliarden anwachsen (Tabelle 1). Um die Bedeutung dieses Anwachsens ins rechte Licht zu rücken, sei hier erwähnt, daß die Weltbevölkerung seit 1940 um etwa 1,3 Milliarden Menschen zugenommen hat. Dieser Zuwachs, der sich innerhalb der kurzen Zeitspanne von 23 Jahren vollzog, ist größer als die für das Jahr 1800 geschätzte Gesamtbevölkerungsziffer der Welt. Bei der gegenwärtigen Zuwachsrate und unter der Voraussetzung, daß keine Katastrophe eintritt, ist zu erwarten, daß sich die Zahl der auf der Erde lebenden Menschen während des kommenden Jahrhunderts verdreifacht.

Das

Das Phänomen des Ansteigens der Weltbevölkerungsziffer mußte in zunehmendem Maße die Aufmerksamkeit auf das Problem lenken, wie der zukünftige Bedarf an Grundstoffen zu decken ist. Man hat häufig angenommen, daß der Bedarf an Hilfsquellen gemäß dem Bevölkerungszuwachs steigt, und daß es deshalb die große Aufgabe der Zukunft sein werde, immer wieder Hilfsquellen zu erschließen, um mit dem Bevölkerungszuwachs Schritt zu halten. Es zeigt sich ständig deutlicher, daß die Aufgabe noch viel größer ist, als man zunächst angenommen hat.

Der Verbrauch an Rohstoffen nimmt nicht nur mit der wachsenden Bevölkerungszahl, sondern auch mit den steigenden Ansprüchen der Völker zu. Ohne Frage ist der Verbrauch bei den einzelnen Grundstoffen verschieden groß, und bei einigen zeigt sich sogar ein Rückgang. Aber die Menschen in aller Welt werden immer anspruchsvoller, reisen mehr, sie werden immer aktiver und haben somit einen ständig wachsenden Bedarf an neuen Dienstleistungen und Produkten. Ganz allgemein macht sich - allerdings mit unterschiedlichem Erfolg - das Streben nach einem höheren Lebensstandard bemerkbar. Die Bedeutung dieser Tendenz zeigt sich am augenfälligsten an der Beanspruchung der Energiequellen, worauf später noch näher eingegangen wird.

Industrie und Verteilung der Produkte basierten bisher auf der allgemeinen Konzeption begrenzter Märkte und reichlichen Materialangebots. Einige Wirtschaftler behaupten nun, daß die schnelle Zunahme der Konsumenten und des Bedarfs auf der Welt, im Verein mit den von Natur aus begrenzten Hilfsquellen, bedeuten könnte, daß sich die Wirtschaft in Zukunft auf unbegrenzte Märkte und Materialverknappung einstellen müssen. Es dürfte klar sein, daß es Änderungen geben wird, aber es ist nicht so sicher, daß sich die Änderungen in dieser Richtung vollziehen. Lassen Sie uns nun andere Faktoren betrachten, die das Gesamtbild beeinflussen werden.

### Natürliche Hilfsquellen

Die natürlichen Hilfsquellen der Erde reichten bisher aus, um mit dem notwendigen Einsatz von Arbeitskräften den Bedarf der Welt zu decken. Unser industrieller Fortschritt ist durch gefährliche Verknappungen nicht aufgehalten worden. Und dies, obwohl die natürlichen Hilfsquellen in den letzten Jahrzehnten eine ständig

ständig wichtigere, ja sogar eine dramatische Rolle im Wirtschaftswachstum spielten.

Es würde sehr viel Zeit kosten, wollte man die Probleme und die künftigen Aussichten jeder einzelnen der zahlreichen Formen von natürlichen Hilfsquellen, ja selbst nur der großen Gruppen der regenerierbaren und der nicht regenerierbaren Hilfsquellen erörtern. Aus diesem Grunde wollen wir unsere Aufmerksamkeit auf einige bemerkenswerte Beispiele und vor allem auf die Bodenschätze konzentrieren.

Nach den uns vorliegenden Informationen scheinen sich hinsichtlich der Verfügbarkeit von regenerierbaren Hilfsquellen, von denen wir bei Produkten wie Lebensmitteln, Naturfasern und Arzneipflanzen in so hohem Maße abhängig sind, keine Probleme für uns zu ergeben, die zwangsläufig das Wirtschafts- und Bevölkerungswachstum einschränken würden, selbst wenn wir die Verhältnisse um das Jahr 2000 und die Zeit danach ins Auge fassen. Wir können sogar erwarten, daß es auch in Zukunft Probleme von Überproduktion geben wird. Große Fortschritte sind in der Landwirtschaft erzielt worden. Im Jahre 1820 konnte in den Vereinigten Staaten ein Landarbeiter den Lebensmittelbedarf von etwa vier Personen decken; im Jahre 1962 sicherte ein in der Landwirtschaft Beschäftigter durch seine Arbeit die Versorgung von 28 Personen mit Lebensmitteln. Würde der Stand der Landwirtschaft, der dies ermöglichte, überall in der Welt erreicht, und wären die hierfür benötigten Energie- und Düngemittelmengen verfügbar, dann würden die Hilfsquellen an Lebensmitteln und Naturfasern genügen.

Die Welt hat seit dem Jahr 1900 weit mehr Mineralien verbraucht als in ihrer gesamten Geschichte zuvor (Tabelle 2). Unsere Zukunft hängt in hohem Maße davon ab, daß sie auch weiterhin verfügbar sind. Eine Lösung für das Problem, die Versorgung mit Mineralien sicherzustellen, bestand zunächst in der Entdeckung neuer Hilfsquellen in dem uns zugänglichen Bereich - wodurch der erhöhte Bedarf auf lange Zeit hinaus gedeckt wurde. Ja, selbst noch im Jahre 1920 gab es erst etwa 18 industrielle Rohstoffe, die auf dem Weltmarkt in größeren Mengen gehandelt wurden, und einige von ihnen waren nicht einmal Mineralien, sondern Produkte tropischen Ursprungs.

Heute

Heute gibt es Hunderte von Industriemineralien und Rohstoffen im Export- und Importgeschäft. Sie umfassen Erze von Metallen wie Beryllium, Hafnium, Tantal, Titan und Zirkon, von denen vor nicht allzu langer Zeit mit Ausnahme von Wissenschaftlern kaum jemand etwas wußte. Ein zunehmender Bedarf sowohl nach Mengen als auch nach Sorten und Qualitäten hat dazu geführt, daß die Suche nach wirtschaftlich rentablen Materialquellen auf die fernsten Winkel der Erde ausgedehnt wurde. Dank bemerkenswerter Fortschritte vor allem in Geologie und Geophysik, in denen deutsche Wissenschaftler eine führende Rolle spielten, waren die Forschungen außerordentlich erfolgreich. Es besteht aller Grund zu der Annahme, daß sie es auch in Zukunft sein werden. Ein Beispiel ist Eisenerz - ein für Deutschland besonders interessanter Rohstoff, denn es muß einen großen Teil des benötigten Eisenerzes importieren.

Die enorme Inanspruchnahme der wirtschaftlichen Eisenerzreserven während des zweiten Weltkrieges zwang viele Industrieländer, neue Quellen zu erschließen. Das Problem wurde teilweise dadurch gelöst, daß man auf bekannte Vorkommen geringer Ergiebigkeit zurückgriff, in der Hauptsache jedoch durch die Entdeckung neuer Vorkommen in anderen Gebieten. Umfangreiche Lager hochwertigen Eisenerzes wurden in Afrika, Asien, Australien, in Nord- und Südamerika entdeckt und erschlossen. In Anbetracht dieser Entdeckungen schätzt man heute den Eisengehalt der bekannten Weltreserven an Eisenerz, das mit den üblichen Methoden erschlossen werden kann, auf 132 Milliarden Tonnen.

Das US-Bergbauamt schätzt die Weltproduktion an Stahl für das Jahr 1962 auf 360 Millionen Tonnen, von Eisenerz auf 500 Millionen Tonnen. Bei dieser Inanspruchnahme sind die bekannten Weltreserven an Eisenerz viele Male größer als, soweit man voraussehen kann, der Bedarf bis zum Jahr 2000 jemals sein wird. Darüber hinaus stehen wir erst am Beginn der technologischen Weiterentwicklung, die notwendig ist, um minderwertige Eisenerze anzureichern und zu verwenden.

Eine weitere Lösung für unseren ständig steigenden Bedarf an Materialien, insbesondere an Metallen, ergibt sich aus der Wiederverwendung von Abfall- und Altmetall oder Schrott. Von den

den Bodenschätzen geht durch die wirtschaftliche Nutzung nur sehr wenig verloren. Wir tun im Grunde nicht viel mehr als bei ihnen Erscheinungsform und Standort zu verändern; am Ende des Kreislaufs steht die Rückgabe an die Erde oder die vorläufige Lagerung auf Schrottplätzen, wie es in Industrieländern üblich ist (Tabelle 4).

Ein zweites Schlüsselmetall der Industrie ist Kupfer. Die Weltproduktion an Hüttenkupfer im Jahre 1962 wird vom US-Bergbauamt auf etwa 5 Millionen Tonnen geschätzt. Die Weltreserve an handelsüblichen Erzen nähert sich 10 Milliarden Tonnen, die etwa 200 Millionen Tonnen Kupfer enthalten. Viele Vorkommen mit hochwertigem Erz sind erschöpft, und einige, deren Abbau sich jetzt noch rentiert, haben im Durchschnitt eine Ergiebigkeit von weniger als 0,75 Prozent Kupfer (Tabelle 3). Auch die Verwendung von Altkupfer nimmt zu; in den Vereinigten Staaten trägt es jetzt fast zu 25 Prozent zu dem Ausstoß an neu erschmolzenem Kupfer bei. Die Bedeutung von Altmetall und Schrott ist aus der Tatsache ersichtlich, daß beispielsweise in den USA die Gesamtmenge des in Gebrauch stehenden Kupfers ungefähr ebenso groß ist wie die Kupferreserven in den Vorkommen auf amerikanischem Boden.

Eine weitere Lösung für unseren Materialbedarf ergibt sich aus der Verwendung von Ersatzstoffen. In der Erdrinde sind viele Elemente in weit größerer Menge als Eisen vorhanden, aber sie werden heute nicht im gleichen Ausmaß wie Eisen gebraucht. Dafür ist Aluminium ein Beispiel. Deutschland war ein Pionier in der Gewinnung und Anwendung dieses Leichtmetalls.

Aluminium ist in der Erdrinde nahezu doppelt so häufig wie Eisen und etwa 1200mal häufiger als Kupfer. Aluminium kann mit Eisen und Kupfer in vielen Anwendungsbereichen konkurrieren. Die Weltproduktion an metallischem Aluminium wird für 1962 auf etwa 5 Millionen Tonnen geschätzt. Der Aluminiumgehalt der Weltvorkommen an Bauxit, der heute in der Aluminiumproduktion fast ausschließlich als Rohstoff dient, wird auf gut über eine Milliarde Tonnen geschätzt. Darüber hinaus könnten noch sehr große Mengen von Aluminium aus Tonerden und anderen Mineralien von niedriger Aluminiumkonzentration gewonnen werden. Wir sehen also, daß ein ausreichend großes Angebot auch zur Deckung des

des künftigen Bedarfs an Aluminium bis weit in das nächste Jahrhundert hinein vorliegt.

Die Möglichkeiten, Ersatz- oder Austauschstoffe zu verwenden, sind auf dem Gebiet der Eisenlegierungsmetalle besonders groß; keine Industrienation ist in dieser Hinsicht völlig autark. Die Reserven der freien Welt an Erzen für Ferrolegierungsmetalle sind sehr groß, aber die Lage der Vorkommen im Verhältnis zu den Zentren des größten Verbrauchs läßt viel zu wünschen übrig. Glücklicherweise sind im Vergleich zu Eisen nur sehr kleine Mengen solcher Metalle erforderlich, um die vielen Sorten und Qualitäten von Stahl herzustellen. Darüber hinaus gibt es zahlreiche Ausweichmöglichkeiten, um ein bestimmtes Ergebnis zu erzielen. Folglich scheint es klar, daß unser künftiger Bedarf an Legierungsmetallen für Eisen zu einem erträglichen Preis gedeckt werden kann - vorausgesetzt, daß wir einen internationalen Markt halten können, zu dem alle Nationen freien und gleichen Zugang haben.

### Energie

Während sich die Weltbevölkerung bis gegen Ende dieses Jahrhunderts etwa verdoppeln dürfte, wird der Weltenergiebedarf auf das Fünffache anwachsen, d.h. der Energieverbrauch pro Kopf wird auf das Zweieinhalbfache des heutigen Standes steigen. Man schätzt, daß der Weltverbrauch an fossilen Brennstoffen von 1960 bis 2000 dreimal so groß sein wird, wie der gesamte Energieverbrauch bis zum heutigen Tage. Um den Energiehunger dieser vierzig Jahre zu stillen, ist ein Energieaufkommen erforderlich, das 435 Milliarden Tonnen Kohle entspricht.

Wenn wir von Energie sprechen, meinen wir heute noch in erster Linie die fossilen Brennstoffe - Kohle, Erdöl und Erdgas. Die Wasserkraft deckt nur einen kleinen Bruchteil des Gesamtenergiebedarfs. Andere natürliche Energiequellen - Sonnenstrahlen, Wind sowie geothermische und Gezeitenkraftwerke - können aus begreiflichen Gründen im Rahmen dieser Erörterung unberücksichtigt bleiben. Auf die Kernenergie werden wir später noch zu sprechen kommen.

Die

Die Weltkohlevorräte sind groß genug, um den zu erwartenden Energiebedarf der Welt weit über das Jahr 2000 hinaus decken zu können. Einer vorsichtigen Schätzung des US-Bundesamtes für Geologische Bestandsaufnahme zufolge betragen die abbaufähigen Weltkohlereserven von bisher bekannten Lagerstätten unter Berücksichtigung der durch zu geringe Mächtigkeit und zu große Tiefenlage der Flöze gezogenen Grenzen 2,32 Billionen Tonnen. Damit kann nicht nur der genannte Weltenergiebedarf der Zeit von 1960 bis 2000, der 435 Milliarden Tonnen Kohle entspricht, sondern auch der Gesamtbedarf von fast weiteren hundert Jahren unter Zugrundelegung einer Verbrauchsrate gedeckt werden, wie sie für das Jahr 2000 vorausgeschätzt wird. Ich darf Sie darauf hinweisen, daß diese Ziffer weder die Kohlereserven in bisher unentdeckten, noch die in bereits bekannten, aber zu tief gelegenen Lagerstätten einschließt. Nach einer zweiten Schätzung des Geologischen Bundesamtes der USA, in der die Entdeckung neuer Vorkommen vorausgesetzt wird, liegt die Gesamtmenge sogar noch siebenmal höher.

Die Inanspruchnahme von Erdöl und Erdgas beim Weltenergieverbrauch ist in den vergangenen Jahrzehnten selbstverständlich immer größer geworden. Obwohl unsere riesigen Kohlereserven notfalls diese Brennstoffe in mehr als ausreichendem Maße ersetzen könnten, bleibt doch die Tatsache bestehen, daß Erdöl und Erdgas aus Kosten- und Transportgründen sich immer größerer Beliebtheit erfreuen (Tabelle 10).

Die bisher erfaßten und "bestätigten" Rohölvorkommen belaufen sich gegenwärtig auf insgesamt 320 Milliarden Barrels, das entspricht dem Energiewert von 56 Milliarden Tonnen Kohle. Diese Zahl bedarf jedoch wegen der unterschiedlichen Auslegung des Begriffs "bestätigte" Reserven der näheren Erläuterung. Uns interessieren hier indes nicht so sehr die "bestätigten" als vielmehr die "höchstmöglichen" Reserven. Hierfür gibt es, wie bei der Kohle, eine ganze Skala von Schätzzahlen. Wenn wir von den Extremwerten authentischer Schätzungen ausgehen, so würden die höchstmöglichen Rohölreserven der Welt mindestens 1,25 Billionen, jedoch nicht mehr als 4 Billionen Barrels betragen.

Auf diesen beiden Schätzungen basieren auch Angaben über die höchstmöglichen Reserven an Erdgas. In Steinkohleeinheiten ausgedrückt, belaufen sich die höchstmöglichen Vorräte an Erdöl und Erdgas

Erdgas zusammen auf mindestens 535 Milliarden, im Höchsthalle auf 1,62 Billionen Tonnen. Bei dem niedrigen Schätzwert sind die mit Sicherheit zu erwartenden Verbesserungen in der Fördertechnik unberücksichtigt geblieben; dennoch übersteigt diese Zahl den für die Zeit von 1960 bis 2000 auf 435 Milliarden Tonnen geschätzten Gesamtenergiebedarf der Welt um 100 Milliarden Tonnen.

Obwohl mit ausgedehnten Lagerstätten von Qualitätskohle gesegnet, hat Deutschland in der Vergangenheit nur einen Bruchteil seines Bedarfs an Erdöl und Erdgas selbst erzeugt und ist jetzt dabei, sich eine bessere Position für die Zukunft zu schaffen. In den Gewässern vor der deutschen Nordseeküste, in einem Gebiet, das sich an die riesigen neuentdeckten holländischen Erdgasfelder anschließt, arbeiten deutsche und amerikanische Firmen gemeinsam an vielversprechenden Erschließungsvorhaben.

Die derzeitigen hohen Schätzwerte für die fossilen Brennstoffvorräte sind beruhigend; dennoch lehren die bisherigen Erfahrungen, daß sie sich wahrscheinlich weiter erhöhen werden. In dem Maße, in dem der Bedarf weiter stieg, die Technik sich weiterentwickelte und neue Lager entdeckt wurden, konnten auch die schon optimistisch erscheinenden Schätzungen über die höchstmöglichen Reserven ständig nach oben hin revidiert werden. Es besteht kein Grund zu der Annahme, daß das in Zukunft anders sein wird.

Hinzu kommt noch, daß wir unsere Betrachtung bisher ausschließlich auf Kohle, Erdöl und Erdgas beschränkt haben. Wir haben die riesigen Ölschiefer- und Teersandvorkommen, zwei praktisch noch unausgebeutete Energiequellen mit gewaltigen Entwicklungsmöglichkeiten, noch völlig unberücksichtigt gelassen. Man schätzt, daß die Ölschieferlager der Vereinigten Staaten allein einem Energiepotential von 250 Milliarden Tonnen Kohle entsprechen. In anderen Teilen der Welt gibt es noch weit größere Ölschieferlager.

Selbst wenn man die vorsichtigsten Schätzungen zugrunde legt, wird deutlich, daß die Weltreserven an fossilen Brennstoffen mehr als ausreichen, um den zu erwartenden steigenden Bedarf im gesamten 20. Jahrhundert und im größten Teil des 21. Jahrhunderts zu decken. Diese Feststellung steht in krassem Gegensatz zu der in den ersten



ersten Nachkriegsjahren vorherrschenden Ansicht, daß sich die Weltbrennstoffreserven schnell erschöpften.

Es ist überhaupt unwahrscheinlich, daß wir unsere fossilen Brennstoffreserven jemals ganz aufbrauchen könnten. Bis es einmal soweit wäre, dürfte die Atomenergie die fossilen Brennstoffe als Hauptenergiequellen schon weitgehend abgelöst haben. Die Weltreserven an nuklearen Brennstoffen lassen in bezug auf ihren Energiegehalt die riesigen Reserven an fossilen Brennstoffen wirklich zwerghaft erscheinen. Das US-Bundesamt für Geologische Bestandsaufnahme schätzt, daß die Uranlager der Vereinigten Staaten 2,1 bis 6,9 Billionen Tonnen Kohle äquivalent sind. Dabei sind die Thorium-Reserven, deren Energiegehalt wahrscheinlich noch größer ist als bei Uran, noch gar nicht berücksichtigt.

Setzt man allein diese geschätzten Reserven an nuklearen Grundstoffen in den Vereinigten Staaten in Relation zu dem gesamten Weltbedarf, so ergibt sich das Bild fast unbegrenzter Energiequellen. Noch günstiger sind die Aussichten, wenn man in Rechnung stellt, daß es uns wohl doch eines Tages gelingen wird, mit Hilfe der kontrollierten Kernverschmelzung auch die Energie des schweren Wasserstoffs aus den Weltmeeren zu verwerten.

Obgleich der Bedarf ständig zunimmt, setzt sich auch immer mehr die Erkenntnis durch, daß die wichtigen natürlichen Hilfsquellen sich wohl niemals wirklich erschöpfen. Wir werden uns mehr und mehr der Rolle bewußt, die Naturwissenschaft und Technik bei der Lösung unserer Energie- und Rohstoffprobleme spielen, ebenso der Bedeutung der Forderung, in jedem Stadium unserer industriellen Entwicklung die wirtschaftlichen Hilfsquellen in größtmöglichem Umfang und auf die rentabelste Weise zu nutzen. Gleichzeitig mehren wir durch neue Anlagen, Institutionen und Erkenntnisse, die alle zur Sicherung einer ausreichenden Rohstoffversorgung in der Zukunft beitragen können, den Wertbestand.

#### Wissenschaft und Technik

Ich möchte nun kurz die Auswirkungen von Wissenschaft und Technik auf die natürlichen Hilfsquellen untersuchen. Wissenschaft, Technik und Erfindungen haben eine Schlüsselrolle dabei gespielt, daß

daß der Mensch in die Lage versetzt wurde, die ihm zugänglichen Hilfsquellen besser zu nutzen. Manche der großen Erfindungen aus der jüngeren Vergangenheit, wie die Dampfmaschine, die Lokomotive, das Automobil, Funk und Fernsehen und das Flugzeug, sind Beispiele hierfür.

Wenige neue wissenschaftliche Entdeckungen wirken sich sogleich auch auf die Lebensverhältnisse aus. Die meisten der großen Erfindungen und deren Anwendungen sind, von der noch unbewiesenen Theorie oder von Entdeckungen auf verwandten Gebieten der Grundlagenforschung an gerechnet, erst im Verlauf von Jahren herangereift. Im Durchschnitt vergehen heute von den ersten Anfängen neuer Fortschritte in der Technik bis zu greifbaren gesellschaftlichen Auswirkungen ungefähr 25 bis 30 Jahre. Neben ganz natürlichen Hindernissen zählen zu den Faktoren, die zu einer derartigen Verzögerung beitragen, die natürliche Trägheit des Menschen mit seinem Festhalten an alten Gewohnheiten, Vorurteile, Phantasielosigkeit, Schwierigkeiten im Zustandebringen gemeinsamer Aktionen sowie der in der Wirtschaft bestehende Widerwille dagegen, veraltete Betriebsausrüstungen zum alten Eisen zu werfen, um so neuen Verfahrensweisen den Weg zu ebnen.

Trotz solcher Hemmnisse lernen wir jedoch mit Hilfe der Wissenschaft und Technik nicht nur immer besser, die Rohstoffe, die uns unsere Welt bietet, aufzufinden und auszubeuten, sondern auch neue Anwendungsmöglichkeiten für sie zu erschließen. In der Tat bestimmt dieser Erfahrungs- und Wissensschatz weitgehend unseren Begriff davon, welche Bodenschätze nützlich sind. Das Metall Titan beispielsweise ist seit langem bekannt; aber erst 1948 begann es ein nützlich Element zu werden, als man es erstmals aus seinen hochschmelzenden Erzen zu raffinieren vermochte, so daß sich ein Titanmarkt entwickeln konnte.

Mit Hilfe der Technik verdrängten Kohle, später Öl und Erdgas, Holz immer mehr als wichtigste Wärmequelle. Die Technik zeigt jetzt den Weg zu größerer Nutzbarmachung so häufiger Elemente wie Silizium, Magnesium, Titan etc., deren gegenwärtige Anwendung in keinem Verhältnis zu ihrer tatsächlichen Häufigkeit steht. Es gibt noch zahlreiche andere Möglichkeiten, die auf weitere Erschließung warten. So

So könnten z.B. große Mengen Thorium aus unergiebigem Erzen angereichert werden, und auch Aluminium ist überall in Tonerden reichlich vorhanden - aber wir brauchen neue Methoden der Anreicherung, des Abbaues und der Extrahierung, um solche Bodenschätze wirtschaftlich zu nutzen. Wissenschaft und Technik zeigen uns, wie Metalle nicht nur durch Raffination, sondern auch durch Legieren mit anderen Elementen verbessert werden können. Dieser Prozeß bewirkt in gewisser Weise eine Konservierung, denn er streckt die vorhandenen Vorräte und läßt das gleiche Ergebnis mit geringeren Rohstoffmengen erreichen.

Stahl ist für diese Entwicklung ein gutes Beispiel, Noch vor einigen Jahrzehnten lag die Zugfestigkeit der handelsüblichen Stahlsorten bei  $55 \text{ kg/mm}^2$ , und Werkzeugstahl konnte in Gütegraden von  $140 \text{ kg/mm}^2$  geliefert werden. Heute sind handelsübliche Stähle mit einer Zugfestigkeit von  $140 \text{ kg/mm}^2$  erhältlich, und bei Werkzeugstählen werden sogar die doppelten Festigkeitswerte erreicht. Hierdurch verringern sich die Stahlmengen ganz erheblich, die für einen bestimmten Zweck benötigt werden, und noch immer gibt es Möglichkeiten für weitere Verbesserungen. Die theoretisch höchstmögliche Zugfestigkeit von Stahl liegt weit über  $700 \text{ kg/mm}^2$ . Die gegenwärtigen Forschungen mit Haarkristallen und die Entwicklung von Metallen höchsten Reinheitsgrades mit Hilfe der sogenannten Zonenschmelzprozesse verheißen sogar noch viel größere Fortschritte, um schließlich zu derart hohen Festigkeitswerten zu gelangen.

Wissenschaft und Technik geben uns größere Freiheit in der Auswahl von Materialien, die Gestalt und Wesen unserer zivilisatorischen Errungenschaften mitbestimmen. Entwicklungen aus jüngster Zeit führten dazu, daß jetzt ein Metall wie Niob mit seinen einzigartigen Eigenschaften bei extremen Temperaturen, ferner das besonders korrosionsfeste und leichte Titan sowie Beryllium, das nicht nur zu den Leichtmetallen zählt, sondern überdies einen doppelt so hohen Schmelzpunkt wie Aluminium besitzt, in Gebrauch kamen. Verfahren, solche Materialien durch Schichtung, Legieren, Sprühen, Plattieren oder Verstärkung miteinander zu verbinden oder sie als Überzugsmaterial zu benutzen, bringen eine derartige Vielfalt neuer nützlicher

nützlicher Stoffe hervor, daß es selbst für den Konstrukteur schwierig wird, sich angesichts der großen Auswahl an neuen Werkstoffen für einen bestimmten zu entscheiden.

Die Weiterentwicklung der Verfahrenstechnik ermöglicht die Ausbeutung von Erzen an bisher unzugänglichen Lagerstätten und aus größerer Tiefe. Der vielleicht bedeutendste Beitrag von Wissenschaft und Technik zur Lösung unserer Rohstoffprobleme dürfte jedoch in der Verheißung liegen, nützliche Werkstoffe von weniger hochwertigen oder gar minderwertigen Erzen zu bekommen, die früher als unwirtschaftlich betrachtet wurden. Am Anfang verwerteten wir nur die hochwertigen Mineralien, aber wir sahen uns in zunehmendem Maße gezwungen, auf Rohstoffe geringerer Qualität zurückzugreifen. Dafür ist Kupfer ein ausgezeichnetes Beispiel. Der Mensch entdeckte zuerst das gediegene Metall - aber jetzt werden bereits Erze abgebaut, die weniger als ein Prozent Kupfer enthalten.

Man sollte annehmen, daß dieser Trend mehr finanzielle Aufwendungen erfordert - aber ganz im Gegenteil, der Preis pro Einheit für die wichtigsten Industrie-Rohstoffe wie Kupfer, Eisen, Zement und Brennstoffe ist unter Zugrundelegung eines festen Geldwertes gleichgeblieben oder sogar abgesunken. Am Industriearbeiterlohn gemessen sind die positiven Auswirkungen solcher Errungenschaften sogar noch eindrucksvoller. In den Vereinigten Staaten ist heute als Folge technischer Fortschritte für den Gegenwert einer Arbeitsstunde die sechsfache Menge von Kupfer oder Erdöl und die doppelte Menge von Kohle oder Zement als im Jahr 1900 erhältlich.

Die steigende Nachfrage nach besseren Konstruktionsmaterialien wird zum Teil durch neue Synthesewerkstoffe gedeckt. Die Erforschung des chemischen Aufbaus organischer Verbindungen gab dem Menschen neue Möglichkeiten an die Hand, Stoffe zu manipulieren. Fast täglich erscheinen Kunststoffe und Kohlenstoffverbindungen mit immer neuen und besseren Eigenschaften auf dem Markt. Professor Karl Ziegler, der gestern erst den Nobelpreis für seine Arbeiten zur Chemie und Technologie der Hochpolymere entgegennahm, ist einer unter zahlreichen Deutschen, die für entscheidende Beiträge auf diesem Forschungsgebiet ausgezeichnet wurden.

Werkstoffe

Werkstoffe auf der Basis von Siliziumverbindungen wie Glas und spezielle keramische Stoffe mit höheren Elastizitätswerten und größerer Warmfestigkeit sind in Entwicklung bzw. finden bereits praktische Anwendung. Es dürften der Menschheit somit schon bald zwei große Gruppen von Werkstoffen zur Verfügung stehen, die beide in gleich großen Mengen vorhanden, beide vielfältig verwendbar sind; sie ergänzen einander und lassen sich kombinieren, wobei die eine Gruppe auf Metallen und die andere auf Silizium und Kohlenstoff basiert.

Der Gehalt der Erdkruste an Silizium und Kohlenstoff zusammen genommen ist etwa ebenso groß wie ihr Gehalt an Metallen. Die Erzvorkommen aber sind weit und ungleichmäßig über die Erde verteilt, und in manchen Teilen der Welt sind sie sogar ausgesprochen selten anzutreffen. Die Anwendung von Kombinations- und Synthesewerkstoffen ist in den Vereinigten Staaten bereits soweit gediehen, daß ihre Produktion heute schon ungefähr so groß ist wie die Gesamterzeugung an Metallen - Eisen und Stahl ausgenommen.

In unseren Forschungslaboratorien haben wir in den letzten Jahren gelernt, neue Atome aufzubauen und auf diese Weise Elemente umzuwandeln. Jede großtechnische Nutzung dieser Erkenntnisse wird einen sehr hohen Energieaufwand erfordern - einen Energieaufwand, der in jedem Falle so hoch ist, daß er nur durch Erschließung der Kernenergie oder anderer Energiequellen höherer Ordnung zu bestreiten sein wird. Selbst bei vorsichtiger Vorausbeurteilung der Entwicklung kann man erwarten, daß es dem Menschen gelingen wird, seine Materialsorgen eines Tages durch den Aufbau neuer Atome zu lösen, sobald er erst gelernt hat, Kernenergie in einem Ausmaß unter Kontrolle zu bringen, das man heute nur erahnt. Ich möchte nicht riskieren, einen Zeitpunkt zu nennen, an dem das der Fall sein wird. Fest steht aber, daß Professor Jensen von der Universität Heidelberg, der gestern für seinen Beitrag zur Theorie der Schalenstruktur des Atomkerns ebenfalls den Nobelpreis entgegennahm, Vorbild und Ansporn für buchstäblich Tausende von Wissenschaftlern sein wird, auf dem gleichen Gebiet zu arbeiten.

Es dürfte klar sein, daß Materialfragen in Zukunft eine immer wichtigere Rolle spielen, da die Märkte kontinuierlich expandieren und unser Bedarf an Stoffen immer höheren Reinheitsgrades und an einer

einer ständig wachsenden Vielfalt immer komplizierterer Produkte laufend größer wird. Die Materialforschung wird überdies um so mehr zu einer vordringlichen Aufgabe, als der Stand der Ingenieurkunst in einer größeren Vielfalt von anorganischen und organischen Feststoffen, Flüssigstoffen und Gasen Ausdruck findet. Die Bemühungen um Kostensenkung und die Schaffung hochwertiger Produkte dürften dazu zwingen, die physikalischen Eigenschaften der Stoffe bis zum äußersten auszuschöpfen. Diese Art fachmännischen Wissens und Könnens in der Nutzbarmachung der Stoffe zu erlangen muß in der Technik von heute und von morgen eines der Hauptziele sein. Die Verwirklichung dieser Zielsetzungen aber hängt von Forschung und Entwicklung ab.

In jüngster Zeit haben viele ihre Sorge über den Mangel an greifbaren Vorteilen staatlicher Forschung für die Industrie und Wirtschaft im allgemeinen zum Ausdruck gebracht. In vielen Fällen wird behauptet, daß der sekundäre Nutzen, welcher der Wirtschaft aus der Verteidigungs- und Raumfahrtforschung erwächst, nur ein Mythos sei. Tatsächlich werden gegenwärtig relativ wenig neue wissenschaftliche Erkenntnisse von grundlegender Bedeutung, die sich aus den Verteidigungs- und Raumfahrtforschungsprogrammen ergeben, der kommerziellen Nutzung zugeführt. Marktlage und Nachfrage stehen jedoch nicht unbedingt in Beziehung zur weiteren Entwicklung dieser Programme. Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet des Verteidigungswesens mit der Produktion kommerzieller Erzeugnisse zu verknüpfen, ist ein wichtiges Problem für sich. Setzt man sich mit ihm auseinander, so erweisen sich Erziehungswesen und Berufsbildung als eine der schwierigsten Hürden. Viele der neuen Ideen, die für die Verteidigungs- und Raumfahrtprogramme entwickelt wurden, fallen sogar in die Grenzbereiche der Naturwissenschaft, so daß hochqualifizierte Spezialisten benötigt werden. Solange diese Spezialisten mit ihren unmittelbaren Aufgaben befaßt sind, können sie zu der noch größeren Aufgabe, nämlich Forschungsergebnisse in kommerzielle Produkte und Verfahren umzusetzen, nichts beitragen.

Eine mögliche Lösung besteht darin, Erziehung und Berufsbildung in die Fabrik hineinzutragen. Dieser Gedanke ist keineswegs

keineswegs unrealistisch. Neue technologische Fortschritte verringern den Bedarf an ungelernten Arbeitskräften. Je mehr die Produktivität durch den Einsatz von mehr Energie und die Anwendung neuer Erkenntnisse und Methoden steigt, desto weniger Zeit ist für die Arbeit am Fließband und desto mehr dafür erforderlich, sich mit den neuesten technischen Entwicklungen vertraut zu machen. Dabei wird ständig mehr Wert auf Fachwissen gelegt.

Sowohl die Industrie als auch der Staat müssen erkennen, daß Forschung, Erziehung und Berufsausbildung kein Luxus mehr sind, den man nur aus Mitteln des Gewinns bestreitet, sondern Geschäftskosten, die auch als solche behandelt werden sollten. Änderungen der Verfahrenstechnik als Folge neuer technologischer Fortschritte mehren sich und können eine solche Dynamik erlangen, daß Fortbildung und Umschulung vielleicht einmal der wichtigste Lohnkostenfaktor der Zukunft sein werden. Schon heute neigt man zu der Auffassung, daß der Forschungsprozeß enger mit Arbeitnehmer- und Betriebsproblemen verknüpft werden müßte. Folglich stellen Anwendung und Nutzung der wirksamsten Verfahren und Erziehungsmethoden die denkbar besten Investitionen für die Zukunft dar. Die Dividenden werden sich daraus ergeben, daß beim Arbeitnehmer neues Interesse und neue Freude am Beruf geweckt werden, sowie aus Möglichkeiten zur Beschleunigung der Anwendung neuer Techniken - und dies um so mehr, je geringer der Bildungsunterschied zwischen Arbeitern und Führungskräften ist.

#### Organisatorische Voraussetzungen

Meiner Ansicht nach bilden in der Nutzbarmachung der natürlichen Hilfsquellen weder die Größenordnung der Vorkommen noch die Fortschritte in der Methodik ihrer Gewinnung und Verwendung Schlüsselfaktoren, sondern die Organisationsformen, die Volk und Staat entwickeln, um den Gesamtprozeß der Erschließung und Vermarktung unserer Hilfsquellen erfolgreich zum Ziel zu führen. Wie bereits gesagt, kann es durchaus sein, daß eine Nation mit einem begrenzten natürlichen Reichtum, aber einem leistungsfähigen Wirtschaftssystem einen hohen Entwicklungsstand erreicht, während eine andere mit eben den selben natürlichen Hilfsquellen an dieser Aufgabe scheitert. Der Schutz des Privateigentums, die Steuer- und Handelspolitik, Gewinn-

Gewinnanreize, Konservierungsmaßnahmen, der Stand des Verkehrswesens und das Ausmaß staatlicher Wirtschaftstätigkeit und Lenkung - sie alle sind von ausschlaggebender Bedeutung für die Fähigkeit einer Gesellschaft, vorhandene Energie- und Rohstoffquellen im größtmöglichen Umfang zu nutzen.

Diese Faktoren staatlicher Politik und wirtschaftlicher Organisation sind auf internationaler Ebene von noch größerer Bedeutung. Die Erschließung von Rohstoffen in Afrika z.B., die schließlich für die Verwendung in einem deutschen Fertigprodukt bestimmt sind, schafft eine lange Kette vielfach verflochtener wirtschaftlicher, zwischenstaatlicher und menschlicher Beziehungen. Sie beginnt beim Besitzer der Rohstoffquelle. Sofern er Privateigentümer ist, wird er an einem vernünftigen und stabilen Preis bei beständiger und voraussehbarer Nachfrage interessiert sein und seine Besitzrechte gewahrt wissen wollen. Neben den zahlreichen Zwischengliedern ist der Endverbraucher zu nennen, der ebenfalls an Fragen wie Preis, Güte, zuverlässiger Versorgung, Versicherungsschutz während des Transports und tragbaren Zollbelastungen etc. nicht uninteressiert sein kann. Es ist uns im großen und ganzen bisher immer gelungen, Mittel und Wege zu ersinnen, den festen Zusammenhalt dieser Kette zu wahren. Trotzdem sind uns allen Beispiele geläufig, in denen Politik oder menschliches Versagen zu einer Unterbrechung des Warenflusses vom Produzenten zum Verbraucher geführt haben.

Die Grundfaktoren des Erfolgs in der Schaffung der organisatorischen Voraussetzungen für die Erschließung von Hilfsquellen sind nach meiner Überzeugung Freiheit und Zusammenarbeit. Ich bin sicher, daß die Mehrzahl von Ihnen der gleichen Auffassung ist. Das "deutsche Wunder" der letzten achtzehn Jahren wäre nicht möglich gewesen, hätte man nicht - dem klassischen Begriff der "Arbeitsteilung" folgend - die marktwirtschaftlichen Kräfte im Einsatz der verfügbaren Arbeitskräfte und Hilfsquellen als wichtigstes Regulativ wirksam werden lassen, gemäßigt allerdings durch die Rücksichtnahme auf soziale Gesichtspunkte und staatliche Maßnahmen, die Anreiz und Schutz ohne Einmischung gewähren sollen. Nirgendwo hat dieser Versuch einer Lösung der Probleme des 20. Jahrhunderts beredteren Ausdruck



Ausdruck gefunden als in Bundeskanzler Erhards "Sozialer Marktwirtschaft".

Im Gegensatz hierzu finden wir immer noch Länder, in denen das Fehlen eines ausreichenden Rechtsschutzes, unnötige staatliche Eingriffe oder produktionsfeindliche Steuergesetze alle Anstrengungen zur Erschließung und Nutzbarmachung leicht zugänglicher Hilfsquellen unterdrücken. Hoffnungen auf Privatinvestitionen in- und ausländischer Kapitalgeber werden zunichte, wo nach Lage der Dinge adäquate öffentliche Finanzierungshilfen nicht verfügbar sind.

Selbst dort, wo ein günstiges Investitionsklima herrscht, ist es vielfach der Mangel an Investitionskapital, fähigen Unternehmern und Führungskräften, der die Erschließung der Hilfsquellen unterbindet. Hier müssen die Industrienationen ihre Unterstützung in Form von Privatinvestitionen oder, falls notwendig, in Form staatlicher Auslandshilfe zur Überwindung solcher Hindernisse leisten. Vielfach muß die Investitionshilfe durch die Entsendung von Verwaltungskräften, Wissenschaftlern und Technikern ergänzt werden, soll sie erfolgreich sein. Für die freie Welt ist es eine wichtige Organisationsfrage, Menschen zu finden, die bereit sind, hinauszugehen, aber nicht minder wichtig ist es auch, daß diese dort vorurteilslos aufgenommen werden. Dies alles erfordert kooperative Bemühungen großen Stils seitens des einzelnen wie der Regierungen, soll das Gesamtvorhaben erfolgreich sein.

Auch politische Spaltungen können den Zugang zu Rohstoffen blockieren. Staaten mit totalitären Regierungssystemen richten häufig ihre anfälligen Volkswirtschaften lieber nach den eigenen Märkten aus, anstatt sich nach den Märkten der freien Welt zu orientieren. Aus völlig grundlosen Befürchtungen oder Vorurteilen heraus verwehren manche Staaten oft gerade jenen das Recht auf Erschließung oder Vermarktung ihrer Hilfsquellen, die als einzige willens und fähig wären, dies unter realistischen, wirtschaftlichen und marktgerechten Bedingungen zu tun.

In den meisten rohstofffördernden Industrien ist außer privatem Kapital kein anderes verfügbar. Dabei setzen Investitionen der hier erforderlichen Größenordnung - bei einem großen Kupferbergwerk beispielsweise bis zu einer halben Milliarde Dollar - ein hohes Maß an Vertrauen auf seiten der privaten ausländischen Wirtschaftsinteressenten in die künftige Politik des Erzeugerlandes voraus.

Eine

Eine Enteignung - oder die einer Enteignung gleichkommende Regierungsmaßnahme - bringt die Kapitalquellen nicht nur für das betreffende Land oder für die fragliche Industrie, sondern für alle anderen Länder und Industrien zum Versiegen, wo ähnliche Gefahren drohen. Ein solches Vorgehen könnte den Interessen aller, nämlich der Bevölkerung des Erzeugerlandes, der Investoren und der Endverbraucher, völlig zuwiderlaufen, ja die Wirtschaft der gesamten freien Welt lähmen. Es gibt Beispiele aus verschiedenen Teilen der Welt, wo solche ungesunden Zustände lange Zeit bestanden - einfach deshalb, weil das so leicht verletzbare Element des Vertrauens nicht vorhanden war.

Der Anreiz zu Handel und Investitionen muß nicht nur von den Industriestaaten, sondern auch von den Entwicklungsländern selbst ausgehen, die die wichtigen Rohstoffe erzeugen. Ihre "terms of trade", d.h. die Relation zwischen den aus Exportgütern erlösten und für Importgüter aufzuwendenden Preisen und die übrigen Handelsbedingungen wie Zölle, Quoten und Meistbegünstigungen, müssen gleich sein. Andernfalls könnten ganze Gruppen von Ländern dazu gebracht werden, die Märkte der freien Welt zu boykottieren - selbst wenn ihnen daraus nur Nachteile erwachsen.

Wir sehen also, daß die organisatorischen Voraussetzungen für die Entwicklung von Rohstoffquellen einen ungemein weiten Bereich der menschlichen und nationalen Beziehungen umfassen. Der Ausbau leistungsfähiger Organisationen für eine zweckentsprechende Entwicklung und Nutzung unserer natürlichen Hilfsquellen ist in der freien Welt in einem sehr realen Sinn zur Basis für die Verbesserung des Loses der Menschen geworden. Wir alle haben daher ein lebhaftes Interesse an der Fortsetzung ihrer erfolgreichen Tätigkeit. Es muß unser Ziel und unsere Aufgabe sein, die Naturschätze nicht nur auszubeuten, sondern sie auch in solchen Mengen auf den Markt zu bringen, die dem heutigen Massenverbrauch entsprechen, und zwar zu Bedingungen, die die ständige Verfügbarkeit dieser Hilfsquellen für uns und für künftige Generationen gewährleisten.

## Zusammenfassung

In der Vergangenheit hat man vielfach geglaubt, daß die Begrenztheit der natürlichen Hilfsquellen auch der Zahl und dem Wohlstand der Weltbevölkerung Grenzen setze. Eine dieser Theorien der Entwicklungsbegrenzung besagte, daß die natürlichen Hilfsquellen irgendwann einmal erschöpft sein würden. Eine andere Lehrmeinung behauptete, daß an die Qualität der geförderten Rohstoffe immer geringere Ansprüche gestellt würden, und folgerte daraus, daß die steigenden Kosten ihrer Nutzung zu einer Verlangsamung des Fortschritts und damit zu einem Absinken des Lebensstandards führten. Armut und Not wären demnach schließlich das gemeinsame Schicksal der gesamten Menschheit.

Dieser unser Überblick über die wichtigsten Faktoren, die die Zukunft des Menschen mitbestimmen werden, führt jedoch nicht zu derartigen Schlußfolgerungen. Wenn der Mensch hart genug arbeitet und Erziehung, Wissenschaft, Technik und dem staatlichen und gesellschaftlichen Aufbau genug Aufmerksamkeit zuwendet, dann braucht die Begrenztheit der natürlichen Hilfsquellen nicht zur Grenze des Fortschritts der Menschheit zu werden.

Ja, es gewinnt sogar die Annahme immer mehr an Boden, daß die langfristig verfügbare Energie, die für das künftige Wohlergehen der Menschheit von zentraler Bedeutung ist, selbst in unserer eigenen begrenzten Sicht als nahezu unerschöpflich gelten könne. Erlangt der Mensch das als Vorbedingung erforderliche Wissen, so vermag er sich durch einen entsprechend hohen Energieaufwand nicht nur von seinen Materialsorgen zu befreien, sondern er kann sogar dem Entwicklungsprozeß neue Impulse geben. Diese erstrebenswerte Stufe haben wir noch nicht erreicht, und wir wissen auch nicht recht, wie oder wann dies geschehen wird. Aber die Idee als solche zeichnet sich bereits am Horizont der Wissenschaft ab.

Wir müssen immer noch damit rechnen, daß jedes weitere Wirtschaftswachstum harte Anstrengungen seitens des Menschen erfordern wird und mit vorübergehenden Rückschlägen und sogar Krisen verbunden sein kann. Dabei geht es jedoch nicht so sehr um die dem Menschen

Menschen überkommenen Naturschätze, sondern um die Mehrung seines Wissens und seines Ideen- und Einfallsreichtums zur Bewältigung der ihm durch seine Umwelt gestellten Probleme. Der Mensch wird auch in Zukunft wie schon in der Vergangenheit die größte ihm gestellte Aufgabe in sich selbst finden.

Ferner geht es nicht lediglich darum, daß der Mensch die Nutzung der ihm von der Natur geschenkten Hilfsquellen mit dem Blick auf seinen Fortbestand einteilt. Eine ständig wachsende Bevölkerungsziffer in einer Welt des Mangels und der drückenden Armut kann nicht das Ziel sein. Der Mensch steht letztlich auch noch vor dem Problem, seine Welt - wie reich sie auch sei - so zu gestalten, daß alle auf ihr friedlich zusammenleben und die vielfachen Ausdrucksformen des Einzelwesens voll zur Entfaltung gelangen können. Der Mensch kann einer weiteren Vermehrung seiner Gattung selbst unter günstigsten äußeren Lebensumständen nicht mit Gleichmut zusehen, solange Haß, Angst und Streit herrschen.

Während die der Menschheit verfügbaren Hilfsquellen völlig ausreichend sind, hat gerade die Ausweitung der wissenschaftlichen Erkenntnisse, die eben dies sicherstellt, dem Menschen Möglichkeiten der Zerstörung an die Hand gegeben, die die Basis der menschlichen Existenz gefährden.

Wir in Amerika und Sie hier in Deutschland haben einen Lebensstil und ein Weltbild gemeinsam, die Wohlstand für alle in einem bisher nie dagewesenen Ausmaß herbeigeführt haben. Mithin läuft die These, die ich hier zu entwickeln suchte, darauf hinaus, daß für den Menschen unter eben solchen Lebensbedingungen die größte Hoffnung besteht, die Aufgaben der Zukunft zu meistern - Bedingungen nämlich, unter denen der einzelne wie die Völker die größtmögliche, mit der Wahrung der Rechte anderer zu vereinbarende Freiheit des Denkens und Handelns im Rahmen einer auf der Unabhängigkeitsidee basierenden Zusammenarbeit genießen. In einer solchen Welt wird der Mensch, dessen bin ich sicher, die Probleme, die ihm gestellt sind, lösen können.

\* \* \* \* \*

Tabelle 1

Schätzungen zur Weltbevölkerungsziffer, 1960 bis 2000 (Angaben in Zehn-Jahres-Intervallen, in Millionen)

Gebiet	1960	1970	1980	1990	2000
hoch	2920	3500	4280	5360	6900
Durchschnitts- wert	2910	3480	4220	5140	6280
niedrig	2900	3350	3850	4370	4880
Afrika	237	294	375	492	663
Nordamerika	197	225	255	287	326
Mittelamerika	65,9	86,4	115	157	219
Südamerika	140	179	234	314	432
Asien	1620	1980	2480	3200	4250
Europa	424	457	496	540	592
Ozeanien	16,3	19,4	22,5	26	30,2
UdSSR	215	254	297	344	395

Quelle: Vereinte Nationen

\* Hoch-, Mittel- und Niedrigwerte gelten für die gesamte Welt; für die genannten Gebiete sind nur Maximalwerte angesetzt.

Tabelle 2

Zunahme der Weltproduktion an Mineralien. Wichtige Mineralien in den Jahren 1900 bis 1960 (Angaben in Zehn-Jahres-Intervallen)

Mineral	Einheiten	Jahr und Produktionsmenge						
		1900	1910	1920	1930	1940	1950	1960
Eisenerz	in Millionen Long tons	90	139	122	176	200	247	514
Kupfer	in tausend Short tons	545	946	1057	1760	2734	2915	4990
Aluminium	in tausend Short tons	7	49	137	298	863	1640	4985
Kohle	in Millionen Short tons	860	1280	1450	1600	1900	2000	2900
Erdöl	in Millionen Barrels	149	328	689	1412	2144	3803	7674
Chromerz	in tausend Short tons	59	119	189	616	1605	2655	4870
Kobalt	in tausend Short tons	0,2	1,1	0,4	1,4	5,5	7,9	16,7
Nickel	in tausend Short tons	10	25	39	60	154	160	359

Quelle: US-Bergbauamt

Tabelle 3

Kupferinhalt der von 1900 bis 1960 in den Vereinigten Staaten  
abgebauten Erze (Angaben in Zehn-Jahres-Intervallen)

Jahr und Prozentgehalt der Erze an Kupfer

1900	1910	1920	1930	1940	1950	1960
2,8	1,88	1,63	1,43	1,20	0,89	0,73

Quelle: US-Bergbauamt

Tabelle 4

Rückgewinnung wichtiger Nichteisenmetalle aus Altmaterial in den  
Vereinigten Staaten, 1950 bis 1960  
(Angaben in Fünf-Jahres-Intervallen)

(in tausend Short tons)

Metall	1950	1955	1960
Aluminium	76	76	63
Kupfer	485	515	429
Blei	474	495	465
Zink	75	84	68
Zinn	28	25	19

Quelle: "Resources in America's Future" (John Hopkins Press  
und Resources for the Future, Inc., 1962)



Tabelle 5

Anteil der Einfuhren am statistisch erfaßten Verbrauch von Kupfer,  
Blei, Zink, Bauxit und Eisenerz in den Vereinigten Staaten,  
1930 bis 1960 (Prozentangaben in Fünf-Jahres-Intervallen)

Jahr	Kupfer	Blei	Zink	Bauxit	Eisenerz
1930	64,6%	9,1%	3,9%	64,5%	5,0%
1935	58,3	3,5	2,9	58,5	4,2
1940	48,7	35,4	22,9	65,2	3,1
1945	60,3	28,3	42,0	30,1	1,4
1950	47,7	43,5	40,2	76,3	7,7
1955	44,5	38,1	56,3	69,8	18,8
1960	45,7	35,3	60,0	98,4	32,0

Quelle: "Resources in America's Future" (Johns Hopkins Press und  
Resources for the Future, Inc., 1962)

Tabelle 6

Schätzungen zum künftigen Verbrauch der freien Welt an wichtigen primär und sekundär erschmolzenen Nichteisenmetallen

Metall	Metallverbrauch in Millionen Tonnen				Wachstumsrate des Verbrauchs an Primärmetallen, 1959 bis 1975 (% pro Jahr)
	<u>1959</u>		<u>Schätzwerte 1975</u>		
	Gesamt*	Primärmetall	Gesamt*	Primärmetall	
Aluminium	3,95	3,21	11,1	9,1	6,7
Kupfer	5,03	2,91	10,1	6,1	4,7
Zink	2,89	2,20	5,4	4,2	4,1
Blei	2,57	1,64	4,2	2,7	3,3
Zinn	0,20	0,15	0,29	0,21	2,1

Quelle: Sekretariat der Vereinten Nationen

\*Gesamt mengen an Primär- und Sekundärmetallen (mit Ausnahme der Länder mit Planwirtschaft)

Tabelle 7

Gesamtproduktionsindex der Länder der freien Welt für die wichtigsten  
Metallerze zwischen 1938 und 1962 (1958 = 100)

Jahr	Freie Welt*	Vereinigte Staaten und Kanada	Europa*
1938	66	64	66
1948	66	77	51
1954	82	80	79
1956	100	104	96
1958	100	100	100
1959	104	100	98
1960	116	114	108
1961	118	113	113
1962	120	115	111

Quelle: "Monthly Bulletin of Statistics" der Vereinten Nationen,  
Jahrgang 17, Mai 1963

\* mit Ausnahme der Länder mit Planwirtschaft

Tabelle 8

Statistisch erfaßbarer Verbrauch an wichtigen Nichteisenmetallen  
(raffiniert) in den wichtigsten Ländern der  
freien Welt im Jahr 1960

Verbrauch 1960 (in tausend metrischen Tonnen)					
Land	Kupfer	Blei	Aluminium	Zink	Zinn
Vereinigte Staaten	1225	809	1530	790	52
Großbritannien	560	287	360	276	22
Bundesrepublik Deutschland	516	240	304	297	28
Frankreich	241	165	213	172	11
Belgien	76	46	61	105	3
Italien	185	78	112	85	5
Schweden	91	44	45	31	1
Kanada	107	36	104	51	4
Japan	304	95	149	189	13
Indien	62	26	24	60	4
Freie Welt*	3760	2212	3147	2442	164

Quelle: Zusammengestellt vom Sekretariat der Vereinten Nationen.

\* mit Ausnahme der Länder mit Planwirtschaft

Tabelle 9

Ein- und Ausfuhr an Erzen von Eisen und NE-Metallen in wichtigen  
Industrielländern im Jahr 1961

	Importe		Exporte	
	Eisenerz	NE-Erze und Metalle	Eisenerz	NE-Erze und Metalle
Gesamtwert 1961 (in Millionen Dollar)	1332	3020	114	1304
Gesamtwert 1961 in Prozent	100%	100%	100%	100%
davon:				
Vereinigte Staaten	19	21	-	28
Europäische Wirt- schaftsgemeinschaft	43	54	100	54
Großbritannien	15	23	-	18
Japan	23	2	-	-

Quelle: United Nations Commodity Survey, 1962

Tabelle 10

Anteil einzelner Energieträger an der Gesamtenergieerzeugung der Vereinigten Staaten, 1900 bis 1960 (in Zehn-Jahres-Intervallen\*)

Jahr	Gesamt, aus ange- gebenen Energie- trägern	Bituminöse			Erdgas (nass)	Wasser- kraft
		Kohle und Lignit	Anthrazit	Erdöl		
1900	100,0%	70,5%	18,4%	4,7%	3,2%	3,2%
1910	100,0	71,1	14,0	7,9	3,5	3,5
1920	100,0	69,7	10,7	12,0	4,1	3,5
1930	100,0	55,4	8,0	23,5	9,7	3,4
1940	100,0	48,1	5,2	31,3	11,9	3,5
1950	100,0	39,2	3,2	33,2	19,8	4,6
1960	100,0	26,0	1,2	35,7	33,0	4,1

Quelle: Minerals Yearbook, 1961, US-Bergbauamt

\* Prozentangaben auf der Basis von BTU-Einheiten. Energieeinheiten auf der Basis Kernenergie und Holz sind nicht berücksichtigt.